ökom Verlag

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

Handbuch Generationengerechtigkeit
bearbeitet von Jörg Tremmel

© 2003 ökom, München, 2. überarbeitete Auflage
ökom Verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München
Umschlaggestaltung: Véronique Grassinger
Druck: Digitaldruck Center Witten
Gedruckt auf holzfreiem Papier ohne optische Aufheller
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-936581-09-6
Printed in Germany

Handbuch Generationengerechtigkeit

INHALT

Kuratorium der SRzG
Vorwort
Was ist Generationengerechtigkeit?
Die Herausforderung der globalen Moderne _____ 9

Vorstand der SRzG
Einleitung _____ 17

TEIL 1: GRUNDLAGEN DER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

JÖRG TREMMEL
Generationengerechtigkeit – Versuch einer Definition _____ 27

DIETER BIRNBACHER
Verantwortung für zukünftige Generationen – Reichweite und Grenzen _____ 81

CHRISTOPH LUMER
Prinzipien der Generationengerechtigkeit _____ 105

VITTORIO HÖSLE
Dimension der ökologischen Krise. Wege in eine generationengerechte Welt _____ 125

YVONNE RUSSELL, ELISABETH KALS, LEO MONTADA
Generationengerechtigkeit im allgemeinen Bewusstsein? Eine umweltpsychologische Untersuchung _____ 153

ANDREAS SCHERBEL
Die Begründung von Generationengerechtigkeit im Schöpfungsglauben der monotheistischen Offenbarungsreligionen _____175

TEIL 2: GENERATIONENGERECHTE POLITIKEN

HEINZ THEISEN
Generationengerechtigkeit durch gute Gouvernanz _____199

ROLF KREIBICH
Generationengerechtigkeit im Zeitalter globaler Umweltkrisen_____221

ANDREAS BECKER
Generationengerechte Finanzpolitik _____243

DANIEL MEMMERT
Ein generationengerechtes Bildungssystem_____273

MARTIN WOESTMEYER
Generationengerechte Kulturpolitik _____295

ANGELIKA WERNER, THOMAS VON LENGERKE
Generationengerechte Gesundheitspolitik_____311

WOLFGANG GRÜNDINGER
Generationengerechte Energiepolitik – Wege zum Solarzeitalter _____333

TEIL 3: INSTITUTIONELLE VERANKERUNG

JÖRG TREMMEL
Positivrechtliche Verankerung der Rechte nachrückender Generationen _____349

MARCO BUSCHMANN, CHRISTIAN LINDNER
Ordnungsrahmen für Generationengerechtigkeit in der Demokratie? Spannungslagen zwischen ethischem Anspruch und politischer Praxis 383

CHRISTINA LUX-WESENER
Generationengerechtigkeit im Grundgesetz? 405

ANEMON CONSTANZE BOELLING
Ist die ökologische Generationengerechtigkeit in guter Verfassung? Vorschläge zur grundgesetzlichen Stärkung ökologischer Generationengerechtigkeit 441

JOHANNES RUX
Der ökologische Rat – Ein Vorschlag zur Änderung des Grundgesetzes 471

Sachregister 493

Personenregister 503

Informationen über die SRzG 508

Vorwort des Kuratoriums der SRzG

WAS IST GENERATIONENGERECHTIGKEIT? DIE HERAUSFORDERUNG DER GLOBALEN MODERNE

Bei einer Tagung zum Thema „Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie“ der Hanns-Martin Schleyer Stiftung begann der inzwischen verstorbene Hoimar von Ditfurth seine Ausführungen über die langfristigen Folgen der Umweltzerstörung mit folgender Parabel. Cholerabakterien greifen den Körper eines menschlichen Opfers an. Zunächst vermehren sie sich nur wenig und werden von den Immunkräften des Körpers in Schach gehalten. Doch zunehmend kann es ihnen gelingen, durch ständige Vermehrung die Oberhand zu behalten und Stück für Stück den ganzen Körper zu infizieren. Ihrem weiteren Eroberungszug steht nun nichts mehr entgegen. Mehr und mehr wird der gesamte Körper von den Cholerabakterien durchsetzt. Die Bakterien vermehren sich unentwegt. Gerade im Höhepunkt ihres Wachstums, an der Spitze ihres eigenen Erfolges, stirbt der befallene Mensch – und mit ihm alle die Cholerabakterien, die auf seine Kosten gelebt haben.

Diese Parabel ist nicht schwer auf die Situation der heutigen Menschheit zu übertragen. Ist es nicht so, dass die technischen Mittel, deren wir uns bedienen, um die Naturkräfte für unsere Belange zu nutzen, die Grundlagen unserer eigenen Existenz langfristig untergraben? Ist der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen nicht eine verantwortungslose Ausbeutung der Natur und eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen, die nicht mehr in den Genuss des Gebrauchs dieser Ressourcen kommen werden? Sind wir nicht gleichzeitig dabei, die Potentiale der erneuerbaren Ressourcen durch Raubbau und Überbeanspruchung langsam aber sicher zu zerstören? Welche Welt hinterlassen wir den kommenden Generationen, in denen es kaum noch Rohstoffe, aber dafür um so mehr menschlich geschaffene Wüsten gibt? Schon die jetzige Bevölkerung von rund 6 Milliarden Menschen lebt nach Ansicht fast aller Ökologen jenseits der bio-

logischen Tragfähigkeit des Systems Erde (Knaus und Renn 1998, 37 bis 43).

Es gibt keinen Grund, diese Probleme zu verharmlosen. Zur Zeit wächst die Weltbevölkerung alle neun Monate um 80 Millionen, also um die Einwohnerzahl von ganz Deutschland. Im Bereich der Energieversorgung ist die Menschheit zu mehr als 80 Prozent auf nicht erneuerbare Energiequellen angewiesen. Diese werden, wenn auch nicht so bald, wie viele noch vor einigen Jahren vermuteten, aber dennoch in absehbarer Zeit, also in Jahrzehnten versiegt sein. Die Versteppung und Verwüstung ganzer Landstriche sind die Folgen einer zu intensiven Bodennutzung oder Waldrodungen. Über 8,1 Millionen Quadratkilometer Acker-, Wald- oder Weideland sind in den letzten 50 Jahren zu Wüsten geworden, jedes Jahr kommen 61.000 Quadratkilometer hinzu. Der tropische Regenwald wird jedes Jahr um 171.000 Quadratkilometer reduziert, mehr als die Hälfte des ursprünglichen Regenwaldes ist bereits vernichtet. Rund 36.000 Arten sterben pro Jahr aus, die meisten davon durch menschliche Eingriffe. Der Biologe Prof. Hans Mohr resümiert: „Wir leben total von der Substanz. Die hohe Tragekapazität, auf die wir angewiesen sind, verlangt den vollen Einsatz der einmaligen, eng begrenzten fossilen Energie und Rohstoffreserven und die totale Verwandlung der Welt in eine Produktions- und Abfallbeseitigungsmaschine mit gigantischem Energiebedarf“ (Mohr 1987, 92).

An Kassandrarufen mangelt es also nicht. Von überall erschallt die Forderung, dass unsere Konsumgesellschaften sich ihrer Langzeitverantwortung gegenüber kommenden Generationen und der Natur systematisch entziehen und einem Hedonismus „auf Pump“ frönen. Bei aller Griffigkeit dieses Bildes und der intuitiven Einsichtigkeit einer mangelnden Langzeitverantwortung angesichts der schwindenden Vorräte an Rohstoffen und der zunehmenden Verschmutzung von Luft und Wasser dürfen jedoch einige Gesichtspunkte nicht außer Acht gelassen werden.

Erstens, seit der industriellen Revolution ging es (gemessen am pro-Kopf Einkommen) jeder Generation besser als der vorherigen. Selbst die Versuche verschiedener Institutionen, wie etwa des World Ressource Instituts, anstelle des Bruttosozialproduktes ein um die Ressourcenverminderung und Verschmutzung gewichtetes Nettosozialprodukt (Internalisierung der Umweltkosten) einzuführen, ändern nichts an

der Tatsache, dass in allen Industriestaaten und in den meisten Entwicklungsländern in den letzten 20 Jahren ein reales Wachstum an Wohlstand stattgefunden hat (wenn auch wesentlich geringer, als dies das Bruttosozialprodukt zum Ausdruck bringt). Falls dieser Trend anhalten sollte, bedeutet ein bewusster Verzicht der heutigen Generation einen Einkommenstransfer von den heute Ärmeren zu den morgen Reicheren, was nicht unbedingt im Sinne einer gerechten Einkommensverteilung wäre. Auch wenn in den letzten Jahren die Realeinkommen in vielen Ländern stagnieren oder sogar zurückgehen, so ergibt sich daraus noch kein Trend zu einer reduzierten Wirtschaftskraft für die nächsten Jahrzehnte.

Zweitens, zur Hinterlassenschaft einer Generation an die nächste gehören nicht nur die Naturreserven, sondern auch die Quantität und das Qualitätsniveau der anderen Produktionsfaktoren, wie Arbeit, Kapital und Know-how. Zumindest in der Bundesrepublik wie in den meisten anderen westlichen Industrienationen sieht es nicht danach aus, als ob hier eine Verschlechterung in Zukunft zu erwarten sei, wenn man von der hohen Staatsverschuldung einmal absieht (siehe dazu den Beitrag von Becker in diesem Band). Zweifelsohne können diese Produktionsfaktoren einen Zusammenbruch der ökologischen Systeme nicht wettmachen, allerdings auftretende Knappheiten an Naturressourcen kompensieren.

Drittens, seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat es nicht an Untergangsprophezeiungen gefehlt, die einen baldigen Kollaps der Wirtschaft aufgrund der Übernutzung natürlicher Ressourcen vorhergesagt haben. Der bekannte Ökonom John Stuart Mill sah die Notwendigkeit für einen von der Natur auferlegten Zwang zum Nullwachstum bereits für das Ende des 19. Jahrhunderts voraus. Nahezu alle diese Prognosen haben sich als falsch erwiesen. Deshalb ist zumindest der Zweifel erlaubt, ob nicht auch die modernen Kassandrarufe auf falschen Voraussetzungen beruhen. Vor allem unterschätzen viele Analytiker der ökologischen Krise die Selbstheilungskräfte des Marktes und das Potential an Substitutionsmöglichkeiten für knapper werdende Naturgüter.

Viertens, trotz des enormen Bevölkerungswachstums steigt die individuelle Lebenserwartung weltweit (Fritzsche 1992, 29 ff.). Offenkundig sind angesichts des klinisch-medizinischen Fortschritts und verbesserter Agrartechnik die verbliebenen Ressourcen auch weiterhin in der Lage, die Menschheit zumindest nicht schlechter zu versorgen als

in früheren Zeiten, was die Ausstattung mit materiellen Gütern betrifft.

Viele Ökonomen haben aus diesen vier Überlegungen den Schluss gezogen, dass wir weder in einer Umweltkrise leben, noch dass wir unseren Kindern eine schlechtere Welt hinterlassen: Eine Stimme unter vielen, der Ressourcenökonom Prof. Julian Simon: „We are confident that the nature of the physical world permits continued improvement in humankind's economic lot in the long run, indefinitely. Of course, there are always newly arising local problems, shortages, and pollutions ... and the solutions usually leave us better off than if the problem had never arisen." (Simon 1992, 29 f.).

Doch die Hoffnung, dass der Menschheit wie schon in der Vergangenheit immer etwas neues einfallen würde, mag diesmal trügerisch sein. Zunächst einmal sind alle Umweltkrisen der Vergangenheit Regionalkrisen gewesen. Die Abholzung und Verkarstung der Mittelmeerländer war zwar lokal verheerend, aber auch begrenzt. Die verkarsteten Flächen bleiben weiterhin Zeugen einer in antiker Zeit begonnenen Waldvernichtung, deren Auswirkungen auch nach zweitausend Jahren noch spürbar sind. Allerdings hat dies weltweit wenig Einfluss gehabt, weil genügend waldreiche Regionen in der Welt verblieben sind. In der Bundesrepublik sind die Waldflächen sogar im Laufe des letzten Jahrhunderts wieder angewachsen und sind heute bei etwa 30 Prozent der Landfläche an einem Punkt angelangt, der ungefähr dem Stand des Mittelalters um 1300 entspricht. Doch weltweit nimmt die Entwaldung in erschreckenden Ausmaß zu. Pro Jahr werden rund 0,5 Prozent des weltweiten Waldbestandes vernichtet. Diese Zahl weist auf den wesentlichen Unterschied der heutigen Umweltsituation zu der früherer Zeiten hin: Die heutige Umweltkrise ist global. Luft- und Wasserschadstoffe sind bis in die letzten Winkel der Erde nachzuweisen, die Reduzierung der tropischen Regenwälder erfolgt weltweit in einem atemberaubenden Tempo und die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen kann langfristig das Klima auf der ganzen Welt verändern (von Weizsäcker 1992).

Zum Zweiten zeigt sich deutlich, dass in den letzten beiden Jahrzehnten Bevölkerungsentwicklung und Produktivitätsfortschritte nicht mehr miteinander Schritt halten können. Trotz höherer Produktion sinkt in vielen Ländern das Pro-Kopf Einkommen. Noch gilt dies nur für die ärmsten Länder der Erde. Aber seit Mitte der 80iger Jahre wer-

den es jedes Jahr mehr Länder, die den Wettlauf zwischen Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung verlieren. Wahrscheinlich haben wir in der Tat die für die industrialisierte Lebensweise tragbare Kapazität der Erde erreicht, wenn nicht bereits überschritten. Noch steht es in den Sternen, ob ein post-industrielles Zeitalter eine weitere Verdichtung der Menschheit ohne Verlust an personaler Lebensqualität zulassen wird. Viele Ökologen sind da skeptisch.

Drittens, die Veränderungen, die moderne Technik und Produktion in der Umwelt auslösen, erfolgen im Zeitraffertakt. Dass Menschen Arten ausrotten, Wälder vernichten, ihre Umwelt belasten, neue Stoffe der Biosphäre zumuten, ist alles andere als neu. Auf lokaler Ebene waren diese Eingriffe gang und gäbe und trugen oft zu schwerwiegenden Folgen an Mensch und Natur bei. Die in den 20iger Jahren eingesetzten Pestizide werden beispielsweise heute als schwerwiegende Gifte eingestuft und haben nach Ansicht namhafter Toxikologen vielen Menschen das Leben gekostet (Bettman 1974). Die heute eingesetzten Pestizide sind wesentlich harmloser als diejenigen vor 50 Jahren, aber sie werden weltweit eingesetzt. Der Wettlauf zwischen Bevölkerungsvermehrung und Steigerungen der Lebensmittelproduktion zwingt zu immer mehr durchgreifenden und zügigen Veränderungen in der Umwelt: erforderlich sind der umfassende und effizienzsteigernde Einsatz von neuen Techniken und ein intensiver Eingriff in verbliebene Naturflächen. Dies geschieht nicht nur im globalen Rahmen, es vollzieht sich auch alles mit wesentlich höherer Geschwindigkeit als früher. Rund 100 Arten werden pro Tag durch menschliche Aktivität ausgelöscht. Die Natur benötigt dafür Tausende von Jahren, unsere Vorfahren zumindest Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte. Kennzeichen der heutigen Lage sind also *das anhaltende Bevölkerungswachstum, Globalität der Auswirkungen unserer Aktivitäten sowie die Geschwindigkeit der Veränderungen.*

Diese drei Kennzeichen (anhaltendes Bevölkerungswachstum, Globalität und Geschwindigkeit) führen zu Überforderungen des herrschenden ökonomischen und politischen Systems, und zwar national wie international. Weil die Zeit nicht reicht, die Konsequenzen zu messen, die mit bestimmten Eingriffen verbunden sind, lassen sich auch die Folgekosten von menschlichen Aktivitäten kaum mehr sinnvoll abschätzen. Die hohe Geschwindigkeit des Wandels lässt nicht genügend Zeit für die Leistung des Marktes, auf Preissignale hin neue Substitute

für knappe Naturgüter bereitzustellen. Ökonomisch ausgedrückt: die Nachfrageelastizität bleibt bei Naturgütern relativ starr, weil der Nachfrager nicht genug Ausweichmöglichkeiten hat, um bei Preiserhöhungen auf andere äquivalente Produkte auszuweichen. Dies war schon bei den Energiepreiserhöhungen in der Vergangenheit so. Viele haben nicht weniger Benzin verbraucht als vorher, sie haben stattdessen die Preiserhöhung durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen. Wer keine andere Wahl hat, als mit seinem PKW jeden Morgen zur Arbeit zu fahren, wird (fast) jede Benzinsteuer zahlen.

Der Markt ist in der Regel ein ideales Lenkungsinstrument, um in Fällen der Knappheit Substitute bereitzustellen, aber auch er braucht dafür Zeit. Das gleiche gilt im Prinzip für die Politik: Die schnellen Wandlungsprozesse der Globalisierung zwingen die Politik zum permanenten Krisenmanagement anstatt zur Krisenvorbeugung. Selbstredend ist Krisenmanagement immer auf die Gegenwart bezogen und führt nicht zu einer verantwortbaren Vorsorge gegenüber den kommenden Generationen. Gebraucht wird in dieser Situation eine neue Perspektive, eine neue Einsicht und Bereitschaft, die Anforderungen der Generationengerechtigkeit ins eigene Kalkül aufzunehmen. Diese Bereitschaft und diese Einsicht können weder durch den Markt, noch durch die Politik „künstlich“ erzeugt werden. Sie müssen aus dem Inneren der heutigen Menschen wachsen. *Dazu sind zwei Dinge notwendig: zum einen müssen den Menschen den Zusammenhang zwischen Konsum, Lebensweise, Risikobereitschaft und Naturnutzung besser verstehen lernen (dies ist vor allem eine Bildungsaufgabe), zum anderen muss es zu einer kulturellen Neuorientierung kommen, in der generationenübergreifendes Verhalten gesellschaftlich belohnt und nicht, wie bisher, über kurzfristige ökonomische Prozesse bestraft wird.*

Das vorliegende Buch versucht aus der Analyse der heutigen Situation Lösungs- und Handlungswege aufzuzeigen, die es Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen sollen, die Kurzlebigkeit der globalen Moderne zu überwinden und Langfristverantwortung zu übernehmen. Dabei gehen die Autoren weit über den hier aufgespannten ökologischen Problemrahmen hinaus: die ökologische, ökonomische, finanzielle, soziale und kulturelle Dimension der Generationengerechtigkeit wird in unterschiedlichen Perspektiven betrachtet and zu einem ganzheitlichen Verständnis integriert. Erst in der Gesamtschau aller Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens gewinnt nach Ansicht der

Autoren das Verantwortungsfeld der Generationengerechtigkeit Kontur. Alle Beiträge zeigen deutlich die Dramatik der heutigen Situation auf, ohne in die üblichen Kassandrarufe zu verfallen. Stattdessen werden neben der Diagnose auch Lösungswege aufgezeigt: Optionen, wie wir alle aus der Falle der nicht-nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise ausbrechen können.

Das Kuratorium der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen unterstützt die Autoren dieses Bandes bei ihrer Bemühung, das Thema Generationengerechtigkeit einer breiten Leserschaft nahe zu bringen und die jetzt Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf ihre Langzeitverantwortung hin zu verpflichten. Die hier vorgenommenen Analysen sind empirisch bestätigt, sorgfältig recherchiert und faktisch geprüft. Die theoretischen Schlussfolgerungen daraus wurden konsistent abgeleitet. Dieses Buch ist keine „Meinungsmache“, keine esoterische Weltinterpretation im Beliebigkeitsspektrum postmoderner Fülle. Es zeigt in aller Klarheit auf, dass wir alle dazu beitragen, das Kapital zu verbrauchen, von dessen Zinsen unsere Kinder und Kindeskinder einmal leben müssen. Wir hoffen, dass dieses Buch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, die dort beschriebenen Einsichten in die Köpfe der Menschen zu bringen, die an verantwortlicher Stelle wichtige Entscheidungen über unser aller Zukunft treffen müssen, und gleichzeitig die Zuversicht zu verbreiten, dass wir bei gemeinsamer Anstrengung diese gewaltige Herausforderung bewältigen können.

Stuttgart/Ulm/Berlin/Heidelberg/Ann Arbor

Prof. Dr. Rolf Kreibich (Vors.)
Prof. Dr. Ernst U. von Weizsäcker,
Prof. Dr. Ortwin Renn,
Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher,
Dr. Jürgen Borchert,
Dr. Martin Thunert

Literatur

Bettman, Otto L. (1974): The Good Old Days – They Were Terrible. Random House: New York.

Fritzsche, Andreas F. (1991): Wie gefährlich leben wir? Der Risikokatalog. TÜV Rheinland: Köln.

Knaus, Anja / Renn, Ortwin (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Metropolis: Marburg.

Mohr, Hans (1987): Natur und Moral. Ethik in der Biologie. Wiss. Buchgesellschaft: Darmstadt.

Radermacher, Franz-Josef (2002): Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa: Wien.

Simon, Julian L. (1992): There is no environmental, population, or resource crisis. In: G. Tyler-Miller: Living in the Environment Wadsworth: Belmont.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1992): Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt. (3. Aufl.) Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt.

Einleitung des Vorstands der SRzG

Den Mut zu Visionen mit der
Mühe der Detailkompetenz verbinden.
Motto des Buches

Der Begriff der Generationengerechtigkeit hat gute Chancen, das geistige Leitmotiv des angebrochenen Jahrhunderts zu werden. Die Forderung nach einer neuen Ethik, welche die Rechte nachrückender Generationen berücksichtigt, wird immer dringlicher, je weiter die Folgen heutigen menschlichen Handelns in die Zukunft reichen. Die Frage der Gerechtigkeit zwischen Alt und Jung wird mindestens ebenso wichtig werden wie die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, also Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich.

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) versteht sich als Think-Tank. Gleichzeitig ist sie Lobby für kommende Generationen. Die SRzG vereinigt über ihren Beirat und ihre engagierten Mitglieder ein enormes Fachwissen zum Thema Generationengerechtigkeit, das sie über dieses Buch der interessierten Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern zur Verfügung stellt.

Im ersten Teil des Buches werden die Begrifflichkeiten geklärt und die Wurzeln der Idee der „Generationengerechtigkeit" aufgespürt. Die Forderung nach einer neuen, die Rechte nachrückender Generationen berücksichtigenden Ethik findet sich in philosophischen, religiösen und weltanschaulichen Ansätzen unterschiedlichster Art. Der Grundlagenteil wird eröffnet durch einen Beitrag von *Jörg Tremmel*, der in das Konzept der „Generationengerechtigkeit" einführt und die begrifflichen Grundlagen erläutert. Darin enthalten ist eine Abgrenzung zum überlappenden Konzept der „Nachhaltigkeit". Beide Definitionen werden nach einem umfassenden Kriterienkatalog vorgenommen. Anschließend werden die Konzepte der „Nachhaltigkeit" und der „Generationengerechtigkeit" verglichen und auf ihre Leitbildfähigkeit hin geprüft.

Der Beitrag von *Dieter Birnbacher* konstatiert eine bemerkenswerte Akzentverschiebung: Das Denken ging bis in die 1960er Jahre wie selbstverständlich davon aus, dass es die kommenden Generationen besser haben würden als die Lebenden. Inzwischen ist das Bild von den „verhätschelten Erben" ersetzt worden durch die Sorge, dass zukünftige Generationen in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht Opfer kurzsichtiger Politik der heutigen Generationen werden könnten. Damit dehnt sich die Reichweite der Verantwortung für die heute Lebenden aus. Eine solche, erstmals von Hans Jonas geforderte Fernethik begegnet allerdings auch zahlreichen Einwänden. Mit diesen, etwa der Festlegung ihres genauen Inhalts, dem Diskontierungs- und dem Motivationsproblem, setzt sich Birnbacher auseinander.

Die Explikation des Begriffs „Gerechtigkeit" ist im Rahmen der Diskussion über den zusammengesetzten Ausdruck „Generationengerechtigkeit" essentiell, daher ist ihr der folgende Beitrag von *Christoph Lumer* gewidmet. Lumer erläutert zunächst fünf Prinzipien der Gerechtigkeit (Ethischer Hedonismus, Benefiziaruniversalismus, Bedürftigkeitsprinzip, Prinzip des begrenzten Engagements, Effizienzprinzip), anschließend geht er auf die intergenerationelle Sparrate ein, die aktuell sinkt. Aus diesem Sachverhalt leitet er unter Anwendung der Gerechtigkeitsprinzipen ab, welche Handlungsfelder für ethisches Handeln prioritär sind.

Von vielen Wissenschaftlern wird die Umweltzerstörung als das weitreichendste und damit schwerwiegendste Problem angesehen, welches zukünftige Generationen erben werden. *Vittorio Hösle* geht in seinem philosophischen Beitrag folglich von dieser Perspektive aus an die Problematik heran und fordert einen Bruch mit dem alten Denken, um unsere Welt überlebensfähig zu machen. Die Idee der Generationengerechtigkeit sei durchaus eine Diskontinuität in der Geschichte der Ethik. Die gewaltigen Umweltprobleme können nur gelöst werden, wenn die Menschheit ihren Umgang mit der Natur auf eine neue ethische Basis stellt. Wie der Beitrag der Philosophie wie auch die Einzelwissenschaften dazu aussehen kann, erörtert Hösle im Detail.

Yvonne Russell, Elisabeth Kals und *Leo Montada* beleuchten in ihrem Beitrag aus psychologischer Sicht, ob die heutigen Handlungen als Verstoß gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit wahrgenommen werden. Die Frage, was die Gegenwärtigen zu generationengerechtem Handeln motivieren kann, ist eine der zentralen Fragestellun-

gen im Zusammenhang mit Zukunftsverantwortung. Wahrgenommene Ungerechtigkeit bzw. Gerechtigkeit beeinflusst Handlungsentscheidungen in hohem Maß. Wird z.B. eine Verteilung (von Wohlstand, Chancen oder Lasten etc.) als ungerecht erlebt, so sind wir oftmals bemüht, diese erlebte Ungerechtigkeit durch unsere Handlungen zu korrigieren. Russel, Kals und Montada behandeln die (Un)Gerechtigkeit der Kosten- und Nutzenverteilungen verschiedener Generationen am Beispiel der Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre. Ihre empirische Studie weist nach, dass in der Bevölkerung ein Bewusstsein für Fragen intergenerationeller (Un)Gerechtigkeit existiert oder leicht geweckt werden kann.

Eine theologische Perspektive bringt der Beitrag von *Andreas Scherbel* ein. Scherbel untersucht, inwieweit die monotheistischen Religionen Christentum, Islam und Judentum Anknüpfungspunkte an das Konzept der Generationengerechtigkeit enthalten. Auch wenn theologische Begründungsansätze es in unserer säkularen Gesellschaft schwer haben, so ist es nach Scherbel sicher nicht wider die Vernunft, sich von dem jahrtausendealten Erfahrungswissen religiöser Basistexte ansprechen zu lassen. Wer weltweit eine Zukunftsethik zum Vorteil kommender Generationen begründen will, der darf den Schöpfungsglauben der Weltreligionen nicht außer acht lassen.

Der zweite Teil des Buches untersucht, wie generationengerechte Politiken, durchgeführt von der heute regierenden Politikergeneration, konkret aussehen könnten. Dabei bezieht sich das Buch auf zahlreiche Bereiche, die das Verhältnis der Generationen untereinander betreffen: Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Energiepolitik.[1]

Für den Politologen *Heinz Theisen* ist Kurzfristigkeit das Merkmal unserer Zeit. In unserer hedonistischen Gesellschaft werde jeder Tag

[1] Der letzte Band der SRzG „Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt!“ (Rasch u. Röhring: Hamburg 1997 bzw. Direktbestellung bei SRzG) war ausschließlich der Frage generationengerechter Politiken gewidmet. Umfassend wurde dort etwa der Bereich der generationengerechten *Renten*politik behandelt, so dass diesem Thema im Handbuch Generationengerechtigkeit kein eigener Beitrag gewidmet ist. Siehe dazu außerdem: SRzG (Hg.): Zeitschrift Generationengerechtigkeit!, Ausgabe 2/2002 zum Thema Finanzielle Generationengerechtigkeit. Auch generationengerechte *Jugend*politik wurde im Handbuch ausgespart, siehe dazu den Beitrag von Benjamin Kiesewetter in „Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt!“ S. 309–335.

gelebt, als wäre es der letzte; dies gelte für die Politik und erst recht für den Markt. Besorgt konstatiert Theisen, dass die Zivilgesellschaft das herrschende Paradigma der Kurzfristigkeit auch nicht allein überwinden kann. Benötigt wird seiner Ansicht nach eine „gute Gouvernanz", um dem Trend entgegenzusteuern. Anders als beim klassischen „Government", welches lediglich das politisch-administrative System meint, geht es bei Governance um die Interaktion von Staat, Markt und Gesellschaft. Dieses neue Modell könnte dazu führen, dass die Politik – in allen Feldern – generationengerechter wird.

Wie eine generationengerechte Umweltpolitik aussehen könnte, beschreibt *Rolf Kreibich* im folgenden Beitrag. Kommende Generationen müssen in der Lage sein, die ökologische Leistungsfähigkeit des natürlichen Kapitals in gleicher Weise in Anspruch zu nehmen wie wir heute. Dies setzt einen bestimmten Umgang der Heutigen mit nicht-erneuerbare Ressourcen, nachwachsenden Rohstoffen und Stoffeinträgen in die lebensnotwendigen Medien voraus. Wichtige Trends sind dabei die Globalisierung der Umweltprobleme wie auch der Umweltpolitik. Kreibich skizziert vier Zukunftsstrategien für konkrete Aktionen auf allen Handlungsebenen und in allen Handlungsfeldern.

Der ebenfalls intensiv diskutierte Bereich einer generationengerechten Finanzpolitik wird von *Andreas Becker* abgedeckt. Der Autor stellt in seinem Beitrag Grundsätze für eine generationengerechte Finanzpolitik auf. Diese umfassen neben dem Thema Verschuldung auch die Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Besonderes Merkmal des Beitrags ist, dass er die Generationengerechtigkeit der Finanzpolitik nicht isoliert an fiskalischen Größen misst, sondern indirekt auch die Wirkung dieser Politik auf andere Bereiche einbezieht – über die Entwicklung des ökologischen und sozialen sowie des Sach- und Bildungskapitals.

Daniel Memmert stellt das deutsche Bildungssystems auf den Prüfstein. Es sind die mittlere und die ältere Generation, die über das Wesen der Ausbildung der jüngeren Generation bestimmen. Sie legen Lehrinhalte, Personalstrukturen, zeitliche Umfänge und Qualifikationsrichtlinien fest. Wollen die mittlere und die ältere Generation generationengerecht handeln, so müssen sie die späteren Rahmenbedingungen nachrückender Generationen so gut wie möglich antizipieren. Memmert analysiert drei Lehrinstitutionen (Tageseinrichtungsstätten, Schulen und Hochschulen) hinsichtlich ihrer Generationengerechtigkeit anhand von aussagekräftigen Indikatoren.

Der folgende Beitrag von *Martin Woestmeyer* untersucht, inwieweit Kultur an Generationen gebunden ist. Es gibt neben rein zeitlichen auch eine soziologische Bedeutung des Wortes „Generation". In soziologischer Hinsicht umfasst eine Generation eine Gruppe von Menschen, die durch eine bestimmte Epoche geprägt sind und dadurch einen bestimmten Kanon von Überzeugungen und kulturellen Werten teilen (z.B. die „68er-Generation", „die 89er-Generation"). Die Fragen, die Woestmeyer in seinem Beitrag beantwortet, lauten: Wie wird Kultur zwischen Generationen vermittelt und wie kann Kultur zwischen Generationen vermitteln? Ist Kulturpolitik überhaupt ein zulässiges Politikfeld in der Auseinandersetzung um Generationengerechtigkeit?
Um eine generationengerechte Gesundheitspolitik geht es im nächsten Beitrag von *Angelika Werner* und *Thomas von Lengerke*. Die Autoren stellen zunächst zwei Facetten des Begriffs „Gesundheit" (Pathogenese & Salutogenese bzw. positive & negative Gesundheit) vor und betonen die Bedeutung individueller Lebensstile für den Erhalt von Gesundheit bzw. die Entstehung von Krankheit. Im zweiten Teil wird die Bevölkerungsentwicklung als Ursache vieler Probleme einer zukünftigen generationengerechten Gesundheitspolitik beschrieben. Als Folgen der alternden Gesellschaft werden dabei die zunehmende Häufigkeit alterskorrelierter Morbidität (z.B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen) sowie eine mögliche Unterfinanzierung des Gesundheitssystems thematisiert. Im Anschluss werden Strategien und Möglichkeiten einer generationengerechten Gesundheitspolitik diskutiert.

Eine generationengerechte Energiepolitik ist das Thema von *Wolfgang Gründinger.* Der noch sehr junge Autor hat bereits ein Buch zu diesem Thema veröffentlicht[2] und mehrere Auszeichnungen erhalten. Gründinger skizziert die Energiewende, die notwendig ist, damit kommende Generationen ihre Bedürfnisse mindestens so gut erfüllen können wie wir heute.

Der dritte Teil des Buches umfasst den Komplex der institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit, z.B. durch eine „generationengerechte Verfassung". Ausgehend vom Strukturproblem der Demokratie – der Gegenwartspräferenz der kurzzeitig Gewählten – wird untersucht, wie durch institutionelle Reformen das Spannungs-

[2] Gründinger, Wolfgang (2002): Öko-Realismus. Die Krise der Umwelt und die Solare Revolution. Schardt Verlag: Oldenburg.

verhältnis zwischen Demokratieprinzip und Generationengerechtigkeit aufgelöst werden kann.

Jörg Tremmel erläutert die Probleme, die sich durch das zeitliche Auseinanderklaffen von Verantwortlichkeit politischer Entscheidungsträger und der Wirkung ihrer Aktionen ergeben. Dann werden die beiden grundsätzlich möglichen Verfahren für die Gewährleistung des Nachweltschutzes unterschieden: materiellrechtlich durch eine Nennung in der Verfassung oder durch eine neue Institution. Im ersten Fall würde das Bundesverfassungsgericht zum „Wächter" über die Interessen auch der kommenden Generationen, im zweiten Fall würde die neue Institution, z.B. eine Dritte Kammer, ein Ombudsmann, eine Kommission oder ein Generationengerechtigkeits-Rat, diese Rolle übernehmen. Tremmel stellt anschließend den SRzG-Vorschlag, der an einer Neufassung von Art. 20a ansetzt, und die Reaktion der Bundesjustizministerin darauf, kurz dar. Zum Schluss folgt ein Überblick über die internationalen Bestrebungen, Generationengerechtigkeit institutionell zu verankern, wobei besonders auf die Ansätze Israels, Ungarns, der Schweiz und Südafrikas eingegangen wird.

Marco Buschmann und *Christian Lindner* leiten aus interdisziplinärer (vorwiegend politikwissenschaftlicher) Sicht in die Demokratie-Theorie ein. Aufgrund einer gegenüberstellenden Analyse von „guter" und „legitimer" Politik begründen Sie, dass das Mehrheitsprinzip der Demokratie mit dem Prinzip der Generationengerechtigkeit in Konflikt geraten kann. Die Möglichkeit zur Mitwirkung relativiert unter normalen Umständen das Risiko, eine belastende Entscheidung hinnehmen zu müssen. Das kompensatorische Angebot von Partizipation am Entscheidungsprozess muss aber an den ökologischen und nuklearen Bedrohungen scheitern: Die Inkaufnahme eines Risiko für künftige Generationen kann angesichts ihrer Noch-Nicht-Existenz nicht durch ihre Mitwirkung an der gegenwärtigen Entscheidung aufgewogen werden, zumal die Tragweite einiger politischer Entscheidungen heute irreversibel geworden ist. Fazit: Die Demokratie braucht einen neuen Ordnungsrahmen. Dies allerdings darf nach Ansicht der Autoren nicht zu einem Primat des Rechts über die Politik führen.

Aus juristischer Sicht beleuchten die letzten drei Beiträge das Problem. Die Untersuchung von *Christina Lux-Wesener* klärt, ob und inwieweit das Grundgesetz in seiner geltenden Verfassung bereits intergenerationelle Gerechtigkeit verbürgt. Lux-Wesener beginnt mit der Bestim-

mung des zeitlichen Geltungsbereichs des Grundgesetzes. Anschließend werden die speziell für das Verhältnis zwischen Generationen relevanten Aussagen der Finanzverfassung und des Art. 20a GG untersucht. Sodann werden grundgesetzliche Wirkungen zugunsten der Angehörigen verschiedener Generationen, insbesondere die Frage subjektiver Rechte, die grundrechtlichen Schutzpflichten, das Menschenrechtsbekenntnis des Art. 1 Abs. 2 GG und der allgemeine Gleichheitssatz untersucht. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass sich dem Grundgesetz lediglich vereinzelt und auch nur vage Aussagen hinsichtlich intergenerationeller Gerechtigkeit entnehmen lassen. Dies führe dazu, dass jüngere und kommende Generationen aufgrund ihrer mangelnden Repräsentation im demokratischen Prozess gegenüber den ihnen vorangegangenen Generationen benachteiligt werden.

Anemon Boelling beschäftigt sich zunächst mit den Grundlagen einer Verrechtlichung ökologischer Generationengerechtigkeit. Dann prüft Boelling verschiedene Möglichkeiten durch, wie der Schutz kommender Generationen ins Grundgesetz aufgenommen werden kann: Änderung der Präambel, Änderung der Gesetzgebungskompetenzen, Änderungen im Rahmen bestehender Institutionen, Schaffung neuer Institutionen, Einfügung eines Umweltgrundrechts, Änderung des Staatsziels 20a.

Im Schlussbeitrag schlägt *Johannes Rux* einen ökologischen Rat vor, um die Interessen kommender Generationen wirksam zu vertreten. Dieser soll als Organ des Staates in vollständiger personeller und sachlicher Unabhängigkeit aufgrund der fachlichen Kompetenz seiner Mitglieder die Belange des Nachweltschutzes wahrnehmen. Einem Ökologischen Rat darf nach Rux nicht das Recht eingeräumt werden, selbst verbindliche Entscheidungen zu treffen. Auf der anderen Seite reicht es aber auch nicht aus, ihm nur eine beratende Funktion zuzugestehen. Daher soll er Entscheidungen der gesetzgebenden Kammern aufschieben können (suspensives Veto). Rux macht präzise Vorschläge, wie der Ökologische Rat ins Staatsorganisationsrecht eingebunden werden könnte.

Dieses interdisziplinäre Fachbuch, an dem Soziologen, Juristen, Philosophen, Ökonomen, Psychologen und Mediziner mitgewirkt haben, soll die Diskussion über Generationengerechtigkeit untermauern und anreichern, aber auch zum Engagement im Sinne der Generationengerechtigkeit motivieren. Einige der Autoren dieses Handbuchs wurden von der SRzG gebeten, einen Beitrag zu schreiben. Die meisten Bei-

träge erreichten die SRzG jedoch als Ergebnis eines „Calls for Papers". Da uns weit mehr Aufsätze eingereicht wurden, als wir annehmen konnten, erscheint zum Handbuch ein pdf-Ergänzungsband.[3]

Die Autoren wurden angehalten, sich allgemein verständlich auszudrücken und die SRzG-Maxime „Komplizierte Gedanken in einfache Worte fassen!" zu beachten.

Einige der in Druckfassung und pdf-Ergänzungsband veröffentlichten Beiträge entstanden im Rahmen von Symposien und Konferenzen. Einen wichtigen Beitrag zum Gelingen dieses Buches leistete der Gedankenaustausch auf dem Symposium „Was ist Generationengerechtigkeit?", welches die SRzG in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing und YOIS-Deutschland vom 5. bis 7. Juli 2002 auf Schloss Tutzing veranstaltete. Dort wurde die *deutsche* Debatte über Generationengerechtigkeit aufgearbeitet und vertieft. Für die finanzielle Unterstützung bedanken wir uns bei der ZEIT-Stiftung, der Franz-Haniel-Stiftung, der Evangelischen Akademie Tutzing und der Stiftung Mitarbeit. Der gegenwärtige Stand der *internationalen* Debatte über „the Rights of Future Generations" wurde bei einem gleichnamigen Workshop der Central European University am 31. Januar 2003 in Budapest zusammengefasst. Ein herzlicher Dank gebührt Prof. Dr. Zoltán Illés und seinen Kollegen, dafür dass sie der SRzG die Teilnahme ermöglichten.

Die Beiträge des dritten und letzten Teils des Handbuches wurden teilweise für den 1. Generationengerechtigkeits-Preis (Fragestellung: „Wie kann ökologische Generationengerechtigkeit stärker als bisher im Grundgesetz verankert werden?") angefertigt und dann in überarbeiteter Form ins Handbuch aufgenommen. Dieser zweijährlich ausgeschriebene Preis (siehe auch die Information auf den letzten Seiten des Buches)

[3] Als Download zu beziehen über www.srzg.de unter der Rubrik „Publikationen". Darin enthalten sind die Beiträge von Claus Dierksmeier „Freiheitsphilosophie und Generationengerechtigkeit", Martin B. Kalinowski „Zukunftsorientierung. Kriterien für eine generationengerechte Gesellschaft", Michael Opielka „Zur sozialen und sozialpolitischen Dimension der Nachhaltigkeit", Martin Auer „Krieg und das Recht künftiger Generationen auf Existenz", Marco Wiegand „Generationengerechte Verkehrspolitik", Rainer Barthel „Waldpolitik – Spiegel der Generationengerechtigkeit", Andre Presse „Generationengerechte Global Governance in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft", sowie die Langfassungen zahlreicher Einsendungen zum Generationengerechtigkeits-Preis 2001/2002.

wurde von der Stiftung Apfelbaum – Lernprojekt für Ko-Evolution und Integration angeregt, die auch das Preisgeld von 8.000 Euro übernimmt. Für die kontinuierliche Unterstützung danken wir Herrn Dr. Hans-Martin Schmidt von ganzem Herzen. Den vielen Verantwortlichen und Helfern, die den Wettbewerb 2001/2002 auf SRzG-Seite organisierten, danken wir ebenfalls sehr herzlich.

Viele Gedanken entstanden in den Arbeitskreisen der SRzG (siehe letzte Seiten). Der AK-Leiter stützt sich hier, selbst wenn er diese Gedanken integriert und zusammengefasst hat, nicht selten auf die Anregungen Aller. Die Diskussionsbeiträge eines engagierten Gesprächs, die zu einem gemeinsamen Positionspapier der SRzG führen, sind – so sehr dies durch Zitate auch versucht wird – nicht immer einzelnen Individuen zurechenbar. Stellvertretend für alle engagierten AK-Mitdiskutanten sei Martin Viehöver und Eugen Pissarskoi für ihre Mitarbeit im AK Grundlagen gedankt.

Das Handbuch Generationengerechtigkeit hätte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden können ohne die tatkräftige Mithilfe zahlreicher Praktikanten und Freiwilliger, die bei der Erstellung und Formatierung Hand anlegten. Stellvertretend für viele sei Sonja Weber, Dorothee Pohlmann, Astrid Dannenberg, Tobias Rothmund, Laura Memmert, Sandra Moritz, Elvira Rosert und Olivia Sarma gedankt.

Oberursel, im Mai 2003

Jörg Tremmel (Vors.)
Falko Maxin
Laura Memmert
Adrian Schell

Jörg Tremmel

GENERATIONENGERECHTIGKEIT – VERSUCH EINER DEFINITION

Jeder weiß, dass es viel schwieriger ist,
Worte in Taten zu verwandeln, denn
Taten in Worte.
Maxim Gorki

Generationengerechtigkeit als Leitbild

Der Begriff „Generationengerechtigkeit" wird in Deutschland seit Anfang der 1980er Jahre immer häufiger verwendet. Zunächst war er in der Literatur über die Zukunft des Sozialstaates, insbesondere *der Rentenversicherung*[1] zu finden, ab Mitte der 1990er Jahre zusätzlich im Kontext des Verhältnisses von Alt und Jung bzw. bei der Beschreibung von *Generationskonflikten*.[2] Generationenkonflikte, die mit anderen Begriffen ausgetragen wurden, gibt es in Deutschland natürlich schon seit vielen Jahrhunderten, aber erst jetzt „brach die zornige Frage der Generationengerechtigkeit über die deutsche Politik hinein" (Ross 2003). Mit dem Beginn des Nachhaltigkeits-Diskurs erlangte der Begriff „Generationengerechtigkeit" auch in diesem eine zentrale Rolle.[3]

---

[1] Vgl. Nell-Breuning/Fetsch 1981; Fogt 1982; Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung 1984; Grieswelle 1985; Stiftung für Kommunikationsforschung 1988; Leisering 1990; Kaufmann 1990; Baltes/Mittelstrass 1992; Hondrich/Koch-Arzberger 1992; Walzer 1992; Brumlik/Brunkhorst 1993; Becker 1994; Lüscher/Schultheis 1993; Fux 1994; Kronberger Kreis 1994; Brumlik 1995; Tremmel 1997; Tremmel/Viehöver 2000; Butterwegge/Klundt 2001; Enquete-Kommission Demographischer Wandel 2002;

[2] Gronemeyer 1989; Schüller 1995; Tremmel 1996; Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen 1997; Tremmel 1998; SPIEGEL Spezial 1999; Podszun 2000; Alfred-Herrhausen-Gesellschaft 2000.

[3] Im philosophischen und juristischen deutschsprachigen Diskurs ist anstatt des Terminus „Generationengerechtigkeit" vor allem das Sprechen von den „Rechten zukünftiger

Inzwischen ist der Begriff „Generationengerechtigkeit“ dabei, die politische Agenda zu erobern. Im Grundsatzprogramm der Grünen, verabschiedet am 17. März 2002 in Berlin, ist ihm ein eigener Unterabschnitt gewidmet (Bündnis 90/Die Grünen 2002, 74 ff.), auch in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD spielt er eine zentrale Rolle. In den Wiesbadener Grundsätzen der F.D.P. wird er bereits häufiger verwandt als „soziale Gerechtigkeit“.[4] Trendforscher prognostizieren, dass „Generationengerechtigkeit“ in den nächsten Jahren das Schlüsselwort unserer Gesellschaft wird. (Opaschowski 2000, 6)

Generationengerechtigkeit ist wohl die wichtigste Theorie zur Begründung, *warum* man Umwelt und Natur schützen sollte.[5] Weder andere anthropozentrische Theorien (z.B. Eigeninteresse der Menschen) noch ökozentrische Theorien (z.B. Eigenrechte von Flora und Fauna) sind vergleichsweise stringent und überzeugend.

In diesem Beitrag soll insbesondere das Verhältnis von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit beleuchtet werden. Im unreflektierten Alltags-Sprachgebrauch werden beide Begriffe häufig synonym gebraucht. Nicht so bei den Fachleuten: Eine aktuelle vergleichende Übersicht der Nachhaltigkeits-Definitionen von 60 Wissenschaftlern im deutschsprachigen Raum ergab, dass die große Mehrheit Generationengerechtigkeit nicht synonym mit Nachhaltigkeit benutzt (Tremmel 2003a). Die Unterschiede zwischen beiden Begriffen sollen in diesem Beitrag herausgearbeitet werden.

Definitionen geistes- und sozialwissenschaftlicher Begriffe

Nach welchen Kriterien kann man generell bei der Definition geistes- und sozialwissenschaftlicher Begriffe vorgehen? Während die Gesichtspunkte, von denen die formale Korrektheit abhängt, weitgehend erforscht sind, bewegt man sich bei den *inhaltlichen* Kriterien für Defini-

---

Generationen“ üblich, vgl.: Birnbacher 1988; Leist 1991; Ketelhodt 1993; Hösle 1997; Unnerstall 1999; Acker-Widmaier 1999; Birnbacher/Brudermüller 2001. Für die internationale Debatte siehe Tremmel im dritten Teil dieses Bandes.

[4] „Soziale Gerechtigkeit“ wird einmal genannt, „Generationengerechtigkeit“ zweimal. Siehe Wiesbadener Grundsätze, Beschluss des F.D.P.-Bundesparteitages, Wiesbaden vom 24. Mai 1997; http://www.liberale.de/fdpbv/grundsatz/wiesbaden/Rev.2001-08-08

[5] Die Überlegenheit von „Generationengerechtigkeit“ als Begründungsmodells für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen kann hier aus Platzgründen nicht ausgeführt werden.

tionen in den Geistes- und Sozialwissenschaften noch auf unbekannterem Terrain, da hier noch wenig geforscht wurde. Dies ist überraschend, da alle Wissenschaftler ständig Begriffe definieren müssen. Sehr häufig geschieht dies allerdings, ohne dass die Kriterien, nach denen sie ihre Definitionen vornehmen, explizit angegeben werden. Wie aber kann eine möglichst objektive Definition eines Wortes erfolgen? Um sich der Bedeutung von existierenden Begriffen zu nähern, sollte man einen Überblick über ihren heutigen Gebrauch geben. Meist wird man auf mehrere, in einigen Fällen (etwa Nachhaltigkeit) auf Dutzende, teilweise sehr verschiedene Bedeutungen stoßen. Diese Bedeutungsanalyse allein ist noch nicht ausschlaggebend, sie ist nur ein Kriterium unter mehreren. Ihr folgt eine Prüfung des Sinnes bzw. der Adäquatheit. Hier ist zu fragen: Ist der Begriff sinnvoll, und wenn ja, was ist sein innerer Wortsinn? Weitere Kriterien sind: der Kontext des Begriffes, seine Etymologie, sowie seine Bedeutung bei der ersten, ursprünglichen Verwendung. Nach diesen Kriterien – soweit sie im konkreten Fall anwendbar sind – sollen nun „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ definiert werden. Im Falle der „Nachhaltigkeit“ stützt der Autor sich auf seine Studie, die parallel zu diesem Handbuch erscheint.[6] Begonnen wird jedoch mit dem Begriff der „Generationengerechtigkeit“.[7]

Verwendung von „Generationengerechtigkeit“ in unterschiedlichen Kontexten

Seit den Anfängen der Ökobewegung werden die Rechte und Interessen künftiger Generationen als Argument beschworen. Inzwischen vergeht auch keine Haushaltsdebatte mehr im Bundestag, ohne dass der Finanzminister „Generationengerechtigkeit“ als Argument anführt, um seinen Sparkurs zu begründen. In Talkshows benutzen Vertreter der jüngeren Generation moralische Fragen, um ihre Kontrahenten aus der älteren Generation ins Schwitzen zu bringen: Ist es gerecht, wenn junge

[6] Tremmel, Jörg (2003a): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München. Die Studie ist auch als pdf-Text über www.srzg.de (Publikationen/Bücher) zu beziehen.

[7] Für Definitionen in den Sozialwissenschaften, siehe Tremmel 2003a der Abschnitt: „Analytische Definitionen in den Gesellschaftswissenschaften“. Ausschließlich diesem Thema widmet sich Pawlowski 1980; in weit weniger elaborierter Form finden sich Kriteriensammlungen auch bei Ott 2002, 131–137; sowie bei Savigny 1980.

Menschen Treibhauseffekt, Ozonloch und Atommüll als Hinterlassenschaften früherer Generationen erben? Ist es gerecht, wenn die Arbeitslosenquote von Jugendlichen höher ist als die der Gesamtbevölkerung? Ist es gerecht, wenn die jüngere Generation in der Rentenversicherung schlechter dasteht als die ältere? Wenn Jugendliche nicht ihre Volksvertreter wählen dürfen? Wenn die junge Generation einen hoch verschuldeten Staat erbt? Wenn mehr als sieben Mal so viele Jugendliche wie Rentner Sozialhilfeempfänger sind? Ist es gerecht, wenn im Parlament, in den Unternehmensetagen und in den Redaktionen der Zeitschriften kaum Untervierzigjährige zu finden sind?

Der Vertreter der älteren Generation mag kontern: Ist es etwa gerecht, dass Ältere in ihrer Jugend selten in Urlaub fahren und noch seltener studieren konnten? Dass junge Start-Up-Unternehmer zu Zeiten des Internet-Booms schon mit 25 Jahren Multimillionäre werden konnten? Dass die Nachkriegsgeneration in Arbeitswochen von bis zu 80 Stunden die Trümmer wegräumen und aus dem Nichts wieder anfangen musste?

Sicher kann man keiner Seite ihren Standpunkt einfach absprechen. Es zeigt sich also, dass die Definition von „Generationengerechtigkeit“ nicht einfach ist. Dabei hilft es wenig, dass bereits heute verschiedene Parteien „Generationengerechtigkeit“ in ihren Programmen fordern, ohne den Begriff zu präzisieren und mit Inhalt zu füllen.

Definition von Generationengerechtigkeit

Die enge und weite Definition von „Generation“

Generationengerechtigkeit setzt sich aus den Einzelwörtern „Generationen“ und „Gerechtigkeit“ zusammen. Laut Herkunftsduden ist eine „Generation“ die „Gesamtheit aller etwa zur gleichen Zeit geborenen Menschen“. Der Substantiv wurde im 17. Jahrhundert aus lat. „generatio“ (Zeugungsfähigkeit) entlehnt.

Heute bezeichnet der Begriff „Generation” erstens die Altersspanne, bis aus Kindern Eltern und aus Eltern Großeltern werden. In Deutschland gebären Frauen heute durchschnittlich das erste Kind mit etwa 29 Jahren. Man spricht daraus abgeleitet bei den etwa Unterdreißigjährigen von der jungen, bei den 30 bis 60-Jährigen von der mittleren und bei den Übersechzigjährigen von der alten bzw. älteren Generation.[8]

[8] Während früher selten mehr als drei Generationen miteinander lebten, sind es heute

Zweitens wird das Wort „Generation" in der englischen, der deutschen und zahlreichen weiteren Sprachen verwandt, um die Gesamtheit der heute lebenden Menschen zu bezeichnen. In diesem Sinn lebt jeweils nur eine Generation zur gleichen Zeit.

Was bedeutet dies etwa für die Aussage eines 28-Jährigen*: „Meine Generation wird benachteiligt, aber die nach uns kommende Generation wird noch mehr benachteiligt sein"*? In der erstgenannten, „engen" Definition wäre der sprachliche Ausdruck *„meine Generation"*, bezogen auf Deutschland, gleichbedeutet mit 26,7 Mio. Menschen. Die Designate dieser Definition wären die Jahrgänge 0 bis 30 Jahre. Verwendete er dagegen bei seiner sprachlichen Äußerung die „weite" Definition, so würden 82,4 Mio. Menschen darunter fallen.

Die klare Unterscheidung zwischen beiden Bedeutungen wurde in der wissenschaftlichen Debatte über Generationengerechtigkeit lange vernachlässigt. So kreiste die juristischen Debatte lange ausschließlich um die weite Definition, wobei das Wohl „zukünftiger" Generationen zur Debatte stand. Es wurde diskutiert, wie man eine Interessensvertretung für heute noch nicht Geborene einrichtet. Eine erhebliche Veränderung der Debatte ergibt sich, wenn man zusätzlich den „engen" Definitionenbegriff zu Grunde legt und dann von „nachrückenden" Generationen spricht (Tremmel/Lux/Laukemann 1999, 435 f.).

Die Bezeichnung „nachrückende Generationen" umfasst im Gegensatz zum Begriff „zukünftige Generationen" nicht nur die noch nicht geborenen Generationen, sondern darüber hinaus auch die heutigen Kinder und Jugendlichen. Die Notwendigkeit, auch für sie eine Interessensvertretung zu schaffen, begründet sich u.a. dadurch, das Unterachtzehnjährige keine Stimme haben, wodurch sie bei heutigen Verteilungskonflikten häufig nicht berücksichtigt werden. Es macht in diesem Zusammenhang keinen Unterschied, ob ein Kind gerade geboren wurde oder morgen geboren wird. Die Minderjährigen sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Maßgebliche Entscheidungen werden fast ausschließlich von Entscheidungsträgern getroffen, die der mittleren und älteren Generation angehören. Die Angehörigen der jungen Generation sind allein aufgrund ihres Alters von maßgeblichen Entscheidungen der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft betroffen,

---

nicht selten fünf. Es dient lediglich der Vereinfachung, wenn im folgenden von drei Generationen, der jungen, der mittleren und der alten, gesprochen wird.

ohne (von Ausnahmen abgesehen), daran in relevantem Umfang mitwirken zu können. Damit sind sie machtloser als ältere Generationen, wenn auch nicht ganz so machtlos wie zukünftige Generationen. Je jünger ein Bürger ist, desto eher ist sein Schicksal das gleiche wie das der ersten künftigen Generation. Die Zusammenfassung der heute jungen Generation mit zukünftigen Generationen ist vor allem juristisch bedeutend, da bereits geborene Menschen juristisch gesehen Rechtssubjekte sind und einklagbare Grundrechte haben.

Viehöver hat folgende Terminologie vorgeschlagen:[9] Wird „Generation“ im Sinne der „engen“ Bedeutung gebraucht, so sprechen wir von „temporaler Generationengerechtigkeit“, sonst von „intertemporaler Generationengerechtigkeit“.[10] Temporale Generationengerechtigkeit ist also die Gerechtigkeit zwischen jungen, mittelalten und älteren *heute lebenden* Menschen. Intertemporale Generationengerechtigkeit wird definiert als die Gerechtigkeit zwischen Menschen, die früher lebten, die heute leben und die zukünftig leben werden.[11]

---

[9] Die oben genannte Bedeutung der Begriffe wurde vom SRzG-Arbeitskreis *Grundlagen der Generationengerechtigkeit* explizit herausgearbeitet. Vgl. die Vorarbeiten dazu bei Viehöver, Martin: Der Beitrag einer reformierten Grundsteuer zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, www.viehoever.de/grundsteuer/; (unveröffentlichte Diplomarbeit), Rev. 2002-03-08; S.21.

[10] Diese Terminologie hat den Vorteil, dass beide Begriffe Assoziationen mit „zeitlich“ wecken, wobei intertemporal für größere Zeiträume steht. Sie hat den Nachteil, dass v.a. die wirtschaftswissenschaftliche Debatte über Generationengerechtigkeit die beiden Begriffe „temporal“ und „intertemporal“ synonym verwendet und sie meist mit „intergenerationell“ gleichsetzt (entsprechend intragenerationell = intratemporal). Allerdings ist die Verwendung der Begriffe „temporal“ und „intertemporal“ keineswegs einheitlich oder stringent, so dass eine Klarstellung ohnehin notwendig ist.
Alternativ dazu könnte man auch von „Altersgruppen“ sprechen, wenn man „Generationen“ in der engen Wortbedeutung meint; dies aber läuft dem eingebürgerten Sprachgebrauch entgegen.

[11] Es gibt zahlreiche weitere Bedeutungen des Wortes „Generation“. In soziologischer Hinsicht umfasst eine Generation eine Gruppe von Menschen, die durch eine bestimmte Epoche geprägt sind und dadurch einen bestimmten Kanon von Überzeugungen und Werten teilen (z.B. die „68er-Generation“, „die 89er-Generation“). Im Hinblick auf die Familie kennzeichnet „Generation“ die Verwandtschaftsbeziehungen. So spricht man davon, dass Väter einer anderen Generation angehören als ihre Söhne. Sogar gleichalte Verwandte können durch eine „Generation“ voneinander getrennt sein, z.B. wenn eine Frau erst mit 36 ihr erstes Kind bekam, ihre Schwester aber bereits mit 18 und ihre Tochter auch bereits wieder mit 18.

Der innere Wortzusammenhang

Das Wort „Generationengerechtigkeit“ als Zusammensetzung der Worte Generationen im Plural und Gerechtigkeit kann nach dem Kriterium „Innerer Wortsinn“ nur Gerechtigkeit *zwischen* den Generationen, nicht *innerhalb* einer Generation bedeuten. „Geschlechtergerechtigkeit“ – um ein verwandtes Wort zu nehmen – bedeutet auch Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen und nicht innerhalb der Gesamtheit der Frauen. Versuche, „Generationengerechtigkeit“ als Überbegriff sowohl für intra- als auch für intergenerationelle Gerechtigkeit umzudefinieren, sind nach den Kriterien für wissenschaftliche Definitionen nicht zulässig, da eine solch weite Definition Erkenntnismöglichkeiten abschneiden würde.[12]

Gerechtigkeit als Gleichheit

Eine erste Arbeitsdefinition von Generationengerechtigkeit geht von dem Grundsatz aus, dass es ungerecht sei, Gleichartiges bzw. Gleichwertiges ungleich zu behandeln.[13] Art. 3 Abs. 1 des deutschen Grundgesetzes bestimmt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.” Das Bundesverfassungsgericht entnimmt der Vorschrift das Gebot, Gleiches gleich, Ungleiches seiner Eigenart entsprechend verschieden zu behandeln.[14] Dieser Ansatz ist konsistent mit dem Gebrauch des Gerechtigkeitsbegriffs in anderen Zusammenhängen: Bei „Geschlechtergerechtigkeit” wird die Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts gebrandmarkt, sofern nicht objektive Gründe sie erfordern. Ebenso empfindet man es weltweit als ungerecht, wenn Menschen nur aufgrund ihrer Hautfarbe unterschiedlich behandelt werden. Betrachtet man Generationen als gleichwertig und folgt dem Gleichbehandlungsgrundsatz, so könnte die erste Arbeitsdefinition von Generationengerechtigkeit lauten, dass keine Generation besser oder schlechter gestellt werden sollte als eine andere.

---

[12] In diesem Beispiel wäre die Definition auch zusätzlich deshalb unzulässig, weil grammatikalische Regeln verletzt würden.

[13] Die umfangreiche Debatte über Gerechtigkeit von Aristoteles bis Rawls kann hier natürlich nicht mal ansatzweise rekapituliert werden, vgl. Lumer in diesem Band.

[14] „Weder [sei] wesentlich Gleiches willkürlich ungleich, noch wesentlich Ungleiches willkürlich gleich zu behandeln.” Siehe BverfGE 1, 14/52; siehe auch BverfGE 4, 144 (155); 71, 255 (271), zitiert nach: Hesselberger, Dieter: Das Grundgesetz, 11. Aufl., Bonn 2000, S. 81

Fortschritt und Verbesserung

Generationengerechtigkeit kann jedoch auch weitergehend definiert werden: Nicht nur eine Nicht-Schlechterstellung, sondern eine Besserstellung kommender Generationen sei ethisch geboten und deshalb anzustreben. Die bisherigen Generationen haben Wachstum und Wohlstandszunahme erfahren, sie sollten im Sinne der Gerechtigkeit dafür sorgen, dass dies auch für zukünftige Generationen möglich bleibt. Es war das Motiv früherer Eltern, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll. Eine positive intergenerationelle Sparrate sollte somit auch das Ziel der heute Lebenden im Umgang mit zukünftigen Generationen sein. Fortschritt in der Lebensqualität ist sicherlich wünschenswerter als ein Stillstand auf dem Status Quo, letzterer wiederum ist einer Verschlechterung vorzuziehen. Für diese Erweiterung lässt sich auch ins Felde führen, dass es niemals gelingen wird, rechnerisch exakt einen Zustand der Gleichbehandlung herbeizuführen. Um nicht das Risiko einer versehentlichen Schlechterstellung der Zukünftigen einzugehen, sollten die Heutigen im Sinne des Vorsorgeprinzips (vgl. Birnbacher/ Schicha 1996, 151) eine Besserstellung anstreben. Auch nach einer teleologischen Ethik, also vom Ziel her gedacht, ist es plausibel, dass eine Welt, in der nach dem weitergehenden moralischen Postulat gelebt wird, insgesamt wünschenswerter wäre, da der Fortschritt hin zum Besseren dort schneller wäre. Nicht zuletzt ist es nach dem diskursethischem Kriterium „gerecht ist, was allen Beteiligten eines herrschaftsfreien Diskurses als gerecht erscheint“ so, dass die versuchte Besserstellung der Zukünftigen große Zustimmung erfährt.

Fazit: Die Definition von Generationengerechtigkeit

Intertemporale Generationengerechtigkeit kann also folgendermaßen definiert werden:

> Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation.

In der Definition für „temporale Generationengerechtigkeit“ muss man „zukünftige Generationen“ durch „nachrückende Generationen“ und „heutige Generation” durch „heute mittlere und ältere Generationen” ersetzen. Alternativ kann man dann auch schreiben:

> Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen.

Universale Gültigkeit

Zwei Erläuterungen sind notwendig. Erstens ist das Postulat so zu verstehen, dass die Chancen *jeder* zukünftigen bzw. nachrückenden Generation mindestens so groß wie die ihrer Vorgängerdefinition sein sollten. Es darf also z.B. nicht die heute mittlere Generation die heute junge besser stellen um den Preis, dass es der nächstfolgenden schlechter als beiden geht.

‚Künftige Generationen' vs. ‚Angehörige künftiger Generationen'?

Eine zweite, wichtige Frage ist, ob sich diese Definition auf die zukünftigen bzw. nachrückenden Generationen als *Entitäten* bezieht oder auf die *Angehörigen* zukünftiger bzw. nachrückender Generationen? Die Implikationen sind weitreichend. Stellen wir uns in einem vereinfachten Beispiel vor, die heutige Generation A wollte eine nicht-erneuerbare Ressource, von der insgesamt 6 Einheiten vorhanden sind, mit einer zukünftigen Generation B gerecht teilen. Wegen des Bevölkerungswachstums werde B nun doppelt so groß wie die heutige Generation A (was A aufgrund seiner Prognosen bereits bekannt sei). Die heutige Generation müsste dann – wenn mit der obigen Definition die Angehörigen zukünftiger Generationen gemeint wären – nicht nur die Hälfte, sondern zwei Drittel der Ressource sparen und könnte dementsprechend weniger selbst verbrauchen.

Dennoch kann die Definition sinnvollerweise nur auf die Angehörigen zukünftiger Generationen, auf die „zukünftigen Individuen" (Unnerstall 1999) abstellen. Generationengerechtigkeit ist ein zutiefst anthropozentrischer Ansatz, der mit seiner Bedürfnisorientierung auf das Individuum abzielt. Wenn ein zukünftiges Individuum ohne eigenes Verschulden deutlich schlechter gestellt ist also Angehöriger der heutigen Generation, so kann dies nicht als generationengerecht bezeichnet werden. Für die heute lebenden Menschen bedeutet *generationenge-*

rechtes Handeln unter diesem Aspekt folglich, entweder deutlich mehr zu sparen oder aber das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.[15]

Anschlussfähigkeit an Kernideen politischen Strömungen

Das Prinzip „Generationengerechtigkeit" wird sich nur dann als gesellschaftliches Leitbild durchsetzen, wenn es zumindest nicht im Gegensatz zu den wichtigsten politischen Strömungen der westlichen Kultur steht – namentlich dem Liberalismus, dem Sozialismus und dem Konservativismus.

Zum Konservativismus lässt sich über die Bewahrung der Schöpfung und anderer Güter, die uns heute erhaltenswert erscheinen, eine Brücke schlagen. Für linke Strömungen ist die Idee der Solidarität mit kommenden Generationen und ihre Gleichstellung (zumindest nicht Schlechterstellung) der Anknüpfungspunkt. András Lányi, einer der linken Initiatoren eines ungarischen Gesetzentwurfs für einen Ombudsmann für zukünftige Generationen, formuliert es so: „Die Argumente der Linken sind ziemlich einfach. Die Essenz einer linken Haltung ist die Ausweitung der Menschenrechte auf mehr und mehr soziale Gruppen: auf die Nicht-Adeligen, die Neuankömmlinge, die Habenichtse, die Frauen und alle möglichen Minderheiten. Wie könnten wir diese Rechte der allergrößten Minderheit verwehren, den uns folgenden Generationen?" (Lányi 2001, 32)

Zum Liberalismus mit seinem zentralen Wert der Freiheit besteht der Anknüpfungspunkt, dass Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung auch für zukünftige Generationen erhalten werden sollten. Man kann die Interessenskonflikte zwischen heutigen und zukünftigen Generationen als Freiheitskonflikte auffassen. So wie die Freiheit jedes heutigen Menschen dort aufhört, wo die Freiheit des Anderen beginnt, so ist auch die Freiheit der heutigen Generation durch die Freiheit der zukünftigen Generationen begrenzt (SRzG 1997, 1). Womit sollte es zu rechtfertigen sein, dass das rein zufällige Auftreten eines Individuums zu einem bestimmten Punkt im Zeitkontinuum dazu führt, dass es bevorzugt oder benachteiligt wird? Denkt man den Gedanken der Freiheit konsequent zu Ende, so muss das Handeln der Menschen heute den zu-

[15] Die Beziehungen zwischen Generationengerechtigkeit und Bevölkerungsentwicklung sind komplex; sie hier umfassend darzustellen, würde den Rahmen sprengen.

künftigen Generationen so viel Freiheit lassen, dass diese noch die gleiche Freiheit zum Handeln haben.[16] Dies folgt schon aus der Perspektive eines rein zeitlich betrachteten, idealen Rollentausches. Für einen Liberalen geht es bei der Debatte also nicht um die unselige Alternative zwischen Freiheit oder Verzicht, wie sie in der ökologischen Diskussion immer wieder anklingt (womit letztlich auch eine Ökodiktatur zu rechtfertigen wäre), sondern für ihn gilt es Freiheit gegen Freiheit abzuwägen.

Hinterlassenschaften für kommende Generationen

Das „Kapital" welches für die nachkommenden Generationen bewahrt werden soll, beinhaltet folgendes:

Tab.1: Kapitalformen

Natürliches Kapital	Bestand an Natur
Künstliches Kapital	Produktionsanlagen, Infrastruktur, und Institutionen genauso wie finanzielles Vermögen
Soziales Kapital	Ausmaß an Solidarität in der Gesellschaft, stabile Beziehungen zwischen Einzelnen und Gruppen, gefestigte Institutionen, Werte
Menschliches Kapital	Gesundheit, Bildung, Fähigkeiten und Wissen
Kulturelles Kapital	kulturelle Vielfalt (v.a. Sprachenvielfalt), kulturelles Erbe

Quelle: eigene Darstellung in Abwandlung von Renn/Knaus 1998, 45

Vergleiche und Evaluierungen unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit beziehen sich auf alle Elemente des kollektiven Erbes. Zu diesen Elementen gehören nicht nur die ökologischen Lebensgrundlagen, sondern auch die Infrastruktur, das Sach- und Bildungskapital, die Ersparnisse und Schulden, auch die Arbeitsplätze und sozialen Institutionen, aber auch z.B. die Tatsache, ob in Familien die Kinder geschlagen werden.

[16] Das ist das Motto der SRzG.

Sieht man einmal von der familiären Ebene ab und schaut sich die Politik an, so ist in mindestens acht Politikbereichen das „Prinzip Generationengerechtigkeit“ unmittelbar relevant: Umweltpolitik, Finanzpolitik, Rentenpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, Friedenspolitik und Jugendpolitik. In zahlreichen anderen Bereichen gibt es indirekte Bezüge. Während in dem wissenschaftlichen Diskurs über die Ökologie nur die intertemporale Generationengerechtigkeit eine Rolle spielt, spielt bei den Diskussionen über die generationengerechte Politiken in den meisten anderen Feldern die temporale Generationengerechtigkeit eine größere Rolle.

Was heißt Generationengerechtigkeit für verschiedene Bereiche?

Ökologie

Das Naturkapital darf nicht verringert werden. Erneuerbare Energieressourcen dürfen nur in dem Maß genutzt werden, wie sie sich erneuern. Nicht erneuerbare Energieressourcen müssen so sparsam wie möglich genutzt werden, damit nachrückende Generationen Gelegenheit bekommen, Substitute dafür zu schaffen. Die biologische Vielfalt an Arten und Ökosystemen darf nicht reduziert werden. Luft, Wasser und Boden dürfen nur in dem Maße mit schädlich wirkenden Stoffen belastet werden, wie sie diese abbauen können. Im Bereich Ökologie sind „ökologische Generationengerechtigkeit“ und „*ökologische* Nachhaltigkeit“ (nicht: Nachhaltigkeit) so gut wie bedeutungsgleiche Begriffe.

Rente

Das erreichbare Beitrags-Leistungs-Verhältnis (die Rendite) der jungen und zukünftiger Generationen aus der staatlichen Rentenversicherung darf nicht niedriger sein als die Rendite der heute älteren und früherer Generationen.

Staatsverschuldung

Der Anteil der Staatseinnahmen, der für den Schuldendienst ausgegeben wird (die Zins-Steuer-Quote), darf langfristig nicht steigen. Denn wenn die heute herrschende Generation eine Finanzpolitik betreibt, als deren Folge der Anteil der Staatseinnahmen, den eine zukünftige Generation für Zins und Tilgung ausgeben muss, steigt, so nimmt sie der zukünftigen Generation ihre Freiheit.

Bildung
Jede Generation muss – vor allem in jungen Jahren – durch Bildung und Ausbildung in die Lage versetzt werden, unter den für sie gegebenen Rahmenbedingungen ihr Leben bestmöglich zu meistern.

Arbeit
Die Quote arbeitsloser Jugendlicher sollte nicht über die allgemeine Arbeitslosenquote steigen. Sie sollte außerdem nicht höher liegen als zu vergangenen Zeiten.

Rechte von Kindern und Jugendlichen
Unterachtzehnjährige sollten über alle politischen Entscheidungen, die sie betreffen, mitbestimmen dürfen wie Erwachsene. Dazu gehört, dass sie das aktive Wahlrecht ausüben dürfen, sofern sie selbst wollen.

Gesundheit/Medizin/Biotechnologie
Der Gesundheitszustand nachfolgender Generationen sollte besser sein als der vorheriger Generationen. Chancen und Risiken der Biotechnologie sind abzuschätzen. Wenn Chancen überwiegen, so ist die entsprechende Forschung im Interesse kommender Generationen voranzubringen; wenn nicht, so ist sie zu unterlassen.

Friedenssicherung
Das Weiterbestehen der Institution Krieg ist möglicherweise die größte Gefahr für zukünftige Generationen.[17] Diese Gefahr wird in der Debatte um Generationengerechtigkeit inzwischen seltener thematisiert. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist die Umweltkrise als Hauptbedrohung kommender Generationen in der Wahrnehmung vieler politischer Beobachter in den Vordergrund gerückt. Ob dies angesichts der Atomwaffentests von Indien, Pakistan und Nordkorea berechtigt ist, darf bezweifelt werden.

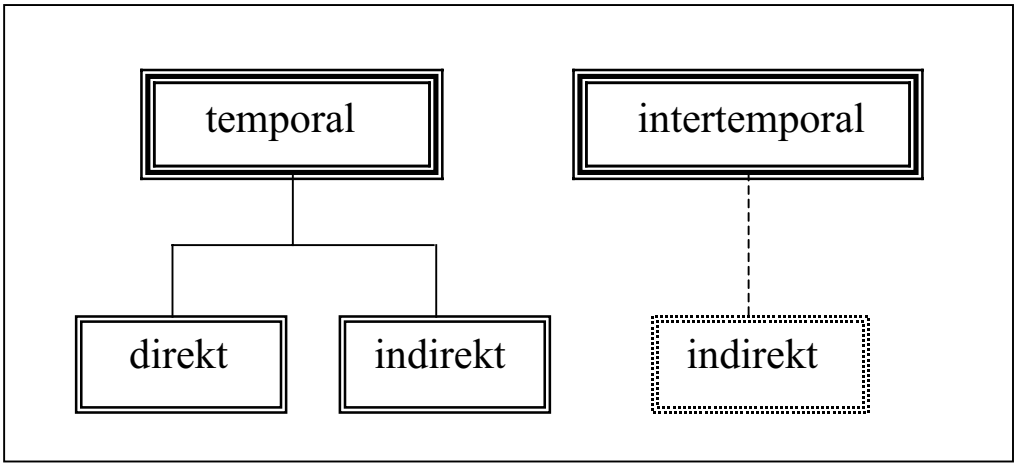
Direkte und indirekte Vergleiche
Offensichtlich werden im Konzept der Generationengerechtigkeit Vergleiche zwischen Generationen gezogen, häufig geschieht dies in der

[17] Vgl. den Beitrag von Martin Auer im pdf-Ergänzungsband dieses Handbuches.

öffentlichen Debatte jedoch unsachgemäß. Grundsätzlich ist zwischen direkten und indirekten Vergleichen zu unterscheiden. Im direkten Vergleich werden heutige „Junge“ und „Alte“ verglichen, z.B. in dem man den Prozentsatz von Rentnern und von Unterdreißigjährigen, die Sozialhilfe beziehen, im Jahr 2003 vergleicht. Bei einem indirekten Vergleich wird dagegen Jugend mit Jugend verglichen. Dabei untersucht man den Anteil der Jugendlichen an allen Sozialhilfeempfängern im Jahr 2003 und im Jahr 1973 – also dem Jahr, in dem die heute ältere Generation jung war. Wenn vor dreißig Jahren deutlich weniger junge Menschen von der Sozialhilfe lebten als heute, so ist dies ein Indiz dafür, dass damals weniger junge Menschen zu den relativ Armen der Gesellschaft gehörten.

Der Unterschied zwischen direkten und indirekten Vergleichen ist nur beim temporalen Generationenbegriff möglich. Intertemporal wird ja innerhalb der Gruppe der heute Lebenden („der Generation“ in weiter Definition) nicht zwischen Altersgruppen unterschieden, also können in dieser Hinsicht auch keine Vergleiche gezogen werden.[18]

Abb.1: Begrifflichkeiten der Generationengerechtigkeit



Quelle: eigene Darstellung

[18] Wenn man – sprachlich kontraintuitiv – auch beim weiten Generationengerechtigkeitsbegriff eine Altersgruppe isoliert herausgreift, so sind indirekte Vergleiche möglich. Direkte Vergleiche sind in keinem Fall möglich.

Direkte und indirekte Vergleiche in den verschiedenen Politikfeldern
Beispielhaft werden die Begrifflichkeiten auf den Bereich Ökologie angewandt. Die Forderung, das Naturkapital für kommende Generationen zu erhalten, hat viele Facetten. Der Einfachheit halber untersuchen wir pars pro toto das Glück, in einer biologisch artenreichen Welt zu leben. Ist eine biologische Art ausgestorben, so sind die heute lebenden und alle zukünftigen Generationen um den Nutzen aus ihrer wirtschaftlichen, medizinischen oder wissenschaftlichen Verwendung gebracht; ebenso um das ästhetische Wohlgefallen an ihrer Existenz.

Nehmen wir nun an, dass zu verschiedenen Zeiten aufgrund der anthropogenen Einwirkungen auf die Natur eine unterschiedliche Anzahl von Tierarten existierte, existiert bzw. existieren wird.

Bei einem auf die Gegenwart bezogenen direkten Vergleich sind Jung, Mittel und Alt gleich gut bzw. schlecht dran (6:6:6). Alle drei Generationen leben heute in einer Welt mit einer im Vergleich zu früheren Zeiten (z.B. dem Jahr 1800) reduzierten Artenzahl.

Tab. 2: Generationenvergleiche nach Zeit und Alter am Bsp. Artenvielfalt

	18-Jähriger	50-Jähriger	80-Jähriger
1800	12 Mio.	12 Mio.	12 Mio.
1941	9 Mio.	9 Mio.	9 Mio.
1971	8 Mio.	8 Mio.	8 Mio.
2003 (Gegenwart)	6 Mio.	6 Mio.	6 Mio.
2035	4 Mio.	4 Mio.	4 Mio.
2200	1 Mio.	1 Mio.	1 Mio.

Quelle: eigene Darstellung (Zahlen willkürlich gewählt)

Ein indirekter Vergleich ergibt folgendes: Als die heute 50-Jährigen selbst erst 18 Jahre alt waren, gab es mehr Arten als heute, die heute 80-Jährigen hatten, als sie erst 18 Jahre alt waren, noch mehr Artenvielfalt (9:8:6). Bei einem in die Zukunft gerichteten indirekten Vergleich wird klar, dass die heute 50-Jährigen besser gestellt sind als die heute 18-Jährigen, da letztere aller Voraussicht nach noch weniger Mitgeschöpfe um sich herumhaben werden, wenn sie selbst 50 geworden sind (6:4).

In der intertemporalen Perspektive wird die Ungerechtigkeit noch deutlicher, da die zukünftig (z.B. im Jahr 2200) Lebenden in einer weit weniger artenreichen Welt leben werden als die heute lebenden Menschen, die wiederum schon weniger Artenvielfalt nutzen können als die Generationen, die um das Jahr 1800 herum lebten (12:6:1).

Würde man nun auch intertemporal Altersgruppen vergleichen, so käme man zu Aussagen wie:

- Im Jahr 1800 hatten die 18-Jährigen (die heute tot sind), 12 Mio. Tierarten um sich herum.
- Im Jahr 2003 haben die 18-Jährigen 6 Mio. Tierarten um sich herum.
- Im Jahr 2200 werden die 18-Jährigen (die heute noch nicht geboren sind), eine Mio. Tierarten um sich herum haben.

Direkte intertemporale Vergleiche sind nicht möglich, da kein sinnvolles Bezugsjahr existiert, um die Situation von Lebenden, Dahingeschiedenen und Zukünftigen zu vergleichen. Zusammenfassend ergibt sich also bei diesem Beispiel:[19]

	Temporal:	Intertemporal:
indirekt:	9:8:6(:4)	12:6:1
direkt:	6:6:6	n.a.

Anwendung der Terminologie auf andere Politikfelder

Im Bereich *Jugendpolitik* bzw. Rechte der Nichterwachsenen ist im indirekten Vergleich sicher keine Ungerechtigkeit festzustellen: Vor dreißig Jahren (bis 1972) durfte das aktive Wahlrecht erst ab 21 ausgeübt werden, da sind heute 18-Jährige besser gestellt. Auch sonst waren ihre Partizipationsrechte geringer als heute. Im direkten Vergleich zwischen Jung und Alt besteht dagegen eine Ungerechtigkeit, da die älteren lebenden Generationen wählen dürfen, die junge aber teilweise nicht.

Bei der *Staatsverschuldung* deckt ein direkter Vergleich keine Ungerechtigkeit auf: die Zins-Steuer-Quote ist heute auf Bundesebene 20 Prozent – dies betrifft alle gleich. Im indirekten Vergleich dagegen wird

[19] Aus Platzgründen werden die Begrifflichkeiten bei den anderen Feldern der Generationengerechtigkeit nicht mehr so ausführlich bzw. durch Beispiele erläutert. Der Leser kann dies selbst ausprobieren.

deutlich, dass die heute 50-Jährigen weit geringere Zins-Steuer-Quoten zu bewältigen hatten, als sie 18 waren.

Bei der gesetzlichen *Rentenversicherung* ist es etwas komplizierter: das Kriterium für unsere Generationenvergleiche ist die Durchschnitts-Rendite, die man für Angehörige eines Jahrgangs (Kohorte) nur über dessen ganze Lebensdauer bestimmen kann (Tremmel 2003d, 422–425).

Tab. 3: Generationenvergleiche nach Zeit und Alter am Bsp. Rentenversicherung

	30-Jähriger	40-Jähriger	50-Jähriger	60-Jähriger
1973	6,0 %	7,0 %	8,5 %	9,6 %
1983	5,5 %	6,0 %	7,0 %	8,5 %
1993	5,1 %	5,5 %	6,0 %	7,0 %
2003 (Gegenwart)	4,7 %	5,1 %	5,5 %	6,0 %
2013	4,5 %	4,7 %	5,1 %	5,5 %
...	...			
2033	3,8 %			

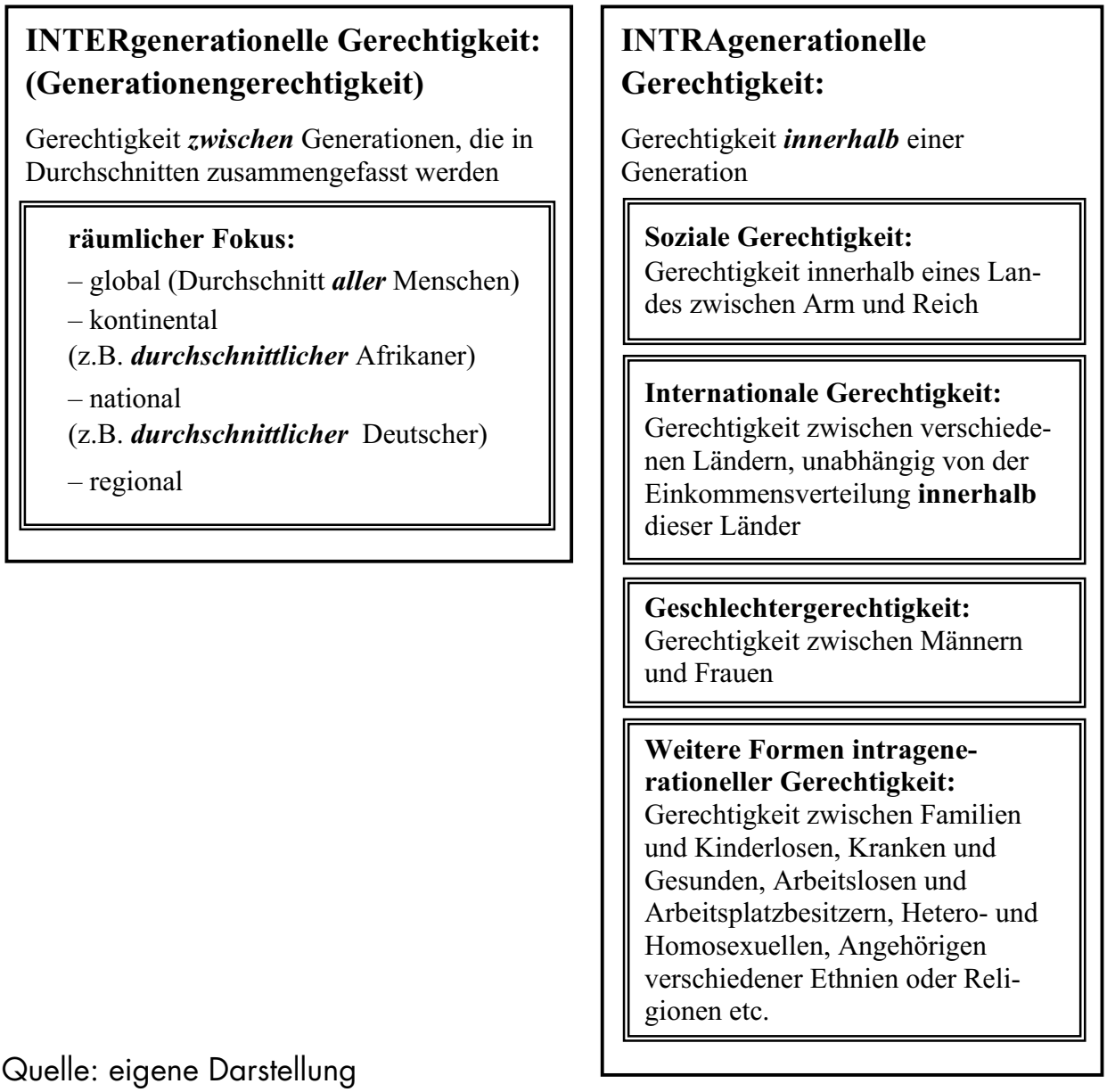
Quelle: eigene Darstellung (Zahlen angenähert)

Die Rendite eines Rentners, der im Jahr 2000 in Rente geht, beträgt nach Berechnungen des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger 6,51 Prozent. Ein heute geborenes Kind, das ungefähr im Jahr 2060 in Rente geht, erhält nur noch eine Rendite zwischen 3,2 und 4,4 Prozent. (Eitenmüller 1996, 791). In diesem direkten Vergleich ist implizit aber eine Längsschnittsbetrachtung bereits enthalten.

Beziehungen zwischen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit

Inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit sollen im Folgenden zunächst voneinander analytisch abgegrenzt werden. Der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ wird dabei auf die Frage der Verteilung zwischen Arm und Reich innerhalb eines Landes angewandt, während die Frage des Ausgleichs zwischen Nord und Süd mit „internationaler Gerechtigkeit“ umschrieben wird.

Abb. 2: Abgrenzung von inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit



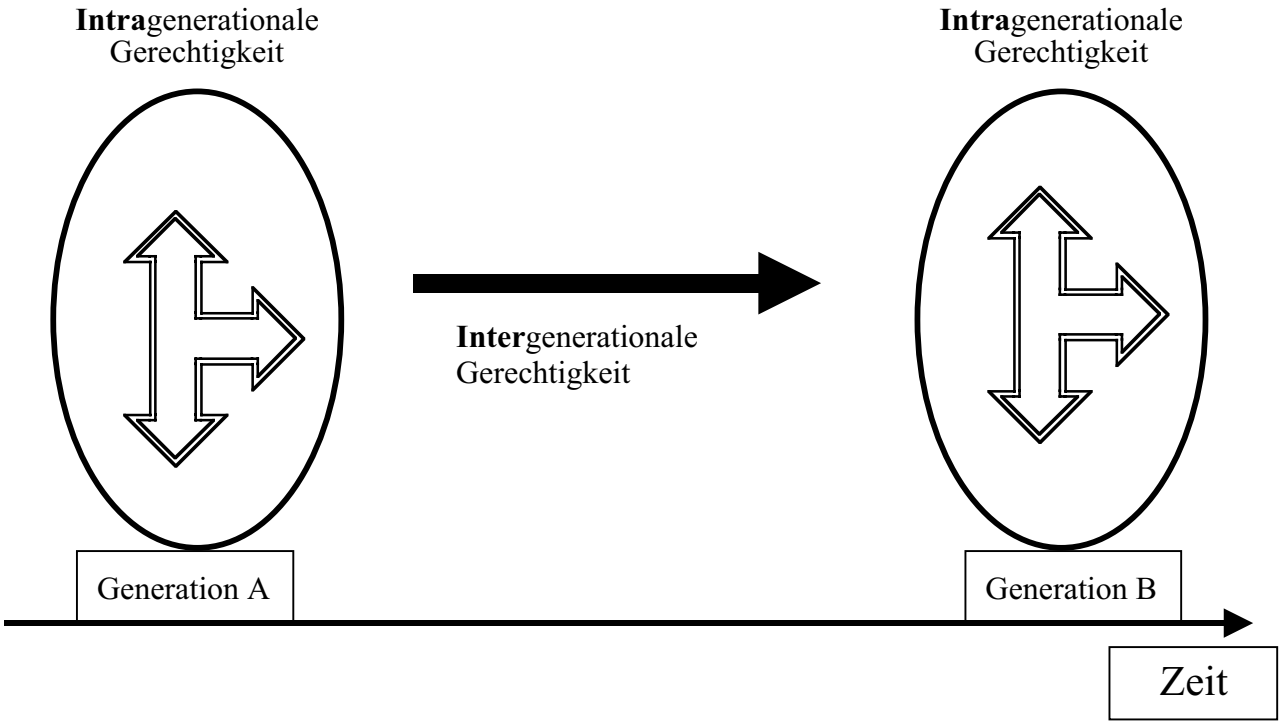
Quelle: eigene Darstellung

Natürlich haben aber auch intragenerationelle Anliegen eine zeitliche Komponente. Man will ein Ziel erreichen, z.B. eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Nord und Süd. Der Status Quo liegt in der Gegenwart, der erwünschte Zustand liegt damit notwendigerweise in der Zukunft (siehe vorwärtsgewandte Äste in dem Symbol für eine Generation).

Die „Zukunft“ wird bei intragenerationellen Anliegen allerdings meist kürzer gefasst. Nicht erst die nächste Generation soll in größerer sozia-

ler Gerechtigkeit leben, sondern möglichst die heutigen Generationen spätestens nach der nächsten Wahl.

Abb. 3: Zeitachsen inter- und intragenerational



Quelle: eigene Darstellung

Der wichtigste Unterschied von Generationengerechtigkeit und intragenerationeller Gerechtigkeit ist, dass man bei ersterer die Vergleichsobjekte, also die verschiedenen Generationen, jeweils in einem Durchschnittsindividuum zusammenfasst, während bei letzterer gerade die verschiedenen Zustände und Lebensbedingungen von Individuen ein und derselben Generation Gegenstand der Betrachtung sind.

Die Zusammenfassung in Durchschnitten wird gelegentlich grundsätzlich dem Konzept der Generationengerechtigkeit vorgeworfen. Das Konzept lenke vom Handlungsbedarf ab, etwa die Ungleichheit der Einkommensverteilung weltweit heute anzugehen.

Man muss aber bedenken, dass es auch in Zukunft intragenerationelle Ungleichheiten geben wird. Halten wir diese in einer ceteris paribus-Analyse konstant, so ist bei einer generationengerechten Politik zumindest gewährleistet, dass es den Ärmsten der Zukunft besser geht als den Ärmsten heute. Wenn weltweit heute einem Erdenbürger im Durch-

schnitt 1.500 Kalorien zur Verfügung ständen, so müssten es bei einer generationengerechten Politik in 30 Jahren immerhin 1.500 + × sein.

Ein wohl falscher Vorwurf ist, dass das Konzept der Generationengerechtigkeit nicht schon andere Gerechtigkeiten wie vor allem soziale Gerechtigkeit oder internationale Gerechtigkeit einschließt – dies passiert ja umgekehrt auch nicht. Es ist sicher kein Zufall, dass bei vielen Aktivisten für mehr intragenerationelle Gerechtigkeit (z.B. für internationale Gerechtigkeit oder für die Gleichstellung von Männern und Frauen) die Generationengerechtigkeit völlig aus dem Blick gerät. Es gibt eben keine „Minderheit", die sich so wenig bemerkbar machen kann wie die zukünftigen Generationen.

Natürlich ist Generationengerechtigkeit aber nicht die einzige gute Sache, für die ein Engagement wünschenswert ist. Wofür sich der Einzelne angesichts begrenzter Zeitressourcen engagiert ist weniger wichtig als die Tatsache, dass man sich überhaupt für einen guten Zweck engagiert.

Intragenerationelle Verteilungsmaßnahmen haben immer dann eine positive Wirkung im Sinne der intergenerationellen Gerechtigkeit, wenn der Nettoeffekt aus abnehmendem Nutzen mancher nachrückenden Individuen und zunehmender Nutzen anderer nachrückenden Individuen positiv ist, wenn es dem nachrückenden Durchschnitts-Individuum also besser geht.

International gesehen ist dies z.B. durch Entwicklungshilfe der Fall. Da der Grenznutzen von Grundbedarfsgütern abnehmend ist, sind Entwicklungshilfemaßnahmen tendenziell auch aus intergenerationellen Gründen geboten, nicht nur aus intragenerationellen. Ein zusätzlicher Euro für einen Durchschnittsverdiener in Afrika stiftet einen größeren Nutzen als er einem Durchschnittsverdiener in Deutschland an Nutzen nimmt.

Wie können wir wissen, was nachrückende Generationen wollen?

„Ihre Seelen verweilen noch im Haus der Zukunft, welches wir nicht besuchen können, nicht mal in unseren Träumen", so beschreibt der Dichter Gibran Khalil Gibran das Problem poetisch.

Es gibt verschiedene Wege, um die Wünsche zukünftiger Generationen zu ergründen.

Künftige Generationen werden ähnliche Grundbedürfnisse haben wie wir

Bezüglich der *Grund*bedürfnisse zukünftiger Generationen dürfte die Vermutung nicht falsch sein, dass auch sie Luft atmen, Wasser trinken und Nahrungsmittel essen werden. Diese natürlichen Lebensgrundlagen dürfen also nicht in gesundheitsgefährdendem Maß verunreinigt werden. Zusätzlich werden sie genau wie wir heute weitere Bedürfnisse haben, etwa ökonomischer Art oder sozio-kultureller Art. Aber wir wissen eben nicht, *welche* höherstehenden Bedürfnisse und Präferenzen kommende Generationen haben werden. Sollen Ressourcen eher in das Gesundheitssystem oder in das Bildungssystem investiert werden? Werden Sie ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum höher bewerten als Klimaschutz oder die Erhaltung von Tierarten?

Kinder und Jugendliche als Repräsentanz kommender Generationen auf Erden

Man könnte zweitens vor allem auf die Repräsentanten zukünftiger Generationen auf Erde, die heutigen Kinder und Jugendlichen, hören. Sie sind noch keine zukünftige, aber immerhin eine nachrückende Generation, die man ganz konkret befragen kann. Sie sollten überdies ein besonderes Interesse an Langfristigkeit haben, denn sie müssen – anders als die heutigen Erwachsenen – mit den Folgen heutiger Entscheidungen auch noch in 60 bis 70 Jahren leben. Diesen Anspruch, als legitime Vertreter zukünftiger Generationen gesehen zu werden, erheben Jugendliche inzwischen selbst. So heißt es in der Abschlussresolution des Youth Climate Summit, der anlässlich der Klimaverhandlungen im Juli 2001 in Bonn durchgeführt wurde: „Die gegenwärtig jungen Menschen werden Entscheidungen im Namen zukünftiger Generationen treffen. Wir werden diese Aufgabe aktiv, bewusst und verantwortlich zu erfüllen haben. Aber wir wollen unsere Verantwortung jetzt annehmen, sowohl für unsere persönliche Umwelt als auch im sozialen und politischen Bereich.“[20]

[20] Im Original: „Today’s youth will be taking decisions in the name of future generations. We will have to fulfill this task actively, consciously, and responsibly. But we want to take on responsibility right now, for both our personal environment as well as in the social and political fields.“, Auswärtiges Amt/AIESEC/YOIS (Hrsg.): Documentation. Youth Climate Summit 20-22 Juli 2001, Bonn, www.yois-europe.org; S. 26

Empirische Umfragen unter ‚zukünftigen' Generationen und Extrapolation

Daneben gibt es nach Ansicht des Autors ein weiteres Verfahren, um die Interesse kommender Generationen kennen zu lernen. Es ist vermutlich sogar das wichtigste von den hier genannten.

Wir müssen uns bewusst machen, dass gravierende Umweltveränderungen, z.B. lokale Klimaveränderungen oder Artendezimierung, nicht erst in der Gegenwart vom Menschen verursacht werden (Leidinger 2001).

So waren die Länder rund um das Mittelmeer ursprünglich von weitläufigen Wäldern bedeckt, die das Landschaftsbild bestimmten. Die heutige Form der Landschaft entstand erst während der Römerzeit, als die Region wirtschaftlich intensiv genutzt wurde. Krieg führende Völker rodeten die damals noch flächendeckend vorhandenen Wälder für den Bau ihrer Schiffsflotten. Von diesen Eingriffen hat sich die Natur nie mehr vollständig erholt. Die Ökosysteme der Region wurden weitreichend beeinflusst, das regionale Klima wurde trockener, Teile Nordafrikas wurden zur Wüstenlandschaft. Auch schon vor dem Industriezeitalter gab es also ökologisch nicht-nachhaltige Bewirtschaftung und irreversible Umweltveränderungen.

Zumindest manche Denker zu dieser Zeit werden sich damals gefragt haben, wie zukünftige Generationen ihnen ihre Taten anrechnen werden. Diese Frage können wir aber heute mit Hilfe der empirischen Sozialforschung eindeutig beantworten: Denn eine aus damaliger Sicht zukünftige Generation bevölkert in Form der heutigen Menschen zur Zeit die Erde. Der Grundgedanke dieses Prinzips lautet: *Aus der Sicht der Vergangenheit sind wir heute die zukünftige Generation – und zwar eine, die über ihre Bedürfnisse umfassend Auskunft geben kann.*

In einer repräsentativen Umfrage könnte man die heutige Bevölkerung fragen, ob sie das Verhalten der Römer und ihrer Nachbarvölker gutheißt oder nicht. Diese Befragung könnte sowohl lokal in der Region selbst als auch global durchgeführt werden.

Vermutlich wird die heutige Generation fast überall auf der Welt für sich keinen Nutzen mehr im damaligen Krieg sehen, wohl aber einen Schaden in der Verwüstung.

Aber wie würde sie urteilen, wenn die Mittelmeervölker die Abholzung ausschließlich genutzt hätten, um Felder und Plantagen anzulegen?

Nehmen wir ein uns näher liegendes Beispiel: die Trockenlegung der letzten Sumpfgebiete in Mitteleuropa, die u.a. zur Ausrottung der Sumpfschildkröte in Deutschland führte. Nun könnte man einen repräsentativen Querschnitt der heutigen Bevölkerung befragen, ob frühere Generationen diese Art hätten erhalten sollen oder ob frühere Generationen richtig handelten, als sie die Tierart zum Verschwinden brachten.

Denkbar ist, dass solche Umfrage-Ergebnisse instabil sind. Die Präferenzen von Generationen in $t_1 - t_5$ könnten sich in eine bestimmte Richtung entwickeln, dann erfolgt ein Stimmungsumschwung der bei den Generationen in $t_6 - t_{10}$ zu einer gegenteiligen Bewertung führt. Hier ist erstens zu unterscheiden zwischen existenziellen Grundbedürfnissen und höher auf der Bedürfnispyramide angesiedelten Wünschen. Zweitens ist zu unterscheiden, wie nahe beieinander die Generationen liegen. Generell können Generationen, die näher beieinander liegen, sich sicher besser ineinander hinein versetzen.[21]

Zumindest die Wertschätzung für den Artenreichtum hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhöht. Daher ist es wahrscheinlich, dass zukünftige (aus heutiger Sicht) Generationen Tier- und Pflanzenarten eher noch mehr Wert zumessen werden als wir heute. Erhärtend kommt hinzu, dass ein Gut um so höher bewertet wird, je seltener es ist.

Dieses Verfahren, die richtige Fragestellung und Stichprobe vorausgesetzt, bringt uns einen großen Schritt weiter in dem Bemühen, die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu ergründen.

Wenn alle drei Indikatoren kumulativ erfüllt sind, so lässt sich eine sehr wahrscheinliche Aussage über die Präferenzen kommender Generationen machen. Man kann damit z.B. mit hinreichender Wahrscheinlichkeit begründen, dass kommende Generationen es bevorzugen würden, dass auch sie noch über wertvolle Ressourcen verfügen können.

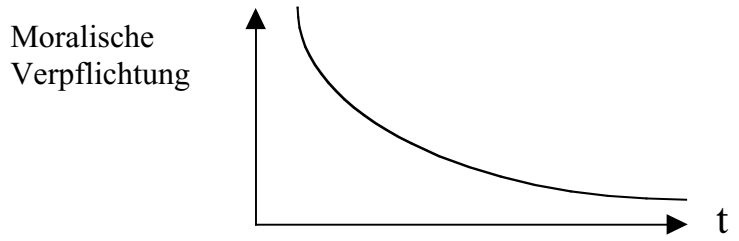
[21] Zwar könnte es zwischen temporalen Generationen auch mal ein Abgrenzungsbedürfnis geben. In Deutschland gab es Generationenkonflikte zwischen der Aufbaugeneration nach dem Krieg und den 68ern, dreißig Jahre später zwischen den 68ern und den 89ern. Dies dürfte aber bereits beim Verhältnis der Enkel- zur Großelterngeneration seltener sein.

Einige Einwände gegen Generationengerechtigkeit

Unsicherheiten über die Existenz zukünftiger Generationen

Dass eine gewisse Unsicherheit über die Existenz zukünftiger Generationen herrscht, ist ein ernstzunehmendes Argument. Nun beginnt die Existenz zukünftiger Generationen von der Gegenwart aus gesehen im kleinsten denkbaren Zeitintervall. Während Sie, liebe Leserin, lieber Leser, diesen Satz lasen, sind aus zukünftigen Individuen heutige geworden. Dies zeigt, dass die Frage, woher wir überhaupt wissen, dass es kommende Generationen geben wird, ziemlich dumm ist, wenn sie so undifferenziert gestellt wird. Nur ein Ereignis, welches auf einen Schlag alles (menschliche) Leben auslöschte wie ein Atomkrieg oder Meteoriteneinschlag könnte die Existenz *naher* kommender Generationen verhindern. Je weiter die Zukunft jedoch entfernt ist, desto unsicherer wird, dass Menschen existieren oder – wichtiger noch – dass Sie uns ähneln. Gerade durch die Potentiale der Biotechnologie ist ein Artensprung keineswegs mehr so undenkbar wie noch vor einigen Jahrzehnten. Fukuyama geht davon aus, dass durch die Biotechnologie die Natur des Menschen grundlegend verändert werden wird. Der modifizierte Mensch wird möglicherweise ganz anders sein als der Mensch, den wir heute kennen (vgl. Fukuyama 2002). Betrachtet man gar Zeiträume von Zehntausenden, Hunderttausenden oder gar Millionen von Jahren, so wird höchst unwahrscheinlich, dass die dann lebenden Abkömmlinge des heutigen menschlichen Lebens noch viel mit uns gemein haben werden. Müssen wir mit einer weiterentwickelten Hominidenart so solidarisch sein, dass wir heute gravierende Einschnitte in Kauf nehmen? Werden diese nicht vielleicht über ganz andere Problemlösungskapazitäten verfügen, als wir sie heute haben?

Abb. 4: Solidaritätsverpflichtung



Quelle: eigene Darstellung

Bei aller Spekulation darf man nicht vergessen, dass zunächst einmal die nächsten Jahrzehnte und Jahrhunderte bewältigt werden müssen. Und hier lässt sich unsere Solidaritätsverpflichtung wie oben skizziert begründen. Auch für die Zeit danach gilt das Vorsichtsprinzip, da wir eben nicht wissen, wie die Evolution weitergeht.

Höhere Gewalt

Manchmal sind die Lebensumstände von Generationen schlicht das Ergebnis höherer Gewalt, etwa wenn eine neue, unbekannte Krankheit ausbricht oder einige Jahrzehnte später geheilt wird. Dagegen ist z.B in der Rentenversicherung sehr wohl berechenbar, welche Generation besser gestellt ist und es ist auch möglich, eine Gleichbehandlung herzustellen. Allerdings ist dies nicht immer politisch gewollt oder durchsetzbar. Wenn eine kommende Generation es also schlechter hat, so ist ethisch ganz entscheidend, ob – juristisch gesprochen – Fahrlässigkeit bzw. sogar Vorsatz ihrer Vorgängergeneration der Grund dafür ist – oder ob „niemand etwas dafür kann." Erstmals versuchte der Philosoph Hans Jonas („Das Prinzip Verantwortung") einen sittlichen Imperativ für ethisch handelnde Menschen zu formulieren: „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung nicht zerstörerisch sind für die künftige Möglichkeit echten menschlichen Lebens auf Erden." Da hier unklar ist, was mit „echtem menschlichem Leben" gemeint ist, sollte dieses Prinzip jedoch klarer formuliert werden.

Aus der Definition von (intertemporaler) Generationengerechtigkeit ergibt sich folgender moralischer Imperativ:

„Handle so, dass die Folgen deines Handelns den zukünftigen Generationen mindestens ebensogroße Chancen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse lassen, wie sie die heutige Generation besitzt."

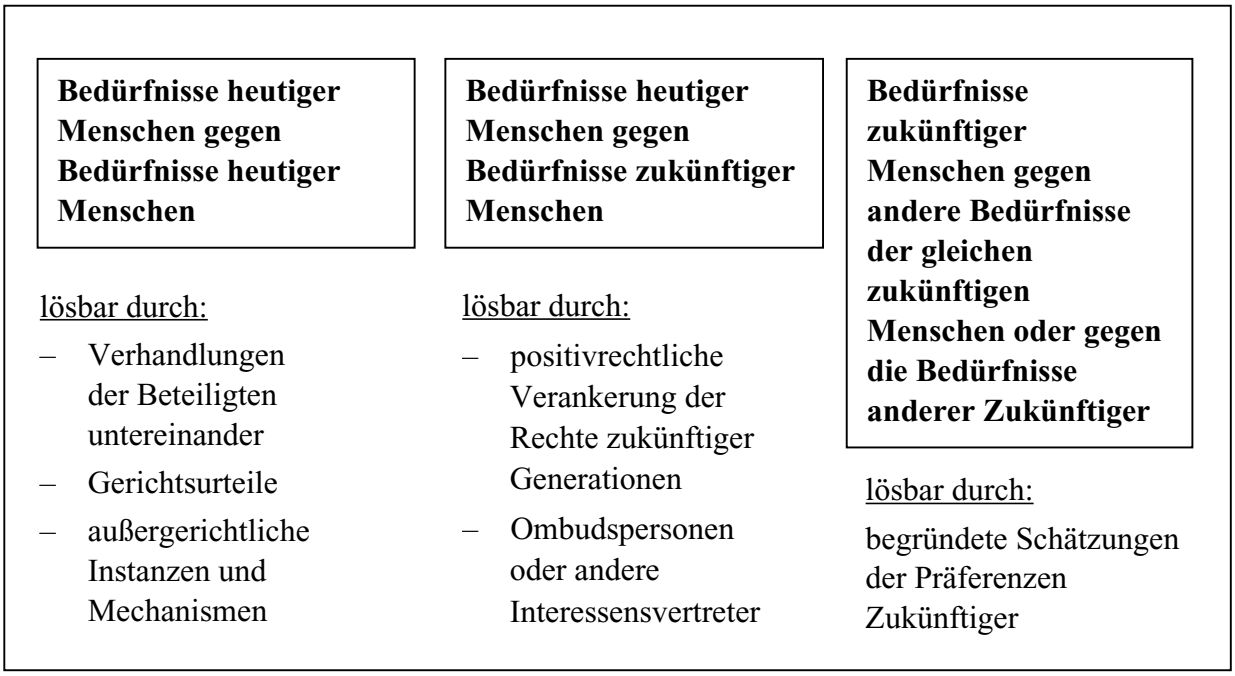
Fazit: Der Hinweis auf höhere Gewalt verwässert das Konzept nicht. Denn natürlich ist es wahr, dass wir nicht die Macht haben, das Schicksal zukünftiger Generationen allein zu gestalten, weder zum Guten noch zum Schlechten. Nichtsdestotrotz haben wir einen immensen Einfluss, und das gibt uns Verantwortung, alles uns Mögliche zu tun.

Zielkonflikte

Geht es bei einem Streit nur um den Ausgleich von Gegenwartsinteressen, so kann ein Gerichts- oder Mediationsverfahren angewandt werden

(vgl. Renn 2002). Wenn die Belange Zukünftiger gegen die Heutiger stehen, so müssen Verfahren angewandt werden, die die „Stimmenlosigkeit“ der Zukünftigen berücksichtigen.[22]

Abb. 5: Arten von Zielkonflikten



Quelle: eigene Darstellung

Es ist bereits angeklungen, dass es aber auch innerhalb des Konzeptes der Generationengerechtigkeit zu Zielkonflikten kommen kann.[23]

Sollten finanzielle Ressourcen eher in den Bildung- oder den Gesundheitssektor investiert werden? Ist der Schutz von Feuchtbiotopen und die daraus resultierende Rettung einiger Arten dem Bau einer Fabrik vorzuziehen, die das Einkommen einiger Arbeitnehmer und damit den

[22] Vgl. auch die Beiträge im dritten Teil dieses Buches zur Institutionalisierung von GG. Ein Verfahren, dass einem Mediationsverfahren vergleichbar wäre, müsste versuchen, die Stimmen aller Betroffenen einzubeziehen. Dazu müsste man eine sehr lange Tafel bilden, denn auch alle zukünftigen Generationen sitzen ja imaginär mit am Tisch. Vielleicht kann man tatsächlich die Bedeutungen von solchen Entscheidungen für die Zukunft versinnbildlichen, indem man in konkreten Mediationsverfahren eine lange Reihe Pappfiguren am Tisch aufstellt, die zukünftige Generationen symbolisieren sollen.

[23] Dort sind sie zwar nicht so zahlreich wie im Konzept der Nachhaltigkeit (wie noch zu zeigen sein wird), aber auch im Generationengerechtigkeits-Konzept existieren sie.

Lebensstandard ihrer Familien erhöhen wird? Es gibt im Konzept der Generationengerechtigkeit keinen impliziten Vorrang für die Natur, deswegen muss man sich durch ein Werturteil entscheiden.

In der Praxis sind zwischen ökologischer Generationengerechtigkeit und anderen Zielen immer Güterabwägungen zu treffen.

Dazu ein Beispiel: Seit Jahren tobt ein erbitterter Streit, ob das Naturschutzgebiet „Mühlenberger Loch" zugeschüttet werden darf, um dort ein Airbus-Werk zu errichten. Dieses Werk soll nach Ansicht seiner Befürworter Arbeitsplätze schaffen und sichern, und zwar nicht nur für die junge Generation, sondern wahrscheinlich auch noch für deren Kinder. Es handelt sich also durchaus bis zu einem bestimmten Grad um einen Konflikt zweier widerstreitender Bedürfnisse nachrückender Generationen. Die Ansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben zerstört Natur, da sie zwangsläufig zu einer Versiegelung der Landschaft führt, aber sie sichert eben auch Generation auf Generation Arbeit und Einkommen. Nach welchen Kriterien kann im Fall des „Mühlenberger Loches" generationengerecht entschieden werden? Wie im Abschnitt *Wie können wir wissen, was nachrückende Generationen wollen?* bereits ausgeführt, entscheidet letztlich die Mehrheit nachrückender bzw. zukünftiger Generationen über die Bewertung heutiger Taten.[24] Diese haben vermutlich ein größeres Interesse an der Erhaltung von Naturschutzgebieten und Tierarten als an dem neuen Airbus-Werk. Die Entscheidung, eine Tierart aussterben zu lassen, ist nicht reversibel, das Airbus-Werk wird aber möglicherweise bei der nächsten Konjunkturflaute ohnehin wieder geschlossen werden.

Reversibilität ist (im Zusammenhang mit Langfristigkeit) ein erstes wichtiges Kriterium. Das Zeitmaß der Natur ist weit langsamer als das des Menschen, dies spricht für eine Vorrangstellung der ökologischen Generationengerechtigkeit. Ein weiteres Kriterium ist, wie viele zukünftige Menschen betroffen sein werden: Durch das Aussterben einer Tierart sind alle zukünftigen Generationen betroffen und zwar weltweit (soweit Naturfreunde auch am Erhalt nicht-heimischer Arten interessiert sind). Von den ökonomischen Vorteilen profitieren dagegen nur wenige Menschen in einer begrenzten Region für höchstens zwei oder drei Generationen.

[24] Der Meinung der jungen Generation ist bei solchen Entscheidungen also auch besondere Relevanz zuzumessen.

Im konkreten Falle des Airbus Werkes kommt eine Güterabwägung unter Aspekten der intergenerationellen Gerechtigkeit also zu dem Ergebnis, dass es nicht in der nun beschlossenen Weise hätte genehmigt werden dürfen.[25]

Vergleich mit Brundtland-Definition

Im vorangegangenen Abschnitt wurde eine Definition für Generationengerechtigkeit herausgearbeitet (vgl. S. 34). Gibt es einen Unterschied zur vielzitierten Brundtland-Formel: „Nachhaltige (in der Original-Übersetzung: dauerhafte) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“? Diese *Formel* (vgl. S. 61) kann vom Wortlaut her durchaus als eine alternative Definition für intergenerative Gerechtigkeit gelten, selbst wenn der Brundtland-*Text* zahlreiche Bezüge zu intragenerativer Gerechtigkeit enthält. Bei Brundtland stehen die heutigen Generationen sprachlich stärker im Zentrum. Ihre Bedürfnisse sollen befriedigt werden, wenn auch unter einer Bedingung. Darüber hinaus spricht Brundtland von ‚Entwicklung‘, ohne dass dieser Begriff für die Definition von Generationengerechtigkeit gebraucht wird. Der wichtigste Unterschied ist jedoch, dass die Brundtland-Definition nicht fordert, kommende Generationen nach Möglichkeit *besser* zu stellen.

[25] Man könnte auch eine Ausgleichsregelung fordern: Wenn das Mühlenberger Loch tatsächlich zugeschüttet werden soll, so ist ein neues Naturschutzgebiet in gleicher Qualität neu zu schaffen. Wenn dies allerdings an den Kosten scheitern sollte, so darf tatsächlich das Airbus-Werk nicht gebaut werden. Alternativ dazu könnte es auch in einem anderen, ökologisch weniger sensiblen Standort im Inland oder im Ausland gebaut werden.

Nachhaltigkeit

Die Begriffe „Nachhaltigkeit“ bzw. „nachhaltige Entwicklung“ machten in Rekordzeit weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschworen sie; völkerrechtliche Abkommen nahmen sie auf; der Amsterdamer Vertrag fügte sie 1997 in die Verfassungsdokumente der EU ein (European Commission 2002, 3); Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklärten sie zum Leitbild der deutschen Regierungspolitik.[26] Im Internet finden sich zu ihnen Millionen von Nachweisen. Nachhaltige Entwicklung[27] wurde auf der „Weltkonferenz“ in Rio de Janeiro 1992 als übergeordnete Zielsetzung für das 21. Jahrhundert formuliert und von der Weltgemeinschaft legitimiert.[28] Wenn 178 Regierungen sich auf ein Konzept verpflichten lassen, so bekommt dieses dadurch zwangsläufig ein sehr hohes Gewicht. Durch diese extrem hohe moralische Legitimierung des neuen Diskurs- und Handlungsfeldes der „Nachhaltigkeit“ muss sich jeder kollektive Akteur, der seinen Einfluss wahren will, darauf einlassen (Brand 2000, 22). Es existieren dementsprechend auch sehr viele Definitionen von Nachhaltigkeit, die interessengeleitet sind. So verwendeten die im Bundestag vertretenen Parteien den Begriff 2002 deutlich häufiger als 1998, allerdings in höchst unterschiedlichen Bedeutungen.[29] Auch die Wirtschaft versuchte, den Nachhaltigkeitsbegriff in ihrem Interesse umzudefinieren (Tremmel/Dannenberg 2003, 28). Ihre Nachhaltigkeitsdefinition stellt die Bedeutung von Wirtschaftswachstum, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, Eigenverantwortung und Deregulierung in den Vordergrund.

Es gibt aber auch von wissenschaftlicher Seite eine Vielzahl von Definitionen von Nachhaltigkeit, die zum Teil unvereinbar sind. Diese Vielfalt ist darauf zurückzuführen, dass die jeweiligen Autoren teilweise aus der Ökologiedebatte kommen, teilweise aus der Entwicklungshilfedebatte und teilweise aus anderen Diskursen.

---

[26] Z.B. die Koalitionsvereinbarung vom 16.10.2002 und Koalitionsvereinbarung vom 20.10.1998 jeweils zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene; Koalitionsvereinbarung vom 6.11.1997 zwischen SPD und GAL in Hamburg.

[27] Es gibt nicht zwei, sondern nur einen Diskurs, der sowohl um den Begriff „Nachhaltigkeit“ als auch um „Nachhaltige Entwicklung“ kreist. Allerdings setzen unterschiedliche Diskursteilnehmer meist ausschließlich auf den einen oder den anderen Begriff, je nachdem, was ihre Zielsetzungen sind.

[28] In Johannesburg wurde 2002 dieser Prozess wiederholt.

[29] Eine exakte Auflistung der Bedeutungen findet sich in Tremmel 2003a, 41–43.

Die Bedeutung von Nachhaltigkeit gemäß der Verwendung durch Wissenschaftler

Eine Untersuchung der Nachhaltigkeits-Definitionen von 60 Wissenschaftlern im deutschsprachigen Raum ergab, dass mehrere Kernfragen kontrovers diskutiert werden. (Tremmel 2003a, 116 ff.; vgl. Kopfmüller 2001, 29 ff., vgl. Ott 2003, 203)

Zahl der Dimensionen

Bei einer Gruppierung der unterschiedlichen Definitionen, kann man zunächst untersuchen, wie viele Dimensionen (synonym: Säulen) die Autoren ihren Nachhaltigkeitskonzepten zurechnen. Die Bandbreite reicht von einer Dimension bis zu acht Dimensionen. Am häufigsten ist das Drei-Säulen-Modell (ökonomisch, ökologisch, sozial) von Nachhaltigkeit anzutreffen.

Gleichberechtigung oder Hierarchisierung der Dimensionen

Des weiteren wird kontrovers diskutiert, ob die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit, wenn man ihre Existenz grundsätzlich akzeptiert, gleichberechtigt sind, oder ob einer der Dimensionen Priorität eingeräumt wird (Jörissen 1999, 22). Hintergrund der Kontroverse ist, dass es unstrittigerweise zwischen den Dimensionen auf der Zielebene von Nachhaltigkeit Konflikte geben kann. Man spricht eben deshalb von dem „magischen“ Dreieck der Nachhaltigkeit, weil die Erfüllung eines Zieles häufig mehr oder weniger stark mit der Nicht-Erfüllung eines anderen einhergeht. Vor allem ökologische Institute und Wissenschaftler vertreten die Auffassung, ökologische Nachhaltigkeit sei die Bedingung (die „Leitplanke“) für ökonomisches und soziales Wohlergehen. Ihr gebühre daher im Fall eines Zielkonfliktes der Vorrang.[30]

Damit soll nicht gesagt werden, dass es nicht Win-Win-(Win-)Situationen geben kann: So entlastet beispielsweise eine ökologische Steuerreform die Umwelt, verbessert die Staatseinnahmen und schafft zugleich Arbeitsplätze. Es gibt also Beispiele für Maßnahmen, die sowohl auf der ökologischen, als auch auf der ökonomischen und sozialen Ebene gleichzeitig einen positiven Effekt verursachen. Häufiger als diesen Idealzustand wird es in der Praxis aber „trade-offs“ zwischen den „Säulen“ geben. Beispielsweise kann finanzielle Nachhaltigkeit in

[30] Diese Vertreter dieser Position hatten bis etwa 1998 die Meinungsführerschaft inne, verloren sie aber dann (vgl. für den Kampf um die Diskursherrschaft: Tremmel 2003a).

Konflikt mit sozialer Nachhaltigkeit (im Sinne von sozialer Gerechtigkeit) geraten. Denn das, was für kommende Generationen aufgehoben wird, kann nicht heute verteilt werden. Dies mag z.B. bei der Begrenzung der Staatsverschuldung zum Problem werden, wenn man einseitig die Ausgaben, gerade auch für Soziales, drosselte. Ein anderer Zielkonflikt könnte sich zwischen Sozialem und Ökologie ergeben, wenn etwa durch den Verzicht auf Braunkohleabbau zehntausend Arbeitsplätze zunächst wegfallen würden.[31]

Normative Begründung
Diese Debatte wird überlagert von der Debatte, wie Nachhaltigkeit *normativ* begründet werden soll – nur intergenerationell oder inter- *und* intragenerationell. Auch hier stellt sich die Frage, ob man inter- oder intragenerationellen Zielen Priorität einräumt.

Umweltschutz oder Entwicklung
Vor allem auf der Ebene von UN-Konferenzen, auf der i.d.R. der Begriff „Sustainable Development" (statt „Sustainability") benutzt wird, manifestiert sich der Konflikt zwischen den Umweltschutzanliegen des Nordens und dem Wunsch des Südens nach aufholender Entwicklung (von Weizsäcker 1994, 207). In Rio 1992 einigten sich Nord und Süd angesichts dieser Ausgangslage auf die Formel der „Nachhaltigen Entwicklung". Angesichts des Verhältnis der beiden Bestandteile des zusammengesetzten Begriffs muss er als Dichotomie bezeichnet werden. Mit dem Nachhaltigkeitsbegriff werden Aspekte der *Stabilität* und der *Erhaltung* (z.B. von ökologischen Funktionen) verknüpft. Dagegen verbinden sich mit dem Entwicklungsbegriff Vorstellungen von *Veränderung, Dynamik* und *Wachstum*. Gelegentlich wird „Nachhaltige Entwicklung" auf einer rein begrifflichen Ebene deshalb sogar als „Widerspruch mit sich selbst" bezeichnet (Wichterich 2002, 75).

Idealtypische Gegenüberstellung der weiten und der engen Definition

So gut wie kein Wissenschaftler priorisiert gleichzeitig die ökologische Säule und die *intra*generationelle Perspektive (Tremmel 2003a, 122).

[31] Die Zuordnung von „Problemen" zu „Säulen" ist immer nur grob möglich. Denn der Braunkohlenbergbau hat bekanntlich auch ökonomisch/finanzielle Auswirkungen, könnte also auch zu dieser Säule gerechnet werden. Ähnlich ist es bei den meisten anderen Beispielen auch.

Vielmehr wird Generationengerechtigkeit vor allem ökologisch ausbuchstabiert und Ökologie mit Generationengerechtigkeit begründet. Dies ist auch bis zu einem bestimmten Grad logisch, da in einer langfristigen Perspektive die biophysikalischen Rahmenbedingungen die ultimative Grenze darstellen. Werden sie zerstört, dann können alle anderen Nachhaltigkeitsziele nicht mehr verwirklicht werden. Zudem sind ökologische Veränderungen in der Regel weit weniger reversibel als soziale oder ökonomische.

Tab. 4: Idealtypische Gegenüberstellung der weiten und der engen Definition

	Definition	Benutzer	Beispielhafte Aussage
enger **Nachhaltigkeitsbegriff („Priorität für Ökologie"-Modell)**	Fließgleichgewicht als zentrales Merkmal, Anwendung im wesentlichen auf ökologische und finanzielle Anwendungen begrenzt, viele soziale und gesellschaftliche Fragestellungen fallen heraus; nur Überlappung mit Generationengerechtigkeit	– benutzt von ökologischen Wissenschaftlern, Umweltgruppen, (speziell in Industrieländern)	„Schonende Umweltnutzung und gerechte Verteilung von Umweltnutzungsrechten stehen häufig im Konflikt zueinander. Aus diesem Grunde wollen wir das Konzept der Nachhaltigkeit im Sinne der intergenerationalen Gerechtigkeit von dem Konzept der Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Nationen und Regionen trennen."[32]
weiter **Nachhaltigkeitsbegriff („Inter-*und* intragenerationelle Gerechtigkeit")**	Fließgleichgewicht nur ein Teilaspekt, soziale bzw. gesellschaftliche Gerechtigkeit müssen aufgenommen werden, Überlappung mit inter-*und* intragenerationeller Gerechtigkeit	– benutzt von Wissenschaftlern mit Rekurs auf Brundtland-Definition, bezogen v.a. auf die internationale Debatte, – benutzt von Wissenschaftlern (und NGOs) mit der primären Zielsetzung der intragenerationellen Gerechtigkeit	„Nachhaltigkeit im Sinne eines reinen ‚Verschlechterungsgebots' mag eine sinnvolle Ausgangsbasis für hoch entwickelte Industrieländer sein, in denen es darum geht, einen gegebenen Bestand an natürlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Werten für kommende Generationen zu erhalten, jedoch völlig unzureichend im Hinblick auf Länder, in denen die Mindestvoraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens nicht erfüllt sind."[33]

Quelle: eigene Darstellung

[32] Renn, Ortwin / Knaus, Anja (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft, Marburg. S. 78

[33] Jörissen, Juliane / Kopfmüller, Jürgen / Brandl, Volker u.a. (1999): Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung, Forschungszentrum Karlsruhe (Technik und Umwelt), Wissenschaftliche Berichte FZKA 6393, Karlsruhe 1999, S. 24

Die Mehrheit der Wissenschaftler neigt der weiten Definition zu.[34] Begründet wird dies wie folgt: Wenn man nur Teilgebiete der weltweiten Problematik zusammenhangslos betrachte, so übersähe man Interdependenzen und gegenseitigen Abhängigkeiten von Problemlagen. Wenn in Ozeanien die Fischer inzwischen mit Dynamit fischen, um ihre Familien zu ernähren, so ist dies nicht ökologisch nachhaltig. Ohne einen Abbau der massiven Armut, also ohne intragenerationelle Maßnahmen, wird sich das „Umweltproblem" aber nicht lösen lassen. Aus ethischen Gesichtspunkten sei es schwer zu begründen, zugunsten der Verteilungsgerechtigkeit für kommende Generationen ungerechte Verteilungsmuster innerhalb der heutigen Generation zu tolerieren. Je ausgeglichener die Einkommensverteilung, desto größer sei die Chance, dass künftige Generationen an der Nutzung von Natur und Umwelt angemessen beteiligt werden. Zudem wird angemerkt, dass die „Priorität für Ökologie"-Definition praktisch den Kompromiss von Rio rückgängig machen würde und daher auf internationaler Ebene nicht anschlussfähig wäre.

Die bisher dargestellte Kontroverse wurde im wesentlichen zwischen Wissenschaftlern aus den Umweltwissenschaften und (sonstigen) Sozialwissenschaftlern geführt. Unabhängig davon hat sich aber auch die Finanzwissenschaft des Nachhaltigkeitsbegriffs bemächtigt. Die Bedeutung, die diese Wissenschaftler (u.a. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesfinanzminsterium, Bundesbank, einige Wirtschaftsforschungsinstitute) in den Begriff hineinlegen, ist eine andere Bedeutung als die Interessensvertreter der Unternehmen. Die Zunft der Finanzwissenschaftler verbindet mit Nachhaltigkeit im wesentlichen eine Zurückführung der expliziten und impliziten Staatsverschuldung. Es wird die Frage gestellt, „ob die gegenwärtige Finanzpolitik die haushaltspolitische Handlungsfähigkeit auch für kommende Generationen sichert oder ob in Zukunft Finanzierungslücken auftreten, die durch Steuererhöhun-

[34] Die tabellarische Auflistung bei Tremmel 2003a, 100–115 gibt für jeden Wissenschaftler folgendes an; welche Übersetzung für „Sustainability" bzw. „Sustainable Development" gewählt wurde, wie die Definition exakt lautet, wie viele *Dimensionen* das Nachhaltigkeits-Konzept des jeweiligen Autors beinhaltet. Erhoben wurde insbesondere auch die Reihenfolge bei der Aufzählung mehrerer *Dimensionen* und ob diese gleichrangig oder priorisiert sind. Außerdem enthält die Auflistung die *normativen Begründungen* (inter- und/oder intragenerationelle Gerechtigkeit).

gen oder Ausgabenkürzungen geschlossen werden müssen.“ (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2001). Die intergenerative Wirkung der gesamten Fiskalpolitik inklusive Sozialversicherungen werden zu einer sog. Nachhaltigkeitslücke zusammengefasst. Sie gibt an, um welchen Betrag der Staat seine Einnahmen steigern oder Ausgaben senken muss, um die Finanzierungslücke zu schließen und im intertemporalen Sinne generationengerecht zu handeln. Für das Jahr 2000 ermittelte die Deutsche Bundesbank in einer Generationenbilanz eine Nachhaltigkeitslücke in Deutschland von 2,8 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes (Deutsche Bundesbank 2001, 36).

Ursprungsbedeutung bei der Erstverwendung

Als zweites Definitions-Kriterium soll die Bedeutung geprüft werden, die Sustainability, Sustainable Development, Nachhaltigkeit und Nachhaltige Entwicklung hatten, als diese Begriffe erstmalig gebraucht bzw. „erfunden“ wurden. Wie wir sehen werden, weichen die Bedeutungen stark voneinander ab.

Wie – und wann – kamen die englischen Begriffe „sustainable development“ bzw. „sustainability“ in die Welt? Die meisten Nachhaltigkeitsforscher sehen *1987* als Jahr der Erstverwendung der Begriffe an, da erst dann durch den Bericht der Brundtland-Kommission „sustainable development“ in die internationale Debatte *im eigentlichen Sinn* eingeführt wurde (Brand/Jochum 2000, 20). Für diese Auffassung spricht, dass die Begriffe „Sustainability“ und „Sustainable Development“ erst seit 1987 in englischen Wörterbüchern auftauchen und erst diesem Jahr weltweite Aufmerksamkeit erhalten. Zwar wurde auch vor 1987 im englischen Sprachraum das Adjektiv „sustainable“ verwendet, aber diese Verwendung – die eine andere Bedeutung hatte – blieb auf spezielle Bereich der Umweltdebatte beschränkt und selbst da war der Begriff keinesfalls einer der Kernbegriffe (Tremmel 2003a, 89 ff.).

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen setzte 1984 die „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED) ein, die von der damaligen sozialdemokratischen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleitet wurde.

Diese Kommission veröffentlichte 1987 ihren Endbericht („Brundtland-Bericht“) und definierte darin den Begriff „sustainable development“ folgendermaßen:

> „Humanity has the ability to make development sustainable – to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs." (World Commission on Environment and Development 1987, 8)

Im Bericht wird Nachhaltigkeit, anders als man aus dem Wortlaut dieser Definition schließen könnte, keineswegs nur aus der intergenerationelle Perspektive betrachtet. Vielmehr wird die globale und die integrative Perspektive schon in der Problemanalyse eingenommen. Dementsprechend fußt die Realisierung von nachhaltiger Entwicklung aus Sicht der Kommission auf drei prinzipiellen Imperativen: der Bewahrung der Umwelt, der Herstellung von internationaler Gerechtigkeit und der Gewährleistung von politischer Partizipation (Kopfmüller u.a. 2001, 25)

Der Bericht stand im Mittelpunkt der Diskussion auf dem darauf folgenden Erdgipfel der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro, bei dem sich 178 Staaten auf eine Deklaration und ein gemeinsames Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert – die „Agenda 21" – einigten. Seither prägen die Leitbegriffe „Sustainable Development" und „Sustainability" weltweit die Diskussionen.

Übertragung von Sustainability als 3-Säulen-Konzept ins Deutsche

Für "Sustainable Development" lassen sich im Deutschen über zehn verschiedene Übersetzungen finden. Die wichtigsten sind „nachhaltige", „zukunftsfähige", „zukunftsgerechte", „dauerhafte", „dauerhaft tragfähige", „aufrechterhaltbare", „naturverträgliche", „naturerhaltende", „zukünftig existenzfähige" sowie „anhaltende" Entwicklung (IZT 1995, 26). Die meisten Adjektive sind auch ohne das Wort Entwicklung in ihrer Form als Substantiv gebräuchlich und beschreiben dann eher den angestrebten Endzustand als den Weg dorthin. Von der deutschen Bundesregierung und den Fachministerien wird seit Rio der Begriff „nachhaltige Entwicklung" verwandt. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen in Deutschland (SRU) entschied sich dagegen „für die Umschreibung dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, [da] auf diese Weise am ehesten das sicherzustellen ist, was der Begriff Sustainable Development [...] konzeptionell enthält." (SRU 1994, 46; SRU 2002, 57–68). Die beiden Enquete-Kommissionen „Schutz des Menschen und

der Umwelt“ (1990–1994, 1994–1998) wählte die Bezeichnung „nachhaltig-zukunftsverträgliche“ Entwicklung. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ entschied sich für „zukunftsfähig“, da dieser Begriff „über die umweltpolitische Diskussion hinausweise.“ (Bund/Misereor 1996, 24)

Erst die Verabschiedung einer nationalen „Strategie für nachhaltige Entwicklung“ und die Berufung eines „Rates für nachhaltige Entwicklung“ führten dazu, dass die Frage der Übersetzung von „sustainable development“ nun (nahezu) unstrittig ist.

Der etymologische Ursprung des Begriffs Nachhaltigkeit in der deutschen Sprache

Unabhängig von der englischen Übersetzung von „sustainable development“ nach 1987 ins Deutsche gibt es in der deutschen Sprache eine ältere etymologische Quelle für das Wort Nachhaltigkeit, die in den 90er Jahren „wiederentdeckt“ wurde. Hans Carl von Carlowitz (1640 bis 1714) veröffentlichte 1713 sein Werk „Sylvicultura Oeconomica“. Darin heißt es: „Wird derhalben eine gröste Kunst, Wissenschafft, Fleiß und Einrichtung hiesiger Lande arinnen beruhen, wie eine sothane Conservation und Anbau des Holzes anzustellen [sei], daß es eine continuirliche, beständige und *nachhaltende* (Hervorhebung von J.T.) Nutzung gebe weiln es eine unentbehrliche Sache ist, ohne welche das Land in seinem Esse[35] nicht bleiben mag“ (von Carlowitz 1713, 105).

Festzuhalten bleibt, dass der deutsche Begriff „nachhaltig“ (bzw. sein Substantiv „Nachhaltigkeit“) zunächst in der Forstwirtschaft entstand und dort bedeutete, dass nur genutzt werden sollte, was im gleichen Zeitraum wieder nachwächst.

Der Wald – freilich nur in seiner Ertragsfunktion – sollte also als Grundlage für künftige Generationen erhalten bleiben. Übertragen auf andere Bereiche bedeutet Nachhaltigkeit nach dieser Tradition ein *Fließgleichgewicht*, bei dem sich Zunahme und Abnahme in einer Periode die Waage halten.

Nun führt aber von Freiberg nach Rio, wo 274 Jahre später über „Sustainability“ diskutiert wurde, kein direkter Weg. Die Brundtland-Kommission übernahm keineswegs die alte deutsche Bedeutung. Der

[35] „Esse“ = Wesen, Dasein

auf englisch diskutierenden Brundtland-Kommission war diese historische Quelle gar nicht bekannt.[36]

Im Konzept der Brundtland-Kommission war von Anfang an eine Mehrdimensionalität angelegt, die es in der deutschen Ursprungsbedeutung nicht gab. Insofern ist es gewagt, die beiden Bedeutungs-Stränge, die ihren Ursprung in Freiberg und Rio haben, beide mit dem Wort „nachhaltig" zu bezeichnen. Auch die etwas zögerliche und bis heute nicht vollständige Übersetzung von „Sustainability" mit „Nachhaltigkeit" im deutschen Sprachraum wird dadurch teilweise erklärt.

Analytische Definition von Nachhaltigkeit – Zusammenfassung

Auch die weiteren Definitionskriterien stützen den Befund, dass die analytische Definition von Nachhaltigkeit nicht der „engen" Definition eines Fließgewichtes entspricht (Tremmel 2003a, 129–132). Nachhaltigkeit ist daher analytisch definiert als ein Konzept, dass intergenerationelle und intragenerationelle Gerechtigkeit gleichrangig miteinander verknüpft, wobei erstere v.a. ökologisch und finanziell im Sinne eines Fließgleichgewichts verstanden wird und letztere v.a. internationale Gerechtigkeit (Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen armen und reichen Ländern), Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich innerhalb eines Landes und Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen herstellen soll.

Die von der Mehrheit der Wissenschaftler befürwortete Einbeziehung sozialer und gesamtgesellschaftlicher Elemente ist zweifellos eine Aufweichung der ursprünglichen, von Carlowitz vertretenen Auffassung von Nachhaltigkeit als Fließgleichgewicht. Die zusätzlich eingefügten Elemente sind intragenerationeller Art. Da die Einbeziehung intragenerationeller Aspekte aber bereits im Brundtland-Text[37] und noch viel stärker in Rio vertreten wurde und heute die meisten Wissenschaftler im internationalen wie auch im deutschen Diskurs die intragenerationellen Aspekte miteinbeziehen, muss auch die analytische

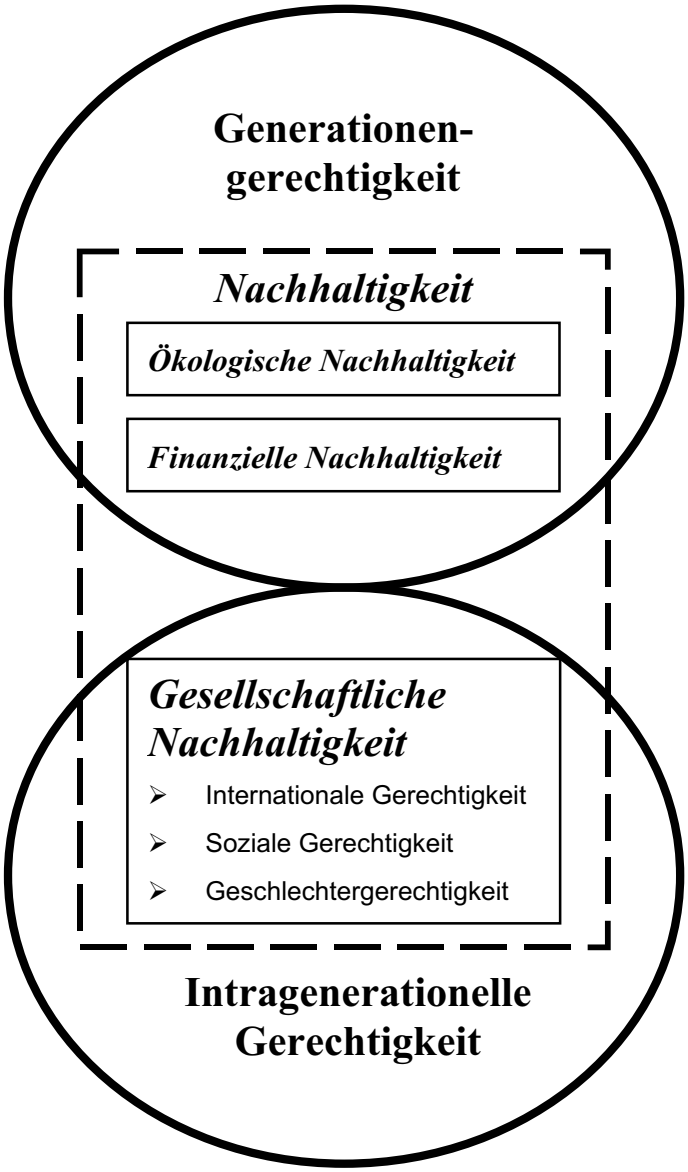
[36] Persönliches Gespräch des Autors am 12.3.2002 bei einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin mit Dr. Volker Hauff, dem deutschen Teilnehmer der Brundtland-Kommission.

[37] Die Brundtland-*Definition* selbst ist eine Definition für intergenerationelle Gerechtigkeit, aus ihr lassen sich Forderungen nach gerechter Verteilung innerhalb einer Gesellschaft nicht direkt ableiten. Diese sind aber aus dem Brundtland-*Text* ableitbar.

Definition mehrdimensional sein. Intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit sind als normative Begründungen auf der Zielebene gleichberechtigt.

Innerhalb der intragenerationellen Gerechtigkeit sind derzeit *die internationale Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit* und *Geschlechtergerechtigkeit* die am häufigsten vertretenen normativen Begründungen für weitere Nachhaltigkeits-Ziele bzw. für die Auswahl von Problembereichen, die unter „Nachhaltigkeit" subsumiert werden. Dies ist aber nur eine Momentaufnahme, in Zukunft könnten andere intragenerationelle Gerechtigkeiten dazukommen oder die drei genannten verdrängen. Für die Gegenwart begründet sich diese Auswahl folgendermaßen:

Abb. 6: Analytische Definition von Nachhaltigkeit



Quelle: eigene Darstellung

Die *internationale Gerechtigkeit* wird implizit schon von allen Wissenschaftlern eingefordert, die von „nachhaltiger Entwicklung" statt von „Nachhaltigkeit" sprechen, die also die Notwendigkeit einer Verknüpfung von Umweltinteressen und Entwicklungsinteressen der Entwicklungsländer betonen.

Die *soziale* Gerechtigkeit – verstanden als Ausgleich zwischen Arm und Reich *innerhalb* eines Landes – ist schon im Brundtland-Bericht vielfach erwähnt und wird – als normatives Pendant zur sozialen Säule – von vielen Wissenschaftlern als wichtiger Bestandteil des Nachhaltigkeitskonzeptes angesehen. Auch die Geschlechtergerechtigkeit – den Frauen ist in der Agenda 21 ein eigenes Kapitel gewidmet – wird häufig von Wissenschafter(innen) unter dem Nachhaltigkeitsbegriff gefasst. Andere mögliche Gerechtigkeitsdimensionen (vgl. Abb. 2) werden derzeit zu selten genannt, um sie mit dem Begriff Nachhaltigkeit belegen zu können.

Der v.a. von Finanzwissenschaftlern intendierte Sinn der „Nachhaltigkeit" im Sinne von ausgeglichenen Haushalten ist der Ebene der Generationengerechtigkeit zuzuordnen. Die Verwendung des Begriffs durch Finanzwissenschaftler ist eindeutig und nicht strittig.

Auf den ersten Blick mag man die Institutionelle Dimension und die Forderung nach Partizipation vermissen. Dabei wird aber übersehen, dass dies nach Meinung der *Mehrheit* der Wissenschaftler beides das „Wie" zur Nachhaltigkeit beschreibt und nicht das „Was", also nicht auf der Ziel-Ebene darzustellen ist.

Nach dem Kriterium „Erstverwendung des Begriffs" waren *zwei* Bedeutungen möglich: Wenn man den Brundtland-Bericht und die Rio-Deklaration als Zeitpunkt der Erstverwendung von Sustainability sieht, so kann man mit diesem Kriterium die weite Bedeutung rechtfertigen. Wenn man dagegen die Verwendung von Nachhaltigkeit in der sächsischen Forstwirtschaft und die (seltene) Benutzung von sustained yield und sustainable development in der englischsprachigen Umweltliteratur *vor* 1987 heranzieht, für den stützt dieses Kriterium die enge Bedeutung. Die Argumentation, dass Sustainable Development (im Sinne von Rio) sich mit „nachhaltiger Entwicklung" nicht korrekt übersetzen lasse, führt zu nichts, da sich diese Übersetzung nun einmal bei der Mehrzahl der Wissenschaftler (wie auch im allgemeinen Sprachgebrauch) durchgesetzt hat.

Nachhaltigkeit hat damit heute eine Bedeutung, die näher an der Bedeutung von Sustainability im Sinne der Brundtland-Definition und nicht mehr an der ursprünglichen deutschen Bedeutung von Nachhaltigkeit (im Sinne von Carlowitz) liegt.

Wie unterscheiden sich die analytische Definition und das „Drei-Säulen-Modell? Zunächst ist das drei Säulen-Modell nicht normativ. Anders als mit dem „Drei-Säulen-Modell“ lässt sich mit der hier herausgearbeiteten analytischen Definition *generelles hohes* ökonomisches Wachstum, also z.B. auch in den Industriestaaten, nicht rechtfertigen, zumindest dann nicht, wenn es in den Entwicklungsländern nicht noch höher ausfällt. Vielmehr ist die Forderung nach einer ausgeglicheneren Wohlstandsverteilung weltweit, d.h. *nachholendes* Wachstum in den Entwicklungsländern, in der normativen Forderung nach *internationaler Gerechtigkeit* enthalten. Eine politische Strategie, die z.B. die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder Europas in den Mittelpunkt der Bemühungen stellt, kann somit nach der analytischen Definition nicht mit dem Etikett „nachhaltig“ versehen werden. Als Fazit lässt sich festhalten, dass „Säulen“ nur eine Existenzberechtigung haben, wenn sie an Postulate inter- oder intragenerationeller Gerechtigkeit rückgekoppelt werden können.

Die *politische* Definition von Nachhaltigkeit

Wie bereits anfangs deutlich gemacht wurde, gibt es von verschiedenen Akteuren außerhalb der Wissenschaft Bestrebungen, die analytische Definition durch ihre eigenen Definitionen zu ersetzen. Dazu gehört auch die deutsche Bundesregierung, die im April 2002 eine „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“, die Nachhaltigkeit neu definierte, veröffentlichte. (Bundesregierung 2002) Diese Nachhaltigkeitsstrategie reicht von der Familien- über die Umwelt- bis zur Wirtschaftspolitik, von der Kriminalitätsbekämpfung bis zur Ausländerpolitik. Im wesentlichen wurde der Begriff als Formel für „ein besseres Leben für alle, jetzt und in Zukunft“ gebraucht. Diese Definition soll im Folgenden als *die politische* Definition von Nachhaltigkeit bezeichnet werden.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) bemängelte daraufhin in einer ungewöhnlich scharfen Stellungnahme eine „Begriffsauflösung“, die mit der in Rio beschlossenen Agenda 21 kaum zu begrün-

den sei. „Die Heterogenität der Zielstruktur, die die gesamte Breite ökologischer, ökonomischer und sozialer Zielsetzungen umfasst, mag einer allgemeinen Zukunftsprogrammatik gerecht werden. Eine Strategie nachhaltiger Entwicklung wird durch eine solch heterogene Zielstruktur jedoch konturlos.“[38] „Warum das Konvolut mit dem Nachhaltigkeitsetikett geadelt wurde, ist auf den ersten Blick kaum ersichtlich“, mokiert sich der Wissenschaftsjournalist Fritz Vorholz in der ZEIT (Vorholz 2002, 26). Voller Eigenlob werde so gut wie jedes bisher beschlossene Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, jedes in dieser Legislaturperiode umgesetzte Reformvorhaben unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit aufgelistet. Nachhaltigkeit werde (endgültig) zu einer Leerformel, die für alles dies stehe, was die rot-grüne Bundesregierung ohnehin geplant bzw. umgesetzt habe. Das Konzept sei in Wahrheit ein allgemeines Reform- und Modernisierungsprogramm.

Von der CDU/CSU wurde der Begriff „nachhaltig“ im Wahlprogramm 2002 sieben Mal häufiger verwandt als 1998. In der deutschen Politik können sich bei der *politischen* Definition eben nicht nur SPD und Grüne, CDU/CSU und FDP, sondern auch PDS und sogar die Republikaner auf „Nachhaltigkeit“ berufen.

Es ist bemerkenswert, dass im Ausland rechtskonservative Regierungen während des Vorbereitungsprozesses und vor Ort in Johannesburg nicht mehr Mühe hatten als linke, sich als „nachhaltig“ zu präsentieren. Die rechte FPÖ hat in ihrer Regierungszeit zusammen mit der ÖVP die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. In anderen Ländern wurden die nationalen Nachhaltigkeitsberichte für Johannesburg ebenfalls von rechtspopulistischen (z.B. Dänemark), ja ehemals neofaschistischen Parteien (Italien) mitvorbereitet und mitunterzeichnet, so diese zufällig gerade an den Regierungen beteiligt waren.

Zurück zu Deutschland: Tatsächlich wird sich eine nach der Wahl 2006 möglicherweise anders zusammengesetzte Regierung bei der Evaluierung ihrer Fortschritte hin zu mehr Nachhaltigkeit völlig zu Recht als „nachhaltig“ bezeichnen dürfen, wenn sie z.B. Erfolge beim Nachhaltigkeits-Indikator „Verbrechensbekämpfung“ hatte. Da die Nachhal-

[38] Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (SRU): Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie am 13.2.2002, www.umweltrat.de, Rev. 2002-08-12

tigkeits-Säulen nicht gewichtet werden, sind es auch die zugehörigen Indikatoren nicht.

Die eigentliche Gefahr bei der Nachhaltigkeits-Definition der Bundesregierung ist, dass zunehmend beliebig wird, was darunter verstanden wird. Im Bundestagswahlkampf 2002 erklärten sowohl Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch Herausforderer Edmund Stoiber, das Leitbild der Nachhaltigkeit stelle die Richtschnur ihrer Politik dar (Brand 2002, 18). Auch bei einem Wahlsieg einer schwarz-gelben Koalition wären zwar wohl nicht radikal die Indikatoren ausgetauscht worden. Dazu besteht keine Notwendigkeit, da bei der politischen Definition sowohl eine konservative, als auch eine liberale oder eine linke Gesellschaftspolitik mit der deutschen „Strategie für eine nachhaltige Entwicklung" gerechtfertigt werden kann. Die CDU würde vermutlich ihre Politik auf die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele „Perspektiven für Familien"[39], „Ausländerintegration" und „Verbrechensbekämpfung" konzentrieren. Die FDP könnte die Indikatoren für den „Abbau der Staatsverschuldung", die „Öffnung der Märkte" und die „Förderung von Innovationen" in den Mittelpunkt ihrer „Nachhaltigkeitspolitik" stellen. Nahezu alles, was man an Maßnahmen und Zielen definieren kann, lässt sich bei entsprechendem rhetorischen Talent nun unter der Flagge der Nachhaltigkeit präsentieren. Dies führt dann zu einer Interpretation, wie sie dem folgenden Zwischenruf im Deutschen Bundestag zugrunde lag: „Nachhaltigkeit ist, wenn sich Leistung in einem Land wieder lohnt!"[40] Was der Zwischenrufer meinte, ist: „Gerecht ist ..."

Ob nun die analytische, wissenschaftliche Definition von „Nachhaltigkeit" oder die interessengeleitete Definition der Politik die Diskurshoheit erringt, dürfte eine der spannendsten Fragen der nächsten Jahre werden (siehe dazu Tremmel 2003b). Ebenfalls interessant dürfte sein, welchen Anteil im Diskurs solche Nachhaltigkeits-Konzeptionen, die Nachhaltigkeit hauptsächlich als kontinuierlichen Suchprozess mit Partizipation möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen sehen, gewinnen werden (siehe dazu Tremmel 2003c). Klar ist aber schon jetzt, dass die

[39] Dazu würde sie vermutlich den Indikator „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" austauschen gegen „Zahl der Familien mit Kinder" o.ä.

[40] Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 236. Sitzung, Berlin, Donnerstag 16. Mai 2002, Stenographischer Bericht, p.23480, zitiert nach: Matthes 2002, 94

Fraktion, die Nachhaltigkeit vor allem ökologisch und im Sinne der Generationengerechtigkeit definieren wollte, die Meinungsführerschaft verloren hat.

Wird sich Nachhaltigkeit als Leitbild durchsetzen?

Der Nachhaltigkeitsbegriff ist kein Begriff mit innerem Wortsinn, mit semantischer Intention, das ist sein „angeborener" Nachteil. Sogar der Umweltrat bemängelt "die geringe semantische Attraktivität des Wortes „Nachhaltigkeit", dessen begriffliche Auflösung in nahezu alle Richtungen zusätzlich erschwerend wirkt" (SRU 2002b). Trotz enormen Kommunikationsaufwandes ist nur 13 bis 15 Prozent der Bevölkerung der Begriff bekannt (Lass/Reusswig 2002, 14 ff.). In Verbindung mit der Agenda 21 können ihn gar nur 7 Prozent bringen.[41] Dies verwundert nicht, denn in den Medien benutzt man das Wort „nachhaltig", wenn man „dauerhaft", „gründlich", „langfristig", „tiefgreifend" oder „durchschlagend" meint.[42] In dieser Bedeutung würde sogar die Aussage Sinn machen, „nachhaltig" den Wald zu roden.

Kommunikationsexperten wie Marcel Loko, Geschäftsführer der Agentur „Zum Goldenen Hirschen" (die unter anderem die Wahlkampagnen von Bündnis 90 / Die Grünen betreut): „Je mehr ich darüber nachdenke, desto dröger und abstrakter kommt mir der Begriff vor. Er ist unglaublich un-sexy und nicht einmal aufladbar. Ich kann Nord-Süd aufladen, ich kann Generationengerechtigkeit aufladen. Aber Nachhaltigkeit, das ist wie Toleranz und Respekt ... Nachhaltigkeit hat sich bisher nicht eingeprägt und hat auch gar keine Chance, sich einen gleichen

[41] Eine Spontanumfrage des Autors bei seinen Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten, was „Nachhaltigkeit" bedeutet, brachte überraschende Ergebnisse. Einer antwortete ernsthaft: „Kommunismus", ein anderer „Eigenverantwortung".

[42] Beispiele aus der Zeitungslektüre: FAZ vom 29. Mai 2002 (Nr.122/2002), S. 4: „Der FDP-Vorsitzende sagte, beide Seiten müssten ‚nachhaltig' ihre gegenwärtige Politik korrigieren." SPIEGEL vom 27.5.2002 (Nr. 22/2002), S. 7: „Die Fundamente der Monarchie sind ausgehöhlt; die Kinder der Queen haben den Ruf des Hauses Windsor ‚nachhaltig' ramponiert." ZEIT vom 14.11.2002 (Nr.47/2002), 57. Jg., S. 1: „Wo aber sind die Bataillone der arabisch-kundigen Helfer, die nach den special forces in Bagdad und Basra einmarschieren? Oder eine praktische Vision für den Nachkriegs-Irak? Wo ist die ‚Nachhaltigkeit', die das Amerika der Trumans und Eisenhowers, nicht aber das Land der Clintons und Bushs bewiesen hat?"

Rang zu verschaffen."[43] Andere Kritiker sprechen gar von „Gummiwort", „hohler Phrase" und „Leitbild ohne Bild" (Böhm 2000, 3). Diese fehlende Eignung für das Bild, für das Fernsehen, ist von großer Bedeutung. Die Massenmedien weisen eine starke Affinität zugunsten personalisierbarer und dramatisierbarer Ereignisse auf. Auch komplexer Stoff muss attraktiv verpackt werden (Brand 2001, 19).

Nachhaltigkeit wird so schnell nicht auf dem „Wort-Müll landen, auf dem schon zahlreiche andere Begriffe früherer Ökodimensionen wie Heimat, ökologisches Gleichgewicht, Lebensqualität, Ecodevelopment, liegen" (Jüdes 1997, 1). Denn während heute niemand mehr von Ecodevelopment spricht, ist Nachhaltigkeit bereits stark legitimiert. Wir werden daher auch in Zukunft die paradoxe Situation haben, dass der Begriff auf der politischen Ebene immer breitere Verwendung findet, die Normalbevölkerung diesem Treiben aber weitgehend verständnislos gegenübersteht. Wenn sie „Nachhaltigkeit" benutzt, dann wohl am ehesten in dem Sinne von „dauerhaft" oder „gründlich", wie ihn auch die Presse und die Parteiprogramme benutzen. Die Frage ist, wie sich die ökologisch Bewegten – sowohl Wissenschaftler als auch die NGOs – verhalten. Nachhaltigkeit hat im Laufe der 1990er Jahre nicht an Bedeutung verloren, aber eine andere Bedeutung bekommen – eine, die im Fall von Zielkonflikten nicht mehr notwendigerweise ökologisch sein muss. Bleiben sie angesichts des Dilemmas dennoch bei diesem Begriff? Möglicherweise wird „Nachhaltigkeit" in der ökologischen wissenschaftlichen Diskussion bald nicht mehr ohne erklärendes Adjektiv („*ökologische* Nachhaltigkeit") verwendet.

Es ist aber auch denkbar, dass im Ökologie-Diskurs in Zukunft auf frühere Begriffe wie „dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung", „Ökologische Modernisierung" oder „Ökologisierung" zurückgegriffen wird.

Somit lässt sich zusammenfassen: Nachhaltigkeit hat eine andere Bedeutung als Generationengerechtigkeit. Das Konzept der Generationengerechtigkeit bleibt in den meisten Definitionen des Nachhaltigkeitskonzeptes enthalten, aber nicht mehr unbedingt als dessen Kern. Für die Zukunft lässt sich aus dem Gesagten folgende Prognose ableiten: Wer nur „Generationengerechtigkeit" will, der wird nicht mehr „Nachhaltig-

[43] Interview in: Rat für nachhaltige Entwicklung (Hg.): pö_forum „Der nächste Schritt", Sonderveröffentlichung der politischen Ökologie 76, S. V

keit“ fordern. Die Begriffe der Ökologie und auch der Generationengerechtigkeit werden – auch als Akzentverschiebungen oder sogar Gegenpole zur Nachhaltigkeit – an Bedeutung zunehmen.

Fazit: Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Vergleich – Chancen und Grenzen beider Konzepte

Der Begriff der Generationengerechtigkeit hat gegenüber Nachhaltigkeit den Vorteil, dass er von der Wortbedeutung her einen engeren Spielraum vorgibt. Er benennt die Subjekte, um die es geht (Generationen), und er bindet sich inhaltlich an die wissenschaftliche Disziplin der Ethik, die den Begriff der Gerechtigkeit vergleichsweise klar umrissen hat.[44] Das Prinzip „Generationengerechtigkeit“ ist durch seine klare theoretische Herleitbarkeit, seine innere Geschlossenheit und Übersichtlichkeit gekennzeichnet. Eine Situation, dass es 60 widerstreitende Definitionen gibt, ist bei „Generationengerechtigkeit“ nicht zu befürchten.[45] Zudem bringt der Begriff der Generationengerechtigkeit die Menschen unmittelbar zum Nachdenken und setzt Energien zum Handeln frei.

Natürlich führt das Konzept Generationengerechtigkeit allein noch nicht zu einer allseits gerechten Welt – es hat ja auch nur den Anspruch, zu einer generationengerechten Welt zu führen.

Die Frage ist eben, ob eine allseits gerechte Welt überhaupt erreichbar ist und welche Prioritäten man setzt. Es ist theoretisch schwer zu begründen, dass die jetzt lebende Generation eher bereit wäre, den späteren Generationen einen gerechten Anteil an den Potenzialen der Ressourcen zu überlassen, wenn sie diese zunächst untereinander gerecht verteilt hat. Auch die empirischen Belege für einen Zusammenhang zwischen ausgleichender Gerechtigkeit heute als Bedingung für Solidarität der heute Lebenden mit zukünftigen Individuen sind mehr als dürftig.

---

[44] Vgl. Kalinowski im pdf-Ergänzungsband dieses Handbuchs.

[45] Um die Bedeutung des Wortes „Generationengerechtigkeit“ gibt es nicht – wie bei „Nachhaltigkeit“ – eine heftige Kontroverse mit einer Vielzahl von Definitionen. Eine Übersicht über den tatsächlichen Gebrauch ergibt ein hohes Maß an Identität. Das liegt auch daran, dass der philosophische Diskurs eher um die Frage kreist, ob zukünftige Generationen Rechte „haben“, was eine durchaus andere Fragestellung ist. In diesen Aufsätzen taucht das Wort „Generationengerechtigkeit“ (bzw. in englischen Artikeln „intergenerational justice“, „generational justice“, „intergenerational equity“, „generational equity“) häufig gar nicht auf.

Maßnahmen für mehr *intra*generationelle Gerechtigkeit sind innerhalb des Konzeptes „Generationengerechtigkeit“ ein Mittel zum Zweck, aber nicht der Zweck selbst. Nachhaltigkeit (in der weiten Definition) ist das umfassendere Konzept: Fragen der sozialen, der internationalen Gerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit sind nun kein Mittel mehr, sondern selbst ein Zweck.

Generell ist das Nachhaltigkeitskonzept eher statisch, während das Generationengerechtigkeits-Konzept eher auf Fortschritt (im Sinne der Verbesserung der Optionen nachrückender Generationen) ausgerichtet ist.

Aus den genannten Gründen ist das Konzept der Generationengerechtigkeit als neues gesellschaftliches Leitbild geeignet. Aber auch Nachhaltigkeit hat parallel dazu großes Potential, ein gesellschaftliches Leitbild zu bleiben – sofern nicht eine interessengeleitete Definition in der Schlacht um den Begriff die Oberhand erringt.

Literatur

Acker-Widmaier, Gerald (1999): Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Zur normativen Begründung eines Leitbildes. Marburg.

Alfred-Herrhausen-Gesellschaft (2000) (Hg.): Generationengerechtigkeit. Leitbild für das 21. Jahrhundert. Dokumentation des Jahreskolloquiums vom 23. und 24. Juni 2000 in Berlin, zu beziehen über http://alfred-herrhausen-gesellschaft.de/

Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin.

Birnbacher, Dieter / Brudermüller, Gerd (2001): Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität. Würzburg.

Birnbacher, Dieter / Hoerster, Norbert (2000): Texte zur Ethik. München (11. Ausgabe, Originalausgabe 1976).

Birnbacher, Dieter / Schicha, Christian (1996): Vorsorge statt Nachhaltigkeit – Ethische Grundlagen der Zukunftsverantwortung. In: Hans Kastenholz / Karl-Heinz Erdmann / Manfred Wolff (Hg.): Nachhaltige Entwicklung: Zukunftschance für Mensch und Umwelt. Berlin. S. 151.

Birnbacher, Dieter (1988): Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart.

Böhm; Gisela (2000): Editorial der Politischen Ökologie 63/64. Januar 2000 (17. Jg.). S. 3.

Brand, Karl-Werner (2002): In allen vier Ecken soll Nachhaltigkeit drin stecken. In: Politische Ökologie 76. April/Mai 2002 (20. Jg.). S. 18–20.

Brand, Karl-Werner (2001): Wollen wir was wir sollen? Plädoyer für einen dialogisch-partizipativen Diskurs über nachhaltige Entwicklung. In: Andreas Fischer / Gabriela Hahn (Hg.): Vom schwierigen Vergnügen einer Kommunikation über die Idee der Nachhaltigkeit. Frankfurt. S. 12–34.

Brand, Karl-Werner / Jochum, Georg (2000): Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. MPS-Texte 1/2000. München.

Brand, Karl-Werner (2000): Vision ohne Herzblut. In: Politische Ökologie 63/64. Januar 2000 (17. Jg.). S. 22.

Brumlik, Micha / Brunkhorst, Hauke (1993) (Hg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt.

Brumlik, Micha (1995): Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Berlin.

Bundesregierung (2002): Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Bündnis 90 / Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün – Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Berlin.

BUND / Misereor (1996) (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel/Boston/Berlin.

Butterwegge, Christoph / Klundt, Michael (2001) (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel. Opladen.

Callahan, Daniel (1980): What Obligations do we have to Future Generations? In: Ernest Partridge (Hg.): Responsibilities to Future Generations. Environmental Ethics. Buffalo, N.Y. S. 73–85.

Carlowitz, Hannß C. von (2000): Sylvicultura oeconomica: Anweisung zur wilden Baum-Zucht ..., Reprint. Veröffentlichungen der Bibliothek „Georgius Agricola“ der TU Bergakademie Freiberg. Freiberg. (Leipzig 1713).

Deutsche Bundesbank (2001): Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung. In: Monatsbericht Dezember. S. 36.

Deutscher Bundestag (2002) (Hg.): Enquete-Kommission Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Schlussbericht. Berlin.

Eitenmüller, Stefan (1996): Die Rentabilität der gesetzlichen Rentenversicherung – Kapitalmarktanaloge Renditeberechnungen für die nahe und die ferne Zukunft. In: Deutsche Rentenversicherung, 67. Jg. Heft 12. S. 784–798.

European Commission (2002): A European Union Strategy for Sustainable Development. Brüssel. (zu beziehen über das Office for Offical Publications of the European Communities, ISBN 92-894-1676-9).

Fogt, Helmut (1982): Politische Generationen. Opladen.

Fukuyama, Francis (2002): Das Ende des Menschen. München.

Fux, Beat (1994): Der familienpolitische Diskurs. Berlin.

Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (1997) (Hg.): „Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt“. Hamburg.

Grieswelle, Detlef (1985): Generationensolidarität. In: Weigelt, Klaus (Hg.): Werte, Leitbilder, Tugenden. Mainz. S. 495 ff.

Gronemeyer, Reimer (1989): Die Entfernung vom Wolfsrudel. Düsseldorf.

Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung (1984) (Hg.): Die Lebensalter in einer neuen Kultur? Zum Verhältnis von Jugend, Erwerbsleben und Alter. Köln.

Hösle, Vittorio (1997): Moral und Politik. München.

Hondrich, Karl Otto / Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt.

Institut für Zukunftsstudien und Technologieentwicklung (IZT) (1995): Nachhaltige Entwicklung. Bonn.

Jonas, Hans (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main.

Jörissen, Juliane / Kopfmüller, Jürgen / Brandl, Volker u.a. (1999): Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung. Forschungszentrum Karlsruhe (Technik und Umwelt), Wissenschaftliche Berichte FZKA 6393. Karlsruhe.

Jüdes, Ulrich (1997): Sprachverwirrung. Auf der Suche nach einer Theorie des Sustainable Devlopment. In: Politische Ökologie, Heft 52, April/Mai 1997. (Jg.15) S. 1–12.

Kaufmann, Franz-Xaver (1990): Zukunft der Familie. München.

Ketelhodt, Friederike von (1993): Verantwortung für Natur und Nachkommen, Pfaffenweiler.

Kopfmüller, Jürgen u.a. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Berlin.

Kronberger Kreis (1994) (Hg.): Mehr Langfristdenken in Gesellschaft und Politik. Bad Homburg.

Lányi, András (2001): From Ethics to Politics, in: Védegylet: Rights of Future Generations. Budapest. S. 30–34, zu beziehen über www.vedegylet.hu.

Lass, Wiebke / Reusswig, Fritz (2002): Nachhaltigkeit und Umweltkommunikation. Ein Forschungsprojekt auf der Suche nach sozialwissenschaftlichen Perspektiven. In: Umweltbundesamt (Hg.): Perspektiven für die Verankerung des Nachhaltigkeitsbildes in der Umweltkommunikation: Chancen, Barrieren und Potenziale der Sozialwissenschaften. Berlin. S. 13–36.

Leidinger, Paul (2001): Der Mensch – ein natürlicher Feind der Natur? Unser Verhältnis zur Umwelt in der Geschichte. In: Luca Di Blasi / Bernd Goebel / Vittorio Hösle (Hg.): Nachhaltigkeit in der Ökologie. München. S. 129–151.

Leisering, Lutz (1990): Sozialstaat und demographischer Wandel. Frankfurt.

Leist, Anton (1991): Intergenerationelle Gerechtigkeit. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Praktische Philosophie. Hamburg. S. 322–360.

Lüscher, Kurt / Schultheis, Franz (1995) (Hg.): Generationenbeziehungen in „postmodernen" Gesellschaften. Konstanz.

Matthes, Felix Christian (2002): Nachhaltigkeit als *politisches* Konzept. In: GAIA. Ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften, Nr. 2/2002, S. 91–95.

Nell-Breuning, Oswald von / Fetsch, Cornelius G. (1981): Drei Generationen in Solidarität. Köln.

Opaschowski, Horst (2000): „Bindung auf Dauer ist nicht mehr im Trend. In: General-Anzeiger vom 4.1.2000. S. 6.

Ott, Konrad (2003): Zu einer Konzeption „starker" Nachhaltigkeit, in: Bobbert, Monika / Düwell, Marcus / Jax, Kurt (Hg.): Umwelt – Ethik – Recht, Tübingen. S. 209–229.

Ott, Karl-Dieter (2002): Methodologie der Sozialwissenschaften, Wiesbaden (5. Auflage).

Pawlowski, Tadeusz (1980): Begriffsbildung und Definition. Berlin/New York.

Podszun, Rupprecht (2000): Die verkalkte Republik oder das Märchen vom Jugendkult. Köln.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) (2002a): Umweltgutachten 2002. Langfassung, Bundestagsdrucksache 14/8792, Berlin.

Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) (2002b): Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. 13.2.2002, www.umweltrat.de/stel-nst.htm, Rev. 2002-08-12.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) (1994): Umweltgutachten. Drucksache 12/6995. Stuttgart.

Renn, Ortwin (2002): Nachhaltige Entwicklung. Eine kommunikative Reise in eine reflexive Zukunft. In: Umweltbundesamt: Perspektiven für die Verankerung des Nachhaltigkeitsbildes in der Umweltkommunikation: Chancen, Barrieren und Potenziale der Sozialwissenschaften. Berlin. S. 240–256.

Renn, Ortwin / Knaus, Anja (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg.

Ross, Jan (2003): Krieg den Philistern. Statt Klassenkampf: Deutschlands ist seit Jahrhunderten eine Nation des Generationenkonfliktes. In: DIE ZEIT vom 30.1.2003, S. 6.

Savigny, Eike von (1980): Grundkurs im wissenschaftlichen Definieren, München (5. Auflage).

Schüller, Heidi (1995): Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag. Berlin.

SPIEGEL SPEZIAL (1999): Generationen im Konflikt. Jung gegen Alt. Nr. 2.

SRzG (1997): Die neuen Generationenverträge. Ergebnisse des 1. Jugendkongresses vom 7. Bis 8.11.1997 in Frankfurt. Präambel, zu beziehen über www.srzg.de

Stiftung für Kommunikationsforschung (1988) (Hg.): Der brüchige Generationenvertrag. Köln.

Tremmel, Jörg (2003a): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure. München. Auch als pdf über www.srzg.de erhältlich.

Tremmel, Jörg (2003b): Nachhaltigkeit als politische Leerformel? In: Generationengerechtigkeit! Nr. 1/2003 (3. Jg.), S. 6–8.

Tremmel, Jörg (2003c): Nachhaltigkeit als kontinuierlicher Suchprozess? (Contra im Rahmen eines Pro und Contra). In: Generationengerechtigkeit! Nr. 1/ 2003 (3.Jg.). S. 25 u. 26.

Tremmel, Jörg (2003d): Generationengerechtigkeit und Rentenbesteuerung. In: Manfred Rose (Hg.): Integriertes Steuer- und Sozialsystem. Heidelberg. S. 421–436.

Tremmel, Jörg / Dannenberg, Astrid (2003): Die Nachhaltigkeitskonzepte von Wirtschaft und Gewerkschaften. In: Generationengerechtigkeit! Nr. 1/2003 (3. Jg.). S. 28–29.

Tremmel, Jörg / Viehöver, Martin (2000): Ökologische Steuerreform und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. In: GAIA. Ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften. Nr. 1/2000. S. 62–63.

Tremmel, Jörg / Laukemann, Marc / Lux, Christina (1999): Die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz – Vorschlag für einen erneuerten Art. 20a GG. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 10/1999 (32. Jg.). S. 432 bis 438.

Tremmel, Jörg (1998): Der Generationsbetrug. In: Universitas, Nr. 628. Oktober 1998 (53. Jg.). S. 915–919.

Tremmel, Jörg (1997): Wie die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit reformiert werden kann. In: Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Hamburg. S. 149–240.

Tremmel, Jörg (1996): Der Generationsbetrug. Frankfurt am Main.

Umweltbundesamt (2002): Perspektiven für die Verankerung des Nachhaltigkeitsbildes in der Umweltkommunikation: Chancen, Barrieren und Potenziale der Sozialwissenschaften. Berlin.

Unnerstall, Herwig (1999): Rechte zukünftiger Generationen. Würzburg.

Viehöver, Martin (2002): Der Beitrag einer reformierten Grundsteuer zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, unveröffentlichte Diplomarbeit. S. 21; www.viehoever.de/grundsteuer/; Rev. 2002-03-08.

Vorholz, Fritz (2002): Nachhaltig? Kurzsichtig! Ausgerechnet Rot-Grün tut sich schwer mit dem ehrlichen Schutz der Natur. In: DIE ZEIT, Nr. 18/2002 (25.04.2002). S. 26.

Walzer, Michael (1992): Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main/New York.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1994): Erdpolitik. Darmstadt.

Wichterich, Christa (2002): Sichere Lebensgrundlagen statt effizienterer Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht. In: Christoph Görg / Ulrich Brand (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. Münster. S. 72–91.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2001): Gutachten Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik – Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte (Heft 71). Berlin. http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage9127/Gutachten-zur-Nachhaltigkeit-in-der-Finanzpolitik.pdf; Rev. 2002-08-21.

World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future. Oxford/New York/Toronto.

ZUR PERSON

Jörg Tremmel
geb. 1970 in Frankfurt/M. Banklehre bei der Dresdner Bank. Studium der Betriebswirtschaftslehre in Oestrich-Winkel (European Business School), La Rochelle (F), Harrisonbourg/Virginia (USA) und Hagen mit dem Abschluss Dipl.-Kfm. 1997. Zahlreiche Praktika, u.a. bei den Vereinten Nationen und bei Bertelsmann. Studium der Politologie in Frankfurt/M mit dem Abschluss Dipl.-Pol. 2003. Promotionsstudium an der Uni Stuttgart mit Dissertation zum Thema „Der Faktor Bevölkerung in Strategien für ökologische Nachhaltigkeit“ (seit 1997). Gründung der SRzG 1997 und seitdem geschäftsführender Vorstand.

Monographien: Sweet Little Sixteen – Jugend und neue Sexualmoral (1994), Der Generationsbetrug (1996), Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie (2003). Redaktionelle Leitung von Sammelbänden: Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt (1997), Die 68er (1998), Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust (1999). Rund 45 Artikel, Beiträge und Rezensionen in Fachzeitschriften, Sammelbänden und Zeitungen.

Chefredakteur der Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ (ISSN 1617–1799)

Zahlreiche Vorträge, unter anderem national bei: 8. Jahreskolloquium der Alfred Herrhausen-Gesellschaft, 13. Kongreß für Klinische Psychologie, 9. Haniel-Forum, 6. Kompetenz-Kongress der Hypovereinsbank, 2. und 10. Global Dialogue der EXPO Hannover, Jahreskongress 2000 des Wissenschaftszentrums NRW, Öffentliche Ringvorlesung der FH Frankfurt, 52. Baden-Badener Disput, Youth and Environment-Seminar der EU, Sachverständigen-Anhörung des Landtags NRW.

Auf internationaler Ebene Vorträge u.a. bei zwei Prepcoms der UNO (Vorbereitungssitzungen für Weltkonferenzen, New York), International Young Professional Summit in Brisbane (AUS), Int. Pädagogische Werktagung Salzburg (AU), Konferenz „Rights of Future Generations“ in Budapest (HU), Workshopleitung bei AEGEE in Athen und Enschede (GR, NE). NGO-Delegierter beim WSSD in Johannesburg (SA).

Dieter Birnbacher

VERANTWORTUNG FÜR ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN – REICHWEITE UND GRENZEN

‚Fernethik' – ein begrifflicher Widerspruch mit sich selbst?

Verantwortung im Sinne einer ex-ante oder prospektiven Verantwortung, die sich auf noch nicht realisierte Verhaltensmöglichkeiten bezieht, ist notwendig zukunftsbezogen. Verantwortlich im Sinne einer Sorge-Verpflichtung sind wir immer für Handlungen oder Ereignisse, die aus der Sicht des Verantwortungssubjekts in der Zukunft liegen oder sich zumindest ein Stück weit in die Zukunft hinein erstrecken. Insofern ist Verantwortung immer und notwendig Verantwortung für die Zukunft. Warum bedarf dann aber „Zukunftsverantwortung" oder Verantwortung für zukünftige Generationen" einer besonderen Auszeichnung und Akzentuierung?

Die in dem herkömmlichen Verantwortungsbegriff mehr oder weniger selbstverständlich mitgemeinte Verantwortung für zukünftige Generationen erscheint unter den Umständen der Gegenwart in einem völlig neuen Licht. Auf einige dieser neuartigen Umstände hat bereits Hans Jonas in seinem epochemachenden Buch „Das Prinzip Verantwortung" (Jonas 1979) hingewiesen: Einer ist das mit der modernen Technik gewachsene Potential, das zukünftige Schicksal von Menschheit und Natur durch Handeln und Unterlassen zu beeinflussen. Was früher schicksalhaft hinzunehmen war, rückt mehr und mehr in den Umkreis menschlicher Steuerung. Ein anderer Umstand ist das Wachstum der Möglichkeiten menschlicher Voraussicht und der Früherkennung von Gefahren und Risiken. Es wird für die Akteure immer schwerer, sich zu ihrer Entlastung auf schlichtes Unwissen zu berufen. Auch wenn „Wirkwelt" und „Merkwelt" weiterhin weit auseinander klaffen und wir die Auswirkungen unseres Gegenwartshandelns nur in engen Grenzen vorhersehen können, verfügen wir doch aufgrund der zunehmenden historischen Erfahrungen über immer besser begründete

Vorstellungen von den Chancen und Risiken unserer Eingriffe in Natur- und Menschenwelt.

Mit beiden Tendenzen dehnt sich die Reichweite unserer Verantwortung zwangsläufig aus. Die erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten in zeitlich entfernte Zukünfte (etwa im Zusammenhang mit dem Klimaproblem) und die erweiterten Möglichkeiten von Risikokalkulationen über größere zeitliche Entfernungen hinweg (z. B. hinsichtlich der Folgen klimatischer Verschiebungen für die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern) bleibt nicht ohne Einfluss auf die normative Sphäre. Das Wissen um die (wahrscheinlichen) Fernfolgen gegenwärtigen Handelns und Unterlassens drängt uns – wie sehr wir uns auch dagegen sträuben mögen – eine entsprechende *Fernverantwortung*, diese wiederum eine entsprechende *Fernethik* auf. Mit zunehmendem Wissen wächst die Macht, gleichzeitig aber auch die Verantwortung.

Die Idee einer „Fernethik" begegnet allerdings regelmäßig bestimmten Einwänden. Einige Kritiker werfen der Idee einer Fernethik die zwangsläufige *Anonymität* der Fernverantwortung in der zeitlichen Dimension vor: Verantwortung werde diffus und ungreifbar, wenn sie unter Absehung aller Rollenbeziehungen gegenüber Menschen als „abstrakten, gleichartigen Individuen" gefordert wird, die wir nicht kennen und nicht kennen können, da sie in der fernen Zukunft leben (Becker 1989, 7). Verantwortung sei von ihrem Urbild, der Verantwortung aufgrund sozialer Rollen im Nahbereich, nicht zu trennen.

Andere Kritiker beschränken sich darauf, eine „Fernethik" unter *pragmatischen* Gesichtspunkten zu verwerfen und die Frage zu stellen, von wem – unter realistischen moralpsychologischen Bedingungen – erwartet werden könne, einer solchen Ethik nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern konkrete Gefolgschaft zu leisten. Nach dieser Auffassung muss Verantwortung *begrenzt* werden, wenn der einzelne Akteur nicht hoffnungslos überfordert werden soll. Da es der Ethik letztlich nicht nur um *ideale* Normen für *fiktive* Akteure, sondern um *zumutbare* und *lebbare* Normen für *reale* Akteure geht, könne die Zuschreibung von Verantwortung nicht unbegrenzt ausgedehnt werden, ohne den eigentlichen Zweck der Ethik zu verfehlen.

Heißt das, dass der Prozess der „Entgrenzung der Verantwortung" (Kamlah 1973, 105), der spätestens mit der Aufklärung eingesetzt und

bis heute angehalten hat, in bestimmten Hinsichten rückgängig gemacht werden muss? Sollte die *Forderung* nach mehr und weiter reichender Verantwortung als *Überforderung* abgelehnt werden? Ich denke: keineswegs. Es gilt, die *Grenzen* der Verantwortung im Blick zu behalten. Es gilt aber auch, die *Entgrenzungen* der Verantwortung zu sehen, die sich erweiterter Voraussicht, erweitertem Können, vor allem aber auch erweiterten moralischen Sympathien und Handlungsbereitschaften verdanken.

Grenzen der Verantwortung

Begrenzt wird Verantwortung in gewisser Weise bereits durch die semantischen Merkmale, die *Bedeutung* des Begriffs „Verantwortung". Die *erste* hier zu nennende Grenze mag zunächst trivial scheinen, ist es aber bei genauerem Hinsehen keineswegs: Wenn wir von der Verantwortung sprechen, die ein Akteur *übernehmen* oder *wahrnehmen* soll, so meinen wir in der Regel nicht die Gesamtheit der moralischen Verpflichtungen, die der betreffende Akteur in Bezug auf einen bestimmten Objektbereich hat, sondern wir meinen primär die *Handlungspflichten*, die er in Bezug auf diesen Bereich hat. Die Wahrnehmung von Verantwortung beinhaltet in der Regel ein aktives Tun und kein bloßes Unterlassen. Verantwortung für jemanden wahrzunehmen, bedeutet in der Regel, *aktive* Schritte zum Schutz, zur Versorgung und zur Förderung eines anderen zu unternehmen.

Die Bedeutung dieses zunächst rein begrifflichen Merkmals liegt, ökonomisch gesprochen, in den „Kosten" und „Opportunitätskosten", die die Übernahme und Wahrnehmung von Verantwortung für das Verantwortungssubjekt mit sich bringt. Sowohl die Übernahme als auch die Ausführung von Handlungspflichten werden für das Verantwortungssubjekt tendenziell einen höheren Aufwand und weitergehende Einschränkungen in der Verfolgung anderweitiger Interessen bedeuten als die Übernahme und Ausführung bloßer Unterlassungspflichten.

Die *zweite* Grenze ist die des begrenzten *Könnens*. Verantwortung ist nach Reichweite und Inhalt gebunden an objektive und subjektive Macht. Der entscheidende *objektive* Faktor der Macht besteht darin, dass die situativen Bedingungen eine Beeinflussung des betreffenden Geschehens allererst zulassen. Der Gegenstand der Verantwortung darf

einer möglichen Einwirkung nicht bereits aus objektiven Gründen entzogen sein. Dabei kann es nicht darauf ankommen, ob das Subjekt der Verantwortung auf das Geschehen *direkt, substantiell oder mit hoher Erfolgschance* Einfluss nehmen kann, sondern lediglich darauf, ob ihm auch eine wie immer geartete *indirekte, geringfügige* oder *nur bedingt erfolgreiche* Einflussnahme verwehrt ist. Der entscheidende *subjektive* Faktor ist die individuelle Fähigkeit oder Unfähigkeit des Verantwortungssubjekts, die objektiv gegebenen Eingriffsspielräume zu nutzen. Der durch neurotische Zwänge in seinem Verhaltensspielraum Eingeschränkte ist nicht in derselben Weise zur Übernahme und Wahrnehmung von Verantwortung geeignet wie der innerlich souveränere Akteur. Für unseren eigenen Charakter etwa sind wir stets nur so weit – aber auch genau so weit – verantwortlich, wie wir dessen Entwicklung durch willentliches Aufsuchen und Meiden potentiell prägender Einflüsse und Erlebnisse steuern können.

Begrenzt wird Verantwortung *drittens* durch die Grenzen menschlicher *Voraussicht.* Niemand kann für die Vermeidung von Übeln verantwortlich sein, die er der objektiven Lage der Dinge nach in keiner Weise voraussehen oder mit einer wie immer kleinen Wahrscheinlichkeit erwarten kann. Zwar wird – etwa bei Neulandtechnologien – den Akteuren gemeinhin eine Verantwortung zur Vorsorge auch gegen solche Risiken zugeschrieben, die nicht konkret benannt, geschweige denn mit exakten Eintrittswahrscheinlichkeiten belegt werden können. Aber hierbei ist die Verantwortungszuschreibung durch die Überlegung gerechtfertigt, dass aufgrund historischer Erfahrung – vor allem bei neuen Technologien mit kurzen Erprobungszeiten oder hohem Erprobungsrisiko – zumindest mit einem abstrakten, nicht näher kalkulierbaren hypothetischen Risiko gerechnet werden muss.

Das Fazit dieser Überlegungen ist, dass eine „Fernverantwortung", wie sie von Hans Jonas und anderen gefordert worden ist, nicht bereits aus *begrifflichen* Gründen abwegig oder verfehlt ist. Man kann durchaus das „Urbild" der Verantwortung in der rollengebundenen Verantwortung im sozialen Nahbereich sehen, aber man muss daraus kein Dogma machen und die Reichweite der Verantwortung ein für allemal begrenzen. Neben der Verantwortung des Vaters für seine Kinder, der Lehrerin für ihre Schüler, des Staatsmanns für das Wohl seiner Nation usw. lässt sich durchaus auch von einer rollenübergreifenden Verant-

wortung des Fremden für den Fremden, des Staatsmanns für die Völkergemeinschaft und der Gegenwärtigen für die Zukunft sprechen. Eine „totale Verantwortung“ (Hans Jonas) ist keine *contradictio in adjecto*.

Begrifflichen Einwänden begegnete die Zuschreibung von „Fernverantwortung“ allenfalls dann, wenn sie gegen bestimmte notwendige Bedingungen der legitimen Verantwortungszuschreibung verstieße: wenn sie an Konstrukte wie „die Menschheit“ oder „die gegenwärtige Generation“ adressiert wäre, die in keinem vernünftigen Sinn handlungsfähig sind; wenn von gegenwärtigem individuellen und kollektiven Handeln und Unterlassen keinerlei signifikante globale und zeitliche Fernwirkungen ausgingen; oder wenn die Träger der Fernverantwortung die bedrohlichen Entwicklungen in keiner – wie immer indirekter – Weise beeinflussen könnten. Keine dieser Ausschlussbedingungen trifft auf die Verantwortung für zukünftige Generationen zu. Wenn Pseudo-Subjekten wie „dem Menschen“ oder „den gegenwärtig Lebenden“ Verantwortung zugeschrieben wird, lässt sich das in der Regel als elliptische Formulierung für Forderungen interpretieren, die primär an die kausal wirkmächtigsten kollektiven Akteure adressiert sind, etwa an die gegenwärtig amtierenden Regierungen und Wirtschaftsführer in den politisch tonangebenden Industrieländern. Auch die beiden anderen Ausschlussbedingungen sind nicht erfüllt. Die globalen und intergenerationellen Fernwirkungen gegenwärtigen Handelns und Unterlassens sind keine Erfindungen ökologischer Scharfmacher, sondern unbestrittene Realität. Das Schicksal der Entwicklungsländer, die Zukunft des Weltklimas und der Bestand an natürlichen Arten liegt zu maßgeblichen Anteilen in der Hand der führenden Industrienationen und der von ihnen betriebenen Finanz-, Wirtschafts-, Agrar- und Umweltpolitik. Und mag auch zutreffen, dass die politisch und ökologisch engagierten Bürger in diesen Ländern ihre Chancen, die politische Linie ihrer Regierungen zu beeinflussen, erheblich überschätzen, wäre es doch offensichtlich falsch, ihnen jede Chance einer wie immer indirekten politischen Einflussnahme streitig zu machen. Zumindest den Inhabern höherer politischer und administrativer Funktionen, aber auch den Lobbyisten und anderen Interessenvertretern sowie der heterogenen Gruppe der wissenschaftlichen Politikberater lässt sich eine kausale Rolle – und insofern eine Mitverantwortung – für fernwirkungsträchtige Strategien und Entscheidungen vernünftigerweise nicht absprechen.

Zukunftsverantwortung: das optimistische und das pessimistische Paradigma

Dass Verantwortung für die Zukunft in unserer Zeit zu einem Schlüsselbegriff der politischen Ethik geworden ist, ist vor allem zwei gefahrenträchtigen Weltentwicklungen zuzuschreiben: 1. dem anhaltenden, wenn auch inzwischen leicht abgeschwächten, exponentiellen Bevölkerungswachstum und seinen abzusehenden Folgewirkungen, 2. dem anhaltend exponentiellen Wachstum der zivilisatorischen Inanspruchnahme der Natur. Die rapide zunehmende Naturnutzung durch den Menschen betrifft die Natur sowohl als *Quelle* von Naturgütern wie Boden, Wasser, Rohstoffen und Energie als auch als *Senke* für Rest- und Schadstoffe aus Produktion und Konsum wie Abfälle, Chemierückstände, Luft- und Wasserverunreinigungen und möglicherweise klimaverändernde Treibhausgase. Die *Übernutzung* der Quellen wie der Senken macht den Hauptteil der Hypothek aus, die unsere Generation den zukünftigen hinterlassen wird. Hinzu kommen die zum Teil irreversiblen Risiken, an die sich die späteren Generationen anpassen müssen, etwa die Risiken, die von den radioaktiven Rückständen aus der Nutzung der Kernenergie ausgehen, oder die klimatischen Risiken aus der Freisetzung von Kohlendioxid aus der Nutzung fossiler Energieträger. Bisher geht diese Hypothek zum größeren Teil nicht auf das Konto des globalen Bevölkerungswachstums, sondern auf das Konto des Wachstums der Aktivitäten eines kleinen Teils der Weltbevölkerung, die ihre Austauschprozesse mit der Natur (in Produktion und Konsum) unbekümmert um die natürlichen Begrenzungen des „Raumschiffs Erde“ intensiviert haben. Mit dem Eintritt bevölkerungsreicher „Schwellenländer“ wie Indien und China in den Kreis der Industrieländer könnte sich diese Situation ändern. Schon heute gehen die größten Gefahren etwa für die Ozonschicht der Atmosphäre nicht mehr von den Industrieländern, sondern den Schwellenländern aus, die reich genug sind, ihre Rohstoffe industriell zu verwerten, aber nicht reich genug, um auf umweltgefährdende Naturnutzungen zu verzichten.

Idealtypisch kann man zwischen einem *optimistischen* und einem *pessimistischen* Paradigma der Zukunftsethik unterscheiden. Das optimistische Paradigma sieht Verantwortung für zukünftige Generationen primär als Verpflichtung zur Verlängerung eines mehr oder weniger verlässlichen *Fortschrittsprozesses*, der sich von der Gegenwart in die

Zukunft hinein fortsetzt. Dieses Paradigma, in dem die zukünftigen Generationen gegenüber den gegenwärtigen grundsätzlich bessergestellt sind, ist kennzeichnend für die Hauptströmungen der Philosophie der Aufklärung (Condorcet, Kant), des Marxismus (Bloch), der „neoklassischen" ökonomischen Theorie und der liberalen politischen Philosophie einschließlich Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit". Bei allen Differenzen sind sich die Vertreter dieser Denkrichtungen darin einig, dass für die Zukunft mit einem Prozess der zunehmenden Vervollkommnung (Condorcet), des zunehmenden Wohlstands (Rawls, Neoklassik) bzw. der zunehmenden Entlastung von Arbeitsleid (Marx) zu rechnen ist. Für das *pessimistische* Paradigma dagegen sind die zukünftigen Generationen gegenüber der gegenwärtigen Generationen potential *schlechter gestellt*. Verantwortung für zukünftige Generationen ist deshalb *konservativer* Natur und beinhaltet primär die Verpflichtung zur Erhaltung des technisch, wirtschaftlich und kulturell Erreichten, zur Schadensvermeidung, zur Vorsorge gegen zukünftige Katastrophen und zur Minimierung von Risiken. Das pessimistische Paradigma liegt dem Malthusianismus des 18. und der Eugenik-Bewegung des 19. Jahrhunderts und vielen der gegenwärtigen spezifisch *ökologischen* zukunftsethischen Ansätzen zu Grunde. Furcht vor zukünftigen Verschlechterungen statt Hoffnung auf zukünftige Verbesserungen ist der leitende Affekt – im Malthusianismus die Furcht vor einer grenzenlosen Bevölkerungszunahme, in der Eugenikbewegung die Furcht vor einer Degeneration des Genpools, in vielen Modellen der ökologischen Ökonomie die Furcht vor einer Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen und damit der Bedingungen der Existenz der menschlichen Gattung insgesamt. Seinen prägnantesten Niederschlag hat diese pessimistische Sicht in Hans Jonas' Postulat einer „Heuristik der Furcht" gefunden. Danach sollen in erster Linie Risiken vermieden und erst in zweiter Linie Chancen genutzt werden. Das Schadensrisiko soll stärker gewichtet werden als die Erfolgschancen. Im Zweifelsfall soll auch auf beträchtliche technische Fortschritte zu Gunsten der Minimierung des Katastrophenrisikos verzichtet werden.

Dass die Unterscheidung zwischen *optimistischem und pessimistischem* Paradigma nur idealtypisch gilt, zeigt sich u. a. daran, dass sich bei den vielleicht wichtigsten impliziten Zukunftsethikern des 19. Jahrhunderts, *Marx, Engels* und *Mill*, beide Paradigmen zugleich exempli-

fiziert finden. Derselbe Marx, der sich die Befreiung des Proletariers von der „Entfesselung der Produktivkräfte“ mittels fortschreitender technischer Naturbeherrschung erhoffte, hatte gleichzeitig ein Gespür für die „Herabwürdigung“ der Natur durch menschliche Ausbeutung und für die Gefahren des von zum ersten Mal von Justus von Liebig als solchen benannten „Raubbaus“:

„... Jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst den *Arbeiter*, sondern zugleich in der *Kunst den Boden zu berauben*, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt*: die Erde und den Arbeiter.*“ (Marx 1965, 529 f.)

Auch bei *Engels* gehört der zerstörerische Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen zu den Todsünden des Kapitalismus, wobei eines seiner Beispiele seine Aktualität noch keineswegs verloren hat:

„Die spanischen Pflanzer in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für *eine* Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden – was lag ihnen daran, dass nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmten und nur nackten Fels hinterließen.“ (Engels 1973, 455)

Der Fortschrittsoptimist *Mill* schließlich trat nicht nur als einer der ersten politisch für die Geburtenkontrolle ein (u.a. auch zu Gunsten der Emanzipation der Frauen von ausschließlich familiären Aufgaben), sondern auch für ein Stagnieren des wirtschaftlichen Wachstums zu Gunsten der Erhaltung von Naturwerten bei gleichzeitiger Fortsetzung der kulturellen und moralischen Höherentwicklung:

„Wenn die Erde jenen großen Bestandteil ihrer Lieblichkeit verlieren müsste, den sie jetzt Dingen verdankt, welche die unbegrenzte Vermehrung des Vermögens und der Bevölkerung ihr entziehen würde, lediglich zu dem Zwecke, um eine zahlreichere, aber nicht eine bessere oder eine glücklichere Bevölkerung ernähren zu können, so hoffe ich von ganzem Herzen im Interesse der Nachwelt, dass man schon viel früher,

als die Notwendigkeit dazu treibt, mit einem stationären Zustand sich zufrieden geben wird.“ (Mill 1869, 62 f.)

Zeitliche und ontologische Reichweite der Zukunftsverantwortung

Alle theoretischen Grundfragen der Zukunftsethik sind zugleich von großer praktischer Bedeutung: 1. die Frage nach *der zeitlichen Reichweite* der Zukunftsverantwortung (für welche Zeitspanne?), 2. die Frage nach der *ontologischen Reichweite*, den *Objekten* der Zukunftsverantwortung (für wen?), 3. die Frage nach den *Inhalten* der Zukunftsverantwortung (wofür?), 4. die Frage nach dem *Gewicht* der Zukunftsverantwortung im Verhältnis zur Gegenwartsverantwortung und 5. das Problem der *Motivation* zur Akzeptierung und praktischen Übernahme von Zukunftsverantwortung.

Hinsichtlich der *zeitlichen Reichweite* der Zukunftsverantwortung besteht unter den Ethikern nahezu Einigkeit darüber, dass sie die gesamte für uns heute überblickbare Zukunft einschließt und lediglich durch die Grenzen des prognostischen Wissens begrenzt wird. Ein impliziter Bezug auf die Gesamtheit der zukünftigen Generationen ist bereits in dem Begriff der *Irreversibilität* enthalten, der besagt, dass *alle* zukünftigen Generationen mit einer bestimmten Veränderung werden leben müssen. Tier- und Pflanzenarten, die heute aussterben, nicht-regenerative Rohstoffe, die heute erschöpft werden, stehen *keiner* der zukünftigen Generationen zur Verfügung. Theoretisch wirft die Berücksichtigung aller Generationen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten auf. Da die Zahl der in Zukunft lebenden Generationen sicher endlich ist, ergeben sich für eine mathematische Behandlung keine „Unendlichkeitsparadoxien“ (wie die Nichtexistenz unendlicher Nutzenintegrale).

Einige Ethiker erheben jedoch *normative* Bedenken und bestreiten, dass wir zur Vorsorge für mehr als die beiden nächsten Generationen verpflichtet sein können, da uns nur die Vertreter der unmittelbar nachfolgenden Generationen konkret bekannt sind. (Eine solche einschneidende *Begrenzung* der Zukunftsverantwortung vertritt auch John Rawls – kontrapunktisch zu der ansonsten universalistischen Tendenz seiner Gerechtigkeitstheorie – in seiner „Theorie der Gerechtigkeit“). Die Schwierigkeit dieser Ansätze besteht darin, zu begründen, warum die intergenerationelle moralische Verantwortung an *face-to-face*-Kontakte oder spontane Sympathiegefühle gebunden sein soll, während doch

auch sonst moralische Pflichten gegenüber abstrakten (oder statistischen) Betroffenen bestehen, etwa zur Vermeidung von Gefährdungen, deren mögliche Opfer wir ex ante nicht kennen. Eine der wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen moralischer Pflichten besteht darin, fehlende *persönliche* Verpflichtungsbeziehungen zu ersetzen und den Horizont der Verantwortung über den Kreis emotionaler Nahbeziehungen hinaus zu erweitern. Das Leitbild der Elternverantwortung (H. Jonas, J. Passmore) darf also nicht zu eng interpretiert werden. Von vielen gegenwärtigen Umweltschädigungen (z.B. der globalen Erwärmung infolge der Emission von Treibhausgasen) sind spürbare Auswirkungen möglicherweise erst auf die Generation der Urenkel zu erwarten, ohne dass dies die Verantwortung der gegenwärtigen Generation für die Vermeidung der Schädigung in irgendeiner Weise mindert. Dass „Nächstenliebe“ im Sinne ausschließlicher Solidarität mit den „Nächsten“ keine hinreichende Basis für zukunftsethische Normen sein kann, ist bereits in *Nietzsches* polemischer Wendung von der Notwendigkeit der „Fernstenliebe“ angedeutet.

In der Frage, für *wen* Verantwortung zu übernehmen ist, besteht bedeutend weniger Konsens. *Anthropozentrische* Konzeptionen postulieren eine Pflicht zur Zukunftsvorsorge lediglich für die zukünftigen Angehörigen der Gattung Mensch. Eine Pflicht zur Erhaltung der Natur und ihrer Teilsysteme (Ökosysteme, Biotope, Arten) besteht danach nur insoweit, als sie für zukünftige Menschen von Bedeutung sein können, sei es als Ressource einer praktisch-technischen Verfügung (*instrumenteller* Wert), sei es als Gegenstand kontemplativer (theoretischer, religiöser oder ästhetischer) Einstellungen (*inhärenter* Wert). Soweit angesichts des traditionellen Vorherrschens des humanistisch-anthropozentrischen Standpunkts für diese Position überhaupt eine Begründung für nötig gehalten wird, wird sie zumeist in der Sonderstellung des Menschen als Geistwesen, als zwecksetzendes Wesen (Jonas) oder – in der Tradition Kants – als Vernunft- und Moralwesen gesehen. *Pathozentrische* Konzeptionen beziehen die empfindungsfähigen Tiere in den Kreis der moralisch berücksichtigenswürdigen Wesen ein, beschränken sich aber überwiegend auf die Forderung, Vorsorge gegen ein Leiden der Tiere zu treffen, ohne für diese auch ein Existenzrecht geltend zu machen. Sehr viel weiter in ihren Vorsorgenormen gehen *biozentrische* Konzeptionen, die zumeist nicht nur individuellen Tieren und Pflanzen

(so aber z.B. Taylor 1986), sondern auch generationenübergreifend existierenden ökologischen Systemen und biologischen Arten ein Existenzrecht zuschreiben. Danach besteht für die gegenwärtige Generation eine *direkte* Verpflichtung zur langfristigen Erhaltung der Integrität der natürlichen Systeme und Arten unabhängig von deren Funktionen für den Menschen, wobei im Konfliktfall – außer von den strengen Gattungsegalitaristen (wie z.B. auch Taylor) – Abwägungen zu Gunsten des Menschen zugelassen werden: Auch irreversible Verluste eines Ökosystemtyps oder einer biologischen Art sollen in Kauf genommen werden dürfen, wenn andernfalls für den Menschen prohibitive Kosten oder Opportunitätskosten (Nutzungsverzichte) anfallen würden.

Trotz der Differenzen in den Grundsätzen stimmen die Zukunftsethiker allerdings in zahlreichen konkreten Bewertungen überein. So z.B. in der Diagnose der Bedrohlichkeit des gegenwärtigen rapiden Aussterbens biologischer Arten und in der Forderung, zumal die verletzlichsten natürlichen Kreisläufe (wie des tropischen Regenwalds) vor zivilisatorischen Eingriffen zu schützen.

Inhalte der Zukunftsverantwortung

In der Bestimmung des *Inhalts* der Verantwortung für zukünftige Generationen spiegelt sich die ganze Vielfalt der gegenwärtig in der philosophischen Ethik vertretenen normativen Positionen. Um ein wenig Ordnung in die Vielfalt der Ansätze (ich beschränke mich auf die anthropozentrischen) zu bringen, kann man sie nach einzelnen Dimensionen unterscheiden:

1. Vorsorge ausschließlich für das Wohlergehen zukünftig existierender Menschen oder Vorsorge auch für deren Existenz?

Die eine Extremantwort ist die von Patzig (1983, 16 f.): Wir sind lediglich verpflichtet, die Befriedigung der Bedürfnisse der – ohnehin lebenden – Zukünftigen sicherzustellen; wir sind nicht verpflichtet, das Überleben der Menschheit sicherzustellen. Sollte die Menschheit plötzlich steril werden, wäre das zwar zu bedauern, aber – vorausgesetzt, niemandem würde geschadet – nicht eigentlich moralisch bedenklich. (Eine ähnliche Antwort würde der Durchschnittsnutzen-Utilitarismus geben.) Die andere Extremantwort ist die einiger katholischer Moral-

theologen, nach der die Menschheit selbst unter Bedingungen, die kein lebenswertes Leben mehr gestatten, zur Nachkommenschaft verpflichtet ist. Die Antwort des Nutzensummen-Utilitarismus (und analoger nicht-utilitaristischer Theorien) liegt in der Mitte: Nicht auf das Überleben der Menschheit um jeden Preis kommt es an, sondern auf die Ermöglichung der größten Summe an Wohlfahrt über alle Generationen. Solange die Menschen überwiegend ihr Leben als lebenswert empfinden, ist die Fortexistenz des Menschen (bzw. des bewusstseinsbegabten Lebens) auf der Erde ein hoher Wert. Ein Ende der Existenz bewussten Lebens auf der Erde wäre eine moralische Katastrophe auch dann, wenn es auf „sanftem" Wege käme und kein zusätzliches Leiden bedeutete. Eine entsprechend hohe Bedeutung muss der dauerhaften Erhaltung der menschlichen Lebensgrundlagen beigemessen werden.

2. Bedürfnisorientierte (want-regarding) oder ideal-orientierte (ideal-regarding) Axiologie?

Einer rein bedürfnisorientierten Axiologie zufolge sind wir zu Vorsorgeleistungen lediglich insoweit verpflichtet, als diese die (wahrscheinlichen) Bedürfnisse der Zukünftigen befriedigen. Falls wir sicher wären, dass die Angehörigen zukünftiger Generationen an den heute aussterbenden biologischen Arten kein wie immer geartetes direktes und indirektes Interesse haben, wären wir danach nicht verpflichtet (bzw. nicht einmal berechtigt), irgend etwas zur Erhaltung dieser Arten zu tun. Eine ideal-orientierte Axiologie (wie sie etwa von Hans Jonas vertreten wird) fordert Vorsorge (darüber hinaus) auch dafür, dass sich die Präferenzen des Menschen selbst fortentwickeln, kulturell anreichern, zumindest nicht auf ein primitiveres Niveau zurückfallen. Nicht nur die Sicherung der (jeweils subjektiv beurteilten) Qualität des Lebens ist das Ziel, sondern auch die Qualität des Menschen selbst.

Ich selbst vertrete die Priorität der bedürfnis-orientierten Werte vor den ideal-orientierten, und zwar in einer recht strengen, lexikographischen Form (vgl. Birnbacher 1982). Begründbar scheint mir diese Priorität in der wesentlich größeren *Verallgemeinerbarkeit* des Werts der Bedürfnis- bzw. Präferenzbefriedigung: Während über den Wert von Tugend, Würde, Gerechtigkeit, Harmonie und Schönheit gestritten werden kann und gestritten worden ist, ist die Annahme, dass das, was ein Subjekt an sich selbst und unabhängig von den Folgen als positiv und

erfüllend empfindet, deshalb auch objektiv etwas Positives ist, gemeinsamer Besitz aller jemals ernsthaft vorgeschlagener Wertlehren. Andererseits ist die Bedingung der Verallgemeinerbarkeit bereits in der *Struktur* der moralischen Verantwortung angelegt, und zwar insbesondere in der Tatsache, dass moralische Verantwortung nicht nur jeweils einem selbst, sondern auch anderen zugeschrieben wird. Man wird nur dann erwarten können, dass jemand anders die ihm angesonnene Verantwortung übernimmt, wenn ihm *Gründe* geliefert werden, die er nachvollziehen, verstehen und akzeptieren kann. Man wird sich z.B. nicht auf Wertannahmen berufen dürfen, die nur durch die Berufung auf *Autoritäten* begründet werden können – gleichgültig, ob es sich dabei um einen positiven Rechtssatz, eine bestimmte ethische Tradition oder religiöse Instanzen handelt. Man wird nur dann erwarten können, dass der andere die ihm angesonnene Verantwortung akzeptiert, wenn deren Übernahme und Wahrnehmung – wie immer vermittelt – der Realisierung eines Werts dient, von dem anzunehmen ist, dass *jeder* ihn akzeptiert.

3. Intergenerationelle Maximierung versus zukunftsethischer Minimalismus.

Die gegenwärtig diskutierten Konzeptionen intergenerationeller Gerechtigkeit unterscheiden sich in dem Ausmaß der Vorsorgeleistungen, die sie der jetzt lebenden Generationen für spätere Generationen auferlegen. Am weitesten geht in dieser Hinsicht der *Utilitarismus*, der ein Sparen von Ressourcen (bzw. positive Aufbauleistungen) immer dann fordert, wenn dadurch die Wohlfahrt späterer Generationen in einem Maß erhöht werden kann, das den dafür in der Gegenwart zu erbringenden Aufwand übertrifft. Solange heutige Investitionen für morgen und übermorgen einen höheren Nutzen versprechen, als uns durch dieselben Investitionen entgeht, sind wir zu diesen Investitionen auch verpflichtet.

Es liegt in der Konsequenz des utilitaristischen Modells, dass die Verteilung des Wohlfahrt über die Generationen extrem *ungleich* wird. Unter nicht ganz unrealistischen Bedingungen müssen gerade die ärmsten Generationen (etwa die „Aufbaugenerationen“ nach krisenhaften Einbrüchen wie Kriegen) sehr viel sparen, sofern sie erwarten können, durch Sparen nachfolgende Generationen besser zustellen. Unter Be-

dingungen nicht-erschöpflicher Ressourcen sind dagegen die reichsten Generationen zu einem Sparen nicht mehr verpflichtet, da sie durch ein Sparen spätere Generationen nicht mehr besser stellen können. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der Grenznutzen zusätzlichen Einkommens so gering geworden ist, dass er den Aufwand der Investitionen nicht mehr aufwiegt.

Die häufigste Kritik an utilitaristischen Modellen intergenerationeller Gerechtigkeit richtet sich gegen die Zumutung an die früheren Generationen, für die Verbesserung der Wohlfahrt späterer Generationen auch dann Opfer bringen zu sollen, wenn anzunehmen ist, dass sich diese (etwa aufgrund des technischen Fortschritts) ohnehin auf einem sehr viel höheren Niveau befinden werden: Wird dadurch nicht eine unerträgliche *Unfairness* der intergenerationellen Verteilung in Kauf genommen, ein grobes Missverhältnis von Aufwand und Ertrag? Unter praktischen Gesichtspunkten dürfte diese – nicht zu leugnende – Unfairness dadurch gemindert werden, dass die Vorsorgepflichten für die früheren Generationen bestimmte Grenzen der Zumutbarkeit nicht überschreiten dürfen, wenn sie für diese akzeptabel sein und befolgt werden sollen. Das *optimale* Szenario ist nicht automatisch auch dasjenige, zu dessen Verwirklichung wir moralisch verpflichtet sind. So wird man etwa von den heute ärmsten Ländern nicht verlangen können, dass sie, die bereits Versorgungsprobleme genug haben, zusätzlich erhebliche Sparleistungen für eine zahlenmäßig zumeist noch sehr viel größere zukünftige Bevölkerung erbringen.

Im Rahmen eines *pessimistischen* Szenarios, nach dem die späteren Generationen durch mangelndes Sparen der früheren Generationen nicht nur nicht besser, sondern schlechter gestellt werden, sind die Konsequenzen utilitaristischer Vorsorgepflichten intuitiv sehr viel akzeptabler. Unter pessimistischen Annahmen dienen die Opfer der früheren Generationen nicht nur der Verbesserung einer ohnehin schon akzeptablen oder qualifizierten Wohlfahrt späterer Generationen, sondern der Verhinderung von Katastrophen.

Das Extrem auf der anderen Seite sind *minimalistische* Lösungen des intergenerationellen Verteilungsproblems, bei denen die gegenwärtige Generation zur Erhaltung des vorgefundenen Ressourcenbestandes, aber zu keiner weitergehenden Vorsorge verpflichtet ist. In diesem minimalistischen Sinn wird gelegentlich auch das Prinzip *des sustainable*

development interpretiert, das seit dem *Brundlandt Report* der Vereinten Nationen (Hauff 1987) zu einem integrativen politischen Schlüsselbegriff geworden ist. Danach soll sich in einer Welt begrenzter Ressourcen jedes Land soweit wirtschaftlich entwickeln dürfen, wie der Gesamtbestand an globalen Ressourcen dadurch nicht vermindert wird. Ähnlich wie in John Lockes Eigentumstheorie eine ursprüngliche Aneignung von Land nur in dem Maße gerechtfertigt ist, als anderen „enough, and as good" verbleibt (Locke 1924, 130), soll jede Generation die vorhandenen Ressourcen nur in dem Maße nutzen, als der nächsten Generation Ressourcen derselben Quantität und Qualität verbleiben (vgl. Beitrag von Kreibich in diesem Band).

Bereits dieser Minimalstandard an „Nachhaltigkeit" dürfte, wie die Erfahrung zeigt, politisch nur schwer durchzusetzen sein. Aber unter ethischen Gesichtspunkten ist er *allzu* minimalistisch und klarerweise unzureichend. Denn erstens berücksichtigt er die absehbare – und kurzfristig nicht zu verhindernde – globale Bevölkerungszunahme nicht. Wenn die nächste Generation über denselben Ressourcenbestand wie die gegenwärtige verfügt, aber eine um die Hälfte größere Bevölkerung (und die darauffolgende eine zweimal so große Bevölkerung), sind bei Befolgung der minimalistischen Strategie die *Angehörigen* der nächsten Generationen vor Katastrophen nicht sicher. Gregory Kavka (1978) hat deshalb vorgeschlagen, den *Lockean Standard* so zu formulieren, dass nicht die *Generationen*, sondern die *Angehörigen* von Generationen über jeweils dieselben Ressourcen verfügen. Dieser Standard fordert unter den bestehenden Bedingungen sehr viel höhere Vorsorgeleistungen als der minimalistische.

Ein weiterer Kritikpunkt am minimalistischen Modell ist der, dass dies gänzlich davon absieht, von welchem Ausgangsniveau aus Substanzerhaltung angestrebt werden soll. So kommen nach dem von Pierce und Atkinson entwickelten Nachhaltigkeitsmaß Länder wie Japan und die Niederlande nur deshalb auf relativ hohe Werte an nachhaltiger Naturnutzung, weil das Ausgangsniveau des Naturkapitals in beiden Ländern von vornherein niedrig war. Das Nachhaltigkeitsmaß besagt nichts über die absolute Höhe des Naturkapitals oder darüber, was vor der gemessenen Periode bereits zerstört worden ist (vgl. Scherhorn / Wilts 2001, 252).

Darüber hinaus erlaubt das minimalistische Modell, auch dann auf mögliche Verbesserungen der Lage der späteren Generationen zu verzichten, wenn sich relativ große Wohlfahrtsverbesserungen für spätere Generationen mit relativ geringfügigen Investitionen oder Nutzungsverzichten der früheren erreichen lassen. Das ist etwa dann der Fall, wenn damit zu rechnen ist, dass es der technische Fortschritt späteren Generationen erlauben wird, die ihr überlassenen Ressourcen sehr viel effektiver zu nutzen als die gegenwärtige. So könnte es sich aus Sicht der späteren Generationen als eine grandiose Verschwendung herausstellen, die begrenzten Vorräte an Erdöl überwiegend als Treibstoff statt als chemischen Rohstoff zu nutzen.

Ein minimalistisches Modell folgt aus einer *inter*generationellen Anwendung des von *Rawls* für *intra*generationelle Verteilungen vorgeschlagenen *Unterschiedsprinzips* (vgl. Birnbacher 1977). Unter optimistischen Annahmen unerschöpflicher Ressourcen, konstanter Bevölkerung und eines autonomen (von der Kapitalbildung unabhängigen) technischen Fortschritts erlaubt dieses Prinzip der relativ früheren Generation sogar, der folgenden Generation *weniger* zu hinterlassen, als sie selbst vorgefunden hat, da sie darauf vertrauen kann, dass die nächste Generationen dank des von ihr nicht zu beeinflussenden technischen Fortschritts mit weniger Ressourcen dasselbe Wohlfahrtsniveau erreichen wird. Da jede Generation nur noch darauf zu achten hat, dass keine spätere Generation bessergestellt ist, bleiben auch erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten ungenutzt. Die gesamte Generationenfolge verbleibt auf dem Entwicklungsniveau der Jäger und Sammler – eine Konsequenz, die Rawls bewogen hat, für das Problem der intergenerationellen Gerechtigkeit seine Modellbedingungen abzuändern.

Zukunftsdiskontierung und das Motivationsproblem

Kontrovers ist schließlich auch das Gewicht, das Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen im Verhältnis zu Verpflichtungen gegenüber Gegenwärtigen zugeschrieben wird. Während der Utilitarismus, aber auch die Kantische Tradition zur *Gleichgewichtung* von Zukunfts- und Gegenwartsverantwortung neigt, passen sich zahlreiche ökonomische Modelle der verbreiteten psychologischen Neigung zur Minderschätzung zukünftigen Nutzens („Gegenwartspräferenz“) an und „diskontieren“ zukünftigen Nutzen und Schaden gegenüber gegen-

wärtigem Nutzen und Schaden, indem sie ihn wie eine monetäre Größe behandeln, die in einer dynamischen Volkswirtschaft um so mehr an Wert verliert, je weiter sie in die Zukunft rückt. Je höher die angesetzte „soziale Diskontrate", desto geringer das Gewicht, das dem durch heutiges Handeln und Unterlassen bewirkten zukünftigen Nutzen und Schaden und damit auch den Pflichten gegenüber Zukünftigen beigemessen wird.

Eine Diskontierung monetärer – und mit Geldgrößen kommensurabler – zukünftiger Güter oder Übel ist immer dann gerechtfertigt, wenn in der jeweiligen Volkswirtschaft mit einem realen Zinssatz zu rechnen ist, der aus einem heute gesparten Betrag einen real höheren zukünftigen Betrag macht und insofern gleich hohe zukünftige Beträge aus heutiger Sicht entwertet. (Diese Überlegung *legitimiert* die „Diskontierung", *begrenzt* sie jedoch auch.) Daraus folgt jedoch keine entsprechende Entwertung des zukünftigen Nutzens oder Schadens selbst, es sei denn, man begründete eine Diskontierung mit seiner – mit der Zukünftigkeit zunehmenden – *Unsicherheit*. Im Sinne einer deskriptiven Moralpsychologie mag es übrigen durchaus zutreffen, dass das „Bewußtsein, daß er morgen seinen kleinen Finger verlieren müßte, ... ihn schon heute nachts nicht schlafen lassen (würde); dagegen wird er bei dem Untergang von hundert Millionen seiner Brüder mit der tiefsten Seelenruhe schnarchen – vorausgesetzt, daß er diese niemals gesehen hätte." (Smith 1977, 202) Aber derselbe Adam Smith, der dies als *Moralpsychologe* konstatiert, hat doch als *Moralphilosoph* wie kein anderer darauf bestanden, dass diese perspektivisch verzerrte Sichtweise der Betroffenheit anderer für alle ethischen Zwecke der unparteiischen, überperspektivischen und universalistischen Sicht des „idealen Beobachters" Platz machen muss. Die Moral ist ein funktionales Äquivalent für affektive Bindungen und keineswegs ihre bloße Verdoppelung. Richard *Hare* (1981, 100 ff.) hat sogar die These vertreten, die durch die „Diskontierung" zukünftiger Werte bewirkte ethische Privilegierung der Gegenwart bzw. der nahen Zukunft sei bereits mit dem grundlegenden metaethischen Prinzip der Universalisierbarkeit unvereinbar, nach dem alle Sachverhalte mit denselben relevanten Merkmalen gleich beurteilt werden müssen. Die bloße zeitliche Position zweier Sachverhalte (aus der Sicht eines in der Gegenwart Entscheidenden) ist nach Hare kein Merkmal, das es erlaubt, den einen Sach-

verhalt anders zu beurteilen als den anderen. Es fragt sich allerdings, ob dies auch für eine Differenzierung der Verantwortung für zukünftige Generationen nach ihrer in *relationalen* Begriffen formulierten zeitlichen Ferne gilt. Es ist mit dem Universalisierungsprinzip durchaus vereinbar, gegenüber der Generation der Kinder weitergehende moralische Verpflichtungen zu postulieren als gegenüber der Generation der Enkel und Urenkel.

Wenn etwas ethisch gegen die Diskontierung zukünftigen Nutzens und Schadens spricht, dann weniger das Prinzip der Universalisierbarkeit moralischer und moralrelevanter Bewertungen als vielmehr das Prinzip der spezifischen *Unparteilichkeit* der Perspektive der Moral, des *moral point of view*. Nur Bewertungen, die von dem unparteilichen Standpunkt der Moral aus abgegeben werden, haben eine Chance, den für moralische Urteile charakteristischen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit einzulösen. Begibt man sich einmal auf diesen Standpunkt, muss man sich fragen, wie sich von dort aus eine Privilegierung der Gegenwart oder der unmittelbaren Zukunft rechtfertigen lassen soll. Eine Bevorzugung der Gegenwart wäre ein eindeutiger Fall von Parteilichkeit. Eine solche ließe sich nicht durch ethische, sondern allenfalls durch *moralpragmatische* Überlegungen begründen, genauer: durch Überlegungen, wie der möglichen *Überforderung* durch zukunftsethische Normen zu begegnen wäre (vgl. Birnbacher 2001, 126 ff.)

Damit ist das mit der Verantwortung für zukünftige Generationen verbundene besondere *Motivationsproblem* angesprochen. Dieses ergibt sich im Wesentlichen aus zwei Faktoren: einerseits der von (nahezu) allen universalistischen Ethiken geforderten zeitlichen *Unparteilichkeit* der Verantwortung, andererseits aus der *kausalen Asymmetrie* im Verhältnis zwischen gegenwärtigen Akteuren und zukünftigen Betroffenen. Wir können den Zukünftigen schaden, aber nicht diese uns. *Egoismus* (die Vernachlässigung anderer gegenüber uns selbst), *moralische Distanz* (die Vernachlässigung Fremder gegenüber Nahestehenden) und *Gegenwartspräferenz* (die Vernachlässigung der Zukunft gegenüber der Gegenwart) bleiben anders als bei vielen intragenerationellen Entscheidungen ohne Sanktionen. Ein egoistischer und zugleich kurzsichtiger Akteur hat keinen Grund, Vorsorge für Zukünftige zu treiben, ein lediglich egoistischer nur insoweit, als dies die Aussicht befördert, von den Nachkommen positiv erinnert zu werden.

Eine explizite Zukunftsethik ist relativ spät ausformuliert worden

Gegenüber dem Egoismus des Menschen, der herkömmlich ein zentrales Thema der ethischen Anthropologie ausmacht, ist die Gegenwartspräferenz – die Neigung zur „Zukunftsvergessenheit" – in der Tradition der Philosophie nur selten in den Blick gerückt worden. Ausdrücklich thematisiert und kritisiert haben sie lediglich Spinoza, für den sie ein exemplarischer Fall von Irrationalität ist, der durch verbesserte Einsicht korrigiert werden kann, Hume und Bentham, der „propinquity and remoteness" als eine der „circumstances" aufführt, von denen die angemessene Bewertung von Lust- und Unlustzuständen abhängt (vgl. Birnbacher 1988, 87; 197). Innerhalb der Ökonomie wurde das Phänomen der Zeitpräferenz am gründlichsten von dem österreichischen Kapitaltheoretiker *Eugen von Böhm-Bawerk* untersucht, der drei Motive unterschied, aus denen ein gegenwärtiger Konsum einem späteren vorgezogen wird: 1. Reine (positive) Zeitpräferenz, die Bevorzugung des Gegenwärtigen um seiner bloßen Gegenwärtigkeit willen, 2. die Erwartung eines abnehmenden Grenznutzens infolge zunehmender Konsummöglichkeiten in der Zukunft, und 3. die Aussicht, durch gegenwärtigen Konsum einen technischen Fortschritt zu ermöglichen, der seinerseits die späteren Konsummöglichkeiten erweitert (Böhm-Bawerk 1889, 262 ff.).

Ein Faktor, der die praktische Übernahme von Zukunftsverantwortung zusätzlich erschwert, ist die *Anonymität* der zukünftig Lebenden und die *Unsicherheiten* des prognostischen Wissens. Beide Faktoren erleichtern es, erkannte Zukunftsgefahren psychisch zu verdrängen und leichter zu nehmen als gegenwärtige Gefahren. Die Bereitschaft, sich für bloß statistische (noch nicht bekannte) Opfer von Risiken aus eigenem Handeln oder Unterlassen verantwortlich zu fühlen, ist geringer ausgeprägt als die Bereitschaft, sich für bekannte Opfer verantwortlich zu fühlen. Die Bereitschaft, sichere zukünftige Schäden zu vermeiden oder sicheren zukünftigen Erfolg wahrzunehmen, ist ausgeprägter als die Bereitschaft, Risiken zu vermeiden und Chancen nicht ungenutzt zu lassen.

Wie kann die Motivation für die Zukunftsvorsorge dennoch gefördert werden? Hier werden Kategorien entscheidend, wie sie insbesondere innerhalb der kommunitaristischen Denkströmung in der Sozialphilo-

sophie thematisiert werden (vgl. de-Shalit 1995). Wichtig scheint es, ein Bewusstsein der *eigenen zeitlichen Position in der Kette der Generationen* zu entwickeln und *ein generationenübergreifendes Gefühl der Gemeinschaft* wenn nicht mit der ganzen Menschheit, dann mit einer begrenzten kulturellen, nationalen oder regionalen Gruppe, um daraus eine Einstellung der Dankbarkeit in rückwärtiger und der Anerkennung von Vorsorgeverpflichtungen in zukünftiger Richtung zu gewinnen. Um Verzerrungen in der Bewertung natürlicher und kultureller Ressourcen durch Kurzsichtigkeit und Egoismus zu korrigieren, kann auch die Hilfsvorstellung eines hypothetischen *Zukunftsmarktes* nützlich sein, auf dem neben der gegenwärtigen alle zukünftigen Generationen als Nachfrager auftreten. (Diese Vorstellung entspricht einer intergenerationellen Variante von Rawls' *original position*.) Der Preis, den insbesondere die nicht-regenerativen Ressourcen auf einem derartigen Zukunftsmarkt erzielten, wäre ein besserer Maßstab für ihren „wahren Wert" als die faktischen Marktpreise, in denen die Knappheit insbesondere der natürlichen Ressourcen nur unzureichend berücksichtigt wird.

Bewusstseinsveränderungen reichen aber sicher nicht aus, um auch die politischen Entscheidungen stärker als bisher statt an den Marktpreisen an dem zu orientieren, was die natürlichen Ressourcen unter voller Berücksichtigung ihrer zukünftigen Nutzungen wert sind (vgl. die Beiträge im dritten Teil dieses Buches). Ein möglicher Schritt in die richtige Richtung wäre die Repräsentation der (wahrscheinlichen) Bedürfnisse und Interessen zukünftiger Generation in gegenwärtigen Entscheidungen durch die Institution eines *Ombudsman* für zukünftige Generationen auf lokaler, regionaler nationaler und internationaler Ebene. Auch könnte die Institution der *Verbandsklage* über die Belange der Natur hinaus auf die Belange zukünftiger Generationen ausgedehnt und dadurch auch staatliches Handeln auf seine „Zukunftsverträglichkeit" hin überprüft werden. Zur Kontrolle und Sanktionierung der „Zukunftsvergessenheit" nationalstaatlichen Handelns wäre sicher ein Weltgerichtshof (vgl. Weiss 1989, 121) die beste Option. Aber auch bereits eine Kommission, vergleichbar den Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die über keine Sanktionsmacht verfügt, wäre hilfreich, indem sie Verletzungen der Interessen Zukünftiger (wie die Rodung großer Teile des tropischen Regenwalds, die Desertifikation

oder die Emission von Treibhausgasen) zumindest publik macht und Vertragsverstöße anprangert.

Literatur

Becker, Werner (1989): Der fernethische Illusionismus und die Realität. In: K. Salamun (Hg.): Aufklärungsperspektiven. Tübingen. S. 3–8.

Birnbacher, Dieter (2001): Läßt sich die Diskontierung der Zukunft rechtfertigen? In: D. Birnbacher / G. Brudermüller (Hg.): Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität. Würzburg. S. 117–136.

Birnbacher, Dieter (1988): Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart.

Birnbacher, Dieter (1982): A priority rule for environmental ethics. In: Environmental Ethics 4. S. 3–16.

Birnbacher, Dieter (1977): Rawls‘ Theorie der Gerechtigkeit und das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. In: Zeitschrift für philosophische Forschung 31. S. 385–401.

Böhm-Bawerk, Eugen von (1889): Positive Theorie des Kapitals. Innsbruck.

De-Shalit, Avner (1995): Why posterity matters. Environmental policies and future generations. London/New York.

Engels, Friedrich (1973): Dialektik der Natur. In: K. Marx / F. Engels: Werke, Bd. 20. Berlin (DDR). S. 307–570.

Hare, Richard M. (1981): Moral thinking. Its levels. method and point. Oxford.

Hauff, Volker (1987) (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.

Jonas, Hans (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main.

Kamlah, Wilhelm (1979): Philosophische Anthropologie. Sprachliche Grundlegung und Ethik. Mannheim.

Kavka, Gregory S. (1978): The futurity problem. In: R. I. Sikora / B. Barry (Hg.): Obligations to future generations. Philadelphia. S. 186–203. Auch in: E. Partridge (1980) (Hg.): Responsibilities to future generations. Buffalo. S. 109 bis 122.

Locke, John (1924): Two treatises of civil government. London.

Marx, Karl (1965): Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band. Berlin (DDR).

Mill, John Stuart (1869): Grundsätze der politischen Ökonomie. Gesammelte Werke. Bd. 7. Leipzig.

Passmore, John (^{2}1980): Man's responsibility for nature. Ecological problems and western traditions. London.

Patzig, Günther (1983): Ökologische Ethik – innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft. Göttingen.

Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main.

Scherhorn, Gerhard / Wilts, C. Henning (2001): Schwach nachhaltig wird die Erde zerstört. In: GAIA 10. S. 249–255.

Smith, Adam (1977): Theorie der ethischen Gefühle. Hamburg.

Taylor, Paul W. (1986): Respect for nature. A theory of environmental ethics. Princeton (N. J.).

Weiss, Edith Brown (1989): In fairness to future generations: International law, common patrimony, and intergenerational equity. Tokio/Dobbsferry (N. Y.).

ZUR PERSON

Prof. Dr. Dieter Birnbacher

geb. 1946 in Dortmund. Schulzeit in Düsseldorf. Studium der Philosophie, der Anglistik und der Allgemeinen Sprachwissenschaft in Düsseldorf, Cambridge und Hamburg. B. A. (Cambridge) 1969, Promotion (Hamburg) 1973, Habilitation (Essen) 1988. Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent an der Pädagogischen Hochschule Hannover und als Akademischer Rat an der Universität Gesamthochschule Essen. Von 1974 bis 1985 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Umwelt Gesellschaft Energie an der Universität Essen. Von 1993 bis 1996 Professor für Philosophie an der Universität Dortmund, ab 1996 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

1. Vizepräsident der Schopenhauer-Gesellschaft e.V., Frankfurt am Main. Mitglied der Ständigen Kommission Organtransplantation der Bundesärztekammer. Mitglied der Zentralen Kommission Somatische Gentherapie der Bundesärztekammer. Mitglied der Schriftleitung der Zeitschrift „Ethik in der Medizin“. Mitglied der Ethikkommission der Medizinischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Mitglied des Kompetenznetzwerks Stammzellforschung NRW. Seit 2002 Studiendekan der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Hauptarbeitsgebiete: Ethik, Angewandte Ethik, Anthropologie. Hauptveröffentlichungen: Die Logik der Kriterien. Analysen zur Spätphilosophie Wittgensteins, Hamburg 1974. Verantwortung für zukünftige Generationen, Stuttgart 1988 (frz. 1994, poln. 1999). Tun und Unterlassen, Stuttgart 1995. Analytische Einführung in die Ethik, Berlin 2003.

Christoph Lumer

PRINZIPIEN DER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Fünf Gerechtigkeitsprinzipien

Generationengerechtigkeit ist die Gerechtigkeit in einem speziellen Bereich, in der Beziehung zwischen den Generationen; Maximen der Generationengerechtigkeit könnten deshalb – im einfachsten Fall – eine Anwendung allgemeiner Gerechtigkeitsnormen sein. Nun gibt es jedoch eine Fülle einzelner, vielfach miteinander konkurrierender Normen der Gerechtigkeit, insbesondere der Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Lumer 1999b) – z.B. das Leistungsprinzip: ‚Jedem nach seiner Leistung!', das Bedürfnisprinzip: ‚Jedem mindestens so viel, dass seine Grundbedürfnisse befriedigt werden!', der Egalitarismus: ‚Allen gleich viel Güter!' oder eine Reihe von Nachhaltigkeitsnormen, etwa: ‚Eine Generation darf nur so viel an erneuerbaren Ressourcen verbrauchen, wie in der Verbrauchszeit erneuert werden, und nur so viel an nicht erneuerbaren Ressourcen, wie sie gleichwertigen Ersatz beschafft!' Diese Normen bilden nicht nur einen kaum durchschaubaren Dschungel, sie sind auch begründungsbedürftig; erst nach einer solchen Begründung zeigt sich, welche haltbar ist.

Die erste Begründungsstufe ist, dass man solche Normen aus noch allgemeineren und abstrakteren moralischen Prinzipien herzuleiten versucht. Im folgenden werden zunächst fünf solcher Prinzipien vorgestellt, kurz begründet und von kritisch konkurrierenden Prinzipien abgegrenzt. Anschließend wird untersucht, was aus ihnen zu aktuellen Problemen der Generationengerechtigkeit folgt.

> *Prinzip 1: Ethischer Hedonismus, Orientierung am Wohl:* Intrinsisch oder in sich moralisch relevant ist genau das Wohl(sein) der Menschen und höheren Tiere, wobei „*Wohl(sein)*" das jewei-

lige (subjektiv empfundene) Wohlbefinden multipliziert mit dessen Dauer bedeuten soll.[1]

Im ersten Prinzip geht es darum, was überhaupt einen intrinsischen moralischen Wert oder Wert in sich hat, also als letztes moralisches Ziel in Frage kommt. Oder noch anders formuliert, das erste Prinzip sagt, worauf es *eigentlich* ankommt. So sind andere Dinge als das Wohl, z.B. das Einkommen, materielle Ressourcen, aber auch stabile Ökosysteme, zwar auch wichtig, aber nicht intrinsisch wichtig, sondern nur weil und in dem Maße, in dem sie das Wohl beeinflussen. Dabei kommt es auf das *faktische* (z.B. sozialwissenschaftlich zu ermittelnde) Ausmaß der Beeinflussung an – und (primär) nicht auf das, was die betroffenen Subjekte dazu meinen.

Eine schwache Begründung für den moralischen Hedonismus ist, dass fast alle Ethiken und ausnahmslos alle Menschen ein gewisses menschliches Wohl als intrinsisches Gut betrachten. Insofern ist das menschliche Wohl ein ziemlich unumstrittenes intrinsisches Gut; umstritten ist nur, ob und gegebenenfalls welche anderen intrinsisch relevanten Güter es noch gibt. – Eine stärkere Begründung für den ethischen Hedonismus ist: Unser Mitgefühl mit anderen ist neben den Kooperationsinteressen die wichtigste Grundlage der Moral (Lumer 2002b); das Mitgefühl interessiert sich aber genau für das *Wohl* der anderen.

Alternativen zum ethischen Hedonismus sind insbesondere *der unkritische Präferentialismus* (z.B. Harsanyi 1977) und *die Bedürfnisorientierung* (Feinberg 1973), nach denen die Erfüllung beliebiger faktischer menschlicher Präferenzen bzw. die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einen intrinsischen moralischen Wert hat. Gegen den unkritischen Präferentialismus spricht aber, dass er sich auf *ungefilterte* Präferenzen stützt, die selbst wiederum auf intrinsischen Präferenzen und empiri-

[1] Etwas genauer: Das Wohl ist das Integral des Wohlbefindens über der Zeit. Bei einer noch genaueren Fassung muss u.a. das Problem der möglichen Manipulation des Wohls durch z.B. eine Erfahrungsmaschine gelöst werden, die uns viele angenehme, aber nicht der Realität entsprechende Empfindungen verschafft (vgl. Nozick 1989, 127 f.). Ein Lösungsvorschlag dafür ist, manipulativ entstandenes positives Wohlbefinden entsprechend dem Grad der Manipulation geringer zu bewerten (Lumer 2000, 495–519). Außerdem muss präzisiert werden, wie das Wohlbefinden gemessen werden soll (Messung auf Ratioskalenniveau: Lumer 2000, 436–447; auf Ratingskalenniveau: Wessman et al. 1960).

schen Annahmen basieren. Diese empirischen Annahmen sind vielfach falsch und die Gesamtpräferenzen nicht elaboriert, so dass wenig Anlass besteht, sie zur Grundlage moralischer Bewertungen zu machen. Die stabilen intrinsischen Präferenzen hingegen werden auch im Hedonismus berücksichtigt, denn sie haben gerade das jeweils eigene Wohl zum Gegenstand.[2] Auch wenn wir jemandem etwas in wohlwollender Absicht schenken, richten wir uns nach den Auswirkungen, die *wir* für das Wohl des Betreffenden erwarten – und nicht unmittelbar nach dessen Annahmen und Wünschen. Gegen die Bedürfnisorientierung spricht, dass der Bedürfnisbegriff zunächst einmal völlig vage ist: Haben wir ein Bedürfnis nach einer warmen Dusche, nach Selbstverwirklichung? Eine erste, äußerst weite Präzisierung des Bedürfnisbegriffs erklärt alles, was wir wünschen, zu einem Bedürfnis und führt damit zum – bereits kritisierten – Präferentialismus. Eine sehr enge Präzisierung versteht „Bedürfnisse" nur im Sinn von „Grundbedürfnisse", wozu etwa das Atmen, Essen, Trinken, Schlafen, Wohnen u.ä. gehört. Auch ‚Grundbedürfnis' ist aber ein sehr vager Begriff – wenn wir jeden Tag das gleiche essen, ist dann unser Grundbedürfnis nach Nahrung befriedigt? Ist Fortpflanzung ein Grundbedürfnis? Vor allem jedoch ist moralisch intrinsisch mehr relevant als die Befriedigung unserer Grundbedürfnisse. Wenn jemand z.B. dadurch, dass er einen für ihn besonders geeigneten Beruf ausübt oder ihm wichtige Lebensprojekte ausführt, sehr zufrieden ist mit seinem Leben, dann ist dies nach Ansicht der meisten Menschen durchaus auch moralisch relevant – obwohl es sich nicht um die Befriedigung von Grundbedürfnissen handelt.

> *Prinzip 2: Benefiziaruniversalismus:* Alle Menschen (und in eingeschränktem Maße auch höhere Tiere) sollten gleichberechtigte Benefiziare der Moral eines Subjekts sein.

Das Prinzip des Benefiziaruniversalismus gibt eine Antwort auf die Frage, *wessen* Wohl moralisch relevant ist, wer überhaupt Nutznießer einer Moral sein soll: nur die zeitlich und räumlich eingeschränkte mehr oder weniger große Gruppe, der das moralische Subjekt angehört, oder

[2] Mit Hilfe eines *kritischen* Präferentialismus kann man sogar einen rationalen Hedonismus begründen. Zwei unterschiedliche Ansätze dazu sind: Brandt (1979, Part 1) und Lumer (2000, Kap. 3–5).

als anderes und hier vertretenes Extrem, alle Menschen, unabhängig von Zeit und Raum, und die höheren Tiere. Der Benefiziaruniversalismus verlangt nicht, dass das moralische Engagement eines Menschen tatsächlich allen anderen zugute kommen muss, sondern nur, dass bei sonst praktisch gleichen Bedingungen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe nicht den Ausschlag dafür geben darf, wem ein bestimmtes moralisches Engagement zugute kommen soll. Aus praktischen Gründen wird der größte Teil unseres moralischen Engagements immer unseren Nächsten und nicht zeitlich oder räumlich Fernen zukommen. Der Benefiziaruniversalismus schließt aber u.a. eine zeitliche Diskontierung, also eine geringere Gewichtung des Schicksals künftiger Generationen, aus.

Eine ziemlich formale Begründung für den Benefiziaruniversalismus ist, dass er de facto die Bedingung für eine globale und intertemporale Kooperation zur Realisierung moralischer Ziele ist: Eine geringere Gewichtung ihres eigenen Schicksals und des Schicksals von Personen, die ihnen wichtig sind, werden potentielle ferne Kooperationspartner nicht akzeptieren und deshalb nicht zur Realisierung dieser Moral beitragen. – Eine schwache inhaltliche Begründung für den Benefiziaruniversalismus ist, dass die Entscheidung für eine bestimmte Benefiziargruppe auf der Festlegung von Ich-Idealen beruht, ob man sich z.B. primär als Deutscher, als Angehöriger einer bestimmten Generation oder als Weltbürger versteht und sich deshalb für die anderen Mitglieder der Identifikationsgruppe engagiert. Die Entscheidung für den Benefiziaruniversalismus erwächst dann aus der Festlegung auf das anspruchsvollste Ich-Ideal. – Endlich ist auch das Mitgefühl prinzipiell universell; seine Beschränkung erwächst nur aus der geringeren Konfrontation mit dem Wohl der Fernstehenden (s. Lumer 1999a).

Alternativen zum Benefiziaruniversalismus sind vor allem *gegenwartszentrierte Ethiken* (wie der *Kontraktualismus*, dem gemäß Moral oder legitime Institutionen dem Inhalt fiktiver Verträge zwischen Vertragspartnern entsprechen müssen (z.B. Gauthier 1986)), die nur die Interessen von Zeitgenossen berücksichtigen, *die zeitliche Diskontierung* (Wenz 1988), nach der künftiges Wohl zwar zählt, aber mit dem zeitlichen Abstand immer weniger zählt – ähnlich wie beim inflationsbedingten Verfall des Werts einer heute erwirtschafteten Geldsumme (negative Verzinsung) –, und der *Parochialismus* (z.B. Rawls 1993), der nur oder im wesentlichen die Interessen einer bestimmten, oft lokal

definierten Gruppe, etwa einer Nation, fördert. Keine dieser Positionen ist in sich widersprüchlich; sie beruhen aber auf wenig anspruchsvollen Idealen. Ein Ansatz von Generationengerechtigkeit ist überhaupt nur bei Überschreiten der Gegenwartszentrierung möglich und eine echte Generationengerechtigkeit wohl nur bei temporalem Universalismus – also bei Ablehnung der zeitlichen Diskontierung. Und wenn man einmal den zeitlichen Universalismus akzeptiert hat, ist eine räumliche Beschränkung wie beim Parochialismus nur schwer zu begründen.

> *Prinzip 3: Prioritarismus, Benachteiligtenorientierung oder Bedürftigkeitsprinzip:* Der moralische Wert einer Handlung oder einer Norm richtet sich grob nach der dadurch bewirkten Veränderung des Wohls der Menschen (eventuell auch Tiere); aber Veränderungen des Wohls für in ihrem Leben insgesamt schlechter gestellte Subjekte werden dabei stärker gewichtet – allerdings nicht unendlich viel stärker – als Veränderungen des Wohls von Bessergestellten; diese Gewichtung wird umso stärker, je schlechter jemand gestellt ist.[3]

Der Hedonismus besagt, *was* einen intrinsischen moralischen Wert hat, nämlich das Wohl; das Bedürftigkeitsprinzip hingegen besagt, *wie* dieses Wohl zu bewerten ist. Erhöhungen des Wohls werden zwar immer positiv bewertet und Verringerungen des Wohls immer negativ, aber nicht proportional zu dieser Veränderung. Vielmehr werden Wohlseinsveränderungen von Benachteiligten stärker bewertet als Wohlseinsveränderungen von Gutgestellten. Dies ist ein Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit: Es ist nicht gleichgültig, wer eine bestimmte mögliche Wohlseinsverbesserung erhält; vielmehr haben die Benachteiligten hier einen Vorrang.

Eine intuitive Begründung für den Prioritarismus ist, dass man eher da helfen muss, wo es nötiger ist. – Eine motivierende Begründung für

[3] Die Idee des Prioritarismus wird z.B. vertreten von: Nagel (1977); Parfit (1991; 1997). Begründung und quantitative Präzisierung: Lumer (2000, 589–632). Am einfachsten ist der Prioritarismus zu operationalisieren über eine konkave moralische Wünschbarkeitsfunktion: Auf der x-Achse wird das Wohl (des ganzen Lebens) dargestellt, auf der y-Achse dessen moralische Wünschbarkeit. Die Kurve steigt zwar monoton, aber immer langsamer. Dadurch bedeutet der gleiche Zuwachs an Wohl für einen schon gut Gestellten weniger Zuwachs an moralischer Wünschbarkeit als der gleiche Zuwachs an Wohl für einen schlecht Gestellten.

dieses Prinzip stützt sich auf die Eigenschaften der wichtigsten Quelle unserer Moral, des Mitgefühls: Unser Mitgefühl wird ungleich viel stärker angesprochen, wenn es um die Situation von Menschen in Not geht (Ausführung dieser Begründung: Lumer 2000, 589–632).

Alternativen zum Prioritarismus sind u.a. der *Utilitarismus* (z.B. Smart 1961, Abschn. 4), der die moralische Wünschbarkeit einfach mit der individuellen Wünschbarkeit gleichsetzt, also Wohlseinsverbesserungen gleichen Ausmaßes immer gleich bewertet – unabhängig vom erreichten Ausgangsniveau der Betroffenen –, das *Maximin-* (oder Leximin-)*Prinzip* (Pfannkuche 2000, Kap. 4; partiell bei: Rawls 1971, 336 f.), wonach das Wohl der jeweils am schlechtesten Gestellten maximal, also so ausgedehnt wie möglich sein muss, so dass Verbesserungen für den am schlechtesten Gestellten absoluten Vorrang haben vor oder unendlich viel stärker gewichtet werden als beliebige Verbesserungen für Bessergestellte, und schließlich der *Egalitarismus* (z.B. Temkin 1993; Trapp 1988, 308 f.; 346 f.; 356; Dworkin 1981; Pojman / Westmoreland 1997), nach dem das individuell Gute möglichst gleich verteilt sein sollte (und die Summe des individuell Guten zusätzlich möglichst hoch sein soll). Am Utilitarismus ist u.a. problematisch, dass ihm die intersubjektive Verteilung des Wohls gleichgültig ist, dass er also blind ist für Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Das Maximinprinzip ist diesbezüglich schon eine Verbesserung. Aber es ist ineffizient in der Hinsicht, dass es winzige Verbesserungen für die am schlechtesten Gestellten selbst riesigen Verbesserungen für etwas besser Gestellte, und seien es die am zweitschlechtesten Gestellten, vorzieht. Der Prioritarismus ist demgegenüber eine Synthese aus Utilitarismus und Leximin, der deren jeweilige Vorteile bewahrt – Effizienz und Vorrang für die schlecht Gestellten –, ohne ihre Nachteile aufzuweisen. Das Hauptproblem am Egalitarismus ist, dass überhaupt nicht einzusehen ist, was an einer Gleichverteilung *intrinsisch* gut sein soll. (Eine gleiche *Güter*verteilung führt in vielen Bereichen zu einer Maximierung des Wohls und ist deshalb z.T. *extrinsisch* moralisch gut; aber für eine gleiche Verteilung des Wohls selbst – insbesondere eines geringen Wohls – gibt es keine derartige Begründung.) Wegen dieser fehlenden Begründung bleibt es auch willkürlich, wie diverse Formen der Ungleichheit komparativ bewertet werden sollen und wie das Maß der Ungleichheit gegen die Nutzensumme abgewogen werden soll.

Die bisherigen Prinzipien hatten moralische Bewertungen zum Thema. In den letzten beiden Prinzipien geht es um das moralische *Handeln,* also darum, wie moralische Werte handelnd umgesetzt werden sollen.

> *Prinzip 4: Prinzip des begrenzten Engagements:* Moralisches Engagement sollte mindestens etwas über die schon sozial geltenden, also durch formelle (rechtlich sanktionierte) oder informelle Sanktionen gestützten moralischen Pflichten hinausgehen; weitere Steigerungen des Engagements (in Richtung auf einen maximalen Einsatz) sind nicht mehr moralisch geboten.

Das vierte Prinzip betrifft den individuell für die Moral zu treibenden Aufwand: In welchem Umfang soll man sich überhaupt moralisch engagieren? Eine Begrenzung unseres moralischen Engagements ist nötig, weil der Benefiziaruniversalismus anderenfalls zu einem Ausufern unserer moralischen Pflichten führen würde. Das Prinzip des begrenzten Engagements fordert keine völlige Verausgabung für die Moral – dies verlangen wir nicht einmal von Heiligen –, aber auch nicht nur die Erfüllung der schon durch soziale Sanktionen unterstützten moralischen Pflichten. Anders gesagt, fordert dieses Prinzip zweierlei: Zum einen müssen die schon sozial verankerten und moralisch guten Normen eingehalten werden; zum anderen sollte das moralische Engagement ein Stück weit über diese einmal erreichten Standards hinausgehen. Eine Idee hinter diesen zwei Forderungen ist, das moralische Engagement historisch langfristig immer mehr zu erhöhen und einmal erreichte Standards durch Sanktionen abzusichern: Meistens haben wir nur relativ schwache eigenständige Motive für moralisches Handeln, z.B. das Mitgefühl, Achtung vor dem anderen, (moralische) Pflichtgefühle, Empörung und Rachlust (s. Lumer 2002b). Die Motivation zu moralischem Handeln wird erheblich verstärkt durch seine Institutionalisierung mittels sanktionsgeschützter sozialer Normen, weil nun der Wunsch nach Vermeidung der Sanktionen ein zusätzliches starkes Motiv abgibt. Durch die Institutionalisierung werden deshalb (motivationale) Kapazitäten frei, sich *freiwillig* moralisch weitergehend zu engagieren für die Aufrechterhaltung schon sozial geltender moralisch guter Normen und

für die Durchsetzung zusätzlicher guter Normen (Lumer 2002a, 93–95). Historisch langfristig, d.h. im Verlauf von Jahrtausenden, können so die geltenden moralischen Standards immer weiter erhöht werden.

Die Begründung für das Prinzip des begrenzten Engagements ist, dass es das Maximum fordert, was man von rationalen Subjekten gerade noch verlangen kann. Wer weniger fordert, tut zu wenig für die Moral. Wer mehr fordert, überstrapaziert einen rationalen und zugleich moralisch guten Willen; d.h., es gibt für die Menschen keine rationale Begründung, dieser Forderung zu folgen.

Alternativen zum Prinzip des begrenzten Engagements sind vor allem die *Maximierungsforderung* (z.B. Smart 1961, 33; Trapp 1988, 208; 297; 299 f.), nach der man jederzeit das moralisch Beste tun muss, der *individualistische Kontraktualismus* (z.B. Gauthier 1986), dem gemäß sich moralische Pflichten aus rational vorteilhaften Kooperationen ergeben, und (überhistorisch) *fixe Pflichtenkanons*, wie sie z.B. vom Liberalismus (z.B. Nozick 1974, 20–26) oder Kantianismus (Kant 1797a) vertreten werden. Die Maximierungsforderung überfordert die moralischen Subjekte (sie würde z.B. von Bürgern der Ersten Welt verlangen, jeweils ihr Einkommen bis auf einen die Subsistenz sichernden Anteil für die Welthungerhilfe zu spenden und sich auch in der Freizeit nahezu vollständig für diese Sache zu engagieren), und sie ist rational inakzeptabel. Der individualistische Kontraktualismus ist moralisch zu schwach, fordert viel weniger, als wir für moralisch erforderlich halten, und er erfasst nicht den moralisch guten Willen. Fixe Kanons schließlich sind zu inflexibel, nicht auf die Veränderung sozialer Verhältnisse eingestellt. Dadurch führen sie – bis auf Perioden zufälliger Angemessenheit – zu einer moralischen Über- oder Unterforderung.

> *Prinzip 5: Effizienz- oder Ökonomieprinzip:* Moralisches Engagement sollte effizient sein, d.h., da erfolgen, wo das Verhältnis Aufwand zu moralischem Gewinn am günstigsten ist.

Das Effizienzprinzip sollte sowohl die Verwendung des frei verfügbaren individuellen moralischen Engagements (unter Einhaltung der geltenden moralischen Normen) als auch die Richtung neu zu implementierender moralischer Normen und der Verbesserung bereits sozial

geltender Normen bestimmen. Es fordert u.a. auch, frei verfügbare Staatsfinanzen moralisch effizient anzulegen und z.B. nicht für Wahlgeschenke zu verpulvern.[4]

Die Begründung für das Effizienzprinzip ist einfach, dass man bei begrenztem und fixem Budget (s. Prinzip 4) lieber mehr als weniger moralisch Gutes realisieren soll.

Die wichtigste Alternative zum Effizienzprinzip ist eine bestimmte Form des *Deontologismus,* nach der niemals gegen anderweitig begründete moralische Normen (z.B. das Lügenverbot) verstoßen werden darf, auch dann nicht, wenn dadurch ein enormer moralischer Gewinn erzielt oder ein riesiger moralischer Verlust vermieden werden kann (z.B. Kant 1797b). Entweder ist aber die vom Deontologismus hochgehaltene Norm in der fraglichen Form effizient; dann verbietet auch das Effizienzprinzip ihre Verletzung. Oder sie lässt sich durch Einfügen bestimmter Modifikationen und Ausnahmen (die das Prinzip des begrenzten Engagements nicht verletzen) effizienter machen; dann ist das Beharren auf der Beibehaltung und Einhaltung der ineffizienten Norm fetischistisch.

Nach der in den Erläuterungen zum Prinzip des begrenzten Engagements vorgestellten Idee dienen sozial geltende, d.h. mit Sanktionen bewehrte, moralisch begründete Normen der Konkretisierung abstrakter moralischer Prinzipien, der Stabilisierung des moralischen Engagements und seiner Lenkung zu einem möglichst effizienten Einsatz. Eine neu zu implementierende Norm der Generationengerechtigkeit, die man vielleicht mit diesen Prinzipien begründen kann, ist z.B. *das Gebot der nachhaltigen Ressourcennutzung*, das in einer Ausgangsversion lautet: Eine Generation darf nur so viel an erneuerbaren Ressourcen verbrau-

[4] Manchmal wird angenommen, das Effizienzprinzip erlaube auch die Verletzung bestimmter Grundrechte, solange dies nur moralisch effizient ist. Ein Beispiel dafür seien Situationen, in denen man nur durch die gezielte Opferung eines Menschen (der zudem keine Angehörigen und Freunde habe) das Leben mehrerer anderer Menschen retten könne (Hare 1981, Abschn. 8.2). Das Effizienzprinzip setzt jedoch zunächst einmal die Einhaltung geltender (und effizienter) moralischer Normen voraus; Grundrechte sind aber ziemlich effiziente moralische Normen. Sodann bedeuten massive Grundrechtsverletzungen (wie die Opferung eines Menschen) einen Verstoß gegen das Prinzip des begrenzten Engagements. Denn dem Betroffenen wird erzwungenermaßen ein unzumutbares Engagement aufgebürdet.

chen, wie in der Verbrauchszeit erneuert werden, und nur so viel an nicht erneuerbaren Ressourcen, wie sie gleichwertigen Ersatz beschafft! Eine derartige Norm ist prima facie insofern moralisch effizient, als sie der Verschwendung solcher Ressourcen vorbeugt, die von künftigen Generationen zu einer viel größeren Steigerung ihres Wohls verwendet werden könnten. Ob dies tatsächlich so ist, ist jedoch eine empirische und keineswegs einfach zu beantwortende Frage (s.u.). Zudem ist die Aufrechterhaltung eines bestimmten Vorrats an Ressourcen kein Selbstzweck, sondern sollte der Maximierung der moralischen Wünschbarkeit dienen. Deshalb enthalten entwickeltere Nachhaltigkeitsnormen immer auch Einschränkungen und Ausnahmeklauseln, die z.B. ein flexibles Überziehen der grob festgelegten Kontingente erlaubt, etwa: „... sofern der Aufwand für die gegenwärtige Generation und der Gewinn für die künftige Generation in einem angemessenen Verhältnis stehen“. Solche vagen Formeln können wieder mit Hilfe der erläuterten Prinzipien präzisiert werden.

Die positive intergenerationelle Sparrate als gängige Praxis und moralische Norm

Welche aktuellen Forderungen zur Generationengerechtigkeit ergeben sich aus den soeben dargelegten Prinzipien? Um diese Frage beantworten zu können, muss zuerst die gängige Praxis und gegenwärtig geltende moralische Norm zur intergenerationellen Gerechtigkeit betrachtet werden: die positive intergenerationelle Sparrate.

Gemäß dem Hedonismus ist das Wohl der Menschen zu betrachten, das sich aus dem mittleren Wohlbefinden multipliziert mit der Lebensdauer ergibt. Dieses Wohl ist im Laufe der letzten Jahrhunderte in Westeuropa vermutlich einigermaßen kontinuierlich gestiegen. Dies ist u.a. zurückzuführen auf den *wirtschaftlich-technischen Fortschritt*, durch den Notsituationen verringert werden, die Arbeitszeit verkürzt und die Arbeit erleichtert wird und durch den letztlich mehr Konsumgüter zur Verfügung stehen, den *medizinischen Fortschritt*, durch den vor allem die Lebensdauer verlängert wird, und *den politisch-sozialen Fortschritt*, durch den Menschen- und Bürgerrechte sowie der Frieden gesichert werden, Chancengleichheit und Bildung ausgedehnt werden sowie Einkommensumverteilungen von oben nach unten durchgesetzt werden. Auf der negativen Seite stehen Ressourcen- und Naturver-

brauch sowie Umweltverschmutzung, die zwar die positive Gesamtbilanz schmälern, aber keineswegs auf Null reduzieren oder gar ins Negative sinken lassen.

Diese Gesamtverbesserung der Lage künftiger Generationen erfolgt zu einem großen Teil naturwüchsig: Die gegenwärtigen Generationen erarbeiten solche Fortschritte zunächst einmal für sich selbst; und auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene ist es wegen des Kontinuums der Generationen schwierig, die erzielten Fortschritte der aktuell jüngsten Generation vorzuenthalten. Gleichwohl ist dies möglich, vor allem auf der individuellen Ebene: Eltern könnten aus eigennützigen Gründen den Kindern die Bildung verweigern, die diesen erst einen hohen Wohlstand ermöglicht, und sie könnten am Ende ihres Lebens das Erbe verprassen. Aber dies wird normalerweise nicht getan, und insoweit ist die Verbesserung der Lage künftiger Generationen durchaus auch gezielt. Und nach den vorhin eingeführten Kriterien ist diese gezielte Verbesserung auch moralisch begründet und gerecht: Obwohl die nachfolgende Generation dadurch besser gestellt wird als die aktuell dominante – was gemäß der Benachteiligtenorientierung zunächst einmal gegen ein intergenerationelles Sparen spricht –, sind die langfristigen Wohlseinsgewinne beim intergenerationellen Sparen so viel höher, dass dies moralisch die bessere Alternative ist. Dadurch hat sich de facto eine informelle moralische Norm zum intergenerationellen Sparen (auf einem bestimmten Mindestniveau) etabliert, die man etwa so explizieren könnte: Jede Generation soll der nächsten Generation so viel an Gütern (insbesondere Kapital, aber auch Techniken, Ressourcen, Bildung, Lebensweisheit usw.) hinterlassen, dass diese sowie auch spätere Generationen ihr Wohlsein gegenüber der jeweils vorhergehenden Generation steigern können! Wer in der letzten Lebensphase das potentielle Erbe seiner Kinder verprasst, steht damit zwar unter dem Schutz des Gesetzes, wird aber doch schief angesehen (was bedeutet, dass *informelle* Normen ein solches Verhalten durchaus verbieten), und handelt nach dem Prinzip des begrenzten Engagements auch unmoralisch, denn diese informelle Norm ist auch moralisch gut.

Die aktuelle Entwicklung:
Senkung der intergenerationellen Sparrate

Einige aktuelle Entwicklungen scheinen jedoch zu einer Senkung der intergenerationellen Sparrate zu führen: Ich erwähne nur die gegenwärtige Rentenpolitik, die in Deutschland aktuell überproportional hohe Jugendarbeitslosigkeit, den ungezügelten Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und die nach wie vor wenig gebremsten Treibhausgasemissionen. Beim Ressourcenverbrauch und beim Treibhauseffekt kommt noch erschwerend hinzu, dass die entsprechenden Kosten vor allem künftigen Generationen *der Dritten Welt* aufgebürdet werden. Denn Länder der Dritten Welt können sich schlechter die teuren Substitute für verbrauchte Rohstoffe leisten; und die wichtigsten Einflüsse des Treibhauseffekts auf das Wohl künftiger Generationen sind zum einen der verknappungsbedingte Anstieg der Lebensmittelpreise, der wiederum zu einer Erhöhung der Zahl der absolut Armen und damit auch der Toten durch absolute Armut führt (bei Business as Usual in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts ca. zwei Millionen zusätzliche Tote pro Jahr), und zum anderen, insbesondere durch Dürren bedingte, akute Hungersnöte mit vielen Toten (Lumer 2002a, 23–26; 71; 73) – beides sind Effekte, die nahezu ausschließlich in der Dritten Welt auftreten. Dies bedeutet, dass die übliche Rechtfertigung für den Ressourcen- und Naturverbrauch, nämlich dass die künftigen Generationen von dem mit diesem Verbrauch bezahlten Fortschritt selbst am meisten profitieren werden, in diesen Fällen nicht zieht.

Es sei noch einmal betont, dass der – maßvolle – Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen unter zukunftsethischen Gesichtspunkten per se nicht zu kritisieren ist und zu den Kosten des Fortschritts zu rechnen ist, der insgesamt gerade auch für die künftigen Generationen durchaus profitabel ist. Die genannten Entwicklungen bedeuten aber vermutlich selbst für die Erste Welt eine Verringerung der intergenerationellen Sparrate gegenüber dem bis dato erreichten Niveau. Allerdings vermute ich weiter, dass diese Entwicklungen in der Ersten Welt keineswegs zu einer mittel- oder langfristigen *Senkung* des Wohlseins führen werden, sondern nur zu einer Verlangsamung der Steigerung. Gleichwohl widerspricht die vermutete Senkung der intergenerationellen Sparrate dem Prinzip des begrenzten Engagements: Sie verstößt gegen die informelle moralische Pflicht zur Aufrechterhaltung der bisherigen intergenerationellen Sparrate und ist damit ein verbotener moralischer Rückschritt.

Viel gravierender sind jedoch die Verluste für künftige Generationen der Dritten Welt. Für viele Angehörige dieser Gruppe bedeuten die genannten Entwicklungen durchaus erhebliche Absenkungen ihres Wohlseins. Beispielsweise wird der ungebremste Treibhauseffekt voraussichtlich noch in diesem Jahrhundert über 100 Millionen Menschenleben kosten, zum allergrößten Teil in der Dritten Welt (Lumer 2002a, 23–26). Bislang ist die Erste Welt der wichtigste Verursacher speziell dieser Entwicklung. Dies ist selbstverständlich ein vehementer Verstoß gegen geltende moralische Normen (das Tötungsverbot, das Verursacherprinzip, das Schadensexternalisierungen verbietet usw.) und damit wieder gegen das Prinzip des begrenzten Engagements.

Die drängendsten Probleme und nächsten Schritte

Die Senkung der intergenerationellen Sparrate und die Externalisierung von Schäden könnten durch entsprechende Verlagerungen heutiger Investitionen aus dem Konsum in die Senkung des Ressourcenverbrauchs, die Reduzierung der Treibhausgasemissionen etc. wieder rückgängig gemacht werden. Wenn man aber einmal anfängt, Investitionen auf moralisch wieder fortschrittliche Weise umzuorientieren (um damit dem Prinzip des begrenzten Engagements wieder gerecht zu werden), ist auch die Richtung dieses Engagements zu überdenken. Die Benachteiligtenorientierung und das Effizienzprinzip zusammen fordern, diese Investitionen da vorzunehmen, wo sie am meisten benötigt werden und am effizientesten sind; und der Benefiziaruniversalismus fordert zudem, den Bereich möglicher Investitionen nicht einzuschränken, also niemanden als potentiellen Benefiziar auszuschließen.

Welches Engagement dann moralisch am effizientesten ist und deshalb im Sinne der Gerechtigkeit gewählt werden sollte, können nur umfangreiche wohlfahrtsethische Untersuchungen zeigen. Aber ein paar plausible Vermutungen sind vielleicht auch schon vorher möglich.

1. Selbst bei Fortschreibung der aktuellen Politik werden erstens die nächsten künftigen Generationen der Ersten Welt immer noch besser gestellt sein als die aktuell dominante Generation, und zweitens diese um vieles besser als die künftigen Generationen der Dritten Welt. Die Begründung für die erste Teilhypothese ist: Faktoren, die bisher zur Erhöhung des Wohls in der Ersten Welt beigetragen haben, sind Einkommens- und Konsumzuwächse, mehr Liberalität im Alltag, Erhö-

hung des Bildungsniveaus und der Lebenserwartung. Diese Entwicklungen werden vermutlich – in abgeschwächter Form – anhalten. Gegentendenzen sind die Verschlechterung der Rentensituation, die wachsenden Staatsschulden und die erhöhte Jugendarbeitslosigkeit. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass die wachsenden Staatsschulden und die verschlechterte Rentensituation die (inflationsbereinigten) Nettoeinkommenszuwächse aufzehren werden. Und das Wohlbefinden von Langzeitarbeitslosen sinkt zwar im Schnitt in erschreckendem Ausmaß (gemäß einer Ratioskalierung von normalerweise 0,1420 Einheiten auf 0,0643 Einheiten, also um 55 Prozent (Lumer 2002a, 29–31)); wenn man aber die Dauer (von ca. 10 Jahren) und den Bevölkerungsanteil (von ca. 10 Prozent) dieser für die heutige Jugend gegenüber dem Durchschnitt *erhöhten* Arbeitslosigkeit einbezieht, ist der durchschnittliche Gesamtverlust (von 0,55 Jahren (=10 Jahre × 10 Prozent × 55 Prozent) durchschnittlichen Wohlbefindens) vermutlich immer noch deutlich geringer als die prospektive Steigerung der Lebenserwartung.[5] – Begründung für die zweite Teilhypothese: Entgegen manchen Vermutungen, Glück sei relativ in dem Sinne, dass für die Lebenszufriedenheit nur der Vergleich mit dem Niveau der (meist nationalen) Referenzgruppe wesentlich sei, so dass sich international und historisch keine Unterschiede in der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit ergeben dürften, haben große internationale und historische Vergleiche durchaus eine positive Korrelation zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit, die wiederum einigermaßen eng mit dem Wohlbefinden verknüpft ist, ergeben (Veenhoven 1984, 145–154): Das durchschnittliche Wohlbefinden ist in der Dritten Welt also durchaus geringer als in der Ersten Welt. Zu diesem im Schnitt gegenüber der Ersten Welt verringerten Wohlbefinden der Menschen der Dritten Welt kommt dann noch die deutlich geringere Lebenserwartung hinzu.

2. Nicht nur wegen der größeren Bedürftigkeit in großen Teilen der Dritten Welt, sondern auch wegen dort einfacher zu erzielender Wohlfahrtsverbesserungen sind die Verhältnisse von Kosten zu moralischem Gewinn am günstigsten in der Dritten Welt. Vielfach können schon kleine Investitionen zu erheblichen Einkommensverbesserungen führen.

[5] Durch die ungleiche Verteilung der Jugendarbeitslosigkeit erhöhen sich gemäß der Benachteiligtenorientierung die Wohlfahrtsverluste noch einmal, aber vermutlich um weniger als 20 Prozent.

3. Viele Schäden durch den Treibhauseffekt werden erst durch die Armut in der Dritten Welt zu sozialen Problemen. (Beispielsweise wird der Treibhauseffekt zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise führen, die wiederum viele absolut Arme das Leben kosten wird (s.o., Abschn. 3).) Möglicherweise ist deshalb eine direkte Investition in die Entwicklung der Dritten Welt neben den direkten positiven Folgen auch eine effiziente Form, Schäden durch den Treibhauseffekt erheblich zu minimieren.

4. All dies könnte bedeuten, dass direkte Investitionen in die Entwicklung der Dritten Welt (inklusive Begrenzung des Bevölkerungswachstums) aktuell vielleicht der wichtigste Beitrag zur Generationengerechtigkeit sind – was selbstverständlich eine generationengerechte Politik hierzulande nicht ausschließen muss.

5. Die nächstwichtigen (d.h., im Sinne der obigen Definition moralisch hoch effizienten) Beiträge zur Generationengerechtigkeit sind sodann die Eindämmung des anthropogenen Treibhauseffekts und, auf nationaler Ebene, die Eindämmung der aktuellen Jugendarbeitslosigkeit (einige Effizienzvergleiche: Lumer, 2002a, 80–83).

6. Der anthropogene Treibhauseffekt ist großenteils auf einen überhöhten Verbrauch bestimmter Ressourcen i.w.S., inklusive Übernutzung von Senken, zurückzuführen (fossile Brennstoffe, Waldrodung, Emissionen von Methan (aus Reisanbau und Tierhaltung) und Stickoxiden (aus Dünger und Verbrennung)). Wie der starke Verbrauch *anderer Ressourcen* bzw. eine entsprechende Sparpolitik jeweils die prioritaristische moralische Wünschbarkeit beeinflussen (vgl. oben, die Nachhaltigkeitsnorm in Abschn. 1), ist wegen des Einflusses von kaum prognostizierbaren technischen Entwicklungen nur äußerst schwer zu schätzen und bislang nicht untersucht worden. Über die Effizienz entsprechender Einsparmaßnahmen im Vergleich zu den bisher diskutierten kann hier deshalb keine plausible Vermutung angestellt werden.

Wenn diese empirischen Hypothesen stimmen, sind gemäß den oben dargelegten Prinzipien die moralisch wichtigsten und auch gebotenen nächsten Schritte zur Generationengerechtigkeit: 1. erhebliche Hilfen zur Entwicklung für die ärmsten Länder, 2. die Eindämmung des anthropogenen Treibhauseffekts und 3. die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit. Unklar bleibt, wie wichtig im Verhältnis zu diesen drei Maßnahmen die Reduzierung des sonstigen Ressourcenverbrauchs ist.

Literatur

Brandt, Richard B. (1979): A Theory of the Good and the Right. Oxford: Clarendon. xiii; 362 S.

Dworkin, Ronald (1981): What Is Equality? Part 1: Equality of Welfare. Part 2: Equality of Resources. In: Philosophy and Public Affairs 10. S. 185–246; 283–345.

Feinberg, Joel (1973): Social Philosophy. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

Gauthier, David (1986): Morals by Agreement. Oxford: Clarendon. ix; 367 S.

Hare, R[ichard] M[ervyn] (1981): Moralisches Denken. Seine Ebenen, seine Methode, sein Witz. (Moral Thinking. Its Levels, Method, and Point.) Übers. v. Christoph Fehige und Georg Meggle. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992. 334 S.

Harsanyi, John C. (1977): Morality and the Theory of Rational Behaviour. In: Amartya Sen / Bernard Williams (Hg.): Utilitarianism and Beyond. Cambridge: Cambridge University Press 1982. S. 39–62.

Kant, Immanuel (1797a): Die Metaphysik der Sitten. In: Ders.: Werkausgabe. Bd. VIII. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1977. S. 303–634.

Kant, Immanuel (1797b): Über ein vermeintes Recht aus Menschenliebe zu lügen. In: Ders.: Werkausgabe. Bd. VIII. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1977. S. 635–643.

Lumer, Christoph (2002a): The Greenhouse. A Welfare Assessment and Some Morals. Lanham, Md.; New York; Oxford: University Press of America. ix; 117 S.

Lumer, Christoph (2002b): Motive zu moralischem Handeln. Erschienen in: Analyse & Kritik 24. S. 163–188.

Lumer, Christoph (2000): Rationaler Altruismus. Eine prudentielle Theorie der Rationalität und des Altruismus. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch. 652 S.

Lumer, Christoph (1999a): Intergenerationelle Gerechtigkeit. Eine Herausforderung für den ethischen Universalismus und die moralische Motivation. In: Reinhold Mokrosch / Arnim Regenbogen (Hg.): Was heißt Gerechtigkeit?

Ethische Perspektiven zu Erziehung, Politik und Religion. Donauwörth: Auer. S. 82–95.

Lumer, Christoph (1999b): Gerechtigkeit. In: Hans Jörg Sandkühler (Hg.): Enzyklopädie Philosophie. Bd. 1. Hamburg: Meiner. S. 464–670.

Nagel, Thomas (1977): Gleichheit. (Equality. Tanner Lecture, Stanford University.) In: Ders.: Über das Leben, die Seele und den Tod. Aus dem Amerikanischen von Karl-Ernst Prankel und Ralf Stoecker. Königstein, Ts.: Hain 1984. S. 122–145.

Nozick, Robert (1989): Vom richtigen, guten und glücklichen Leben. (The Examined Life.) Aus dem Amerikanischen von Martin Pfeiffer. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1993. 414 S.

Nozick, Robert (1974): Anarchie, Staat, Utopia. (Anarchy, State, and Utopia.) München: Moderne Verlags Gesellschaft. 324 S.

Parfit, Derek (1997): Equality and Priority. In: Ratio, New Series 10. S. 202–221.

Parfit, Derek (1991): Equality or Priority? The Lindley Lecture, University of Kansas, November 21, 1991. Kansas: University of Kansas. 4°; 42 S.

Pfannkuche, Walter (2000): Die Moral der Optimierung des Wohls. Begründung und Anwendung eines modernen Moralprinzips. Freiburg: Alber. 361 S.

Pojman, Louis P. / Robert Westmoreland (1997) (Hg.): Equality. Selected Readings. Oxford: Oxford U.P. 336 S.

Rawls, John B. (1993): The Law of Peoples. In: Stephen Shute / Susan Hurley (Hg.): On Human Rights. The Oxford Amnesty Lectures 1993. New York: Basic Books. S. 41–82.

Rawls, John B. (1971): Eine Theorie der Gerechtigkeit. (A Theory of Justice.) Übers. v. Hermann Vetter. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979. 674 S.

Smart, J[ohn] J[amieson] C[arswell] (1961): An outline of a system of utilitarian ethics. In: Ders. / Bernard Williams: Utilitarianism for and against. Cambridge: Cambridge U.P. 1973 u.ö. S. 3–74.

Temkin, Larry S. (1993): Inequality. New York; Oxford: Oxford U.P. xiii; 352 S.

Trapp, Rainer W. (1988): „Nicht-klassischer“ Utilitarismus. Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Klostermann. 715 S.

Veenhoven, Ruut (1984): Conditions of Happiness. Dordrecht; Boston; Lancaster: Reidel. x; 461 S.

Wenz, Peter (1988): Environmental Justice. New York: SUNY Press.

Wessmann, Alden E. / David F. Ricks / Mary McIlvaine Tyl (1960): Characteristics and Concomitants of Mood Fluctuation in College Women. In: Journal of Abnormal and Social Psychology 60. S. 117–126.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Christoph Lumer
geb. 1956. Studium der Philosophie, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Münster, Bologna und Berlin (FU). 1980 Magister in Soziologie. 1986 Promotion in Philosophie an der Universität Münster. 1987 bis 1999 zunächst Hochschulassistent, dann Hochschuldozent für Philosophie an der Universität Osnabrück. 1993 Habilitation in Philosophie. 1995 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor. Dozenturen oder Forschungsaufenthalte an den Universitäten Oldenburg, Urbino und Ann Arbor. 1999 bis 2001 Gastprofessor für Philosophie an der Universität Siena. 2001/2002 Leitung des Forschungsprojekts „Wie gut ist das Leben?“ an der Universität Osnabrück. Seit 2002 Professor für Moralphilosophie an der Universität Siena.

Hauptarbeitsgebiete: allgemeine Ethik, angewandte Ethik (insbesondere Umweltethik), Handlungstheorie, Theorie rationalen Handelns und Wünschbarkeitstheorie, Philosophische Anthropologie, Argumentationstheorie und Sprachphilosophie. Veröffentlichungen: Praktische Argumentationstheorie, Braunschweig 1990. Rationaler Altruismus, Osnabrück 2000. The Greenhouse – A Welfare Assement and Some Morals, Lanham 2002. In Vorbereitung: Kognitive Handlungstheorie. In etwa 60 Artikel zu den genannten Arbeitsgebieten.

Vittorio Hösle

DIMENSIONEN DER ÖKOLOGISCHEN KRISE – WEGE IN EINE GENERATIONENGERECHTE WELT

Es gehört zu den Ambivalenzen des Jahrtausendbeginns, dass sich Hoffnungen und Ängste auf komplexe Weise mischen. Die Überwindung des sowjetischen Totalitarismus wird sicher als das wichtigste Ereignis der 1990er Jahre in die Geschichte eingehen: Nicht nur sind Millionen Menschen von einer brutalen Diktatur befreit worden, die ihre Grundrechte unterdrückte, nicht nur hat die Einführung der Marktwirtschaft ökonomische Chancen geschaffen und der spezifisch planwirtschaftlichen Form der Umweltzerstörung ein Ende gesetzt, mit dem Ende des Kalten Krieges ist auch die Gefahr eines Dritten Weltkrieges mit der sehr realen Gefahr eines nuklearen Weltenbrandes wenigstens vorläufig gebannt. Das Umweltproblem, um das es in diesem Buch geht, ist zum Gegenstand bedeutender internationaler Konferenzen und, was mehr ist, internationaler Abkommen geworden.

Und dennoch besteht nicht der geringste Anlass zur Entwarnung. Auch nur von einer Stabilisierung der CO_2 – Emissionen, geschweige denn ihrer Reduktion sind wir weit entfernt, und eine – vermutlich dadurch (mit)bedingte – Erwärmung der Atmosphäre scheint eine Tatsache zu sein, die sich noch lange fortsetzen wird (vgl. Beitrag von Kreibich in diesem Band). Dem letzten Bericht des Worldwatch Institute[1] entnehme ich, dass die globale Durchschnittstemperatur 1996 bis 1998 um 0,44 Grad Celsius höher war als 1969 – 1971 und, wenn die Entwicklungstrends sich fortsetzen, im 21. Jahrhundert noch einmal um wenigstens ein Grad steigen wird. Das Schmelzen von Eiskappen und Gletschern ist jetzt schon im Gange und wird weiterschreiten, mit der

[1]Vgl. Worldwatch Institute: State of the World 2000. Alle folgenden Zahlen entstammen dem einleitendem Artikel des Direktors des Instituts, Lester Brown (2000, 3–21).

bekannten Konsequenz der Erhöhung des Meeresspiegels (um mindestens 17 cm). Eine weitere Konsequenz der Erwärmung des Meerwassers ist die zunehmende Beeinträchtigung der Korallenriffe, die nicht nur Küsten vor Stürmen schützen, sondern auch vielen Meeresarten als Brutplatz dienen. Der Artentod setzt sich ungebremst fort – bei den Arten der wichtigsten Wirbeltierklassen sind inzwischen zweistellige Prozentzahlen gefährdet oder gar vom Aussterben bedroht: 34 Prozent der Fische, 11 Prozent der Vögel, 25 Prozent der Säugetiere. Es mag sein, dass die Ozeane noch nicht überfischt werden, aber sie sind auf jeden Fall sehr nahe daran und werden es sicher bald sein, wenn bei weiterhin zunehmender Weltbevölkerung der durchschnittliche Bedarf pro Kopf gleich bleibt. Die Waldfläche des Planeten schrumpft weiter, sowohl in absoluten Zahlen als auch a fortiori pro Kopf. Die Getreideanbaufläche pro Person hat sich in den letzten fünfzig Jahren halbiert, von 0,24 auf 0,12 Hektar, und wird, selbst wenn die Fläche in absoluten Zahlen die gleiche bleibt, auf 0,08 zurückgehen. Dies ist deswegen beunruhigend, weil der Zuwachs an Produktivität pro Hektar Getreideland seit 1990 rückläufig ist – nur 1 Prozent statt der 2 Prozent von 1950 bis 1990. Besonders beängstigend ist der fallende Grundwasserspiegel in vielen Ländern der Welt, bedingt durch die modernen elektrischen und Dieselpumpen, die mehr Wasser heraufzubefördern vermögen, als durch Schnee und Regen wieder einsickert – was natürlich sehr bald die Getreideernten einschränken wird.

Die Tatsache, dass die Umweltthematik, die Ende der 1980er Jahre die Schlagzeilen zu beherrschen vermochte, nun hinter anderen Fragestellungen zurückgetreten ist, bedeutet keineswegs, dass das Problem gelöst ist. Jene Akzentverschiebung in den Medien hat sicher zum Teil damit zu tun, dass das Problem inzwischen allgemein bekannt ist und die Menschen daher nicht mehr in gleichem Maße informiert, ja wachgerüttelt werden müssen wie vor fünfzehn Jahren. Allerdings spielt auch die weniger erfreuliche Tendenz eine Rolle, von einem Problem wegzublicken, das uns alle zu überfordern scheint. Es ist auf die Dauer der eigenen Selbstachtung abträglich, sich sagen zu müssen, dass man durch das eigene Verhalten zu einem Zustand der Welt beiträgt, der elementare Grundrechte und Grundgüter gefährdet, und wenn es sich als schwierig erweist, das eigene Verhalten zu korrigieren, dann mag es nahe liegen, das Problem zu verdrängen. Als weiterer Grund ist ferner

die Angst zu nennen, dass die massiven Anpassungen der Wirtschafts- und der Rechtsordnung, die erforderlich sind, um die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, eine schwere Erschütterung unserer Gesellschaften auslösen könnten. Umbruchszeiten bringen zwangsläufig politische Konflikte mit sich, weil der bisherige Konsens schwerlich gleichzeitig bei allen Staatsbürgern durch einen neuen ersetzt werden kann; und es liegt in der Natur der Sache, dass derartige Epochen für Ideologen und Demagogen besonders anfällig sind. Man kann kaum bestreiten, dass es im Dunstkreis derjenigen, die völlig zu Recht auf die drohenden Umweltkatastrophen hingewiesen haben, Menschen gegeben hat und gibt, die primär von Hass auf die tradierte Sittlichkeit getrieben sind und das ökologische Problem nur als Hebel benutzen wollen, um die vernünftigen und moralisch zu bejahenden Aspekte der modernen demokratischen Rechtsstaaten mit Marktwirtschaft in Frage zu stellen. Jene Angst ist also nicht völlig ungerechtfertigt; nur übersieht sie vollständig, dass der Kontinuitätsverlust in den modernen Gesellschaften wesentlich größer sein wird, wenn die ganze Wucht der ungelösten ökologischen Probleme auf sie prallen wird, als wenn rechtzeitig die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden.

Wir müssen unser Handeln umstellen, und zwar natürlich nach moralischen Prinzipien. Die Wissenschaft unserer moralischen Pflichten, die Ethik, ist traditionell das Herzstück der Philosophie, und gerade aufgrund der zunehmenden Umwandlung der modernen Wissenschaften in wertfreie Theorie ist die Philosophie besonders gefordert, wo es um Wert- oder um normative Fragen geht. Ferner hat die Philosophie auch bezüglich des rein deskriptiven Wissens eine bedeutende Aufgabe – sie muss den inneren Zusammenhang der einzelnen Wissenschaften reflektieren, und sie kann deren Grundbegriffe und -annahmen, die die Wissenschaften häufig einfach voraussetzen, zu hinterfragen bzw. auf grundlegende philosophische Prinzipien zurückzuführen suchen. Auch wenn letztere Aufgabe nicht von allen Philosophien anerkannt wird, ist doch die erstere relativ unstrittig, und sie garantiert der Philosophie eine Moderatorenrolle, die sie um so eher wahrnehmen sollte, als sie im Laufe ihrer Geschichte stets aus dem Gespräch mit den Einzelwissenschaften gelernt hat. Wo sie sich diesem entzieht, wird sie meist steril; und auch wenn die Philosophie sicher mehr ist als, in Hegels bekannten Worten „ihre Zeit in Gedanken erfasst“, ist sie doch auch dies, und die

Philosophie denkt an unserer Zeit vorbei, wenn sie sich nicht mit dem ökologischen Problem einer Frage stellt, von deren Lösung das Überleben zahlreicher Pflanzen- und Tierarten und, wenn auch vielleicht nicht das Überleben der Menschheit, so doch das Überleben vieler Menschen, die Bewahrung unserer Selbstachtung und die Sicherung freiheitlicher Institutionen abhängen. Was den letzten Punkt betrifft, so ist die Philosophie gewiss besonders dort gefragt, wo es um Weichenstellungen im Gefüge unserer Kategorien geht; und selten ist die Forderung nach einem radikalen Umbruch in unserem Denken lauter geäußert worden als von Teilen der Umweltbewegung.

Ein Bruch mit dem alten Denken ist notwendig

Neben der philosophisch wie politisch uninteressantesten des Abwiegelns und Ignorierens provoziert das Umweltproblem – idealtypisch vereinfacht – zwei verschiedene Reaktionsweisen. Auf der einen Seite ist jene zu nennen, die aufgrund der schwerwiegenden Probleme, von denen wir bedroht sind und die sicher ein weitgehendes Versagen unserer Kultur belegen, einen grundsätzlichen Bruch mit einer Tradition fordert, von der behauptet wird, dass sie zwangsläufig zur Umweltkrise geführt habe. Martin Heideggers Philosophie der Technik (Heidegger 1962) ist das philosophisch anspruchsvollste Beispiel für einen derartigen Ansatz: Nur ein „Verwinden“ der Metaphysik, eine Rückkehr zu einem „Denken“, das sich den Rationalitätskriterien der modernen Wissenschaft entziehe, könne uns vielleicht aus der Sackgasse befreien, in die wir uns seit Jahrhunderten, ja Jahrtausenden verrannt hätten. Für die andere Sichtweise besitzt dagegen die moderne Welt durchaus das erforderliche Reservoir an ethischen und wissenschaftlichen Einsichten, um mit den Herausforderungen fertig zu werden – sie muss es nur aktualisieren. Nicht neue Prinzipien seien gefordert, sondern bloß die Anwendung längst schon bekannter Normen auf neue Anwendungsfälle.[2] Natürlich ist der Gegensatz zwischen den beiden Ansätze nicht so scharf, wie er auf den ersten Blick erscheint; es bestehen eine Menge Zwischenpositionen – wie etwa diejenige, die ich im Folgenden verteidigen werde. Ich will dabei so vorgehen, dass ich zunächst einiges

[2] Zu dieser schon recht alten Kontroverse vgl. etwa Shrader-Frechette (1981, 3–27) (mit einem Text von D. H. Strong; E. S. Rosenfield und Shrader-Frechettes Kritik).

Formal-Allgemeine zu dem Problem anmerke, alsdann die deskriptive und schließlich die normative Dimension diskutiere.

Gegen die – sei es sie beschreibende, sei es sie postulierende – These grundsätzlicher Diskontinuitäten in der Geschichte der Wissenschaften und der Ethik gibt es einen bekannten Einwand: Wäre es wirklich so, dass es keine dem alten und dem neuen Ansatz gemeinsamen Rationalitätskriterien gäbe, dann wäre der Übergang von dem einen zu dem anderen Ansatz nur ein unvermitteltes Ereignis, das zumindest nicht auf Argumente zurückgeführt werden könnte. Man könnte sich nicht für oder gegen den neuen Ansatz mit einsichtigen Gründen entscheiden, sondern man hätte den Vorgang des Wechsels zu ihm hin (oder das Unterbleiben eines solchen Wechsels) gleichsam hinzunehmen. Zwar könnte man innerhalb des jeweiligen Ansatzes seine Rationalität verteidigen – aber dies eben innerhalb aller Anätze und stets nur auf zirkuläre Weise. Gerne werden solche unvermittelbaren Ansätze seit Th. S. Kuhn Paradigmata genannt, auch wenn es natürlich denkbar ist, den Terminus „Paradigma“ in einer wesentlich harmloseren Weise zu verwenden: Wer die spezielle Relativitätstheorie ein neues Paradigma gegenüber der klassischen Mechanik nennt, kann sehr wohl der Ansicht sein, dass sich die Rationalitätskriterien beim Übergang von der einen zu der anderen Theorie keineswegs gewandelt hätten, sondern nur die gewiss noch recht fundamentalen Begriffe von Raum und Zeit. Aus dem Gesagten scheint mir zu folgen, dass, wenn von einem Paradigmenwechsel im Zusammenhang mit unseren Umweltproblemen die Rede ist, diese Redeweise sich nur auf relativ grundlegende Prinzipien beziehen könnte, aber keineswegs auf die höchsten Kriterien der Argumentation.

Angesichts der Größe der Umweltprobleme ist freilich die Auffassung verführerisch, dass es sich dabei um etwas so Einzigartiges handle, dass jede Verwendung tradierter Kategorien in die Irre führe – nur ein Neologismus wie Heideggers „Gestell“ werde der Realität annäherungsweise gerecht. In der Tat ist es Heideggers bleibender Verdienst, den qualitativen Unterschied zwischen der vormodernen und modernen Technik erkannt zu haben, die nicht einfach als quantitative Steigerung der ersteren gedeutet werden kann. Ich werde auf die für die Moderne entscheidende Kombination von Wissenschaft, Technik, Kapitalismus, Staat und universalistischer Ethik später kurz eingehen, die etwas weltgeschichtlich Neues darstellt und die eine notwendige Voraussetzung

für das Ausmaß der ökologischen Krise ist, die uns beschäftigt. Und doch darf diese wichtige Erkenntnis unsere Aufmerksamkeit nicht von der Tatsache ablenken, dass anthropogene Umweltbelastungen keineswegs ein Privileg der Moderne sind. Nicht nur hat es nicht durch den Menschen verursachte und daher von ihm auch nicht zu verantwortende massive Veränderungen der natürlichen Umwelt schon sehr häufig in der Erdgeschichte gegeben – man denke nur an die diversen großen und kleinen Eiszeiten. Die junge historische Disziplin der Umweltgeschichte (siehe den neuen Gesamtüberblick von Radkau 2000) hat nachgewiesen, wie stark der Druck auch des vormodernen Menschen auf seine Umwelt gewesen ist. Nicht nur die frühen Hochkulturen – man denke an die weitgehenden Abholzungen mit der Folge von Erosionsschäden in der römischen Zeit –, selbst die sogenannten archaischen Kulturen haben sich viele Umweltsünden zu Schulden kommen lassen. Schon der Urmensch hat zum Aussterben mancher Art, vielleicht sogar zur Klimaveränderung (vgl. Schüle 1992; Schüle 2001) beigetragen; weder die amerikanischen noch die australischen Ureinwohner haben stets nachhaltig gewirtschaftet. Zwar ändert dies überhaupt nichts an dem großen quantitativen Unterschied im Ausmaß der Schäden, die, aufgrund der ganz andersartigen technischen Möglichkeiten, der viel größeren Bevölkerungszahl und eines anderen Wertesystems, in der Spätmoderne erfolgt sind, in der sie erstmals den ganzen Planeten umspannen und sich mit atemberaubender Geschwindigkeit ausbreiten; zwar wird man weiterhin die These verteidigen können, dass archaische Kulturen ebenso wie die frühen Hochkulturen von einer viel engeren Beziehung des Menschen zu der ihn umgebenden Natur, die als Ordnung gedeutet wird, ausgehen als der nachcartesische Mensch, der sich selbst als res cogitans der res extensa entgegensetzt; aber all das ändert nichts daran, dass der vormoderne Mensch eben nur vage Ideen vom Ordnungsgefüge der Natur hatte, in das er aufgrund mangelnden wissenschaftlichen Wissens und abwegiger mythischer Vorstellungen immer wieder schädigend eingriff. Die Wissenschaft hat die Reichweite unserer Eingriffe in die Natur vergrößert, aber sie hat auch wenigstens teilweise die einesteils auf Beobachtungen gegründeten, anderenteils in rationalen Mythen angelegten ökologischen Ahnungen vormoderner Kulturen durch wissenschaftliche Erklärungen und Prognosen größerer Präzision ersetzt. Es ist eine traurige Wahrheit, aber es ist trotzdem eine

Wahrheit, dass außereuropäische Kulturen, die erstmals an der modernen Technik teilzuhaben beginnen, keinesfalls in der Lage sind, die von dieser ausgehenden Umweltschäden selbständig zu kontrollieren – mangels teurer Umwelttechnologien verursachen sie vielmehr besonders schwerwiegende Umweltschäden.

Ja, man muss noch weiter gehen. Nicht nur sind ökologische Krisen in der Menschheitsgeschichte nichts Neues – sie sind auch nichts Neues in der biologischen Evolution. Ganz im Gegenteil lässt sich ohne jede Übertreibung sagen, dass die erste ökologische Krise mit den ersten Organismen begonnen hat – ich komme darauf zurück. Die Zahl der Arten, die in der Geschichte des Lebens ausgestorben sind, beträgt wohl mindestens Hunderte von Millionen (Czihak / Langer / Ziegler 1984, S. 803; 874), und zu den Ursachen dieses Aussterbens zählt nicht nur, doch zu einem guten Teil auch das Verhalten anderer Organismen. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich zweierlei: Erstens ist die anthropogene Umweltkrise, mit der wir derzeit konfrontiert sind, nichts, was eine besondere Abscheulichkeit des Menschen im Gegensatz zu einer guten Natur belegte; eine solche naturromantische Deutung schreibt vielmehr in extrem anthropozentrischer Weise dem Menschen eine Sonderrolle zu, die ihm wenigstens nicht aufgrund seines Umweltverhaltens zukommt. Zweitens heißt dies auch, dass – jedenfalls wenn wir zu einem sinnvolleren Verhältnis zu unserer Umwelt finden wollen – die Natur nicht schlechthin unsere Lehrmeisterin sein kann. Es ist nicht die Natur, die uns sagt, dass wir etwas gegen das Aussterben von Arten unternehmen sollten – auch wenn wir aus der wissenschaftlichen Erforschung der Natur lernen können, was Ursachen und was Folgen des Artensterbens sind.

Damit kommen wir zur ethischen Dimension. Diesbezüglich ist zunächst daran zu erinnern, dass wir nach dem moralischen Realismus – meines Erachtens der bei weitem plausibelsten metaethischen Position, für die zu argumentieren ich an dieser Stelle auch deswegen unterlassen kann, weil die meisten Vertreter der Umweltbewegung sie mehr oder weniger unbewusst voraussetzen – moralische Normen und Werte nicht erfinden, sondern entdecken; wir schaffen diese nicht, sondern stoßen auf sie. Allerdings kann man auch auf dieser Grundlage die These vertreten, dass eben angesichts der gegenwärtigen ökologischen Probleme die Ethik ganz neue Prinzipien entdecken würde, die einen dramati-

schen Bruch mit den bisherigen darstellten. Dagegen freilich ist zunächst darauf zu verweisen, dass die entscheidenden ethischen Argumente im umweltethischen Zusammenhang die moderne universalistische Ethik voraussetzen: Gerade wenn wir jedem Menschen bestimmte Grundrechte zusprechen, ist es inakzeptabel, die Rechte zukünftiger Generationen so brutal zu verletzen, wie wir es etwa dadurch tun, dass wir z.B. Klimaveränderungen auslösen. Erkennen wir die Rechte nicht nur unserer eigenen Nachfahren, sondern auch der Nachkommen von Menschen an, die weit weg von uns leben (etwa auf Inseln, die vom aufgrund der globalen Erwärmung steigenden Meeresspiegel überflutet werden können), so handeln wir aufgrund moralischer Prinzipien, die den archaischen Kulturen völlig fremd waren und die sich den Universalreligionen und ihrer modernen Interpretation verdanken.

Freilich muss dieses grundsätzliche Zugeständnis um vier wichtige Einschränkungen ergänzt werden. Erstens ist einzuräumen, dass die ethischen und ontologischen Probleme, vor die der zentrale, später genauer zu erörternde Begriff der Rechte zukünftiger Generationen stellt, beträchtlich sind und dass, wenn auch seit sehr langem die Menschheit auf intuitivem Niveau Pflichten gegenüber den eigenen Nachkommen anerkannt und auch die traditionelle Ethik derartige Pflichten nie explizit geleugnet, sondern im Gegenteil immer wieder vorausgesetzt hat, sich ausgearbeitete Theorien derartiger Pflichten erst im 20. Jahrhundert finden – und zwar im Utilitarismus, bei John Rawls, bei Hans Jonas und in der Diskursethik (vgl. Unnerstall 1999). Kant quälte viel eher noch die Frage, ob die Opfer, die frühere Generationen beim Aufbau vernünftiger Institutionen auf sich nehmen, zu Recht den kommenden zugute kämen, als die umgekehrte, ob sie auf Kosten der kommenden lebten, und es ist natürlich richtig, dass unter der Voraussetzung kontinuierlichen Fortschritts dies die Fragestellung ist, die sich aufdrängt.[3] Zweitens ist festzustellen, dass ein bestimmtes Modell der Rechtfertigung moralischer Normen, nämlich dasjenige über die wechselseitige Berücksichtigung der jeweiligen Interessen aus egoistischen Motiven, durch die Idee der Rechte kommender Generationen in Frage gestellt worden ist: Die Menschen in hundert Jahren können schwerlich Sanktion verhängen für Schäden, die wir ihnen heute zufügen. Nun ist

[3] Vgl. I. Kant: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, 3. Satz.

die Auffassung, unsere moralischen Pflichten seien eine Funktion unserer eigennützigen Interessen, keineswegs der einzige Ansatz der Moralbegründung, der sich in der Moderne findet; aber er ist seit Hobbes ein besonders populärer, von großem Einfluss auf die führenden Sozialwissenschaften Nationalökonomie und Politikwissenschaft. Insofern lässt sich sagen, dass ein, und zwar entscheidender, Strang der Ethik der Moderne durch die Idee der Generationengerechtigkeit herausgefordert, vermutlich sogar in Frage gestellt worden ist. Dies gilt freilich nicht von Kant und den von ihm abhängigen Strömungen. Doch muss drittens auch über Kant bemerkt werden, dass seine Ethik nur in Personen (und zwar in deren Willen) Entitäten von intrinsischen Werten sieht. Der Gedanke, dass Naturgüter, also Landschaften, pflanzliche und tierische Arten, einzelne Pflanzen und Tiere, an sich wertvoll sind, unabhängig von den faktischen Bedürfnissen und Interessen von Personen an ihnen, ist Kant völlig fremd. Nun hat auch die antike Ethik keineswegs eine ausgearbeitete Theorie unserer Pflichten gegenüber Tieren gehabt – in der „Nikomachischen Ethik“ wird man derartiges vergeblich suchen –, aber Aristoteles sieht trotzdem etwas Wertvolles in vielen Gebilden der Natur (vgl. etwa De anima 402a1 ff.); und viele vormoderne Kulturen, insbesondere des hinduistischen und buddhistischen Kulturkreises, haben bestimmte moralische Schranken im Verhalten gegenüber Tieren anerkannt.[4] Zur Verteidigung der Kantischen Ethik kann man sicher vorbringen, dass eine große Zahl der gegenwärtigen Umweltethiken alleine Menschen, oder besser: Personen, intrinsischen Wert zuspricht, also stark anthropozentrisch ist. Aber es gibt auch andere Ansätze, von denen die meisten, aber nicht alle, wenigstens schwach anthropozentrisch sind, also Personen einen höheren intrinsischen Wert zuordnen als Tieren und Pflanzen. Immerhin stellen auch diese Ansätze keinen grundsätzlichen Bruch mit dem Ethikreservoir der Moderne dar: Der Utilitarismus hat die Schmerzen leidensfähiger Tiere in sein Ethikkalkül einbezogen. Ja, auch und gerade auf schöpfungstheologischer Basis lässt sich die These vom intrinsischen Wert der außermenschlichen Natur durchaus verteidigen, so dass auch die Vertreter dieser Theorie sich keineswegs so sehr außerhalb der bisherigen ethischen Konzeption bewegen, wie sie manchmal glauben.

[4] Neuerdings Münch (1999).

Der vierte Einwand hebt darauf ab, dass eine der Ursachen unserer Umweltprobleme gerade die universalistische Ethik sei. Inwiefern? Nun, ohne Zweifel wurde der Druck auf die Umwelt verstärkt, je mehr Menschen mit der Entwicklung der modernen Demokratie und des modernen Wohlfahrtsstaates auf die Segnungen des modernen Konsums Anspruch erhoben. Hinter den masseneudämonistischen Vorstellungen, die die Politik der modernen Industriestaaten mitbestimmen, stehen sicher egalitäre und universalistische Ideale: Ein annähernd so hoher Konsum wie den Reichen soll möglichst der ganzen Bevölkerung ermöglicht werden. Dieselbe Idee wird auf planetarischem Maßstabe dazu führen, dass auch in den erfolgreichen Schwellenländern ein dem unsrigen vergleichbarer Konsum durchgesetzt wird, mit der unvermeidlichen Folge einer Steigerung unserer Umweltprobleme bis zur Unlösbarkeit, zumindest solange nicht bedeutende technische Innovationen stattfinden. Darauf freilich lässt sich erwidern, dass unsere Umweltprobleme gerade aus der mangelnden Berücksichtigung einer entscheidenden Dimension des universalistischen Gerechtigkeitsbegriffes folgen – nämlich der intergenerationellen Gerechtigkeit. Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Rationalität einer ethischen Theorie ist ihr Universalismus, der nicht zur Disposition stehen darf, zumal es keineswegs der Universalismus an sich ist, der unsere gegenwärtige Konsumhöhe festlegt. Er schreibt nur eine annähernde Gleichheit (nach einer bestimmten Interpretation: bei gleicher Leistung) vor. Wenn der Konsum der gegenwärtigen Generation Lebenschancen der späteren Generation verletzt, dann ist er eben nicht universalisierbar und insofern unmoralisch. Seine Einschränkung muss auf universalistische Weise geschehen; Forderungen der intergenerationellen Gerechtigkeit müssen mit denen der Gerechtigkeit zwischen den Klassen innerhalb eines Staates und mit denen der internationalen Gerechtigkeit vermittelt werden. Das ist sicher eine Aufgabe, die schon theoretisch nicht leicht ist; die Verwirklichung eines entsprechenden Gerechtigkeitsideals wird eine der Hauptaufgaben des 21. Jahrhunderts sein. Sie wird schwierig sein, aber es wird sich lohnen, für sie zu kämpfen.

Das Umweltproblem als Problem intergenerationeller Gerechtigkeit

Das Umweltproblem ist nicht ausschließlich, aber doch auch und gerade ein Gerechtigkeitsproblem, ja wohl das Hauptproblem, das wir kommenden Generationen hinterlassen. Bevor die Konsequenzen eines intergenerationellen Gerechtigkeitsbegriffes für die diversen Institutionen ausgeführt werden, sollen allerdings einige Überlegungen zu den anderen Dimensionen der Problematik entwickelt werden. Denn die Ethik kann nur dann konkret werden, wenn sie den Gegenstandsbereich kennt, den sie zu normieren sucht, wenn sie die Ursachen des Verhaltens versteht, das sie korrigieren will. Sonst wird sie keinen Einfluss auf die Wirklichkeit haben.

In dem oben Implizierten ist schon skizziert, dass unser Umweltverhalten die Folge der Aufsummierung diverser Entwicklungstendenzen ist – gemeinorganischer, spezifisch anthropologischer und schließlich speziell neuzeitlicher. So habe ich oben gesagt, die erste ökologische Krise habe mit den ersten Organismen begonnen. Warum? Nun, das Besondere der organischen Seinsform ist, dass die komplexe Form des Organischen nur durch einen ständigen Energie- und Stoffwechsel aufrechterhalten werden kann; der Metabolismus gehört ebenso wie die Teleonomie der Form zu den Wesensmerkmalen des Organischen. Die organische Seinsweise ist prekär; und daraus folgt, dass sie nur durch die Fähigkeit zur Reproduktion auf Dauer gestellt werden kann. Metabolismus und Vermehrung des Organismus bedeuten aber per definitionem einen zunehmenden Druck auf die Ressourcen. Die ersten Organismen waren nun heterotroph, und daher waren sie sich wechselseitig die wichtigste Nahrungsquelle. Offensichtlich hätte diese Situation bald zur Auslöschung des gerade begonnen Abenteuers des Lebens geführt, wenn nicht bald eine der großartigsten Erfindungen des Lebens erfolgt wäre – die Photosynthese. Allein dadurch haben sich stabile Stoff- und Nahrungskreisläufe durchsetzen können, die die Expansion des Lebens ermöglicht haben. Allerdings ist diese Expansion des Lebens als ganzem verbunden mit der Vernichtung unzähliger Organismen sowie mit Artenschwund und Artentod; ohne Veränderung von Ökosystemen könnte es keine Evolution geben.[5] Während im Fall des Arten-

[5] Zur Spannung zwischen Evolutionsbiologie und Ökologie und ihrer möglichen Verbindung siehe Potthast (1999).

schwunds aus der Stammart eine oder mehrere Folgearten hervorgehen, trotz des Aussterbens jener also ihr genetisches Material in veränderter Form weiterbesteht, produzieren beim Artentod die Individuen einer Art keine Nachkommen mehr. Ursache der Evolution ist die zu Selektionsprozessen führende Konkurrenz zwischen verschiedenen Arten und zwischen Individuen derselben Art, wobei die Konkurrenz eine notwendige Folge der Superfekundität ist, also der Tatsache, dass mehr Individuen geboren werden, als ernährt zu werden vermögen – ohne einschränkende Faktoren würde die Individuenzahl einer Population exponentiell zunehmen. Es ist also das Bevölkerungswachstum, nicht das Wachstum der Bedürfnisse, das in der organischen Welt ökologische Ungleichgewichte schafft und damit allerdings auch die Evolution vorantreibt. Dabei haben nicht nur abiotische Faktoren eine limitierende Funktion, sondern auch und gerade biotische wie Artgenossen, Feinde, Beutetiere – je erfolgreicher das Leben ist, desto mehr nimmt die Bedeutung einschränkender biotischer Faktoren zu. Von Interesse für unsere Fragestellung ist dabei die Tatsache, dass gerade die sehr erfolgreiche Bejagung eines Beutetiers durch einen Jäger (der allein auf dieses Tier angewiesen sei) zu einer Verminderung der Population des Jägers führen muss – nur diese erlaubt die Erholung der Beutepopulation und gewährleistet dadurch das Überleben der Art, zu der der Jäger gehört. Die genaue Systemanalyse der wechselseitigen funktionellen Abhängigkeiten der verschiedenen abiotischen und biotischen Parameter ist ein Hauptziel der Ökologie.

Die menschliche Bedürfnisstruktur – die neben der Bevölkerungszahl und dem Stand der Technologie die entscheidende Determinante des Ausmaßes der menschlichen Eingriffe in die natürliche Umwelt ist – unterscheidet sich von der tierischen durch zwei Faktoren: Einerseits macht die Sorge um die Zukunft den Menschen, in Hobbes‘ treffenden Worten, „fame futura famelicus“, also hungrig mit zukünftigem Hunger.[6] Andererseits erklärt die Selbstbewusstseinsproblematik, warum Menschen ihr Verhalten, auch und gerade ihr Konsumverhalten, stets durch den Vergleich mit dem Verhalten ihrer Mitmenschen mitbestimmen lassen. Das Bedürfnis, um das es dabei geht, ist, in den Worten Rousseaus, nicht so sehr ein „wirkliches“ Bedürfnis als vielmehr der

[6] De homine 10.3.

Wille, sich über die anderen zu erheben (Rousseau 1981, S. 104). Immerhin enthalten diese beiden Ursachen in sich auch die Möglichkeit, den drohenden Umweltkatastrophen zu wehren – die Fähigkeit zur Vorsorge kann, wenn sie nicht auf die Verfolgung des Eigennutzens beschränkt wird, durchaus zum Schutze der Rechte kommender Generationen verwandt werden; und ein Wettbewerb ist im Prinzip auch bei der Verwirklichung moralischer Normen denkbar – es ist nicht ausgeschlossen, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Menschen einander in der moralischen Qualität ihres Verhaltens übertreffen wollen. Zwar ist es richtig, dass einem derartigen Motiv nicht die höchste moralische Reinheit zukommt; aber wir können es uns nicht leisten, auf moralisches Handeln aus den reinsten Quellen zu harren. Dies um so mehr, als die psychologischen Anforderungen bei der Änderung unseres Verhaltens beträchtlich sind. Die Schwierigkeiten, die Folgen unseres Verhaltens vorherzusehen und sie sich sinnlich vorzustellen, wenn man abstrakt über sie informiert worden ist, sind sehr groß, und selbst wenn das gelingt, ist eine Umstellung des Verhaltens nicht nur deswegen schwierig, weil seine Folgen vermutlich weit weg in Raum und Zeit eintreten werden – selbst bei guten Absichten ist jene nicht leicht, weil der Einzelne sich naheliegenderweise sagen wird, dass er als Einzelner ohnehin nur wenig ändern könne: Das Gefühl für kollektive Verantwortlichkeiten ist notorisch schwächer als für individuelle.

Menschliches Handeln kann nicht rein individualistisch erklärt werden; individuelle Interessen, Bemühungen um Anerkennung, schließlich Werte bilden sich vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Institutionen heraus. Dass im 20. Jahrhundert die Wirtschaft zu dem dominierenden gesellschaftlichen Subsystem geworden ist, kann schwerlich bestritten werden, und ebensowenig kann geleugnet werden, dass unsere Weise des Wirtschaftens die gegenwärtige Belastung der Umwelt miterklärt. Diese Weise des Wirtschaftens ist ein Resultat einer bestimmten geschichtlichen Entwicklung, die aus der in der Antike unbekannten Verbindung von Wissenschaft, Technik und Kapitalismus, modernem Staat und universalistischer Ethik resultiert. Die moderne Technik wäre intellektuell nicht möglich gewesen ohne eine Verbindung mit einer Wissenschaft, die anders als in der klassischen Antike das Unendliche positiv bewertet, qualitativen Bestimmungen Quantitäten überordnet und daher nach einer umfassenden Mathematisierung

der Welt strebt, Finalursachen aufgibt, umfassend experimentiert und daher auf die Zusammenarbeit mit der Technik angewiesen ist, und sie wäre nicht zu finanzieren gewesen, wenn sie nicht neuen wirtschaftlichen Zwecken wie der Massenproduktion dienstbar gemacht worden wäre, hinter der zunehmend Gewinnmaximierung als Selbstzweck steht. Das Rechts- und Gewaltmonopol des modernen Staates hat die planmäßige Entfaltung der Wirtschaft erleichtert, und egalitäre Vorstellungen haben, wie schon erläutert, den Aufbau einer Gesellschaftsordnung geradezu zur Pflicht gemacht, die möglichst vielen Menschen ein möglichst hohes Konsumniveau gestattet. Allerdings versteht es sich von selbst, dass es keine Alternative zu einer – wie auch immer beschaffenen – Wirtschafts- und Rechtsordnung geben kann. Ja, der für die Konstitution des Ökonomischen zentrale Begriff der Knappheit deutet darauf hin, dass zwischen Ökologie und Ökonomie der Sache nach weniger Spannung bestehen müssen, als man oft denkt, und wenn das Umweltproblem auch und gerade ein Gerechtigkeitsproblem ist und das Recht anders denn als Bemühen und Gerechtigkeit nicht angemessen zu verstehen ist, dann ist klar, dass eine rechtsförmige Lösung der Umweltprobleme unabdingbar ist.

Der Beitrag der Philosophie zur Lösung der intergenerationellen Probleme

Wenn wir alle Tatsachen der Welt kennten, also wüssten, was der Fall war, ist und sein wird, hätten wir immer noch keine Antwort auf die Frage, was wir tun sollten. Normative Sätze sind aus deskriptiven alleine nicht abzuleiten – seit Hume wissen wir, dass der sogenannte naturalistische Fehlschluss unzulässig ist; und dies spricht meines Erachtens entschieden dagegen, gleichsam aus Solidarität mit der Natur eine naturalistische Metaphysik zu akzeptieren, die die Differenz zwischen Sein und Sollen einebnet. Allerdings sind die meisten konkreten Normen als Konklusionen aus einem gemischten Syllogismus zu begründen: Aus einem normativen Satz, der die Erreichung eines Zieles Z vorschreibt, und aus deskriptiven Sätzen, die erklären, dass M ein notwendiges Mittel für Z ist, können wir ableiten, dass wir – sofern keine weiteren moralischen Prinzipien dagegen sprechen – M einsetzen sollen.[7]

[7] Dazu und im Folgenden siehe die Argumentationen in meinem Werk Hösle (1997).

Was die rein normativen Prinzipien betrifft, so habe ich schon erwähnt, dass in der Moderne ein Konsens darüber erzielt worden ist, dass jede rationale Ethik universalistisch sein muss, also vom Generalisierbarkeitspostulat ausgehen muss: Ein Vernunftwesen kann ein Recht oder eine Pflicht nur dann haben, wenn – ceteris paribus – alle anderen Vernunftswesen dasselbe Recht oder dieselbe Pflicht haben. Natürlich ist dieses Prinzip nur eine notwendige, nicht eine hinreichende Bedingung, um eine konkrete Ethik aufzubauen; wir brauchen zusätzlich Annahmen über Grundgüter wie Leben, Gesundheit, Eigentum, Freiheit, die dann jedem Vernunftwesen zugebilligt werden müssen. Wie wir solche Annahmen begründen können, muss hier vernachlässigt werden; am aussichtsreichsten sind meines Erachtens transzendentale Argumente, die auf dasjenige reflektieren, was Bedingung der Möglichkeit des eigenen Handelns oder Argumentierens ist. Ob solche Argumente zu einer Vision der Welt erweitert werden können, nach der auch Organismen, insofern sie an bestimmten Vorformen der Geistigkeit teilhaben, einen intrinsischen Wert haben, kann hier ebenfalls nicht diskutiert werden; obwohl ich die These für richtig halte, will ich mich vielmehr darauf beschränken, in den folgenden Überlegungen von den Rechten kommender Generationen auszugehen, weil diesbezüglich leichter ein Konsens erzielt werden kann. Ich gehe ferner davon aus, dass die Rechte kommender Generationen nicht nur einen der individuellen Moralität überlassenen moralischen Anspruch bedeuten (wie etwa das Recht, von seinen Freunden nicht belogen zu werden), sondern ein Recht im klassischen naturrechtlichen Sinne, also einen Anspruch, der aus moralischen Gründen mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden darf oder soll. Die Pflicht zur rechtlichen Durchsetzung bestimmter moralischer Güter ergibt sich daraus, dass allein dadurch deren Verwirklichung garantiert werden kann – die meisten Menschen würden unmoralisch handeln, wenn sie nicht darauf vertrauen könnten, dass sie selbst vor analogen Ungerechtigkeiten geschützt würden, u.a. durch die überzeugende Androhung negativer Sanktionen. Zwar ist es völlig richtig, dass derjenige besonders moralisch ist, der sich nach bestimmten moralischen Prinzipen auch dann richtet, wenn sie nicht durch das positive Recht geschützt sind; jeder rechtspolitische Fortschritt setzt voraus, dass es Menschen gibt, deren moralischer Horizont über das faktische Recht hinausgeht. Aber das Ziel dieser Menschen muss eben sein, ihre mora-

lischen Ideen in eine Rechtsform zu gießen, wenn das eine notwendige Voraussetzung dafür ist, dass sie Wirklichkeit gewinnen. Menschen, die über die faktische Sittlichkeit und Rechtsordnung ihrer Zeit hinausdenken, sind unabdingbar, aber eine Moralität, die ihre Institutionalisierung verweigert, kann nicht geschichtsmächtig werden.

Was wäre eine generationengerechte Gesellschaft? Als ökologisch generationengerecht gilt eine Entwicklung, die eine Nutzung der Umwelt auch für kommende Generationen ermöglicht. Die Definition ist natürlich vage, weil der Begriff „Nutzung" nicht präzise definiert ist; bei den anspruchsvollsten Vorstellungen von Generationengerechtigkeit könnte es sogar um eine mindestens ebenso hohe Lebensqualität, wie „wir" – die Reicheren, die Ärmeren, durchschnittlich? – sie gegenwärtig haben, für jedes einzelne Mitglied der kommenden Generationen gehen (was bei Bevölkerungswachstum voraussetzt, dass die Gesamtmenge der Güter nicht nur gleich bleibt, sondern zunimmt).

Der Begriff der Rechte kommender Generationen ist natürlich klärungsbedürftig: Erstens versteht es sich von selbst, dass es sich dabei fast immer um einen Kurzausdruck für die Rechte zukünftiger Individuen handelt; zweitens wird man am ehesten die These vertreten, dass die Rechte kommender Generationen etwa auf eine einigermaßen saubere Umwelt bedingte Rechte sind, die nur unter der Bedingung der Existenz zukünftiger Menschen eintreten werden, von denen allerdings eine normative Vorwirkung ausgeht: Selbst wenn die entsprechenden Rechte erst in einigen hundert Jahren zur Existenz kommen werden, ist es jetzt nicht statthaft, Handlungen oder Unterlassungen zu begehen, die sie dann zwangsläufig oder mit großer Wahrscheinlichkeit verletzen werden. Wer etwa eine Bombe auf einem jetzt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft vielbesuchten Platz versteckt, die erst in zweihundert Jahren losgehen wird, macht sich jetzt zumindest moralisch des versuchten Mordes schuldig, selbst wenn seine Handlung die Rechte keines jetzt lebenden Menschen verletzt. Im Fall zukünftiger Generationen lässt sich zudem sagen, dass ihre Existenz nicht nur hochwahrscheinlich ist, sondern dass es zwar nicht immer für jeden einzelnen, aber doch prima facie eine moralische Pflicht gibt, sich um die Erzeugung und die Aufzucht von Nachwuchs zu bemühen. Unsere Pflichten gegenüber zukünftigen Menschen hängen u.a. von ihrer Zahl und ihren Bedürfnissen ab. Was erstere betrifft, so lassen sich jetzt

schon bestimmte Entwicklungen für die nächsten Jahrzehnte antizipieren; zudem ist unbestreitbar, dass es für den Menschen wie für jede andere Art einen bestimmten Grenzwert gibt, die Tragekapazität des Ökosystems Erde. Natürlich ist dieser Wert beim Menschen nicht eindeutig auszumachen; bei geringerer Bedürfnishöhe kann die Bevölkerungszahl erhöht werden; technische Fortschritte können bei gleichbleibenden Bedürfnissen die Tragekapazität nach oben treiben; die weitere Verdrängung von Pflanzen- und Tierarten kann den Grenzwert für den Menschen erhöhen. Letzteres ist moralisch allerdings schwerlich zulässig, auch (aber nicht nur) weil wir die Relevanz einer bestimmten Art für die Selbstregulationsfähigkeit eines Ökosystems und für die wirtschaftlichen, aber auch ästhetischen Interessen zukünftiger Generationen nicht ausreichend kennen; und auch wenn man der These zustimmen sollte, dass eine große Bevölkerungszahl bei niedrigen Bedürfnissen besser ist als eine kleinere bei entsprechend höheren Bedürfnissen, sollte man realistischerweise davon ausgehen, dass bei der Bedürfnisstruktur des modernen Menschen eine Senkung der eigenen Bedürfnishöhe viel unwahrscheinlicher ist als die zeitweilige Überschreitung jenes Grenzwertes mit der unvermeidlichen Folgen eines brutalen Daseinskampfes. Bemühungen um eine Abschwächung des Bevölkerungswachstums sind daher moralisch geboten, auch wenn das nichts an der Pflicht ändert, die Rechte der zukünftigen Menschen möglichst umfassend zu berücksichtigen.

Diese Rechte kann man in Abwehr- und Leistungsrechte einteilen. Leistungsrechte zukünftiger Generationen haben mit den positiven Handlungen zu tun, die wir ihnen schulden, also im wesentlichen mit Investitionen, Abwehrrechte mit Unterlassungen. Rechtssystematisch sind Abwehrrechte grundlegender als Leistungsrechte; und es ist offenkundig, dass die meisten Verletzungen der Rechte kommender Generationen Verletzungen ihrer Abwehrrechte sind – etwa auf Leben, Gesundheit, Eigentum. Um ihre Abwehrrechte zu schützen, sind – mit Ulrich Hampicke (Hampicke 1992, S. 314 ff.) – drei allgemeinste ökologische Zielvorstellungen zu nennen: erstens der Erhalt gewisser Elemente, deren Verlust irreversibel ist, wie etwa bestimmter Arten, zweitens die Beibehaltung der Selbstregulierungsfähigkeit der Biosphäre, drittens in einigen Fällen die Bewahrung eines bestimmten konstanten Zustandes (auch wenn die lebende Natur sich an ein anderes Klima

anpassen könnte, wie sie es schon mehrmals getan hat, ist davon auszugehen, dass der entsprechende Anpassungsprozess die Grundgüter vieler Menschen vernichten würde). Aber nicht nur Verschmutzungen der Umwelt über einem bestimmten, zugegebenermaßen nicht genau zu definierenden Niveau sind zu vermeiden; auch der Ressourcenverbrauch ist drastisch einzuschränken. Die Faustregeln, die dabei zu befolgen sind und die nach verschiedenen Aspekten (etwa den verschiedenen Funktionen der Ressourcen) weiter differenziert werden müssen (vgl. Unnerstall 1999, S. 132 ff.), wird man nach erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen unterscheiden, auch wenn die Unterscheidung zwischen beiden Typen vom Verhältnis zwischen Neubildung und Nutzung abhängt – man kann sich eine Wirtschaftsordnung vorstellen, in der fossile Energiequellen zu den regenerierbaren Ressourcen zählen. Bei den erneuerbaren Ressourcen wird man den Naturkapitalstock schonen und sich auf die „Zinsen“ beschränken müssen, während bei den nichtregenerierbaren Ressourcen eine analoge Regelung sinnlos ist: Vielmehr wird es um eine staatlich gelenkte Preissteigerung knapper werdender Ressourcen, verbunden mit dem Bemühen um Substitution, gehen, wobei verschiedene Formen von Substitutionen denkbar sind – durch bisher noch nicht abbaubare Vorräte, durch technische Innovationen, durch die Erschließung bisheriger Nicht-Ressourcen. Gleichzeitig sind Grenzen der Substituierbarkeit zwischen natürlichem und künstlichem Kapitalstock anzuerkennen. Die sogenannten „essentiellen Ressourcen sind nicht gegen Güter des künstlichen Kapitalstocks austauschbar.“ (Renn/Zwick 1997, S. 158)

Die Auffassung, dass für jede Generation Grenzen bei der Aneignung von Ressourcen bestehen, setzt eine Eigentumstheorie voraus, nach der „die Natur“ als Ganze nicht Eigentum eines einzelnen oder einer Generation werden kann. Diese Theorie steht nicht im Widerspruch zur erstmals von Locke ausgearbeiteten Auffassung, nach der Arbeit ein Recht auf Privateigentum begründet, eben weil die Ressourcen nicht Produkt menschlicher Tätigkeit sind. Auch bei Locke steht ja die Aneignung von Ressourcen unter dem Vorbehalt, dass für die anderen genügend übrigbleibe; und man kann ihn sehr wohl dahingehend interpretieren, dass dies auch spätere Generationen einschließen müsse, so dass die Auffassung, die ursprüngliche Appropriation sei erfolgt, als alle genug hatten, und das Eigentum sei dann nach naturrechtlichen

Prinzipien übertragen worden, deswegen zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Eigentumsverteilung nicht ausreicht, weil entweder die Aneignung oder die Eigentumsübertragung nicht als moralisch legitim angesehen werden darf, wenn sie zu einer Situation führt, in der die Ärmsten, sei es dieser, sei es der kommenden Generationen, keinen ausreichenden Zugriff auf Ressourcen haben. Aber natürlich muss eine sinnvolle Rechtsordnung – wie auch immer eingeschränkte – individuelle Eigentumsrechte kennen, auch und gerade weil keine andere Form des Eigentums so sehr zur Verantwortlichkeit anhält wie das Privateigentum. Unter naturrechtlichen Gesichtspunkten wird man davon ausgehen, dass die von einer Generation verwendbaren unbearbeiteten natürlichen Ressourcen durch die Zahl der gerade lebenden Menschen geteilt werden sollten; jeder hätte auf diese Weise den gleichen „Umweltraum“, einen Begriff, den man auch auf den Teil der Natur beziehen kann, den der Einzelne auf universalisierbare Weise mit Emissionen belasten darf. Es versteht sich, dass, um eine sinnvolle Allokation der Ressourcen zu haben, Teile des eigenen Umweltraums mit anderen Teilen tauschbar sein müssen. Was Naturgüter angeht, die nicht teilbar sind, ohne das ihr Wesen zerstört wird, ist eine Auktionslösung die sinnvollste: Sofern in einem fiktiven Naturzustand jeder die gleiche Anzahl von Zahlungsmitteln erhält, ist es gerecht, dass derjenige ein unteilbares Gut erhält, der seinetwegen am meisten Verzicht zu leisten willens ist. Wichtig ist ferner, den Eigentumsbegriff wesentlich vom Gebrauch her zu denken. Das bedeutet, dass der Käufer eines Gegenstandes einen Anspruch darauf haben sollte, diesen nach Gebrauch an den Hersteller zurück zu geben, der für die sachgemäße Entsorgung – und das heißt im Idealfall: im Sinne einer Kreislaufwirtschaft – die Verantwortung trägt.

Legitimes Privateigentum ist natürlich zu schützen, u.a. mit den Mitteln des Haftungsrechts, das international angeglichen und bei bestimmten Fällen wie Schäden aufgrund von Klimakatastrophen vor internationalen Gerichten durchgesetzt werden sollte. Umweltopfer müssen nach dem Verursacherprinzip entschädigt werden; die Externalisierung von Umweltkosten darf nicht zugelassen werden. Sicher ist es bei vielen Umweltschäden nicht möglich, einen individuellen Verursacher zu ermitteln; doch ist die Antwort auf dieses Problem naheliegend – „die Schaffung eines Entschädigungsfonds ..., der durch Beiträge der Um-

weltverschmutzer (entsprechend den von ihnen jeweils gesetzten Schadensrisiken) zu finanzieren ist". (von Hippel 1992, S. 313) Es spricht manches dafür, dass mehr mit zivilrechtlichen als mit strafrechtlichen Mitteln zu erreichen ist, auch wenn der weitere Ausbau des Umweltstrafrechts unabdingbar ist; die Staaten mit weitergehenden Auflagen sollten Töchterunternehmen eigener Unternehmen im Ausland zwingen, sich an die Standards des Heimatlandes zu halten. Um die Waffenungleichheit zwischen den gegenwärtigen und den zukünftigen Menschen, die ja noch nicht da sind und ihre Rechte verteidigen können, wenigstens etwas zu mindern, ist ein Klagerecht der Umweltverbände unbedingt sinnvoll.

Der Beitrag der Einzelwissenschaften

Wie eben angedeutet, verfügt unser Recht durchaus über Mittel, die Umwelt zu schützen; es geht mehr darum, etwa das Haftungsrecht weiterzuentwickeln und bestimmte Rechtsgedanken zu internationalisieren, als radikal mit dem individualistischen Rechtssystem der Moderne zu brechen. Analoges gilt für die Wirtschaft. Zwar ist es verbreitet, von einem Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie zu sprechen, und es ist natürlich nicht zu bestreiten, dass das Streben nach Profit einem großen Teil der Umweltzerstörung zu Grunde liegt. Allerdings muss stets ergänzt werden: nach kurzfristigem Profit, wobei „kurzfristig" durchaus die Lebenserwartung des entsprechenden Akteurs umspannen kann. Wenn dieser rational-egoistisch handelt, kann es sehr wohl elementare Rechte kommender Generationen verletzen. Aber da der Egoismus eine unüberwindbare menschliche Konstante ist, kann die Aufgabe sinnvoller Wirtschaftspolitik nur diejenige sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb deren egoistische Interessen nur befriedigt werden können, wenn man zugleich die Rechte anderer respektiert und deren Interessen fördert. In der Tat ist eine generische Polemik gegen wirtschaftliche Rationalität deswegen völlig irreführend, weil Effizienz, das Kernelement wirtschaftlicher Rationalität, rein formal verstanden wird und daher sowohl mit guten als auch mit schlechten Zwecken verbunden werden kann. Eine Maßnahme ist effizienter als eine andere, wenn sie mit geringerem Aufwand dasselbe Ziel oder mit gleichem Aufwand mehr von dem gewünschten Ziel erreicht; und sofern das Ziel positiv und der getätigte Aufwand, der unsere zukünftigen Möglich-

keiten beschränkt, dem Ziel zu dienen, negativ bewertet werden, ist es moralisch geboten, bei der Durchsetzung moralischer Ziele effizient zu verfahren. Effizienz ist nicht immer gut – wir können nicht wünschen, dass Kriminelle besonders effizient arbeiten; aber wenn die Ziele moralisch ausgezeichnet sind, besteht eine moralische Pflicht, die Effizienz zu steigern. Maßnahmen zum Schutze der Umwelt müssen effizient sein; wir können es uns angesichts der enormen Probleme gar nicht leisten, auf Effizienz und d.h. eben auch wirtschaftliche Rationalität zu verzichten. Sicher gibt es in der gegenwärtigen Nationalökonomie folgenschwere Fehlentscheidungen wie die Bemessung des Wohlstandes einer Gesellschaft durch das Bruttosozialprodukt, an dem u.a. problematisch ist, dass es alle defensiven Kosten einschließt – Umweltschäden, die Reparaturen erforderlich machen, erhöhen das BSP, während es in einer intelligenten Umweltpolitik doch offenbar auf die Ersetzung von Reparaturen durch Prävention ankommt. Aber die Alternative kann nicht die grundsätzliche Ablehnung quantitativer Analysen sein, auch wenn sich wesentliche Aspekte des menschlichen Wohlbefindens quantitativ nicht erfassen lassen; viel nützlicher ist, den Nettowohlstand einer Gesellschaft zu messen, also das Nettosozialprodukt abzüglich der Wohlstandskosten (vgl. etwa Scherhorn / Haas / Hellenthal / Seibold 1996).

Es ist ferner anzuerkennen, dass eine Universalisierung des Gedankens des Marktes sehr wohl der richtige Ansatz ist, um den Schutz kommender Generationen zu verstärken. In Marktwirtschaften ist der Preis eine Funktion von Angebot und Nachfrage, und es ist nicht leicht zu sehen, wie anders der Preis bestimmt werden sollte, wenn man an der Zielvorstellung eines Gleichgewichtes von Angebot und Nachfrage festhält (von den größeren Freiheitschancen in einer Marktwirtschaft ganz zu schweigen). Nur das Steigen des Preises eines knapper werdenden Gutes schafft Anreize, mit dem Gut sparsamer umzugehen bzw. das Angebot zu erhöhen. Unsere Umweltprobleme haben nicht damit zu tun, dass wir zu wenig Markt haben, sondern dass die Nachfrage kommender Generationen auf dem Markt nicht präsent ist – diese würde sofort dafür sorgen, dass mit den knapper werdenden Ressourcen sparsamer umgegangen würde. In der Tat führt ja der Markt nicht zu einer Befriedigung der Bedürfnisse aller, sondern nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen mit Kaufkraft. Die Ärmsten einer Gene-

ration haben aber kaum bzw. keine Kaufkraft – und daher ist es Pflicht eines gerechten Staates, ihnen Kaufkraft zu verhelfen. Für die schon lebenden Menschen kann das der Staat im Rahmen der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik erreichen; für die zukünftigen Generationen gibt es einen einfachen Weg, ihre Nachfrage gleichsam symbolisch vorwegzunehmen – durch Eingriffe in den Preisbildungsprozess. Um die Entnahme von Ressourcen bzw. die Verschmutzung der Umwelt zu begrenzen, kann der Staat Mengen festsetzen; er kann aber auch die Preise festlegen, was indirekt ebenfalls zu einer Begrenzung der Mengen führt. Beide Lösungen haben Vorteile – die Mengenlösung erreicht ihr Ziel unmittelbar, das die Preislösung verfehlen kann, während letztere gleichzeitig einen Anreiz schafft, unter der festgesetzten Menge zu bleiben. Klar ist jedenfalls, dass das Ziel der sogenannten Umweltsteuern – deren langsame Einführung eine der bedeutendsten Leistungen der gegenwärtigen Bundesregierung ist – nicht die Erhöhung des Steueraufkommens des Staats, sondern die Senkung des Umweltverbrauchs sein muss; auf ihre Lenkungswirkung kommt es an, die am höchsten wäre, wenn sie gar nicht mehr eingezogen werden müssten. Natürlich müssen in einem Lande wie Deutschland zeitgleich mit der Einführung der Umweltsteuern andere Steuerarten gesenkt werden; denn die Steuerlast ist hier viel zu hoch und eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit.

Es ist wahrscheinlich, dass Umweltsteuern, wenn man sie schließlich in der sachlich richtigen, d.h. den Ressourcenverbrauch auf das erforderliche Maß einschränkenden Höhe erheben wird, einen großen Druck in Richtung auf die Steigerung des Wirkungsgrades bei Produktion, Verteilung und Konsum erzeugen werden. Von einer Effizienzrevolution ist in der Tat eine bedeutende Entlastung der Umwelt zu erwarten. (Von Weizsäcker / Lovins / Lovins 1995) Träger einschneidender Veränderungen in einer Volkswirtschaft bzw. in der Weltwirtschaft sind in der Regel dynamische Unternehmer in Schumpeters Sinne; und die Behinderung der Wirkungsmöglichkeiten derartiger Unternehmer erhöht nicht die Innovativität einer Volkswirtschaft. Zwar ist es richtig, dass die schöpferische Zerstörung, die jede Innovationsphase in der Wirtschaft charakterisiert, für eine gewisse Zeit Arbeitslosigkeit schafft und den Abstand zwischen Arm und Reich vergrößert; wenn aber dafür gesorgt ist, dass niemand unter das Niveau absoluter Armut fällt, und

wenn die Alternative zu temporärer Arbeitslosigkeit während des Anpassungsprozesses eine Stagnation der Wirtschaft mit verbreiteter und langandauernder Arbeitslosigkeit als Folge ist, dann ist das Zulassen der schöpferischen Zerstörung im allgemeinen das kleinere Übel, und ganz besonders in jenem Falle, der elementare Rechte kommender Generationen schützt. Die kommenden Generationen sind in einem bestimmten Sinne des Wortes die sozial Schwächsten, und es hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, wenn der Status quo mit dem Argument verteidigt wird, eine Verteuerung etwa der Benzinpreise würde die Ärmeren zu einer Beschränkung ihrer Autofahrten zwingen. Dies ist genau der Zweck der Maßnahme, die im Übrigen auch die Reicheren zu Einschränkungen, wenn auch auf höherem Niveau, zwingt, wenigsten solange nicht intelligente Ingenieure Autos mit höherer Effizienz entwickeln. Klar ist freilich, dass derartige Maßnahmen nur dann nicht als schmerzlich, sondern vielleicht sogar als befreiend erfahren werden, wenn die Bedürfnisstrukturen des Menschen sich modifizieren. Dies ist auch deswegen notwendig, weil alle Fortschritte der Effizienzrevolution schnell wieder aufgefressen würden, wenn die Bedürfnisse ähnlich schnell wüchsen wie die Effizienz. Ohne eine Suffizienzrevolution, ohne eine Kultur der Genügsamkeit, die sich u.a. aus der Empfindung des intrinsischen Wertes bedrohter Naturgüter speist, werden alle rechtlich-technisch-ökonomischen Fortschritte schwerlich ausreichen.

Es ist denkbar, eine nachhaltige Ökonomie zu schaffen, in der die Verfolgung des Eigeninteresses ohne Verletzung der Rechte der kommenden Generation stattfindet. Dazu muss der Staat nicht in die einzelnen Entscheidungen ökonomischer Akteure eingreifen; er muss nur die Rahmenbedingungen vernünftig regeln. Aber werden die Staaten das tun? Bedarf es nicht auf der politischen Metaebene eben doch eines Abschieds vom natürlichen Egoismus, um eine vollkommenere Harmonie zwischen Eigennutz und Gemeinwohl herzustellen, als wir sie augenblicklich haben? Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als in den modernen Demokratien die Rechte der kommenden Generationen ebenso wenig geschützt sind wie in den modernen Marktgesellschaften. Kommende Generationen haben nicht nur keine Kaufkraft, sie haben auch kein Stimmrecht und keine Vertreter. Immerhin ist zu berücksichtigen, dass die modernen Demokratien eine komplexe Verbindung zweier Prinzipien darstellen, die logisch voneinander unabhängig sind,

auch wenn sie miteinander verbunden werden können – des Gedankens der Herrschaft der Mehrheit (des Mehrheitsprinzips) und des liberalen Prinzips des Schutzes der Grundrechte jedes Einzelnen auch vor der Mehrheit.[8] Verfassungsgerichte können mehrheitlich vom Parlament erlassene Gesetze zurückweisen, wenn sie gegen die Verfassung, etwa gegen die Grundrechte, verstoßen. Wird der Schutz kommender Generationen als Staatsziel oder werden gar Individualrechte der Mitglieder nachrückender Generationen von der Verfassung anerkannt, dann könnte und müsste das Verfassungsgericht sich für deren Rechte oder Interessen einsetzen. Sinnvoll wäre auch ein eigenes Staatsorgan, das aus ausgewiesenen, für eine einzige recht ausgedehnte Amtsperiode gewählten oder ernannten Experten bestünde und die Rechte nachrückender Generationen in Analogie zur zivilrechtlichen Figur des Vormunds verträte, sei es als Konsultativorgan, sei es unter Umständen sogar mit Vetorecht gegenüber Gesetzen des Palaments.

Die Notwendigkeit von Global Governance

Eine der größten Schwierigkeiten der Verwirklichung intergenerationeller Gerechtigkeit liegt sicher in der internationalen Dimension des Problems. Zumal angesichts der Globalisierung, die in vielen Ländern zu einer gesteigerten Ausbeutung der Ressourcen geführt hat, ist es verführerisch, eine Begrenzung des internationalen Handels und vielleicht allgemein der internationalen Kooperationen zu fordern. In der Tat kann man plausibel dahingehend argumentieren, dass die Weltpreise für Transportkosten weit entfernt sind von dem Niveau, das sie bei Berücksichtigung der Rechte kommender Generationen haben müssten, und dass daher der Transport über weite Strecken ökologisch nicht sinnvoll ist. Staaten mit angemesseneren Preisen für knappe Ressourcen brauchen sich auch nicht die Konkurrenz von Staaten gefallen zu lassen, die aufgrund niedrigerer Umweltstandards auf Kosten kommender Generationen produzieren; Ökozölle sind ebenso vertretbar wie Ökosteuern. Aber in dem Augenblick, in dem die Preise stimmen und soziale Mindeststandards gesichert sind, ist gegen den Welthandel nichts mehr zu sagen, und protektionistische Reaktionen sind nichts anderes als eine Flucht vor dem Druck, die eigene Effizienz zu erhöhen, die, wie wir

[8] Zur genauen Analyse beider Prinzipien immer noch vorbildlich: Schmitt (1928).

gesehen haben, auch und gerade aus ökologischen Gründen zu begrüßen ist. Entscheidend wird es sein, sich in internationalen Verträgen und langfristig eventuell sogar zentral über einen dem Sicherheitsrat analogen Umweltrat der Vereinten Nationen auf Umweltstandards beim Ressourcenverbrauch und den Emissionen in der Umwelt zu einigen. Es versteht sich von selbst, dass die Beibehaltung des Status quo etwa bei den CO_2-Emissionen nichts mit Gerechtigkeit zu tun hat; sie würde den Vorsprung der Industriestaaten nur zementieren. Gerecht ist nur die Zuweisung des gleichen Umweltraums an jeden Menschen, und d.h. konkret je nach der Einwohnerzahl an die einzelnen Staaten. Eine solche Zuweisung an die einzelnen Staaten sollte dann freilich für eine Reihe von Jahren gelten, nicht nur aus Gründen der Praktikabilität, sondern auch um Anreize bei der Beschränkung des Bevölkerungswachstum zu schaffen.

Fazit

Die Aufgaben, die das neue Jahrhundert zu lösen hat, um eine generationengerechte Gesellschaft zu schaffen, sind enorm. Es wird ein ökologisches Jahrhundert werden, oder es wird zu Katastrophen führen, die wohl all das in den Schatten stellen werden, was wir bisher aus der menschlichen Geschichte kennen. Es ist verständlich, wenn man angesichts dieser Herausforderungen manchmal von Mutlosigkeit erfasst wird. Aber wenigstens braucht man nicht zu befürchten, dass das neue Jahrhundert langweilig werden wird; und es lässt sich auch nicht behaupten, dass unsere Vernunft uns angesichts der neuen Gefahren im Stich lässt. Es ist zwar eine sektorielle Vernunft, die die schon im Organischen angelegte ökologische Krise am Ende des 20. Jahrhunderts so zugespitzt hat, wie wir es erleben; aber eine umfassende Vernunft, die grundlegende Werte wie insbesondere die Gerechtigkeit anerkennt und die in einer Kette menschlicher Generationen, die den Eigenwert der Natur zu respektieren lernt, etwas Erhabeneres sieht als in der stumpfen Befriedigung egoistischer Interessen, hat durchaus die Möglichkeit, die Umweltprobleme zu lösen. Lasst uns diese Vernunft nutzen.

Dieser Beitrag erschien erstmals in leicht veränderter Fassung in:
Di Blasi, L. / Goebel, B. / Hösle, V. (2001) (Hg.): Nachhaltigkeit in der Ökologie. Wege in eine zukunftsfähige Welt. München: Beck.

Literatur

Brown, L. (2000): Challenges of the New Century. In: State of the World 2000. New York/London.

Czihak, G. / Langer, H. / Ziegler, H. (1984) (Hg.): Biologie. Ein Lehrbuch. Berlin u.a.

Hampicke, U. (1992): Ökologische Ökonomie. Opladen.

Heidegger, M. (1962): Die Technik und die Kehre. Pfullingen.

Hösle, V. (1997): Moral und Politik. München.

Münch, P. (1999) (Hg.): Tiere und Menschen. Geschichte und Aktualität eines prekären Verhältnisses. Paderborn.

Potthast, Th. (1999): Die Evolution und der Naturschutz. Frankfurt am Main/New York.

Radkau, J. (2000): Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt. München.

Renn, O. / Zwick, M.M. (1997): Risiko- und Technikakzeptanz. Berlin.

Rousseau, J.-J. (1981): Ursprung und Grundlagen der Ungleichheit, Zweiter Teil. In: ders.: Sozialphilosophische und Politische Schriften. München.

Scherhorn, G. / Haas, H. / Hellenthal, F. / Seibold, S. (1996): Informationen über Wohlstandskosten. Stuttgart.

Schmitt, C. (1928): Verfassungslehre. Berlin.

Schüle, W. (2001): Prähistorischer Fennenschwund. Freiburg.

Schüle, W. (1992): Vegetation, Megaherbivores, Man and Climate in the Quaternary and the genesis of Closed Rain Forests. In: Goldammer (Hg.): Tropical Forests in Transition, Basel u.a., S. 45–76.

Shrader-Frechette, K. S. (1981): Environmental Ethics. Pacific Grove, CA.

Unnerstall, H. (1999): Rechte zukünftiger Generationen. Würzburg.

von Hippel, E. (1992): Rechtspolitik. Berlin.

von Weizsäcker, E.-U. / Lovins, A. B. / Hunter-Lovins, L. (1995): Faktor Vier. München.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Vittorio Giovanni Hösle

geb. 1960 in Mailand. 1982 Promotion, 1986 Habilitation in Philosophie in Tübingen. 1988 Associate Professor an der New School for Social Research in New York. 1993 o.Professor in Essen. 1997 Direktor am Forschungsinstitut für Philosophie Hannover. Seit 1999 Paul-Kimball Professor of Arts and Letters an der University of Notre Dame in den Departments of German, Philosophy und Political Science. Forschungsschwerpunkte: Metaphysik, Ethik, Politische Philosophie, Ästhetik. Hauptveröffentlichungen: Wahrheit und Geschichte, 1984. Die Vollendung der Tragödie im Spätwerk des Sophokles, 1984. Hegels System, 1987. Die Krise der Gegenwart und die Verantwortung der Philosophie, 1990. Philosophie der ökologischen Krise, 1991. Moral und Politik, 1997; Woody Allen, 2001.

Yvonne Russell, Elisabeth Kals, Leo Montada

GENERATIONENGERECHTIGKEIT IM ALLGEMEINEN BEWUSSTSEIN? – EINE UMWELTPSYCHOLOGISCHE UNTERSUCHUNG

Einführung

Wahrgenommene Ungerechtigkeit beziehungsweise Gerechtigkeit beeinflusst Handlungsentscheidungen in hohem Maß. Wird z.B. eine Verteilung (von Wohlstand, Chancen oder Lasten etc.) als ungerecht erlebt, so sind wir oftmals bemüht, diese erlebte Ungerechtigkeit durch unsere Handlungen zu korrigieren. Wird eine Verteilung hingegen als gerecht bewertet, so motiviert uns dies so zu handeln, dass dieser Verteilungszustand erhalten bleibt. Diese *motivationale Bedeutung von wahrgenommener (Un-)Gerechtigkeit* wurde in vielen psychologischen Studien bestätigt[1].

Auch *umweltrelevantes Handeln* wird durch (Un-)Gerechtigkeitsurteile motiviert (vgl. z.B. Montada / Kals 1995). Umweltrelevantes Handeln umfasst einerseits *umweltschützende Handlungen*, die entweder unmittelbar die lokalen (räumlich nahen) Umweltbedingungen schützen (z.B. Engagement für den Erhalt eines nahegelegenen Naturschutzparks) oder aber in langfristiger, summativer Wirkung die globale (weltweite) Umwelt schützen (z.B. Energiesparen im eigenen Haushalt). Andererseits wird unter umweltrelevantes Handeln auch jenes Verhalten gefasst, das die *Umwelt potentiell gefährdet und belastet* (z.B. Engagement für den Bau eines Autobahnanschlusses an den eigenen Wohnort als lokal umweltgefährdende oder häufige Flugreisen als global umweltgefährdende Handlungen).

Umweltrelevantes Handeln ist immer sowohl mit Nutzen als auch mit Kosten verbunden. Die *Kosten bzw. der Nutzen* sind – vor allem bei

[1] Etwa zur Erklärung von Engagements für Benachteiligte. (vgl. z.B. Montada / Dalbert / Reichle / Schmitt 1986).

global relevantem Handeln – häufig *zeitlich versetzt*, und betreffen unterschiedliche Personengruppen. *Umweltschädigendes Handeln* (z.B. Autofahren) bringt unmittelbaren Nutzen für die Handelnden (wie Bequemlichkeit und Zeitersparnis), während die Kosten und Risiken (z.B. in Form von Gesundheitsschädigungen durch Luftschadstoffe) erstens zeitlich verzögert auftreten können und zweitens neben dem Handelnden auch die Gemeinschaft betreffen. Beim *umweltschützenden Handeln* (z.B. Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel) sieht es umgekehrt aus. Es verursacht unmittelbare Kosten für die Handelnden (wie Wartezeiten an Bushaltestellen), und lässt erst langfristig einen gemeinschaftlichen Nutzen in Form von verbesserten Umweltbedingungen erwarten.

Diese aus umweltschädigenden bzw. -schützenden Handlungen resultierenden Kosten- und Nutzenverteilungen können in Bezug auf ihre (Un-)Gerechtigkeit bewertet werden (vgl. Montada 1999).

In diesem Beitrag wird die (Un-)Gerechtigkeit der Kosten- und Nutzenverteilungen bei *der Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre* behandelt. Der Schwerpunkt liegt darauf, wie (un-)gerecht die Verteilung zwischen der heutigen und nachfolgenden Generationen bewertet werden, da sich die Folgewirkungen der Kohlendioxidbelastung über Jahrzehnte und Jahrhunderte erstrecken können (vgl. Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages 1990). Solche (Un-)Gerechtigkeitsbewertungen, die sich auf die Kategorie „Generationen“ beziehen, bezeichnen wir *als Urteile zu intergenerationeller ökologischer (Un-)Gerechtigkeit* bzw. kurz *als ökologische Generationen(un-)gerechtigkeit.*

Beim Konstrukt der *ökologischen Generationen(un-)gerechtigkeit* stellt sich zunächst die Frage: Welche möglichen Kosten- und Nutzenverteilungen lassen sich für umweltrelevantes Handeln im Hinblick auf die Kohlendioxidbelastung zwischen heutigen und zukünftigen Generationen vorhersagen.

Den Nutzen kohlendioxidfreisetzender Prozesse (durch die Verbrennung fossiler Energieträger) haben Teile der heutigen Generation, weil dadurch der aktuelle technologische Lebensstandard aufrechterhalten wird. Von diesem Lebensstandard und den dadurch möglichen Weiterentwicklungen profitieren u.U. aber auch zukünftige Generationen. Kosten und Risiken durch die Folgen der Kohlendioxidemissionen treffen zum Teil die heutige Generation (z.B. durch vermehrte extreme Wetter-

lagen). Jedoch werden im Laufe der Zeit die Kosten in verstärktem Maße von zukünftigen Generationen zu tragen sein (vgl. Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages 1990). Zum einen weil die Folgen globaler Umweltprobleme verzögert auftreten, zum anderen weil sich Kohlendioxid in der Atmosphäre anhäuft. Durch drastische Einschränkungen kohlendioxidfreisetzender Aktivitäten kann das Risiko des Treibhauseffektes gemindert werden. Der Nutzen daraus ist – aufgrund der natürlichen Folgenverzögerung – vermutlich für die heutige Generation geringer als für zukünftige Generationen. Die Kosten dieses Verzichts sind hingegen wahrscheinlich für die heutige Generation größer als für zukünftige Generationen, da die heutige Generation ihren Lebensstandard zumindest vorübergehend (bis zur Entwicklung alternativer Technologien) einschneidend verändern müsste. Für zukünftige Generationen sind die Kosten bezüglich des Lebensstandards schwierig vorherzusagen, weil nicht bekannt ist, in welchem Maße alternative Technologien entwickelt werden können.

Solche Überlegungen machen bewusst, dass Kosten und Nutzen zwischen den Generationen ungleich und unproportional verteilt sein werden. Diese prognostizierten Gefälle in den intergenerationellen ökologischen Kosten- und Nutzenverteilungen stellen ein zentrales Gerechtigkeitsproblem dar.

Philosophen, Ökonomen und Juristen beschäftigen sich mit der Ausarbeitung konkreter ökologiebezogener Rechte künftiger Generationen und deren Begründung sowie mit deren Implikationen für vorangehende Generationen (vgl. z.B. Buchholz 1984; English 1977; Epstein 1992; Delattre 1972; Feinberg 1996; Höffe 1997; Kleger 1986; Lyon 1995; Saladin / Zenger 1988; Schelling, 1995; Scott, 1978). Aus umweltpsychologischer Sicht interessiert vor allem, *inwieweit ökologische Generationen(un-)gerechtigkeit individuell konstruiert wird, und inwieweit diese (Un-)Gerechtigkeitswahrnehmungen zu umweltrelevantem Handeln motivieren*. Dazu werden im nachfolgenden Abschnitt psychologische Hürden intergenerationeller ökologischer (Un-)Gerechtigkeitsurteile analysiert. Nach einer kurzen Vorstellung der Fragebogenvariablen und der Untersuchungsmethodik werden die Befundlinien vorgestellt, die anhand exemplarisch ausgewählter Daten illustriert werden. Abschließend werden die Befunde diskutiert sowie praktische Schlussfolgerungen abgeleitet.

Ableitung der psychologischen Fragestellungen

Bei der subjektiven Bewertung von Generationen(un-)gerechtigkeit stellt sich das psychologische Problem, dass Menschen bevorzugt in zeitlich nahen Dimensionen sowie in eindeutigen Ursache-Wirkungs-Strukturen denken (vgl. Dörner 2000; Meadows / Meadows / Zahn / Milling 1972; Mogel 1990; Schneider 1990). Für ein intergenerationelles (Un-)Gerechtigkeitsurteil ist es notwendig, zukünftige Folgen zu bedenken und sich mit den komplexen ökologischen Zusammenhängen der Kohlendioxidbelastung zu beschäftigen. Dies stellt gegenüber den alltäglichen Denkprozessen sehr *hohe kognitive Anforderungen*. Aufgrund dieses kognitiven Anforderungsniveaus ist zunächst fraglich, ob intergenerationelle ökologische Verteilungsprobleme überhaupt als Frage der Gerechtigkeit erkannt werden. Wenn dies der Fall sein sollte, so muss dennoch aufgrund der komplexen prognostischen Sachlage damit gerechnet werden, dass wir kognitive Vereinfachungen vornehmen und entsprechende Urteilsverzerrungen resultieren (Trommsdorff 1994).

Solche *Verzerrungen* geschehen nicht nur wegen der kognitiven Komplexität, sie sind mutmaßlich auch motiviert und besonders dann zu erwarten, wenn keine konkreten und kostengünstigen Einflussmöglichkeiten zur Vermeidung von Ungerechtigkeit gesehen werden. Denn bei erwarteter intergenerationeller Ungerechtigkeit und gleichzeitig fehlenden kostengünstigen Einflussmöglichkeiten zur Vermeidung dieser Ungerechtigkeit gilt es, die emotionalen Belastungen durch ein schlechtes Gewissen zu vermeiden. Dabei helfen vor allem *Umdeutungen* der Sachlage in dem Sinne, dass spontan wahrgenommene Ungerechtigkeiten geleugnet bzw. als gerecht rekonstruiert werden (Lerner 1977; Montada 1998; Reichle / Schneider / Montada 1998). Wahrgenommene Ungerechtigkeiten können beispielsweise als verdient gerechtfertigt oder aber zu eigenen Ungunsten rekonstruiert werden, um sich somit in der angenehmeren Rolle des Benachteiligten zu sehen – und nicht in der unangenehmen Rolle des Täters oder des Duldenden (vgl. Linneweber 1995a; Linneweber 1995b).

Wie können solche Rechtfertigungen im ökologischen Problemzusammenhang aussehen? Ungleichheiten zugunsten der heute lebenden Generation könnten etwa damit gerechtfertigt werden, dass zukünftige Generationen nicht nur ökologische Belastungen, sondern auch technische und wirtschaftliche Verbesserungen „erben“ werden, die aus die-

sen umweltbelastenden Aktivitäten resultieren. Will man sich in der Opfer-Rolle sehen, genügt ein Verweis auf die „Altlasten" vorangegangener Generationen, mit denen sich bereits die heutige Generation auseinandersetzen muss. Demgegenüber gibt es Argumente, die eine solche Sichtweise entkräften: Verbesserte Lebensbereiche zukünftiger Generationen stellen keinen 1:1-Ausgleich für eine risikoreiche ökologische Situation dar. Auch die Existenz von „Altlasten" vorangegangener Generationen entschuldigt nicht die Verursachung neuer Belastungen für zukünftige Generationen wider besseren Wissens, sofern es Möglichkeiten gibt, diese zu verhindern. Letztere Argumente stützen intergenerationelle *Un*gerechtigkeitswahrnehmungen.

Zusammenfassend lassen sich folgende Fragen ableiten, die empirisch geklärt werden sollen:

(1) Inwieweit werden im Zusammenhang mit den drohenden Klimaveränderungen (Un-)Gerechtigkeiten zwischen der heutigen Generation und künftigen Generationen wahrgenommen?

Wir erwarten, dass Generationengerechtigkeit bzw. -ungerechtigkeit individuell wahrgenommen und argumentativ gestützt wird. Wir nehmen jedoch weiterhin an, dass diese Urteile mit zunehmender zeitlicher Distanz zu der betrachteten künftigen Generation durchschnittlich abgeschwächt werden. D.h. gegenüber einer zeitlich fernen Generation werden die Gerechtigkeitsüberzeugungen weniger eindeutig ausfallen als gegenüber einer zeitlich nahen Generation. Ein Grund für diese Annahme liegt in der beschriebenen, mit der zeitlichen Distanz steigenden Komplexität der ökologischen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge. Beispielsweise ist es schwierig, Prognosen für die ökologische Situation in 100 Jahren zu treffen. Die damit einhergehende Unsicherheit sollte sich auch in den Urteilen über die intergenerationelle Gerechtigkeitssituation bemerkbar machen.

(2) Mittels welcher Argumente werden diese intergenerationellen (Un-)Gerechtigkeitsurteile gestützt?

Wie bereits erläutert, sind intergenerationelle (Un-)Gerechtigkeitsurteile auf vielfache Weise begründbar. Freilich ist es nicht möglich, die Vielfalt aller möglichen Argumente vollständig abzubilden. Dennoch haben wir angestrebt, ein möglichst breites Spektrum an Begründungen

zu berücksichtigen, um auf diese Weise untersuchen zu können, mittels welcher Argumente die (Un-)Gerechtigkeitsurteile gestützt werden.

(3) Motiviert wahrgenommene Ungerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen zu klimaschützendem Handeln?

Wir nehmen an, dass wahrgenommene ökologische Generationen*un*gerechtigkeit klimaschützendes Handeln motiviert, weil dadurch die erlebte Ungerechtigkeit ein Stück weit „abgetragen" werden kann. Umgekehrt sollte wahrgenommene intergenerationelle ökologische Gerechtigkeit mit Handlungen korrelieren, deren Ziele dem Klimaschutz entgegenstehen. Weiterhin nehmen wir an, dass intergenerationelle ökologische (Un-)Gerechtigkeitsurteile *zusätzlich* zu empirisch bewährten Motivhypothesen umweltrelevanten Handelns, wie ökologischen Verantwortungszuschreibungen (vgl. Kals 1996), einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung klimarelevanten Handelns leisten werden.

Variablenspezifikation

Um die Untersuchungsfragen zu beantworten, wurden – neben anderen motivationsrelevanten Variablen (z.B. Bewusstsein für die Risiken der Kohlendioxidbelastung, Zuschreibung ökologischer Verantwortlichkeit) – intergenerationelle Gerechtigkeits- und Ungerechtigkeitsurteile erfragt. Diese (Un-)Gerechtigkeitsbewertungen beziehen sich thematisch auf die Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre sowie die damit verbundenen Klimaveränderungen und sind durch verschiedene Argumente gestützt. Innerhalb dieser *Argumente* lassen sich zwei inhaltliche Begründungsschwerpunkte unterscheiden. Zum einen sind dies Argumente, deren *Fokus auf der heutigen Generation* und ihrem Schicksal liegt (Itembeispiel: „Die steigende Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre durch das Verhalten der heutigen Generation ist gegenüber der nächsten Generation gerecht, weil auch die heutige Generation mit dem ‚Erbe' vorheriger Generationen umgehen muss."). Zum anderen werden Argumente angeführt, bei denen *die Situation der künftigen Referenzgeneration* im Mittelpunkt steht (Itembeispiel: „Die steigende Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre durch das Verhalten der heutigen Generation ist gegenüber der nächsten Generation gerecht, weil die nächste Generation nicht nur Umweltbelastungen ‚erben' wird, sondern auch verbesserte Lebensbereiche, die auch durch diese Umweltbelastungen

möglich werden, z.B. die Industrie, wirtschaftlich/technische Entwicklungen, das Verkehrssystem, Informationssysteme usw.“).

Um überprüfen zu können, ob die Größe *der zeitlichen Distanz zur Referenzgeneration* in der bereits diskutierten Weise psychologisch bedeutsam ist, wurden (Un-)Gerechtigkeitsurteile sowohl in bezug auf die unmittelbar nachfolgende Generation als auch in bezug auf eine zeitlich ferne Generation erfragt. Für letztere Referenzgeneration wurde die nächste Jahrhundertwende als markanter Zeitpunkt ausgewählt. Ein persönlicher Bezug zu den um diese Jahrhundertwende lebenden Personen kann weitgehend ausgeschlossen werden.

Zur Testung der motivationalen Relevanz intergenerationeller (Un-) Gerechtigkeitsperzeptionen für klimaschützendes Handeln wurden sowohl Engagement- und Verhaltensbereitschaften zum Klimaschutz erfasst (z.B. Bereitschaft für die Unterstützung einer Aufklärungskampagne zur Einführung einer Energiesteuer), als auch Engagementbereitschaften für Ziele, die dem Klimaschutz entgegenstehen (z.B. Bereitschaft, sich an einer Unterschriftensammlung zur Senkung der Mineralölsteuer zu beteiligen). Die beschriebenen Engagement- und Verhaltensbereitschaften sind – wie längsschnittliche Daten bestätigen – valide Prädiktoren manifester Handlungsentscheidungen, die in einem experimentellen Design zwei Monate später erhoben wurden (vgl. Montada / Kals 1998).

Methodik und Stichprobe

An der Fragebogenuntersuchung (Rücklaufquote: 70.6 Prozent) nahmen 353 Personen teil (49.6 Prozent Frauen, 48.7 Prozent Männer, sechs fehlende Angaben zum Geschlecht). Die Probanden sind zwischen 15 und 86 Jahren alt. Das Durchschnittsalter beträgt 37.49 Jahre. Die Schulbildung der Gesamtstichprobe liegt im Gegensatz zu vielen anderen umweltpsychologischen Studien nur leicht über dem durchschnittlichen Bildungsniveau der deutschen Gesamtbevölkerung.

Die Stichprobe sollte ein möglichst breites Meinungs- und Interessenspektrum zum Thema ‚Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre‘ umfassen. Daher wurden neben der „allgemeinen“ Bevölkerung auch Mitglieder aus folgenden drei Gruppen befragt: Mitglieder aus Umweltschutzgruppen (z.B. Greenpeace), Mitglieder aus Auto- und Motor-

sportclubs (z.B. Motorsportclub ‚Heißer Stein') und Mitglieder der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

Alle genannten Variablen wurden mittels Aussagen gemessen, die die Probanden auf sechsstufigen Skalen (1 = lehne ich ab ... 6 = stimme voll und ganz zu) bewerten sollten. Mit Ausnahme der einzelnen Argumente wurden alle Variablen mit mehreren Fragen (Items) gemessen. Es wurden erfolgreiche Datenanalysen durchgeführt, um die Zuverlässigkeit (Reliabilität) des Messinstrumentes zu überprüfen (Faktorenanalysen, Berechnung von Split-half Reliabilitäten, internen Konsistenzen, Trennschärfen der Items etc.). Für die Güte der eingesetzten Messinstrumente sowie der durchgeführten Messungen sprechen verschiedene Validitätstests (z.B. Vergleich der Kriteriumsgruppen mit parallelisierten Vergleichsstichproben). Sozial erwünschtes Antwortverhalten wurde erfolgreich kontrolliert.

Ergebnisse der Fragebogenuntersuchung

Zur Beantwortung der *ersten Fragestellung* sind die Daten zunächst auf deskriptivem Niveau zu betrachten (vgl. Tabellen 1 und 2): Nur wenige Untersuchungsteilnehmer(innen) (maximal: sechs) haben einzelne Items nicht beantwortet. Die große Mehrheit hat alle Items zu wahrgenommener intergenerationeller ökologischer (Un-)Gerechtigkeit bearbeitet. Dies spricht dafür, dass Menschen ökologische Generationenungerechtigkeit grundsätzlich individuell wahrnehmen bzw. konstruieren können.

Die einzelnen (Un-)Gerechtigkeitsitems lassen sich faktorenanalytisch zu hoch reliablen Variablen bündeln ($.82 \leq$ Cronbachs $\alpha \leq .93$). Auf diese Weise können vier Dimensionen unterschieden werden: (1) wahrgenommene ökologische Gerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation (Items 1–5), (2) wahrgenommene ökologische Ungerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation (Items 6–9), (3) wahrgenommene ökologische Gerechtigkeit gegenüber der Generation 2100 (Items 10 bis 14) und (4) wahrgenommene ökologische Ungerechtigkeit gegenüber der Generation 2100 (Items 15–18).

Tab. 1: Deskriptive Daten der intergenerationellen Gerechtigkeitsitems mit Bezug auf die nächste Generation (N = Anzahl der Personen, die zu diesem Item eine Angabe machten; AD = Mittelwert; SD = Streuung), 6 = Zustimmung und 1 = Ablehnung

	Itemwortlaut	N	AD	SD
	Die steigende CO_2-Belastung der Atmosphäre durch das Verhalten der heutigen Generation ist gegenüber der nächsten Generation gerecht, weil ...			
1	... durch den heutigen Energieverbrauch der Wohlstand wächst und damit die Forschung und die Entwicklung technologischen Wissens gefördert wird, wodurch künftig Lösungen dieses Umweltproblems möglich werden.	350	2.78	1.38
2	... sich jede Generation mit ihrem „Erbe" auseinander setzen muß.	348	2.36	1.52
3	... auch die heutige Generation mit dem „Erbe" vorheriger Generationen umgehen muß (z.B. Verknappung der natürlichen Ressourcen usw.).	350	2.69	1.66
4	... die nächste Generation nicht nur Umweltbelastungen „erben" wird, sondern auch verbesserte Lebensbereiche, die auch durch diese Umweltbelastungen möglich werden (z.B. die Industrie, die wirtschaftlichen/technischen Entwicklungen, das Verkehrssystem, die Informationssysteme usw.).	351	2.94	1.42
5	... auch die nächste Generation ihrerseits Belastungen und Risiken verursachen wird, die wiederum deren Nachkommen „erben" werden.	350	2.77	1.59
	Wahrgenommene ökologische Gerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation (Faktor über Items 1–5)		2.71	1.28
	Die steigende CO_2-Belastung der Atmosphäre durch das Verhalten der heutigen Generation ist gegenüber der nächsten Generation ungerecht, weil...			
6	... diese Belastungen und Risiken in keiner Weise von der nächsten Generation selbst verursacht wurden.	349	4.52	1.48
7	... es sehr fraglich ist, ob der technologische Fortschritt Möglichkeiten eröffnen wird, diese CO_2-Belastungen und deren Risiken ausreichend zu verringern.	348	4.20	1.44
8	... das „Erben" verbesserter Lebensbedingungen (z.B. die Industrie, die wirtschaftlichen/technischen Entwicklungen, das Verkehrssystem, die Informationssysteme usw.) für die nächste Generation keinen angemessenen Ausgleich für die Risiken durch die CO_2-Belastung darstellt.	350	4.42	1.33

9	... die heutige Generation um die gefährlichen Folgen der CO_2-Belastung der Atmosphäre weiß und Möglichkeiten hätte, diese zu verringern.	349	4.97	1.17
	Wahrgenommene ökologische Ungerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation (Faktor über Items 6–9)		4.53	1.10

Die Ergebnisse dieser Variablen zeigen, dass die Kohlendioxidbelastung und die damit verbundenen klimatischen Risiken im Durchschnitt eher als ungerecht gegenüber nachfolgenden Generationen bewertet werden; ungerecht sowohl gegenüber der nächsten Generation (mit einem Mittelwert von AM = 4.53) als auch gegenüber der Generation, die um das Jahr 2100 leben wird (AM = 4.57).

Innerhalb der Gerechtigkeits- bzw. Ungerechtigkeitsdimensionen unterscheiden sich die Zeitabstufungen „nächste Generation“ und „Generation 2100“ jedoch nicht. Dies könnte – entgegen unserer Annahme – dafür sprechen, dass intergenerationelle Gerechtigkeitsprobleme weitgehend unabhängig von der zeitlichen Distanz zur Referenzgeneration und damit unabhängig von der zunehmenden ökologischen Komplexität und persönlichen Bezügen zur Referenzgeneration wahrgenommen werden.

Tab. 2: Deskriptive Daten der intergenerationellen Gerechtigkeitsitems mit Bezug auf die Generation 2100 (N = Anzahl der Personen, die zu diesem Item eine Angabe machten; AD = Mittelwert; SD = Streuung), 6 = Zustimmung u. 1 = Ablehnung

	Itemwortlaut	N	AD	SD
	Die steigende CO_2-Belastung der Atmosphäre durch das Verhalten der heutigen Generation (z.B. Stromnutzung im Haushalt, Autofahren) ist gegenüber der um das Jahr 2100 lebenden Generation gerecht, weil ...			
10	... durch den heutigen Energieverbrauch der Wohlstand wächst und damit die Forschung und die Entwicklung technologischen Wissens gefördert wird, wodurch künftig Lösungen dieses Umweltproblems möglich werden.	350	2.72	1.41
11	... sich jede Generation mit ihrem „Erbe“ auseinandersetzen muss.	349	2.47	1.56
12	... auch die heutige Generation mit dem „Erbe“ vorheriger Generationen umgehen muß (z.B. Verknappung der natürlichen Ressourcen).	351	2.65	1.56
13	... die Generation um das Jahr 2100 nicht nur Umweltbelastungen „erben“ wird, sondern auch verbesserte	350	2.77	1.41

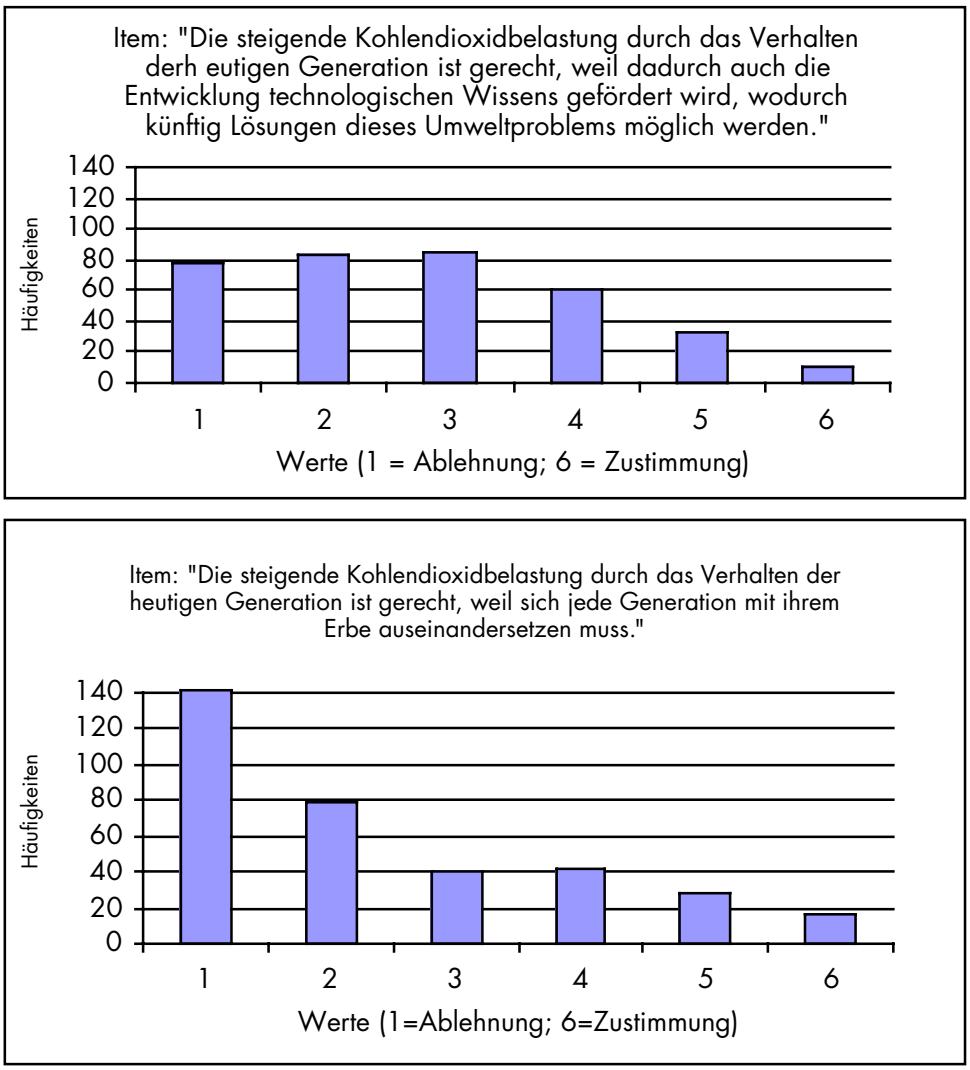
	Lebensbereiche, die auch durch diese Umweltbelastungen möglich werden (z.B. die Industrie, die wirtschaftlichen/ technischen Entwicklungen, das Verkehrssystem, die Informationssysteme usw.).			
14	... auch die Generation um das Jahr 2100 ihrerseits Belastungen und Risiken verursachen wird, die wiederum deren Nachkommen „erben" werden.	350	2.81	1.64
	Wahrgenommene ökologische Gerechtigkeit gegenüber der Generation 2100 (Faktor über Items 10–14)		2.68	1.36
	Die steigende CO_2-Belastung der Atmosphäre durch das Verhalten der heutigen Generation (z.B. Stromnutzung im Haushalt, Autofahren) ist gegenüber der um das Jahr 2100 lebenden Generation ungerecht, weil ...			
15	... diese Belastungen und Risiken in keiner Weise von der dann lebenden Generation selbst verursacht wurden.	348	4.62	1.39
16	... es sehr fraglich ist, ob der technologische Fortschritt Möglichkeiten eröffnen wird, diese CO_2-Belastungen u. deren Risiken ausreichend zu verringern.	347	4.35	1.35
17	... das „Erben" verbesserter Lebensbedingungen (z.B. die Industrie die wirtschaftlichen/technischen Entwicklungen, das Verkehrssystem, die Informationssysteme usw.) für die dann lebende Generation keinen angemessenen Ausgleich für die Risiken durch die CO_2-Belastung darstellt.	348	4.42	1.31
18	... die heutige Generation um die gefährlichen Folgen der CO_2-Belastung der Atmosphäre weiß und Möglichkeiten hätte, diese zu verringern.	348	4.91	1.21
	Wahrgenommene ökologische Unerechtigkeit gegenüber der Generation 2100 (Faktor über Items 15–18)		4.57	1.06

Die *zweite Fragestellung* beschäftigt sich mit den *Argumenten*, die die intergenerationellen (Un-)Gerechtigkeitsurteile stützen. Die einzelnen Items lassen sich wie folgt den zwei Begründungsschwerpunkten zuordnen: Jene Argumente, die auf *die Situation und das Schicksal der gegenwärtig lebenden Generation* verweisen, sind in den Items mit den Nummern 2, 3, 6, 9, 11, 12, 15, 18 aufgeführt. Argumente, die auf die *Situation der Referenzgeneration* bezogen sind, repräsentieren die Items mit den Nummern 1, 4, 5, 7, 8, 10, 13, 14, 16, 17 und sind in den Tabellen 1 und 2 grau schattiert. Die Daten zeigen, dass die Argumente der ersten Gruppe (auf die Situation der heutigen Generation bezogen) vergleichsweise eher abgelehnt werden, wenn sie intergenerationelle Gerechtigkeit begründen. Ihnen wird hingegen eher zugestimmt, wenn

sie intergenerationelle *Un*gerechtigkeit stützen. Entgegengesetzt sehen die Verteilungsmuster von den Items der zweiten Gruppe aus, die Argumente zur Situation künftiger Generationen enthalten.

Die nachfolgenden Balkendiagramme illustrieren diese Unterschiede exemplarisch für zwei Items (vgl. Abb. 1). Während die Antworten zum Argument, der heutige Energieverbrauch lasse auch Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Belastungen künftiger Generationen erwarten, eher im mittleren Antwortmodus zu finden sind (Verteilungsschiefe =.38), wird der Verweis, dass sich jede Generation mit ihrem Erbe auseinandersetzen müsse, als Argument für wahrgenommene intergenerationelle Gerechtigkeit häufiger *eindeutig* abgelehnt (Verteilungsschiefe = .88).

Abb. 1: Balkendiagramme zur Bewertung von zwei exemplarischen Gerechtigkeitsargumenten



Diese Verteilungsmuster sind repräsentativ für die übrigen (Un-)Gerechtigkeitsargumente mit den jeweils entsprechenden Begründungsschwerpunkten und können wie folgt interpretiert werden: Obgleich Gerechtigkeit zwischen den Generationen tendenziell abgelehnt wird, ist sie dennoch eher unter Zuhilfenahme solcher Argumente konstruierbar, die einen Ausgleich oder aber Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Belastungen nachfolgender Generationen in Aussicht stellen. Ungerechtigkeit zwischen den Generationen wird demgegenüber eher wahrgenommen, wenn z.B. erkannt wird, dass die heutige Generation sowohl das Wissen als auch die Möglichkeiten hätte, die Kohlendioxidbelastung der Atmosphäre zu bremsen.

Zur Beantwortung der *dritten Fragestellung*, ob wahrgenommene (Un-)Gerechtigkeit zu klimarelevantem Handeln motiviert, wurden die komplexen (Un-)Gerechtigkeitsvariablen mit den Handlungskriterien korreliert, die klimarelevante Engagement- und Verhaltensbereitschaften umschreiben.

Tab. 3: Korrelationen der klimarelevanten Engagement- und Verhaltensbereitschaften und der wahrgenommenen intergenerationellen ökologischen (Un-)Gerechtigkeit

	Engagementbereitschaft für Klimaschutzmaßnahmen	Engagementbereitschaft für Maßnahmen, die mit Klimaschutz interferieren	Verhaltensbereitschaft zum Energiesparen
wahrgenommene ökologische Gerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation	–.19**	.52**	–.24**
wahrgenommene ökologische Ungerechtigkeit gegenüber der nächsten Generation	.31**	–.36**	.25**
wahrgenommene ökologische Gerechtigkeit gegenüber der Generation 2100	–.21**	.51**	–.24**
wahrgenommene ökologische Ungerechtigkeit gegenüber der Generation 2100	.35**	–.30**	.28**

* .01 < p < .05 ** p < .01 (1-seitig)

Wie Tabelle 3 zeigt, werden alle Zusammenhänge zwischen wahrgenommener Generationen(un-)gerechtigkeit einerseits und den Engagement- und Verhaltensbereitschaften andererseits auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant. Diese Zusammenhänge sind erwartungskonform gerichtet – inhaltlich interpretiert bedeuten die Korrelationen: Wer *Un*gerechtigkeit zwischen den Generationen wahrnimmt, ist bereit, sich für den Klimaschutz zu engagieren und sich energiesparend zu verhalten. Wer aber die ökologische Situation zwischen den Generationen als gerecht bewertet, ist bereit, sich für Ziele zu engagieren, die dem Klimaschutz entgegenstehen (etwa für eine Senkung der Mineralölsteuer).

Weiterführende regressionsanalytische Auswertungen stützen darüber hinaus die angenommene motivationale Bedeutung intergenerationeller (Un-)Gerechtigkeitswahrnehmungen für klimarelevantes Handeln. Schließt man neben den intergenerationellen ökologischen (Un-)Gerechtigkeitswahrnehmungen die in vielen Studien als einflussmächtig nachgewiesenen Verantwortungszuschreibungen (z.B. ökologische Verantwortungszuschreibungen für den Schutz künftiger Generationen) in das Prädiktorenset mit ein, so leisten die (Un-)Gerechtigkeitsvariablen für die Vorhersage der klimarelevanten Handlungsbereitschaften einen eigenständigen signifikanten Beitrag. Der Varianzanteil, der allein durch die (Un-)Gerechtigkeitsurteile aufgeklärt wird, liegt für die verschiedenen Engagement- und Verhaltensbereitschaften zwischen 2.5 und 29 Prozent. Dies spricht dafür, dass die (Un-)Gerechtigkeitsperzeptionen bedeutsame ergänzende Motive klimarelevanten Handelns sind.

Diskussion und Ausblick

Die in der zukunftsethischen Literatur diskutierten Verantwortlichkeiten heutiger Generationen gegenüber zukünftigen Generationen und die damit verbundenen Gerechtigkeitskonflikte (vgl. Birnbacher 1977; Birnbacher 1979; Birnbacher 1995; Jonas 1979; Jonas 1986) sind nicht nur abstrakte Resultate philosophischen Denkens und philosophischer Diskurse, sondern auch in der Bevölkerung zu finden. Es konnte am Beispiel des Treibhausrisikos empirisch nachgewiesen werden, dass in der Bevölkerung ein *Bewusstsein für Fragen intergenerationeller (Un-)Gerechtigkeit existiert* oder leicht geweckt werden kann. Dabei wird *intergenerationelle ökologische Un*gerechtigkeit in hohem durchschnittlichem Ausmaß zugestanden. Dies ist sehr positiv zu bewerten, weil

*Ge*rechtigkeit stets konstruiert werden kann (vgl. Montada 1998) und wahrgenommene Ungerechtigkeit zu eigenen Gunsten Schuldgefühle hervorruft (vgl. Montada, / Schmitt / Dalbert 1986). Nicht einmal die steigende „ökologische Komplexität" – d.h. die mit zunehmender Distanz unüberschaubareren Entwicklungen von Ursachen, Folgen, Kosten, Risiken und Nutzen – wird zur Relativierung der Ungerechtigkeiten genutzt. In diesem Sinne zeugt die wahrgenommene intergenerationelle *Un*gerechtigkeit von Kosten für zukünftige Generationen aufgrund nützlicher, aber umweltgefährdender Aktivitäten der heutigen Generation von einem *Bewusstsein für die moralische Verpflichtung in Generationskonflikten*. Freilich gibt es interindividuelle Unterschiede in den Einschätzungen, aber die moralische Problematik des ökologierelevanten Handelns der heutigen Generation im Hinblick auf die Verantwortlichkeit für künftige Generationen ist in breiten Bevölkerungskreisen bewusst.

Besonders praxisrelevant ist der Befund, *dass intergenerationelle ökologische (Un-)Gerechtigkeitsurteile zu klimarelevantem Handeln motivieren*. Wahrgenommene intergenerationelle ökologische *Un*gerechtigkeit motiviert zu energiesparendem Verhalten und zu Engagement für Klimaschutzmaßnahmen. Wahrgenommene intergenerationelle ökologische Gerechtigkeit hemmt hingegen diese Handlungen. Entsprechend ist die Bewertung der intergenerationellen ökologischen Situation als gerecht mit dem Einsatz für Ziele verbunden, die dem Klimaschutz entgegenstehen. Das entspricht dem bekannten Muster motivationspsychologischer Konsequenzen wahrgenommener (oder konstruierter) Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit: Wer die Welt für gerecht hält, muss nichts tun, um Ungerechtigkeiten abzubauen (vgl. Lerner 1977).

Ohne weitere Forschungserfordernisse zu übersehen (z.B. Testung der Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf weitere globale Umweltproblematiken wie Ressourcenverknappung oder Ausdünnung der Ozonschicht), lassen sich aus den vorliegenden Befunden bereits *jetzt praktische Schlussfolgerungen* ableiten: Wenn klimaschonendes Handelns in der Bevölkerung gefördert werden soll – etwa im Rahmen unterschiedlicher Erziehungs- und Bildungsprogramme – sollte an den bedeutsamen (Un-)Gerechtigkeitsmotiven für diese Verhaltensweisen angesetzt werden. Individueller Klimaschutz kann beispielsweise durch die

Stützung und Förderung des bereits vorhandenen Bewusstseins für die Gefährdung der ökologischen Generationengerechtigkeit angeregt werden. Dieses Bewusstsein sollte u.a. dadurch vertieft werden, dass für die zu erwartenden intergenerationellen *Un*gerechtigkeiten sensibilisiert wird. Dies kann geschehen, indem Meinungsbildner und Entscheidungsträger die Rechte nachfolgender Generationen auf intakte bzw. risikoarme ökologische Lebensbedingungen herausstreichen (vgl. Clayton 1996). Dabei sollte möglichen Abwehrreaktionen vorgebeugt werden, indem Informationen über intergenerationelle ökologische Ungerechtigkeit nur mittels fundierter und in der Bevölkerung akzeptierter Begründungen transportiert werden. Hierzu können die Befunde auf der Ebene der einzelnen Argumente genutzt und gemeinsam diskutiert werden, wie etwa der Verweis auf die Möglichkeiten der heutigen Generation, die zunehmende Kohlendioxidbelastung bremsen zu können. Dabei sind Einseitigkeiten und Simplifizierungen zu vermeiden. An ihre Stelle sollte eine argumentative Auseinandersetzung treten, die der Komplexität intergenerationeller Konflikte gerecht wird.

Literatur

Birnbacher, D. (1995): Verantwortung für zukünftige Generationen, Stuttgart: Reclam.

Birnbacher, D. (1979): Plädoyer für eine Ethik der Zukunft. In: Zeitschrift für Didaktik der Philosophie 1. S. 119–123.

Birnbacher, D. (1977): Rawls‘ Theorie der Gerechtigkeit und das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. In: Zeitschrift für philosophische Forschung 31. S. 385–401.

Buchholz, W. (1984): Intergenerationelle Gerechtigkeit und erschöpfbare Ressourcen. In: Volkswirtschaftliche Schriften 345. Berlin: Duncker & Humblot.

Clayton, S. (1996): What is fair in the environmental debate? In: L. Montada / M. J. Lerner (Hg.): Current societal concerns about justice. New York: Plenum Press. S. 195–212.

Delattre, E. (1972): Rights, responsibilities, and future persons. In: Ethics 82. S. 254–258.

English, J. (1977): Justice between generations. In: Philosophical Studies 31. S. 91–104.

Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages (1990) (Hg.): Schutz der Erdatmosphäre: Eine internationale Herausforderung, Bonn: Economica.

Epstein, R.A. (1992): Justice across the generations. In: P. Laslett / J. S. Fishkin (Hg.): Justice between age groups and generations. London: Yale University Press. S. 84–106.

Feinberg, J. (1996): Die Rechte der Tiere und zukünftiger Generationen. In: D. Birnbacher (Hg.): Ökologie und Ethik. Stuttgart: Reclam. S. 140–179.

Höffe, O. (1997): Bausteine für ein ökologisches Weltethos. In: W. Lütterfelds / T. Mohrs (Hg.): Eine Welt – eine Moral? Eine kontroverse Debatte. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. S. 136–155.

Jonas, H. (1986): Prinzip Verantwortung - Zur Grundlegung einer Zukunftsethik. In: T. Meyer / S. Miller (Hg.): Zukunftsethik und Industriegesellschaft. München: J. Schweitzer. S. 3–14.

Jonas, H. (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main: Insel.

Kals, E. (1996): Verantwortliches Umweltverhalten. Umweltschützende Entscheidungen erklären und fördern. Weinheim: Psychologie Verlags Union.

Kleger, H. (1986): Gerechtigkeit zwischen Generationen. In: P. P. Müller-Schmid (Hg.): Begründung der Menschenrechte. Stuttgart: Steiner. S. 145–191.

Lerner, M. J. (1977): The justice motive: Some hypotheses as to its origins and forms. In: Journal of Personality 45. S. 1–52.

Linneweber, V. (1995a): Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotential. In: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung u. Sicherheitspolitik 92 (4). S. 37 bis 74.

Linneweber, V. (1995b): Evaluating the use of global commons: lessons from research on social judgment. In: A. Katama (Hg.): Equity and social considerations related to climate change. Proceedings of the IPCC WG III Workshop in Nairobi (Kenya) July 18–28, 1994. Nairobi. S. 75–83.

Lyon, R. M. (1995): Intergenerational equity and discount rates for climate change analysis. In: A. Katama (Hg.): Equity and social considerations related to climate change. Proceedings of the IPCC WG III Workshop in Nairobi (Kenya) July 18–28, 1994. Nairobi. S. 337–345.

Meadows, D. / Meadows, D. / Zahn, E. / Milling, P. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Mogel, H. (1990): Umwelt und Persönlichkeit – Bausteine einer psychologischen Umwelttheorie. Göttingen: Hogrefe.

Montada, L. (1999): Umwelt und Gerechtigkeit. In: V. Linneweber / E. Kals (Hg.): Umweltgerechtes Handeln. Barrieren und Brücken. Heidelberg: Springer. S. 71–93.

Montada, L. / Kals, E. (1998): A theory of „willingness for continued responsible commitment": Research examples from the fields of pollution control and health protection. In: Berichte aus der Arbeitsgruppe „Verantwortung, Gerechtigkeit, Moral" Nr. 114. Trier: Universität Trier, Fachbereich I – Psychologie.

Montada, L. (1998): Belief in a just world: A hybrid of justice motive and self-interest? In: L. Montada / M. J. Lerner (Hg.): Responses to victimizations and belief in a just world. New York: Plenum Press. S. 217–246.

Montada, L. / Kals, E. (1995): Perceived Justice of ecological policy and proenvironmental committments. In: Social Justice Research 8. 305–327.

Montada, L. / Dalbert, C. / Reichle, B. / Schmitt, M. (1986): Urteile über Gerechtigkeit, „Existentielle Schuld“ und Strategien der Schuldabwehr. In: F. Oser / W. Althof / D. Garz (Hg.): Moralische Zugänge zum Menschen – Zugänge zum moralischen Menschen. München: Kindt.

Montada, L. / Schmitt, M. / Dalbert, C. (1986): Thinking about justice and dealing with one's own privileges: A study of existantial guilt. In: H.W. Bierhoff / R. L. Cohen / J. Greenberg (Hg.): Justice in social relations. New York: Plenum Press. S. 125–143.

Reichle, B. / Schneider, A. / Montada, L. (1998): How do observers of victimization preserve their belief in a just world – cognitively or actionally? Findings from a longitudinal study. In: L. Montada / M. J. Lerner (Hg.): Responses to victimizations and belief in a just world, New York: Plenum Press. S. 55–64.

Saladin, P. / Zenger, C. A. (1988): Rechte künftiger Generationen. Basel: Helbing & Lichtenhahn.

Schelling, T. C. (1995): Intergenerational discounting. In: Energy Policy 23. S. 395 bis 401.

Schneider, H.-D. (1990): Plädoyer für eine breitere Nutzung des Konstrukts der Zukunftsperspektive. In: Schweizerische Zeitschrift für Psychologie 49. S. 37 bis 47.

Scott, R. (1978): Environmental ethics and obligations to future generations. In: R. I. Sikora / B. M. Barry (Hg.): Obligations to future generations. Philadelphia: Temple University Press. S. 74–90.

Trommsdorff, G. (1994): Zukunft als Teil individueller Handlungsorientierungen. In: E. Holst / J. P. Rinderspacher / J. Schupp (Hg.): Erwartungen an die Zukunft, Zeithorizonte und Wertewandel in der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Berlin: Campus. S. 45–76.

ZUR PERSON

Dr. Yvonne Russell
geb. 1973 in Bernkastel-Kues. Promotion an der Universität Trier (mit Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes). Von 1997 bis 2001 Mitarbeit in der Abteilung für Pädagogische und Angewandte Psychologie an der Universität Trier. Forschung: Intergenerationelle ökologische Verantwortung und Gerechtigkeit im globalen Umweltschutz. Lehre: Pädagogische Psychologie mit den Schwerpunkten: Kommunikations- und Umweltpsychologie. Außeruniversitäre Tätigkeit als Kommunikations- und Verhaltenstrainerin.

Seit 2002 Tätigkeit als Personalentwicklerin (Referatsleiterin Personalförderung nichtpastoraler Berufe im Bistum Trier). Veröffentlichungen: Umweltschützendes Handeln: Eine rationale Entscheidung für den Gesundheitsschutz? *Umweltpsychologie, 2,* 2002 (zusammen mit E. Kals). Die überwindbare Kluft umwelt- und gesundheitspsychologischer Forschung: Einführung zum Schwerpunktthema. *Umweltpsychologie, 2,* 2000 (zusammen mit E. Kals und A. Homburg). Intergenerationelle Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit im globalen Umweltschutz. Dissertation, Trier 2001. Individual conceptions of justice and their potential for explaining pro-environmental decision making. *Social Justice Research. Special issue: Applying social justice research to environmental decision making, 14* (4), 2001 (zusammen mit E. Kals). Wege aus der Allmende-Klemme: Ein Interventionsansatz zur Förderung ökologischer Verantwortung. *Umweltpsychologie, 6* (1), 2002 (zusammen mit R. Becker und E. Kals). Wie lassen sich umweltpsychologische Befunde für die Praxis nutzbar machen*? Umweltpsychologie* (in Druck) (zusammen mit E. Kals, R. Becker, H. Ittner und L. Montada).

Dr. Elisabeth Kals
geb. 1966 in Aachen. Studium der Psychologie an den Universitäten Trier und Reading (England). Finanziert über die Studienstiftung des Deutschen Volkes, Promotion 1993 in Trier über die motivationalen Grundlagen umweltrelevanten Handelns. 1998 Habilitation in Trier mit dem Abschlusskolloquium „Über die Grenzen der Zweckrationalität des Menschen“. Forschungsaufenthalt in Australien am „Australian Research Centre for Water in Society“ des CSIRO (Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation) in Perth. Seit 1999 Hochschuldozentur an der Universität Trier. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Umwelt- und Gesundheitspsychologie sowie Pädagogische Psychologie mit den Themenfeldern Konfliktforschung, Mediation, Kommunikationsprozesse und Emotionssteuerung. Leitung mehrerer Forschungsprojekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Prof. Dr. Leo Montada
geb. 1938. Professor für Psychologie an der Universität Trier. Gründungspräsident der International Society for Justice Research (http://www.isjr.org), vormals Direktor des Zentrums für Gerechtigkeitsforschung an der Universität Potsdam. Einige Veröffentlichungen: Montada, L. / Lerner, M. J. (Hg.) (1996): Current societal concerns about justice. New York: Plenum Press. Montada, L. / Lerner, M. J. (Hg.) (1998): Responses to victimizations and belief in a just world. New York: Plenum Press. Montada, L. (2003): Justice, equity, and fairness in human relations. In I. Weiner (Hg.). Handbook of Psychology, Vol. 5 (Volume Editors: Th. Millon & M. J. Lerner). Hoboken, NJ: Wiley. Montada, L. / Kals, E. (2000): Political implications of psychological research on ecological justice and proenvironmental behaviors. International Journal of Psychology, 35, 168–176.

Andreas Scherbel

DIE BEGRÜNDUNG VON GENERATIONENGERECHTIGKEIT IM SCHÖPFUNGSGLAUBEN DER MONOTHEISTISCHEN OFFENBARUNGSRELIGIONEN

Prolog

Theologische Begründungsansätze haben es in unseren säkularen Gesellschaften schwer. Eine vernünftige Begründung wird gefordert. Doch widerspricht die Setzung der Hypothese Gott und ein darauf gegründetes oder davon abgeleitetes Ideengebäude der Vernunft? Ist es wider die Vernunft, sich vom Jahrtausende alten Erfahrungswissen religiöser Basistexte ansprechen zu lassen?

Alle Philosophie basiert auf Hypothesen. Die vielgesuchte Weltenformel wurde noch nicht gefunden. Selbst Darwins Evolutionstheorie findet immer noch wissenschaftliche Verächter. Alle theoretischen Versuche, Gott zu widerlegen, sind gescheitert, ebenso allerdings die Versuche, die Existenz einer höheren Macht zu beweisen. Für das Anliegen, ethische Prinzipien aus dem Glaubensgut der monotheistischen Weltreligionen zu begründen, ist diese akademische Spiegelfechterei, ob Gott existiert oder nicht, auch nicht von großer Bedeutung. Es gilt lediglich festzustellen, dass Glaube und Vernunft kein Widerspruch sind. Mehr noch, der Vernunft kommt in den Glaubenssystemen der Monotheismen, abgesehen von der Gedankenwelt einiger fundamentalistisch Verirrter, ein hoher Stellenwert zu. Wir müssen allerdings schmerzlich erfahren, dass eine völlig losgelöste und orientierungslose Vernunft den Menschen, ja sogar ganze Gesellschaften, in die Irre führen kann. Die kurzfristig bemessene, am nächsten Wahlerfolg ausgerichtete, nicht in einem Wertesystem gründende ‚politische Vernunft' unserer Zeit bietet leidvollen Anschauungsunterricht, wie ganze Gesellschaften das ihnen anvertraute Menschheitserbe gedankenlos verspielen. Selbstverständlich ist es ebenso möglich, ohne den Glauben an Gott wertorientiert zu leben und Werte vernünftig zu begründen. Reli-

gionen versuchen nur, die Vernunft von einem Urgrund abzuleiten und auf ein letztes Ziel hinzuführen. Der religiöse Mensch lebt daher vernünftig, aber nicht ziel- und orientierungslos.

Dieser Aufsatz versucht, die Stiftungsprinzipien Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit theologisch zu begründen, und zwar primär aus dem Schöpfungsglauben der drei großen monotheistischen Weltreligionen.[1] Der Schöpfungsglaube ist das religiöse Bindeglied für knapp drei Milliarden Menschen, also etwa die Hälfte der Weltbevölkerung. Wenn es darum geht, eine Ethik zu begründen und ein Ethos ausprägen zu helfen,[2] das nachfolgenden Generationen die gleichen oder bessere Lebensgestaltungschancen zuspricht, wie wir sie heute besitzen, dann dürfen wir das Erfahrungswissen und die theologischen Grundlagen der Weltreligionen nicht außer Acht lassen. Vielmehr wird ein Mensch, der glaubt, dereinst vor seinem Schöpfer Rechenschaft für sein Handeln, sein Tun und Unterlassen, ablegen zu müssen, sich eher zur Erfüllung bestimmter ethischer Prinzipien bereit finden, wenn er diese im mutmaßlichen Willen Gottes begründet findet. „Wenn dann einer auch nur das Gewicht eines Stäubchens an Gutem getan hat, so wird er es zu sehen bekommen. Und wenn einer auch nur das Gewicht eines Stäubchens an Bösem getan hat, so wird er es ebenfalls zu sehen bekommen“ (Koran, Sure 99,7 f.).[3] Der Glaube an das Jüngste Gericht

[1] Eine Beschränkung ist notwendig. Auf kleinere monotheistische Weltreligionen wie z.B. die Bahai kann in diesem Aufsatz aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht eingegangen werden. Des weiteren wird im Haupttext auf Anmerkungen und Literaturangaben weitgehend verzichtet. Dies ist auch darin begründet, dass fast ausschließlich auf Primärquellen, die Basistexte der monotheistischen Hochreligionen, Bezug genommen wird, denn über die Primärquellen ist am ehesten ein ökumenischer und interreligiöser Konsens zu erzielen. Selbstverständlich gibt es für die Bereiche ‚Schöpfungsethik und -spiritualität‘ bereits eine Fülle theologischer Sekundärliteratur, die zu erarbeiten allerdings einer Promotionsarbeit würdig wäre. Eine systematische Literaturschau kann deshalb in diesem Aufsatz nicht geleistet werden. Dennoch soll eine kleine Auswahl zur vertiefenden Lektüre empfohlen werden, Aufsatzbände und Monographien, denen ich viele wertvolle Anregungen entnehmen konnte, wofür ich den Autoren dankbar bin. a) Kessler 1990; b) Kessler 1996 (Hg.); c) Golser 1992 (Hg.).

[2] Unter Ethos wird hier die Verinnerlichung sittlich-moralischer Werte als persönliche Grundhaltung verstanden.

[3] Den Koran-Zitaten liegt die Übersetzung von Adel Theodor Khoury (1992) zu Grunde; die Bibel wird nach der so genannten Einheitsübersetzung zitiert.

vereint Juden, Christen und Muslime. Der Mensch muss sich am Ende seines irdischen Lebens vor seinem himmlischen Schöpfer verantworten. Eine Frage könnte lauten: „Hast du den Boden, die Pflanzen, die Tiere und die Mitmenschen, die Ich[4] deiner Sorge anvertraut habe, gehegt, gepflegt, entwickelt und umsorgt oder hast du den dir anvertrauten Lebensraum zu deinem kurzfristig bemessenen egoistischen Nutzen ausgebeutet? Ich bin der Eigentümer, du bist der Pächter. Gib Mir Rechenschaft, welchen Pachtzins du erbracht hast?“

Die hypothetische Gerichtsfrage stimmt nachdenklich, aber um eine Antwort bin ich verlegen.

Der Begriff Generationengerechtigkeit

Die Idee ist eine uralte. Menschen sollen und dürfen nicht über ihre Verhältnisse leben. Wir sollen mit den Gütern, die wir besitzen, mit dem Erbe, das uns anvertraut ist, maßvoll umgehen. Maßlosigkeit, Verschwendungssucht und Gier gelten in allen Kulturen und Weltreligionen als Laster, maßvoller Umgang mit den zu unserer Verfügung stehenden Gütern hingegen als Tugend. Wir sollen in guten, ertragreichen Zeiten Vorsorge leisten für schlechte. Über Jahrhunderte haben die Weisen jeder Gesellschaft diese Grundsätze gepredigt, haben kluge Mütter und Väter sie ihren Kindern weitergegeben. Am Ende des neunzehnten Jahrhunderts hat Bismarck sie zum Gesetz erhoben in Form der ersten Sozialversicherungsgesetze: Die Beschäftigten mussten von ihrem Arbeitslohn etwas zurücklegen, ansparen für das Alter und für unfall- oder krankheitsbedingte Arbeitsausfälle. Das ist Generationengerechtigkeit im persönlichen Bereich, da – im Idealfall – die Vorsorge der arbeitenden Generation nachfolgenden Generationen keine unzumutbaren Lasten aufbürdet. Aber Generationengerechtigkeit gilt nicht nur für den Bereich der privaten Vorsorge, sondern ist heute am Beginn des dritten Jahrtausends christlicher Zeitrechnung einer der wirtschafts-, verantwortungs- und umweltethischen Schlüsselbegriffe, um auf ökonomische und ökologische Abwege geratene Gesellschaften und Staaten dauerhaft zu sanieren und letztlich den globalen Frieden zu bewahren. Die als Ordnungsmuster menschlicher Gemeinschaften in

[4] Wenn Gott spricht, von Gott die Rede ist oder Gott angesprochen wird, werden aus Gründen der Hervorhebung und des Respekts die verwendeten Personalpronomina groß geschrieben.

Jahrtausenden entwickelten und durch die Weltreligionen transzendent begründeten Nahbereichsethiken reichen hierzu allein nicht mehr aus.[5] Mit den gewachsenen technischen Möglichkeiten in unseren technologischen Risikogesellschaften sind wir kollektiv gezwungen, Fernstwirkungen menschlichen Handelns zu berücksichtigen. Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit müssen, gekoppelt mit Technikfolgenabschätzung, als primäre politische Entscheidungskriterien gelten. Dies mag zwar in der ethischen Theorie inzwischen nahezu Konsens sein, aber die Auswirkungen auf die praktische Politik und auf das persönliche Konsumverhalten in den hochtechnisierten Informations- und Dienstleistungsgesellschaften der westlichen Hemisphäre sind erschreckend gering. Eine Gesellschaft, die ökologischen Raubbau betreibt, die ihre Ressourcen verschwendet, die nachfolgende Generationen mit toxischen und nuklearen Müllbergen belastet, die Schuldenberge anhäuft, deren Zinsen und Tilgungsleistungen nachfolgende Generationen kaum mehr werden erbringen können, die bei den Sozialversicherungssystemen den Jungen mit dem klaren Wissen, dass ihnen der entsprechende Ertrag nicht garantiert werden kann, hohe Beiträge abverlangt, lebt und wirtschaftet weder generationengerecht, noch zukunftsfähig. Eine solche Gesellschaft baut ihr Haus auf sandigem Grund. Die Sturmfluten der Verteilungskämpfe werden, wenn sie das lose Fundament wegspülen, wie im biblischen Gleichnis (Mt 7,24 ff.) das gesellschaftliche Haus zum Einsturz bringen. Unser gesellschaftliches Haus, nicht nur das deutsche, sondern auch das europäische und globale Haus, mit seinen mehr oder weniger aufgeräumten Wohnungen sollte auf sicherem Fundament stehen. Ein Eckstein dieses Fundaments ist das viel beschriebene Prinzip der Nachhaltigkeit. Es trifft sich bei diesen Konfliktfragen mit dem ethischen Postulat der Generationengerechtigkeit. Generationengerechtigkeit bedeutet konkret, dass die heute Jungen und nachfolgende Generationen gleichwertige Lebensgestaltungschancen besitzen sollen, wie die gegenwärtig gesellschaftlich und politisch verantwortliche Generation. Jede Generation ist nicht nur sich selbst, sondern auch ihren zeitlich nahen und fernen Nachgeborenen gegenüber verantwortlich. Ein solcher Grundsatz hat

[5] Diesen Zusammenhang hat der jüdisch-christliche Philosoph Hans Jonas bereits 1979 mit seinem ‚Prinzip Verantwortung' anschaulich herausgearbeitet.

lebensstilbezogene Konsequenzen. Wir dürfen dann global nur noch so viele Rohstoffe verbrauchen, wie unter natürlichen Bedingungen nachwachsen oder wie wir in der Lage sind, technische Alternativen zu entwickeln. Wir dürfen nur so viel Müll produzieren, wie wir in der Lage sind, Müllberge zu beseitigen, ohne dabei das ökologische Gleichgewicht zu stören bzw. die natürliche Regenerationsfähigkeit zu überfordern. Wir dürfen nur dann gentechnische Manipulationen an Lebensformen vornehmen, wenn wir zuvor in begrenzten Versuchsräumen die möglichen Auswirkungen auf die Nahrungskette etc. umfassend studiert haben. Zumindest aber müssen wir bereit sein, die ökologischen Folgekosten umwelt- und naturverbrauchenden Verhaltens, sprich unseres westlichen Lebensstils, in die Preise mit ein zu beziehen, um über den Kostenfaktor den Umwelt- und Naturverbrauch zu reduzieren.

Die Liste der Beispiele ließe sich fortsetzen. Das ist aber nicht Aufgabe dieses Aufsatzes. Vielmehr soll im weiteren verdeutlicht werden, dass die Basistexte der großen monotheistischen Weltreligionen, sowohl das Alte und Neue Testament, als auch der Koran ein Menschenbild und Weltverständnis beschreiben, welches das Prinzip der Generationengerechtigkeit selbstverständlich voraussetzt.

Zentrale Gemeinsamkeiten der monotheistischen Weltreligionen

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung bekennt sich – wie oben bereits erwähnt – zu einer der großen monotheistischen Religionen. Die Gläubigen verstehen sich als Juden, Christen oder Muslime. Zu lange haben sich die führenden Repräsentanten dieser Weltreligionen und viele ihrer Anhänger vor allem über die Unterschiede definiert. Selbst innerhalb der einzelnen Religionen wurden und werden z.T. bis heute Kriege um einzelne Glaubenssätze oder um den rechten Glauben geführt. Dabei enthalten alle drei Monotheismen im Kern eine Friedensbotschaft. Darüber hinaus müssten gerade heute in Zeiten der Globalisierung der gewachsene ökologische Problemdruck und das Bewusstsein wechselseitiger Abhängigkeiten auf Grund der weltweiten Vernetzung die Einsicht der verantwortlichen Religionsführer stärken, sich auf die Gemeinsamkeiten und die nur gemeinsam zu bewältigenden Aufgaben zu besinnen. In unüberbietbarer Klarheit ruft der Koran die Religionen in die gemeinsame Weltverantwortung: „Wenn Gott ge-

wollt hätte, hätte Er euch zu einer einzigen Gemeinschaft gemacht. Doch will Er euch prüfen (...). So eilt zu den guten Dingen um die Wette. Zu Gott werdet ihr allesamt zurückkehren, dann wird Er euch das kundtun, worüber ihr uneins wart“ (5,48). Die angeführte Passage behandelt die Fragestellung wie die frühen Muslime in Medina ihr Verhältnis zu Juden und Christen bestimmen sollten. Die Antwort des Koran ist klar: Wetteifer im Guten, konstruktive Zusammenarbeit. Für die letzten Wahrheiten ist Gott zuständig. Die Menschen sollen nicht um den rechten oder falschen Glauben streiten, sondern ihre Kräfte einsetzen zum Lob des Schöpfers und zum Wohl der Schöpfung. Unterschiede sollen damit nicht negiert oder klein geredet werden. Auch ein Differenzbewusstsein trägt zur Identitätsbildung bei. Nur wer einen festen Standpunkt hat, auch in Glaubensfragen, ist wirklich offen für den Dialog. Doch fester Standpunkt und Exklusivismus sind nicht dasselbe. Der Schöpfer des Universums kann nicht exklusiv vereinnahmt werden. Gott dogmatisieren, definieren, den grenzenlosen Gott begrenzen zu wollen, beleidigt Ihn. Wer glaubt, Gott zu haben, hat den Götzen. Wenn Gott als etwas erkannt werden kann, dann als der immer Größere, der immer Andere. Deshalb geht es nicht darum, Ihn zu wissen, sondern darum, Ihm zu glauben. Diese Demutshaltung verlangen alle drei Monotheismen ihren Gläubigen ab.

Es schließen sich eine Fülle weiterer Gemeinsamkeiten an. Im Kern handelt es sich bei allen drei genannten Religionen um prophetische Offenbarungsreligionen, d.h. Gott offenbart sich den Menschen immer wieder durch besondere Boten und Menschheitslehrer, die den göttlichen Willen verkünden. Juden glauben sich von Gott durch die Geschichte begleitet, von Propheten als Gesetzgebern, Mahnern und Warnern immer wieder auf den rechten Weg geleitet. Endgültige Rettung erwarten viele Juden bis heute von der Ankunft des Messias, des endzeitlichen Erlösers. Christen sehen sich ebenso in der Tradition der jüdischen Propheten, jener von Gott gesandten oder inspirierten Boten und Glaubenslehrer des Alten Bundes, aber der christliche Glaube sieht die Prophetenkette mit der Herabkunft Jesu Christi, des mensch-gewordenen Gottes und endzeitlichen Retters, als abgeschlossen. Muslime akzeptieren die jüdischen Propheten und auch Jesus als von Gott gesandte Menschheitslehrer, betrachten allerdings Mohammed als Siegel bzw. Abschluss der Prophetenkette.

Alle drei Religionen berufen sich auf Abraham, weshalb oft von den abrahamitischen Religionen die Rede ist. Abraham gilt als Stammvater der Gläubigen, als einer, der sein Leben voll und ganz Gott gewidmet hat, der Gott auch in schwierigsten Lebenssituationen die Treue gehalten hat, der nicht an Gott verzweifelt ist, der sich im umfassenden Sinne als Hanif, als Gottsucher, bewährt hat. Darin, Gott zu suchen und Ihm die Treue zu halten, in Gedanken, Worten und Taten, ist Abraham Juden, Christen und Muslimen ein gemeinsames Glaubensvorbild.

Weiterhin sind die drei Monotheismen ‚Buchreligionen', d.h. ihnen liegen so genannte Heilige Texte zu Grunde, wenn auch der jeweilige Textzugang ein unterschiedlicher ist. So ist beispielsweise ein historisch-kritischer Textzugang in jüdischen und christlichen Kreisen deutlich verbreiteter als in muslimischen, was den interreligiösen Dialog nicht gerade vereinfacht, aber in diesem Aufsatz nicht vertieft werden kann.

Die Tora, die biblischen Schriften und der Koran geben uns alle kein genaues Bild des geglaubten Gottes, aber sie schreiben Ihm einige Taten und Eigenschaften zu, die den Gläubigen Seinen Willen erschließen helfen.

Gott gilt als Schöpfer der Erde und des Weltalls, als Anfang und Ende, Initialakt und Ziel des Universums, als Ursache allen Lebens, als Inbegriff von Ewigkeit, als Verkörperung der höchsten menschlichen Ziele und Werte, der Gerechtigkeit, der Wahrheit, des Wissens, des Friedens, des Guten, der Barmherzigkeit und der Liebe. Der grenzenlose, ewige Schöpfergott ist somit für den gläubigen Menschen, Sein geistbegabtes, aber begrenztes, fehlerbehaftetes Geschöpf ein stetiges Leitbild. Ihn sucht der Mensch, Ihn betet er an; und wer wahrhaft sucht und betet, will den erahnten Willen des Höchsten tun. Gottes mutmaßlichen Willen nun aus den Heiligen Texten heraus zu lesen und / oder auf unsere Zeit hin zu interpretieren, darin liegt die Herausforderung theologischer Ethik.

Schöpfungsliebe versus Materialismus

Marx und Darwin haben gesiegt. Das materialistisch-evolutionäre Weltbild liegt den meisten Weltdeutungen zu Grunde. Nur denkfaule Mysteriengläubige und religiöse Fundamentalisten eifern gegen den

oben benannten Erkenntnisfortschritt. So soll auch in diesem Aufsatz der naturwissenschaftliche Wahrheitsgehalt einer materialistisch-evolutionären Geschichtsdeutung nicht bestritten werden, doch ist anzumerken, dass eine solche Weltdeutung mehrere Ebenen ausblendet. Weder das Marx-Engelsche Konzept noch Charles Darwins Theorie taugen als ganzheitliches Welterklärungsmodell oder gar als sinngebende Grundlage einer Zukunftsvision. Wenn man nämlich mit dem Linkshegelianer Karl Marx die Welt- und Menschheitsgeschichte rein materialistisch interpretiert sowie bezüglich der Entwicklungsgeschichte des Menschen jegliches Gottbewirkte negiert und sich ganz auf Darwins Evolutionslehre verlässt, dann erscheint das daraus zu gewinnende Gesamtbild wenig trostreich. Denn die Prinzipien, die der reinen Macht der Evolutionsgesetze zu Grunde liegen, sind Auslese und Anpassung, kurz: die Durchsetzungskraft der je stärkeren Lebensformen. Es ist, selbst wenn man die Vernunftbegabung des Menschen als Produkt der Evolution begreift, emotionsloser Pragmatismus. Ausgeblendet bleibt die Ebene der Liebe, bleiben Werte und Grundhaltungen wie Mitgefühl, Mitleid, Einfühlungsvermögen, Verantwortlichkeit. Eine Belebung dieser Werte aber ist notwendig, um unsere Welt lebensfreundlicher und harmonischer zu gestalten, um die Kreisläufe von Gewalt und Ausbeutung, von Fressen und Gefressenwerden, zu durchbrechen, um eine Weltordnung zu überwinden, in der der Mensch sich, zum ‚homo sapiens' erhöht, als größtes Raubtier, als Untier zeigt, das die Entwicklungen von Jahrmillionen zu verschlingen droht.

Die monotheistischen Weltreligionen interpretieren die Welt als Gottes Schöpfung. „Gott ist der Schöpfer von allem, was in der Welt ist. Er ist der Eine, der Allgewaltige", heißt es im Koran (13,16). Eine ganze Sure bekennt und preist Gott als den allmächtigen Schöpfer (35). Der Koran bekennt Gott nicht nur als Schöpfer, sondern nimmt auch Bezug auf dieselben alttestamentlichen Schöpfungsmythen, die der jüdisch-christlichen Schöpfungstheologie zu Grunde liegen (vgl. 6,2; 17,61; 18,37 u.a.). Nach ihnen ist die Erde dem Menschen gegeben, anvertraut, überantwortet. Im Alten Testament finden wir zwei Schöpfungsberichte, die der Endredakteur des Buches Genesis nacheinander angeordnet hat. Der erste (Gen 1 – 2,4a) betont die Schöpfungsabfolge und die herausgehobene Stellung des Menschen als gottebenbildliches Geschöpf, dem der Schöpfer einen Auftrag erteilt und

ihn damit in die Mitverantwortung nimmt.[6] Gott übergibt dem Menschen die Erde mit allen Pflanzen und Tieren; er soll sie sich untertan machen (Gen 1,28f.). Dass aber das oft missgedeutete ‚Macht euch die Erde untertan' keinesfalls mit Ausbeutung verwechselt werden kann, zeigt der zweite Schöpfungsbericht (Gen 2, – 2,25). Hier wird der Mensch (adam) aus Ackerboden (adamah) geformt: Die Erde erscheint als ein fruchtbarer Garten, und der Mensch erhält den Auftrag, den Garten zu bebauen und zu behüten (Gen 2,15). Der Mensch ist der Erde schöpfungsgeschichtlich verbunden, aus ihr ist er geformt, Adam, der Erdling. Der Segen Gottes liegt allerdings nicht nur auf dem Menschen, sondern schon im ersten Schöpfungsbericht stehen auch die Tiere, Vögel und Fische, unter dem Segen des Höchsten (Gen 1,22). Wenige Kapitel weiter will Gott angesichts einer furchtbaren Flutkatastrophe nach dem biblischen Glaubenszeugnis die Rettung allen Lebens; durch Noah erfahren auch die Tiere Rettung. Mit Noah und allen Lebewesen schließt der Allmächtige im Zeichen des Regenbogens seinen Bund (Gen 9). Nach dem urgeschichtlichen Zeugnis erneuert Gott seinen Bund mit den Menschen und der Schöpfung mit Abraham und später mit Mose. Die Verheißung an Abraham ergeht, ein Segen für die Völker zu sein (Gen 12,2). Der Segnungsakt des Allmächtigen am Beginn der Schöpfung geht als Zusage, Auftrag und Weisung auf den Stammvater der monotheistischen Weltreligionen über. In der Tradition Abrahams stehend, sollen wir alle somit ein Segen sein, für die Menschheit und für die Schöpfung. Dem Menschen kann es also im Sinne einer Schöpfungsethik, die sich auf die Heiligen Texte der abrahamitischen Religionen beruft, nicht gestattet sein, die ihm anvertraute Mitschöpfung, Geschöpfe, auf denen der Segen des Schöpfers ruht, mutwillig auszubeuten oder zu zerstören. Das Lebenshaus der Schöpfung ist als ganzes zu behüten.

Auch die prophetische Tradition bezeugt die andauernde Sorge Gottes um seine Schöpfung. Die Zerstörung des Libanonwaldes und die Vernichtung des Großwilds nennt der Prophet Habakuk ein Verbrechen (Hab 2,17), und Joel ruft den Tieren in Zeiten der Dürre voll Mitleid zu: „Fürchtet euch nicht, ihr Tiere auf dem Feld, denn das Gras in der Steppe wird wieder grün" (Joel 2,22). Im Buch Jona äußert Gott sein

[6] Zur Kategorie der ‚Gottebenbildlichkeit' siehe unten, nächster Abschnitt.

Mitleid nicht nur mit den zuvor vom Unheil bedrohten Menschen Ninives, sondern auch mit dem Vieh: „Mir aber sollte es nicht leid sein um Ninive, die große Stadt, in der mehr als hundertzwanzigtausend Menschen leben, die nicht einmal rechts und links unterscheiden können – und außerdem so viel Vieh?“ Der Schöpfer liebt seine Geschöpfe und will ihr Bestes. So heißt es im jüngsten Buch des Alten Testamentes, dem Buch der Weisheit: „Du aber hast alles nach Maß, Zahl und Gewicht geordnet (...). Du liebst alles, was ist, und verabscheust nichts von allem, was du gemacht hast; denn hättest du etwas gehasst, so hättest du es nicht geschaffen. (...) Du schonst alles, weil es dein Eigentum ist, Herr, du Freund des Lebens“ (Weish 11,24ff.). Frevler sind die, die die Erde ausbeuten und nur auf ihren kurzfristigen Vorteil bedacht sind. Erschreckend erinnert die Charakterisierung des Frevlers (Weish 1,16 – 2,24) an manche Verirrungen unserer Überfluss- und Spaßgesellschaften heute. Lebensmotto des Frevlers ist: „Auf lasst uns die Güter des Lebens genießen und die Schöpfung auskosten, wie es der Jugend zusteht. (...) Überall wollen wir Zeichen der Fröhlichkeit zurücklassen; das ist unser Anteil, das fällt uns zu“ (Weish 2,6ff.). Das Buch der Weisheit wendet sich nicht gegen die Fröhlichkeit an sich, sondern gegen verantwortungslose Anmaßung, sinnentleertes Treiben und gedankenlose Verschwendungssucht. Einen solchen Umgang mit den uns anvertrauten Gütern leugnet und beleidigt den Schöpfer. Darin liegt die Verfehlung, das ist der Frevel.

Auch nach dem Koran hat Allah die Schöpfung wunderbar geordnet und jedem Lebewesen seinen artgerechten Platz eingeräumt. „Es gibt kein Tier auf der Erde, ohne dass Gott für seinen Unterhalt sorgen und seinen Aufenthaltsort ... kennen würde“ (11,6). Die ganze Schöpfung ist Eigentum Gottes – „Gott gehört, was in den Himmeln und auf der Erde ist“ (Koran 24,64) –, und wir Menschen sind nur die Pächter, d.h. wir haben nach dem Glaubensgut der Heiligen Texte zwar das Recht, die uns anvertrauten Gütern zu bewirtschaften, aber gleichzeitig müssen wir sie hegen und pflegen, versuchen, sie in ihrer Grundsubstanz zu bewahren. Dies sind wir dem göttlichen Eigentümer schuldig. „Er (Allah) hat euch aus der Erde entstehen lassen und sie euch zu bebauen und zu bestellen gegeben“ (Koran 11,61). Diese Gestaltungsverantwortung ist nach dem Koran ein Vertrauenspfand, das dem Menschen auferlegt ist (33,72). Der Mensch ist verpflichtet, dem Ver-

trauen, das der göttliche Schöpfer in uns setzt, gerecht zu werden. Dies verlangt nicht nur Ratio, sondern auch Schöpfungsliebe und Leidenschaft. Der Mensch als Sachwalter Gottes, als Mitschöpfer, dem Gott nach dem Bekenntnis des Koran Seinen Geist eingeblasen hat, soll der übrigen Kreatur ein wenig von jenem Lebensgeist der Schöpfungsliebe zuteil werden lassen, aus dem heraus er selbst geschaffen wurde.

Die Grenzen der Vernunft und die Ethik der Verantwortung

Täglich stoßen wir an die Grenzen unserer Vernunft. Wir haben uns zu technologischen Risikogesellschaften entwickelt. Mühsam versuchen wir die Folgen unseres technischen Handelns mit immer neuen Erfindungen in den Griff zu bekommen und bewegen uns doch ständig am Rande des Super-Gaus, nuklear, biotechnisch, ökologisch. Hegels Traum von der zunehmenden Realisierung der Vernunft in der Weltgeschichte, vom ‚Stufengang des Weltgeistes in der Menschheitsgeschichte' scheint auch in technischer Hinsicht ausgeträumt, in moralischer Hinsicht ist er es seit den totalitären Massenvernichtungsorgien des zwanzigsten Jahrhunderts ohnehin. Also Abschied von der Vernunft und Hinwendung zur heilen Welt der Offenbarungsreligionen? Nein, das fordert keine monotheistische Weltreligion.

Die Religionen heben ja gerade die Vernunftbegabung des Menschen als sein Unterscheidungsmerkmal von der übrigen Schöpfung hervor, aber sie erinnern den Menschen auch immer wieder daran, dass er sich weder sich selbst, noch dem Zufall verdankt, sondern seinem Schöpfer. Damit binden sie die Vernunft an Verantwortung. Der Mensch als vernunftbegabtes Geschöpf, mit der Erstlingsgabe des Geistes ausgestattet (Röm 8,23), schuldet seinem Schöpfer Rechenschaft für sein Handeln. Schon nach dem jüdisch-christlichen Bekenntnis des Alten Testaments ist der Mensch nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen. „Dann sprach Gott: Lasst uns Menschen machen als unser Abbild, uns ähnlich" (Gen 1,26). Die Kategorie der Gottebenbildlichkeit traut dem Menschen zu, dass er dem göttlichen Auftrag entsprechend die Erde gestalten, bebauen und bewahren kann. Der Mensch ist der würdige Sachwalter des Schöpferwillens. Auch nach dem Koran hat der Mensch Anteil am göttlichen Geist. „Wenn Ich ihn geformt und ihm von meinem Geist eingeblasen habe, ..." heißt es in Sure 15. Kein ande-

res Geschöpf ist so aus der Schöpfungsordnung herausgehoben. Der Mensch in seiner paradiesischen Grundausstattung ist mit Qualitäten gesegnet, die den übrigen Geschöpfen nicht zukommen. Gott lässt den Menschen eine besondere Ehre zukommen: „Und wir haben den Kindern Adams Ehre erwiesen“ (17,70). Das so hervorgehobene Geschöpf wird zum Nachfolger (halifa) berufen. „Ich werde auf Erden einen Nachfolger einsetzen“ (2,30), spricht Allah im Koran. Der arabische Begriff ‚halifa‘ enthält zwei Bedeutungsebenen, die der Nachfolge und die der Stellvertretung. Die besondere Nennung der göttlichen Einsetzung, die Ausstattung mit Wissen, das Einblasen des Geistes, die der Koran mit der Erschaffung des Menschen verbindet, sprechen für die dem Menschen von Gott zugedachte Stellvertreterfunktion. Der Mensch bekommt, wie es auch in der Kategorie der Gottebenbildlichkeit umschrieben ist, von Gott Verantwortung für die Schöpfung zugesprochen. Diese Interpretation wird von Sure 38, Vers 26 erhärtet: „O David, Wir haben dich zum Nachfolger auf der Erde bestellt. So urteile zwischen den Menschen nach der Wahrheit und folge nicht der eigenen Neigung, dass sie dich nicht vom Weg Gottes abirren lässt.“ Nachfolgeschaft bedeutet hier eine königliche Aufgabe, nämlich Recht zu sprechen und Gerechtigkeit zu üben, Aufgaben, die sonst nur Gott zukommen. Auf Erden muss der Mensch stellvertretend für Gott diese und weitere Aufgaben wahrnehmen. Hierin stimmen das islamische Modell der in der Stellvertreterschaft begründeten Menschenwürde mit dem jüdisch-christlichen Verständnis der Gottebenbildlichkeit überein. Auch bezüglich der eschatologischen Bestimmung des Menschen, der Berufung des Menschen zu endzeitlichem, ewigen Heil, jener Perspektive der Auferstehung stimmen Christentum, Islam und Judentum in ihren Grundzügen überein. Gemeinsam ist den großen monotheistischen Weltreligionen auch die Sicht der Erde als Ort der Bewährung. Jede Tat des Menschen wird am Tag des Gerichts, nach Paulus dem Tag der Gerechtigkeit und des Zorns (Röm 2,5), gewogen werden. Gott „wird jedem vergelten, wie es seine Taten verdienen“, heißt es im Römerbrief des Apostels (2,6). Der Koran bekräftigt die individuelle Verantwortung eines jeden: Am Tag des Gerichts kommt jede Seele, um für sich selbst zu streiten. Jeder Seele wird voll erstattet, was sie getan hat. (16,111), denn es ist der Tag, „da niemand für einen anderen etwas bewirken kann“ (82,19).

Das Glaubensgut der monotheistischen Weltreligionen enthält allerdings keine reine Gegenwartsethik. Die Menschen haben Vorsorge zu treffen. Schon im Alten Testament beschwört Gott die Israeliten: „Verpflichtet eure Kinder, dass auch sie auf alle Bestimmungen dieser Weisung achten und sie halten. Das ist kein leeres Wort, (...) sondern euer Leben“ (Deut 32,46 f.). In der ‚Josefsgeschichte‘ des Buchs Genesis (37 ff.), die der Koran aufgreift (Sure 12), rettet das vorausschauende und vorsorgende Denken des von seinen Brüdern verkauften Josef eine ganze Sippe und ein ganzes Volk. Josefs Traumdeutungen von den sieben fetten Jahren, auf die sieben magere folgen, für die Vorsorge zu treffen ist, sind als Volksweisheiten sowohl in die orientalische, als auch in die europäische Kultur eingegangen. Welchen Sinn würden solche Gebote, Weisheiten und Verpflichtungen in den Heiligen Texten – ob Gleichnis, Traumdeutung oder Gesetz – machen, wenn unserem Schöpfergott die Zukunft egal wäre, wenn Er nicht mit seinen Geschöpfen und an seinen Geschöpfen leiden würde. Die angeführten Texte weisen uns auf unsere Zukunftsverantwortung hin. Deutlich führt das Neue Testament in mehreren Gleichnissen das Maß dieser Verantwortung aus. Nach dem Talentengleichnis (Mt 25,14 ff) geht ein Gutsherr auf Reisen und vertraut seinen Dienern sein Vermögen an, jedem nach dessen Fähigkeiten. Dem einen gibt er fünf Talente Silbergeld, dem anderen zwei und dem dritten eines. Die zwei ersten wirtschaften mit den ihnen anvertrauten Gütern, der dritte aber vergräbt sein Talent, weil er Angst hat vor der Strenge seines Herrn. Als der Herr nach einem Jahr zurückkehrt und Rechenschaft verlangt, haben der erste und der zweite die ihnen anvertrauten Talente verdoppelt. Der Herr lobt sie und überträgt ihnen weitere Verantwortlichkeiten, der ängstliche aber, der sein Talent vergraben hatte, und dieses unbeschadet ohne Zins zurückbringt, wird nicht nur getadelt, sondern sogar vom Landgut vertrieben. Der Herr schilt ihn einen faulen und unnützen Diener. „Hättest du mein Geld wenigstens auf die Bank gebracht, dann hätte ich es bei meiner Rückkehr mit Zinsen zurückerhalten“ (Mt 25,27). Die redaktionelle Absicht des Evangelisten, der dieses Gleichnis der bekannten Weltgerichtsszene unmittelbar voranstellt, ist unverkennbar: Die Strenge des göttlichen Richters, dem jeder dereinst am Ende seiner Lebensreise Rechenschaft schuldet, soll sichtbar werden. Jeder hat von Gott seine Talente erhalten, bestimmte Fähigkeiten und Begabungen,

mit denen wir wuchern sollen. Der Mensch trägt Verantwortung für die Entfaltung dieser Fähigkeiten und er hat sie nicht zum eigenen Vorteil zu nutzen, sondern im Interesse des Schöpfers. Am Gerichtstag werden wir danach bemessen, inwieweit wir uns für das Lebensganze der Schöpfung, in das überall die Spur des Schöpfers eingezeichnet ist, eingesetzt haben. Jeder Mensch ist zum Verwalter berufen und soll seinen ureigenen Beitrag zur Vollendung der Gottesherrschaft leisten, d.h. zum Gelingen und zur Vollendung des göttlichen Schöpfungswerks beitragen. Die Wahrnehmung dieses Auftrags, die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten, die Mehrung der anvertrauten Talente zur Erfüllung des je eigenen Lebensauftrages gewährleistet Zukunft nach dem Bilde Gottes. Der Zukunftsverantwortung wahrnehmende Mensch wächst in das Bild hinein, das der göttliche Schöpfer für ihn vorgesehen hat, und erweist sich so als würdiger Stellvertreter oder Nachfolger des Höchsten auf Erden. So bilden die biblisch-urgeschichtliche Zusage der Gottebenbildlichkeit und das von der Stellvertreterschaft ausgehende Menschenbild des Koran einen Sinnzusammenhang. Unser Lebensauftrag besteht darin, alles in unseren Möglichkeiten stehende zu tun, die Schöpfung in einen besseren Zustand zu versetzen, als wir sie vorgefunden haben. Wir tragen somit nicht nur für die lebenden Generationen ein gehöriges Maß an Verantwortung, sondern wir haben die Pflicht, sowohl das Vorgefundene zu erhalten, als auch die Lebensbedingungen für künftige Generationen zu verbessern. Der Koran betont die generationenübergreifende Verantwortung an einigen Stellen, etwa wenn er die Erde als Ort der Bewährung begreift (18,7) und denen, die sich bewähren, „die glauben und die guten Werke tun“, ein sicheres Leben in Nachfolge früherer Generationen verspricht (24,55). Gott will also auch nach dem Koran die Abfolge der Generationen und verpflichtet uns, den je Nachfolgenden Zukunft zu ermöglichen. Die Erfüllung der Zeit allerdings, die Vollendung dieser Welt, liegt nicht in des Menschen Hand, sie bleibt Gott vorbehalten. Im Talentengleichnis kehrt der Gutsherr zurück. Im Auferstehungsglauben kommt zum Ausdruck, dass Gott Herr über Leben und Tod und damit über Welt und Zeit im Gesamtzusammenhang bleibt. Jeder Einzelne und jede Generation haben ihre bestimmte Frist und ihren ureigenen Auftrag. Ob wir den unseren am Ende unserer Tage erfüllt haben, darüber mag ein gnädiger Gott entscheiden.

Arbeit, Anstrengung und Hoffnung, aber keine Selbsterlösung

„Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen bis du zurückkehrst zum Ackerboden; von ihm bist du ja genommen. Denn Staub bist du, zum Staub musst du zurück“ (Gen 3,19). So weist schon die Urgeschichte den Menschen in die Schranken seiner Geschöpflichkeit zurück. Diese Welt ist nicht das Paradies und wird es niemals sein. Gottebenbildlich geschaffen ist das Geschöpf noch lange nicht Schöpfer. Gott und Mensch trennen Welten, auch wenn Gott dem Menschen nahe sein will. Nach christlichem Bekenntnis nimmt Gott sogar menschliche Gestalt an, ist in Jesus Christus wahrer Mensch und wahrer Gott, uns allen zum Bruder geworden. Allah spricht im Koran: „Wir haben doch den Menschen erschaffen und wissen, was ihm seine Seele einflüstert. Und Wir sind ihm näher als die Halsschlagader“ (50,16). Trotzdem bleibt die Differenz. Differenzüberwindung funktioniert allenfalls einseitig. Der Schöpfer kann aus Gnade die Distanz überwinden, der Mensch aus eigener Kraft nicht. Wenn Menschen sich zu sehr erheben, stößt sie der Schöpfer auf den Boden der Tatsachen zurück. Die Geschichte vom Turmbau zu Babel in Genesis 11 erinnert uns daran: Menschen brechen auf, einen Turm zu bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche. Sie wollen sich damit einen Namen schaffen. Doch der Herr zerstört ihre Himmelsträume. Der Turm stürzt ein, die Baumeister zerstreuen sich in alle Länder. Eine deutliche Warnung: Bleibt in den Schranken eurer Geschöpflichkeit! Vermeidet den Größenwahn! Spielt nicht Schöpfer! Denn – so drückt es das Neue Testament aus: „Wer sich selbst erhöht, der wird erniedrigt werden, und wer sich selbst erniedrigt, wird erhöht werden“ (Lk 14,11). Ein gläubiger Mensch übt sich nicht in Selbstgefälligkeit und Anmaßung, sondern in Bescheidenheit. Weder individuell noch kollektiv können wir uns selbst erlösen. Letzte Wahrheiten vermögen wir nicht zu erkennen; unser Wissen gleicht einem Sandkorn in der Wüste oder einem Tropfen im Ozean. Schon Sokrates war sich dieser ‚conditio humana‘ bewusst: „Ich weiß, dass ich nichts weiß; aber ich suche die Wahrheit.“ Das Reich der reinen Wahrheit, der ewigen Ideen, der unendlichen Gerechtigkeit, des umfassenden Friedens, der bedingungslosen Liebe, des grenzenlosen Wissens und anderer Absoluta ist nicht von dieser Welt. Hierin stimmen die philosophische Erkenntnis des Sokrates mit Jesu Zeugnis in der Passionsgeschichte des

Johannes überein. Von seinem Richter Pilatus gefragt, ob der Vorwurf, dass er sich die Königswürde anmaße, zutreffend sei, antwortet Jesus: „Mein Königtum ist nicht von dieser Welt. (...) Du sagst es, ich bin ein König. Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, dass ich für die Wahrheit Zeugnis ablege“ (Joh 18,36f). Der christliche Glaube bekennt Jesus als Sohn Gottes. Zeuge der Wahrheit zu sein, ist göttlicher Auftrag. Aber das Reich der Wahrheit, Jesu Königtum, ist nicht von dieser Welt. So fragt denn auch Pilatus am Ende des Dialogs stellvertretend für die suchende Menschheit: „Was ist Wahrheit?“ (Joh 18.38). Als Menschen sind wir Suchende, nicht Wissende. So schließt sich in den biblischen Erzählungen der Kreis. Neugier treibt schon die Menschen im Paradies zum Tabubruch. Vom verbotenen Baum der Erkenntnis wollen sie essen; sein möchten sie wie Gott. Die Erkenntnis, die sie erlangen, zeigt ihnen ihre Grenzen auf. „Und sie erkannten, dass sie nackt waren“ (Gen 3,7). Die Strafe des Tabubruchs folgt auf den Fuß – die Vertreibung aus dem Paradies. Vor Gott sind wir nackt, unwissend, begrenzt. Jedes Mal, wenn Menschen versucht haben, diese ‚conditio humana‘ zu negieren oder zu übersteigen, sind sie zurückgeworfen worden. Nicht Stolz und Selbstbeweihräucherung stehen also dem Menschen an, sondern Demut und Gehorsam gegenüber den Weisungen des göttlichen Schöpfers. Gerade der Islam versteht sich als Gehorsamsreligion. Islam heißt übersetzt ‚Hingabe‘: der Gläubige gibt sich Gott hin, fügt sich ganz in den Willen Allahs ein. Und Gott teilt den Menschen Seinen Willen mit, über die Propheten und die Heiligen Schriften, nach christlichem Bekenntnis sogar durch Seine eigene Menschwerdung. Jeder Mensch kann nach dem Verständnis der Monotheismen Gott auch ohne die Heiligen Schriften erkennen, denn der Höchste offenbart sich durch die Werke Seiner Schöpfung. Nachdem der Koran zu Beginn der dreizehnten Sure Nutzen und Schönheit der Schöpfung beschrieben hat, erfolgt die Deutung: „Darin sind Zeichen für Leute, die Verstand haben“ (13,4; vgl auch 16,12)). Und im Neuen Testament schreibt der Apostel Paulus: „Seit Erschaffung der Welt wird Seine (Gottes) unsichtbare Wirklichkeit an den Werken der Schöpfung mit der Vernunft wahrgenommen, seine ewige Macht und Gottheit“ (Röm 1,20). Diese menschliche Fähigkeit, Größe der Schöpfung und Schönheit wahrnehmen zu können, gebiert nun wiederum – wie bereits ausgeführt – gepaart mit der Vernunftbegabung

des Menschen die Verpflichtung zur Verantwortung, die Schöpfung, in die wir hineingeboren wurden, zu „bebauen und zu behüten“ (Gen 2,15). Gehorsam und Hingabe an den göttlichen Willen sind nach dem Verständnis der Monotheismen allerdings nicht die göttliche Knute, kein fürchterlicher Zwang, sondern vielmehr eine Entlastung des Menschen; gerade weil er die letzten Dinge, den letzten Sinn, die Absoluta nicht zu erkennen vermag, will ihn der Glaube vor verzweifelter Unrast bewahren. Paulus beschreibt eindrücklich die verzweifelte Grundsituation des Menschen: „Das Wollen ist bei mir vorhanden, aber ich vermag das Gute nicht zu verwirklichen. Denn ich tue nicht das Gute, das ich will, sondern das Böse, das ich nicht will“ (Röm 7,18 f.). So gelangte denn auch der Philosoph Immanuel Kant zu der Erkenntnis, dass wir die Dinge an sich nicht zu erkennen vermögen, also auch nicht das uneingeschränkt Gute, dass aber das einzige, das es verdient, unbedingt gut genannt zu werden, ein guter Wille sei: „Der gute Wille ist nicht durch das, was er bewirkt, oder ausrichtet, ... sondern allein durch das Wollen, und das ist an sich, gut“.[7] Hier treffen sich also der Völkerapostel und der Philosoph. Den guten Willen gilt es auszuprägen. Bei Kant wird daraus der Kategorische Imperativ, in den Monotheismen die Gebote der Schöpfungs- und Nächstenliebe sowie die Goldene Regel (vgl. Mt 7,12). Wichtig ist aber im Zusammenhang dieser Ausführungen ein anderer Aspekt. Entscheidend für die moralische Rechtfertigung des Menschen ist nicht die Tatwirkung, sondern die Tatabsicht. Unsere Schuld wird gemessen an unserer Einsichtsfähigkeit und an unserem Wollen. Das befreit. Irrtümer können unterlaufen, Fehler passieren, nur bemühen müssen wir uns. Oder wie Goethe die Engel im Schlussakt von Faust II sprechen lässt: „Wer immer strebend sich bemüht, den können Wir erlösen.“ Die Vollendung der Welt ist nicht unser Auftrag, davon entlastet uns der göttliche Schöpfer, aber wir sind berufen, das in unseren Kräften liegende zu tun, zu wahren, zu bauen, zu entwickeln, Zerstörung abzuwenden, Zukunft zu ermöglichen, kurz: Schöpfungsverantwortung wahrzunehmen. Dann dürfen wir hoffen, dass ein gnädiger Gott uns erlöst, unserem Leben einen überzeitlichen Sinn verleiht, uns in neue Sphären erhebt und nachfolgenden Generationen ihre Bewährungschance gibt.

[7] Aus Immanuel Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, BA 3.

Sein statt Haben – Die Konzentration auf das Wesentliche

Wofür reiben Menschen sich nicht alles auf? Welchen ‚goldenen Kälbern' jagen wir nicht hinterher? Von welchen Besitz- und Akkumulationszwängen sind wir nicht getrieben? In Ego- und Besitzstrukturen gefangen, sind wir Menschen der westlichen Gesellschaften Sklaven unserer Gier. Individuell und kollektiv treibt uns marktwirtschaftliches und konkurrenz-orientiertes Denken voran. Ungezügelter Individualismus und Selbstverwirklichungsmanien lösen die Sozialstrukturen ganzer Gesellschaften auf. Krankes, Schwaches, Hilfloses, das die Selbstverwirklichungsträume der noch Starken zu bedrohen scheint, das sich nicht in vorgefertigte Lebenspläne einordnen lässt, wird eliminiert. Was und wer sich nicht wehren kann, ob Embryonen, Alte, Behinderte oder unsere belebte und unbelebte Mitwelt, wird zum Opfer, wird eingebaut in die Ausbeutungsstrukturen der Starken. Da werden behinderte Föten bis kurz vor der Geburt abgetötet, können Embryonen als Ersatzteillager fungieren und in Jahrmillionen entstandene Rohstoffe, Menschheitsgüter, in Dekaden ausgebeutet werden.

Die Heiligen Texte der Monotheismen entwerfen ein Gegenmodell. Gott erweist sich als ein Erbarmer, als ein Freund der Schwachen, als ein Beschützer allen Lebens. Alle Suren des Koran, bis auf die neunte, werden eingeleitet von der Basmala, der Eröffnungsformel: „Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen." Und auch der biblische Gott der Juden und der Christen hat – wie oben bereits ausgeführt – vor allem Mitleid. Im Christusereignis geht das Mitleiden Gottes sogar so weit, das Gott in diese Welt Einzug hält, als Freund der Armen und der Schwachen an und mit seiner Schöpfung leidet bis in den Tod. Jesus identifiziert sich mit den Ärmsten und Geringsten der Gesellschaft. Im Weltgerichtsgleichnis heißt es: „Was ihr einem der Geringsten meiner Schwestern und Brüder getan habt, das habt ihr mir getan" (Mt 25,40). Hier kommen Gottes- und Menschenliebe zusammen. Der Dienst am Schwachen und Geringsten wird zum Gottesdienst. Den Tanz ums ‚Goldene Kalb' (Ex 32) hat bereits die jüdische Tora, das Alte Testament, als Götzendienst erwiesen. Aber auch unsere westlichen Gesellschaften sind in ihrer Mehrheit meilenweit vom wahren Gottesdienst entfernt. Wir tanzen nicht nur um ein goldenes Kalb, sondern opfern vielen Götzen.

Der Preis ist hoch. Indem wir die zarten Stimmen des Lebens negieren, mehr vernichten als bewahren, um kurzfristiger Interessen willen den Blick aufs Ganze verlieren, geraten wir immer mehr in den Sumpf unserer Selbstsucht, in das Inferno konkurrierender Egoismen. Aus diesem Sumpf schließlich können wir uns am eigenen Schopf nicht mehr herausziehen. Doch auch hier gebärdet sich der wahrhaft religiöse Mensch weder fanatisch, noch fatalistisch, sieht sich nicht von einem unbezwingbaren Schicksal niedergedrückt und zum letzten Totentanz verdammt, sondern hofft und vertraut auf den immer größeren Gott und verpflichtet sich, trotz aller Gegenmacht, seinen kleinen Teil beizutragen, der erahnten Schöpfungsliebe und Gerechtigkeit Gottes zum Durchbruch zu verhelfen. Es gilt Luthers viel bemühtes, aber immer wieder unerschütterliches Diktum: „Selbst wenn morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen." Den Gläubigen ist es aufgegeben, um in diesem Sinnbild zu bleiben, ihren je eigenen Apfelbaum zu pflanzen, ihre Talente als Samen zu begreifen und die Erde zu begießen, damit die Samen Wurzeln schlagen und ein Baum wachsen kann. Für das zum Wachstum nötige Licht sind wir nicht und für die Qualität des Bodens nur begrenzt verantwortlich, aber die Mühe der Pflege und des Gießens müssen wir auf uns nehmen. Und wir müssen uns konzentrieren auf unseren Baum, auf das Wesentliche. Ballast gilt es abzuschütteln. Wir müssen uns individuell und kollektiv aus den Strukturen des Habens, des Habenwollens, der Gier befreien, um zum Kern unserer Existenz zu gelangen, einem Leben in Würde, unserem Schöpfungsauftrag, dem Bild, das der göttliche Schöpfer in uns angelegt hat, entsprechend. Die Bergpredigt sagt dazu eindeutig: Ihr könnt nicht zwei Herren dienen, Gott und dem Mammon, dem Götzen Geld (vgl. Mt 6,24). Wer sich an irdische Güter hängt, wer sich um die falschen Dinge sorgt, ist den Heiligen Texten zufolge ein Narr. Der Evangelist Lukas lässt Jesus von einem Mann erzählen, der nach einer guten Ernte seine Scheunen erweitern möchte, um bis an sein Lebensende ein sorgenfreies Dasein bestreiten zu können. „Da sprach Gott zu ihm: Du Narr! Noch in dieser Nacht wird man dein Leben von dir zurückfordern. Wem wird dann all das gehören, was du angehäuft hast? So geht es jedem, der nur für sich selbst Schätze sammelt, aber vor Gott nicht reich ist" (Lk 12,16 ff.). Nicht die Vorsorge klagt der Evangelist an, sondern den selbstsüchtigen

Gebrauch des Besitzes, das Nichtteilenkönnen, die Habsucht. Der Mensch ist eingebunden in Gemeinschaften und in das Lebenshaus des Schöpfungsganzen; er hat die ihm zugekommenen Güter zu nutzen im Sinne der universalen, generationenübergreifenden Menschenliebe und zum Wohle der ganzen belebten und unbelebten Mitschöpfung. Die Verwendung von Gütern zu egoistischem Nutzen oder die Mehrung von materiellem Reichtum als Selbstzweck sind vor Gott sinnlos, ja Frevel und Götzendienst. „Macht euch Geldbeutel, die nicht zerreißen. Verschafft euch einen Schatz, der nicht abnimmt, droben im Himmel, wo kein Dieb ihn findet und keine Motte ihn frisst. Denn wo euer Schatz ist, da ist euer Herz“ (Lk 12,33 f.). Deutlich ergänzt der Koran: „Was bei euch ist, geht zu Ende; was bei Gott ist, hat Bestand“ (16,96). Der Gläubige soll sich also Gott und dem Himmelreich, ewigen Werten, verpflichten und das Diesseits als Zwischenstation, als Ort der Bewährung, begreifen. Das Leben ist die Suche nach Gott als dem höchsten Ziel des Daseins. In diese Richtung können wir auch die so genannten Himmelreichsgleichnisse deuten. „Mit dem Himmelreich ist es wie mit einem Kaufmann, der schöne Perlen suchte. Als er eine besonders wertvolle Perle fand, verkaufte er alles, was er besaß, und kaufte sie“ (Mt 13,46). Wer diese Weisungen erfüllt und das Himmelreich anstrebt, dem winkt großer Lohn: „Mit dem Himmelreich ist es wie mit einem Senfkorn, das ein Mann auf seinem Acker säte. Es ist das kleinste von allen Samenkörnern; sobald es aber hochgewachsen ist, ist es größer als die anderen Gewächse und wird zu einem Baum, so dass die Vögel des Himmels kommen und in seinen Zweigen nisten“ (Mt 13,31 f.). Der religiöse, der Gott suchende Mensch, ein Hanif nach dem Vorbild Abrahams, derjenige, der ernsthaft die Nachfolge Christi anstrebt bzw. der sich als wahrer Jude und Muslim, als Gott Ergebener begreifen will, bleibt nicht irdischen, vergänglichen Gütern verhaftet, sondern nutzt seine Fähigkeiten und versucht den Willen des Höchsten zu ergründen und zu tun. Die irdischen Güter sind den Menschen zum Unterhalt, zur Freude und zum Nutzen anvertraut. Sie sind nicht des Menschen Eigentum. Wir schulden dem göttlichen Eigentümer Lob, Dank und Rechenschaft. Unser Pachtzins besteht darin, das Eigentum zu erhalten und den nachfolgenden Generationen in den Grenzen unserer geschöpflichen Bedingtheit verbesserte Lebensmöglichkeiten zu schaffen, denn nichts, keine menschliche Leistung, erfreut den Schöpfer

allen Seins mehr, als wenn wir die uns gegebenen Gestaltungsgaben zur verantwortungsbewussten Mitschöpfung einsetzen. Selbstverständlich ist dabei der maßvolle und die Eigenart alles Geschaffenen achtende Umgang mit der belebten und unbelebten Natur. „Seid nicht maßlos, Gott liebt die Maßlosen nicht“ (6,141), appelliert der Koran in einer Sure, in der zuvor die Wohltaten des Schöpfers aufgezählt werden. Oder: „Esst und trinkt, aber seid nicht maßlos. Er liebt ja die Maßlosen nicht“ (7,31), heißt es an anderer Stelle. Maßlosigkeit und Verschwendungssucht sind Kennzeichen des Unglaubens, eines Gläubigen nicht würdig. „Diejenigen, die verschwenderisch sind, sind Brüder der Satane“ (Koran 17,27). Dieses harte Urteil ergeht an Menschen, die mit Verbrauchsgütern ihrer Zeit verschwenderisch umgegangen sind, ohne dass dies in der damaligen Zeit große Auswirkungen auf nachfolgende Generationen hätte entfalten können, schlimmstenfalls im familiären Zusammenhang, insoweit die Verschwendungssucht der vorangegangenen das Erbe für die nächste Generation verspielte. Wie viel härter müsste das Urteil über die westlichen Zivilisationen ausfallen, die ganze Kontinente von der Entwicklung ausschließen und nachfolgenden Generationen Rohstoffe rauben, die Atmosphäre zerstören, die Artenvielfalt einschränken, kurz: deren Zukunft in Frage stellen?

Epilog

Der Problemdruck ist unabweisbar. Das Lebenshaus der Schöpfung ist bedroht. Die Gestaltungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen werden durch den energieintensiven, konsumorientierten Lebensstil der heute vor allem in der westlichen Zivilisation lebenden Menschen eingeschränkt. Die Zukunft steht in Frage. Die Verantwortlichkeiten sind klar. Individuen und ganze Gesellschaften haben ihre in der Vernunftbegabung und Willensfreiheit angelegte Teilhabe am kontinuierlichen Schöpfungsgeschehen falsch eingesetzt, sich von der Idee des Guten, dem Gemeinwohl, der globalen Gerechtigkeit und der Schöpfungssolidarität abgewandt und sich von Machtgier, Hab- und Selbstsucht leiten lassen. Die Folgen dieses Irrwegs lassen die Menschheit am Rande des Abgrunds stehen. Gleich apokalyptischen Reitern bauen nukleare Bedrohung, Artensterben, Wüstenwachstum, Epidemien, Kriege, Terror, Armut, Klimaveränderungen und anderes mehr eine gespenstische Drohkulisse auf, die selbst die sich bislang als Globalisierungsgewin-

ner verstehende westliche Zivilisation zu erschüttern beginnt. Für den religiösen Menschen kommt ein Wandel nie zu spät. Die Hoffnung stirbt, wie es im Sprichwort heißt, zuletzt. Und jeder Einzelne zählt. Dem Evangelium gemäß „wird im Himmel mehr Freude herrschen über einen einzigen Sünder, der umkehrt, als über neunundneunzig Gerechte, die es nicht nötig haben, umzukehren“ (Lk 15,7). Gerade weil es uns schwer fallen dürfte, in unseren Gesellschaften die 99 Gerechten auszumachen, konzentrieren wir uns in unserer persönlichen ethischen Entscheidung entsprechend lieber auf den einen. Jeder muss für sein Leben eine individuelle Entscheidung treffen. Schließen wir damit den Kreis und kehren zurück zu den Gerichtsfragen des Prologs. Nach der Botschaft der Monotheismen wird die Gerichtsfrage jeden persönlich treffen. Da kann man sich nicht mehr hinter seiner Familie, seinem Volk, seiner Regierung, seiner Konfession oder wem auch immer verstecken. Die Gerichtsfragen am Ende meiner Tage könnten lauten: ‚Warst du selbstsüchtig oder hast du an andere gedacht, hast du deine Talente zum Wohle deiner Mitgeschöpfe genutzt, hast du mehr verbraucht, als du aufgebaut hast, hast du zur Versöhnung zwischen Menschen und zwischen Mensch und Schöpfung beigetragen, hast du deinen Pachtzins erbracht oder nicht? Hast du das in dir angelegte Bild deines Schöpfers mit Leben und Würde gefüllt oder hast du deinen Lebensauftrag verdrängt, missachtet, geleugnet?‘

Meine im Prolog nach der ersten hypothetischen Gerichtsfrage zum Ausdruck gebrachte Verlegenheit ist während der Erarbeitung dieses Buchbeitrags nicht gewichen. Ich hoffe aber, die Inspirationen aus den Heiligen Schriften mögen kleine Impulse freisetzen, den ein oder anderen nachdenklich stimmen und vielleicht einen ganz geringen Beitrag leisten zum Dialog der Kulturen und Religionen. Dieser ist gerade in unseren Zeiten der globalen Vernetzung dringender denn je. Er muss ein ökologisches Weltethos begründen und entwickeln helfen, das sich an den Postulaten der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausrichtet. Die hier vorgenommenen Ausführungen wollen verdeutlichen, dass zumindest im Glaubensgut der Monotheismen genügend inspirierende Botschaften und Weisungen enthalten sind. Wenn wir uns nur ein wenig auf sie einlassen, werden wir nicht nur unsere Verpflichtung gegenüber dem göttlichen Schöpfer erfüllen, sondern unsere Kinder und Enkel werden es uns danken.

Literatur

Golser, Karl (Hg.) (1992): Verantwortung für die Schöpfung in den Weltreligionen. Innsbruck.

Kessler, Hans (1996) (Hg.): Ökologisches Weltethos – Dialog der Kulturen und Religionen. Darmstadt.

Kessler, Hans (1990): Das Stöhnen der Natur. Düsseldorf.

Khoury, Adel Theodor (1992): Der Koran. Gütersloh.

ZUR PERSON

Andreas Scherbel
geb. 1967. Von 1986 bis 1993 Studium der Katholischen Theologie, Politologie, Geschichte und Philosophie. Unterrichtet seit 1995 als Studienrat Katholische Religion, Sozialkunde, Geschichte und Ethik. Tätigkeit von 1990 bis 1995 als Redakteur, am Ende Chefredakteur des Journal Liberal, der Mitgliederzeitung der Jungen Liberalen Hessen. Seit 1997 in der SRzG engagiert und 1997/1998 Leitung des Arbeitskreises Bildung. Besondere Interessenschwerpunkte sind Islam und Menschenrechte, worüber er neben dem Beruf an einer Promotion arbeitet. Veröffentlichung: Auschwitz – Auftrag für die Menschenrechte; in: SRzG (Hrsg:): Was bleibt von der Vergangenheit? Berlin 1999.

Heinz Theisen

GENERATIONENGERECHTIGKEIT DURCH GUTE GOUVERNANZ

Ganz gebannt im Hier und Jetzt

Die mangelnde Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zeigt sich u.a. in der Staatsverschuldung, den Standortproblemen der Wirtschaft, der Überalterung der Bevölkerung und nicht zuletzt in den Zuständen unseres Bildungswesen. Die Zeche für die jahrzehntelange Vernachlässigung der langfristigen Notwendigkeiten zugunsten der kurzfristigen Bedürfnisse und politischer Vorteile werden vor allem die jüngeren Generationen zahlen. Eine Voraussetzung für mehr Generationengerechtigkeit liegt daher in der Wiedergewinnung einer zukunftsfähigeren Gesellschaft.

Die Vernachlässigung der eigenen Zukunft und damit der eigenen Jugend ist ein wesentliches Merkmal des Zeitgeistes. Das 19. und das 20. Jahrhundert waren noch überwiegend von den Hoffnungen auf eine bessere Zukunft geprägt, die im Extrem bis hin zur Aufopferung gegenwärtiger Generationen für künftige Herrenreiche oder klassenlose Paradiese gehen konnten. Nach dem Zusammenbruch der extremen politischen Ideologien und dem Verbleichen auch der gemäßigteren Zukunftsvisionen ist die frühere Sehnsucht nach der Zukunft in die Suche, ja oft schon in die Sucht nach unmittelbarer Erfüllung in der Gegenwart umgeschlagen.

Die Flut negativer Prognosen über die Zukunftsgefährdungen, die parallel zum Schwinden der Hoffnungen einsetzte, verstärkte diesen Prozess. Je düsterer in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Prognosen über kommende Katastrophen wurden, desto hektischer strebte die „Erlebnisgesellschaft“ nach dem Glück im Hier und Jetzt. Das Leben wird zur letzten Gelegenheit. Die meist mit Jugendlichkeit assoziierten Freuden und Genüsse wurden im gleichen Maße bedeutsamer wie die Zukunft an Bedeutung verlor.

Jugendlichkeit ist weniger ein Synonym für Aufbruch und Innovation als für Freizeit und neue Erlebnisse geworden. Schaut man sich die Liste der Großverdiener Kontinentaleuropas des Jahres 2000, so sagt dies einiges über unser Verständnis vom guten Leben aus. Mit den drei Tenören, Georgio Armani, Martina Hingis, Thomas Gottschalk, den Gebrüdern Schumacher, Anna Kurnikowa und Claudia Schiffer finden sich hier lauter Menschen ein, die wir weder im materiellen noch im ideellen Sinne zur Werte schaffenden oder Werte erhaltenden Klasse zählen können.

Optimisten deuten die Intensivierung des Glücksdiskurses in der Erlebnisgesellschaft als Fanal eines kollektiven Lernprozesses: als Abwendung von der Mentalität des Könnens zur Mentalität des Seins (Schulze 1999, 363 ff). Bisher hat dies jedoch weniger zum inneren Wachstum als zu den Steigerungsraten der Freizeitindustrie beigetragen. Die Techno-Szene wurde zur größten Jugendbewegung der neunziger Jahre mit etwa vier Millionen Aktivisten. Sie ist ihrem Wesen nach eine Rausch-Kultur, in der jugendliche Spaßgesellschaften kollektive Verdrängungsorgien feiern.

Glück und Lebensgenuss machen heute für die Mehrheit der Deutschen den Sinn des Lebens aus. Im Verlauf von nur 25 Jahren hat sich damit ein tiefgreifender Wertewandel vollzogen. 1974 hatten erst 49 Prozent der Befragten erklärt, dass Glück und möglichst viel Freude der Sinn des Lebens sind. 1997 waren es bereits 68 Prozent. Lebensgenuss ergibt heute für 56 Prozent Lebenssinn. Noch Anfang der achtziger Jahre galt dies nur für 26 Prozent. Damals war noch viel mehr von Gewissen, von Religion, von Aufgabenerfüllung und gesellschaftlicher Verantwortung die Rede gewesen.[1]

Die Jugendlichkeit der Spaßgesellschaft droht politisch in eine Art Infantilisierung umzuschlagen. Um die Macht zu erlangen und zu behalten, glauben die Parteien, ihren jeweiligen Wählern möglichst viele Mühen des Erwachsenwerdens nehmen zu sollen. Das Verhältnis von Geben und Nehmen, Fördern und Fordern und damit auch zwischen Staat und Bürgern ist aus der Balance geraten. Die Umworbenen werden solange dazu verführt, nicht mehr für sich selbst zu sorgen, bis sie

[1] Langzeitumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, zit. nach Bonner General-Anzeiger v. 22.1.1998. vgl. dazu übergreifend Schulze (1995).

es nicht mehr können und politisch „infantil“ werden. Darüber ist die Sozialpolitik zum wichtigsten innenpolitischen Thema im Kampf um die Macht geworden. Ernsthafte, d.h. auch unangenehme Strukturreformen sind unter diesen Umständen kaum mehr möglich.

Die Forderungen nach „Glück und Lebensgenuss sofort“ üben einen plebiszitären Druck auf die Politik aus, dem selbst die diktatorischen Regime in Osteuropa nicht standhalten konnten. Als die Parolen des „Einholens und Überholens“ des westlichen Wohlstands nicht mehr geglaubt wurden und der Wohlstandsvergleich selbst mit den Ländern Ostasiens negativ endete, war es um das Mangelverwaltungsregime geschehen. Die relativ gerechte Verteilung des Mangels im Kommunismus hat gegenüber den ungerecht verteilten Verlockungen des Konsumismus wenig zu bieten.

Die postsozialistischen Gesellschaften haben oft leider nur die schlechten Seiten des Westens kopiert. Die positiven Errungenschaften der rechtsstaatlichen Demokratie und sozialer Marktwirtschaft erfordern nämlich eine politische Kultur, die sich nur über lange Zeiträume und viele Irrtümer entfalten konnte. Persönliche Bereicherung und exzessiver Individualismus sind auch bei den jüngeren Generationen sowohl an die Stelle kollektiver Glücksvorstellungen, als auch an die Stelle beharrlichen Aufbauwillens getreten. Die Glückssubjekte sind heute nicht mehr Nation oder Arbeiterklasse, schließlich nicht einmal mehr die Familie, sondern immer mehr das Ego selbst. Diese Art von Individualismus hat mit Personalität so wenig gemein wie die Korruption mit der Kooperation.

Die kulturelle Substanz im Westen ist noch erheblich größer, aber auch sie droht zunehmend verzehrt zu werden. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Daniel Bell hatte schon in den siebziger Jahren auf die Widersprüche zwischen Kapitalismus, Hedonismus und sozialer Gerechtigkeit, zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik aufmerksam gemacht. Die Wirtschaft werde zunehmend vom Effizienzprinzip, die Kultur vom Selbstverwirklichungsprinzip und die Politik vom Gleichheitsprinzip beherrscht (Bell 1996). In der immer effizienter arbeitenden und von massenhaften Impulsen angetriebenen Spaßgesellschaft sind diese Widersprüche gewissermaßen versöhnt worden. Der „flexible Mensch“ (Richard Sennet) arbeitet hart und konsumiert hart, ein anstrengendes Leben, bei dem wenig Zeit für Kinder bleibt. Eine Konse-

quenz dieses Lebensstils ist daher das drastische Absinken der Gebürtigkeit in Europa, wodurch sich die Generationenverträge fast von selbst aufkündigen werden.

Die strukturelle Kurzfristigkeit von Demokratie und Marktwirtschaft

Der Zeitgeist ist von der Politik nur begrenzt beeinflussbar. In einem zukunftsfähigen Gemeinwesen müsste aber zumindest die Ordnung der Gesellschaft so gestaltet werden, dass sie zukunftsfähiges Verhalten belohnt und nicht auch noch bestraft.

Die niedrige Gebürtigkeit in Deutschland ist auch eine Folge einer jahrzehntelang praktizierten Sozial- und Familienpolitik, die die Alterssicherung als eine vorrangige gesellschaftliche Aufgabe und die Kindererziehung weitgehend als Privatsache behandelte. Kinder sind bekanntlich ein Armutsrisiko und Familien sind mittlerweile eine gesellschaftliche Minderheit. Heute leben nur noch in einem Drittel der deutschen Wählerhaushalte Kinder.

Je stärker die organisierten Gegenwartsinteressen ihre Privilegien auf Kosten der Zukunft verteidigen, desto gefährdeter sind die Chancen der nachrückenden Generationen (vgl. Theisen 2000). Während die etwa zwanzig Millionen Rentner Deutschlands schon durch die längere Lebenserwartung zu einer zahlenmäßig unschlagbaren Lobby geworden sind, sind die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren auf dem Wählermarkt nicht einmal in der treuhänderischen Form eines erhöhten Elternstimmrechts vertreten. Und solange die Parteien vor allem auf ihren eigenen Vorteil und auf Wählerstimmen schielen, müssen wir vor allem auf die Lobbyarbeit und auf deren Einfluss auf den gesellschaftlichen Überbau setzen. Darüber hinaus bleibt zunächst nur die Hoffnung auf mehrheitsunabhängige Instanzen wie das Bundesverfassungsgericht, dem wir fast alle familienpolitischen Fortschritte der letzten Jahre verdanken.

Der Zwang zur Kurzfristigkeit resultiert in der Demokratie aus der Konkurrenz der Politiker um Wählerstimmen. Politiker sind nur für kurze Fristen gewählt, so dass sie sich an den Wünschen ihrer derzeitigen Wähler orientieren. Aufgrund der Versprechungen konkurrierender Kandidaten können sie es sich kaum erlauben, an die übernächste

Wahl zu denken. Selbst das übernächste Jahr ist angesichts der Dominanz des Tagesjournalismus und monatlicher Erhebungen schon weit.

Die Kurzfristigkeit der Politik wird von den Akteuren der New Economy noch überboten. Sie investieren und verlagern das Kapital nach kurzfristigen Gewinnkriterien, weil die Aktionäre schnelle Profite erwarten. Langfristig orientierte Anleger werden von institutionellen Investoren verdrängt, deren Kapital keine überkommenen Loyalitäten kennt. Auch die Manager geraten darüber in den strukturellen Zwang zur Kurzfristigkeit. Für das Bedenken langfristiger Folgen bleibt im wahrsten Sinne des Wortes keine Zeit.

Kurzfristiges Handeln wird in der Regel mit dem Verweis auf die „Offenheit der Zukunft“ zu legitimieren versucht. Die Zukunft ist aber nicht so offen, wie es diejenigen gerne hätten, die auf ihre Kosten leben. Mit dem Hinweis auf die Möglichkeit falscher Prognosen weigerten sich die Pragmatiker lange, „vorzeitig“ zu handeln. Da die Renten der aktuellen Empfänger gesichert waren, erkannten sie trotz einer seit zwanzig Jahren prognostizierten Krise unserer Rentenversicherungssysteme keinen Reformbedarf. Solange die Klimakatastrophe nicht bewiesen, also eingetreten ist, gilt ihnen eine Ökosteuer nur als eine unnötige Belastung der Wirtschaft. Die Hoffnungen der Warner und Mahner, dass sich ihre Prognosen durch Gegensteuerung selbst zerstören, bleibt auf diese Weise unerfüllt. Ein Grund mehr, den Tag erst recht für die noch möglichen Vergnügungen zu nutzen.

Die Interessenvertreter der Gegenwart waren mit dieser Politik zufrieden, bis die in die Zukunft verschobenen Belastungen etwa in Form der Zinsesdienste oder der Sozialversicherungskosten die Interessen ihrer Klientel erreichten. Darüber wird der bundesdeutsche Korporatismus an einem empfindlichen Nerv getroffen. Das Wirtschaften auf Kosten der Zukunft fällt zunehmend auf seine Betreiber zurück. Die Politik in Deutschland ist darüber allerdings nicht zu einem Wettrennen um Reformen aufgebrochen, sondern zu einem Wettstreit zwischen den Parteien, wie man am besten unangenehme Folgen für die eigene Klientel blockiert oder sie zumindest der politischen Konkurrenz in die Schuhe schiebt.

Bürgergesellschaft ohne Jugend?

Als Reaktion auf die Defizite von Staat und Markt wird – so Warnfried Dettling – in Deutschland die Bürgergesellschaft angerufen wie manche Heilige in der katholischen Liturgie: immer dann, wenn sonst nichts mehr hilft. Eine Bürger- bzw. Zivilgesellschaft wäre ein vitaler dritter Sektor, der sämtliche Tätigkeiten umfasst, die weder der ökonomischen noch der staatlichen Logik gehorchen und die durch ein hohes Maß an Selbstbestimmung und ideelles Engagement gekennzeichnet sind. Sie umfasst das weite Feld von genossenschaftlichen Unternehmen, Eigenarbeit, soziales Engagement und Familienarbeit (Dettling 1998). Die Bürgergesellschaft soll nach dem Willen ihrer zahlreichen Befürworter die Defizite von Staat und Markt beheben.

Im Grunde geht es bei diesem Leitbild um die Übertragung bürgerlichen Tugenden auf neue Probleme. Auch bei dem Bemühen um Generationengerechtigkeit brauchen wir den Ausgleich von Rechten und Pflichten, von Eigen- und Allgemeininteressen, von Arbeit und Freizeit, von gegenwärtigen Bedürfnissen und zukünftigen Notwendigkeiten, also letztlich ein vernünftiges Gleichgewicht in der Lebensführung. Die Initiativen der Bürgergesellschaft müssen daher wie Staat und Markt auch jeweils danach differenziert werden, ob es ihnen nur um die Vermehrung spezifischer Rechte oder immer auch um Pflichten und Verantwortung geht. Die Bilanz ist oft zwiespältig. Spaß- und Bürgergesellschaft sind nämlich oft nur schwer zu unterscheiden, wenn z.B. „Die Grünen“ gegen das Artensterben agitieren, sich zugleich aber als die Partei der „kinderlosen 68er“ karikieren lassen müssen.

Der Bürgergesellschaft gehen im quantitativen und qualitativen Sinne die Bürger aus. So erfüllt das Drittel der Frauen und Männer ohne Kinder nur einen Teil des Generationenvertrages. Sie zahlen zwar wie alle anderen Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme ein, aber die Erziehung künftiger Beitragszahler ist die weitaus wichtigste Verpflichtung aus dem Generationenvertrag als Kern des allgemeinen Gesellschaftsvertrag. Das gerade Eltern in diesem Vertrag benachteiligt werden, gefährdet nicht nur die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, sondern das Gerechtigkeitsziel als Fundament unserer Verfassung (Birg 2001, 16 f.).

Ohne Einwanderung wird die Bevölkerungszahl in der Europäischen Union von 1998 bis 2050 von 375 Mio. auf 296 Mio. und bis zum

Ende des Jahrhunderts auf 184 Mio. zurückgehen. Durch die anhaltend hohe Gebürtigkeit in den islamischen Ländern ergibt sich ein hoher Einwanderungsdruck, der jetzt schon enorme Integrationsprobleme aufwirft. Einwanderung führt nur dann zur Entlastung, wenn es sich um eine Einwanderung auf den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme handelt. Auch bei Migration und Integration muss daher das Verhältnis von Geben und Nehmen ins Lot gesetzt werden.

Das Sinken der absoluten Bevölkerungszahlen ist aber weniger gravierend als die Veränderungen der Altersstruktur. Die niedrige Geburtenrate bewirkt in den Industrieländern einen Rückgang der Zahl und des prozentualen Anteils der nachwachsenden Bevölkerungsgruppen, während sich gleichzeitig die Zahl der Älteren absolut und relativ erhöht. Dies wird für die gut Ausgebildeten der jungen Generationen zwar zunächst zu einer wesentlichen Erhöhung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen, aber schon mittelfristig aufgrund von weniger Produzenten und weniger Konsumenten den Wohlstand der Gesellschaft insgesamt gefährden.

Die mangelnde Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hat bisher nicht zu einer Politisierung der Jugend geführt, von der man sich neue gesellschaftliche Impulse erhoffen könnte. Die Vernachlässigung der Jugend durch die Gesellschaft wird von dieser mit einer zunehmenden Abwendung von der Gesellschaft quittiert. Die jahrzehntelangen Innovationsschübe durch immer neue Jugendbewegungen – zuletzt hatte die Umweltbewegung bemerkenswerte Fortschritte erzielt – scheint erlahmt zu sein. Jugendkulturen waren oft Kraftspender wider Willen, die Gesellschaft gewann durch sie an Vielfalt, Kreativität und Anziehungskraft. Dieter Rink sieht daher im Ausbleiben neuer Jugendkulturen kein Anzeichen für eine normale Beruhigung, sondern für eine beunruhigende Normalisierung (Rink 2002).

Die Beschäftigung mit der „verfassten Politik“ interessiert die Jugend wenig. Es herrscht das Gefühl vor, dass die bestehenden Probleme von der Politik nicht angegangen werden. Politiker und Parteien seien nicht wirklich unterscheidbar. Die Möglichkeit zu eigenem Einfluss wird als gering angesehen. In der Wahrnehmung der Jugendlichen besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen „denen da oben“ und „wir da

unten“. Dies spiegelt die letztlich realistische Einschätzung wider, aus dem korporativen Geklüngel der Machtgruppen in Wirtschaft und Demokratie ausgeschlossen zu sein.

Die Beschäftigung mit der Politik macht den Jugendlichen zudem keinen Spaß. Spaß ist aber ein hoch besetzter Wert, der mit Lebendigkeit, Gefühl, Erlebnis und Intensität verbunden wird. Die ungebunden vagabundierende Engagementbereitschaft der Jugendlichen erreicht daher auch nur selten Tätigkeiten, die statt Spaß vor allem Pflichten und Verantwortung mit sich bringen (Fischer / Münchmeyer 1997, 2000). Nur vier Prozent der Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren engagieren sich regelmäßig ehrenamtlich. Andere verweigern sich dagegen mit den Argumenten „bringt kein Geld“ (43 Prozent) oder „kostet zuviel Zeit“ (47 Prozent).[2]

Dass die Generationenkonflikte bislang eher latent als manifest sind, dürfte nicht zuletzt an der Passivität der Jugendlichen liegen. Sie bleiben einfach weg; viele der Besten wandern ins Ausland ab. Jugendliche Selbsthilfegruppen erreichen wiederum nicht den harten Kern der politischen Willensbildung. Man muss schon über den notorischen Optimismus eines Ulrich Beck verfügen, um hinter diesem Auszugs- und Individualisierungsverhalten einen Beitrag zur „Zweiten Moderne“ zu sehen. Der Auszug aus den etablierten Organisationen ermögliche – so Beck – einerseits neue Solidaritätsformen unter Jugendlichen und andererseits zwinge sie die Gesellschaft, sich den Jugendlichen wieder zuzuwenden (Beck 1997).

Davon ist bislang wenig zu spüren. Bildungs-, Jugend- und Familienpolitik werden immer noch den konsumtiven Bedürfnissen der Gegenwart untergeordnet. Die sozialen Hilfen dienen nach wie vor eher der Ruhigstellung statt der Aktivierung. Lange Ausbildungszeiten und mangelnde Qualität an unseren oft schon zu Notaufnahmelagern verkommenden Hochschulen fügen sich in dieses Bild ein. Diese Vernachlässigung des langfristig Notwendigen zugunsten des kurzfristig Bequemen sorgt nur für Ruhe in der Gegenwart, erzeugt aber keine Aufbruchstimmung.

[2] Befragung des BAT-Freizeitforschungsinstituts, zit. nach Bonner General-Anzeiger v. 21.4.1999

Zukunftsvorsorge durch gute Gouvernanz

Die Hoffnungen auf die freiwilligen Hände der Bürger- bzw. Zivilgesellschaft sind ähnlich macht- und staatsvergessen wie die auf die unsichtbaren Hände des Marktes. Ohne die gestaltenden, kontrollierenden, schlichtenden und mit den gesellschaftlichen Teilsystemen kooperierenden Hände des Staates wird es daher weder auf der nationalen noch auf der transnationalen Ebene eine kollektiv-kooperative Bereitstellung der grundlegenden Lebens- und Marktvoraussetzungen (physische Sicherheit, Rechtssicherheit, Gesundheit, Nahrung, Wohnung, Bildung) geben.

Die geringer werdende Bedeutung von Grenzen in den Globalisierungsprozessen bedeutet nicht, dass der Nationalstaat verschwindet. Ein wesentliches Kennzeichen der heutigen Zeit ist der gleichzeitige Bedeutungszuwachs der globalen, europäischen, nationalen, regionalen und kommunalen Handlungsebenen. Die daraus erwachsende Interdependenz muss ihre Entsprechung in einer Mehrebenenpolitik finden, in der die herkömmlichen Trennungen von Innen- und Außenpolitik verblassen. Weder äußere noch innere Sicherheit, weder ökologische noch soziale Sicherheit können heute vom Nationalstaat allein gewährleistet werden. Der Nationalstaat kann den Verlust seiner Souveränität aber durch Kooperation mit anderen Handlungsebenen und mit den gesellschaftlichen Teilsystemen ausgleichen.

Statt die Erwartungen von einer Handlungsebene zur anderen oder auch zwischen Staat, Markt und Gesellschaft weiter hin und her zu schieben, geht es bei einer guten Gouvernanz um die möglichst gute Kooperation zwischen diesen Ebenen. Anders als beim klassischen „Government“, welches lediglich das politisch-administrative System meint, geht es bei der Governance um die Interaktion von Staat, Markt und Gesellschaft. In der sogenannten „Global Governance“ wird dieses Leitbild auf die globale Ebene verlängert. Die Intensivierung der Globalisierungsprozesse fördert die Vernetzung zwischen allen Teilnehmern, zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik. Sie steigert damit sowohl den Wettbewerb wie die Notwendigkeit von Kooperation. Gute Gouvernanz erwächst aus der gleichzeitigen Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit.

Sie ist heute deshalb so entscheidend, weil Zukunftsfähigkeit mehr ein Handlungsproblem als ein Erkenntnisproblem ist. Mit moralischen

Appellen ist dieses Handlungsproblem nicht zu lösen. Die meisten Akteure müssen zweckrational innerhalb der Logik ihrer Teilsysteme handeln, wenn sie kurzfristig überleben wollen. Es gibt daher keinen direkten Ausweg aus dem Dilemma von Eigen- und Gemeininteressen. Die Suche nach einem Mittelweg zwischen ihnen muss von der staatlichen Rahmenordnung so gestaltet werden, dass die Akteure zugleich ihren kurzfristigen Eigeninteressen und den langfristigen Zukunftsinteressen folgen können – ohne dabei Nachteile gegenüber denjenigen zu erleiden, die dies nicht tun.

Der „Ort der Moral" in einer sozialen Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung. Innerhalb einer Nachhaltigkeitsstrategie muss der Staat die Rahmenbedingungen für die Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft so gestalten, dass deren rollengerechtes und interessengeleitetes Handeln in Richtung der Nachhaltigkeitsziele führt. Der Staat agiert dabei in einer Doppelrolle, indem er einerseits moderierende und koordinierende Aufgaben zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen übernimmt und andererseits ihnen gegenüber als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Instanz auftritt.[3]

Es geht nicht um die alte Trennung von Staat und Gesellschaft, wohl aber um deren Unterscheidbarkeit. Der Staat muss von den gesellschaftlichen Teilsystemen soweit unterscheidbar sein, dass er die gesellschaftliche Lernfähigkeit um die letztlich aus dem Monopol auf legitime physische Gewalt resultierende Handlungsfähigkeit ergänzen kann. Bei den Schlankheitskuren des Staates wird zudem zu wenig zwischen Fett, Muskeln und Gehirn unterschieden. Ein Abbau von Bürokratie, Erhaltungssubventionen und von den oft zur Passivität verleitenden Sozialtransfers erhöht die Zukunftsfähigkeit und damit die Generationengerechtigkeit eines Landes, der Abbau bei Bildung und Forschung, bei sozialer Prävention und Sicherheit vermindert sie.

Die staatlichen Aufgaben haben sich gegenüber der Industriegesellschaft radikal gewandelt. Die neue Qualität dieser Aufgaben macht die zumeist quantitativen Antworten des mal Mehr oder mal Weniger der alten Politik unzureichend. Auch die sozialen Konflikte stellen sich in ganz anderer Weise. Die Individualisierung – so Ralf Dahrendorf –

[3] Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt". Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, Deutscher Bundestag. (13/11/2000 Bonn 1898, S. 38 ff.)

habe zu sozialen Konflikten ohne Klassen geführt. Bei der Globalisierung gebe es Gewinner und Verlierer. Die sozial Ausgeschlossenen seien eher apathisch als aktiv; sie erleben ihre Lage als individuelles Schicksal, dem sie nur individuell und nicht kollektiv entkommen können. Die Individualisierung von sozialen Konflikten nähre auch das Verbrechen. In einer Welt ohne Bindungen würden Recht und Ordnung zum Problem, weil die erschlaffende Arbeitsgesellschaft vor allem junge Männer draußen vor der Tür lasse. Dies seien günstige Voraussetzungen für ein Leben am Rande und zunehmend auch jenseits von Recht und Gesetz (Dahrendorf 2002).

Angesichts der Individualisierung muss der Mensch um so mehr ganzheitlich gesehen werden. Sozialarbeit und Erziehung, Bildung, Justiz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird es gemeinsam um Selbstermächtigung und Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen gehen müssen.

Auch die Gewährleistung von Sicherheit stellt ganz neue Anforderung an den Staat. Um die drohenden Kämpfe der Kulturen zu vermeiden und Migration und Integration zu ermöglichen, muss eine gute Gouvernanz interkulturelle philosophische und religiöse Aspekte einbeziehen (Erdmann / Theisen 2000). Zudem werden die Staaten durch die zunehmende Privatisierung der Gewalt substantiell herausgefordert. Statt eines klaren Gegners haben die Staaten es mit einer undurchsichtigen, diffusen und potentiell allgegenwärtigen Parallelgewalten der Mafiosis zu tun. Diese bekämpfen sich zwar auch untereinander; gemeinsam ist ihnen aber die Fähigkeit, private Macht an die Stelle staatlicher, also legitimer Herrschaft zu setzen und diese in wirtschaftlichen Gewinn umzusetzen.

Im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit sind vor allem die gesellschaftlichen und staatlichen Entscheidungswege entwicklungsbedürftig. Versteht man im Sinne Edmund Burkes unter dem Staat „... die Gemeinschaft der Verstorbenen, der Lebenden und der künftig Lebenden“, so obliegt dem Staat in besonderer Weise die Sicherung der Interessen kommender Generationen. Sie lässt sich nicht auf der Ebene des intersubjektiven und interkorporativen Interessenausgleichs in der Gesellschaft aushandeln, weil die nachfolgenden Generationen keine Rechte artikulieren können. Zukunftsvorsorge erfordert daher eine Art Stellvertretung für die Interessen kommender Generationen.

Während in den Wettbewerben der Gesellschaftswelt ein interessendeterminiertes Verfahren legitim ist, muss der gemeinwohlpflichtige Staat demgegenüber wert- und erkenntnisorientierte Verfahrensweisen in den Vordergrund stellen. Unparteilichkeit, Sachbezogenheit und Wertbewusstsein sind immer dann unverzichtbare Tugenden, wenn es um nichtverhandelbare Aspekte geht. Die treuhänderische Zukunftsvorsorge des Staates ist gefordert, sobald die Vermutung einer Generationenverantwortung gegeben ist. Hier tritt ein „Zweites Zeitmandat" gleichberechtigt neben die Gegenwartsinteressen.

Interessendeterminierte Verfahren sind dadurch gekennzeichnet, dass die Akteure sich nicht von übergeordneten Wert- oder sonstigen Richtigkeitserwägungen leiten lassen, sondern von dem Bestreben, ihre eigenen Interessen möglichst weitgehend geltend zu machen. Bei den wert- und erkenntnisorientierten Verfahrensweisen geht es dagegen um die Ermittlung des für die Gemeinschaft Richtigen. Das hierbei angemessene Verfahren bezeichnet Hans Herbert von Arnim als „richterliches, staatsmännisches oder amtsorientiertes". Während am interessendeterminierten Verfahren jeder ohne weiteres teilnehmen könne, stelle das wert- und erkenntnisorientierte Verfahren so hohe Anforderungen an die Einstellung, die Kenntnisse und Verhaltensweisen der Entscheidenden, dass ihre Hervorbringung zum Problem wird. Der Bürger gehört beiden Sphären an. Als Wirtschaftsbürger und als Staatsbürger trägt er zwei Seelen in seiner Brust. Die repräsentativen Staatsorgane sollen ihm daher dienen, sich selbst und seine kurzfristigen Interessen zu überlisten (Arnim 1984, 173 ff).

Ein besserer Ausgleich zwischen Gegenwart und Zukunft ist weder durch den korporativen Klüngel auf Kosten Dritter noch durch die meist nur aus machttaktischen Gründen praktizierte Konfliktkultur der Parteien zu erreichen. Auch im demokratischen Konflikt geht es in der Regel um die größtmögliche Teilhabe am Ressourcenverzehr. Den Rechten der Parteien zur Konkurrenz stehen die Pflichten zur Kooperation gegenüber. In Deutschland leiden wir an einem doppelten Korporatismus. Der Einigung der Tarifpartner auf Kosten der Arbeitslosen und der zukünftigen Generation steht die strukturelle Uneinigkeit der Volksparteien in Bundestag und Bundesrat gegenüber, die notwendige Reformen blockieren.

Die Essenz der demokratischen Ordnung besteht nicht mehr in der „Selbstbestimmung des Volkes“, ein Begriff, der in den radikal pluralistischen Gesellschaften kaum mehr aufrecht zu erhalten ist. Selbst die Idee einer Repräsentation des Volkswillens ist durch das oligarchische Gebaren der Parteien und Verbände erheblich beschädigt worden. Angesichts der Problemzwänge von Komplexität und Globalität ist Demokratie heute eher als eine besondere Form der Kooperation zu verstehen (Nida-Rümelin 1999).

Generationengerechtigkeit verlangt zusätzlich zur Kooperation der Gegenwartsinteressen auch noch eine Kooperation zwischen den gegenwärtigen und den zukünftigen Interessen. Die Runden Tische und nebenparlamentarischen Bündnisstrukturen versuchen diesem Trend gerecht zu werden. Bei der Suche nach Gerechtigkeit werden aber nicht Institutionen und Verfahrensweisen, sondern der in ihnen wehende Geist entscheidend sein. Der Geist – oder weniger pathetisch – die politische Kultur der Teilnehmer entscheiden darüber, ob aus einem „Bündnis für Arbeit“ ein Aufbruch zur gerechteren Verteilung der Arbeit erfolgt wie in den Niederlanden oder ob es sich wie in Deutschland um ein Bündnis der Insider gegen die Outsider handelt.

Die Grenzen zwischen Kooperation und Klüngel sind oft fließend. Ihre Beachtung macht aber einen entscheidenden Unterschied. Geht es wie beim bundesdeutschen Korporatismus primär um die soziale Sicherheit der Insider oder wie in einem Kooperativen Korporatismus um die Integration von Outsidern? Die Beantwortung dieser Frage sagt viel über unser Gerechtigkeitsverständnis aus.

Bildung als Bring- und Holschuld zwischen den Generationen

In den Globalisierungsprozessen wird es so lange Verlierer geben wie es Marktobjekte statt Marktsubjekte gibt. Die freihändlerischen Hoffnungen auf die komparativen Kostenvorteile des Wettbewerbs gelten nur für wettbewerbsfähige Menschen. Die Ausbildung wird darüber zur wichtigsten Form der Zukunftsvorsorge und zwar sowohl für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Sie ist auch deshalb eine angemessene Antwort auf die Globalisierung, weil diese die herkömmlichen Gruppensolidaritäten (Nation, Klasse, Parteien und Gewerkschaften) geschwächt hat und die Individuen sich alleine ihre Anschlussfähigkeit erkämpfen müssen.

Bildung und kreative Intelligenz sind heute wichtigere Ressourcen als Kapital und Arbeit. Selbst für die kurzfristigen ökonomischen Vorteile eines Landes hängt viel davon ab, ob die Menschen in der Lage sind, den komplexen intellektuellen und organisatorischen Bedingungen der Marktwirtschaft gerecht zu werden. Für ein hinreichendes Verständnis der Probleme unserer Zeit muss das bloße Know-how einer Ausbildung ergänzt werden um Orientierungswissen, durch ein Know-why und Know-whereto.

Eine bessere Bildung der jungen Generation wäre der wichtigste Beitrag der Gesellschaft zur Erneuerung des Generationenvertrags. Diese Aufgabe kann der Staat immer weniger alleine leisten, aber es ist umgekehrt ausgeschlossen, dass eine Bildungsoffensive ohne massive finanzielle Unterstützung des Staates möglich wird. Wir dürfen die Bildungsdebatte auch nicht schon wieder auf Geld- und Organisationsfragen reduzieren. Die Ergebnisse im Bildungswesen sind durchaus repräsentativ für das Gesamterscheinungsbild unseres Landes und sie werden nicht durch Einzelmaßnahmen, sondern nur durch andere gesellschaftliche Leitbilder zu ändern sein.

Bildung sollte schon etwas mit Geist und Kultur zu tun haben. Es ist bezeichnend, dass diese Begriffe in der Diskussion überhaupt nicht vorkommen. Getreu dem altmarxistischen und neoliberalen Basis-Überbau Denken geht es statt dessen immer um quantitative und strukturell-formelle Organisationsfragen, die aber den Inhalt von Bildung nicht erreichen. Auch die Schuldzuweisungen greifen meistens zu kurz. Die anspruchsvolle Bringschuld der älteren Generation impliziert eine ebenso anspruchsvolle Holschuld der jüngeren Generation. Ältere und jüngere Generationen haben Deutschland schließlich gemeinsam – vom Wirtschaftswachstum bis zum Schülerwissen – nach und nach zum Schlusslicht in der EU gemacht. Auch wenn die größere Verantwortung der älteren Generation außer Frage steht, sollten sich die Jugendlichen nicht in einer Opferrolle gefallen. Ihr eigener spezifischer Beitrag zur Innovation der Missstände steht ebenfalls aus.

Hinter der Bildungskrise steckt eine Kulturkrise. Die Älteren betrügen die Jüngeren um grundlegende Orientierungen, wenn sie keine positiven Traditionen der eigenen Kultur zu tradieren verstehen. Wenn die ältere Generation es nicht schafft, Normen und Werte weiter zu geben, können wir über Generationengerechtigkeit schlecht streiten,

weil es keine gemeinsamen Maßstäbe für die Diskussion gibt. Ohne einen normativen Kulturbegriff – so der Kulturphilosoph Günther Rohmoser und ohne ein Bild vom Menschen, ohne Antwort auf das, was ein Mensch ist, sei Erziehung gar nicht möglich. Woraufhin sollen die Eltern und Lehrer denn erziehen, wenn nicht auf das, was sie als wahres Menschsein verstehen? Ohne diese Erziehung müssten sich die Jungen selbst erfinden und vor dieser Zumutung flüchteten viele in die Horde (Rohrmoser 2000, 32).

Dietrich Schwanitz definiert Bildung als durchgearbeitetes Verständnis der eigenen Zivilisation. Er führt die Krise der Bildung auf unser mangelndes kulturelles Selbstverständnis und auf die verloren gegangenen Maßstäbe zurück. Die Vorstellungen von dem, was man eigentlich wissen müßte, seien verdampft. Statt über Inhalte würde nur über Methoden geredet. Alles sei mit allem kombinierbar, alles austauschbar und alles kompensierbar. Das Grundprinzip jeder Ordnung von Wissensbeständen sei fallengelassen worden: die Unterscheidung von wesentlichem und unwesentlichem, von Zentralem und Randständigem (Schwanitz 1999, 24 ff).

Eine kulturelle Bildung umfasst Wissen über die eigene Herkunft, interkulturelles Wissen über die wesentlichen wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Zusammenhänge in der heutigen Weltgesellschaft und Reflexionsfähigkeit über ethische und philosophische Fragen. Angesichts der unendlichen Fülle von Informationen ist eine Voraussetzung zum Erwerb einer solchen ganzheitlichen Bildung unabdingbar: das Erlernen des selbständigen Lernens, welches einem die notwendige Souveränität für das lebenslange, interdisziplinäre und interkulturelle Lernen gibt.

In den Hochschulen der Zukunft gilt es zudem wieder moralische Aufmerksamkeit zu wecken. Wolf Lepenies konkretisiert diese Forderung am Beispiel einer staatsbürgerlichen Erziehung zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten. Im Zeitalter der Ungewissheit müsse nicht zuletzt das Bewusstsein der Lehrenden und Lernenden dafür geweckt werden, das Verhältnis von Rechten und Pflichten neu zu überdenken – nicht im Sinne einer rückwärtsgewandten, konservativen Pädagogik, sondern im Sinne eines Überlebenstrainings für eine bessere und sichere Zukunft. Die Universität des 21. Jahrhunderts wäre ein geeigneter Ort, um über einen neuen Gesellschaftsvertrag nachzudenken (Lepenies 1999).

Auch in den internationalen Beziehungen ist Bildungskooperation die beste Hilfe zur Selbsthilfe, da die Anschlussfähigkeit der Länder an die Globalisierungsprozesse entscheidend ist. Bildung ist die dauerhafteste Hilfe zur Selbsthilfe. Dies gilt auch für die Hilfe gegenüber der Dritten Welt. Großtechnologische Hilfsprojekte des Westens sind nur dann sinnvoll, wenn sie mit dauerhaften Lernprozessen bei der einheimischen Bevölkerung verbunden werden. Eine Entwicklung von innen hält Muhammad Yunus, der sogenannte „Bankier der Armen" in Bangladesch, nicht für eine Absage an die Globalisierung.

Durch die Integration in globale Prozesse verlören die etablierten Eliten den Schutz der Mauern, hinter denen sie die heimischen Konsumenten ausbeuten und aufkommende Konkurrenten unten halten könnten. In der globalen Wirtschaft erhielten auch die Armen eine Chance, ihre Fähigkeiten und Waren auf anderen Märkten zu verkaufen, wenn z.B. in Bangladesch Menschen die Datenverarbeitung für westliche Firmen übernehmen. Jeder, der sich nicht rechtzeitig auf eine Beteiligung am globalen Markt vorbereite, werde dagegen an den Rand gedrängt und zu den Opfern gehören.[4]

Rechte und Pflichten, Flexicurity und Coopetition

Eine zukunftsfähige Gesellschaft muss sich um die Voraussetzungen für Teilnahme und Teilhabe an den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen bemühen. In einer „inclusive society" geht es um ein Arrangement, in dem Gemeinschaftshilfe und Selbsthilfe, Rechte und Pflichten, Solidarität und Flexibilität, Fördern und Fordern verbunden werden.

Die Grundpflichten des einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen gelten für Rechtsgehorsam, Friedenspflicht, Erziehungs-, Steuer- und Wehrpflicht und für die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums. Die Rechte kommender Generationen werden aber nur im Artikel 20 a GG auf allgemeine Weise erwähnt. Ein Gleichgewicht zwischen Grundrechten und Bürgerpflichten oder – auf der transnationalen Ebene – zwischen Menschenrechten und Menschenpflichten wäre ein wesentlicher Beitrag für eine größere Generationengerechtigkeit. Eine stärkere Ergänzung der

[4] Gespräch mit Muhammad Yunus, „Eine Welt ohne Armut muß keine Utopie sein", in: Universitas (6/1999, 59 ff.)

Menschenrechte durch Menschenpflichten ist notwendig. Das exklusive Bestehen auf Rechte hat Konflikte, Spaltung und ansonsten endlosen Streit zur Folge.[5]

Es ist erfreulich, dass der neueste Trend wieder langsam weg zu gehen scheint von der reinen Individualisierung, die keine vorgegeben Normen, Werte und Leitbilder mehr kannte und anerkannte. Der Freizeitforscher Opaschowski sieht den Abschied vom Zeitalter individueller Bastelexistenzen voraus und ein Zeitalter des gemeinsamen Lernens kommen. Die Zukunft gehöre einem Persönlichkeitstypus, der gleichermaßen traditionelle und moderne Werte schätze und eine Wertesynthese verkörpere. Menschen, die sich zwischen Altem und Neuem souverän bewegen, sogenannte aktive Realisten, seien sowohl diszipliniert als auch kommunikativ, durchsetzungsfähig und kooperativ, fleißig und sensibel, aktiv und kreativ. Jüngere und Ältere würden heute gleichermaßen ein ausbalanciertes Lebenskonzept anstreben (Opaschowski 2001, 17).

Auch in der politischen Theorie geht es heute primär um einen Ausgleich vermeintlicher Gegensätze. „Jenseits von Links und Rechts" (Anthony Giddens)[6] sollen Elemente in ein Wechselverhältnis gesetzt werden, die im traditionellen Weltbild immer als Gegensätze gehandelt wurden: Rechte und Pflichten, Individualität und Gemeinschaft, Unabhängigkeit und Verantwortung, Gerechtigkeit und Modernität. Alte Themen sollen nicht gleich in einer neuen Synthese aufgehoben oder abgeschafft, sondern lediglich in ein neues Gleichgewicht gesetzt werden. Eine neue Politik ist daher vor allem ein kooperatives Management alter Gegensätze. Aus den entsprechenden Kompromissen könnte dann ein neues Verständnis von Gerechtigkeit erwachsen.

Die neuen Kompromisse müssen unter den Bedingungen der Globalisierung entwickelt werden. Die letzten 25 Jahre haben in fast allen entwickelten Gesellschaften entweder (wo die Arbeitsmärkte ziemlich frei sind) eine starke Tendenz zu wachsender Ungleichheit oder (wo die Arbeitsmärkte inflexibel sind) ein massives Anwachsen der Arbeitslosenrate bei Niedrigqualifizierten hervorgebracht. Hier muss ein Mittel-

[5] Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten, zit. nach Schmidt (1998, 259 ff.).
[6] Eine politologische Grundlegung dazu findet sich bei Giddens (1997).

weg gefunden werden, für den wir Flexibilität und Solidarität, Innovation und Erfahrung, Jung und Alt brauchen.

Die neoliberalen Angriffe auf die mit Flächentarifverträgen abgesicherten Insider- Arbeitsmärkte können dann als Beitrag zur Generationengerechtigkeit gelten, wenn die angestrebte Schwächung der Insider den Outsidern zugute kommt. Geht es hingegen nur um das Wohlergehen der Aktionäre, so erhalten wir statt einer flexiblen Gesellschaft, in der der Arbeitsmarkt auch für die Jüngeren, für Mütter und für weniger Qualifizierte offen ist, nur flexible Menschen, die sich vor lauter Kampf menschlich zurück entwickeln. Eine flexiblere Gesellschaft, die ihre Arbeit gerechter zu verteilen verstünde, könnte hingegen den flexiblen Menschen verhindern.

Die Mitte zwischen wettbewerbsfeindlichen Korporatismus und kooperationsfeindlichen Wettbewerb muss auf Wegen gesucht werden, auf denen die Offenheit von flexiblen Arbeitsmärkten mit einer substantiell fortbestehenden sozialen Sicherheit verbunden wird. In den Niederlanden ist dies gelungen, indem Insider etwa durch Teilzeitarbeit Besitzstände an die Outsider abgetreten haben. Diese „Flexicurity", einer Mischung aus „Flexibility" und „Social Security" beruht auf der Weiterentwicklung des Korporatismus, der nur die Insider schützte, zu einem Kooperativen Korporatismus. In diesem werden die bis dahin ausgeschlossenen Dritten, auf deren Kosten die Tarifpartner so gut Kompromisse zu schließen verstanden, bei der Verteilung von Arbeit und sozialer Sicherheit stärker einbezogen.[7]

In den Niederlanden wurden die sozialen und arbeitsmarktpolitischen Verteilungsprobleme kooperativ bewältigt, obwohl natürlich der Wettbewerb zwischen den politischen Parteien und den Tarifpartnern fortbestand. Diese Synthese von „Competition" und „Cooperation" ist mit dem neuen Kunstwort der „Coopetition" bedacht worden. Flexicurity und Coopetition sind mehr als bloße Sprachspielereien. Sie zeigen, dass es um neue Kompromisse gehen muss, wenn wir die Blockaden zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen im allgemeinen und zwischen den Generationen im besonderen überwinden wollen.

[7] Zum Holländischen Modell vgl. Theisen (2000, 141 ff.).

Literatur

Arnim, Hans Herbert von (1984): Staatslehre der Bundesrepublik Deutschland. München.

Beck, Ulrich (1997) (Hg.): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main.

Bell, Daniel (1996): Die Zukunft der westlichen Welt, Frankfurt am Main.

Birg, Herwig (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München.

Dahrendorf, Ralf (2002): Was von Dauer ist. Klassen ohne Kampf, Kampf ohne Klassen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 09.03.02.

Dettling, Warnfried (1998): Bürgergesellschaft: Möglichkeiten, Voraussetzungen, Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B38.

Erdmann, Klaus / Theisen, Heinz (2000) (Hg.): Der west-östliche Hörsaal. Interkulturelles Lernen zwischen Ost und West. Berlin.

Fischer, Arthur / Münchmeyer, Richard (2000): Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. In Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Shell-Jugendstudie 2000. Opladen 2000.

Fischer, Arthur / Münchmeyer, Richard (1997): Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. In Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): 12. Shell-Jugendstudie Opladen 1997.

Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt am Main.

Lepenies, Wolf (1999): Wissen wir, was wir nicht wissen werden? Über die europäische Universität und ihre Aufgaben im 21. Jahrhundert. In: Neue Zürcher Zeitung v. 27.12.99.

Nida-Rümelin, Julian (1999): Demokratie als Kooperation, Frankfurt am Main.

Opaschowski, Horst (2001): Die westliche Wertekultur auf dem Prüfstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52–53.

Rink, Dieter (2002): Beunruhigende Normalisierung: Zum Wandel von Jugendkulturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5.

Rohrmoser, Günther (2000): Nietzsche als Diagnostiker der Gegenwart. München.

Schmidt, Helmut (1998): Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral, Stuttgart.

Schulze, Gerhard (1999): Steigerung und Ankunft. Über die Endlichkeit des Fortschritts. In: Heinrich von Pierer / Bolko von Oetinger (Hg.): Wie kommt das neue in die Welt? Reinbek.

Schulze, Gerhard (1995) Die Erlebnisgesellschaft. 5. Auflage, Frankfurt am Main.

Schwanitz, Dietrich (1999): Bildung. Alles, was man wissen muß, 12. Auflage, Frankfurt am Main.

Theisen, Heinz (2000): Zukunftspolitik. Langfristiges Handeln in der Demokratie. München.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Heinz Theisen
geb. 1954 in Langenfeld. Professor für Politikwissenschaft an der Kath. Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (KFHNW) in Köln.
Arbeitsschwerpunkte: Zukunftsfähigkeit der Demokratie; Osterweiterung der Europäischen Union. Wichtigste Veröffentlichungen: Zukunftspolitik, Langfristiges Handeln in der Demokratie, München 2000 (Hrsg. zusammen mit Klaus Erdmann). Der west-östliche Hörsaal, Interkulturelles Lernen zwischen Ost und West, Berlin 2000 (Hrsg. zusammen mit Peter Boskamp). Krisen und Chancen unserer Gesellschaft, Ein interdisziplinarer Überblick, Berlin 2002.

Rolf Kreibich

GENERATIONENGERECHTIGKEIT IM ZEITALTER GLOBALER UMWELTKRISEN

Einleitung

Auf nationaler Ebene wurden einige Umweltprobleme entschärft: die Luft ist heute sauberer als vor 20 Jahren, auch in Ballungsgebieten; die Flüsse und Seen sind weniger mit Schadstoffen belastet; Abfall wird in Teilen in Wertstoffe zurückverwandelt und weitgehend kontrolliert entsorgt; Wirtschaftswachstum wurde in Ansätzen vom Energieverbrauch entkoppelt; Naturräume werden strenger geschützt als in der Vergangenheit. Hieraus könnte der Schluss gezogen werden, dass wir in Deutschland auf dem Weg in ein ökologisches Musterland sind. Der derzeit geringe Stellenwert der Umweltprobleme in der Politik und in der Öffentlichkeit in Deutschland könnte das unterstreichen. Auch in der jungen Generation brodelt es nicht gerade in Sachen Umweltpolitik. Weshalb trotzdem ein flammendes Plädoyer für ökologische Generationengerechtigkeit?

Schätzungen in der Bundesrepublik Deutschland gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren durch eine Welle von Schenkungen und Erbschaften ein Vermögen von bis zu 2,2 Billionen Euro in Form von Bargeld, Immobilien, Sach- und Betriebsvermögen die Eigentümer bis zum Jahr 2010 wechseln wird. Die Vermögensübertragung erfolgt hauptsächlich an die nachfolgenden Generationen. Müssen damit nicht die dunklen Zukunftsszenarien über generativ ungerechte soziale Sicherungssysteme, langfristige Staatsverschuldungen zu Lasten der nachfolgenden Generationen, Zunahme von Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen sowie schlechte Ausbildung und Bildung der jungen Generation in einem milderen Licht erscheinen? Weshalb gleichwohl ein Plädoyer für mehr Generationengerechtigkeit?

Ökologische Generationengerechtigkeit und Nachhaltige Entwicklung

„Generationengerechtigkeit“ hat die Chance, zu einem globalen Leitziel gesellschaftlicher Entwicklung zu avancieren. Als Kernbestandteil prägt sie vor allem das umfassende Zukunftskonzept der „Nachhaltigen Entwicklung“. Die Forderungen nach intergenerativer Gerechtigkeit (Gerechtigkeit zwischen den Generationen) und intragenerativer Gerechtigkeit (Gerechtigkeit innerhalb einer Generation) bilden die wichtigsten normativen Grundlagen des Nachhaltigkeits-Leitbilds. Im Rahmen dieses Kontextes, der bereits im Grundlagenteil dieses Buches abgehandelt wurde, soll nun der Bereich der Ökologie besonders ins Blickfeld genommen werden.

Mit *ökologischer* Nachhaltigkeit (environmental sustainability) ist gemeint, dass die Kapazität der Umwelt das menschliche Leben dauerhaft zu gewährleisten hat und nicht durch menschliches Handeln beeinträchtigt wird. Oder anders ausgedrückt: Nachhaltige ökologische Entwicklung bedeutet, dass jede Generation so handeln muss, dass das natürliche Kapital (sowohl die Quantität als auch die Qualität der natürlichen Lebensmedien und Ressourcen) soweit erhalten bleibt, dass für künftige Generationen die Lebensgrundlagen nicht gefährdet werden und ein Zusammenleben aller Menschen in wirtschaftlicher und sozialer Stabilität ermöglicht wird. Die Ursprünge dieses Konzeptes können auf ein waldwirtschaftliches Prinzip zurückgeführt werden, das besagt, dass die quantitativen und qualitativen Eingriffe in den Wald niemals größer sein dürfen als dessen Regenerationsfähigkeit in der gleichen Zeit an Erneuerung schafft. Auf diese Art und Weise kann ein Wald unbegrenzt genutzt werden. Allgemein ist ökologische Nachhaltigkeit eine höchst komplexe Forderung, der folgende Prinzipien zugrunde liegen:

1. Der Verbrauch von sich erneuernden Ressourcen sollte lediglich in einer solchen Menge und mit einer solchen Geschwindigkeit erfolgen, dass die Regeneration möglich ist und zukünftige Generationen ebenfalls in der Lage sind, die ökologische Leistungsfähigkeit des natürlichen Kapitals in gleicher Weise in Anspruch zu nehmen.
2. Nicht nachwachsende Rohstoffe sollten nur zu einem solchen Maße genutzt werden, dass für zukünftige Generationen ein physisch und

funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen geschaffen wird.

3. Umweltverschmutzung durch Stoffeinträge in die Lebensmedien sollte auf einem solchen Niveau gehalten werden, dass weder in der Luft, im Wasser oder im Boden irreparable Schäden an den natürlichen Ökosystemen und an der menschlichen Gesundheit verursacht werden. Das bedeutet, die Intensität der Umweltverschmutzung muss niedriger liegen als die Regenerationsfähigkeit der Natur.

Ein Hauptprinzip der ökologischen Nachhaltigkeit beruht auf dem Grundsatz der Reversibilität. In einfachen Worten bedeutet das, dass zukünftige Generationen in der Position sein müssen, zu einem akzeptablen Preis den von uns generierten Umweltwandel zu revidieren.

Wenn Generationengerechtigkeit verlangt, dass die Chancen kommender Generationen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse mindestens so groß sein sollen wie die früherer Generationen, so bedeutet dies in ökologischer Hinsicht, dass das Naturkapital nicht verringert werden darf und jede Generation von den Zinsen leben muss.

Ökologische Generationengerechtigkeit ist zweifellos ein ehrgeiziges Ziel, das nur durch eine Kombination von Effizienz- und ökologischer Konsistenzstrategie sowie einem veränderten Suffizienzverhalten im Sinne sparsamer Lebensweisen und alternativer Lebensqualität erreichbar ist. Für die praktisch handelnden Akteure in den staatlichen Institutionen, Kommunen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Verbänden und Organisationen müssen die Prinzipien der ökologischen Generationengerechtigkeit durch umsetzbare Strategien sowie konkrete Projekte und Maßnahmen operationalisiert werden. Grundsätzlich muss sich der Wandel auf alle gesellschaftlichen Bereiche beziehen. Die nachfolgenden Stichworte zu den wichtigsten Handlungsfeldern sollen andeuten, welche Konzepte und Maßnahmen den Prozess fördern können.

Handlungsfelder für ökologische Generationengerechtigkeit (öGG)

- Produktions-/Dienstleistungsbereich
  Ökologische Produkte und Verfahren, Kreislaufwirtschaft, ökologische Dienstleistungen, Entmaterialisierung, Effizienzsteigerung.

- Konsumtions-Nutzungsbereich
  Ökologische Produkte, Sparsamkeit und rationelle Nutzung, gemeinsame Nutzung, Leasing statt Eigentum, Wiederverwendung.
- Stadtentwicklung
  Funktionsmischungen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Freizeit), ökologische und sozialverträgliche Stadterneuerung.
- Bauen und Wohnen
  Ökologisches und solares Bauen, Verwendung biologischer und wiederverwendbarer Baustoffe, recyclingfähige Gebäude, dezentrale Energiesysteme, regenerative Energietechnik.
- Öffentliche und private Strukturen
  Energiedienstleistungen, Mobilitätsdienstleistungen, öffentlicher Schienenverkehr statt Straßenbau, Flächenrecycling.
- Mobilität / Verkehr
  Fuß- und Radfahrverkehr, ÖPNV statt motorisierter Individualverkehr, Schienengüterverkehr, Entmaterialisierung des Verkehrs, neues Mobilitätsverhalten (Freizeitverkehr einschränken), Sharing- und Leasing-Konzepte.
- Land- und Forstwirtschaft
  Biologische Landwirtschaft statt Chemisierung, naturnahe Forstwirtschaft statt Monokulturen, kleinräumige Tierhaltung und Pflanzenzucht.

Zur Erfüllung des Prinzips der öGG müssen die verschiedenen Konzepte und Maßnahmen an definierten Indikatoren gemessen und bewertet werden. Hierzu sei betont, dass es sich immer nur um einen Tendenzprozess handeln kann, mit dem wir uns schrittweise den Leitzielen annähern. Ökologische Generationengerechtigkeit ist ein permanenter Suchprozess der Zukunftsgestaltung, der im Prinzip nie zum Abschluss gebracht werden kann, solange Menschen produzieren, konsumieren und sich mobil bewegen und dabei Stoff-, Energie- und Informationsflüsse induzieren.

Zur Globalisierung der Umweltpolitik

Nur internationale Vergleiche sind im Hinblick auf grundlegende Entwicklungsperspektiven moderner Gesellschaften tragfähig. Wie wenig aussagefähig unsere nationalen Einschätzungen über die Verbesserung der Umweltprobleme und die Leistungsfähigkeit der Umweltindustrie

und Umwelttechnologien in Deutschland sind, zeigt eine vergleichende Untersuchung über die ökologische Nachhaltigkeit von Staaten. Wissenschaftler der Yale-University in New Haven (Yale Center for Environment Law and Policy) und der Columbia-University in New York (Center for International Earth Science Information Network) präsentierten auf dem World Economic Forum in New York im Januar 2002 den „Environmental Sustainable Index" (ESI) für 142 Staaten (World Economic Forum 2002). Es handelt sich hierbei um ein Instrument, das auf 20 zentralen Indikatoren beruht und über 68 ökologisch bzw. umweltpolitisch besonders relevante Variablen benutzt, um einen systematischen qualitativen und quantitativen Vergleich der ökologischen Nachhaltigkeit von Staaten vorzunehmen. Gemessen werden jeweils der Zustand der natürlichen Umwelt und die umweltpolitischen Kapazitäten der Länder. Deutschland rangiert hier auf Platz 54, weit hinter Ländern wie Finnland, Norwegen und Schweden (Plätze 1 bis 3), weit auch hinter Ländern wie Costa Rica (9), Portugal (29) oder Laos (31) und sogar noch hinter den USA (51). Auf der von 1 bis 100 reichenden Skala erzielt Deutschland gerade einmal 52,1 Punkte, während das führende Finnland 74,4 Punkte erzielt. Die Rangordnung bezieht sich nicht nur auf die jeweilige Umweltqualität in den Ländern, sondern auch darauf, wie gut oder schlecht ein Land gewappnet ist, zukünftige Herausforderungen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung zu bewältigen. Angesichts dieser Situation ist es kaum zu fassen, dass weder die Medien noch die Politik und die Öffentlichkeit wahrgenommen haben, in welch schlechter Lage wir uns im internationalen Vergleich befinden. Allein vor dem Hintergrund dieses Ranking muss das Leitziel „ökologische Generationengerechtigkeit" in Zukunft ganz oben auf der politischen Agenda in Deutschland stehen. Viel zu gering beachten und bewerten wir zum Beispiel die langfristigen Folgen des nach wie vor hohen Pro-Kopf-Verbrauchs an nichtregenerativen Rohstoffen und fossilen Energieträgern, des hohen Flächenverbrauchs für Siedlungs- und Infrastrukturen, die Verringerung der Biodiversität oder die massiven Belastungen der Böden und der Nahrung durch die chemisch-industrielle Landwirtschaft und eine durch Monokulturen geprägte Forstwirtschaft. Der motorisierte Personen- und Individualverkehr und der Gütertransport auf der Straße nehmen weiterhin rasant zu mit entsprechend steigenden Energieverbrauchswerten und Schadstoffemissionen. Heute

verbrauchen wir in der Bundesrepublik Deutschland nur im Verkehrsbereich genau so viel fossile Energie wie ganz Schwarzafrika Energie verbraucht. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie ist in Deutschland 13 mal so hoch, die CO_2-Emissionen sind etwa 60 mal so hoch wie in der Dritten Welt. Angesichts der Globalisierung der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung, der Wirtschaft und der Umweltrisiken greifen alle Betrachtungen zu kurz, Perspektiven für Generationengerechtigkeit nur unter nationalem Blickwinkel aufzeigen zu wollen. Was wir brauchen sind vielmehr Einsichten in langfristige globale Entwicklungen, um herauszuarbeiten, was die zentralen Probleme der Gesellschaft und der Biosphäre, also unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sind.

Zukunftswissen durch Zukunftsforschung

Wir stoßen bei einem solchen Vorgehen auf eine große Diskrepanz zwischen dem Wissen über langfristige und globale Zukunftsentwicklungen, Trends und Belastungspotentiale der natürlichen Umwelt und des sozialen Zusammenlebens einerseits und der geringen Nutzung und Verwertung dieses Wissens im praktischen Alltag andererseits. Wir verfügen heute über eine Menge gesichertes Zukunftswissen, insbesondere hinsichtlich der ökologischen und sozialen Begrenzungen unserer Zukunftsfähigkeit. Das wird aber angesichts der vom ökonomistischen und hedonistischen Zeitgeist geprägten Informationsflut durch kurzlebige und kurzatmige Informationen, Trends und Events überwölbt und blockiert zukunftsfähiges Handeln.

Wohl wissend, dass wir vor diesem gundlegenden und zugleich praktischen Problem stehen, möchte ich gleichwohl den Versuch unternehmen, aus einer breiten globalen Sichtweise auf Perspektiven der ökologischen Generationengerechtigkeit zuzusteuern. Um sich dem komplexen Vorhaben zu nähern, muss man auch in der wissenschaftlichen Zukunftsanalyse und Zukunftsgestaltung wie in der Politik und Wirtschaft die Methode anwenden, durch Unschärfe im Detail, Schärfe in die wichtigen Funktionsbeziehungen und orientierenden Parameter zu bekommen. Es ist also der Versuch, den Wald bei lauter Bäumen zu erkennen. Mit dieser Methode sollen nun einige langfristige Basistrends der zukünftigen Entwicklung betrachtet werden.

Was wissen wir über die voraussichtlichen Leitplanken für die Entwicklung im 21. Jahrhundert? Können wir überhaupt Relevantes hierzu

aussagen? Die Zukunftsforschung sagt „Ja“, auch wenn sie sich der prinzipiellen Unsicherheit von Zukunftswissen bewusst ist. Wir verfügen heute durchaus über wissenschaftliches Wissen, dessen Negierung bei der Zukunftsgestaltung mit großer Wahrscheinlichkeit zu fatalen Folgen führen würde, die Überbeanspruchung der Ökosphäre und die Selbstzerstörung der Menschheit eingeschlossen.

Basistrends

Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die Basistrends, die unser gesellschaftliches Leben und die Entwicklung der Biosphäre in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich bestimmen werden. Wir sprechen von Basistrends der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn mindestens drei Kriterien erfüllt sind:

- Der Trend muss *fundamental* in dem Sinne sein, dass er starke bis grundlegende Veränderungen im Bereich der menschlichen Sozialentwicklung und/oder des natürlichen Umfelds bewirkt.
- Der Trend muss mindestens *mittelfristig* (ca. 5 bis 20 Jahre) oder *langfristig* (über 20 Jahre) starke Wirkungen und Folgen auslösen.
- Mit dem Trend müssen starke *globale* Wirkungen und Folgen verbunden sein.

Basistrends beeinflussen in komplexer Weise mögliche, wahrscheinliche und wünschbare Zukünfte. Mit dem Unschärfe-Schärfe-Ansatz haben wir am IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin zahlreiche Zukunftstrends auf ihre Relevanz für die zukünftige Entwicklung untersucht und bewertet. Aus einer Gesamtzahl von 50 grundlegenden Zukunftstrends, selektiert aus relevanten nationalen und internationalen Zukunftsstudien, wurden in drei Zukunftswerkstätten die 16 wichtigsten Basistrends ermittelt. Die Zukunftswerkstätten waren jeweils mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und Vertretern der Bürgerschaft aus gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen besetzt. Die nachfolgende Übersicht zeigt das Ergebnis in der Reihenfolge ihrer Bewertung gemäß den genannten Relevanzkriterien:

	Zukunftsentwicklungen **Globale und langfristige Trends/Wirkungen/Folgen**	
	B A S I S T R E N D S	Σ
1	Wissenschaftliche und technologische Innovationen („Technischer Fortschritt")	9
2	Umweltbelastungen / Raubbau Naturressourcen	9
3	Bevölkerungsentwicklung	8
4	Disparitäten zwischen „Erster" und „Dritter Welt" (Schere zwischen den 20 Prozent Reichsten und Ärmsten geht weit auseinander)	8
5	Ökonomischer Wettbewerb, Produktivitätssteigerung	8
6	Tertiarisierung und Quartarisierung der Wirtschaft	8
7	Migrationsströme (ökonomisch, ökologisch, sozial)	8
8	Erhöhung Personen- und Güterströme weltweit	8
9	Globalisierung von Wirtschaft, Mobilität und Beschäftigung	7
10	Wachstum Weltproduktion und Welthandel	7
11	Verschlechterung der Gesundheit	7
12	Individualisierung der Lebens- und Arbeitswelt	6
13	Anwachsen der globalen Finanzströme	6
14	Verringerung der Lebensqualität	5
15	Arbeitslosigkeit (Erwerbsarbeit)	5
16	Alterung der Industriegesellschaften	5
	IZT 	

Bewertung:	a) Trend (Stärke)	stark (3)	mittel (2)	schwach (1)
	b) Wirkungen/Folgen: (global)	stark (3)	mittel (2)	schwach (1)
	c) Wirkungen/Folgen: (zeitlich)	lang (3)	mittel (2)	kurzfristig (1)

Auch wenn es sich nicht um ein strikt repräsentatives Selektions- und Bewertungsverfahren handelt, sind die Ergebnisse im Hinblick auf Zukunftswirkungen und Zukunftsfolgen und somit hinsichtlich ihrer Bedeutung für sozialen, ökonomischen und ökologischen Wandel höchst aufschlussreich.

Die größten Herausforderungen der Zukunft liegen im Bereich der ersten beiden Megatrends *„Wissenschaftliche und technologische Innovationen" und „Umweltbelastungen/Raubbau an Naturressourcen".*

In keiner anderen Hochkultur haben sich auch nur annäherungsweise solche Veränderungen vollzogen wie in der durch Wissenschaft und

Technik geprägten Industriezivilisation. Wir haben in den Industrieländern einen grandiosen Wohlstand erreicht und allein in den letzten 100 Jahren die Produktivität im Produktionsbereich um über 3.500 Prozent erhöht und im Bürobereich allein in den letzten 40 Jahren um über 2.500 Prozent. Wir haben das Realeinkommen in diesen 100 Jahren ebenfalls um 3.000 Prozent gesteigert und die Lebenszeit der Menschen verdoppelt, im Durchschnitt um 37,5 Jahre verlängert. Wir haben die durchschnittliche Geschwindigkeit unserer Fortbewegung und die Distanzüberwindung um das hundertfache erhöht. Es kann keinen Zweifel geben, dass diese Zahlen exemplarisch für viele Entwicklungsparameter der Moderne stehen und die Erfüllung lang gehegter Zukunftsvisionen und Menschheitsträume widerspiegeln. Hier liegt der Schlüssel dafür, dass wir nach wie vor primär in den Perspektiven Technikentwicklung, Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung und materieller Wohlstandsmehrung die zentralen Leitziele für Zukunft und Fortschritt sehen.

Auf der anderen Seite wächst *jeden Tag* die Weltbevölkerung um 250.000 Menschen, wird die Atmosphäre mit 60 Millionen Tonnen Kohlendioxyd aus Kraftwerken, Heizungen und Kraftfahrzeugen belastet, wird die Fläche von 63.000 Fußballfeldern Regenwald vernichtet. Wir zerstören durch anthropogene Eingriffe *täglich* 20.000 ha Ackerland und vernichten 100 bis 200 Tierarten.

Die auf der Schattenseite des technisch-industriellen Fortschritts messbaren Belastungspotentiale lassen keinen anderen Schluss zu, als dass wir bei einem Fortschreiten auf dem Pfad der gigantischen Energie-, Rohstoff- und vor allem der Schadstoffströme in weniger als 80 Jahren unsere natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen zerstört haben werden. Eine nicht gerade rosige Aussicht für die nachfolgenden Generationen.

Auch hinsichtlich der weiteren Basistrends lassen sich einige relevante Aussagen machen, wobei hier nur solche hervorgehoben werden, die ganz offensichtlich mit großen Belastungen der globalen Ökosysteme verbunden sind. So gibt es über die Bedeutung *der weltweiten Bevölkerungsentwicklung* und der damit einher gehenden langfristigen Folgen für Ressourcenverbrauch und Belastungen der Ökosysteme weitgehend Konsens in der internationalen Diskussion. Wir können mit großer Sicherheit sagen, dass die Zahl der auf der Erde lebenden Men-

schen bis zum Jahr 2040 auf 9 bis 12 Mrd. ansteigen wird, d.h. um 50 bis 100 Prozent höher sein wird als heute. Das bedeutet einen gigantischen Mehrverbrauch an Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Produkten, Dienstleistungen und Infrastrukturen und muss bei wenig geänderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu einer weiteren *Verschärfung der Disparitäten zwischen Erster und Dritter Welt und zu den nachfolgenden Generationen führen.* Auch in Zukunft wird das Verhältnis zwischen den 20 Prozent Reichsten und 20 Prozent Ärmsten trotz Weltbank- und IWF-Programmen weiter auseinandergehen – *das* zentrale Problem von intragenerativer Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf globaler Ebene. Beim Gewinn aus dem Naturvermögen beträgt das Verhältnis zwischen reicher und armer Welt pro Kopf schon heute 60:1, beim Bruttosozialprodukt zwischen den reichsten und ärmsten Ländern pro Kopf 400:1.

Es spricht sehr viel dafür, dass der *globale ökonomische Wettbewerb und Produktivitätswettlauf* auch in Zukunft weitergehen wird, insbesondere zwischen der Triade USA, Japan und Europa und dass die Verlierer in der Zweiten und Dritten Welt weiter verlieren werden. Wir sollten uns deshalb nicht wundern, wenn in nicht allzu ferner Zukunft die *Migrationsströme* anschwellen, und zwar nicht nur aus politischen, sondern vielmehr aus ökonomischen, sozialen und vor allem auch aus ökologischen Gründen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die weithin vorprogrammierte und *weltweite Erhöhung der Güter- und Personenströme* schon bald zu einem zentralen Krisenfaktor der Industriezivilisation wird. Die Wirkungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und der Gründung der Welthandelsorganisation und die Folgen der weltweiten Motorisierungswelle auf der Straße und in der Luft, insbesondere auch in den bevölkerungsreichen Ländern China, Indien, Pakistan und in Lateinamerika, werden schon bald die Verkehrssysteme, regionale Ökosysteme und die Biosphäre überfordern. Gute Aussichten für die Automobil- und Flugzeugindustrie und die globale Wirtschaftsentwicklung, gravierende Langfristfolgen für Mobilität, Umwelt und Lebensqualität, solange an die Liberalisierung des Welthandels keine ökologischen und sozialen Standards geknüpft sind. In Deutschland kommen auf 1.000 Personen schon heute 560 Pkw, in den USA 780, in Kalifornien 1.140, in China 5. Auch die Zukunftsprognosen der Verkehrsentwicklung sind

für Deutschland dramatisch: Zunahme der Pkw-Verkehrsleistungen von 1998 bis 2010 um ca. 35 bis 40 Prozent, Zunahme des Lkw-Fernverkehrs ca. 80 bis 100 Prozent.

Angesichts der enormen Dynamik der Informations- und Kommunikationstechnologien, der weltweiten Fusionen und Vernetzungen von Unternehmensstrukturen und Finanztransaktionen wird die *Globalisierung von Wirtschaft, Handel und Beschäftigung* fortschreiten mit all den einschneidenden Veränderungen für die nationalen und regionalen Volkswirtschaften, die Beschäftigungs- und Unternehmensstrukturen und die ökologischen Folgekosten.

Das Wachstum von Weltproduktion und Welthandel ist unter „stabilen globalen Rahmenbedingungen" weitgehend vorgezeichnet. Die Prognosen gehen beim Welthandel von einem Wachstum von durchschnittlich 6 bis 7 Prozent in den nächsten Jahren aus. Das hat zur Konsequenz, dass sich die gesamten Waren- und Dienstleistungsströme innerhalb von 10 Jahren noch einmal weltweit verdoppeln. Diese im Grundsatz optimistische Perspektive ergibt aber nur dann ein positives Szenario, wenn wir eine Entkopplung der Warenproduktion und Dienstleistungen von den Stoff-, Energie- und Schadstoffströmen und eine gerechtere Verteilung der Gewinne aus dem Natur- und Produktionsvermögen erreichen.

Wenig bekannt und weitgehend verdrängt wird die erschreckende Botschaft, dass wir uns gemäß UN- und Weltbank-Indizes in den Industrieländern, auch in der Bundesrepublik Deutschland, trotz Wirtschaftswachstum auf einem *Pfad abnehmender Lebensqualität* befinden. Wir müssen uns fragen: Was sind das für Zukunftsperspektiven, wenn mit immer mehr Wissenschaft und Technik und mit immer mehr Produkten und Produktivität immer weniger Qualität des Lebens erzeugt wird? Was ist das für eine Zukunftslogik, wenn für die meisten mehr Schaden als Nutzen produziert wird? Die Zerstörungen natürlicher Lebensgrundlagen und die direkten Folgen auf Ernährung, Gesundheit und Freizeitgestaltung spielen hierbei eine große Rolle. Die nachfolgenden Generationen sind hiervon besonders betroffen.

Belastungsgrenzen

Vor dem Hintergrund der skizzierten Basistrends lässt sich unschwer prognostizieren, dass wir beschleunigt auf prinzipielle Belastbarkeitsgrenzen und Risikopotentiale der natürlichen Lebensgrundlagen zusteuern. Die wichtigsten hiervon sind:

– die Überschreitung der Absorptionsfähigkeit globaler und lokaler Ökosysteme; die Ökosysteme bewältigen nicht mehr die hohen Schadstoff-Frachten und kippen in ihrer ökologischen Funktionsweise um: Seen, Flüsse, Meere, Böden, Wälder etc.
– die irreversiblen Folgen anthropogener Belastungen der Ökosphäre: Vernichtung von Biodiversität, Zerstörung von Landschaften und Ökosystemen, Wüstenbildung etc.
– die quasi irreversiblen Folgen anthropogener Belastungen der Ökosphäre: Klimaveränderungen (Treibhauseffekt), Zerstörung der gegen kosmische Strahlung schützenden Ozonschicht, Abholzung der tropischen Regenwälder etc.

Auch die soziale Sprengkraft der Ungleichverteilung von Reichtum und Armut beziehungsweise von Gewinnen und Verlusten aus dem Naturvermögen sowie der Umschlag eines komplexen Mobilitätssystems in Immobilität gehören auf die Schattenseite unserer technisch-ökonomischen Entwicklungsdynamik. Welche Gefährdung der Ernährungssicherheit, der Gesundheit und der Lebensqualität durch die industrielle Land- und Tierbewirtschaftung und die Ausbreitung nicht-nachhaltiger Konsum- und Lebensstile droht, ist bisher nur in Ansätzen bekannt. Auch hier zeichnen sich jetzt erstmals sehr konkret und in globalem Maßstab Belastbarkeitsgrenzen ab, die bisher nur geringe Beachtung in der Öffentlichkeit fanden.

Betrachten wir die kritischen Belastungsgrenzen aus der Perspektive des sich beschleunigenden „Globalen Wandels“, der nicht nur für den Bürger X, sondern auch für viele Politiker, Wirtschaftsmanager, Fachwissenschaftler und Akteure der Zivilgesellschaft als Zukunftswissen besonders schwer zu erfassen ist, dann gehören nach Schellnhuber die folgenden Mega-Prozesse zu den „Kernproblemen und Krisentendenzen unserer Zivilisation“, die „genug Störkraft besitzen, um die herkömmliche Betriebsweise des planeterischen Ökosystems qualitativ zu verändern“ (Schellnhuber 1999).

Kernprobleme des Globalen Wandels in der Biosphäre

- Klimawandel
- Verlust biologischer Vielfalt
- Bodendegradation
- Süßwasserverknappung und -verschmutzung
- Verschmutzung der Weltmeere in der Anthroposphäre
- Bevölkerungsentwicklung und grenzüberschreitende Migration
- Gesundheitsgefährdung
- Gefährdung der Ernährungssicherheit
- Wachsende globale Entwicklungsdisparitäten
- Ausbreitung nicht-nachhaltiger Lebensstile.

Wie stark die globalen Umweltrisiken die inter- und intragenerative Gerechtigkeit konterkarieren, geht in besonderer Weise aus dem „Millenniums-Bericht" der Vereinten Nationen „Globale Umwelt – Geo 2000" hervor *(UNEP 1999)*. Dieser von UNEP-Direktor Klaus Töpfer vorgestellte Bericht steht unter den seit Jahren im Prinzip bekannten, bei uns in letzter Zeit jedoch mehr und mehr verdrängten Schlagzeilen: „Armut, quantitatives Wachstum und exzessives Konsumverhalten einer Minderheit zerstören unsere natürlichen Lebensgrundlagen", „Es ist kaum noch Zeit zur Rettung des Klimas", „Weltweite rasante Zunahme von Umweltflüchtlingen". Ein Hauptproblem – so der Bericht – ist die weltweite Verschmutzung des Trinkwassers. Fast zwei Milliarden Menschen, hauptsächlich im asiatischen Raum, in Afrika und Lateinamerika haben kein sauberes Trinkwasser mehr. Die gravierenden Folgen für Ernährung und Gesundheit liegen auf der Hand, so dass die Vereinten Nationen zu Recht vom größten Zukunftsproblem des 21. Jahrhunderts sprechen. Hier kumulieren die ökologischen Fehlstrategien und ressourcenvernutzenden Lebensstile nicht nur der Ersten, sondern auch der Zweiten und Dritten Welt. Soziale Folgen dieser Umweltrisiken kündigen sich schon seit Jahren an. Die steigenden Migrationsströme können alsbald zu Lawinen anschwellen.

Befinden wir uns angesichts der skizzierten Befunde in einem globalen und nationalen Jammertal der Hoffnungs- und Ausweglosigkeit? Meine Antwort ist: Keinesfalls, denn wir verfügen über Konzepte, Strategien und Maßnahmen, die den Gang aus den bisherigen Sackgassen ermöglichen. Nur halte ich es für unumgänglich, dass wir uns auf die wirklich relevanten Probleme und Handlungsnotwendigkeiten konzen-

trieren und die dramatischen Erkenntnisse über die globale Ausgangslage und das Zukunftswissen nicht verleugnen oder verdrängen.

Generationengerechtigkeit als Zukunftsstrategie

Der Club of Rome hat seinen 1991 veröffentlichten Bericht zur Lage und Rettung der Menschheit „Die Globale Revolution" betitelt (Club of Rome 1991). Darin kommt er nach einer eingehenden Analyse der Weltlage zu dem Schluss, dass nur eine globale Revolution die erforderliche Umsteuerung der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen und ein revolutionärer Bewusstseinswandel der Menschen die Orientierung auf einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie inter- und intragenerative Gerechtigkeit bewirken kann. Ich kann aufgrund eigener Analysen den Befund des Club of Rome nur bestätigen. Wir brauchen angesichts der grundlegenden Herausforderungen Revolutionäres oder in der Sprache der Wissenschaft einen Paradigmenwechsel. Dieser findet weitgehend unter dem Schlagwort der Nachhaltigkeit statt, zunehmend gewinnt aber auch der Begriff der Generationengerechtigkeit als eigenständiges Konzept an Bedeutung.

Ich sehe vier Zukunftsstrategien für konkrete Aktionen und Projekte auf allen Handlungsebenen und in allen Handlungsfeldern:

1. eine wissenschaftlich-technische Effizienzrevolution;
2. eine Konsistenzrevolution von Produktion und Konsumtion;
3. ein verändertes Suffizienzverhalten;
4. einen radikalen Wandel in Richtung Selbstverantwortung und Selbst-Organisation in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Zu 1: Effizienzrevolution

Hier sind alle jene wissenschaftlich-technologischen und sozialen Innovationen zu subsumieren, die im Hinblick auf neue Produkte, Dienstleistungen, Mobilität und Informationsflüsse konsequent auf die Einsparung von stofflichen und energetischen Ressourcen sowie die Vermeidung von Abfall und Schadstoffemissionen abzielen (Entmaterialisierung, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft durch Wiederverwendung und Wiederverwertung etc.). Das heißt, es geht um eine Strategie, bei der mit wesentlich weniger Ressourceneinsatz der gleiche oder mehr Nutzen erzielt wird (Faktor 10!).

Die Reduzierung des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen um den Faktor 10 ist eine gewaltige Herausforderung, es geht um nichts weniger als eine neue wissenschaftlich-technologische Revolution. Die Effizienzrevolution hat den Vorteil, dass sie im Grundsatz wenig umstritten ist und in mehrfacher Hinsicht Win-Win-Strategien ermöglicht. So gehen in den meisten Fällen die ökologischen Gewinne der Ressourceneinsparung (Reduktion der Energie- und Stoffströme, Schadstoffminimierung) konform mit ökonomischen Gewinnen (Kosteneinsparung, Reduktion von Transportgut, Schaffung von Wettbewerbsvorteilen) und sozialen Gewinnen (Schaffung qualifizierter Arbeit, Erhöhung der Arbeitsmotivation, Verbesserung der Gesundheit). Die Effizienzstrategie eröffnet auf Dauer eine unerschöpfliche Freisetzung und Umsetzung von innovativen Ideen und Konzepten, wofür ein riesiges Humankapital in Form von Wissenschaftlern, Innovatoren, Tüftlern, Technikern, Ingenieuren, Planern, Managern sowie kreativen und unternehmerischen Menschen gebraucht wird – ein große Chance gerade auch für die junge Generation.

Zu 2: Konsistenzrevolution

Hier geht es vor allem darum, dass Produktion, Dienstleistungen und Konsumtion wieder besser in die natürlichen biogeochemischen Kreisläufe der Natur eingepasst werden (Huber 2000). Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und der Einsatz der regenerativen Energien bilden hierfür die Grundlage. Die Anpassung an die Absorptions- und Aufnahmefähigkeit von Ökosystemen bei der Herstellung, Nutzung und Verbringung von Produkten und Infrastrukturen einschließlich der dazugehörigen Dienstleistungen (z.B.: Transport, Vertrieb, Verkehr) ist die zweite Grundlage einer Konsistenzstrategie. Wir dürfen weder regional noch global die Überschreitung von Belastungsgrenzen der natürlichen Lebensmedien riskieren. Die Konsistenzstrategie zielt nicht unmittelbar auf die Verbesserung der Wirkungsgrade alter Technologien und Produkte, sondern vielmehr auf grundlegend neue Technik- und Produktinnovationen, die sich von vornherein in den Naturstoffwechsel besser einfügen. So ist die Entwicklung und Konstruktion von ökologischen Produkten, die sich wiederverwenden lassen oder deren Materialeinsatz sich vollständig rezyklieren lässt, ein gangbarer Weg konsistenter Ressourcennutzung (Behrendt 1996). Auch eine solare Wasser-

stofftechnik wäre als Substitut von fossilen oder atomaren Brennstoffen eine Konsistenztechnologie. Die Nutzung der Sonnenenergie als Energiequelle und der Wasserstoff als Energiespeicher beziehungsweise „Brennstoff“ (etwa in Brennstoffzellen) würden selbst bei der Produktion großer Energiekapazitäten keine relevanten Belastungen der biogeochemischen Kreisläufe der Natur zur Folge haben. Es sei jedoch angemerkt, dass sich vor allem aus Kostengründen bisher nur in Nischenbereichen eine solare Wasserstofftechnologie realisieren lässt. Die Umstellung der bisherigen weitgehend fossilen und atomaren Energieversorgung auf effiziente und konsistente Energiestrategien stellt angesichts der globalen Umweltrisiken eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar.

Zu 3: Suffizienzverhalten
Wir werden sicher nicht ohne neue Lebensstile und Lebensweisen mit neuen Wohlstands- und Lebensqualitätsorientierungen dauerhaft zukunftsfähig bleiben. Hier bieten sich mannigfaltige Möglichkeiten an, im Sinne von Generationengerechtigkeit ganz individuelle Beiträge zu leisten – das reicht von grundlegenden Einstellungsänderungen, Wandel der Normensysteme und Bedürfnisse bis hin zu bewusster Askese – letzteres sicher nicht für alle, aber die Geschichte ist reich von erfüllten sparsamen Lebensweisen. Die Suffizienzstrategie zielt nicht auf die Abkehr von der Vision eines guten Lebens, sondern auf neue Wohlstandsmodelle, die eine Balance zwischen materiellen und immateriellen Gütern herstellen, den Ressourcenverbrauch auf ein ökologisch und sozial verträgliches Maß reduzieren und neben Güterwohlstand vor allem Sozial- und Zeitwohlstand ermöglichen. Sie fragt danach, was wir für ein gutes Leben wirklich brauchen und stellt für Produkte Kategorien wie Qualität, Einfachheit, Langlebigkeit, Wiederverwendungsfähigkeit, Schönheit in den Vordergrund, für den immateriellen Bereich soziales Zusammenleben, Kommunikationsfähigkeit, Entschleunigung, Solidarität, Selbstbestimmung.

Zu 4: Selbstverantwortung und Selbstorganisation
Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzinnovationen wird es in einer freien demokratischen Gesellschaft wohl nur dann geben, wenn mehr Eigenverantwortung und Selbstorganisation praktiziert wird. Nur dann

werden soziale Phantasie, Kreativität und proaktives Handeln für die Leitorientierung „Generationengerechtigkeit“ freigesetzt. Für selbstorganisierte Prozesse und Projekte lassen sich vor allem im Rahmen zivilgesellschaftlicher Engagements viele gute Beispiele aufzeigen. Besonders kreative und innovative Projekte werden in zahlreichen Kommunen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse erarbeitet. Hier gilt im allgemeinen der Grundsatz „nicht abwarten bis von oben oder von außen etwas herangetragen wird, sondern Eigeninitiative entwickeln, die Dinge selbst in die Hand nehmen.“ So haben beispielsweise im Agenda-Prozess in Berlin über 400 Initiativen, Organisationen, Vereine, Netzwerke sowie kleine und mittlere Unternehmen innovative Projekte entwickelt, die die Stadt auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit voranbringen sollen. Um solche Projekte realisieren zu können, wurde im Jahr 2000 die Projektagentur „Zukunftsfähiges Berlin“ gegründet. Mit Hilfe von Mitteln aus der Deutschen Klassenlotterie wurde eine Möglichkeit geschaffen, Anschubfinanzierungen für besonders kreative und erfolgversprechende Projekte zu gewähren. Für die 4 Handlungsfelder „Ökologisches Wirtschaften“, „Stadtentwicklung / Bauen / Wohnen / Umweltfreundliche Mobilität“, „Lebenswelten / Kultur / Bildung“ und „Eine Welt/Entwicklungszusammenarbeit“ wurden bis März 2002 115 Projekte zur Förderung bei der Projektagentur eingereicht. Davon konnten 41 Projekte gefördert werden. Die Themen reichen vom Aufbau eines Unternehmensnetzwerks für ökologisches Wirtschaften und nachhaltige Unternehmensentwicklung, der Belieferung der Kantinen im Regierungsviertel mit regionalen Bioprodukten bis zur Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes für eine Gesamtschule mit Schülerinnen und Schülern. Andere Themen sind beispielsweise die innovative Nutzung von Biomasse in einem Berliner Stadtbezirk, die Entwicklung eines „grünen Bauhauses“ für ökologische Bauweisen oder der didaktische Einsatz eines Klimaballons zur Darstellung unseres CO_2-Verbrauchs (Göll 2001). Für alle Projekte gilt, dass sie selbstorganisiert durch bürgerschaftliches Engagement entwickelt wurden und ebenso durchgeführt werden. Ihr innovativer Charakter soll Impulsfunktionen zur Nachahmung und Vervielfältigung haben und möglichst zahlreiche weitere Akteure zu teilnehmendem oder weiterführendem Engagement anregen. Solche Projekte sind in besonderer Weise geeignet, gerade auch von der jungen Generation initiiert oder mit getragen zu werden.

Ich möchte nicht den Disput aufnehmen, welche Strategie für eine generationengerechte Entwicklung die wichtigste ist. Angesichts der zu lösenden Zukunftsprobleme, insbesondere der regionalen und globalen Umweltkrisen, müssen alle Strategieansätze forciert werden. Jeder einzelne sollte seine Möglichkeiten prüfen, wo und wie er in seinem privaten und beruflichen Umfeld die wirksamsten Beiträge zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen leisten kann.

Fazit

Ich bin überzeugt, dass das Leitbild der Generationengerechtigkeit einige Eigenschaften aufweist, die beim heutigen Stand der Erkenntnis für Orientierung und zukunftsfähiges Handeln stehen: Die wohl bedeutsamste Qualität liegt darin, dass es für die wichtigsten Krisenpotentiale zwischen den Generationen echte Lösungsperspektiven aufzeigt. Im Prinzip genauso relevant ist, dass das Konzept unterhalb der Leitziel-Ebene schon heute eine beachtliche Operationalisierungsfähigkeit aufweist, das heißt, dass für viele Handlungsbereiche konkrete Einzelziele und Maßnahmen darstellbar sind, die eine Umsetzung ganz praktisch ermöglichen. Wichtig ist weiterhin, dass das Leitbild verschiedene Zukünfte und verschiedene Zukunftspfade zulässt, nicht jedoch beliebige. So sind Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzstrategien mögliche Handlungsstrategien im Sinne einer generationengerechten Entwicklung, nicht jedoch eine Wirtschaftsweise der fortgesetzten Wertstoffvernichtung und Nutzung fossiler Energieträger auf Dauer.

Wir wissen heute, dass die Herausforderungen angesichts der Komplexität der Aufgabenstellung bei der noch zur Verfügung stehenden Zeit und den gravierenden Interessenskonflikten gerade im Hinblick auf die Bewältigung globaler Umweltrisiken horrend sind. Wir wissen aber auch, dass es hinreichende Erkenntnisse und Wissen über zukunftsfähige Optionen für Wirtschaft und Gesellschaft gibt, die zumindest mittel- und langfristig in Win-Win-Strategien für die überwiegende Anzahl der Menschen und Interessengruppen umgesetzt werden können (Meadows 1992). Das sollte in besonderer Weise die Bürger und besonders die junge Generation von der Zukunftstauglichkeit des Konzepts überzeugen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich in Rio de Janeiro auf ein gemeinsames Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verständigt,

in dem Generationengerechtigkeit eine große Rolle spielt. Das ist ein hoher Wert. Die Agenda 21 hat die immanente Eigenschaft, weltweit und in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern eine große Eigendynamik in Richtung Zukunftsfähigkeit und intergenerative Gerechtigkeit zu entfalten. Zur Zeit erhält diese Vision vor allem durch die vielfältigen innovativen Aktivitäten auf kommunaler Ebene ihre reale gestaltende Kraft. Auch zahlreiche Pionierunternehmen, Netzwerke, Gewerkschaften, Organisationen, Verbände, Bürgerinitiativen und Familien sind dabei, das Konzept als Handlungsmaxime anzunehmen und umzusetzen.

Hieraus ziehe ich den Schluss, dass nicht nur das ‚Prinzip Verantwortung', sondern auch das ‚Prinzip Selbstorganisation' in unserer Gesellschaft eine starke Verankerung hat.

Entscheidend ist, dass die Leitziele der inter- und intragenerativen Gerechtigkeit von vielen Menschen und Staaten für das weitere Leben und Zusammenleben prinzipiell anerkannt werden: Jedem Menschen steht prinzipiell das gleiche Recht zu, die globalen natürlichen Ressourcen in Anspruch zu nehmen und umgekehrt die gleiche Pflicht, sie nicht zu übernutzen. Alle Individuen, auch diejenigen zukünftiger Generationen, sollen hinreichende Lebenschancen haben und das natürliche Kapital der Erde nutzen können. Deshalb sollte jede Generation – auch unsere – dieses Kapital treuhänderisch nutzen und nachfolgenden Generationen übergeben.

Literatur

Behrendt, Siegfried / Köplin, David / Kreibich, Rolf / Rogall, Holger (1996): Umweltgerechte Produktgestaltung. Berlin/Heidelberg/New York.

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. www.bundesregierung.de/dokumente/Pressemitteilung/ix_65686_1499.htm.

Club of Rome (1991): Die Globale Revolution (Original: the First Global Revolution). In: SPIEGEL spezial 2/91, Hamburg.

Göll, Edgar / Fay, Cordula / Kreibich, Rolf / Nolte, Roland (2001): Mobilisierung für die Lokale Agenda 21 – Zwischenbilanz der Projektagentur „Zukunftsfähiges Berlin“, IZT-WerkstattBericht Nr. 50, Berlin.

Huber, Joseph (2000): Industrielle Ökologie: Über Konsistenz, Effizienz und Suffizienz. In: Rolf Kreibich / Udo Simonis (Hg.) Global Change – Globaler Wandel. Berlin.

Kreibich, Rolf (1996) (Hg.): Nachhaltige Entwicklung – Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Weinheim/Basel.

Meadows, Donella H. / Dennis L. / Randers, Jørgen (1992): Die Neuen Grenzen des Wachstums, die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. Stuttgart.

Schellnhuber, Hans-Joachim (1999): Globales Umweltmanagement oder: Dr. Lovelock übernimmt Dr. Frankensteins Praxis In: JAHRBUCH ÖKOLOGIE, S. 168 ff.

UBA Umweltbundesamt (1997): Nachhaltiges Deutschland – Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Berlin, S. 4.

UNEP United Nations Environment Programme (1999). Global Environment Outlook GEO 2000. Nairobi.

UNCED (1992): United Nations Conference on Environment and Development (Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung). Rio de Janeiro.

World Economic Forum (2002): In collaboration with the Yale University and the Columbia University, Environmental Sustainable Index. An Initiative of the Global Leaders for Tomorrow Environment Task Force. www.eiesin.columbia.edu.

ZUR PERSON

Prof. Dr. Rolf Kreibich
geb. in Dresden. 1956 bis 1960 Studium Physik und Mathematik. 1960 bis 1964 Festkörper- und Hochpolymerphysik am Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin. 1965 bis 1968 Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. 1968 bis 1969 Leitung des Instituts für Soziologie der FU Berlin. 1969 bis 1976 Präsident der Freien Universität Berlin. 1977 bis 1981 Direktor und Geschäftsführer des Instituts für Zukunftsforschung Berlin. 1989 bis 1999 Wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher Park des Landes Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen. Seit 1981 Direktor und Geschäftsführer des IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin. Seit 1990 Direktor des Sekretariats für Zukunftsforschung in Berlin/Dortmund.

Zusätzlich seit 1988 Mitglied des Energiebeirats des Senats von Berlin, seit 1993 Vorsitzender des Ausschusses für Immissionsschutz des Landes Brandenburg, 1996 Preisträger des B.A.U.M.-Umweltpreises (**B**undesdeutscher **A**rbeitskreis für **U**mweltbewußtes **M**anagement). 1998 bis 2000 Mitglied in der Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“. Seit 2000 Vorsitzender des Beirates der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Kommissionen und Beiräte. Veröffentlichungen: „Die Wissenschaftsgesellschaft“ 1986. Etwa 400 Veröffentlichungen zur Bildungs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, zur Umwelt-, Wirtschafts-, Arbeits- und Innoationsstrukturpolitik sowie zur Zukunftsforschung, Nachhaltigen Entwicklung und Bürgergesellschaft. Neuere Buchveröffentlichungen: Wettbewerbsvorteile durch ökologische Dienstleistungen, 1999. Zukunftsforschung in Europa, Ergebnisse und Perspektiven 2000. Machtlos – Macht nix? Kommunen unter Druck, 2000. Global Change – Globaler Wandel, 2000. VISIOTOPIA – Bürger entwerfen die Zukunft der Gesellschaft, 2002. Bürgergesellschaft – Floskel oder Programm, 2002.

Andreas Becker

GENERATIONENGERECHTE FINANZPOLITIK

Einleitung

Beim Thema Finanzpolitik sprechen Politik und Presse zwar viel von der Zukunft, zumeist jedoch sehr abstrakt. Mit diesem Buchkapitel wird der Versuch gewagt, Grundsätze für eine generationengerechte Finanzpolitik aufzustellen. Diese umfassen neben dem Thema Verschuldung auch die Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Die Finanzpolitik des Bundes seit 1950 wird anhand dieser Grundsätze bewertet; anschließend werden daraus umfassende politische Forderungen für eine generationengerechte Finanzpolitik an die Adresse heutiger Entscheidungsträger abgeleitet. Es wird darauf Wert gelegt, die Generationengerechtigkeit der Finanzpolitik nicht isoliert an fiskalischen Größen zu messen, sondern indirekt auch die Wirkung dieser Politik auf andere Bereiche einzubeziehen – über die Entwicklung des ökologischen und sozialen sowie des Sach- und Bildungskapitals.

Definitionen

Finanzpolitik

Unter *Finanzpolitik* sei die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand einschließlich des Schuldenmanagements verstanden (Wagner, Abschnitt 13).

Generationengerecht/Generationengerechtigkeit

„Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen.“ (Siehe Tremmel in diesem Band).

Generationengerechte Finanzpolitik
Eine Finanzpolitik ist dann generationengerecht, wenn sie die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zumindest ebenso groß hält wie die jener Generation, die die Finanzpolitik verantwortet. Dabei ist im Rahmen einer vernetzten, integrierten Betrachtungsweise über die fiskalische Wirkung hinaus auch zu beachten, welche weiteren Folgen die Finanzpolitik hinsichtlich des Wohls nachrückender Generationen nach sich zieht: z.B. bezüglich Ökologie, Bildung, Sachkapital, sozialem und kulturellem Kapital sowie dem Geldwert.

Generation
Der Begriff *Generation* wird im Folgenden analog zu den Ausführungen von Tremmel im Einleitungskapitel dieses Buches in dreifacher Weise verwendet: zunächst allgemein in der Unterscheidung *frühere Generationen, zukünftige Generationen und heutige Generation*. Hierbei wird das Vergleichsobjekt modellhaft als ein Durchschnittsindividuum angesehen. Die heutige Generation umfasst alle heute lebenden Menschen (Fokus hier: Deutschland).

Für weitergehende Überlegungen zu zukünftigen Kostenbelastungen, die aus heutigen Leistungen resultieren, sowie bei Betrachtungen zur Bildung erfolgt eine weitere Unterscheidung einer Generation im obigen Sinne nach Kindern und Eltern. Und schließlich wird der Begriff *Generation* als Zeitdauer verwandt, erkennbar durch einen Zusatz: *(30 Jahre)*.

Ausgabenpolitik
Im Sinne der Generationengerechtigkeit ergeben sich für die Ausgabenpolitik die folgenden Forderungen:

- Die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen von der nutznießenden Generation bzw. den nutznießenden Generationen finanziert werden (Ausnahmen bilden Generationenverträge).
- Die Finanzmittel für die Ausgaben der öffentlichen Hand dürfen nicht durch ungerechtfertigten Rückgriff auf Leistungen zukünftiger

Generationen aufgebracht werden, d.h. durch ungerechtfertigte Verschuldung.[1]
- Öffentliche Mittel sind ökonomisch effizient zu verwenden.
- Um ökologische Generationengerechtigkeit sicherzustellen, muss die Umweltqualität zumindest konstant gehalten werden; dies beeinflusst die Gestaltung der Ausgaben (Art und Höhe).
- Es ist eine ausreichende Bildung junger Menschen sicherzustellen.
- Das Sachkapital[2] ist mindestens konstant zu halten bzw. mindestens so auszubauen, dass die nachrückenden Generationen ihre Bedürfnisse erfüllen können.
- Das soziale Kapital (wie gesellschaftliche Stabilität) muss mindestens erhalten werden.
- Das kulturelle Kapital ist zumindest zu erhalten.
- Der Geldwert ist stabil zu halten.
- Die aus der Verschuldung der öffentlichen Hand resultierenden Ausgaben (Zinsen, Rückzahlung von Schulden) dürfen nicht dadurch real gesenkt werden, dass der Staat Inflation toleriert oder fördert.

Einnahmenpolitik

Im Sinne der Generationengerechtigkeit ergeben sich für die Einnahmenpolitik die folgenden Forderungen:
- Die Finanzierung von öffentlichen Leistungen obliegt prinzipiell der nutznießenden Generation bzw. den nutznießenden Generationen (Ausnahmen bilden Generationenverträge); daraus folgt die zweite Forderung:
- Die Einnahmen der öffentlichen Hand dürfen nicht durch ungerechtfertigten Rückgriff auf Leistungen zukünftiger Generationen aufgebracht werden, d.h. durch ungerechtfertigte Verschuldung.
- Die Einnahmen der öffentlichen Hand dürfen nicht durch gesellschaftliche Aktivitäten erwirtschaftet werden, die die Umweltqualität verringern und die Versorgung mit Ressourcen unangemessen ein-

[1] Welche Verschuldung unter der Prämisse der Generationengerechtigkeit gerechtfertigt ist, wird im Unterkapitel Verschuldungspolitik betrachtet.
[2] Allgemein der Wert materieller Güter.

schränken; diese Beschränkung auf der Einnahmenseite führt zu einer Begrenzung der zulässigen Ausgaben.
– Die Einnahmenpolitik ist zu nutzen, um die Gesellschaft in Richtung Generationengerechtigkeit zu lenken (durch Art und Gestaltung von Steuern, Höhe der Steuersätze, verursachergerechte Gebühren).

Verschuldungspolitik

Legitimität von Verschuldung

Öffentliche Schulden, die eine Generation von ihren Vorfahren „erbt", mindern die Gestaltungsmöglichkeiten der erbenden Generation und schränken die Erfüllung ihrer Bedürfnisse ein. Um beurteilen zu können, ob eine konkrete Schuldenlast generationengerecht ist oder nicht, bedarf es jedoch weiterer Betrachtungen. Im Folgenden werden verbreitete Argumente für öffentliche Schulden bzw. für Verschuldung auf ihre Legitimität unter dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit überprüft.

Verbreitetes Argument für öffentliche Schulden bzw. Verschuldung

Den Schulden stehen Werte gegenüber.

Generationengerechtes Argument?

Nein.

Begründung:

Unter der Prämisse der Generationengerechtigkeit müssen Leistungen durch die nutznießende(n) Generation(en) bezahlt werden (Ausnahme: Generationenverträge). Deshalb ist es falsch, den Schulden alle vorhandenen Werte des Staates gegenüberzustellen, sie quasi zu verrechnen, ohne Art und Zeitpunkt der Finanzierung sowie den Verlauf der Nutzung zu betrachten.

Der Ansatz, Schulden grundsätzlich mit vorhandenen Sachwerten zu begründen, berücksichtigt nicht, wie zurückliegende Investitionen finanziert wurden. Dies ist aber unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit nötig. So wurden die Investitionen in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zeitnah über Steuern finanziert, nicht über Schulden.

Gleichfalls spricht gegen dieses Argument, dass der Wert eines Investitionsobjektes mit der Zeit abnimmt, während die Kosten einer Investi-

tion bzw. die Schulden durch Zins und eventuell Zinseszins deutlich zunehmen, insbesondere, wenn keine Tilgung der Schulden erfolgt.

Solange die Investitionskosten öffentlicher Projekte nicht über die voraussichtliche Nutzungsdauer verteilt und die Schulden entsprechend abbezahlt werden, ist es methodisch nicht begründet, Schulden allgemein durch vorhandene Sachwerte zu legitimieren.

Verbreitetes Argument für öffentliche Schulden bzw. Verschuldung
Der Neuverschuldung stehen Investitionen mit Zukunftswirkung gegenüber.
Generationengerechtes Argument?
In der Regel nein.
Begründung
Der Staat macht seine Schulden nicht projektbezogen für definierte Investitionen, sondern verbucht das Geld allgemein als Haushaltseinnahme. Gleichzeitig wird die Finanzierung von Investitionsobjekten nicht über die Nutzungsdauer auf die Nutznießer umgelegt. Dies wäre z.B. der Fall, wenn das Investitionsvolumen entsprechend der Nutzungsdauer und -intensität des Investitionsobjektes über kurz-, mittel- und langfristige Kredite finanziert würde, die planmäßig rückzuzahlen wären.

Lässt man dagegen neue Schulden in Höhe der Investitionen zu, so wird die Finanzierung der Investitionsobjekte vollständig in die Zukunft abgeschoben, obwohl diese Objekte direkt nach ihrer Fertigstellung einen Nutzen bieten – jegliche Steuerfinanzierung unterbleibt. Während die Kosten einer Investition bzw. die Schulden wegen der Zinszahlungen mit der Zeit zunehmen, verringert sich der Wert der Investitionsobjekte.

Es ist ungerecht, nachrückende Generationen an den Kosten heutiger Investitionen zu beteiligen, wenn diese nachrückende Generationen nicht gleichzeitig einen finanziellen Ausgleich erhalten für generationenübergreifend wirkende Lasten des aktuellen Handelns (z.B. für langfristige Umweltschäden wie Klimaänderung oder für den Verstoß gegen den Bildungs-Generationenvertrag).

Die heute übliche langfristige Verschuldung ist im Sinne von Generationengerechtigkeit nicht legitim, weil nur wenige Investitionen über eine Generation (30 Jahre) hinweg einen Nutzen bieten.

Selbst wenn eine Investition voraussichtlich auch nach einer Generation (30 Jahre) noch einen Nutzen bieten wird, dürfte nur jener Teil über langfristige Schulden finanziert werden, der dem Anteil dieser nachrückenden Generation am Gesamtnutzen entspricht. Dabei müssen bei der Bestimmung des Nutzwertes, den ein Investitionsobjekt nach 30 Jahren noch aufweisen wird, die Instandhaltungsinvestitionen außer acht bleiben, die bis dahin (vielleicht) erfolgt sein werden; sie sind zum Zeitpunkt ihrer Durchführung als eigenständige Investition zu betrachten.

Jene Werte, die auch ohne Instandhaltungsinvestitionen über eine Generation (30 Jahre) hinaus Bestand und einen Nutzen haben werden, dürften jedoch nur dann zu einem Teil über langfristige Schulden finanziert werden, wenn die folgende Bedingung erfüllt ist: Die gegenwärtige Generation hat ihren Nutzen aus gleichartigen Werten, die sie von ihren Vorfahren übernommen hat, ebenfalls durch die Übernahme von Schulden bezahlt. Ansonsten lebt die gegenwärtige Generation sowohl auf Kosten der Vergangenheit als auch der Zukunft.

Gleichzeitig wäre ein Abschlag für das Risiko vorzunehmen, dass Nutzen und Wert einer Investition nicht planmäßig erhalten bleiben.

Verbreitetes Argument für öffentliche Schulden bzw. Verschuldung
Der Neuverschuldung stehen hohe Aufwendungen für Bildung gegenüber.
Generationengerechtes Argument? Nein.
Begründung
Die Bildung junger Menschen erfolgt nach einem Generationenvertrag: Die Generation der Eltern übernimmt die Bildung der Generation ihrer Kinder kostenlos, die wiederum ihren Kindern zu Bildung verhelfen.

Um den Generationenvertrag in einer komplexer werdenden Gesellschaft zu erfüllen, müssen die Aufwendungen für Bildung steigen, um einer nachrückenden Generation gleiche Chancen zu bieten wie der vorhergehenden Generation.

Verbreitetes Argument für öffentliche Schulden bzw. Verschuldung
Antizyklische Wirtschaftspolitik.
Generationengerechtes Argument?
Nur wenn die nutznießende Generation die Schulden abzahlt.

Begründung
Für eine antizyklische Wirtschaftspolitik kann es legitim sein, zeitweise Schulden zu machen. Die so entstehende Schuldenlast ist aber zeitnah von der nutznießenden Generation wieder abzubauen.

Verbreitetes Argument für öffentliche Schulden bzw. Verschuldung
Außergewöhnliche Belastungen.
Generationengerechtes Argument?
Ja.
Begründung
An außergewöhnlichen finanziellen Belastungen, die sich aus einer unerwarteten und in der Regel nicht in jeder Generation vorkommenden Situation ergeben, dürfen nachrückende Generationen zu einem Teil beteiligt werden. Bedingung: Eine einzelne Generation kann diese Belastungen nicht schultern und die zu finanzierenden Maßnahmen haben eine positive Wirkung über eine Generation (30 Jahre) hinaus. Es muss allerdings sichergestellt werden, dass die Lasten begründet sind und generationengerecht verteilt werden.

Verbreitetes Argument für öffentliche Schulden bzw. Verschuldung
Die ökonomischen Grenzen der Verschuldung sind nicht erreicht, weil die Schuldenquote konstant bleibt oder sinkt.
Generationengerechtes Argument?
Nein.
Begründung
Die Höhe der öffentlichen Schulden wird in amtlichen Statistiken zur Wirtschaftsleistung in Relation gesetzt (Schuldenquote). Da bei einem Wachstum der Wirtschaft die Verschuldungsquote trotz steigender Verschuldung und unabhängig von der Höhe der Steuereinnahmen sinken kann, ergibt sich die Gefahr, dass die Situation zu Lasten nachrückender Generationen verzerrt wird. Auch deshalb eignen sich die Schuldenquote und ihre Entwicklung nicht als Argument für generationengerechtes Verhalten, zumal die Folgen dauerhaften Wirtschaftswachstums auf nachrückende Generationen ausgeblendet bleiben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Unter dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit besteht praktisch keine Berechtigung, finan-

zielle Lasten auf zukünftige Generationen abzuschieben, mit Ausnahme von außergewöhnlichen Belastungen und wenigen, eng definierten Investitionen.

Generationenübergreifende Wirkung der Verschuldung

Lastenverschiebung plus Zinskosten

Öffentliche Schulden schaffen Lasten für nachrückende Generationen, meist ungerechtfertigt (siehe vorhergehendes Unterkapitel). Besonders fatal erweisen sich diese Lasten, weil die Verschuldung seit Jahrzehnten als normales Finanzierungsinstrument genutzt wird. Doch nachrückende Generationen müssen nicht nur für die Leistungen von gestern und heute aufkommen, sie müssen zusätzlich die Zins- und eventuell Zinseszinslast tragen, die sich aus diesen Schulden ergibt. Gelingt es nicht, die Schulden zurückzuzahlen, so müssen nachrückende Generationen unendlich lange und unendlich hohe Summen für Leistungen von gestern und heute aufbringen, die dann längst keinen Nutzen mehr bieten.

Verschuldung reduziert Gestaltungsspielräume

Hohe Schuldenlast nimmt der öffentlichen Hand über Zinszahlungen Handlungsmacht – Geld, das für sinnvolle Projekte fehlt. Durch die Schuldenlast erzwungene Ausgabenkürzungen betreffen vorrangig jene Posten, die weder gesetzlich noch vertraglich gebunden sind. Oft sind dies Investitionsausgaben, also gerade Ausgaben, die Nutzen in der Zukunft schaffen, aber auch Bildungsausgaben. Bestätigt wird dieses Faktum durch eine Studie der Weltbank. Sie untersucht, wie sich hochverschuldete Länder bei der Anpassung ihres Haushalts verhalten (Pradhan/ Swaroop 1993):

Die öffentlichen Mittel für Sach- und Instandhaltungsinvestitionen werden stark gekürzt. Laufende Ausgaben (z.B. Personalausgaben) unterliegen dagegen weit weniger Kürzung als Investitionen. Um die Personalkosten aufbringen zu können, fährt der Staat Ausgaben für Material und Versorgung zurück. Im Sozialsektor werden laut der Studie ertragreiche Primärleistungen wie Erziehung und Gesundheitsvorsorge verdrängt durch tertiäre Leistungen wie Universitäten und Krankenhäuser. Überdies erfahren wichtige, politisch aber unauffällige Maßnahmen Kürzungen.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen

Die öffentlichen Schulden bzw. die Kosten von Leistungen, die über Schulden finanziert sind, wachsen wegen Zins und eventuell Zinseszins weiter, solange nicht begonnen wird, die Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Folglich wird der Staat eines Tages kräftig an der Steuerschraube drehen müssen, um genügend Mittel für die Zinszahlungen zu erhalten und seine Leistungen finanzieren zu können. Für staatliche Leistungen von gestern und heute werden dann die Steuerpflichtigen geradestehen müssen, indem ihnen Kaufkraft entzogen wird und ihr Lebensstandard sinkt – wegen der Zinszahlungen viel stärker, als es die verursachenden Generationen bei einem Verzicht auf Verschuldung getroffen hätte. Auch die anstehenden großen Lücken in der Sozialversicherung werden zumindest teilweise über Steuererhöhungen abzudecken sein.

Noch dient die Kreativität der Finanzpolitik dazu, Lasten zu verschieben. Bald wird die Phantasie auf das Ziel überspringen, die Steuereinnahmen deutlich zu erhöhen. Die Geschichte zeigt hier eine ganze Reihe sich wiederholender Maßnahmen auf. Immer wieder erfanden Regierungen neue Steuern und erhöhten die Steuersätze bestehender Steuern. Noch träumt die Politik von Steuersenkungen, die Dynamik der Verschuldung wird jedoch gerade das Gegenteil bewirken. Neben sinkendem Lebensstandard führt dies zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welche die Lasten für die betroffenen Generationen weiter verschärfen werden.[3]

Zwang zu ständigem Wirtschaftswachstum mit negativen Folgen

Gesellschaften, die volkswirtschaftlich über ihre Verhältnisse leben oder dies in der Vergangenheit getan haben, sind gezwungen, auf langfristiges Wirtschaftswachstum zu setzen. Nur wenn die Wirtschaft kräftig wächst, steigen die Steuereinnahmen derartig, dass der Staat zumindest einen Teil seiner Schulden rückzahlen kann.[4]

---

[3] Intragenerativ ist von Bedeutung, dass die Verschuldung die Vermögensverteilung innerhalb einer Generation beeinflusst, weil den staatlichen Zinszahlungen Zinserträge bei den Kapitalbesitzern gegenüberstehen.

[4] Strukturelle Probleme der Sozialversicherungen und hohe Arbeitslosigkeit drängen die Politik ebenfalls dazu, auf Wirtschaftswachstum zu setzen.

Folge des Wachstumszwangs sind bedenkliche Maßnahmen, die langfristig der Generationengerechtigkeit entgegenstehen. Mit dem Ziel, Wachstum zu stimulieren, greift die Politik über vielfältige Subventionen in Wirtschaft und Gesellschaft ein; die notwendigen Finanzmittel erhöhen den Finanzbedarf der öffentlichen Hand, erschweren eine generationengerechte Finanzpolitik und fördern einen internationalen Subventionswettlauf; überdies erweist sich die Effizienz des Mitteleinsatzes vielfach als gering.

Produzieren wird durch den Wachstumszwang zum Selbstzweck: Die Güterproduktion richtet sich nicht mehr nach den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen. Ganz im Gegenteil, es werden neue Bedürfnisse geweckt und Kurzlebigkeit propagiert, um größere Produktmengen verkaufen zu können. Gleichfalls fördert der Staat Risikotechnologien, ohne die Risiken ausreichend abschätzen zu können. Insgesamt verliert der Schutz der Umwelt an Bedeutung und Wirkung (siehe folgendes Unterkapitel). Folglich ist der Wachstumszwang ein Zwang, weiterhin über die Verhältnisse zu leben.

Wirtschaftswachstum wirkt – wie der Zinseszins von Schulden – exponentiell. Besteht das Wachstum langfristig, ergeben sich enorme Dynamiken. Soll die Ökonomie jährlich um 5 Prozent wachsen, muss sich die jährliche Wirtschaftsleistung etwa alle 14 Jahre verdoppeln. Das bedeutet: Nach ungefähr 14 Jahren müsste die *Jahres*wirtschaftsleistung doppelt so groß sein wie zu Beginn einer Betrachtung, nach 28 Jahren etwa vierfach und nach drei Generationen (90 Jahre) 81-mal so groß wie anfangs.

Umweltprobleme werden verstärkt

Staatsverschuldung direkter und indirekter Art verstärkt die Umweltprobleme. Durch den aus der Verschuldung resultierenden Zwang zu Wirtschaftswachstum ist tendenziell ein ständig höherer Rohstoff- und Materialaufwand nötig. Insgesamt finden notwendige strukturelle Änderungen (z.B. konsequente ökologische Steuerreform, Umsetzung des Vorsorgeprinzips) angesichts eingeschränkter Handlungsspielräume nicht mehr statt. Ebenso führen die Zwänge, die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren, die Steuereinnahmen zu erhöhen und Wirtschaftswachstum zu forcieren, dazu, dass die Politik immer weniger Umweltschutz betreibt und fördert. Die Folgen der Verschuldung setzen außerdem

Prozesse in Gang, die sich auf den Umweltschutz auswirken: Langfristig wird es zu höheren Steuern, Inflation, schwacher Währung und sinkender inländischer Kaufkraft kommen. Im Bestreben, die Wirtschaft wieder zu stärken, sieht die Politik von Umweltschutzauflagen für Unternehmen ab. Geht es den Unternehmen wirtschaftlich schlecht, so nehmen auch deren freiwillige Maßnahmen zum Umweltschutz ab. Geringere staatliche Leistungen und höhere Steuern lassen den Lebensstandard sinken, weshalb Bereitschaft und finanzielle Möglichkeiten der Bürger zu umweltschützendem Verhalten ebenfalls nachlassen.

Schlussendlich ist in einem begrenzten System wie der Erde kein dauerhaftes quantitatives Wachstum möglich. Die Natur lehrt, dass Systeme innerhalb einer Entwicklungsphase quantitatives Wachstum aufweisen, ja benötigen, sich dann aber dynamisch stabilisieren.

Analyse der Finanzpolitik des Bundes

Entwicklung seit 1950

In diesem Abschnitt sollen die Finanzpolitik des Bundes seit 1950 auf Generationengerechtigkeit untersucht und die aktuelle Politik bewertet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland wieder aufgebaut, ohne dass dazu nachrückende Generationen in Form von Schulden in nennenswertem Maße beitragen mussten (Abb. 1). Dies ist umso bemerkenswerter, da der Wiederaufbau eine außergewöhnliche und sehr große Belastung darstellte und die ergriffenen Maßnahmen weit in die Zukunft wirkten. Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit wäre es legitim gewesen, nachfolgende Generationen an den Kosten in Form von Schulden zu beteiligen.

Gleichzeitig machten die Investitionen einen hohen Anteil am Bundeshaushalt aus – 1952 beispielsweise 24 Prozent, und bis 1975 jeweils deutlich über 15 Prozent[5]. Es wurden quasi ohne Verschuldung große Werte geschaffen, zeitnah über Steuern finanziert. Zwar begann 1967 das Zeitalter der Verschuldung (siehe Abb. 1), zunächst allerdings in kleinen Schritten, wobei die Investitionen anfangs die Neuverschuldung noch deutlich überstiegen.

[5] Eigene Auswertungen von Daten aus Bundesministerium der Finanzen 1996, 174–179.

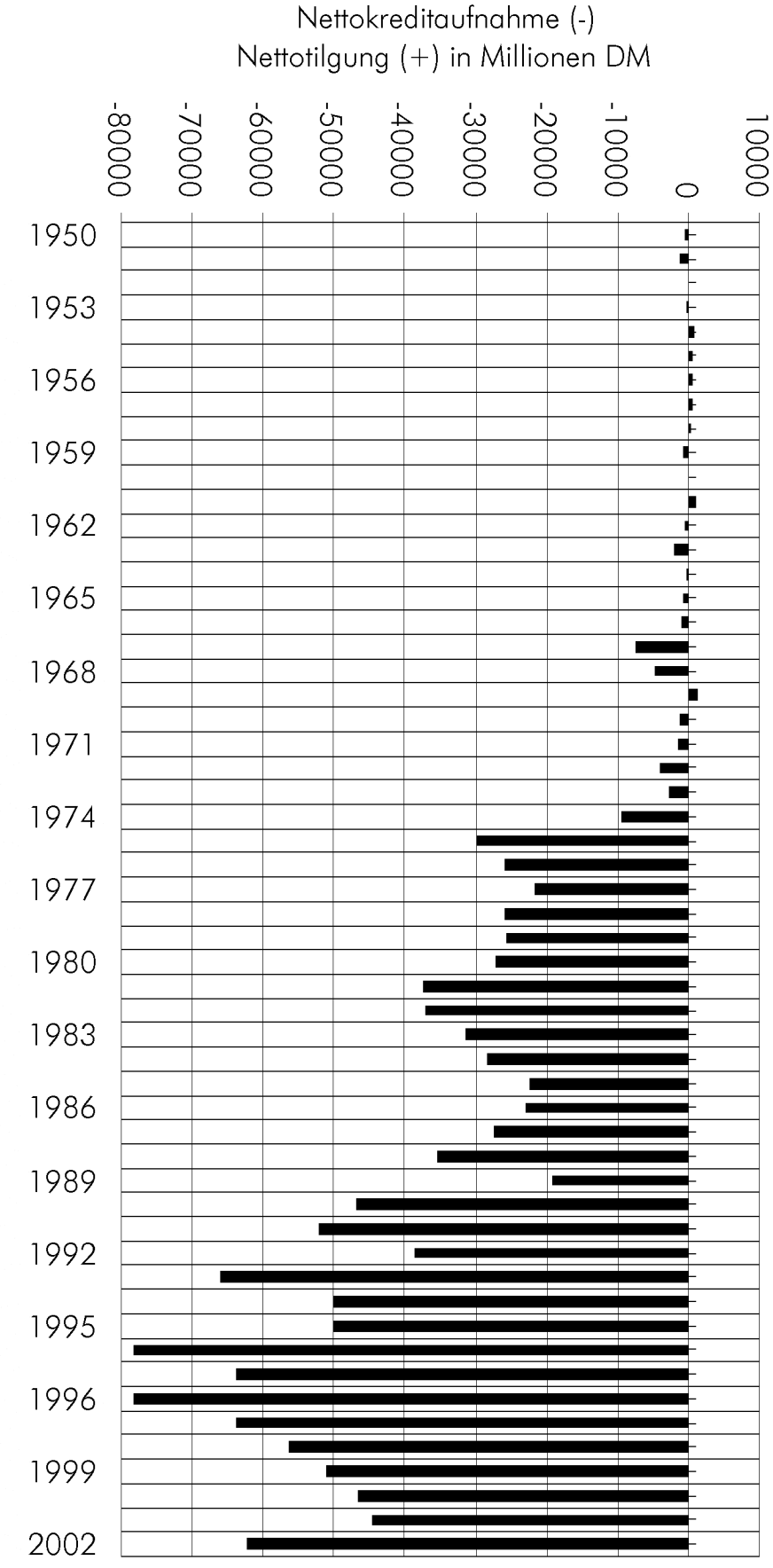


Abb. 1: Nettoneuverschuldung/Nettotilgung des Bundes am Kreditmarkt von 1950 bis 2002

Datenquellen: Bundesministerium der Finanzen: Finanzbericht 1997, S. 174-179 und Bundesministerium der Finanzen: Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte 2001, Tabelle 9, S 21, Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht 12.2002, S. 73, und Bundesministerium der Finanzen: „Haushaltsabschluss besser als durch Nachtragshaushalt erwartet".

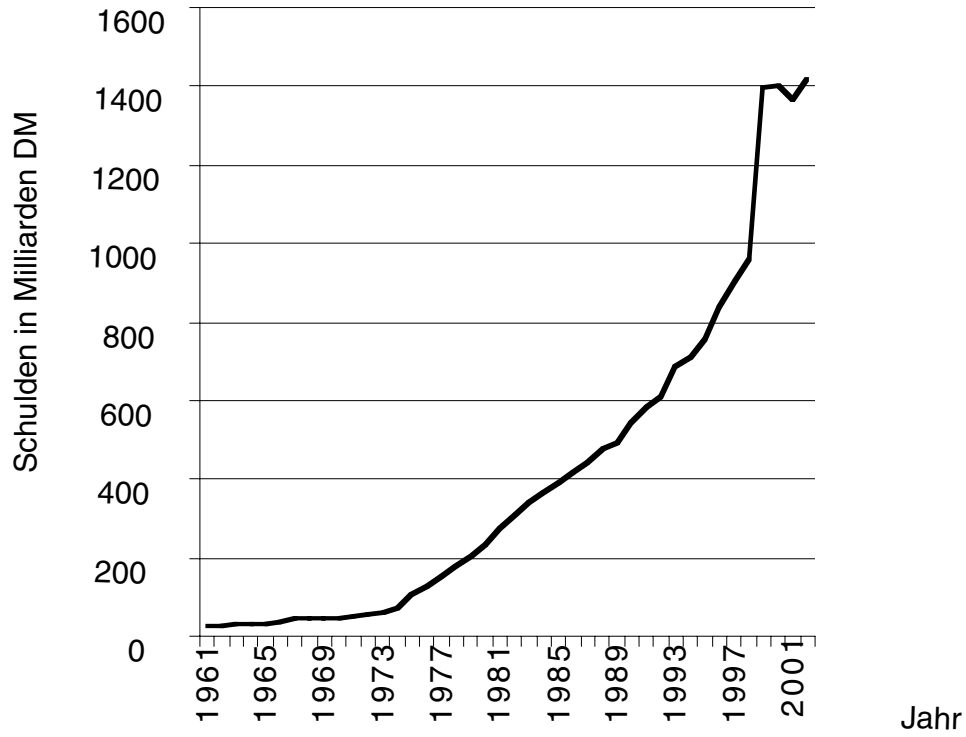


Abb. 2: Entwicklung der Verschuldung des Bundes 1961 bis 2002 (nur Bundeshaushalt)

Datenquelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihe BU1131*. Wert für 2002: Sollwert

Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts kam eine Wende: Die Gesellschaft nutzte fast kostenfrei (d.h. mit sehr geringer Schuldenlast) die Investitionen der 50er und 60er Jahre, verschuldete sich gleichzeitig aber massiv (Abb. 1 und 2) und senkte die Investitionsquote. Somit lebte die Gesellschaft in den 70er und 80er Jahren sowohl auf Kosten der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft und brach damit den ungeschriebenen Generationenvertrag zur Finanzierung öffentlicher Leistungen.

Deutlich wird dies ebenfalls, wenn man den Investitionen des Bundes die Neuverschuldung gegenüberstellt:[6] Bis 1974 gab es enorme Investitionsüberschüsse (in damaligen Preisen!), seit 1975 dagegen überschritt in 14 Bundeshaushalten die Neuverschuldung die Investitionen (so auch ab 1996). Dies verstößt gegen die Verfassung, falls nicht eine Störung

[6] Eigene Auswertungen von Daten aus Bundesministerium der Finanzen 1996, 174–179; 194–199; Bundesministerium der Finanzen 2001c, 21; Bundesministerium der Finanzen 2001b; Bundesministerium der Finanzen 2003.

des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abgewehrt wird. Bei dieser Betrachtung sind ab 1984 Privatisierungserlöse als negative Investitionen berücksichtigt. Fälschlicherweise werden in offiziellen Statistiken diese Desinvestitionen – nach dem Verkauf der Sachwerte und Unternehmensanteile bleiben die Erträge, die dem Staat bisher zuflossen, aus – nicht berücksichtigt. Doch auch unter Vernachlässigung der Privatisierungserlöse überstieg in zehn Bundeshaushalten seit 1975 die Neuverschuldung die Investitionen. In den dazwischen liegenden Jahren fielen die Investitionsüberschüsse viel geringer aus, als dies bis 1974 der Fall war (Ausnahme 1992).

So verstieß die Gesellschaft ab den 70er Jahren des vorherigen Jahrhunderts gleich dreifach gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit: Erstens wälzte die Gesellschaft die Kosten ihres Lebensstandards und ihres ineffizienten Umgangs mit öffentlichen Finanzressourcen teilweise über Schulden auf nachrückende Generationen ab. Zweitens lastete sie getätigte Investitionen der nachrückenden Generation an, obwohl kaum eine der Investitionen zu einem Nutzen im ursprünglichen Umfang über eine Generation (30 Jahre) hinaus geführt haben dürfte. Und drittens vernachlässigte sie ab den Achtziger Jahren den Erhalt des Sachkapitals. Dagegen fordert eine generationengerechte Finanzpolitik ausreichend Investitionen, damit das Sachkapital mindestens erhalten bleibt; die Kosten dafür sind aber zeitnah zu tragen. Auch die heutige Finanzpolitik verstößt in der geschilderten Form dreifach gegen die Generationengerechtigkeit. Allerdings ist dies u.a. auch eine Folge des Versuches, der Schuldenfalle zu entkommen (Neuverschuldung reduzieren und Ausgaben begrenzen, siehe die beiden folgenden Teilkapitel).

Als Sonderfaktor ist die Wiedervereinigung zu berücksichtigen, die einen intergenerativen Lastenausgleich legitimiert. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Schulden der öffentlichen Hand schon 1987, also vor der Wiedervereinigung, nochmals deutlich anstiegen. Folglich verbergen sich hinter dieser Entwicklung ebenfalls strukturelle Probleme der alten Bundesrepublik. Überdies zeigen die Investitionsquoten seit 1990, dass sowohl Bund als auch Länder mehrheitlich Konsum finanzierten, anstatt in die Zukunft zu investieren. Und schließlich gilt es zu fragen, ob die für den *Aufbau Ost* investierten Mittel zielgerichtet und effizient eingesetzt wurden.

Die vorstehenden und folgenden Betrachtungen beziehen sich lediglich auf die direkten Schulden des Bundes, die in den offiziellen Schuldenstatistiken ausgewiesen sind. Sie enthalten weder die nicht ausgewiesenen und indirekten Schulden, noch sonstige Lasten, die durch aktuelle Leistungen in der Zukunft entstehen. Zu den nicht ausgewiesenen Schulden zählen Nebenhaushalte (z.B. *Sondervermögen Fonds Deutsche Einheit* und *ERP-Sondervermögen*[7]), zu den indirekten Schulden Versorgungsausgaben für die Altersversorgung der heute im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen. Der Staat garantiert zwar die Versorgung, legt dafür aber kein Geld zurück. Erhebliche Personalzuwächse in den 60er und 70er Jahren werden zusammen mit dem gewachsenen Einkommensniveau dazu führen, dass die öffentlichen Versorgungsausgaben zukünftig drastisch ansteigen. Strukturelle Probleme und Lücken in den gesetzlichen Sozialversicherungen sind ebenfalls indirekte Schulden und in den Betrachtungen nicht enthalten.

In diesem Sinne stellt sich die Situation der Staatsfinanzen unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit deutlich schlechter dar als aufgezeigt. Die intergenerative Wirkung der gesamten Fiskalpolitik inklusive Sozialversicherungen werden durch Generationenbilanzen abgeschätzt (Raffelhüschen/Walliser 1997). Das Ergebnis ist die sogenannte *Tragfähigkeitslücke*. Sie gibt an, um welchen Betrag der Staat seine Einnahmen steigern oder Ausgaben senken muss, um die Finanzierungslücke zu schließen und generationengerecht zu handeln (Deutsche Bundesbank 2001 b, 31). Für das Jahr 2000 hat die Deutsche Bundesbank in einer Generationenbilanz eine Tragfähigkeitslücke in Deutschland von 2,8 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts ermittelt (Deutsche Bundesbank 2001 b, 36).[8] Aufgrund methodischer Grenzen des Instruments Generationenbilanz stellt dieses Ergebnis aber nur einen Anhalt für das Ausmaß der mangelnden Generationengerechtigkeit dar.

---

[7] ERP steht für *European Recovery Program* (Marshall-Plan). Aus ihm entstand ein Sondervermögen, das heute für zinsgünstige Darlehen an die deutsche Wirtschaft genutzt wird.

[8] In dem zugrunde liegenden Szenario wurden konjunkturelle Einflüsse und andere temporäre Effekte (wie z.B. die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen) herausgerechnet; gleichzeitig berücksichtigten die Autoren die Auswirkungen wichtiger politischer Maßnahmen, die bereits beschlossen sind, aber erst in der Zukunft wirken werden.

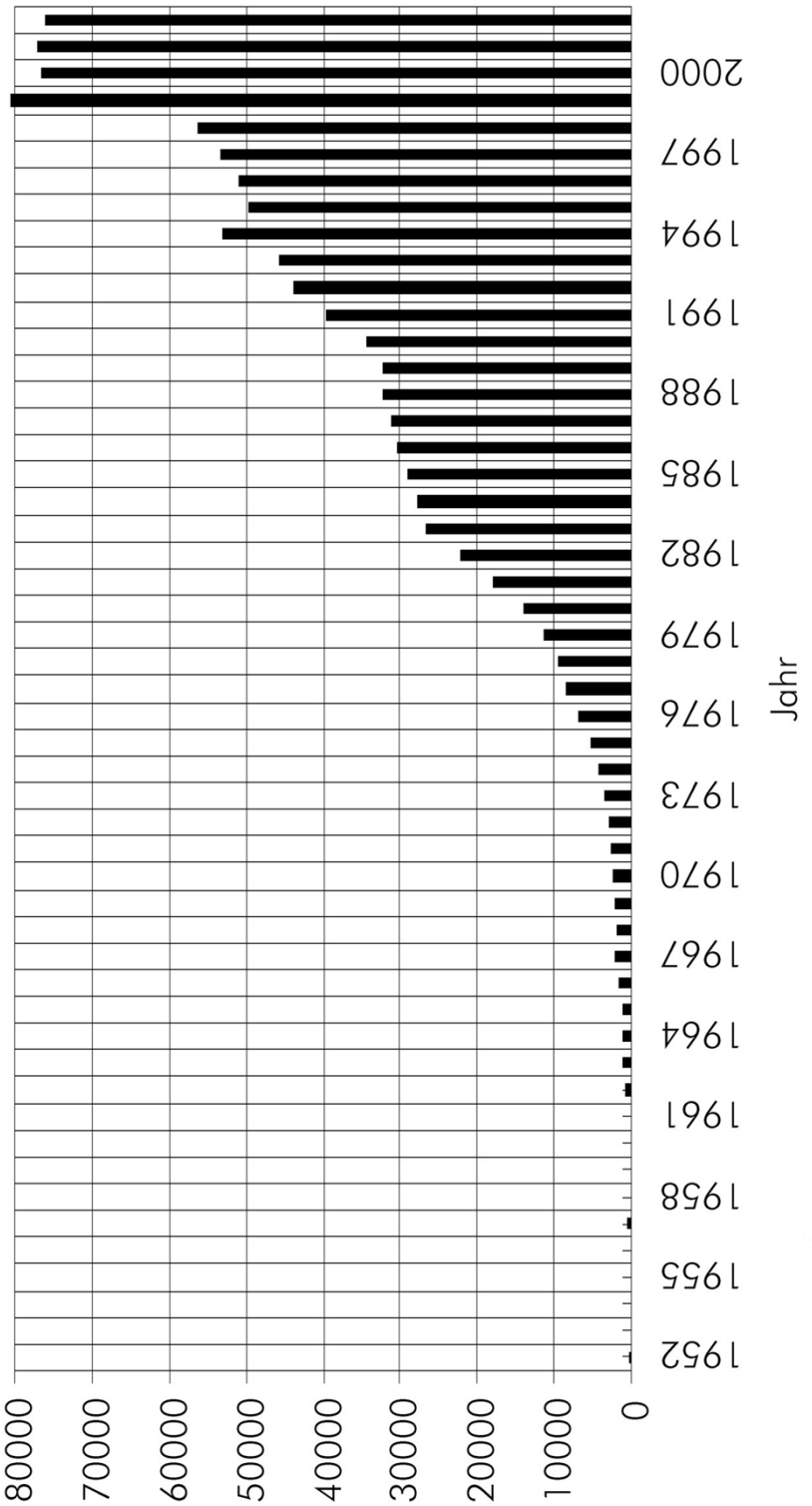
Aktuelle Folgen

Die Verschuldungspolitik der Vergangenheit zeigt heute fatale Folgen. Parallel zum exponentiellen Anstieg der Schulden (Abb. 2) nahmen die Ausgaben für Zinsen deutlich zu (Abb. 3). Im Haushaltsplan 2002 des Bundes waren 16 Prozent des Budgets für Zinszahlungen vorgesehen, dies entspricht 20 Prozent der Steuereinnahmen (Bundesministerium der Finanzen 2001c, 33). Die für 2002 veranschlagten Zinszahlungen (EUR 38.887.000.000) liegen höher als das gemeinsame, aufsummierte Budget der folgenden Ministerien und Bereiche:

- Wirtschaft und Technologie
- Bildung und Forschung
- Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Auswärtiges Amt
- Bundeskanzler und Bundeskanzleramt
- Gesundheit
- Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Deutscher Bundestag
- Justiz
- Bundesrechnungshof
- Bundesrat
- Bundesverfassungsgericht.

Diese Auflistung zeigt deutlich, dass die Verschuldung die Gestaltungsspielräume der heutigen Generation bereits stark einschränkt. Da der Bund fällig werdende Schulden nach wie vor über neue Schulden abdeckt, ist die Schuldenspirale noch nicht gestoppt. Folglich muss weiterhin nicht nur für Leistungen der Vergangenheit gezahlt werden, sondern zusätzlich für die immensen Zinslasten, denen niemals ein gesellschaftlicher Nutzen entgegen gestanden hat.

Abb. 3: Zinsausgaben des Bundes 1952 bis 2002 in Mio DM



Datenquellen: Bundesministerium der Finanzen: *Finanzbericht 1997*, S. 194-199, und *Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte: Bundeshaushalt 1999* von Mai 1999 sowie *Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte 2001* (Tabellen und Übersichten Bundeshaushalt 2002) von November 2001, Tabelle 9, S. 21.

1953 bis 1956, 1958 bis 1961 ohne Angaben; 1990: 2. Halbjahr ohne DDR-Haushalt; 2001: Soll; 2002: Plan.

Die begrüßenswerten Versuche der Bundesregierung, der Verschuldungsfalle zu entkommen, schränken die Gestaltungsmöglichkeiten heute weiter ein: Während zwischen 1974 und 1984 die jährliche Neuverschuldung des Bundes deutlich über den Zinsausgaben lag, übersteigen seit 1999 die Zinsausgaben die Neuverschuldung – jährlich um 15 bis 20 Milliarden Euro.[9] Mit anderen Worten: Wäre die Zinslast nicht so hoch, könnte der Bund ein Budgetüberschuss aufweisen.

Bewertung der aktuellen Haushaltskonsolidierung

Die Aufnahme von Schulden hat sich in der Vergangenheit zu einem normalen Finanzierungsinstrument der öffentlichen Hand zu Lasten nachrückender Generationen entwickelt. Lange wurden die Folgen bagatellisiert. Es ist das Verdienst der Bundesregierung und insbesondere von Finanzminister Hans Eichel, die Verschuldung differenzierter zu betrachten, als die Vorgängerregierungen, und erste Maßnahmen gegen die Schuldenfalle ergriffen zu haben. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2006, das auch auf Druck der EU-Kommission gesetzt wurde, ist richtig.

Die Art und Weise, wie im Bundeshaushalt gespart wird, führt aber in die falsche Richtung, denn es werden Lasten auf andere öffentliche Haushalte und die Sozialversicherungen abgewälzt. Beispiele hierfür sind Kürzungen bei Wohngeld und Arbeitslosenhilfe, Senkung der Krankenkassenbeiträge für Arbeitslose sowie die Verringerung der Schwankungsreserve der gesetzlichen Rentenversicherung. Gleichfalls werden Luftbuchungen vorgenommen. „Beispiele für diese Luftbuchungen stellen Mittel dar, die eine Kofinanzierung voraussetzen, aber mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in vollem Maße in Anspruch genommen werden.“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1999, 540).

Überdies sind bedeutende Teile der so genannten Einsparungen als globale Minderausgaben ausgewiesen (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 1999, 540); dies sind Ausgaben, die nicht spezifiziert

[9] Eigene Auswertungen von Daten aus Bundesministerium der Finanzen 1996, 174–179; 194–199; Bundesministerium der Finanzen 2001c, 21.

sind; globale Minderausgaben bergen die Gefahr, letztlich mit der „Rasenmähermethode“ über alle Haushaltstitel verteilt zu werden, die keiner gesetzlichen oder vertraglichen Bindung unterliegen – unabhängig von Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Aufgabe sowie realen Möglichkeiten zur Kürzung. Und schließlich setzt die Politik zu wenig sachorientierte Prioritäten. Stattdessen versucht sie beim Konsolidieren, (Verteilungs-) Konflikten auszuweichen.

Diese Methoden drohen mittel- bis langfristig dazu zu führen, dass fast alle staatlich geförderten Aktivitäten nur noch schlecht oder gar nicht mehr durchgeführt werden können. Es führt aber kein Weg daran vorbei, Prioritäten für staatliches Handeln zu setzen, die ausgewählten Aktivitäten dann aber auch ausreichend zu finanzieren.

Die Finanzplanung des Bundes wirkt auch gegen das Leitbild der ökologischen Generationengerechtigkeit. Denn alle Planungen – einschließlich der vorgesehenen Steuersenkungen – basieren einmal mehr auf langfristigem wirtschaftlichem Wachstum, wie es dauerhaft weder ökologisch verträglich noch ökonomisch möglich ist. Fragwürdig ist eine langfristige Strategie, die dauerhaftes Wachstum voraussetzt, unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit auch aus weiteren Gründen: Erstens nimmt eine solche Strategie nachrückenden Generationen Entscheidungs- und Handlungsspielräume, da sie die zukünftig notwendige Wirtschaftspolitik durch Fakten schon heute festlegt. Zweitens setzt sie auf eine lineare Fortentwicklung heutiger Verhältnisse. Die Möglichkeit einschneidender Änderungen grundsätzlicher Rahmenbedingungen – etwa durch Klimaänderung, Krieg, globale Flüchtlingswellen oder krisenhafte wirtschaftliche Entwicklungen, beispielsweise aufgrund einer globalen Schuldenkrise, – wird von vorneherein übersehen.

Während Deutschland unter immer größeren Schwierigkeiten damit ringt, die jährliche Neuverschuldung zu verringern, zahlen andere Länder bereits ihre Schulden wieder ab und gewinnen Handlungsspielräume zurück. Doch dieser Weg ist beschwerlich: Angenommen, der deutsche Staat (Bund, Länder, Gemeinden) würde seine gesamten Verbindlichkeiten regelmäßig jährlich um 10 Milliarden Euro zurückfahren, auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession – aus heutiger Warte ein ehrgeiziges Ziel –, dauerte es 60 Jahre, d.h. zwei Generationen, bis der Schuldenstand absolut halbiert wäre, von etwa 1,2 Billionen auf 0,6

Billionen Euro.[10] Gleichzeitig wäre aber über diesen Zeitraum die Zinslast aufzubringen.[11]

Aktuelle Ausgaben- und Einnahmenpolitik

Die Ausgaben des Bundes haben eine Höhe erreicht, die einen Vorgriff auf zukünftige finanzielle Ressourcen nahe legen und den exzessiven Verbrauch ökologischer Ressourcen in Kauf nehmen muss. Die derzeitige Finanzpolitik ist deshalb nicht generationengerecht. Doch die aktuelle Ausgaben- und Einnahmenpolitik unterliegt weiteren Problemen.

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand sind nicht transparent gestaltet: Weder liegt Transparenz über die Kosten einer Leistung vor, noch über die Herkunft der Mittel, mit denen die Leistung finanziert wird. Eine Kostenzuordnung auf die nutznießenden Generationen kann schon aus diesem Grund nicht erfolgen. Hinzu kommt, dass die kameralistische Haushaltsführung der öffentlichen Hand lediglich ein Bild von den Einnahmen und Ausgaben einer Periode wiedergibt; die in dem Zeitabschnitt ausgelösten finanziellen Belastungen, die erst später zum Tragen kommen, bleiben somit ebenso übersehen wie der nichtmonetäre Werteverzehr (z.B. Werteverlust von Gütern).

Ein generationengerechtes Verhalten setzt voraus, dass das Sachkapital mindestens erhalten wird. Angesichts niedriger Investitionen und des sich verschlechternden Zustands z.B. vieler Infrastruktureinrichtungen scheint es fraglich, ob dies heute der Fall ist. So lagen bereits in den 90er Jahren bei der Verkehrsinfrastruktur in einigen Bereichen die getätigten Ersatzinvestitionen unter dem Niveau, das für die qualifi-

[10] Diese Betrachtung verdeutlicht eine Grenze des Konzepts zur Generationengerechtigkeit: Das Konzept möchte Chancengleichheit zwischen den Generationen sicherstellen, findet aber keine Antwort auf die Frage, was zu tun ist, wenn die Tragfähigkeit eines Systems trotz generationengerechter Politik gefährdet ist. Dies ist im Beispiel öffentliche Finanzen der Fall. Inwieweit darf und soll eine Generation, die ungerechtfertigt Lasten erhalten hat, diese Lasten weiterreichen? Muss es nicht Ziel sein, die Belastungen zu verringern und abzubauen?

[11] Einerseits sinkt die Zinslast über die Zeit, weil die Schuldenhöhe abnimmt. Andererseits werden innerhalb der Zeitspanne von zwei Generationen die Zinssätze vom heutigen niedrigen Niveau aus wieder steigen, so dass sich zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte ergeben.

zierte Sicherung des Substanzwertes nötig gewesen wäre. Mit anderen Worten: Abgenutzte Teile der Infrastruktur wurden nicht ausreichend und nicht nach den zum Zeitpunkt der Erneuerung geltenden Qualitäts- und Baustandards instandgesetzt (Kunert/Link 2001).

Die Effizienz des Mitteleinsatzes lässt grundsätzlich zu wünschen übrig. Statt die Rahmenbedingungen weitgehend so zu setzen, dass sich die gesellschaftlich erwünschten Entwicklungen selbststeuernd erreichen lassen, erlässt die Politik unzählige, teils zuwider laufende Detailregelungen. Sie versucht, mit Hilfe von Ausgabenprogrammen und Subventionen gleichzeitig zu steuern und kontraproduktive Folgen von Gesetzen zu verringern. Die Ziele von Subventionen sind oft unklar, ebenso erweisen sich Planung und Kontrolle als ungenügend. Subventionen bewirken teilweise das Gegenteil dessen, was mit ihnen beabsichtigt war. Überdies führen sie zu Mitnahmeeffekten und zu Subventionswettlauf. Ist eine Subvention erst eingeführt, sorgt ein Kartell aus Begünstigten und Bürokraten vielfach für ein langes Leben, unabhängig, ob ihr Ziel erreicht ist oder nicht.

Die Ausgabenerhöhungen dienen zu sehr dazu, die *Auswirkungen* struktureller Probleme zu entschärfen (Beispiel Sozial- und Arbeitsmarktpolitik), so dass notwendige Strukturreformen unterbleiben – zu Lasten nachrückender Generationen. So plante der Bund für das Jahr 2002, 35 Prozent der Rentenausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung zu finanzieren (Bundesministerium der Finanzen 2001a, Anlagen, 7); der dazu notwendige Betrag von rund 73 Milliarden Euro entsprach etwa 29 Prozent des gesamten Bundeshaushalts.[12]

Politische Forderungen für eine generationengerechte Finanzpolitik

Zwei Ziele liegen den politischen Forderungen zugrunde: Erstens soll die Finanzpolitik den ungerechtfertigen Vorgriff auf Ressourcen nachrückender Generationen beenden und sich bis auf wenige Ausnahmen auf das erwirtschaftete Budget beschränken (Grundsatz der Verursachergerechtigkeit bzw. der Bezahlung nach dem Nutznießerprinzip innerhalb eines stringenten Generationenvertrags). Zweitens gilt es, die

[12] Berechnet nach Bundesministerium der Finanzen 2001c, 7; 10.

bereits bestehende Verschuldung planmäßig abzubauen, damit die Gesellschaft der Schuldenfalle entkommen kann. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind auf den Bund zugeschnitten; für die Bundesländer und für die Kommunen müssen ähnliche Programme aufgestellt und durchgeführt werden.

Verschuldung als normales Finanzierungsinstrument ausschließen

1. Die Verschuldung als Finanzierungsinstrument ist gesetzlich auszuschließen mit zwei Ausnahmen:

   a. Verschuldung für konkrete Investitionen mit festgeschriebener Rückzahlung (unter bestimmten Bedingungen):

      Als erste Ausnahme soll für Investitionen die Aufnahme von Schulden unter bestimmten Bedingungen und Einschränkungen erlaubt sein:

      – Öffentliche Investitionen sind zunächst vollständig aus Steuermitteln in einer Höhe zu finanzieren, die dem Wertverlust des vorhandenen öffentlichen Sachkapitals entspricht. Ziel ist dabei der Erhalt des Sachkapitals.
      – Für zusätzliche Investitionen dürfen projektbezogen Verbindlichkeiten eingegangen werden, wenn die Investitionen zu einem bedeutenden Teil aus Steuermitteln finanziert werden (Eigenkapitalanteil) und die Verbindlichkeiten innerhalb des Nutzungszeitraums über Zahlungen aus einem öffentlichen Haushalt oder durch Nutzerentgelte entsprechend dem jeweiligen Nutzen getilgt werden (gesetzlich vorzuschreibende Tilgung durch die nutznießende(n) Generation(en)). Instandhaltungsinvestitionen sind hierbei als eigenständige, den Nutzungszeitraum verlängernde Investitionen zu betrachten.
      – Schiebt eine Generation der nachrückenden Generation erhebliche Lasten (monetärer oder nicht monetärer Art) zu, die der Generationengerechtigkeit widersprechen, soll die nachrückende Generation an den Kosten von Investitionen grundsätzlich nicht beteiligt werden.

b. Außergewöhnliche finanzielle Belastungen
   Die zweite Ausnahme gilt für außergewöhnliche finanzielle Belastungen, die sich aus einer unerwarteten und in der Regel nicht in jeder Generation vorkommenden Situation ergeben; sie dürfen zu einem Teil auf nachrückende Generationen abgeschoben werden, wenn eine einzelne Generation diese Belastungen nicht tragen kann und die zu finanzierenden Maßnahmen positive Wirkung über eine Generation (30 Jahre) hinaus aufweisen. Es muss allerdings sichergestellt werden, dass die Lasten begründet und angemessen sind und überdies generationengerecht verteilt werden.

2. Es sind gesetzlich die Pflichten festzuschreiben, das Sachkapital mindestens zu erhalten, die Bildung derart zu gestalten, dass die Chancen junger Menschen und nachrückender Generationen mindestens so groß sind wie die ihrer Eltern, und das ökologische Kapital zu schützen. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass die Staatsfinanzen über Maßnahmen saniert werden, die gegen die Ziele anderer generationengerechter Politiken verstoßen.

3. Für den Fall, dass der Staat für antizyklische Wirtschafts- und Finanzpolitik vorübergehend Mittel benötigt, die über seine aktuellen Einnahmen hinausgehen, darf er – innerhalb definierter Grenzen – zeitweise sein Budget über die Einnahmen ausweiten. Diese zusätzlichen Ressourcen sind jedoch von der nutznießenden Generation aufzubringen. Da die Vergangenheit gezeigt hat, dass die Verschuldung hierzu das falsche Instrument ist (die Verbindlichkeiten werden nicht mehr beglichen), muss hierfür auf einen zweckgebundenen Fonds zurückgegriffen werden, der im Voraus aus Steuereinnahmen aufzubauen ist.

4. Für jede Aktivität und Maßnahme der öffentlichen Hand muss vor der Genehmigung bzw. vor dem Beschluss des Bundestags die Finanzierung ausgewiesen sein; dabei sind unterschiedliche Szenarien für die wirtschaftliche Situation des Landes zugrunde zu legen.

5. In jeden Haushalt müssen Kürzungsszenarien eingearbeitet werden, die umzusetzen sind, wenn die tatsächlichen Einnahmen unter Plan liegen.

6. Die in den Punkten 1 bis 5 genannten Maßnahmen sind über eine parteienübergreifende Initiative anzustoßen, die in einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes mündet; im normalen politischen Tagesgeschäft und im üblichen politischen Wettbewerb lassen sich diese Maßnahmen nicht umsetzen.

Schulden abbauen

1. Es ist ein langfristiger Plan zum völligen Abbau der öffentlichen, nicht an konkrete Investitionsobjekte gebundenen Schulden aufzustellen. Hierbei sind die Abzahlungszeitdauer und die durchschnittliche jährliche Rückzahlung unter Berücksichtigung der jeweiligen Zinsaufwendungen, die ja mit abnehmendem Schuldenstand zurückgehen, zu bestimmen.

Staatsfinanzen transparent gestalten

1. Das kameralistische Haushaltssystem, das keinerlei Auskunft über zukünftige finanzielle Belastungen gibt, ist abzulösen durch ein modernes Rechnungswesen. Es umfasst Ergebnisrechnung, Vermögensrechnung und Finanzierungsrechnung (Lüder nach Kampmann 1995, 219–241).
2. Alle staatlichen Nebenhaushalte sind aufzulösen und in die ordentlichen Haushalte zu integrieren.
3. Ergebnis, Finanzierung und Vermögen öffentlicher Unternehmen müssen in den öffentlichen Haushalten ausgewiesen werden.
4. Für die Altersvorsorge von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst müssen Rücklagen gebildet werden, die inklusive Zinserträge der Höhe zukünftiger Pensions- und Rentenzahlungen entsprechen.
5. Leistungen des Staates sind weitgehend von den jeweiligen Nutzern zu zahlen.[13]

[13] Der soziale Ausgleich erfolgt durch entsprechende Gestaltung der Einkommenssteuer sowie durch eine negative Einkommenssteuer (siehe unter *Finanzmittel effizienter nutzen*, Punkt 4).

6. Für alle Investitionen sind die Kosten über die Nutzungsdauer zu kalkulieren (einschließlich Betriebskosten und unternehmerisches Risiko).
7. Jene Ebene, die Art und Umfang einer öffentlichen Aufgabe festlegt, muss die Finanzmittel zur Aufgabenerfüllung bereitstellen.
8. Die private Vorfinanzierung von Investitionen ist zu stoppen.

Finanzmittel effizienter nutzen

1. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind so zu setzen, dass die gesellschaftlichen Ziele möglichst umfassend selbststeuernd angestrebt werden;[14] teure Eingriffe in die Systeme durch aktive Maßnahmen werden auf diese Weise minimiert; gleichzeitig erhöht sich die dynamische Stabilität der Systeme.
2. Der Einsatz von Subventionen ist durch eine Subventionsordnung deutlich zu beschränken. Sie stellt Anforderungen u.a. an das Ziel einer Subvention, an die ökonomische Begründung ihres Einsatzes, an die Chancen zur Zielerreichung, an die Erforderlichkeit und an die Verhältnismäßigkeit (Nieder-Eichholz 1995, 192); außerdem sind Subventionen zeitlich zu begrenzen.
3. Finanzielle Leistungen an Menschen mit dem Ziel des sozialen Ausgleichs müssen durch eine einzige Stelle erbracht werden; sie prüft nicht den Anspruch der Bürger auf einzelne Transferformen (wie Wohngeld und Erziehungsgeld), sondern die finanzielle Gesamtsituation des Empfängers. Der ermittelte finanzielle Bedarf wird durch geringe Steuersätze für gering Verdienende indirekt und in Form einer negativer Einkommenssteuer, d.h. durch Auszahlungen, gewährt.

Ausgaben reduzieren

1. Es müssen Prioritäten für den Einsatz öffentlicher Mittel gesetzt werden: Die Aktivitäten des Staates sind unter Berücksichtigung der

[14] Beispiel: Statt eine umweltfreundliche Energieerzeugung über komplex aufgebaute Subventionen zu fördern, sind die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass es wirtschaftlich ist, Energie unter geringen Umweltbelastung zu erzeugen.

Forderung, generationengerecht zu handeln, auf wichtige Felder und Aufgaben zu konzentrieren. Ohne Einschnitte auf der Ausgabenseite des Staatsbudgets lässt sich der Schuldendruck nicht verringern. Allerdings sind die ausgewählten Aufgaben mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten, um die Funktionen langfristig zu ermöglichen.

2. Die strukturellen Probleme der Sozialversicherung müssen gelöst werden, um deren immensen Finanzbedarf zu verringern.
3. Die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit sind konsequent anzugehen, so dass die damit verbundenen Ausgaben der öffentlichen Hand sich verringern und gleichzeitig das Steuer- und Abgabenaufkommen anwächst.

Einnahmenpolitik ändern

1. Leistungen des Staates sind weitgehend von den jeweiligen Nutzern zu zahlen.[15] Dies sorgt für stärkere Kostentransparenz in den öffentlichen Haushalten und damit für einen effizienteren und zielgerichteteren Mitteleinsatz. Als Ausgleich für die Einführung von Nutzungsentgelten sind Steuern abzubauen.
2. Die Steuer- und Abgabenbelastung von Bürgern und Unternehmen sollte maßvoll rückgeführt werden. Auf diese Weise lässt sich ein Leistungshemmnis beseitigen, das auf das Steueraufkommen zurückwirkt und indirekt die staatlichen Aufwendungen erhöht (etwa durch Sozialleistungen und Wirtschaftsförderung).
3. Es sind die Möglichkeiten zu prüfen, die die Einnahmenpolitik bietet, um die Gesellschaft in Richtung Generationengerechtigkeit zu steuern.

Diese politischen Forderungen greifen die Grundsätze für eine generationengerechte Finanzpolitik konsequent auf und verdeutlichen, wie weit die aktuelle Finanzpolitik von generationengerechtem Handeln entfernt ist.

[15] Der soziale Ausgleich erfolgt durch entsprechende Gestaltung der Einkommenssteuer sowie durch eine negative Einkommenssteuer (siehe unter *Finanzmittel effizienter nutzen*, Punkt 4).

Literatur

Becker, Andreas (2001): Zukunftsfähige Politik: Volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte vernetzt. München.

Becker, Andreas (1998): Staatsverschuldung und Umweltzerstörung – wie sie vereint die Zukunft berauben. München.

Becker, Thorsten (1997): Staatsverschuldung oder Der Fluch der späten Geburt. In: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Hamburg. S. 115–147.

Bundesministerium der Finanzen (2003): Haushaltsabschluss besser als durch Nachtragshaushalt erwartet. Pressemeldung vom 14. Januar 2003.

Bundesministerium der Finanzen (2002): Monatsbericht 12.2002, Statistiken und Dokumentationen. (http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage15839/Teil-3-Monatsbericht-Dezember-2002-Statistik-und-Dokumente.pdf)

Bundesministerium der Finanzen (2001a): Bundeshaushalt 2002: Finanzplan des Bundes 2001 bis 2005. Anlagen.

Bundesministerium der Finanzen (2001b): Grafik über die Privatisierungserlöse vom 3. Juli 2001 (http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage1837/Grafik-ueber-die-Privatisierungserloese.gif)

Bundesministerium der Finanzen (2001c): Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte 2001. (http://www.bundesfinanz-ministerium.de/Anlage8524/Tabellen-und-Uebersichten-Bundeshaus-halt-2002-Stand-November-2001.pdf)

Bundesministerium der Finanzen (1999): Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte: Bundeshaushalt 1999 – Tabellen und Übersichten.

Bundesministerium der Finanzen (1996): Finanzbericht 1997: Die volkswirtschaftlichen Grundlagen und die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Probleme des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1997.

Deutsche Bundesbank (2003): Bundeshaushalt – Verschuldung des Bundes insgesamt. Zeitreihe BU1131 (www.bundesbank.de/stat/zeitreihen).

Deutsche Bundesbank (2001a): Monatsbericht November 2001.

Deutsche Bundesbank (2001b): Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung, in Monatsbericht Dezember 2001. S. 29–44.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1999): Nach Konjunkturschwäche erste Anzeichen für eine allmähliche Erholung. In: Wochenbericht 28/99 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. S. 528–546.

Funke, Stefan (1995): Die Verschuldungsordnung: Ein Beitrag zur finanzwirtschaftlichen Ordnungspolitik. Berlin.

Haushalt 2002. In: Blickpunkt Bundestag. Heft 11/2001. S. 21–22.

Kampmann, Brigitte (1995): Staatsverschuldung – Begrenzungskonzepte in der Kritik. (1. Aufl.) Baden-Baden.

Kunert, Uwe / Link, Heike (2001): Bundesverkehrswege: Neubau auf Kosten der Substanzerhaltung künftig nicht mehr vertretbar. In DIW-Wochenbericht 42/01 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. (www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/docs/01-42-1.html)

Nieder-Eichholz, Markus (1995): Die Subventionsordnung: Ein Beitrag zur finanzwirtschaftlichen Ordnungspolitik. Berlin.

Pradhan, Sanjay / Swaroop, Vinaya (1993): Öffentliche Ausgaben und Anpassung, in Finanzierung und Entwicklung. September 1993. S. 28–31.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Öffentliche Finanzen – Schuldenstand. (http://www.destatis.de/basis/d.fist/fist024htm)

Raffelhüschen, Bernd / Walliser, Jan (1997): Was hinterlassen wir zukünftigen Generationen? Ergebnisse der Generationenbilanzierung. In E. Knappe / A. Winkler (Hg.): Sozialstaat im Umbruch: Herausforderung an die deutsche Sozialpolitik. Frankfurt am Main. S. 65–89.

Studienbüro Jetzt & Morgen (2002): Generationengerechte Finanzpolitik: Grundsätze, Analyse und politische Forderungen.

Wagner, Ralf: Leitfaden Volkswirtschaftslehre. (http://www.wagner-berlin.de)

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2001): Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik: Konzepte für eine langfristige Orientierung öffentlicher Haushalte. Dem Bundesfinanzministerium am 7. Dezember 2001 übergebenes Gutachten. (http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage9127/Gutachten-zurNachhaltigkeit-in-der-Finanzpolitik.pdf)

Woll, Artur (Hg.): Wirtschaftslexikon Betriebswirtschaft Volkswirtschaft Statistik Rechtswissenschaft. Köln.

ZUR PERSON

Andreas Becker
geb. 1963. Studium des Wirtschaftsingenieurswesens in München. Anschließend Projektleiter am *Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung* sowie in der Industrie tätig. 1997 Gründung des *Studienbüros Jetzt & Morgen*. Leitung des *Studienbüros Jetzt & Morgen*. Das Büro befasst sich mit strukturellen Problemen und gesellschaftlichem Wandel. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grundsätze der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit. In seiner Arbeit verbindet das Büro ökologische, volkswirtschaftliche und soziale Aspekte konsequent. Wichtige Veröffentlichungen: „Generationengerechte Finanzpolitik: Grundsätze, Analyse und politische Forderungen", 2002. „Zukunftsfähige Politik: Volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte vernetzt", 2001. „Entwicklung von Kriterien für eine ökologisch wirksame und volkswirtschaftlich effiziente Ökologische Steuerreform: Kritik am herkömmlichen Modell der Ökologischen Steuerreform am Beispiel des Ansatzes der Bundesregierung"; 1999. „Staatsverschuldung und Umweltzerstörung – wie sie vereint die Zukunft berauben: Status quo, Ursachen und Folgen – Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge – Kriterien und Strategien für umfassende Nachhaltigkeit", 1998. „Umweltschutz – Abschied von den Illusionen: Neue Strategien für den ökologischen Wandel", 1995.

Daniel Memmert

EIN GENERATIONENGERECHTES BILDUNGSSYSTEM

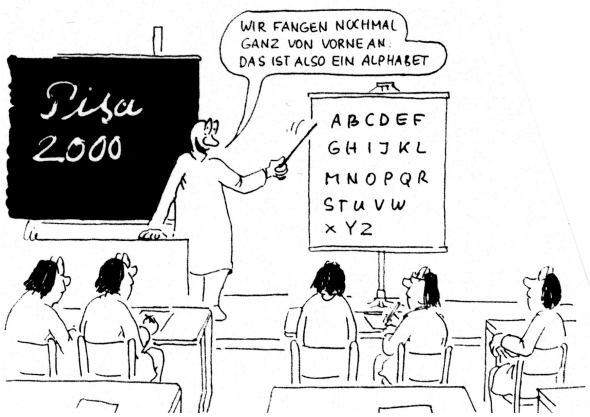
„Welche Welt soll man dem Schüler erschließen, wenn es sich bei ihr um keine feste Größe, sondern um permanenten Wandel handelt? Der Gedanke liegt nahe, zu sagen, wenn man schon nicht wisse, wie die zukünftige Welt aussehen wird, dann sei es im Grunde gleichgültig, womit man sich beschäftige. Jedenfalls dürfe man den Bildungsgang nicht an bestimmte Inhalte der Gegenwart oder gar der Vergangenheit binden, weil wegen der Nebelhaftigkeit der Zukunft kein Kriterium gegeben sei, das es erlauben würde, den einen Inhalt als den ‚zukunftsträchtigen' einem anderen vorzuziehen. Diese Argumentation wäre aber nur stimmig, wenn es überhaupt keine Verbindungen, nichts sich Durchhaltendes zwischen Vergangenheit und Zukunft gäbe. Eine solche Voraussetzung trifft nicht zu. Deshalb sind Erwägungen, die aus der Vergangenheit und Gegenwart Aufschlüsse über die Zukunft gewinnen wollen, immer berechtigt, wenn sie sich auch ihrer prinzipiellen Fehlerhaftigkeit bewusst bleiben müssen." (Zehetmair 1994, 454).

Einführung

Bildung als die Summe des Wissens, des Könnens sowie der Einstellungen einer Kultur wird unbestritten als die wichtigste erwerbbare und tradierbare Grundlage menschlichen Verhaltens verstanden. Ob zur Sicherung unseres Unterhalts – u.a. Wohn- und Ernährungsgarantie –, zur Erziehung unserer Kinder oder zur zwischenmenschlichen Kommunikation, immer greifen Menschen auf explizites oder implizites Wissen und Können, spezielle Handlungsroutinen, allgemein-praktische Regeln oder soziale Kompetenzen zurück. Mit Hilfe der gemachten Erfahrungen und der gesammelten Wissensbeständen gelingt es Menschen, sich an allen Orten in der heutigen Welt zurechtzufinden, „denn Wissen ist ein Schatz, der seinen Besitzer überall hin begleitet."[1]

[1] Ähnlich dem lateinischen Sprichwort: „Omnia mea mecum porto."

Der Festvortrag von Hans-Olaf Henkel bei der Jahrestagung der Leibnitz-Gemeinschaft in 2001 trug den Titel „Wissenschaft in Not“.[2] Da Wissenschaft und Bildung nahezu untrennbar miteinander verknüpft sind (vgl. BMBF 2000, 467, 2001 f.), ist darüber nachzudenken, ob nicht auch unsere Bildung eine „Bildung in Not“ ist. Dafür können einige ausgewählte Beispiele angeführt werden: Dem deutschen Arbeitsmarkt fehlten im Jahr 1999 75.000 Fachkräfte für Informationstechnik und Medizin (vgl. BMBF/BMWi 1999; BMBF, 2001 f., 109 bis 112). In Deutschland gibt es zur Zeit ungefähr vier Millionen Arbeitslose. Mit 0,6 Prozent Wachstum im Jahr 2002 ist Deutschland hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung unter den letzten Staaten in Europa.[3] Deutschland hätte ein Potential für 2,5 Millionen Arbeitsplätze für den Bereich Telearbeit.[4] Aber erst durch die Bekanntgabe der Ergebnisse der Schul-Studie PISA (Programme for International Student Assessment)[5] Ende des Jahres 2001 rücken wieder bildungspolitische Themen ins Zentrum des Interesses unserer Gesellschaft. Bekannte Wochenzeitungen titulierten plakativ „Ein lehrreiches Desaster“, „Die Schule brennt“ oder „Mangelhaft – Setzen“.



Zentrales Ziel dieses Beitrags ist es, verschiedene Facetten des deutschen Bildungssystems hinsichtlich seiner *generationengerechten* Ausrichtung auf den Prüfstein zu stellen. Wie ist der Ist-Zustand der Bildungseinrichtungen, welche zukünftigen Aufgaben sind zu antizipieren bzw. welche generationengerechten Entwicklungen erscheinen notwendig? Diese Fragestellung steht im Einklang mit der Forderung der Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, dass Bildung als Leitbild für eine

[2] Die Zeit Nr. 46, 8.11.2001;
http://www.zeit.de/2001/46/Wissen/print_200146_henkel_lang.html
[3] vgl. HWWA/DIW 10.01.2002,
http://www.diw.de/deutsch/presse/pressemitteilungen/jahrgang02/index.html
[4] vgl. Ecatt 1999; http://www.ecatt.com/ecatt/surveys/results
[5] vgl. Baumert 2000; OECD, 09.01.2002,
http://www.pisa.oecd.org/knowledge/home/intro.htm

nachhaltige Entwicklung dauerhaft im Bildungswesen verankert werden muss.[6]

Um Bildung und Generationengerechtigkeit aufeinander beziehen zu können, ist zunächst zu klären, was mit ihnen gemeint ist. Der Begriff Bildung ist überaus vielfältig sowie facettenreich und wird zur Zeit wieder verstärkt in Deutschland diskutiert (vgl. Wiese 1999, 2000; Peukert 2000; Berzbach 2001; Jürgens 2001; Kleinschmidt 2001). Eine Vielzahl von Definitionen, Ein- und Abgrenzungen mit unterschiedlicher Breite sind in der Fachliteratur dazu vorhanden. Ihre systematische Aufarbeitung kann hier nicht erfolgen, weil die dazu notwendige Diskussion das Heranziehen von halbe Bibliotheken füllenden Monographien, Herausgeberbänden sowie Artikeln benötigen würde.

Es wird der Standpunkt vertreten, dass beim Bildungsbegriff eine Vielzahl von Wissensformen zu berücksichtigen sind. Angeordnet auf einem Kontinuum beinhaltet der eine Pol disziplinspezifische Inhalte und der andere allgemeine Fähigkeiten wie Intelligenz, Kreativität, Problemlösestrategien oder verschiedene Schlüsselkompetenzen. Dabei wird und muss aufgrund eines immer schnelleren Wandels von Arbeitsstätten im Sinne einer verbesserten Zukunftsfähigkeit der Individuen dem letzten Bereich „Allgemeinbildung“ besondere Beachtung geschenkt werden. Zusammengenommen wird unter Bildung alles Wissen und Können verstanden, mit denen die einzelnen Berufsgruppen bzw. – allgemein – Menschen die Chance gegeben wird, sich in ihrem Leben zurechtzufinden. Diese Aufgabe zu erfüllen obliegt den verschiedenen Bildungsinstitutionen (z.B. Kindergärten, Schulen).

Um die Verantwortung bzw. das adäquate Verhältnis der Generationen untereinander auf den Bereich Bildung beziehen zu können, ist weiter zu klären, was genau unter (Inter-)Generationengerechtigkeit zu verstehen ist. Menschen handeln dann (inter-)generationengerecht, „wenn die Chancen nachrückender Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen“ (vgl. Tremmel in diesem Band). Muss aber ein Bildungssystem überhaupt generationsgerecht sein? Neben dem

[6] vgl. Pressemitteilung Nr. 198/2001, 12.12.2001. Im Jahr 2000 hat auch der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu beauftragt, einen Bericht zur dauerhaften Verankerung von Bildungsinhalten unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse einer nachhaltigen Einwicklung zu erarbeiten.

eher bescheidenen Abschneiden deutscher Schüler im internationalen Vergleich hinsichtlich ihrer aktuellen mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung sowie Lesekompetenz[7] und dem damit verbundenen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit sprechen mindestens zwei wesentliche und äußerst wichtige Grundargumente dafür, bei der Diskussion der aktuellen Bildungseinrichtungen auch immer generationengerechte Lösungen bzw. Weiterentwicklungen in den Blick zunehmen. *Erstens* ist zu beachten, dass in der Regel mittlere und ältere Generationen über das Wesen der Ausbildung der jüngeren Generationen bestimmen. Sie legen Lehrinhalte, Personalstrukturen, zeitliche Umfänge und Qualifikationsrichtlinien fest. *Zweitens* und nicht minder wichtig ist die Tatsache, dass aufgrund längerer Umstellungsprozesse innerhalb der jeweiligen Bildungswege sich die jetzige Generation dazu verpflichtet fühlen muss, auch die Rahmenbedingungen nachrückender Generationen zu antizipieren, um angemessen darauf reagieren zu können. Dies bezieht sich im Wesentlichen auf das Problem, dass zu anderen Ausbildungsinstitutionen und -inhalte auch wiederum Ausbildungsinstitutionen und -inhalte für die Schulung entsprechender Lehrkräfte für die ersten geschaffen werden müssen. Kurz gesagt, frühere Generationen sind für das Bildungsniveau der jetzigen und zukünftigen Generation mit verantwortlich zu machen.

Haben frühere Generationen dafür gesorgt, dass die verschiedenen Bildungseinrichtungen in Deutschland um das Jahr 2000 jetzigen Lernenden eine generationengerechte Bildungssituation gewährleisten? Welchen Beitrag für eine intakte Bildungspolitik kann die heutige Generation für die nachfolgende Generation leisten? Um erste Antworten auf diese Fragen geben zu können, werden in Kapitel 2 die drei Lehrinstitutionen *Tageseinrichtungsstätten, Schulen* und *Hochschulen* hinsichtlich ihrer Generationengerechtigkeit analysiert. Dazu werden (ebenfalls) drei – bewusst breit gefasste – Gesichtspunkte (Indikatoren) herangezogen – vgl. auch zusätzlich Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kapitel 3 – die die Situationen der Generationen „vorgestern", „heute" und „übermorgen" hinsichtlich ihres generationengerechten Zustands prüfen sollen.

[7] vgl. Baumert 2001; OECD 09.01.2002, http://www.pisa.oecd.org/knowledge/home/intro.htm

Ausgewählt wurden

- *Ausbildungsstätten-Bewerber-Verhältnisse bzw. Ausbilder-Auszubildende-Verhältnisse,*
- *internationaler Vergleich bzw. internationale Wettbewerbsfähigkeit der Institutionen und der Lernenden sowie*
- *aktuelle Ergebnisse aus wissenschaftlichen Forschungsstudien (Forschung/Wissenschaft)*

Erstgenanntes bildet die Möglichkeiten und das Qualitätsniveau der Ausbildung ab und ermöglicht somit Rückschlüsse u.a. auf personelle generationengerechte Veränderungsprozesse. Der zweite Indikator signalisiert die Chancen früherer oder jetziger deutscher Generationen auf dem weltweiten Arbeits- und Berufsmarkt, um hier zu prüfen, ob eine „Generationengerechtigkeitslücke" existiert. Durch den Vergleich der deutschen Bildungssituation mit anderen Ländern kann untersucht werden, ob die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist. Der dritte Aspekt versucht aktuelle Ergebnisse und Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung zu nutzen, um rechtzeitig Weichen für inhaltliche und finanzielle generationengerechte Neustrukturierungen zu schaffen. Dabei ist zu betonen, dass bei der Darstellungen der drei Bereiche Überschneidungen entstehen können. Die für alle Indikatoren herangezogenen Daten (letzter Stand: 1997–1999) stammen – wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt – vom Statistischen Bundesamt.[8] Denn: „Wer über die Zukunft nachdenkt, muss mitten in seiner Gegenwart auf festem Boden des Vergangenen stehen" (vgl. Hagedorn 1997, 27). Bei der Betrachtung der Zukunft ist selbstverständlich Zurückhaltung geboten, weil seriöse Prognosen über mehrere Jahrzehnte nicht möglich sind. Die Gründe dafür liegen in dem raschen Wandel der gewohnten Lebensphasen und Berufsbilder sowie der nur ungenauen Vorhersehbarkeit der Veränderungen im Verantwortungsbereich der Bildungshoheit (Bundesländer, Bund, Europa).

Abschließend wird auf einer abstrakten Ebene versucht, über die verschiedenen Ausbildungsinstanzen hinweg Entwicklungsleitlinien aufzustellen, um den im nächsten Kapitel aufgeführten Detailanalysen eine gemeinsame Vergleichsbasis zu ermöglichen. Bereits an dieser

[8] vgl. Statistisches Bundesamt 09.01.2002, http://www.destatis.de/basis/bd_ueber.htm; vgl. BMBF 2001c,e

Stelle wird betont, dass bewusst darauf verzichtet wurde, konkrete Anweisungen oder gar Musterlösungen zu präsentieren. Dies würde mit Sicherheit den noch zu führenden interdisziplinären Diskurs nachteilig beeinflussen.

Existiert ein generationengerechtes Bildungssystem?

Das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland ist äußerst komplex, vielschichtig und in einem nicht geringen Grad heterogen. Die Ursache ist u.a., dass auf Grund der Kulturhoheit der Bundesländer das Schulsystem föderal organisiert ist.[9] Diese politische Bildungsstruktur in Deutschland ist grundlegend für alle Bildungseinrichtungen und wird auf Grund ihrer elementaren Bedeutung in Kapitel 3 noch zu hier sein. Die vorgenommene Detailanalyse ausgewählter Bildungsinstitutionen basiert auf folgenden Einschränkungen: *Erstens* werden die Ausbildungsinstanzen länderübergreifend diskutiert, d.h. sie werden über ganz Deutschland hinweg betrachtet. Damit wurde ein „Lost in space!“ vermieden und ein besserer Überblick erreicht. Es muss an dieser Stelle nicht ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den einzelnen Bundesländern z.T. auffällig große Unterschiede zu verzeichnen sind. *Zweitens* konnten nicht alle wichtigen Bildungsinstanzen berücksichtigt werden. Aufgegriffen wurden drei Lehr- und Ausbildungskomplexe, die chronologisch hinsichtlich dreier Lern-/Altersetappen angeordnet und „geclustert“ wurden, und die für die Menschen in den jeweiligen Entwicklungs- und Lernphasen von großer Bedeutung sind. Zunächst wird die Bildung bzw. Betreuung von Kleinkindern bis sechs Jahre in Tageseinrichtungsstätten thematisiert (u.a. Kindergärten). Dann folgen die Bildungsinstanzen für die Altersspanne sechs bis neunzehn (Grundschulen, weiterführende Schulen). Abschließend werden Hochschuleinrichtungen in den Blick genommen.

In diesem Zusammenhang muss ausdrücklich betont werden, dass auf weitere, überaus bedeutsame „Bildungsinstanzen“ nicht näher eingegangen werden kann. Dazu gehören (ohne Anspruch auf Vollständig-

[9] Die Zuständigkeit des Bundesbildungsministers beschränkt sich auf eine Rahmenkompetenz bei der Hochschulgesetzgebung, auf eine Beteiligung am Hochschulaufbau, auf die Studentenförderung durch BaföG und auf die Lehrlingsausbildung in den Betrieben.

keit) die wichtigen Sektoren Lehre, firmeninterne Ausbildung, Weiter- und Fortbildungen, die Förderung von Hochbegabten sowie Volkshochschulen. Ohne Einschränkung kann davon ausgegangen werden, dass man auch diese Einrichtungen zur Vermittlung von Wissen und Können generationengerecht reflektieren sollte.

Tageseinrichtungsstätten: vorgestern – heute – übermorgen

FÖRDERSTÄTTEN-KINDER-VERHÄLTNISSE

Bevor Kinder heute in Deutschland in der Regel mit sechs Jahren eingeschult werden, haben ihre Eltern – auf einer freiwilligen Basis – die Möglichkeit, sie Tageseinrichtungsstätten wie Krippen/Krabbelstuben (Kinder unter drei Jahren), Kindergärten (von drei Jahren bis zum Schuleintritt) und Horte (während des Besuchs der Grundschule) besuchen zu lassen. Wie sieht es mit ihrer Verfügbarkeit aus? Nur für jedes zehnte Kind gibt es einen Krippenplatz, das Verhältnis Kindergartenplatz–Kinder liegt nahezu bei Eins zu Eins und pro 100 Kinder existieren ca. 20 Hortplätze (vgl. BMBF 2001c, 69, 146, 486). Während somit die Lage für die Krippen und Horte als besorgniserregend einzustufen ist, verdeutlicht eine differenzierte Betrachtung der Kindergärten, dass auch nur 30 Prozent der Kinder die Möglichkeit haben, einen Ganztagesplatz mit Mittagessen zu erhalten. Dabei wünschen sich heutzutage bereits zwei Drittel aller Mütter flexiblere Arbeits-/Öffnungszeiten.[10] Obwohl die Anzahl der Kleinkinder in den nächsten Jahren um 19 Prozent sinken wird,[11] ist eine umfassende, qualitativ hochwertige und möglicherweise auch verpflichtende Versorgung der Heranwachsenden mit ausreichenden Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen noch zu leisten. Alle Kinder sollten deshalb nicht nur die Chance auf einen Platz haben, sondern er müsste ihnen sogar garantiert werden.

INTERNATIONALER VERGLEICH/WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die einzige Studie im Bereich Tageseinrichtungsstätten kommt auf der Grundlage von 442 Kindergartenkindern aus dem Jahr 1993/1994 zu dem Schluss, dass nur 29 Prozent eine gute Qualität besitzen (vgl. Tietze 1998). 69 Prozent Versorgungseinrichtungen weisen ein mittle-

[10] vgl. SOEP 1996, http://www.pisa.oecd.org/knowledge/home/intro.htm

[11] vgl. Worldbank 10.01.2002, http://www.worldbank.org/data/wdi2001/index.htm

res und zwei Prozent ein unzureichendes Niveau auf. Nur zu 30 Prozent führen die Erzieher[12] sinnvolle Gespräche mit den Kindern in ihren Gruppen. Das gemeinsame Spielen sowie die Schulung künstlerischer oder musikalischer Kompetenzen machen nicht einmal sieben Prozent des Kindergartenprogramms eines Tages aus! Die überwiegend nur als befriedigend bzw. ausreichend einzustufende Kindergartenausbildung hat um das Jahr 2000 u.a. den Effekt, dass ihr Einfluss auf die Kindesentwicklung sinkt und andere Faktoren dominanter werden (z.B. Familienhintergrund, vgl. Tietze 1998). Kein Wunder! In Deutschland gibt es im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern keine einheitlichen inhaltlichen (verbindliches Bildungskonzept für die frühe Kindheit) sowie formellen (Voraussetzung eines Hochschulabschlusses für die Betreuer) Ausbildungsstandards. Von den 373.233 Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen sind 23 Prozent ohne abgeschlossene Ausbildung bzw. haben andere Berufe erlernt. Nur zwei Prozent besitzen einen Fachhochschul- bzw. Universitätsabschluss.

FORSCHUNG/WISSENSCHAFT

Ausgehend von aktuellen Ergebnissen aus der Entwicklungspsychologie gilt es als unstrittig, dass die ersten Lebensjahre eine herausragende Bedeutung für den Erwerb und Aufbau kognitiver, affektiver und sensomotorischer Fähigkeiten haben (vgl. Oerter / Montada 1995). Nie mehr im Leben lernt man so leicht und behält sein Wissen und Können derart dauerhaft (vgl. Gardner 1993). Ausgehend von diesen gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen wäre der beschriebene Ist-Zustand hinsichtlich von Förderinhalten generationengerecht weiterzuentwickeln.

Eine von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene *Studie Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung* schlägt ein Reformpaket vor, das im Kern die Einführung einer Kinderkasse (Vorsorgefinanzierung), die kontinuierliche Durchführung von Qualitätskontrollen sowie die Vergabe von Betreuungsgutscheinen beinhaltet (vgl. Kreyenfeld / Spieß / Wagner 2001). Diese Kita Cards erhalten die Eltern direkt und geben sie an die von ihnen ausgewählten

[12] Wenn im Folgenden von Schülern, Betreuern, Lehrern oder Politikern die Rede ist, dann sind grundsätzlich Frauen und Männer gemeint. Aus stilistischen Gründen wird jedoch nur eine, die maskuline Form verwendet.

Kindergärten weiter. Somit entsteht Konkurrenz unter den Einrichtungen. Die Qualität der Betreuung steigt und die Angebote orientieren sich flexibler an den Wünschen der Konsumenten (z.B. Ganztagseinrichtungen, Mittagessen, Musikunterricht, Computerkurse). Durch Aufklärung und Initiativen muss versucht werden, die Vorteile einer frühen und zusätzlichen Bildungsstätte den Eltern nahe zu bringen. Die Kosten für den Tagesstättenplatz müssen von allen Bevölkerungsschichten aufzubringen sein. Wenn nicht, muss der Staat Finanzierungspläne bereitstellen bzw. die Kosten übernehmen.

Schulen: vorgestern – heute – übermorgen

LEHRER-SCHÜLER-VERHÄLTNISSE

Der für die angemessene Vermittlung des Lehrstoffs aussagekräftige Indikator Schüler-Lehrer-Relation hat sich in den verschiedenen Schularten seit 20 Jahren kaum verändert. Besonders ungünstig sind die Betreuungsrelationen in der Grundschule (21.6) und in den beruflichen Schulen (24.3, vgl. BMBF 2001d, 41). Zudem hat Deutschland mit die ältesten Lehrer auf der Welt. Im Mittel ist z.B. der deutsche Gymnasiallehrer fast 50 Jahre alt. In anderen europäischen Ländern wie der Schweiz, den Niederlanden oder Belgien haben mehr als 50 Prozent ihren 40. Geburtstag noch vor sich.[13] In Zukunft muss bedacht werden, dass bis zum Jahr 2015 ungefähr 40 Prozent der jetzigen Pädagogen aus dem Dienst ausscheiden werden. Zur Zeit gibt es nicht genügend Lehramtsstudenten, um den Jahresbedarf von mindestens 25.000 neuen Lehrern zu decken. Erschwerend wirkt sich aus, dass das Prestige der Lehrenden von 1996 bis 1999 kontinuierlich abnimmt. Der Anteil der Bürger, die Grundschullehrern bzw. Studienräten eine besondere Hochachtung zukommen lassen, fällt auf 20 Prozent bzw. 15 Prozent (vgl. Reitmajer 2001)!

INTERNATIONALER VERGLEICH/WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Nahezu alle Kinder (97 Prozent) erwerben nach dem Kindergarten in der Grundschule weitere elementare Grundkenntnisse und -fertigkeiten. Schulkindergärten/Vorklassen, Integrierte Gesamtschulen sowie Freie Waldorfschulen sind eher die Ausnahme. Der für den jetzt ungefähr

[13] vgl. OECD 1996, http://www.pisa.oecd.org/knowledge/home/intro.htm

zehnjährigen Schüler folgende Übergang ist bereits entscheidend für seinen späteren Beruf. Obwohl zunächst zwei Orientierungsjahre zu absolvieren sind, in denen ein Schulartwechsel verhältnismäßig einfach möglich wäre, wird dieser kaum in Anspruch genommen. An den weiterführenden Schulen sieht die Verteilung über alle Klassenstufen wie folgt aus.

20 Prozent sind auf der Hauptschule, 23 Prozent auf der Realschule, 40 Prozent im Gymnasium und 17 Prozent besuchen Integrierte Gesamtschulen. Nicht nur die PISA-Studie zeigt, dass eine Ausdifferenzierung in verschiedene Schularten erst später im Bildungsprozess vorgenommen werden sollte. Zu vergleichbaren Ergebnissen gelang bereits die TIMSS-Studie (Third International Mathematics and Science Study),[14] deren Aussagekraft (u.a. Validität und kulturelle Fairness der Tests) jedoch keine einhellige Zustimmung in Deutschland fand und z.T. kontrovers diskutiert wurde (contra Hagemeister 1999). Einigkeit besteht darin, dass für ein hohes Bildungsniveau zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Menschen nicht nur einige wenige Talente[15] sondern insbesondere auch die Förderung eines breiten Fundamentes notwendig sind. Neunjährige Basisschulen bzw. Gesamtschulen, wie in Schweden und Finnland, könnten Abhilfe schaffen. In Schweden erreichen mit diesem System 70,6 Prozent der Schüler die Hochschulreife, statt 28 Prozent in Deutschland, und dennoch erzielen mehr Lernende bessere Spitzenleistungen. Die TIMSS-Studie zeigt also, dass die frühzeitige Ausdifferenzierung in einzelne Schulformen die Leistungen der Schüler nicht erhöht.[16] Somit müsste auch nicht



„Die Schule konnte dich nur vorbereiten; den Schritt ins Leben musst du nun selber tun!"
Aus: Der Spiegel, 16/1980

[14] vgl. Baumert 2000; 09.01.2002, http://www.mpib-berlin.mpg.de/TIMSSII-Germany/index.htm; IEA 09.01.2002, http://www.timss.mpg.de/

[15] Einigkeit besteht darin, dass ihre Förderung äußerst sinnvoll ist, vgl. Hany / Nickel, 1992; Heller 1992; Holling / Kanning 1999; Rost 1993

[16] vgl. IEA 09.01.2002, http://www.mpib-berlin.mpg.de/TIMSSII-Germany/index.htm; IEA 09.01.2002, http://www.timss.mpg.de/

mehr das Abitur der Zugang zur Hochschule sein. Viele Universitäten in Deutschland nutzen bereits eigene Selbstauswahlverfahren. Besonderes Augenmerk muss auch der Integration ausländischer Schüler in unserem Schulsystem geschenkt werden, weil sich u.a. deren Anteil von 1991 bis 2000 um 13 Prozent auf 1.155.318 erhöht hat. Bereits heute besuchen mehr als zwei Drittel nur die Hauptschule, ca. 20 Prozent verlassen sie sogar ohne Abschluss.

FORSCHUNG/WISSENSCHAFT

Inhaltlich gesehen basieren die Strukturen der Bildungspläne auf einem schulischen bzw. akademischen Fächerkanon, wie er sich in der Neuzeit herauskristallisiert hat. Darin werden weitestgehend starre Handlungsroutinen sowie einfache und komplexe spezifische Fertigkeiten gelehrt. Auf Grund schnellerer Umstellungsprozesse in der Arbeitswelt erscheint es ratsam, dass der schulische Fächerkanon, in dem oft „schmalspurakademisches Hobbywissen" vermittelt wird, einem schüler- und gesellschaftsbezogenen Fächerkanon weicht (vgl. Memmert 1994, 1102). Darin geht es um den Erwerb von Lebenswissen zu den Brennpunkten: Körper, Ernährung, Recht, Information, Logik, EDV, Superorganismen, Allergien/Autoimmunerkrankungen, Gene und Umwelt (vgl. BMBF 2001a). Die Systematisierung dieser „Lehrgebiete" könnte erfolgen im Rahmen von Fächern wie Menschen-, Weltlehre, Umwelt-, Technik- und Institutionenkunde (vgl. Memmert 1994, 1102). Dazu käme die Entwicklung von Lern-, Medien- und Schlüsselkompetenzen,[17] Team- und Kommunikationsfähigkeit, Basis- (analytisches Denken), Horizontal- (Zugriffswissen für eine effiziente Nutzung der Informationsspeicher) und Feldqualifikationen (Anwendungswissen), die in den Bildungsplänen dann keine leeren Worthülsen bleiben würden. Weitergehende Überlegungen zielen darauf ab, dass jedes Kind an einem Tag pro Woche außerhalb der Schule arbeitet, um Verantwortungsbewusstsein durch Integration in die

[17] Die Bundesregierung möchte mit dem Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts" mit einer Mittelzuweisung von ca. 200 Millionen Euro bis zum Jahr 2004 eine breite und dauerhafte Integration der Neuen Medien als Lehr-, Lern-, Arbeits- und Kommunikationsmittel in Aus- und Weiterbildung sowie die qualifizierte Verbesserung der Bildungsangebote durch Medienunterstützung ermöglichen.

Berufswelt und antizipatives Lernen zu fördern (vgl. Peccei 1979, 150 f.).

Um Freude am Forschen und – wie es z.B. an Schulen in Amerika anzutreffen ist – Kooperation und Wettbewerb der Schüler untereinander zu fördern, muss die Anzahl, die Häufigkeit der Ausschreibung und die Qualitätssicherung der Schüler- und Jugendwettbewerbe (z.B. Bundeswettbewerb Fremdsprachen, Informatik, Umwelt bzw. internationale Chemie-, Biologie-Olympiaden bzw. „Schüler schreiben", „Schüler machen Theater") in Deutschland gezielt verbessert werden. Dabei sollte „zukunftsantizipativ" die Quantität sinnvoll erhöht werden und – was ohne Frage wichtiger ist – versucht werden, eine viel größere Zahl von Schülern in die regionalen und bundesweiten Ausschreibungen mit einzubeziehen (schulinterne Klassenverbands-Wettkämpfe, nationale Trostrunden, etc.). Derzeit nehmen weniger als ein Prozent der Schüler in Deutschland an solchen Wettbewerben teil!

Hochschulen: vorgestern – heute – übermorgen

AUSBILDUNGSSTÄTTEN/DOZENTEN-STUDENTEN-VERHÄLTNISSE

An den insgesamt 348 Hochschulen in Deutschland erwerben derzeit ca. 1,8 Millionen (Prognose für 2015: 1,5 Millionen, vgl. BMBF 2001g). Studierende eine akademische Ausbildung. Die Anzahl der Studienberechtigten in der Größenordnung von 330.000 sowie die Zahl der Studienanfänger mit 310.000 bleibt bis ins Jahr 2015 relativ konstant bzw. wird sogar leicht rückläufig sein (vgl. BMBF 2001g). Dabei stehen an den Hochschulen im Schnitt 38 Studierenden ein Professor und 14 eine Vollzeit-Lehrkraft zu Verfügung (vgl. BMBF 2001e); wobei dabei größere Differenzen zwischen einzelnen Disziplinen zu beachten sind. Ungünstige Studenten-Dozenten bzw. Studenten-Studienplätze-Verhältnisse können verschiedene Folgen nach sich ziehen. Jeder fünfte Student wechselt mindestens einmal seinen Studiengang. Studienunterbrechungen (15 Prozent der Studierenden) aufgrund von Zweifel am Sinn des Studiums (28 Prozent), einer Erwerbstätigkeit (27 Prozent) sowie finanziellen Problemen (26 Prozent, vgl. BMBF 2001b) wirken in der Regel studienzeitverlängernd und führen nicht selten zu einem endgültigen Abbruch (vgl. Lewin 1995). Knapp ein Viertel der Abgänger bleiben ohne Abschluss (Erfolgsquote fiel dabei von 1975 bis 1997 um ca. 15 Prozent, vgl. Quinke 1999) und es

gibt insgesamt in den letzten Jahren relativ konstant knapp unter 200.000 arbeitslose Hochschulabsolventen. Von 1991 bis 1999 ist die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland um ungefähr 75 Prozent gestiegen. Dies könnte nicht nur mit einer zunehmenden Internationalisierung zusammenhängen.

Das neue Jahrhundert wird von vielen Experten als das Jahrhundert der Biowissenschaften charakterisiert. Diese Schlüsseltechnologie verbindet inter- und transdisziplinär Medizin/Plasmaforschung, Physik, Chemie, Informatik, Landwirtschaft, Materialwissenschaften, Ernährung und Umweltschutz miteinander. Weder in der Schule, noch in der universitären und nicht-universitären Ausbildung wurde diesem Sachverhalt bisher angemessen Rechnung getragen. In Deutschland gibt es bis jetzt 28 Standorte, die sich mit dem Bereich Biotechnologie als Schwerpunkt auseinandersetzen. Das BMBF bietet Fördermittel zur Finanzierung solcher Projekte an (z.B. BioChance, BioProfile, Tissue Engenieering). Wie sieht es mit ähnlichen Zukunftsfeldern aus, wie der Humangenomforschung, Plasmatechnik, Molekularmedizin, Bioinformatik oder Gesellschaftswissenschaft?

INTERNATIONALER VERGLEICH/WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Als Wettbewerbsindikator für eine dringend erforderliche Optimierung des deutschen Hochschulsystems im Sinne einer größeren Generationengerechtigkeit kann die Altersstruktur der Studierenden angeführt werden. Im internationalen Vergleich gilt das Durchschnittsalter der Studierenden mit 26,5 Jahren bzw. der Studienanfänger mit 21,9 Jahren und die mittlere Studiendauer mit zwölf Hochschulsemester (Durchschnittsabschlussalter: 28,3 Jahre) als relativ hoch und ist somit als kaum noch wettbewerbsfähig anzusehen. Neustrukturierte Lehramts- (vgl. Sander 1999; Terhart 2000), Bachelor, Master-Studiengänge für Studierende oder Graduate Schools für Promovierende, die in den letzten Jahren eingeführt wurden oder werden und in vielen anderen Nationen bereits seit langer Zeit eingeführt sind, sollen in Zukunft helfen, die verschiedenen Ausbildungsetappen zu straffen, größere Betreuungspflichten für Professoren und ein Mehr an Praxisnähe zu gewährleisten. Dazu könnte möglicherweise auch die 2001 verabschiedete neue Hochschulreform (u.a. Juniorprofessuren, leistungsabhängige Besoldung von Professoren) beitragen. Auch an dieser Stelle wird deut-

lich, dass Deutschland der Zeit hinterherläuft und somit frühere Entscheidungsträger wenig generationengerecht agiert haben.

Obwohl Studien vorliegen, die u.a. die Tätigkeitsstrukturen von Fachkräften für das 2010 prognostizieren (vgl. Prognos AG 1989), scheint der notwendige Wandel relativ schleichend vonstatten zu gehen. Bereits der Mangel in einigen Berufsfeldern (u.a. Molekularbiologie, Bioinformatik) verdeutlicht die Problematik. Das Green-Card-Modell für Computerexperten im Jahr 2001 zeigt deutlich, dass es in Deutschland verpasst wurde, frühzeitig eine adäquate informationstechnische Grundlage in den Schulen zu legen sowie später EDV-Spezialisten in entsprechenden Studiengängen auszubilden. Hier wurde nicht „zukunftsantizipativ" gehandelt. Wie sieht es mit weiteren Berufsfeldern des dritten Jahrtausends aus? Bio-/Gentechnologie, Medien/ Neurotechniken, Virtual Reality, Informations- und Kommunikationstechnologie oder Biomaterialien, um nur einige zu nennen. Anzuraten sind flexible und damit schnelle Möglichkeiten zur Installation zukunftsträchtiger Forschungs- und Lerngebiete, Ausbildungsfeldern bzw. Fächern an Schulen oder Universitäten.

FORSCHUNG/WISSENSCHAFT

Die Ergebnisse der 16. Sozialerhebung, die vom Deutschen Studentenwerk und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Jahr 2000 durchgeführt wurde, zeigen, dass eine Reform des Hochschul- und Stipendiumssystems dringend erforderlich ist (vgl. BMBF 2001b). Erfreulicherweise werden zur Zeit Guthaben-Modelle diskutiert, die sozialverträgliche Studien- und Strafgebühren sowie Stipendien beinhalten, die eine größere Verteilungsgerechtigkeit, mehr Geld für Hochschulen sowie bessere Verhältnisse zwischen Universität und Studenten nach sich ziehen sollen. Weil bei 23 Prozent der Studierenden das (Netto-)Einkommen beider Eltern zusammen unter 1.500 Euro liegt (vgl. BMBF 2001d), ist es ihnen nur mit großem Aufwand möglich, ohne zusätzliche Hilfen ihr Studium zu absolvieren. 29 Prozent von ihnen sind im Schnitt auf ungefähr 300 Euro pro Monat angewiesen, das ihnen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG) zusteht. Fast drei Viertel der Unterstützten gehen davon aus, dass sie ohne BaföG nicht studieren könnten. Das monatliche Einkommen dieser elternabhängig geförderten Empfänger liegt mit durchschnittlich

621 Euro dennoch deutlich unter dem Betrag (688 Euro), der den Studierenden generell zur Verfügung steht. Durch Erwerbstätigkeit (Motiv „Bestreitung des Lebensunterhalts“: 60 Prozent) während der Vorlesungszeit beträgt die Belastung für 65 Prozent der Studierenden im Wochendurchschnitt 13,9 Stunden (vgl. BMBF 2001b). Kostbare Zeit, die sie nicht ins Studium investieren können.

Diskussionsforum

Das von der Bundesregierung vorgelegte Aktionsprogramm versucht erste Schritte zur Bekämpfung der Bildungsmisere und damit letztlich auch zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus einzuleiten.[18] Veränderungen bzw. Optimierungen hinsichtlich eines generationengerechten Bildungssystems benötigen aber eine Vielzahl von Programmen und die Mithilfe vieler Personengruppen. Dazu zählen nicht nur Politiker, sondern auch Sponsoren aus der Wirtschaft (public-private-partnership), alle Arten von Lehrenden und nicht zuletzt die Eltern. Damit verbunden wäre auch eine gesellschaftliche Bewusstseinsänderung für eine aktive Zukunftsvorsorge.

Die Ergebnisse der in Kapitel 2 vorgestellten Ist-Analyse könnten durch die sieben institutionsübergreifenden Zielbereiche *Organisation, Finanzierung, Leistungsanreize, Leistungserhaltung, Leistungskontrolle, Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung* eine Konvergenzbasis erhalten. Sie können somit sowohl in Tageseinrichtungsstätten als auch in Schulen und Hochschulen Anwendung finden. Die damit verbundenen Vorstellungen klingen noch sehr vage und auch die praktische Umsetzung dürfte alles andere als einfach sein. Somit lassen sich diese am besten mit einem Zitat von Größing kennzeichnen: „[...] ein paar Ansichten [...], ungeschützt durch den Verzicht auf Literaturbelege, ungesichert durch die eigenen Zweifel und ungenau, weil noch nicht lange genug bedacht und von allen Seiten betrachtet [...]“ (vgl. Größing 1993, 15). Trotzdem wird nicht nur erhofft, dem Motto dieses Sammelbandes gerecht zu werden („Den Mut zu Visionen mit der Mühe der Detailkompetenz verbinden“), sondern insbesondere auf politischem Wege eine Diskussion über die anstehenden Konsequenzen

[18] vgl. Die Bundesregierung 10.01.2002, http://www.bundesregierung.de/frameset/index.jsp

und notwendigen Schritte zu ermöglichen. Dazu wird ausdrücklich aufgefordert.

1. Organisation: Ist unser Bildungssystem sinnvoll organisiert? In den Ländern, die im Bereich der Schule gute Erfolge vorzuweisen haben (z.B. Finnland, Schweden), ist der Bildungssektor zentral gesteuert. Neben guten Abschlussquoten und Testergebnissen sprechen u.a. folgende, auch generationsgerechte Aspekte, gegen eine Bildungshoheit der Länder und für deutsche oder europäische Kompetenzzuschreibungen: Finanzielle Einsparungen durch eine größere Ökonomie bei der Verwaltung, Einstellungsfairness beim Personal durch einheitliche Kriterien und Verfahren sowie schnellere und größere Flexibilität bei neuen Zielen, Inhalten und Methoden durch eine zentrale Zuweisung. Im Ausgleich dazu würde eine größere Selbstorganisation der einzelnen Bildungseinrichtungen (z.B. Auswahl von Lehrenden, individuelle Gehaltszuweisungen) ihre lokale Stellung stärken und zusätzlich Raum für eine individuelle Profilierung ermöglichen.

2. Finanzierung: Bei den öffentlichen Bildungsausgaben liegt Deutschland im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld. 2001 wurden 5.5 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) *für alle Bildungsbereiche* in Deutschland aufgewendet (vgl. BMBF 2001d). Beispielsweise unterstützt der Bund die deutschen Tageseinrichtungsstätten mit ungefähr einer Milliarde Euro. Eine umfassende, bedarfsgerechte Versorgung würde öffentliche Mittel zwischen 15 und 30 Milliarden Euro pro Jahr erfordern (vgl. Kreyenfeld / Spieß / Wagner 2001). Im Bundeshaushalt sind im Jahr 2002 (Soll) für Bildungsausgaben (ohne Länderanteile) nur 0,18 Prozent des BIP vorgesehen, für Verteidigung hingegen 1,29 Prozent des BIP.[19] Für Bildungsforschung wurden im Jahr 2000 lediglich ca. 78 Millionen Euro bereitgestellt – im Gegensatz zu anderen Förderbereichen wie Weltraumforschung und -technik mit 713 Millionen Euro. Für die Förderung des Bildungswesens gingen die öffentlichen Ausgaben von 1990 0,19 Prozent des BIP auf 1998 0,15 Prozent des BIP zurück (vgl. BMBF 2001d, 41).

3. Leistungsanreize: Generell betrachtet, erscheint es unausweichlich, dass gerade Erzieher, Betreuer, Lehrer, Dozenten und Professoren verstärkt leistungsorientiert arbeiten müssen. In anderen europäischen Län-

[19] vgl. Haushaltsgesetz 16.01.02,
http://www.bundesfinanzministerium.de/Bundeshaushalt-.437.htm

dern ist es seit langem üblich, dass – wie in der freien Wirtschaft – Gehälter in einem bestimmten Rahmen frei verhandelbar sind (z.B. Schweden, Finnland). Zum Abbau des Beamtenstatus bedarf es struktureller Reformen, die dem Lehrpersonal sowohl mehr inhaltliche Freiheiten einräumen als auch verbesserte Arbeitsbedingungen geben.



4. Leistungserhaltung Für den Schutz unserer Erzieher und Dozenten sowie der damit verbundenen Sicherung ihrer Unterrichtsqualität ist der Burnout-Problematik besonderer Beachtung zu schenken (vgl. Maslach 1982). Heutzutage sind 43 Prozent der Lehrer in Deutschland Burnout gefährdet, 29 Prozent sind bereits „sozial“ ausgebrannt (vgl. Barth 1992). Eine Einbeziehung amerikanischer und deutscher Vorbeuge- und Vermeidungsstrategien in den Unterrichtsalltag ist für die Zukunft der Lehrenden dringend erforderlich (vgl. Enzmann / Kleiber 1989; Kohnen / Barth 1991; Meyer 1991; Broda / Muthny 1990; Burisch 1989). Dazu gehören natürlich auch optimierte Lehrende-Lernende-Relationen sowie Auszubildende-Ausbildungsstätten-Verhältnisse.

5. Leistungskontrolle: Zur Sicherung der Güte der Betreuung, des Unterrichts und der Lehre können regelmäßige Qualitätssicherungs-Maßnahmen (z.B. Benchmarking, Total Quality Managment) durchgeführt werden, wie sie die Wirtschaft seit langem kennt und in den letzten Jahren zunächst an Universitäten eingeführt wurden und noch werden. Dazu müssten valide, externe Kontrollen der Lehrbefähigung entwickelt und eingesetzt werden.

6. Qualitätssicherung: Fortbildungen für alle Lehrenden müssen intensiver angeboten werden, um ihnen kontinuierlich aktuelle fachliche und didaktische Inhalte und fächerübergreifende Methoden aus einzelnen Fachbereichen sowie z.B. der Unterrichtspädagogik oder Lernpsychologie zu vermitteln. Solche Veranstaltungen sollen nicht nur zwei Tage im Jahr besucht werden, sondern müssen über mehrere Wochen verpflichtend belegt werden (u.a. Prüfungen). Damit verbunden ist auch der Besuch von innovativen Pilotseminaren beispielsweise zur Kreativitätsschulung (vgl. BMBF 1999). Sie können keine Ausnahme

sein, sondern gehören zum Lehralltag. Umgekehrt müssten Aktivitäten dieser Art auch in einem größeren Maße belohnt werden, um Anreize für eine erfolgreiche Teilnahme zu schaffen.

7. Qualitätsverbesserung: Neue Berufe und somit neue Ausbildungsstätten müssen frühzeitig antizipiert werden, damit in allen Bereichen und Phasen des Ausbildungsprozesses zügig darauf reagiert werden kann. Dies kann u.a. durch die Einführung neuer Lehrinhalte in schon bestehende Strukturen, durch die Integration weiterer Lernfelder oder durch den Aufbau neuer Studiengänge erfolgen.

Dieser Beitrag zu einem generationengerechten Bildungssystem ist weder vollständig noch abschließend. Viele wichtige Forschungszweige, interessante statistische Zahlen und bedeutsame Innovationen/ Transfereffekte im Bereich Bildung konnten aus Platzgründen nicht genannt bzw. bestenfalls gestreift werden. Dennoch sollte deutlich geworden sein, dass ein generationengerechtes Bildungssystem überaus bedeutsam für die weitere Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Nicht nur die Politik, sondern wir alle müssen – wie es der ehemalige tschechische Präsident Václav Havel formulierte, „schlummerndes Potential zum Leben erwecken, ihm eine Richtung anbieten, ihm Geltung verschaffen."

Literatur

Barth, A.R. (1992): Burnout bei Lehrern. Theoretische Aspekte und Ergebnisse einer Untersuchung. Göttingen.

Baumert, J. u.a. (2001) (Hg.): Pisa 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen.

Baumert, J. u.a. (2000) (Hg.): TIMSS/III. Opladen.

Berzbach, F. (2001): Down to earth. Die deutsche Bildungsidee und Ersatzstrategien für die Wissensgesellschaft. In: Hessische Blätter für Volksbildung, 51, 2, S.119–127.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2001a): Brennpunkt Körper. Eigenes und Fremdes. Bonn.

BMBF (2001b): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000. Bonn.

BMBF (2001c): Grund- und Strukturdaten 2000/2001, Bonn.

BMBF (2001d): Gutachten zur Bildung in Deutschland. Bonn.

BMBF (2001e): Zahlenbarometer 2000/2001. Ein bildungs- und forschungsstatistischer Überblick. Bonn.

BMBF (2001f): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Zusammenfassender Endbericht 2000. Bonn.

BMBF (2001g): KMK-Dokumentation Nr. 154. Prognose der Studienanfänger. Studierende und Hochschulabsolventen bis 2015. S. 158.

BMBF Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) / Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (2001): Telearbeit. Leitfaden für flexibles Arbeiten in der Praxis. Bonn.

BMBF (2000): Bundesbericht Forschung 2000. Bonn.

BMBF (1999): Schule – Wirtschaft – Arbeitsleben. Zweites Pilotseminar zur Lehrerfortbildung. Thema „Kreativitätsschulung – Entwicklung innovativer Fähigkeiten“. Bonn.

Broda, M. / Muthny, F.A. (1990): Umgang mit chronisch Kranken. Ein Lehr- und Handbuch der psychosozialen Fortbildung. Stuttgart.

Burisch, M. (1989): Das Burnoutsyndrom. Theorie der inneren Erschöpfung. Berlin.

Enzmann, D. / Kleiber, D. (1989): Helfer-Leiden. Streß und Burnout in psychosozialen Berufen. Heidelberg.

Gardner, H. (1993): Der ungeschulte Kopf. Stuttgart.

Größing, S. (1993): Einfache und unzeitgemäße Gedanken über Theorie und Praxis in der Sportlehrerausbildung. In: G. Köppe, (Hg.): Theoriegeleitete Praxis in der Sportlehrerausbildung. Sankt Augustin. S. 10–16.

Hagedorn, G. (1997): Gestern war morgen – Räsonnement über die Zukunft der Sportspielforschung. In: E. J. Hossner / K. Roth (Hg.): Sport – Spiel – Forschung. Hamburg. S. 27–44.

Hagemeister, V. (1999): Was wurde bei TIMSS erhoben? Rückfragen an eine standardisierte Form der Leistungsmessung. In: Die Deutsche Schule, 91, 2. S. 160–177.

Hany. E.A. / Nickel, H. (1992): Begabung und Hochbegabung: theoretische Konzepte – empirische Befunde – praktische Konsequenzen. Bern / Göttingen / Toronto.

Heller, K.A. (1992): Hochbegabung im Kindes- und Jugendalter. Göttingen.

Holling, H. / Kanning, U. (1999): Hochbegabung: Forschungsergebnisse und Förderkonzepte. Göttingen.

Jürgens, E. (2001): Lernen in der Datengesellschaft. Lebenslanger Bildungsprozess oder lebenslange Anpassungsleistung. In: Schulmagazin 5 bis 10, 69, 7–8, S. 79–82.

Kleinschmidt, G. (2001): Bildung heute. In: Lehren und lernen, 27, 4. S. 13–25.

Kohnen, R. / Barth, A.R. (1991): Burnout-Entwicklungen bei Lehrern: Prävention und Intervention. 5 bis 10. In: Schulmagazin, 4, S. 55–60.

Kreyenfeld, M. / Spieß, C. K. / Wagner, G.G. (2001): Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Berlin.

Lewin, K. (1995): Studienabbrecher 1994: Zukunftsperspektiven. HIS-Kurzinformation A 15/95. Hannover.

Maslach, C. (1982): Burnout – The Cost of Caring. Englewood Cliffs, N.Y.

Memmert, W. (1994): Der schulische Fächerkanon – eine heilige Kuh? In: N. Seibert, / H.J. Serve, (Hg.): Bildung und Erziehung an der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Multidisziplinäre Aspekte, Analysen Positionen, Perspektiven. München. S. 1102–123.

Meyer, E. (1991) (Hg.): Burnout und Streß. Praxismodelle zur Bewältigung. Hohengehren.

Oerter, R. / Montada, L. (1995): Entwicklungspsychologie. Weinheim.

Peccei, A. (1979) (Hg.): Club of Rome. Bericht für die achtziger Jahre. Zukunftschance Lernen. Wien.

Peukert, H. (2000): Reflexion über die Zukunft von Bildung. In: Zeitschrift für Pädagogik 46, 4, S. 507–524.

Prognos AG (Hober, P.; Weidig, I.; Wolff, H.) (1989): Arbeitslandschaft bis 2010. BeitrAB 131. Nürnberg.

Quinke, H. (1999): Status-quo-Projektionen der Erwerbspersonen nach Qualifikationen. Gutachten im Auftrag des BMBF.

Reitmajer, V. (2001): Berufsbild und -prestige der Lehrerinnen und Lehrer in Bayern. München.

Rost, D. H. (1993): Lebensumweltanalyse hochbegabter Kinder. Göttingen.

Sander, W. (1999): Der Lehrerberuf muss sich öffnen. Ein Modell zur Reform der Lehrerausbildung. In: Lehrerausbildung 9, S. 473–476.

Tietze, W. (1998) (Hg.): Wie gut sind unsere Kindergärten? Neuwied.

Terhart, Ewald (2000): Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Weinheim.

Wiese, J. (2000): Universalwissen oder Allgemeinbildung? Wer muss was wissen?“. In: Schul-Management 31, 1, S.7–8.

Wiese, J. (1999): Neue Probleme fordern neue Lösungen. Bildung für das „neue jahrtausend“. In: Schul-Management 30, 6, S. 6–9.

Zehetmair, H. (1994): Kann Bildung noch Orientierung leisten? In: N. Seibert / H.J. Serve (Hg.): Bildung und Erziehung an der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Multidisziplinäre Aspekte, Analysen Positionen, Perspektiven. München. S. 437–465.

ZUR PERSON

Daniel Memmert
geb. 1971 in Nürnberg. Lehramtsstudium Mathematik und Sport in Konstanz und Heidelberg. 1997 Erstes Staatsexamen. Anschließend Studienreferendar und Abschluss 1999 mit dem Zweiten Staatsexamen Pädagogik, Mathematik, Sport und Ethik. Seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich „Bewegung und Training“ am Institut für Sport und Sportwissenschaft der Universität Heidelberg. Forschungsschwerpunkte: Bewegungs- und Trainingwissenschaft, Kognition und Motorik, Sportspielforschung, Sportlehrerausbildung, Neue Medien. Zusätzlich seit 1998 Leiter der Ballschule Heidelberg, seit 2001 zweiter Vorsitzender des Vereins zur Förderung des sportwissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland und seit 2002 zweiter Vorsitzender des Fördervereins der Ballschule Heidelberg. Ausgewählte Veröffentlichungen: Individualtaktische Leistungsdiagnostik im Sportspiel, in: Spektrum der Sportwissenschaft, 15, 2, 2003 (zusammen mit K. Roth). Ballschule Rückschlagspiele, Schorndorf 2002 (zusammen mit K. Roth und Ch. Kröger). Ballschule Heidelberg: Marketing-Konzeption in G. Schäfer & K. Roth (Hrsg.): Fenster in die Zukunft des Sports 2. Vereinssponsoring – Dienstleistungsmarketing – Sportevents, Hamburg 2002. Zur Berufsrelevanz der Sportlehrerausbildung – Eine Befragung der Studienreferendare in Baden-Württemberg in: Sportunterricht, 50, 9, 2001 (zusammen mit K. Roth). Type of Increasing in Electic Muscular Activity with Motor Performance in Sports in: P. Blaser, Sport Kinetics ’97, Vol. 2: Posters, Hamburg 1999 (zusammen mit R. Wollny).

Martin Woestmeyer

GENERATIONENGERECHTE KULTURPOLITIK
KANN MAN KULTURELLES ERBE AUSSCHLAGEN?

Testamente und Erbschaften sind die Trennlinie zwischen den Generationen. Mit dem Ableben eines Vertreters einer Generation wird häufig in Form eines Erbes etwas an folgende Generationen übergeben. Der Großvater vermacht sein Erbe seinem Sohn oder seinem Enkel, die Großmutter bedenkt ihre Tochter oder ihre Enkelin. Den nachrückenden Generationen wird mit dem Erbe etwas auf den Weg gegeben. Sie stehen in einer neuen Verantwortungsstufe gegenüber den Folgegenerationen wenn Eltern ihre Eltern verlieren.

Dabei wird den Erben etwas vermacht, was sie zuvor nur begrenzt selbst in der Hand hatten. Vielleicht ist es der Füllfederhalter, den man früher nicht einmal benutzen durfte. Vielleicht sind es finanzielle Schätze, aus denen der Verstorbene zuvor noch den Lebensunterhalt bestritten hatte. Nun bleibt der Füllfederhalter ein Erinnerungsstück, welches nicht mehr zum Schreiben benutzt wird. Das Geld jedoch wird nun natürlich für ganz andere Dinge gebraucht und überhaupt hätte man selber schon vor dem Ableben des geliebten Angehörigen mit ganz anderen Anlagestrategien gearbeitet.

Mit dem Nachrücken einer Generation, mit der neuen Stellung innerhalb von Familien oder anderer Verantwortungsgemeinschaften, wird auch ihre Beziehung zu Werten ihrer Eltern- oder Großelterngeneration verändert. Generationenwechsel bedeutet Umwidmung. Umwidmung des Füllfederhalters, Umwidmung des Vermögens, Umwidmung des sozialen Umgangs.

Die Debatte um Generationengerechtigkeit wird vor allem vor dem Hintergrund geführt, welche Lasten eine Generation den folgenden Generationen überlässt – also vererbt – mit dem Unterschied, dass man als Privatperson ein Erbe ausschlagen kann, als Generation jedoch nicht.

Jörg Tremmel unterscheidet dabei in der Einleitung seines Buches *Der Generationsbetrug* sehr wohl zwischen Lasten und Errungenschaf-

ten die eine Generation einer anderen überlässt. Tremmel schreibt von den teuren Spielsachen, von MTV und Stereoanlagen, mit denen seine Generation aufwachsen durfte. Dem gegenüber steht aber bei ihm auch eine Welt *ohne* Treibhauseffekt, Waldsterben und Smog, in der vorherige Generationen leben durften. „In welcher Zeit war die Kindheit wohl glücklicher" fragt Tremmel. „Keine Generation vor der heute in den Industriestaaten lebenden hat einen derart hohen Lebensstandard genossen – aber auch keine nach ihr wird sich diesen Wohlstand und Luxus leisten können. Die heute herrschende Generation wird die letzte sein, die so unbekümmert und verschwenderisch mit allen Ressourcen dieser Erde umgehen kann. Die Vorteile, die sich die Gesellschaft in der Gegenwart verschafft, werden in der Zukunft durch Nachteile aufgewogen werden müssen." (Tremmel 1996, 20).

Das Erbe ausgebeuteter Ressourcen, verminderten Naturvermögens, aber auch das Erbe der öffentlichen Überschuldung und überanstrengter Sozialsysteme möchte die junge Generation nicht. Das Erbe des Wohlstandes, der sozialen Sicherung möchte Tremmel auch nicht, zumindest nicht zum Preis all der anderen Erbschaften.

Die Zulassung der Kultur

Unser Sprachgebrauch kennt auch den Begriff „kulturelles Erbe". Ist Kultur überhaupt ein zulässiges Politikfeld in der Auseinandersetzung um Generationengerechtigkeit? Inwieweit ist Kultur an Generationen gebunden? Wie wird Kultur zwischen Generationen vermittelt und wie kann Kultur zwischen Generationen vermitteln?

Viele Beiträge dieses Bandes befassen sich mit Fragen der Generationengerechtigkeit und Politikfeldern, in denen der Staat eine hohe steuernde Eingriffsmöglichkeit hat. In der Umweltpolitik, in der Finanzpolitik, in der Bildungspolitik, überall ist ein bewegender Eingriff durch die Politik möglich. Ob diese Steuerung gewünscht ist und ob sie ein taugliches Mittel zur Verwirklichung einer generationengerechten Nachhaltigkeit ist, mögen andere Autoren dieses Buches beantworten. Wenn man Kulturpolitik klar von der Bildungspolitik trennt, bleiben innerhalb einer demokratischen Verfassung nur wenige steuernde Momente einer staatlichen Kulturpolitik.

Dennoch plädiere ich dafür die Kulturpolitik in der Debatte um Generationengerechtigkeit zuzulassen! Sie kann die Schnittstelle zwischen

dem Verständnis von Generationengerechtigkeit und der Ableitung konkreten politischen Handelns sein. Schon die Form der Debatte in diesem Buch beweist eine kulturelle Fertigkeit im Umgang mit einem Thema von grundsätzlicher Bedeutung. Auch wenn hitzige Momente dieser Debatte das Wort „Generationenkrieg" beinhalten, ist die Auseinandersetzung doch immer von der wichtigen Kulturfertigkeit der Gewaltfreiheit beherrscht. Dies allein rechtfertigt schon die Zulassung der Kultur, eben der politischen Kultur in dieser Debatte.

Das Erbe einer ausgebeuteten Natur, das Erbe wackeliger Sozialsysteme und der Überschuldung muss die jeweils nächste Generation annehmen. Generationenverträge sind die einzigen Verträge die von den Vertragspartnern nicht unterschrieben worden sind.[1] Das kulturelle Erbe jedoch stellt sich auf den ersten Blick nur als ein Angebot da, von dem sich eine jüngere Generation nehmen kann soviel sie möchte, das sie jedoch auch ausschlagen kann.

Die kulturelle Erbschaft im engeren Sinne sind Gebäude und Denkmäler, Bücher, Bilder und Noten, alles Materielle welches Ausdruck von Kulturfertigkeiten vor uns war. Vor uns können tausende Jahre gewesen sein oder auch nur das gerade gewesene Jetzt. Kulturelle Erbschaft ist aber auch der schöpferische Prozess, diese Materie geformt zu haben. Und es ist das Wissen um diese schöpferischen Prozesse und ihre Vermittlung.

Wie ist Kultur an Generationen gebunden?

Wir neigen dazu, Geschichte in Epochen wahrzunehmen. Die Etiketten dieses Zeitschemas tragen häufig die Namen von Generationen. Die Geschichtlichkeit einer Generation und ihr Kulturverhalten sind eng miteinander verknüpft. Generationen prägen Epochen und umgekehrt. Grundmuster des Kulturverhaltens werden von Generation zu Generation übertragen.

[1] Der Begriff des Generationenvertrages lässt sich trotzdem rechtfertigen, wenn und solange in der Gesellschaft im großen und ganzen eine übereinstimmende Überzeugung von der Richtigkeit besteht. Im System – und nicht in der Bezeichnung – liegt jedoch eine tiefe Beschneidung des gemeinten Versicherungsprinzips. Vgl. hierzu: Becker, Christoph: Verantwortung und Verantwortungsbewusstsein, Köln 2001, S. 33 ff.

Dabei muss man außer acht lassen, dass bestimmte Kulturfertigkeiten schon in den frühesten Lebensjahren vermittelt werden, in denen man kaum Möglichkeiten hat, sich gegen diese Vermittlung zu wehren. Der neuesten Generation wird das Lesen, Schreiben und Rechnen, sowie körperliche Ertüchtigung oder Singen, Malen und Basteln beigebracht, noch bevor dazu angeleitet wird, dies als Kulturfertigkeiten zu begreifen, die in ihrer Ausübung hinterfragbar sind. Als Kind wissen wir uns noch nicht gegen die Vermittlung dieser Kulturfertigkeiten zu wehren. Wir könnten jedoch sehr wohl als Erwachsene diese Kulturvermittlung in Frage stellen und so versuchen generationengerecht zu handeln. Nicht für sich selbst, sondern für folgende Generationen verantwortlich zu handeln ist schließlich Kern des Verständnisses von Generationengerechtigkeit. Dabei muss die eigene Urteilskraft groß genug sein, nicht aus der Sicht der eigenen Situation oder der Sicht einer vormals erlebten Situation zu handeln, sondern die Situation kommender Generationen im Zusammenhang ihrer noch schwachen eigenen Urteilskraft zu behandeln.

Sobald jedoch der kritische Umgang mit Kulturfertigkeiten möglich ist, beginnt auch die Herausbildung eigener kultureller Identitäten. Kinder- und Jugendkulturen entstehen. Diese dürfen nicht mit Moden verwechselt werden. Es macht keinen Unterschied, ob Kinder mit Lego oder Fischer-Technik spielen oder ob Jugendliche „Bravo“ oder „Popcorn“ lesen. Ob Kinder mit Holz, mit Plastik oder virtuell spielen, ist hingegen schon ein besonderes Moment der Sozialisation. Gleiches gilt für Jugendliche, die mit Swing, mit Pop oder mit Techno aufgewachsen sind.

Generationen entwickeln eine eigene kulturelle Identität. Oft ist die kulturelle Sozialisation der Jugend bestimmend für die gesamte Generationenidentität. Namen von Generationen haben sich über Jahrzehnte erhalten, auch wenn sich die Identität einer Generation in den Jugendjahren kristallisiert hat: Swing-Kids, Popkultur und Techno-Generation sind nur einige Beispiele.

Andere Namen von Generationen bieten dagegen einem etwas erweiterten Altersspektrum Platz: Die Generation der Trümmer-Frauen, die 68er, die Generation Golf oder die Generation Berlin.

Rückblickend wird eine Generation zu einem kollektiven Akteur. Die einer Generation zugeschriebene historische Wirkung ist in der Regel

kein Grund für die sie prägende Aktion. Geschichtliches Handeln geht nie im Sichwissen auf (Gadamer 1972, 284 ff.). Das Wissen um die Wirkungsgeschichte verpackt sich zumeist erst im Nachhinein in der Zusammenfassung unter einem Generationentitel. Die kulturelle Identität einer Generation wird erst mit dem nachträglichen aufgeklebten Etikett lesbar. Besonders deutlich wird dies bei der Betrachtung der 68er-Generation. Die Generation der zwischen 1938 und 1948 Geborenen bestimmt heute noch maßgeblich alle Diskurse der Bundesrepublik Deutschland. Der Prozess der Wahrnehmung einer sozialen Bewegung, ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen und ihrer Relevanz auf heutiges Handeln beschäftigt auch die folgenden Generationen und beeinflusst ihr Selbstverständnis. Die 68er-Generation selbst jedoch muss sich die Differenz zwischen gesteckten und erreichten Zielen vergegenwärtigen. „Was sich aus ihrer Sicht als Scheitern darstellt, ist im Kontext des geschichtlichen Prozesses als Erfolg zu werten, wobei allerdings die früheren Absichten mit den späteren Wirkungen oft wenig zu tun haben. […] Die Motive der Akteure stammen aus einer ganz anderen historischen Ordnung als die Gründe für die gesellschaftliche Wirkung ihrer Aktionen. […] In der eigenen Idealbildung gehen gewissermaßen die historischen Größenverhältnisse durcheinander. […] Man braucht sich deshalb über die Selbsttäuschung der Akteure nicht zu wundern, denen schließlich ein angemessener historischer Begriff sowohl ihres Ursprungs als auch ihres Erfolgs fehlt.“ (Bude 1997, 17 f.).

Die 68er-Generation ist Träger einer sozialen Bewegung gewesen, die einen kulturellen Umbruch bewirkt hat. Die Bewertung der geschichtlichen Herkunft in der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Aufbrechen von Hierarchien, das Selbstverständnis von sozialen Gruppen und Geschlechtern und die Umstrukturierung der Bildungspolitik sind die herausragenden Merkmale dieser Generation. Die Errungenschaften kleben wie liebgewonnene Familienfotos im Fotoalbum der Bundesrepublik.

Der Blick auf die angegilbten Bilder lässt heutige Generationen zwischen Amüsement und Respekt schwanken. „Statt mit der Ente nach Südfrankreich oder mit dem Interrail-Ticket durch Europa fahren wir bereits auf der Klassenfahrt nach Florenz und anschließend mit unserer Freundin zum zweiwöchigen Strandurlaub in die Türkei, 4-Sterne-Hotel, Vollpension, 749 Euro. Länder wie die Dominikanische Repu-

blik, die wir früher mühselig im Diercke-Weltatlas suchten, wenn wir die Inseln der Karibik zählen mussten, sind für die Jüngeren inzwischen so vertraut wie Mutlangen oder Gorleben für die 68er. Aber eigentlich haben wir schon mit 23 Jahren das Leben, das unsere Eltern mit 45 führen." (Illies 2001, 168) Florian Illies beschreibt Ende der 90er-Jahre die *Generation Golf*, die zwischen 1965 und 1975 geborenen, als die Generation der Abgrenzung zu den 68ern. „Unsere gemeinsame Generationenerfahrung besteht in der Ablehnung der politischen Praxis der Generation vor uns. […] Hauptsache, wir werden nicht so wie unsere Lehrer." (Ebd. 181).

Die Generation Golf findet sich über gemeinsame Konsumerfahrung, über Playmobil, Kinder-Schokolade, die ersten CDs, über „Fit for fun" und schließlich über das gemeinsame Auto. Der VW wird in den 90er-Jahren noch mal zum generationenprägenden Volkswagen, zum sozialisierenden Kulturgut. Der Hersteller griff dies sogar in der Werbung auf. Dort sagt der neue, etwa dreißigjährige Golfbesitzer: „Ich wollte alles anders machen als mein alter Herr. Und nun fahren wir das gleiche Auto."[2] Sogar die Ablehnung der Oppositionsrolle gegenüber der Elterngeneration wird zum Kennzeichen der Jüngeren. Die Shell-Jugendstudie 2000 stellt einen erheblichen Rückgang der kritischen Distanzierung von der Erziehungspraxis der eigenen Eltern fest.[3]

Generationenerfahrung wird zur kulturellen Identität. Kulturfertigkeiten wie der Konsum der Generation Golf oder die soziale Bewegung der 68er-Generation werden zu Identifikationsmustern. Diese Muster treffen auf weniger Mitglieder einer Generation zu, als sie von ihnen zur Identifikation benutzt werden. Zudem scheinen die Muster in der Rückschau besser und generationenumfassender zu greifen als in der Ist-Bestimmung einer Generation.

Zuweilen werden Generationenidentitäten auch von Außenstehenden als Versuch einer Identitätszuweisung gebraucht. Zwei Beispiele: Die Techno-Generation war aus ihrem Selbstverständnis keine Bewegung. Das hohe Maß an Identifikationsmustern hat ihr das Etikett einer Gene-

[2] Aus einer Fernsehwerbung des Automobilherstellers Volkswagen.

[3] Vgl. Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie Band 1, Opladen 2000, S. 58 f. Die Frage „Würdest du deine Kinder so erziehen, wie deine Eltern dich erzogen haben, oder würdest du es anders machen?" erlaubt für die deutschen Jugendlichen in den alten Bundesländern einen Vergleich mit „Jugend '85".

ration verpasst. Die Generation Berlin sollte zu einem beschreibenden Begriff eines urbanen Politikverständnisses werden. Vor den kräftigen Impulsen einer zusammengewachsenen Hauptstadt verkörperte die Generation Berlin eine junge freiheitliche Politiker- und Intellektuellengarde, der sich jedoch keiner aus eigenem Antrieb für zugehörig befand, da die Partei- oder Lagergrenzen keine neuen Gruppen zuzulassen vermochten.

Wie wird Kultur zwischen Generationen vermittelt?

Der neugeborene Mensch bringt bestimmte Überlebensmuster mit auf die Welt. Eines dieser Überlebensmuster ist die Fähigkeit zu Lernen, die Fähigkeit Lebensmuster zu übernehmen.

Die Kulturwissenschaftlerin Margaret Mead unterscheidet drei Kategorien von Kulturen – die postfigurative Kultur, in der Kinder primär von ihren Vorfahren lernen, die kofigurative Kultur, in der Kinder wie Erwachsene von Ebenbürtigen lernen, und die präfigurative Kultur, in der Erwachsene auch von ihren Kindern lernen.[4]

In einer postfigurativen Kultur ist die Vergangenheit der Erwachsenen die Zukunft einer jeden neuen Generation. Die Zukunft der jüngsten Generation ist so gestaltet, dass sie als spätere Generation das erlebt haben wird, was für vorherige Generationen schon Vergangenheit gewesen ist. In postfigurativen Kulturen geht Wandel langsam und fast unmerklich vonstatten. Es ist kaum nötig, Zeugnisse der eigenen Kultur zu manifestieren.

Eine kofigurative Kultur ist eine Kultur, in der die Mitglieder der Gesellschaft ihr Verhalten nach dem Vorbild der Zeitgenossen ausrichten. Dabei wird es als natürlich betrachtet, dass die jeweils jüngere Generation andere Verhaltensmuster zeigt, als die voraufgegangene. In kofigurativen Kulturen dominieren noch die Älteren in dem Sinn, dass sie bestimmen, auf welche Art Kofiguration im Verhalten der Jungen Ausdruck findet. Diese Art der Kulturvermittlung zwischen Generationen entspricht am ehesten unserer westlichen Gesellschaftserfahrung. Ver-

[4] Vgl. Mead, Margaret: Der Konflikt der Generation. Jugend ohne Vorbild, 2. Aufl. Eschborn bei Frankfurt am Main 2000, S. 27 ff. Besondere Bedeutung gewinnen Meads Ausführungen vor dem Hintergrund, dass sie diese Abhandlung über Generationenkonflikte bereits 1969 – als Reaktion auf die Studentenunruhen – geschrieben hat.

haltensmuster werden sowohl von Alten und von Jungen sowie durch das Adaptionsverhalten untereinander geprägt. Dabei hinterlassen alle Generationen den ihnen folgenden Generationen Dokumente und Zeugnisse ihres Kulturverhaltens (Bücher, Denkmäler, etc.).

Die präfigurative Kultur ist eine Kultur, in der Erwachsene auch von ihren Kindern lernen. In einer sich beschleunigenden Welt der informationellen Erfassung von Kulturgeschehen kommt es immer häufiger zur Gleichzeitigkeit in der Wahrnehmung. Früher hatten immer einige Ältere allen Kindern die Erfahrung voraus, innerhalb eines Kultursystems bereits aufgewachsen zu sein. Heute treten alle lebenden Generationen gleichzeitig in Kulturumbrüche ein. Sie müssen beispielsweise gleichzeitig mit dem Wandel durch die Gentechnologie oder mit dem Terrorismus leben.

Einzig die Erfahrung aus Lebenszeit haben die Alten den Jüngeren voraus. Das Maß an Wandel, das die älteste Generation in ihrer Lebenszeit miterlebt hat, ist das größte in der bisherigen Geschichte. Theoretisch müsste die älteste Generation die größtmögliche Distanz zur jungen Generation haben. Ihr lebenserfahrenes Verständnis für den Wandel erwirkt zuweilen eine humanistische Sympathie für die Jüngsten, von denen sie ahnen, welcher Umfang des Wandels auf sie zukommen könnte.

Margaret Mead beobachtete den Kulturwandel durch die Gleichzeitigkeit von Wahrnehmung vor dem Hintergrund der Studentenproteste von 1968. Charakteristisch für diese Zeit war – neben dem Eintreten für den Pazifismus – der Umbruch im Hochschulbereich. „Selbst in der Wissenschaft, wo wir Entdeckungen und Innovationen erwarten, lernen Studenten noch anhand alter Modelle und Vorbilder, arbeiten mustergültige junge Wissenschaftler daran, leere Stellen in längst anerkannten Musterbeispielen auszufüllen. Heute, da sich das Tempo der wissenschaftlichen Entdeckungen immer mehr beschleunigt, werden die Alten von der Entwicklung rasch überholt und durch nahezu Ebenbürtige ersetzt – das aber nach wie vor im autoritären Rahmen.“[5]

Die 68er-Bewegung hat dazu geführt, dass sich dieser autoritäre Rahmen gelockert hat und die Dialogfähigkeit der Generationen in der

[5] Ebd., S. 114.

Wissensgesellschaft verbessert hat. Ältere können Jüngeren moralische Imperative nicht mehr mit der nötigen Sicherheit präsentieren.

Setzt man die Betrachtung der Wissensvermittlung jedoch bis in die heutige Zeit fort, erkennt man, dass sich die neuen Herausforderungen nicht mit einer Diskussion über Autorität lösen lassen. Der Umgang mit Kommunikations- und Informationstechnologien ist zu einem unerlässlichen Kulturgut geworden. Ältere Generationen tun sich erkennbar schwerer im Umgang mit diesen Technologien. Sie sind aber eigentlich diejenigen, die den jüngeren den Umgang als Eltern oder als Lehrer vermitteln sollen.

Die ältere Generation wird zur gleichen Zeit und in der selben Intensität von der sich wandelnden Welt erfasst. Alle Generationen müssen Kulturfertigkeiten entwickeln diesen Wandel zu bewältigen. Die Dynamik des Wandels, die Zukunft des Wandels hat jedoch für alle Generationen eine unterschiedliche Relevanz. Ältere Generationen neigen zu einem kofigurativen Kulturverhalten. Sie beobachten ihre eigene und die jüngeren Generationen im Umgang mit dem Wandel. Ziel ist dabei selbst „zurechtzukommen“. Insofern enthält das Handeln der älteren Generation keine Zukunftsperspektive für künftige Generationen. Das Kulturverhalten dieser Generation ist nicht nachhaltig. Aufgrund der noch zu bestehenden Lebenszeit ist die Zukunftsperspektive für die jüngsten Generationen besonders relevant. Vielleicht gelingt es ihr, ihr Handeln an den Perspektiven und Bedürfnissen kommender, also noch nicht geborener Generationen auszurichten. Aus der Beurteilung des Kulturverhaltens bisheriger Generationen, ob kulturell post- oder kofigurativ angelegt, ergibt sich keine zwingende Notwendigkeit dazu, eine neue präfigurative Kultur zu entwickeln. Aus der Beschleunigung des Wandels und vor dem Hintergrund der informationellen Erfassung dieser Welt ergibt sich jedoch die Notwendigkeit für junge Generationen ihre Kultur auch perspektivisch auszurichten. Sie brauchen für sich selbst eine nachhaltige Umwelt-, Finanz- und Sozialpolitik. Darin könnte ein Anreiz liegen, eine „nachhaltige Nachhaltigkeit“ zu entwickeln, die jenseits von eigenen Interessen auch die Interessen kommender Generationen berücksichtigt.

Muss sich Kulturpolitik enthalten?

Der identitätsfindende Umgang mit dem gesellschaftlichen Wandel, das Bestehen von neuen Herausforderungen, die Vermittlung zwischen den Generationen, das alles ist Kultur. Aber auch die Kulturpolitik im engeren Sinne ist ein gesellschaftlicher Prozess, an dem, neben der Politik, auch die Künstler, ihre Verbände, die Kultureinrichtungen und ihre Administratoren sowie Öffentlichkeit und Medien mitwirken.

Die Aufgaben der Kulturpolitik sind sehr vielfältig: Ihre Akteure können sich dafür einsetzen, dass Anstöße zur kulturellen Innovation erfolgen, sie können Kultur finanzieren und ermöglichen, sie pädagogisch oder logistisch vermitteln und Kulturschaffenden Schutz und Freiräume schaffen. Nicht zuletzt können sie die kulturelle Tradition und das kulturelle Erbe pflegen.

Diese Ziele lassen sich zum Teil nur schwer institutionell erfassen und sind zudem den ständig wechselnden Formen des kulturellen Ausdrucks unterworfen. Die kulturpolitischen Schwerpunkte wurden in den vergangenen Jahrzehnten höchst unterschiedlich gesetzt. „In der Nachkriegszeit war es eher der Erhalt des Kulturerbes, in den 70er Jahren trat das gesellschaftspolitische Moment mehr in den Vordergrund und in den 80er Jahren kamen kulturwirtschaftliche Aspekte hinzu." (Woestmeyer 2000, 61). Kulturpolitik ist immer auch von den regierenden Generationen abhängig. Sie reflektiert gesellschaftliche Prozesse.

Gerade die Stadtplanung kann ein Beispiel für generationengerechte Kulturpolitik sein – im guten wie im schlechten Sinn. Die Gebäude einer Stadt, ihre Architektur, zugehörige Plätze und Parks, das gesamte Stadtbild ist Botschafter städtischer Kultur. Aus Erbauern, Bewohnern und Betrachtern lässt sich eine kulturhistorische Kette bilden, ein kulturelles Erbe vermitteln. Dabei ist Stadtplanung aber auch dem gesellschaftlichen Wandel unterworfen und muss sich an Notwendigkeiten orientieren.

In Deutschland musste sich die Stadtplanung nach dem Zweiten Weltkrieg den Erfordernissen des Wiederaufbaus und der Versorgung der Bevölkerung stellen. Mit dem Wirtschaftswunder wurden die Städte dann zum Vorreiter für die modische Trennung von Wohnen, Freizeit und Arbeit. Das Primat der Mobilität schlug Schneisen durch deutsche Städte. Ende der 70er Jahre ist dann eine Hinwendung zu mehr Umweltqualität und Stadtbildpflege erkennbar. Schon hier wurde erkenn-

bar, dass sich das Bild der Stadt nicht mehr beliebig formen ließ. Die postmoderne Architektur schließlich stellte den Mensch als Betrachter wieder in den Mittelpunkt einer neuverstandenen Baukunst. Keine dieser Entwicklungen blieb jedoch ohne Auswirkungen auf die Aussagen, die Künstler, Architekten und Stadtplaner mit ihrer Arbeit zuvor getroffen hatten. Selbst wenn es im Falle eines Neubaus nicht nötig ist, einen Altbau abzureißen, so stellt doch jeder Neubau jeden Altbau in einen neuen Kontext. Dieses wesentliche Moment städtischer Lebendigkeit ist das kleine Rädchen in dem aktive Kulturpolitik steuernd eingreifen kann. Die ehemalige Hamburger Kultursenatorin Christina Weiss fasst es positiv zusammen: „Wenn das bauliche Konzept der Stadt aus Engagement, im besten Fall aus Liebe zur Stadtgemeinschaft entstanden ist, erzeugt es einen anregenden Lebensraum, dessen Qualität entdeckt und geliebt werden kann. Insofern haben Architektur und Stadtgestaltung einen wesentlichen Einfluss auf die Kultur einer Gesellschaft." (Weiss 1999, 25). Und wenn nicht? Dann werden Gebäude, die aus sozialer Notwendigkeit oder zeitgenössischer Ästhetik entstanden sind, in den Augen heutiger Betrachter zu Bausünden. Aber auch Romane können im Verlauf der Zeit zu Schund werden, Opern werden vergessen und Filme verkommen zu nostalgischem Kitsch. Jedes handfeste Kulturgut ist dem Wandel in der Rezeption der Generationen ausgesetzt. Nach dem Ende der Moderne ist die Kunst genauso absehbar unüberschaubar geworden wie die Welt überraschungslos geworden ist.[6] Die bildende Kunst hat alle Kategorien durchschritten, von der Gegenständlichkeit über die Abstraktion bis zu Bildern jenseits von Rahmen und Sichtbarkeit. Die Musik bietet Harmonie und Disharmonie sowie Noten und Bytes. Das Theater hat Sprache und Schweigen sowie Bewegung und Stillstand. Alle Extreme sind denkbar und schon gewesen. Zumindest geht von den Extremen der Kultur keine Bewegung mehr aus. Bewegung ist immanent.

[6] Den Streit um das (vermeintliche) Ende der Moderne vermitteln zwei Aufsätze zum Thema postmoderne Architektur. Jencks, Charles: Spätmoderne Architektur. Beiträge über die Transformation des Internationalen Stils, Stuttgart 1981 und Habermas, Jürgen: Moderne und postmoderne Architektur. In: Ders.: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977 – 1992, 2. erw. Aufl., Leipzig 1992

Es ist Aufgabe der Kulturpolitik mit dem Erhalt kulturellen Erbes, das Andenken vergangener Generationen zu bewahren. Zugleich darf Bewahrtes dem Neuen, dem Innovativen nicht im Wege stehen. Bestenfalls erwirkt die Anschauung des Alten die Innovation. Avantgarde überwindet die jeweils vergangene Kultur, ohne sie jedoch in ihrer Niederlage zu vernichten.

Es ist gesellschaftlicher Konsens, dass sich die Kulturpolitik keiner hohen steuernden Eingriffe zu bedienen habe. Die Zeiten höfischer Kultur sind vorbei, in denen Kunst als Auftrag vergeben wurde und dem Geschmack der Auftraggeber zu gefallen hatte. Aufgabe heutiger Kulturpolitik ist es, Rahmen zu schaffen, in denen sich kulturelles Leben entfalten kann. Wo sich diese Rahmen nicht aus kulturwirtschaftlichem Antrieb selbst schöpfen oder erhalten, sind es in der Regel öffentliche Gelder die eine solche Rahmensetzung möglich machen. Leider neigt Politik dazu, auf Grundsatzentscheidungen und Prioritätensetzungen weitgehend zu verzichten und stattdessen in operatives Handeln einzugreifen, vor allem bei öffentlichkeitswirksamen Detailfragen. Die unzureichende Wahrnehmung politischer Führung einerseits und die Detaileingriffe anderseits bleiben nicht ohne Auswirkung auf die Kulturverwaltung. Sie ist gleichzeitig über- und untersteuert (Wagner 1997, 92). Es ist also durchaus angebracht, über Grundsätze und Zielrichtungen von Kulturpolitik nachzudenken. Grundsatz und Ziel ist es, nicht politisch in künstlerische Prozesse einzugreifen. Zudem ist es angebracht, das steuernde Moment der Kulturpolitik zu erkennen und zu ergreifen, etwa im Interesse der kommenden Generationen. Kulturpolitik ist also gefordert „auf Abstand“ zu steuern.

Generationengerechte Kulturpolitik ist mehr als der Erhalt und die Pflege des kulturellen Erbes. Sie sollte das Rezeptionsverhalten kommender Generationen berücksichtigen. Sie nimmt die Umwidmung des Erbes nicht voraus, sondern sie schließt sie mit ein. Kulturelles Handeln richtet sich traditionell an den Interessen *früherer* Generationen aus. Kulturelles Handeln und Politik an den Interessen der Nachkommen auszurichten, könnte auch zu einem bewussteren Umgang mit dem schöpferischen Prozess in der Gegenwart führen. Eine Kulturpolitik die nicht nur im Jetzt und für das Jetzt arbeitet vermittelt Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit kann somit zu einem Leitmotiv einer präfigurativen Gesellschaft werden. Die Kulturfertigkeit der Nachhaltigkeit, deren Not-

wendigkeit für unser (Über-)leben uns schon andere Beiträge dieses Buches verdeutlicht haben, kann so in der Kulturpolitik vorgelebt werden. Zu dieser Nachhaltigkeit gehört eine Form der Wissensvermittlung, die die Schwierigkeit anerkennt, von Jüngeren anders beherrscht zu werden als sie von den Älteren vermittelt werden kann.

Literatur

Bude, Heinz (1997): Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 – 1948. Frankfurt am Main.

Gadamer, Hans-Georg (1972): Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik. (3. Aufl.) Tübingen.

Illies, Florian (2001): Generation Golf. Eine Inspektion. (4. Aufl.) Frankfurt am Main.

Tremmel, Jörg (1996): Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft. Frankfurt am Main.

Wagner, Bernd (1997): Modernisierungsprozesse im Kulturbereich. In: Ders. / Anette Zimmer (Hg.): Krise des Wohlfahrtsstaates – Zukunft der Kulturpolitik. Bonn.

Weiss, Christina (1999): Stadt als Bühne. Kulturpolitik heute. Hamburg.

Woestmeyer, Martin (2000): Hamburg und Berlin. Kulturpolitik im Vergleich. Münster

ZUR PERSON

Martin Woestmeyer
geb. 1970. Studium der Politikwissenschaft, Philosophie, Publizistik in Münster und der Politikwissenschaft, Philosophie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Hamburg. Verkaufsleiter am Altonaer Theater Hamburg, FDP-Kandidat für den Deutschen Bundestag Wahlkreis Hamburg-Nord 1998 und 2002. Mitglied im Bundesvorstand Junge Liberale. Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft seit November 2001. Sprecher der FDP-Fraktion für Schule, Kultur und Gleichstellung. Mitglied der SRzG. Veröffentlichung: Hamburg und Berlin. Kulturpolitik im Vergleich, Münster 2000.

Angelika Werner, Thomas von Lengerke

GENERATIONENGERECHTE GESUNDHEITSPOLITIK

Quidquid agis, prudenter agas et respice finem!
– Was (auch immer) du tust,
tue es klug und bedenke das Ende!

Einleitung und Begriffsbestimmungen

Generationengerechte Gesundheitspolitik trägt dazu bei, dass die Chancen aller nachrückenden Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen gesundheitlichen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen. Dies klingt unkomplizierter als es ist: die Planung, Umsetzung und Bewertung einer solchen Politik stellen – um es vorweg zu nehmen – hohe Anforderungen an die Erforschung und Produktion von Gesundheit und ihrer Determinanten. Per definitionem sind dies Aufgaben von Public Health, der Wissenschaft und Praxis der Krankheitsverhütung, Lebensverlängerung und Gesundheitsförderung durch organisierte gesellschaftliche Anstrengungen (vgl. Deutsche Gesellschaft für Public Health, 1999; Lengerke, 2002). Dies gilt um so mehr, da Public Health anstrebt, sowohl als akademische Disziplin als auch interventionsorientiertes Handlungsfeld diese Ziele auf der Ebene der Gesamtbevölkerung oder von Gruppen zu erreichen – denn Generationen sind letztendlich Gruppen, einerlei, ob man im Hinblick auf temporale Generationengerechtigkeit junge, mittelalte und ältere heute lebende Menschen oder im Hinblick auf intertemporale Generationengerechtigkeit Menschen vergleicht, die gestern lebten, heute leben und morgen leben werden. Der Unterschied zwischen beiden Perspektiven ist lediglich im Kriterium zu sehen, nach dem die Gruppen unterschieden werden: Lebensalter im einen und – wenn man so will – „Lebenszeitalter“ im anderen Fall.

Jede Analyse eines Politikfeldes erfordert jedoch zunächst die Definition seiner konstitutiven Begriffe; dies gilt auch und gerade für Alltagsbegriffe wie Gesundheit. Bevor also Aufgaben und Probleme einer generationengerechten Gesundheitspolitik skizziert werden, werden im folgenden wichtige Begriffe bestimmt.

Gesundheit

Trotz der vielstimmigen Kritik, die sie seit ihrer Formulierung im Jahre 1948 erfahren hat, verdeutlicht die Gesundheitsdefinition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Komplexität des Begriffes bis heute am besten: „Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Fehlen von Krankheit und Gebrechen“ (WHO, 1948). Komplex ist Gesundheit in diesem Verständnis in zweierlei Hinsicht: Gesundheit und Krankheit werden (1) als zwei unterschiedliche Dimensionen (Gesundheit ≠ Abwesenheit von Krankheit) und (2) auf der körperlichen, der psychischen und der sozialen, also jeweils auf drei Ebenen konzeptualisiert. Abbildung 1 veranschaulicht dieses Modell von Gesundheit, wobei die vertikale Dimension – sprachgebräuchlich möglicherweise zunächst kontraintuitiv[1] – deswegen als negative Gesundheit bezeichnet wird, weil Krankheiten nur eine Form „regelwidriger Körper- oder Geisteszuständen“[2] darstellen.

Dabei hat die Vorstellung einer positiven Gesundheit viel Impetus durch das Konzept der „Salutogenese“ des amerikanisch-israelischen Medizinsoziologen Aaron Antonovsky (1987; 1993) gewonnen. Mit diesem Neologismus brachte er das Unbehagen gegenüber der Medizin als Reparaturbetrieb und gegenüber dem pathogenetischen Blick auf Gesundheit auf den Punkt (Kolip, Wydler & Abel, 2000). Das Konzept impliziert – nicht als Kehrseite, sondern Ergänzung der pathogenetischen Perspektive –, alle Menschen als mehr oder weniger gesund und *gleichzeitig* als mehr oder weniger krank zu betrachten: neben die Frage „Was macht krank?“ tritt die Frage „Was erhält gesund?“. So haben sich neben der traditionellen Pathodiagnostik auch Ansätze einer Salu-

[1] Allerdings in der Terminologie der Public Health durchaus gebräuchlich (siehe z.B. Schwartz, Siegrist & Troschke, 1998, S. 15).

[2] Terminus der Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung.

todiagnostik entwickelt, und es gibt neben den klassischen Indikatoren der Mortalität und Morbidität verschiedene Maße zur Erfassung positiver Gesundheit, so etwa Instrumente zur Erfassung der subjektiven Lebensqualität (SF-36, Nottingham Health Profile NHP, EuroQOL, WHO-QOL) sowie das Indikatorensystem von Mildred Blaxter (1990), das objektive Messdaten zur Fitness und subjektive Angaben zur körperlichen und psychosozialen Gesundheit kombiniert.

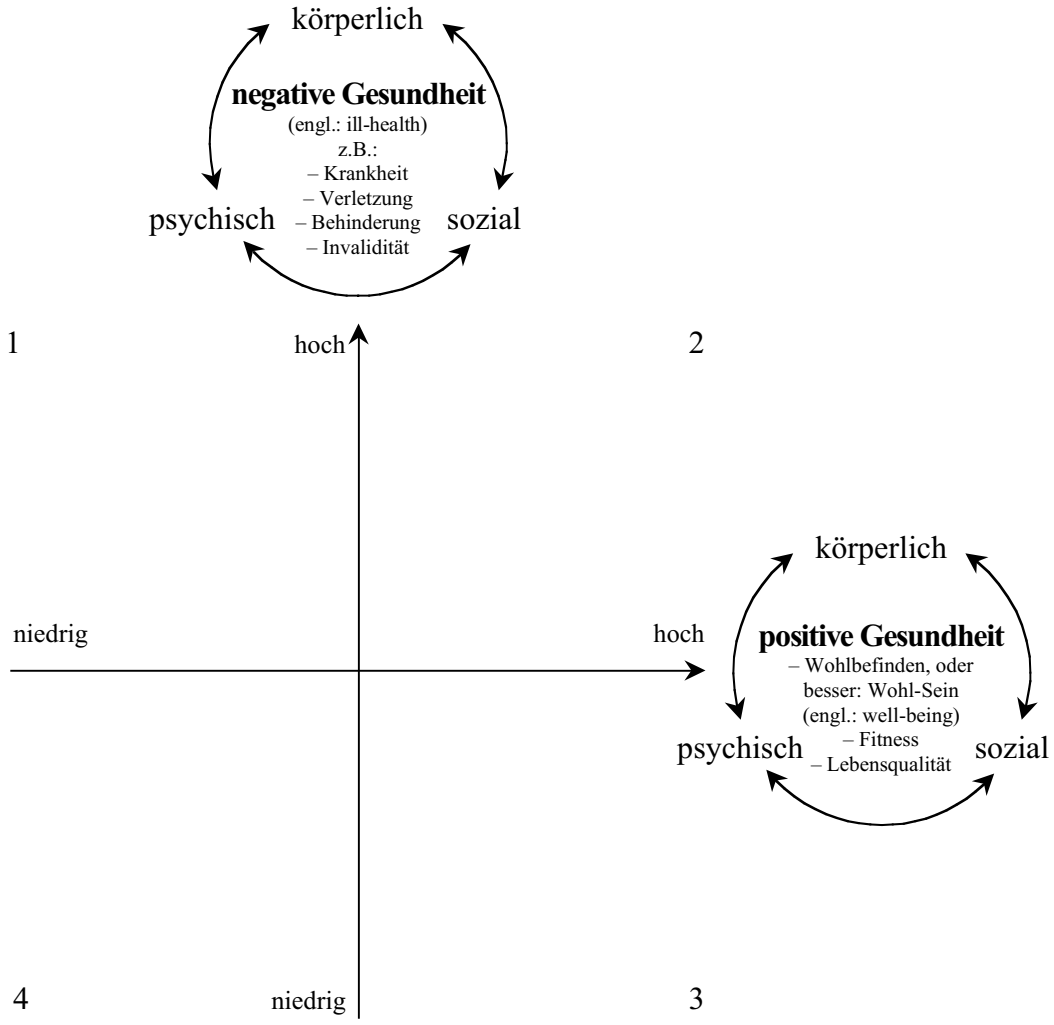


Abb.1: Modell der Gesundheit (adaptiert nach Downie, Tannahill & Tannahill 1996)

Zugleich ist für dieses Modell von Gesundheit zentral, dass sie als Ressource bzw. Humankapital und gerade nicht als ultimatives (Lebens-) Ziel definiert wird. Entsprechend sollten etwa in gesundheitsökonomischen Kostenanalysen neben direkten, indirekten und psychosozialen

Krankheitskosten auch Gewinne und Einbußen an positiver Gesundheit als Zielgrößen berücksichtigen werden (bevölkerungsbezogen auch Aspekte des Sozialkapitals wie soziales Vertrauen und Bürgerpartizipation; zu letzterer vgl. z.B. Lengerke, 2001).

Zu den Determinanten positiver und negativer Gesundheit gehören sowohl personale, soziale, ökonomische als auch umweltbezogene Faktoren. So wird etwa nach Angaben der US-amerikanischen Centers of Disease Control and Prevention (CDC) die Gesamtvarianz der zehn wichtigsten Todesursachen in den USA zu über 50 Prozent durch persönliche Lebensstile bedingt, während biologische Faktoren, sozial und ökonomisch bedingte Unterschiede in Qualität und Zugang zum System gesundheitlicher Versorgung sowie Umweltbedingungen zwischen <10 Prozent bis 20 Prozent der Unterschiede in den Mortalitätskriterien erklären (vgl. Tabelle 1). Aufgabe von Gesundheitspolitik ist es nun vor allem, auf diese Determinanten Einfluss zu nehmen, wie im nächsten Abschnitt kurz skizziert wird.

Krankheitsdeterminanten	**Anteil an der Gesamtvarianz**
Individuelle Lebensstile	>50 Prozent
Umweltbedingungen	20 Prozent
Biologische Faktoren	20 Prozent
Gesundheitsversorgung	<10 Prozent

Tabelle 1: Anteile an der Gesamtvarianz der zehn führenden US-Todesursachen (Quelle: Centers for Disease Control and Prevention [CDC], zit. nach Badura, 1994)

Gesundheitspolitik

Nach Rosenbrock (1998, S. 707) konstituiert sich der Gegenstandsbereich von Gesundheitspolitik analytisch wie praktisch „... durch politisches Handeln bzw. Verhalten mit Wirkung auf die Gesundheit von Gruppen bzw. Bevölkerungen“; ihr Ziel „... ist die Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung durch die Minderung krankheitsbedingter Einschränkungen der Lebensqualität und es vorzeitigen Todes“. Dabei haben in den letzten Jahren sowohl die Diskussionen um gesundheitspolitisches Handeln zur Durchsetzung definierter Gesund-

heitsziele als auch um die Zuständigkeiten und Kompetenzen staatlicher und privater Akteure an Bedeutung gewonnen („Public Private Partnerships“).

Grundsätzlich lassen sich vier Interventionstypen der Gesundheitspolitik unterscheiden (siehe auch unten S. 319 bis 326): (1) Gesundheitsförderung im Sinne der Förderung positiver Gesundheit; (2) Primärprävention, also die Senkung von Erkrankungswahrscheinlichkeiten; (3) Sekundärprävention, also die Früherkennung von Krankheiten oder Risikofaktoren zur Vorverlagerung des Zeitpunktes therapeutischer Interventionen; und schließlich (4) die Tertiärprävention (Krankenversorgung) im Sinne der Organisation der „Krankenhilfe“ einschließlich Kuration, Pflege und Rehabilitation (Rosenbrock, 1998). Diese Interventionstypen sind zunächst gleichrangig; ihre Auswahl hängt jeweils nach Zielbereich, Gesundheitsproblem, Zielgruppe und verfügbarem Wissen von Effektivitäts- und Effizienzbewertungen ab.

Ein besonderes Problem einer *generationengerechten* Gesundheitspolitik ist nun die Alterung der deutschen Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten. Damit ist automatisch von steigenden Gesundheitseinbußen und Krankheitslasten auszugehen. Entsprechend wird diese Entwicklung im folgenden Abschnitt zunächst skizziert.

Generationengerechte Gesundheitspolitik

Gesundheit ist als Kerndimension des für die nachrückenden Generationen zu bewahrenden kollektiven Erbes ein zentrales Feld generationengerechter Politik. Dies gilt um so mehr, als dass Gesundheit inzwischen auch unter dem allgegenwärtigen Primat der Ökonomie als unverzichtbares Humankapital konzeptualisiert wird (so hat etwa die WHO in ihrer Jakarta Erklärung 1997 unter dem Stichwort „Investition in Gesundheit“ Gesundheitsförderung als Schlüsselinvestition definiert). Welche Konsequenzen wird nun jedoch die Bevölkerungsentwicklung auf die Gesundheit der Bevölkerung und damit auch auf die nachrückenden Generationen haben?

Über welche Generationen reden wir? Die Bevölkerungsentwicklung und Konsequenzen für die Gesundheit der Bevölkerung

Unter dem Stichwort „alternde Gesellschaft“ ist die aktuelle Bevölkerungsentwicklung, die sich nicht nur in Deutschland, sondern auch den

meisten anderen industrialisierten Staaten in Richtung einer immer älteren und dabei langsam abnehmenden Bevölkerung vollzieht, inzwischen allgemein bekannt. So lebten Ende 2001 knapp 82 Mio. Menschen in Deutschland; selbst bei kontinuierlicher Zuwanderung werden es im Jahre 2050 wahrscheinlich nur noch gut 64 Mio. sein (vgl. Statistisches Bundesamt, 2000).

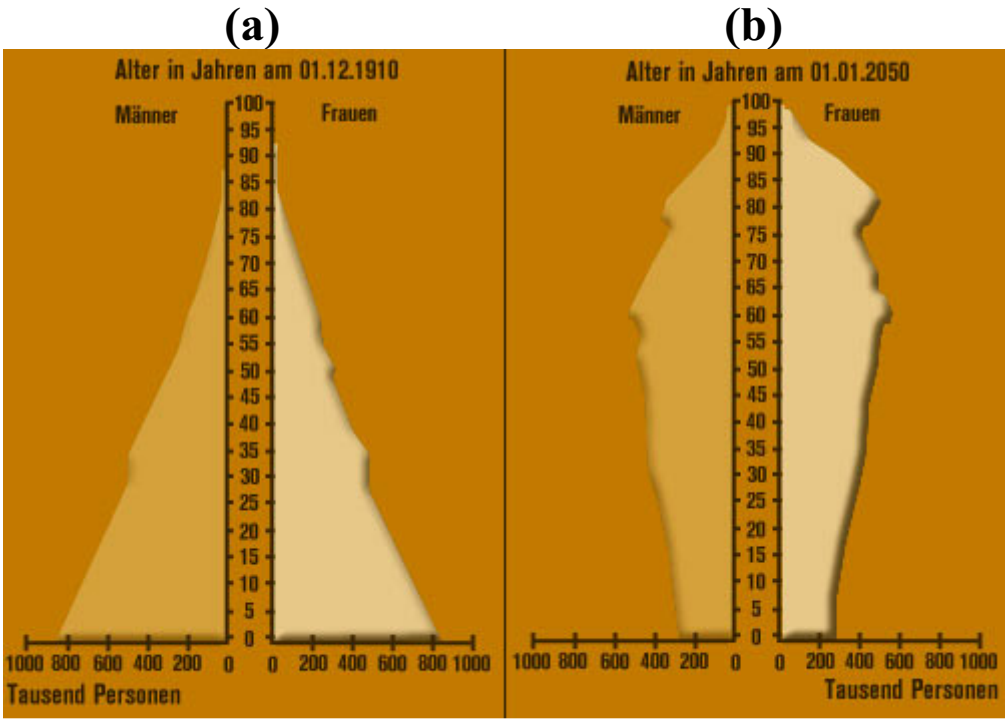


Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1910 bis 2050
(Quelle: Statistisches Bundesamt, in Bayerischer Rundfunk, 2003)

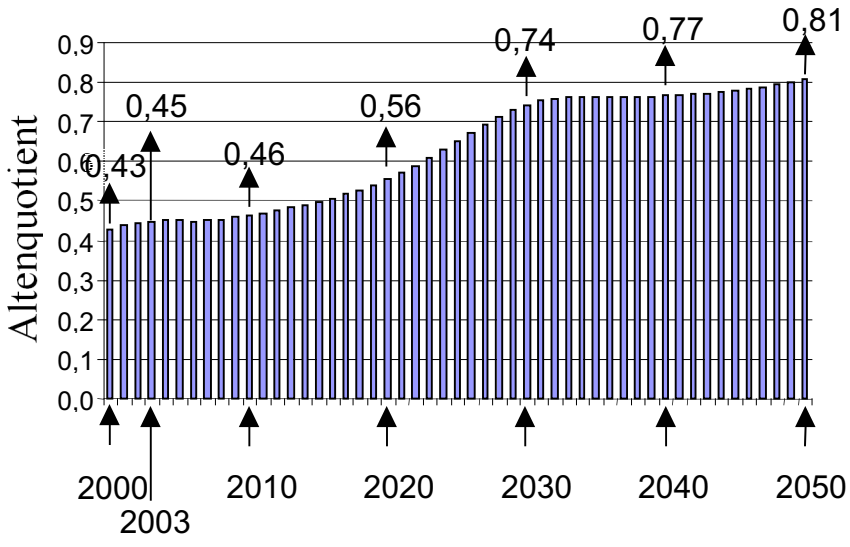


Abbildung 3: Entwicklung des Altenquotienten in Deutschland 2000 bis 2050 bei langfristigem Wanderungssaldo von ca. +100.000 jährlich

(zum Vergleich: in 1910: 0,16; Quelle: Statistisches Bundesamt, 2000; eigene Grafik; der Altenquotient entspricht dem Verhältnis der Zahl der über 60-Jährigen zur Zahl der 20- bis 60-Jährigen)

Dabei wird sich die früher (um 1910) zurecht sogenannte Bevölkerungs-„Pyramide“ zu einer Bevölkerungs-„Urne“ entwickeln (vgl. Abbildung 2a und b).

Besonders kritisch ist dabei, dass sich in den nächsten 50 Jahren der Altenquotient, also das Verhältnis der Zahl der über 60-Jährigen zur Zahl der 20- bis 60-Jährigen, nahezu verdoppeln wird (vgl. Abbildung 3). Ein steiler Anstieg dieses Quotienten ist vor allem zwischen 2020 bis 2030 zu erwarten.

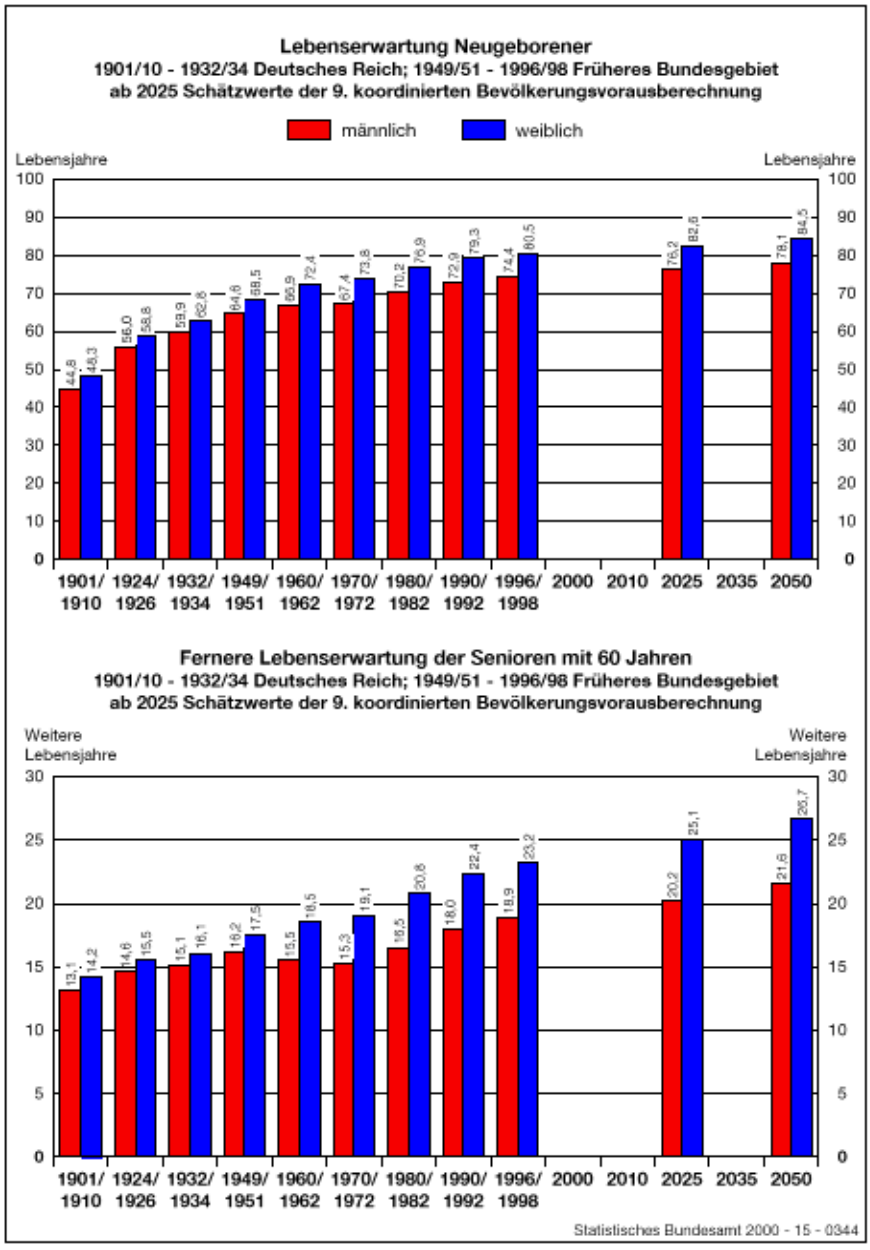


Abbildung 4: Lebenserwartung in Deutschland 1901 bis 2050
(Quelle: Statistisches Bundesamt, 2000; Grafik: Statistisches Bundesamt)

Die Lebenserwartung Neugeborener und auch die sogenannte fernere Lebenserwartung von Menschen im Alter von 60 Jahren wird bis 2050 weiter ansteigen (Statistisches Bundesamt, 2000; vgl. Abbildung 4).

Dagegen wird die relative Häufigkeit alterskorrelierter Morbidität wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, bösartige Neubildungen (Krebs), Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes (z. B. Osteoporose), bestimmte psychiatrische Krankheiten und Erkrankungen des Nervensystems (z. B. Depressionen, M. Alzheimer), Krankheiten der Atmungsorgane (z. B. Asthma bronchiale), Endokrinopathien (z. B. Diabetes mellitus), Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane (z. B. chronische Niereninsuffizienz) sowie Schmerzerkrankungen zunehmen.

Dies gilt auch für bestimmte Risikofaktoren: so ist zu erwarten, dass im Jahre 2040 etwa 50 Prozent der Bevölkerung einen Body-Mass-Index (Körpergewicht in kg / [Körpergröße in m]_) von 30 oder mehr haben, also deutlich übergewichtig sein werden (vgl. Abbildung 5).

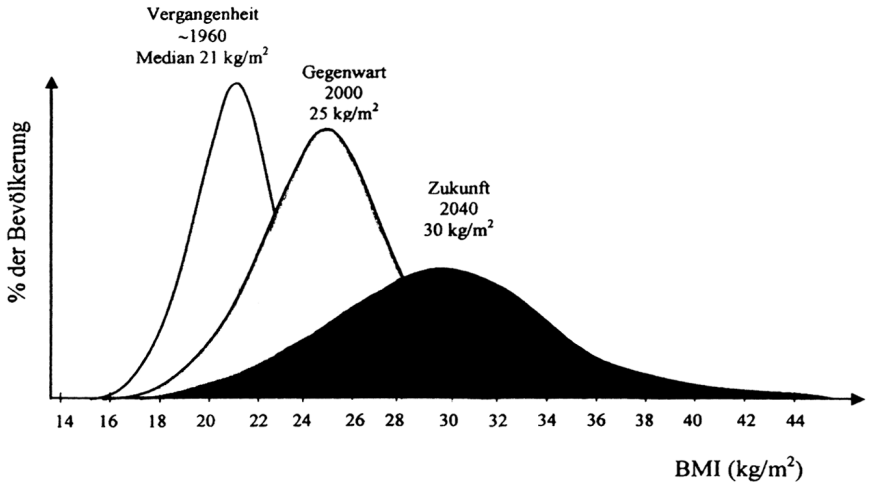


Abbildung 5: Schematische Darstellung der Entwicklung der Verteilung des Body-Mass-Index (BMI) in westlichen Populationen

(Quelle: Müller, Mast & Langnäse, 2002, S. 14).

Zudem wird die Versorgung dieser Kranken auf wenige Schultern verteilt sein, die immer weniger in der Lage oder willens sein könnten, sich entsprechend zu engagieren. So wurden Anfang der 90er Jahre ungefähr 90 Prozent der M. Alzheimerpatienten zu Hause von Angehörigen gepflegt; bereits jetzt ist dieser Anteil auf 80 bis 85 Prozent gesunken (Diek-

mann, 2002). Vor allem aber werden die Beiträge zur Sozialversicherung als wesentliche Säule der Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems in absehbarer Zukunft nicht mehr ausreichen. Entsprechend wird die Notwendigkeit von Ausgabenkontrollen und Effizienzsteigerung im Gesundheitssystem in Deutschland auch nicht bestritten; der Streit jedoch geht um das „Wie?". Im folgenden Abschnitt wird in diesem Zusammenhang versucht, einige Strategien und Möglichkeiten generationengerechter Gesundheitspolitik aufzuzeigen.

Was also ist zu tun? Strategien und Möglichkeiten einer generationengerechten Gesundheitspolitik

Wie bereits angedeutet, geht es, wenn wir heute von Gesundheitspolitik sprechen, zum einen um die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung und zum anderen um die Vermeidung und Früherkennung von Krankheiten, Behinderungen und deren Risikofaktoren sowie um ihre Behandlung und Minimierung ihrer Folgen, etwa im Sinne von Rehabilitation. Soll Gesundheitspolitik generationengerecht gestaltet werden, so stehen aus unserer Sicht folgende Ziele im Vordergrund:

- den „Älteren" die Chance geben, möglichst lange gesund zu bleiben und bei Krankheit oder Gebrechlichkeit adäquat versorgt zu werden;
- den jüngeren Generationen möglichst „gesunde Ältere" hinterlassen und den Jüngeren die Chance geben, im Alter möglichst gesund zu sein;
- Verbesserung der Lebensqualität aller Generationen;
- soziale, ökonomische, kulturelle und individuelle Ressourcen aufdecken und nutzen lernen.

Für die nachrückende Generation sollten die Möglichkeiten, auch mit fortschreitendem Alter solidarisch am Gesundheitssystem teilnehmen zu können, offen und finanzierbar bleiben. Sie sollte von den Erkenntnissen sowohl der medizinischen als auch der Public Health-Forschung profitieren und die Chance bekommen, möglichst gesund älter zu werden. Andererseits ist es auch für die nachrückenden Generationen von wesentlicher Bedeutung, die Älteren – vor allem die zukünftig stark zunehmende Zahl der Älteren – möglichst gesund zu erhalten; hier sind vor allem Schwerpunkte bei der Unfallprävention, der Schließung

von Versorgungslücken in der häuslichen Betreuung und dem Management chronischer Erkrankungen zur Verhinderung oder Reduktion von Komplikationen und einer möglichst effizienten Behandlung zu setzen. Rehabilitative Maßnahmen sollten auch im Alter mit dem Ziel der Erhaltung größtmöglicher Selbstständigkeit ausgeschöpft werden. So ist z. B. die Geriatrische Rehabilitation erst seit wenigen Jahren eine eigenständige medizinische Disziplin; auch andere spezielle medizinische Disziplinen, die sich ebenfalls vor allem mit alterstypischen Krankheiten (M. Alzheimer, M. Parkinson, Herzinsuffizienz, Osteoporose) sowie chronischen Krankheiten (Asthma, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen) beschäftigen, werden künftig immer größere Bedeutung gewinnen.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch folgende Ziele:

Erhöhung der „aktiven Lebenserwartung". Schon im Jahre 1983 haben Katz und Kollegen einen innovativen Gesundheitsindikator besonders für ältere Menschen vorgeschlagen: die „aktive Lebenserwartung". Gemeint ist damit im Grunde das Ausmaß an Alltagskompetenz. Dies ist vor allem deshalb ein sinnvoller Indikator, da er positive Gesundheit im Sinne von Lebensqualität abbildet, die nach dem oben beschriebenen Modell der Gesundheit eine zentrale Dimension ist – und dies gerade für ältere Menschen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit eine hohe negative Gesundheit haben. Schlagwortartig lässt sich dieser Aspekt wie folgt beschreiben: hieß es in den 80er Jahren noch „Add years to your life!", so ist der Slogan heute: „Add life to your years!".

Vermeidung von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit. Durch veränderte Familienstrukturen (geringere Kinderzahl; Berufstätigkeit der Frauen; zunehmende Scheidungsraten; berufliche Mobilität der Kinder) fehlen zunehmend Pflegepersonen aus der eigenen Familie. Hilfs- und Pflegebedürftigkeit hat im Zeitalter zunehmender Singularisierung nicht nur einen sehr negativen Effekt auf die persönliche Lebensqualität, sondern verursacht durch erforderliche stationäre Betreuung im Krankheitsfall auch hohe Kosten, die solidarisch getragen werden müssen. So ist allein in den Jahren von 1994 bis 1999 die Anzahl der Krankenhausaufenthalte für über 64-Jährige von 4,47 Mio. auf 5,68 Mio. um 27 Prozent angestiegen (Gesundheitsberichterstattung des Bundes).

„Kompression der Morbidität". Dies bedeutet, die lange Lebenserwartung in größtmöglicher Gesundheit sicherzustellen, mit einer höchstens kurzen Krankheitsphase am Lebensende. Mit anderen Worten: die beschwerdefreie Lebensspanne muss verlängert, die krankheitsgeprägte Lebensspanne verkürzt werden. Dieses Ziel kann vor allem durch Maßnahmen der primären und sekundären Prävention umgesetzt werden, und zwar in jedem Lebensalter. Davon wird u.a. auch die Frage der zukünftigen Finanzierbarkeit sozialer Krankenversicherungssysteme wesentlich abhängen.

Interventionen zur Vermeidung negativer Gesundheit

Welche Ansätze könnten nun zur Effektivitätssteigerung und Wirtschaftlichkeit zielführend sein? Nach Sell (2002) lassen sich die einschlägigen Ergebnisse der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik" (Deutscher Bundestag, 2002) wie folgt zusammenfassen. Ein erster Ansatz setzt an einer Steigerung der Ziel- und Ergebnisorientierung im Gesundheitswesen an und kombiniert präventions-, versorgungs- und finanzpolitisch orientierte Handlungsoptionen zur Förderung der Prävention, zur Entwicklung von Leitlinien, zum Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung, zur Sicherung von Qualität sowie zur Schaffung vernetzter Strukturen (Stichwort „integrierte Versorgung"). Ein zweiter Ansatz ist eher ordnungspolitisch orientiert und setzt an einer Stärkung des Versicherungsgedankens und Wettbewerbs durch Flexibilisierung des Vertragsrechts, einer Dynamisierung der Grundversorgung sowie einer Ausdehnung der individuellen Zusatzversicherungen und eigenverantwortlichen Vorsorge an.

Dabei ist im Rahmen des ersten Ansatzes für die Optimierung der Gesundheitspolitik im Sinne von Generationengerechtigkeit vor allem die Prävention von Bedeutung, also Strategien und Maßnahmen zur Vermeidung insbesondere altersbedingter und chronischer Krankheiten, Verletzungen und Behinderungen sowie deren Folgen, die sowohl subjektives Leid und Verluste an Lebensqualität vermeiden als auch in erheblichem Maße Kosten im Gesundheitswesen einsparen können (Ressourcen, die effektiver zum Wohle der Bevölkerung eingesetzt werden könnten). Wie oben bereits skizziert, lassen sich drei Stufen der Prävention unterscheiden: primäre, sekundäre und tertiäre (vgl. Tabelle 2).

Maßnahmen der primären Prävention sind beispielsweise Impfungen gegen ansteckende Krankheiten, verhaltenspräventive Ansätze wie Beratungen zu gesunder Lebensführung (Rauchprävention, Ernährungsberatung, Sexualberatung, Gesetze zum Anlegen von Sicherheitsgurten in Autos oder zum Tragen von Motorradsturzhelmen) sowie verhältnispräventive Strategien zur Schaffung gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen (z. B. Qualitätserhaltung des Trinkwassers) von Bedeutung; sie werden häufig außerhalb des Gesundheitswesens auf kommunaler Ebene durchgeführt. Bezüglich der sekundären Prävention spielt vor allem die Früherkennung von Krankheiten und Risikofaktoren eine wichtige Rolle. So können viele Risikofaktoren für Erkrankungen der Herzkranzgefäße wie Bluthochdruck, Übergewicht oder Rauchen frühzeitig erkannt und durch Verhaltensmodifikation positiv beeinflusst werden. Entsprechendes gilt für den Schlaganfall, die dritthäufigste Todesursache und eine der häufigsten Ursachen für Frühberentungen in der westlichen Welt: sein Risiko verdoppelt sich bei einer Blutdruckerhöhung um 7,5 mmHg und erhöht sich durch Vorhofflimmern (eine Herzrhythmusstörung) um das sechsfache; beide Risikofaktoren, Bluthochdruck und Vorhofflimmern, können frühzeitig erkannt und behandelt werden. Der größte Teil sekundärpräventiver Maßnahmen wird in medizinischen Einrichtungen durchgeführt (z. B. Mammografien und Stuhluntersuchungen zur Krebsfrüherkennung), nur wenige Programme laufen im öffentlichen Bereich (z. B. Glaukom-Untersuchungen in US-amerikanischen Einkaufszentren).

Primäre Prävention	**Sekundäre Prävention**	**Tertiäre Prävention**
Keine Krankheit	Krankheit ohne Beschwerden	Krankheitsverlauf
Vermeidung von Risikofaktoren ➔ Verhinderung des Auftretens von Krankheiten	Früherkennung und früh- bzw. rechtzeitige Therapie ➔ Verhinderung der Verschlimmerung der Krankheit bzw. Chance auf Heilung	Verringerung bzw. Verhinderung von Krankheitsprogression und Folgeschäden der Krankheit

Tabelle 2: Stufen der Prävention

Tertiärpräventive Maßnahmen erfordern ein breites Spektrum von Maßnahmen. So sind beispielsweise bei Diabetikern über die Kontrolle des Blutzuckers hinaus regelmäßige Untersuchungen des Augenhintergrundes, Untersuchungen der Füße auf Hautschäden (diabetischer Fuß), Erfassung von kardiovaskulären Risikofaktoren (Durchblutungsstörungen, Bluthochdruck, EKG) und die Kontrolle auf Protein im Urin (Nierenschäden) zu empfehlen, um Folgeschäden frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. So besteht die Möglichkeit, die Anzahl von Erblindungen, Amputationen oder dialysepflichtige Niereninsuffizienzen zu reduzieren. Tertiäre Prävention ist auch von Bedeutung bei Patienten mit letalen Krankheiten, nicht um den Tod zu verhindern, sondern um ein Höchstmaß an Lebensqualität zu erreichen für die Lebenszeit, die dem Patienten verbleibt.

Neben Effektivitätserhöhungen ist die Prävention auch als unverzichtbar für die weitere Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung bezeichnet worden (Lauterbach & Stock, 2001). Somit ist sie ebenso relevant für den zweiten gesundheitspolitischen Ansatz, mit dem auf die demographische Entwicklung zu reagieren ist, also einer Gesundheitsordnungspolitik zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Versicherungswesens, deren Maßnahmen grundsätzlich alle globalen Träger der Gesundheitsausgaben in Deutschland betrifft (also die gesetzliche Krankenversicherung [GKV], die gesetzliche Rentenversicherung [GRV], die gesetzliche Unfallversicherung [GUV], die gesetzliche Pflegeversicherung [GPV], die private Krankenversicherung [PKV], die Arbeitgeber sowie die öffentlichen und privaten Haushalte).

Die Beiträge zur Sozialversicherung sind derzeit die wesentliche Säule der Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems; sie werden bei Erwerbstätigen zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen und bilden für die Unternehmen Lohnnebenkosten sowie für die privaten Haushalte eine Verminderung ihres verfügbaren Einkommens. Von einer hohen öffentlichen Abgabenbelastung können für Beschäftigung und Wachstum einer Volkswirtschaft Gefahren ausgehen, wie z. B. beeinträchtigte internationale Wettbewerbsfähigkeit, geringe Einstellungsbereitschaft von Unternehmen oder verminderte Konsumbereitschaft.

Der größte Anteil der Gesundheitsausgaben in Deutschland entfällt mit 46 Prozent auf die GKV. In den Schutz der Gesetzlichen Kranken-

kasse GKV sind 88,5 Prozent der Bevölkerung eingebunden; 9 Prozent haben privaten Krankenversicherungsschutz und nur eine geringe Anzahl von Bürgern sind anders oder gar nicht im Krankheitsfall abgesichert (Bundesministerium für Gesundheit, 1999). Unter dem Aspekt der Belastung durch Sozialabgaben hat die Beitragsstabilität der Krankenkassen eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung. Auf der anderen Seite darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Gesundheitswesen eine Wachstumsbranche ist, da die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen zunimmt. Aufgrund ihrer Arbeitsintensität eröffnen sich dadurch künftig Beschäftigungschancen. Diese Beschäftigten entrichten ebenfalls Steuern und Sozialabgaben. Somit dienen die Sozialabgaben auch dazu, einen hochwertigen Humankapitalstock aufzubauen und den sozialen Frieden zu sichern.

Finanzierungsprobleme der GKV und Rentenversicherung[3] entstehen derzeit nicht durch exzessive Ausgaben, sondern durch Verluste auf der Einnahmenseite, z. B. durch ein schwaches Wirtschaftwachstum, hohe Arbeitslosigkeit und gewandelte Arbeitsverhältnisse. „Die Globalisierung der Wirtschaft und die Öffnung der osteuropäischen Staaten, die über relativ wenig Kapital aber reichlich Arbeitkräfte verfügen, haben die Knappheitsverhältnisse zwischen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital nachhaltig zuungunsten der Arbeitskraft verschoben.“ (Wille, 2000).

Folgende Finanzierungsmöglichkeiten sind zu nennen:
- Rationalisierung durch Ausschöpfung von Wirtschaftlichkeitsreserven;
- Erhöhung der Beitragssätze;
- Rationierung durch Eingrenzung des Leistungskataloges;
- Akquirierung zusätzlicher Mittel durch Änderung der Gestaltung von Beitragssätzen;
- Verlagerung der Finanzierung z.B. auf öffentliche oder private Haushalte oder andere Teilsysteme der sozialen Sicherung.

Grundsätzlich sollte die Forderung „Rationalisierung vor Rationierung“ gelten, d.h. vor der Inanspruchnahme neuer Finanzierungsquellen soll-

[3] In vieler Hinsicht sind Problemlage und Lösungswege bei der gesetzlichen Rentenversicherung ähnlich wie bei der gesetzlichen Krankenversicherung (zu einer generationengerechten Rentenpolitik vgl. Tremmel, 1997).

ten Wirtschaftlichkeitsreserven ausgeschöpft werden. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Erfolge von Maßnahmen zur Ressourceneinsparung und/oder Effektivitäts- bzw. Effizienzerhöhung in der Regel erst mit zeitlicher Verzögerung einsetzen. Die wesentliche Komponente könnte aber die Einsparung von erforderlichen Leistungen sein, vor allem durch eine Gesunderhaltung der Bevölkerung und eine effiziente Behandlung im Krankheitsfall. Der Vorteil dabei ist, dass jeder einzelne zu dieser Ressource beitragen kann.

Der Zugang zum Gesundheitssystem ist von politischen und wirtschaftlichen Faktoren abhängig. Das individuelle Gesundheitsverhalten und Gemeinschaftsaktionen zur Gesundheitsförderung sind zwar vom Sozialstatus abhängig, erlauben dem Bürger jedoch bei entsprechender Aufklärung ein gewisses Maß an Einwirkung auf den persönlichen Gesundheitsstatus in westlichen Ländern, da hier vor allem lebensstilbedingte Erkrankungen im Vordergrund stehen.

Interventionen zur Förderung positiver Gesundheit

Die bisher skizzierten Strategien generationengerechter Gesundheitspolitik sind – wie das Gesundheitswesen und die derzeitige Gesundheitspolitik insgesamt – in erster Linie mit der Vermeidung und Behandlung von Krankheiten befasst; somit fokussieren sie im Sinne des oben dargestellten Gesundheits-Modells auf die Dimension der negativen Gesundheit. Allerdings sollte sich eine „gesunde Politik“ (als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder) ebenso auf die Förderung positiver Gesundheit der Bevölkerung abzielen, und somit Gesundheit in einem ganzheitlichen Sinne beeinflussen. Dass an dieser Stelle Nachholbedarf besteht, zeigt sich schon darin, dass bis dato Routinedaten zum positiven Gesundheitsstatus der Bevölkerung praktisch noch völlig fehlen; dies führt u.a. dazu, dass Maßnahmen, die den Gesundheitsstatus und die Erhaltung positiver Gesundheit verbessern, kaum gemessen werden können.

Bis also gesundheitspolitische Interventionen alle Politikbereiche umfassen und die Empfehlungen der WHO Ottawa Charta (Entwicklung gesundheitsfördernder Gesamtpolitik, Schaffung gesundheitsförderlicher Lebenswelten, Unterstützung gesundheitsbezogener Gemeinschaftsaktionen, Entwicklung persönlicher Kompetenzen, Neuorientierung der Gesundheitsdienste), in der „Krankheit“ als Begriff bezeichnenderweise

kein einziges Mal auftaucht, nach heutigem Erkenntnisstand abbilden werden, ist es noch ein langer Weg; noch bestehen etwa zu wenig Vernetzungen zwischen den gesundheitspolitisch relevanten Akteuren, die die Determinanten von Gesundheit und Krankheit beeinflussen.

Es gibt jedoch erste Ansätze: so versucht das WHO-Gesunde Städte-Programm seit 1986 Gesundheitsförderung als intersektorale Interventionsstrategie umzusetzen mit dem Ziel, dass „Gesunde Städte" kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen verbessern und die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen mit dem Ziel fördern, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen. Inzwischen gibt es beispielsweise in Europa circa 35 solcher designierten „Gesunden Städte", und der Ansatz wird auf inzwischen auch auf andere „Settings" angewandt (z.B. Krankenhäuser, Schulen, Regionen; Grossmann & Scala, 1996; vgl. Rütten, 2000, für ein Praxisbeispiel im deutschsprachigen Raum).

Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch die Integration von Gesundheits- und Umweltpolitik. So ist Gesundheit in der von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung („Rio-Konferenz") 1992 verabschiedeten Agenda 21 ein wichtiges Thema; in ihrer Umsetzung wird es allerdings bisher meist am Rande behandelt, obwohl Themen einer nachhaltigen Entwicklung wie Umweltschutz und Verkehrspolitik klare Gesundheitsbezüge aufweisen (Stender, Pfahl, Göpel & Trojan, 2002). Einen Integrationsversuch stellt hier die Ökologische Gesundheitsförderung dar (Fehr, 2001); anwendungsorientiert sind z.B. das WHO-Programm „Gesundheit für alle" und das gemeinsame Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit" der Bundesministerien für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu nennen, das eine Handlungsbasis aufstellen soll, um Gesundheit dort sicher zu stellen, wo sie durch Umweltgifte oder Verbraucherprodukte und Nahrungsmittel gefährdet sein kann (vgl. Seifert, Schreiber, Bellach, Gundert-Remy & Jung, 2000).

Fazit und Schlussbemerkung

Eine der größten gesundheitspolitischen Herausforderungen ist ein sich durch die demographische Entwicklung veränderndes Krankheitsspektrum, in dem Multimorbidität und chronische sowie lebensstilbedingte Erkrankungen eine immer größere Rolle spielen. Eine deutliche Umorientierung der Gesundheitspolitik in Richtung Prävention, Gesundheitsförderung und Management im Gesundheitswesen wird nötig sein; der medizinische Fortschritt kann dann effektiver für nicht vermeidbare Erkrankungen genutzt werden. Durch eine Senkung der durchschnittlichen Krankheitslast pro Einwohner, die Erhöhung des mittleren Gesundheitszustands der Bevölkerung sowie gezielte Investitionen in Gesundheit (z.B. in das Humankapital alternder Belegschaften und damit in ihre Beschäftigungsfähigkeit) kann für die nachrückenden Generationen die Möglichkeit geschaffen werden, das Gesundheitssystem finanzierbar zu halten (Senkung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen) und jeden Einzelnen über eine längere Lebensphase in einem besseren Gesundheitszustand zu erhalten. Bei der Formulierung gesundheitspolitischer Ziele sollten dabei die Bekämpfung negativer Gesundheit (z.B. Krankheiten) und die Förderung positiver Gesundheit (z.B. Lebensqualität) gleichrangig berücksichtigt und gleichzeitig eine „gesunde Politik“ entwickelt werden, die alle gesundheitsrelevanten Politikfelder miteinander vernetzt.

Schlussbemerkung

„Generationengerechte Gesundheitspolitik trägt dazu bei, dass die Chance aller nachrückenden Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen gesundheitlichen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen.“ – es ist zu hoffen, dass unsere Gesellschaft die Kraft und den Mut aufbringen kann und wird, diese eingangs genannte normative in eine beschreibende Definition umzusetzen.

Literatur

Antonovsky, A. (1993): Gesundheitsforschung versus Krankheitsforschung. In: A. Franke / M. Broda (Hg.): Psychosomatische Gesundheit. Versuch einer Abkehr vom Pathogenese-Konzept. Tübingen: dgvt. S. 3–14.

Antonovsky, A. (1987): Unraveling the mystery of health. How people manage stress and stay well. San Francisco: Jossey-Bass.

Badura, B. (1994): Public Health: Aufgabenstellungen, Paradigmen, Entwicklungsbedarf. In: D. Schaeffer / M. Moers / R. Rosenbrock (Hg.): Public Health und Pflege. Berlin: Sigma. S. 55–71.

Bayerischer Rundfunk (BR) (2003). (http://www.br-online.de/bayern-heute/thema/ zuwanderung/bevoelkerung.shtml. Download am 23.02.2003).

Blaxter, M. (1990): Health and lifestyles. London: Tavistock/Routledge.

Bundesministerium für Gesundheit (1999). Daten des Gesundheitswesens. (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Ausgabe 1999, Bd. 122). Baden-Baden: Nomos.

Deutsche Gesellschaft für Public Health (Hg.) (1999): Public-Health-Forschung in Deutschland. Bern: Huber.

Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (Bundestagsdrucksache 14/8800 vom 28.03.2002). Berlin: Deutscher Bundestag.

Diekmann, U. (2002). Psychiatrische Erkrankungen im Alter und ihre medikamentöse Behandlung. (http://www.ulrichdiekmann.de/medbuch 2002_072 002.pdf. Download am 02.02.2003).

Downie, R. S. / Tannahill, C. / Tannahill, A. (1996): Health promotion. Models and values. (2. Aufl.). Oxford: Oxford University Press.

Fehr, R. (2001): Ökologische Gesundheitsförderung: Analysen – Strategien – Umsetzungswege. Bern: Huber.

Grossmann, R. / Scala, K. (1996): Setting-Ansatz in der Gesundheitsförderung. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung: Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden der Gesundheitsförderung. Schwabenheim an der Selz: Peter Sabo. S. 100–101.

Katz, S. / Branch, L. G. / Branson, M. H. / Papsidero, J. A. / Beck, J. C. / Greer, D. S. (1983): Active life expectancy. New England Journal of Medicine, 309. S. 1218–1224.

Kolip, P. / Wydler, H. / Abel, T. (2000): Gesundheit: Salutogenese und Kohärenzgefühl. Einleitung und Überblick. In: H. Wydler / P. Kolip / T. Abel (Hg.): Salutogenese und Kohärenzgefühl. Grundlage, Empirie und Praxis eines gesundheitswissenschaftlichen Konzepts. Weinheim: Juventa. S. 11–19.

Lauterbach, K. W. / Stock, S. (2001): Nur Prävention und Qualität sichern die Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung. Arbeit und Sozialpolitik, 11–12, S. 12–21.

Lengerke, T. von (2002). Public Health. In R. Schwarzer / M. Jerusalem / H. Weber (Hg.): Gesundheitspsychologie von A bis Z. Ein Handwörterbuch. Göttingen: Hogrefe. S. 424–427.

Lengerke, T. von (2001): Health behaviour and health promotion in a public health psychology: Theoretical issues and empirical findings. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Müller, M. J. / Mast, M. / Langnäse, K. (2002): Adipositas: Eine Herausforderung für Public Health. Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 10. S. 11–20.

Rosenbrock, R. (1998): Gesundheitspolitik. In K. Hurrelmann / U. Laaser (Hg.): Handbuch Gesundheitswissenschaften (Neuausgabe). Weinheim: Juventa. S. 707–751.

Rütten, A. (2000): Herausforderung „Gesunde Region Westsachsen“: Erfahrungen mit einem WHO-Konzept für das 21. Jahrhundert. In G. H. Brundtland (Hg.): Grundrecht Gesundheit. Vision: Mehr Lebensqualität für alle. Frankfurt am Main: Campus. S. 193–207.

Schwartz, F. W. / Siegrist, J. / Troschke, J. von (1998): Wer ist gesund? Wer ist krank? Wie gesund bzw. krank sind Bevölkerungen? In F. W. Schwartz / B. Badura / R. Leidl / H. Raspe / J. Siegrist (Hg.): Das Public Health Buch. Gesundheit und Gesundheitswesen. München: Urban & Schwarzenberg. S. 8–31.

Seifert, B. / Schreiber, H. / Bellach, B. / Gundert-Remy, U. / Jung, T. (2000): Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 43. S. 323–327.

Sell, S. (2002): Zusammenfassung des Schlussberichts der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Bundestagsdrucksache 14/8800 vom 28.03.2002. (http://www.rheinahrcampus.de/~sell/wintersemester/sozialpolitik/matsopo/enquete.kommission.pdf. Download am 04.03. 2003).

Statistisches Bundesamt (2000) (Hg.): Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050: Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Stender, K.-P. / Pfahl, G. / Göpel, E. / Trojan, A. (2002): Nachhaltige Städte sind gesunde Städte. Gesundheit als Thema für alle Bürgerinnen und Bürger. In BUND (Hg.): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland. München: Riemann. S. 252–254.

Tremmel, J. (1997): Wie die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit reformiert werden kann. In: Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Hamburg: Rasch und Röhring. S. 149–240.

Wille, E. (2000): Gesundheitspolitische Visionen und Konsequenzen für das Krankenhausmanagement. Krankenhausmanagement, Jg. 2000. S. 751–772.

WHO (1948): Preamble to the Constitution of the World Health Organization as adopted by the International Health Conference, New York, 19–22 June, 1946; signed on 22 July 1946 by the representatives of 61 States (Official Records of the World Health Organization, no. 2, p. 100) and entered into force on 7 April 1948.

ZUR PERSON

Angelika Werner
geb. 1959 in Bad Reichenhall. Studium der Medizin in Regensburg und München (TU). Anschließend Assistenzärztin an der Chirurgischen Klinik der TU München und wissenschaftliche Mitarbeiterin mit dem Schwerpunkt „Chirurgische Onkologie". Seit 1991 tätig in der Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Weilheim. 1995 Facharztanerkennung zur Chirurgin. Sie promoviert mit einer epidemiologischen Studie zur Genese und Entwicklung venöser Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter. 2000 bis 2002 Studium Public Health an der LMU München mit den Schwerpunkten „Gesundheitsökonomie" und „Management im Gesundheitswesen" (Abschluss als Magistra of Public Health). Das Thema der Magisterarbeit „Krankenkassenwechsel und Morbidität". Weiterverfolgung dieser Untersuchung am GSF-Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen.

Dr. Thomas von Lengerke
geb. 1966. Studium der Psychologie in Heidelberg und Berlin (FU). Anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem gesundheitspsychologischen Forschungsprojekt an der FU Berlin sowie einem EU-Projekt im Bereich „Public Health Research" an der TU Chemnitz. Promotion zum Dr. phil. (Dissertation zu „Health Behaviour and Health Promotion in a Public Health-Psychologie"). Seit 2001 Nachwuchswissenschaftler am GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit in Neuherberg bei München. Tätigkeit im dortigen Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen als Mitglied der AG Gesundheitssystemanalyse zu den Schwerpunkten „Soziale Partizipation und Gesundheit" und „Krankheitskosten von Übergewicht". Wichtige Veröffentlichungen: *Health behaviour and health promotion in a public health psychology. Theoretical issues and empirical findings* (Dissertation), Frankfurt am Main, 2001. Public Health in R. Schwarzer, M. Jerusalem & H. Weber (Hg.*) Gesundheitspsychologie von A bis Z. Ein Handwörterbuch* Göttingen 2002. Selbsthilfegruppen in R. Schwarzer, M. Jerusalem & H. Weber (Hg.*). Gesundheitspsychologie von A bis Z. Ein Handwörterbuch,* Göttingen 2002. Self reported physical activity, public health, and perceived

environment: results from a comparative European study. *Journal of Epidemiology and Community Health*, *55,* 2001 (zusammen mit A. Rütten, T. Abel, L. Kannas, G. Lüschen, J. A. Rodríguez Diaz, J. Vinck, und J. van der Zee). Policy, competence, and participation: empirical evidence for a multilevel health promotion model. *Health Promotion International, 15,* 2000 (zusammen mit A. Rütten, T. Abel, L. Kannas, G. Lüschen, J. A. Rodríguez Diaz, J. Vinck, und J. van der Zee). *Health promotion policy in Europe. Rationality, impact, and evaluation.* München 2000 (zusammen mit A. Rütten, T. Abel, L. Kannas, G. Lüschen, J. A. Rodríguez Diaz, J. Vinck, und J. van der Zee).

Wolfgang Gründinger

GENERATIONENGERECHTE ENERGIEPOLITIK
WEGE ZUM SOLARZEITALTER

Energie und nachhaltige Entwicklung

Eine funktionierende Energieversorgung bildet die Voraussetzung für unseren Wohlstand und unseren technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Bräche sie zusammen, so wäre unser gesamtes Wirtschaftssystem nicht mehr funktionsfähig und wir müssten ohne Licht, Wärme, Fernsehen und Autos auskommen.

Allerdings belasten wir mit jeder Nutzung von Energie auch die Umwelt, z.B. indem wir knappe Rohstoffe verbrennen oder Schadstoffe freisetzen. Diese ökologischen Folgen unseres Energieverbrauchs können so weitreichend sein, dass sie die Lebenschancen künftiger Generationen beschneiden.

Betrachtet man die Zusammensetzung des deutschen und des globalen Energieverbrauchs, so fällt auf, dass er nahezu ausschließlich durch die fossilen Brennstoffe Erdöl, Kohle und Erdgas sowie durch Kernspaltung gedeckt wird (BMWi 2000, 9). Zudem steht zu erwarten, dass der globale Energiebedarf in den nächsten Jahrzehnten rapide ansteigen wird, da die Weltbevölkerung wächst und die Entwicklungsländer wirtschaftlich aufholen. Dieser von hohem Ausgangsniveau weiter ansteigende Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und die Inkaufnahme irreversibler Schäden durch die Nutzung der Kernkraft widersprechen jedoch dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.

Mit der Verbrennung fossiler Rohstoffe gehen wertvolle, begrenzte Ressourcen unweigerlich verloren. Bei stagnierendem Verbrauch reichen die weltweit gesicherten Reserven an Kohle noch 169 Jahre, an Erdgas noch 65 Jahre und an Erdöl nur noch 42 Jahre (BMWi 2000, 44 ff.). Allerdings wird der Verbrauch vermutlich drastisch ansteigen, wodurch diese ohnehin kurzen Reichweiten weiter verringert werden. Zudem werden die Förderkosten in die Höhe schnellen, wenn die Vor-

räte verknappen. Mit einem solch raschen Aufbrauchen nicht erneuerbarer Ressourcen wären künftige Generationen wohl sicher nicht einverstanden.

Mit der Verbrennung fossiler Rohstoffe entstehen zudem Gase wie Kohlendioxid (CO_2), die sich in der Atmosphäre anreichern, die Sonnenwärme auf der Erde zurückhalten und so zu einer globalen Erwärmung, dem Treibhauseffekt, führen. Wenn diese Klimagase weiter freigesetzt werden, befürchten Forscher katastrophale Folgen wie etwa Dürren, Wüstenbildung, Überschwemmungen und Wirbelstürme. Die Verschiebung der Klimazonen durch den menschlich verursachten Treibhauseffekt kann zudem zu Wasser-, Land- und Nahrungsmangel führen und gewaltige Flüchtlingsströme in Gang setzen. Humanitäre Katastrophen ungeahnten Ausmaßes sind zu befürchten. Um diese Gefahren abzuwenden, muss der globale Ausstoß an Klimagasen drastisch reduziert werden, mindestens um 50 Prozent bis 2050 gegenüber 1990. Da die Industrieländer schon heute viel Energie verbrauchen, müssen sie entsprechend mehr für den Klimaschutz tun. Für Deutschland ergibt sich hieraus das Ziel einer Senkung seiner CO_2-Emissionen um 75 Prozent (BMU 1999, 10).

Kommt es hingegen zu einer politisch motivierten Verknappung der Rohstoffe durch die erdölproduzierenden Länder, sind Kriege und Bürgerkriege um die raren Ressourcen nahezu unausweichlich. Schließlich sind die fossilen Rohstoffvorräte der Welt äußerst ungleich zwischen den Regionen verteilt; die NATO sieht ihre Sicherheitsinteressen mittlerweile durch das Risiko „der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ berührt, wie das Bündnis in seiner „Erklärung von Rom über Sicherheit und Zusammenarbeit“ verkündet. Kernspaltung stellt keine Alternative dar, auch wenn sie keine Klimagase emittiert. Denn mit der Nutzung von Atomkraft nimmt man unweigerlich das Risiko folgenschwerer Unfälle in Kauf. Bei einem Unfall im engbesiedelten Deutschland würden unzählige Menschen getötet oder verletzt, ein Gebiet in der Größe des Saarlandes wäre radioaktiv verseucht. Außerdem fällt Atommüll an, der noch Jahrtausende lang strahlt und menschliches Leben gefährdet. Seine Entsorgung ist noch immer ungelöst und wird wohl nie sicher gelingen können. Jeder dieser beiden Aspekte für sich genommen verbietet schon die Nutzung der Atomkraft. Auch weitere Erwägungen wie die Verknappung der Uranreser-

ven oder die Gefahr von Terroranschlägen legen dies nahe (Gründinger 2002, 39 ff.).

Unser heutiges Energieversorgungssystem ist auch keinesfalls wirtschaftlich rentabel, wie die niedrigen Energiepreise glauben machen. Diese sind nämlich nur so niedrig, weil die gesellschaftlichen Kosten des Energieverbrauchs (z.B. für Wasser- und Luftverschmutzung) nicht im Preis enthalten sind, sondern vom Steuerzahler getragen werden müssen. Gleichzeitig fördert der Staat mit direkten Subventionen die fossil-atomare Energiewirtschaft. Die Höhe dieser Subventionen wird auf jährlich über 26 Milliarden Euro beziffert (Loske/Metzger/Müller 2000). Die milliardenschweren Subventionen erhalten nicht-nachhaltige Wirtschaftszweige künstlich am Leben.

Angesichts der Endlichkeit der fossile Rohstoffreserven, der zu erwartenden Folgen des verstärkten Treibhauseffekts, der Gefahr von Ressourcenkonflikten, der Risiken der Atomkraft und den gesellschaftlichen Kosten ist eine umfassende Energiewende nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich.

Die zukünftige Energieversorgung darf sich nicht mehr auf fossile und nukleare Energiequellen stützen, sondern muss nach den Prinzipien einer generationengerechten Entwicklung ausgestaltet sein. Dazu muss die Nachfrage nach Energie durch Effizienz und Suffizienz gesenkt und der verbleibende Restbedarf durch regenerative Energieträger gedeckt werden.

Die Solare Energiewende

Moderne, sparsame Technologien und individuelle Verhaltensänderungen können unseren Energiebedarf deutlich senken – um einen Faktor 4 (von Weizsäcker 1995) bis zu einem Faktor 10 (Schmidt-Bleek 1997) innerhalb von fünfzig bis hundert Jahren. Rolf Kreibich spricht in seinem Beitrag für diesen Band daher zu Recht von einer „Effizienzrevolution“ und einer „Suffizienzrevolution“.

Der verbleibende Bedarf muss durch vielfältige Nutzung der Sonnenenergie gedeckt werden. Die Sonne ist der Motor allen Lebens: Sie lässt Pflanzen wachsen, treibt Wolkenbildung und Winde an und strahlt ihre Energie auch direkt auf die Erde. Auch Biomasse wie Raps, Schilfgras und Restholz sowie die Windkraft sind also solaren Ursprungs. Alle solaren Energieströme zusammen entsprechen dem Mehrtausendfachen

des gegenwärtigen globalen Energieverbrauchs. Deren technisch nutzbares Potenzial reicht aus, um den gesamten menschlichen Energiebedarf zu 100 Prozent aus solaren Energiequellen zu decken, selbst wenn er sich nochmals verdoppeln oder gar verdreifachen sollte (Deutscher Bundestag 1995).

Der wichtigste Pfeiler einer zukunftsfähigen Energieversorgung ist die direkte Nutzung der Sonneneinstrahlung. Hierbei gibt es mehrere technologische Optionen:

Mit Photovoltaik kann Sonnenstrahlung in Strom umgesetzt werden. Bei einer Sonneneinstrahlung von 1.100 Kilowattstunden pro Quadratmeter und einem technisch längst erreichten durchschnittlichen Wirkungsgrad von nur zehn Prozent (BMU 1999, 28) ließe sich der gesamte deutsche Strombedarf von gegenwärtig rund 500 Milliarden Kilowattstunden (BMWi 2000, 25) auf einer Fläche von 5.000 Quadratkilometern erzeugen. Dies entspricht weniger als 1,4 Prozent der Landesfläche (Fischer Weltalmanach 1999, 155) und knapp zwölf Prozent der überbauten Fläche (UBA/Statistisches Bundesamt 1998, 8). Durch eine konsequente Ausstattung von Dächern, Fassaden und Straßenrändern ließe sich folglich der gesamte deutsche Strombedarf allein durch Photovoltaik bestellen. Diese Schlussfolgerung soll nicht als Stimme für das alleinige Vertrauen auf Photovoltaik missverstanden werden, denn die wesentlich intelligentere und in der Versorgung sicherere Option stellt ein Mix aus den verschiedenen Energiequellen dar. Jedoch ist mit dieser Rechnung der Einwand widerlegt, eine Solare Energiewende sei aus Gründen des Flächenbedarfs nicht realistisch.

Mit Solarkollektoren lässt sich aus der Sonneneinstrahlung Wärme zur Heizung und Warmwasserbereitung gewinnen (Solarthermie). Potenziell lässt sich der gesamte Wärmebedarf, in Kombination mit solarem Bauen, aus Solarkollektoren bereitstellen.

Solarthermische Kraftwerke sind große Konstruktionen, bei denen das Licht konzentriert und zum Erhitzen von Wasser genutzt wird. Sie erzeugen gleichzeitig Strom und Wärme bei hohen Wirkungsgraden (BMU 1999, 32). Sie arbeiten bereits heute zu wirtschaftlichen Kosten rund um die Uhr und können von den technischen Bedingungen her die gesamte Energieversorgung in den Ländern südlich des 40. Breitengrades sicherstellen.

Solares Bauen (passive Solarnutzung) nennt man eine geschickte Architektur und kluge Wärmedämmungsmaßnahmen, so dass die so konstruierten Gebäude nur einen minimalen Bedarf an Wärmeenergie aufweisen und häufig nicht einmal eine Heizung benötigen. Diese Methode der Reduzierung des Energieverbrauchs fällt unter die Kategorie der Effizienz. Solararchitektur könnte, kombiniert mit Solarkollektoren, den gesamten Wärmebedarf bereitstellen. Dies sind 38 Prozent des gesamten deutschen Endenergieverbrauchs (von Weizsäcker 1999, 64).

Neben den geschilderten Möglichkeiten zur direkten Nutzung der Sonneneinstrahlung stehen noch, wie bereits oben erwähnt, vielfältige andere solare Energiequellen zur Verfügung. Als besonders vielversprechend gelten die Windkraft, vor allem Windparks vor der Küste (sog. Off-shore), und Biomasse, die teilweise zur Erzeugung von Bio-Treibstoffen geeignet ist, z.B. Raps oder Leindotter für Pflanzenöl. Der Vollständigkeit halber sollen auch die Wasserkraft, die Gezeitenkraft, die Wellen- und Meeresströmungsenergie und die Geothermie erwähnt werden. Deren Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten sind in meinem Buch „Öko-Realismus“ (Gründinger 2002) skizziert.

Doch was tun, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? Zum einen kann auf Biomasse zurückgegriffen werden, die problemlos lagerfähig ist. In Zeiten von Stromüberschuss kann Strom außerdem durch vielfältige Technologien gespeichert werden. Damit wird die Versorgungssicherheit des solaren Energie-Mixes sichergestellt.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Wasserstoff-Technologie zu. Unter Energiezufuhr kann man Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff spalten. Verbindet man die beiden Gase wieder, wird in einer Knallgasreaktion Strom frei. Für solche Prozesse konstruierte Brennstoffzellen liefern lokal absolut schadstofffreie Energie. Einziges Abfallprodukt ist Wasser bzw. Wasserdampf. Wasserstoff besitzt eine hohe Energiedichte und ist auch als Treibstoff einsetzbar – im Verkehrsbereich liegt daher auch seine Zukunft.

In Pumpspeicherkraftwerken kann mit dem Energieüberschuss Wasser bergauf gepumpt und angestaut werden. Bei Bedarf fließt es wieder bergab und treibt dabei Turbinen zur Stromerzeugung an.

Weitere Speichermethoden bieten sich an: etwa thermische Speicher, mit denen man Wärme in Wasserbehältern aufbewahrt; elektrochemi-

sche Akkus, die in Photovoltaikzellen integriert werden können; elektrostatische Speicher, die sich vor allem für netzverbundlose Geräte eignen; elektromechanische Speicher wie z.B. Pressluft (Scheer 2000, 189 ff.).

Das Ziel einer Solaren Energiewende muss sein, bis zum Jahr 2050 möglichst 100 Prozent, jedenfalls aber mehr als 90 Prozent des deutschen Energiebedarfs aus regenerativen Quellen zu decken. Die technische und finanzielle Machbarkeit dieser realen Utopie ist durch wissenschaftliche Studien belegt (Scheer 1999, 104 ff.).

Diese Energiewende kann nur in dezentralen Strukturen glücken. Ökologisch und wirtschaftlich zweifelhafte Großprojekte sind abzulehnen, so etwa die solare Erzeugung von Strom in der Sahara und sein anschließender Transport mit Wasserstoff-Pipelines nach Europa, oder auch das Verklappen von Kohlendioxid in Ozeanen und leeren Erdgas- und Erdölfeldern: Diese Großprojekte verbleiben in veralteten Strukturen und sprengen sie nicht.

Parallel zur Senkung des Energieverbrauchs durch Effizienz und Suffizienz sind regional weitgehend autonome Strukturen aufzubauen. Es gilt dabei der Grundsatz: So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig. Die Energieversorgung erfolgt dabei aus einem Mix der jeweils lokal verfügbaren Quellen. Ständig laufende Quellen wie Wasserkraft und Geothermie stellen, wo sie vorhanden sind, die Grundlast sicher. Mit Unterbrechungen laufende Quellen wie Gezeitenkraft, Windkraft und die verschiedenen Formen der Sonnennutzung bilden einen weiteren, je nach regionaler Verfügbarkeit der Quellen zusammengesetzten Sockel und gleichen sich in ihrer Kombination gegenseitig aus.

Die Versorgungssicherheit wird durch Blockheizkraftwerke gewährleistet, die durch möglichst regional angebaute Biomasse betrieben werden sollen. Alle Kleinkraftwerke müssen dazu bei einer Schaltstelle vernetzt werden. Wo es notwendig ist, muss regional auftretender Strommangel durch das überregionale Verbundnetz oder vorübergehend durch kleine, hoch effiziente Gas- und Dampfkraftwerke ausgeglichen werden. Zusätzlich wird die Versorgungssicherheit durch vielfältige Speichertechnologien wie Wasserstoff, Pumpspeicherkraftwerke und Akkus sowie durch das überregionale Verbundsystem garantiert.

Integraler Bestandteil der Solaren Energiewende ist eine ökologische Verkehrswende. Neben der längst fälligen serienmäßigen Einführung verbrauchsarmer Automodelle („Ein-Liter-Auto“) und die Erziehung zu sparsamer Fahrweise z.B. durch Einführung eines Tempolimits auf der Autobahn geht es hierbei vor allem um die Entwicklung und Verwirklichung von alternativen Antriebsmethoden und von Alternativen zum Auto.

Als vielversprechendster solarer Treibstoff gilt Wasserstoff. Autos, Lkws, Busse und gar Flugzeuge können mit Wasserstoff lokal absolut abgasfrei angetrieben werden; die einzigen Schadstoffe werden bei der Erzeugung des Wasserstoffs frei, die man dezentral mit regenerativen Energien bewerkstelligen sollte.

Der Wasserstoff wird in der Brennstoffzelle im Auto in Strom umgewandelt und treibt so einen Elektromotor an; der Wasserstoff kann dabei flüssig oder komprimiert getankt werden oder erst an Bord durch einen vorgeschalteten Reformator aus (Bio-)Gas, (Bio-)Methanol oder Benzin herausgelöst werden. Beide Verfahren werfen noch technische Probleme auf (Karge 2000). Die direkte Nutzung des Wasserstoffs benötigt außerdem ein entsprechendes Netz an Wasserstoff-Tankstellen. Daher ist die Verwendung biogener Treibstoffe pragmatischer, auch wenn die Umwandlung von Biomasse in Bio-Methanol bzw. Biogas noch sehr ineffizient ist.

Die Nutzung der Brennstoffzelle macht auch eine bessere Hybrid-Technik möglich, d.h. das Auto ist zugleich Brennstoffzellen- als auch Elektroauto. Bei der Brennstoffzelle wird ohnehin Strom produziert und Elektromotoren liefern den Antrieb. Schon der zusätzliche Einbau einiger weniger Batterien würde den Hybridantrieb perfektionieren (Hawken/Lovins/Lovins 2000, 45 ff.). Hintergrund ist die Überlegung, dass beim Privatmann der weitaus größte Teil der Fahrten in Nahbereich liegt und diese mit einer mäßigen Batterieausstattung lokal absolut schadstofffrei und mit Strom aus regenerativen Energien zurückgelegt werden könnten. Gleichzeitig sind Langstreckenfahrten kein Problem, da die Brennstoffzelle z.B. mit Bio-Methanol schnell nachgetankt werden kann. Der Vorteil liegt in der Energiebilanz, der hohen Effizienz und der sinnvollen Verwertung des Stroms in schwach ausgelasteten Zeiten durch Aufladen der Batterien.

Bis zur breiten Markteinführung von Brennstoffzellenautos stehen biogene Energieträger wie Bio-Methanol und „Bio-Diesel“ als Ersatz für die fossilen Treibstoffe in herkömmlichen Verbrennungsmotoren zur Verfügung.

Parallel zur technologischen Fortentwicklung des Autos sind Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu entwickeln. Eine wichtige Strategie ist hierbei die Verkehrsvermeidung durch eine optimale dezentrale Vernetzung von Wohnen, Arbeit, Einkauf und Freizeit im Rahmen einer solaren Stadt- und Raumplanung, so dass die Wege verkürzt werden und mit den Füßen zurückgelegt werden können. Daneben sind öffentliche Verkehrsmittel auszubauen und kostenlos anzubieten sowie die verschiedenen Formen des Car-Sharing zu fördern.

Ökologisch und wirtschaftlich zweifelhafte Großprojekte wie der Transrapid sind abzulehnen und statt dessen Investitionen in die Verbesserung und den Ausbau sowie die Verbilligung des Schienenverkehrs zu tätigen.

Ökologische Steuerreform

Für die rasche und breite Einführung regenerativer Energien, effizienter Technologien und suffizienter Verhaltensweisen müssen die Preise fossiler Energien über einen langen Zeitraum hinweg in kleinen Schritten vorhersehbar steigen. Die Nachfrage kommender Generationen wird so in unseren jetzigen Preis fiktiv integriert. Dadurch erhält der heutige Verbraucher finanzielle Anreize, seinen Energiekonsum zu mindern und sich durch solare Selbstversorgung hohe Steuern für fossile Energie zu ersparen.

Diese Besteuerung soll sämtliche fossilen Primärenergieträger (Kohle, Öl, Gas, Uran) betreffen und eine reale Verteuerung von fünf Prozent jährlich beim Endverbraucher bewirken. Dabei sollen die Steuersätze die Klimaschädlichkeit des jeweiligen Energieträgers berücksichtigen (also höhere Besteuerung von Kohle als von Erdgas). Für Uran ist ersatzweise ein angemessener Gefahrenzuschlag einzuführen. Für öffentliche Verkehrsmittel und die Bahn sind Ausnahmeregelungen zu treffen. Zusätzlich sind – sofern die Reform nicht EU-weit erfolgt – vorübergehende Ausnahmeregelungen für die Wirtschaft unter gewissen Auflagen (z.B. Erschließung von Energiesparpotenzialen) zu gewähren.

Daneben sind weitere Ökosteuern einzuführen, wie beispielsweise eine Schwerverkehrsabgabe, Steuern auf mineralische Rohstoffe und eine Flottensteuer für Autos, deren Benzinverbrauch einen gesetzlichen Wert übersteigt. Auch Flächenversiegelung, Wasserverbrauch, Stickstoffeinsatz sowie Tabak und Alkohol sind Kandidaten für eine (verstärkte) Besteuerung.

Bisher werden mit den Ökosteuereinnahmen die Rentenkassen gefüllt. Psychologisch wirkt das jedoch wie eine unrechtmäßige Zweckentfremdung einer Abgabe mit einem guten Zweck. Deshalb sollte mit den Steuereinnahmen stattdessen ein Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm (Öko-ZIP) finanziert werden. Dabei braucht auf einen Ausgleich für die Bürger (durch verringerte Belastung des Faktors Arbeit und Erhöhung der Transfereinkommen) nicht einmal verzichtet zu werden, der dann eben nicht aus den Ökosteuer-Einnahmen, sondern aus der Streichung umweltschädlicher Subventionen erfolgt.

Die Ökologische Steuerreform ist eines der größten Zukunftsprojekte in unserer Gesellschaft: Sie vermindert die Umweltbelastungen erheblich, belebt den Arbeitsmarkt, schafft mehr soziale Gerechtigkeit, stärkt die lokale Wirtschaft, macht die Volkswirtschaft unabhängiger und erschließt neue Exportmöglichkeiten (Krebs / Reiche / Rocholl 1998). Dabei bietet die Ökologische Steuerreform die Chance zu einer umfassenden Neugestaltung des Steuer- und Abgabensystems.

Ende der fossilen Subventionen

Die gegenwärtige maßlose Subventionierung für die fossil-atomare Energiewirtschaft ist zu beenden. Schnellstmöglich abgebaut werden sollen sämtliche direkte Fördergelder, ein Großteil der Forschungsgelder für fossile und atomare Energien, die kostenlose Bereitstellung polizeilicher Überwachung von Castor-Transporten sowie die Bezuschussung des Kohleabbaus; eine Vielzahl von Steuervorteilen bei der Mineralölsteuer, vor allem die ökologisch nicht zu rechtfertigende niedrigere Besteuerung von Diesel, sowie die Umsatzsteuerbefreiung im internationalen Flugverkehr sind aufzuheben; Mittel für Straßenbau und Flughäfen sind zu kürzen; Treibstoff für Flugzeuge und den internationalen Schiffsverkehr ist zu besteuern. Diese Reihe an ungerechtfertigten Subventionen ließe sich noch lange fortsetzen (Loske/Metzger/ Müller 2000).

Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm

Wie beschrieben sollte mit den Einnahmen aus den Ökosteuern ein Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm (Öko-ZIP) finanziert werden. Darunter fallen Investitionen in regenerative Energien, Effizienz und Suffizienz, öffentliche Verkehrsmittel, Brennstoffzellenforschung, Radwege und die Bahn zu tätigen. Konkret sollten etwa ein Ein-Million-Solardächer-Programm und ein Ein-Million-Altbauten-Programm zur wärmetechnischen Sanierung alter Häuser gestartet werden. Etwaige Überschüsse sollten in anderweitige Zukunftsprojekte fließen, wie z.B. die Bildung oder der Abbau der Staatsverschuldung.

Ordnungsrechtliche Begleitung der Liberalisierung des Strommarkts

Die (bereits erfolgte) Liberalisierung des Strommarktes an sich ist weder zu begrüßen noch abzulehnen. Es gibt viel Kritik an ihr, weil die wenigen vorhandenen großen Konzerne den Markt kontrollieren können. Unliebsame Kleinanbieter werden entweder aufgekauft oder durch Dumpingpreise ruiniert. Außerdem fördern die Großkonzerne den Stromverbrauch, um eine vollständige Auslastung ihrer Kraftwerke zu erreichen und so höhere Gewinne zu erzielen. Großkraftwerke sind nämlich nur schwierig in ihrer Leistung herunterzufahren. Sie müssen daher ständig voll laufen, um sofort auf Nachfrageschwankungen reagieren zu können. Kleine Anlagen wie Wind- oder Wasserkraftwerke werden nur dann zugeschaltet, wenn die Großkraftwerke nicht mehr ausreichen. So würde die Liberalisierung die umweltpolitischen Ziele unterhöhlen und wäre demnach abzulehnen.

Wenn jedoch gleichzeitig zur Liberalisierung entschiedene Maßnahmen getroffen werden, kann sie auch umweltpolitisch vorteilhaft genutzt werden. Dazu gehören vor allem die Ökologische Steuerreform, die Subventionsumverteilung sowie eine kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbare Energien (Einspeisevergütung bedeutet, dass ein Kleinanbieter seinen Strom ins Netz einspeist und dafür Geld von den Stromkonzernen bekommt).

Daneben sind weitere begleitende Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von Effizienz, Suffizienz und regenerativen Energien zu treffen:

Zur Zeit muss man weniger pro Kilowattstunde Strom zahlen, wenn man viel verbraucht (Massenrabatt). Diese Praxis sollte gesetzlich verboten werden, da sie einen hohen Stromverbrauch begünstigt.

Die Stromnetze gehören den großen Energiekonzernen, die ihre Netzmacht nutzen, um von Kleinanbietern überzogene Durchleitungsgebühren zu verlangen oder die Netzdurchleitung ganz abzulehnen, was sie mit angeblichen technischen Problemen begründen. Daher müssen die Stromnetze – als Teil der öffentlichen Infrastruktur – an die öffentliche Hand übergehen.

Bürokratische Hemmnisse für erneuerbare Energien wie z.B. komplizierte Bauvorschriften sind abzubauen. Des weiteren sind gesetzliche ökologische Mindeststandards einzuführen, wie z.B. eine Mindestgröße von Photovoltaikanlagen und Solarzellen für Gebäude und Geräte (stand-alone / stand-by) sowie maximale Energieverbräuche für Geräte. Die Eigenheimförderung ist durchgängig an solaren Kriterien auszurichten.

Staatliche Labels für besonders effiziente Geräte und für Strom aus regenerativen Quellen sind einzuführen und eine Informations- und Werbekampagne ist zu starten, die über die technischen und gesellschaftlichen Perspektiven sowie die ökologischen Notwendigkeiten einer Solaren Energiewende informiert. Die Einrichtung von gezielten Weiterbildungskurse für Physiker, Chemiker, Ingenieure, Architekten, Landwirte, Handwerker usw. sowie eine breite Durchführung von Demonstrationsprojekten sind zu fördern.

Vorbildfunktion des Staates

Der Staat spielt eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen. Indem er gezielt seine Nachfrage in Einklang mit seiner Energie- bzw. Umweltpolitik ausrichtet, beeinflusst er die wirtschaftlichen Strukturen nicht unbedeutend. So können Bund, Länder und Kommunen ihre Fuhrparke mit effizienten Autos bestücken, ihre Räume mit Energiesparlampen ausstatten, ihre Gebäude mit Solarkollektoren, Photovoltaikanlagen und verbesserter Wärmedämmung versehen usw. Dadurch wird nicht nur eine verstärkte Produktion dieser Güter mit der Folge sinkender Preise induziert, sondern auch das Interesse der Bevölkerung für diese Produkte gestärkt. Eine wichtige Rolle kommt hierbei den Kommunen zu, da sie diese Vorbildfunktion hauptsächlich wahrnehmen müssen.

Fazit

Energie ist die Grundlage unseren Wohlstands und unseres Fortschritts. Mit ihrer Nutzung sind allerdings massive ökologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Probleme verbunden. Fossile Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas reichen nicht für ewig und setzen bei ihrer Verbrennung Gase frei, deren Anreicherung in der Atmosphäre nach wissenschaftlichem Kenntnisstand zu potenziell katastrophalen Klimaveränderungen führt. Die ungleiche Verteilung der Rohstoffe sowie die Folgen des Klimawandels führen zudem zu einem sicherheitspolitischen Bedrohungspotenzial. Kernspaltung ist keine Alternative, da mit ihrem Einsatz das Risiko eines verheerenden Unfalls mit irreversiblen Schäden und die Anhäufung Jahrtausende lang radioaktiv strahlender Substanzen verbunden sind. Zugleich erhalten wir dieses System der Energieversorgung künstlich am Leben, indem wir die externen Kosten des Energieverbrauchs unberücksichtigt lassen und es mit hohen Subventionen fördern. Diese kurzsichtige, irrationale Ausrichtung der gegenwärtigen Energiepolitik stellt eine eklatante Verletzung des Prinzips einer generationengerechten und nachhaltigen Entwicklung dar.

Ein völliger Umbau des Energieversorgungssystems ist daher unbedingt notwendig. Eine Solare Energiewende muss eingeleitet werden, die auf drei ineinander übergreifenden Bausteinen beruht:

- Energie rational verwenden (Effizienz),
- Energie sparen (Suffizienz),
- erneuerbare Energien ausbauen (Substitution).

Alle drei Strategien müssen gleichzeitig konsequent verfolgt werden, so dass das von der Bundesregierung formulierte Ziel einer 75prozentigen Reduktion der nationalen Kohlendioxid-Emissionen bis 2050 erreicht werden kann. Bis dahin soll der deutsche wie möglichst auch globale Energiebedarf durch Effizienz und Suffizienz stark gesenkt werden, dass er problemlos zu 100 Prozent durch nachhaltige Technologien gedeckt werden kann. Hierzu müssen vor allem die jeweils lokal verfügbaren regenerativen Energienquellen (Sonne, Wind, Biomasse, kleine Wasserkraftwerke, Geothermie u.a.) in cleveren Kombinationen und dezentralen Versorgungssystemen eingesetzt werden. Die regional autonome Energieversorgung wird durch Speichertechnologien sichergestellt und durch netzverbundlose Geräte erleichtert. Im Verkehr sind

kurzfristig verbrauchsarme Motoren einzuführen und sparsame Fahrgewohnheiten zu fördern und mittel- bis langfristig Alternativen wie Brennstoffzellen-Hybrid-Fahrzeuge, biogene Treibstoffe, Verkehrsvermeidung und ein Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel anzustreben.

Diese tief greifende Solare Energiewende ist technisch möglich und auch realisierbar, wenn heute die richtigen politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Mit einem breit gefächertem Policy-Mix aus Ökosteuern, flankierter Liberalisierung des Strommarktes, Subventionsumleitung, einer solaren Ausrichtung staatlicher Nachfrage und weiteren Maßnahmen kann Deutschland einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Verwirklichung einer national und global nachhaltigen Entwicklung leisten.

Wir als die heute lebende Generation halten alle Fäden in der Hand, unseren Kindern und Enkeln die gleichen Lebenschancen zu garantieren wie wir sie haben. Um dieses Ziel zu erreichen, muss heute mit der Solaren Energiewende begonnen werden.

Literatur

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1999) (Hg.): Erneuerbare Energien und Nachhaltige Entwicklung. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2000) (Hg.): Energiedaten. Bonn.

Deutscher Bundestag (1995) (Hg.): Dritter Bericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages zum „Schutz der Erdatmosphäre". Band 2. Bonn.

Dunn, Seth (2001): Die Energiewirtschaft vom Kohlenstoff entkoppeln. In: Worldwatch Institute (Hg.): Zur Lage der Welt. Frankfurt am Main.

Gründinger, Wolfgang (2002): Öko-Realismus. Die Krise der Umwelt und die Solare Revolution. Oldenburg.

Hawken, Paul / Lovins, Amory / Lovins, Hunter (2000): Öko-Kapitalismus. München.

Karge, Desiree (2001): Die Sacramento-Connection. In: Bild der Wissenschaft 9.

Krebs, Carsten / Reiche, Danyel / Rocholl, Martin (1998): Die Ökologische Steuerreform. Was sie ist, wie sie funktioniert, was sie uns bringt. Basel/Boston/ Berlin.

Loske, Reinhard / Steffe, Frank (2001): Ökonomische Anreize in der Umweltpolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9.

Loske, Reinhard / Metzger, Oswald / Müller, Klaus (2000): Abbau umweltschädlicher Subventionen. Manuskript vom 7.3.00.

Nida-Rümelin, Julian (1995): Energie für die Weltgesellschaft. In: Peter J. Opitz (Hg.): Weltprobleme. München.

Scheer, Hermann (2000): Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München.

Scheer, Hermann (1997): Sonnen-Strategie. Politik ohne Alternative. München.

Schmidt-Bleek, Friedrich (1997): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Faktor 10 – das Maß für ökologisches Wirtschaften. München.

Umweltbundesamt und Statistisches Bundesamt (1998) (Hg.): Umweltdaten Deutschland. Berlin/Wiesbaden.

von Weizsäcker, Ernst Ulrich (1999): Das Jahrhundert der Umwelt. Vision: Öko-effizient leben und arbeiten. Frankfurt am Main/New York.

von Weizsäcker, Ernst Ulrich / Lovins, Amory / Lovins, Hunter (1995): Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch. München.

ZUR PERSON

Wolfgang Gründinger
geb. 1984. Schüler. Gilt als „Anwalt der Jugend“ (E.U. von Weizsäcker). Gehört zu den Mitbegründern und zum Bundesvorstand von Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Deutschland (YOIS Deutschland), Leitung des Arbeitskreises Umwelt. Zudem Leitung der Landeskommission der Jusos Bayern für Umweltpolitik und Teilnahme an verschiedenen nationalen und internationalen Konferenzen, u.a. an der UN-Klimakonferenz in Bonn 2001 und dem UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002. Mehrere Auszeichnungen, u. a. erster bayrischer Landessieger beim Europäischen Deutsch-Wettbewerb und Preis „Junge Kritiker“. Veröffentlichung: „Öko-Realismus“, 2002 (wird derzeit ins Italienische übersetzt). Mitautor des Buches „Nachhaltigkeit als Reformprinzip“. 2002 Anklage gegen die bayerische Staatsregierung, um die Unabhängigkeit volljähriger Schüler von ihren Eltern zu erreichen.

Jörg Tremmel

POSITIVRECHTLICHE VERANKERUNG DER RECHTE NACHRÜCKENDER GENERATIONEN

Das Strukturproblem der Demokratie: Zukünftige Individuen haben keine Stimmen

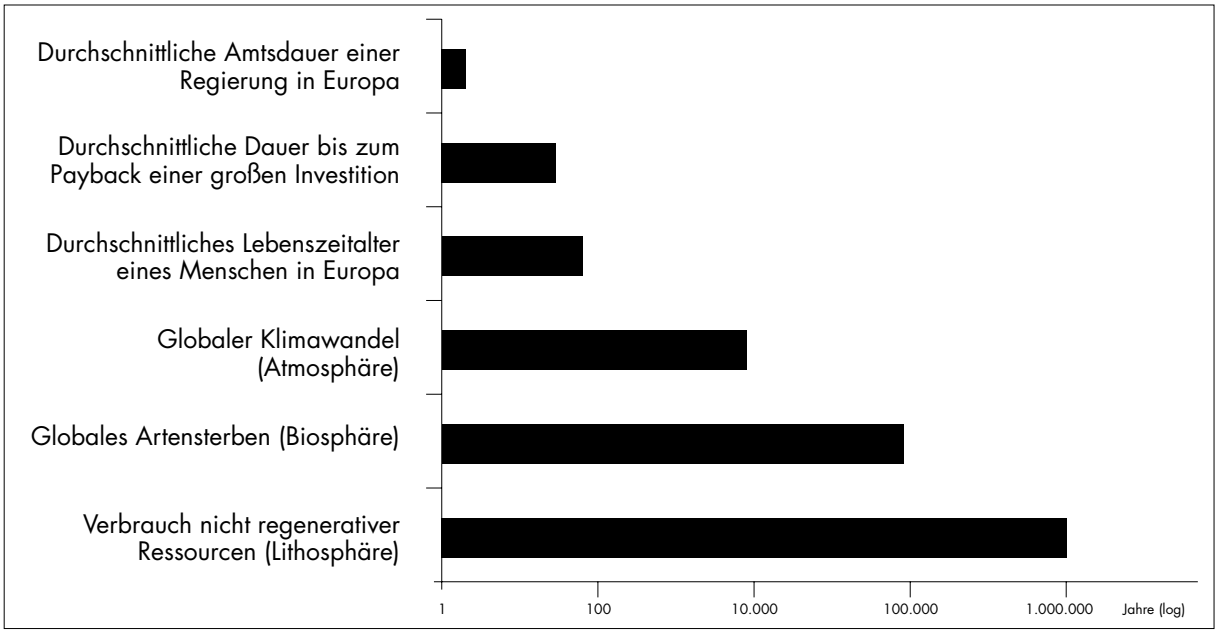
Das traditionelle, eng verstandene Demokratieprinzip kann in ein Spannungsverhältnis mit dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit treten (Tremmel/Viehöver 2001, 1). Wahlperioden, die naturgemäß nicht allzu lang sein können, ohne den Einfluss des Wählers zu weit zurückzudrängen und damit das Wesen der Demokratie an sich zu gefährden, führen dazu, dass die Handlungen von Politikern tendenziell gegenwartsbezogen, also an den Wünschen und Bedürfnissen der heute lebenden Bürger – ihrer Wähler – orientiert sind. Der technische Fortschritt sorgt jedoch dafür, dass die Auswirkungen gegenwärtigen Handelns, etwa der Bau eines Atomkraftwerks, weit in die Zukunft hineinreichen und die Lebensqualität zahlreicher zukünftiger Generationen tiefgreifend negativ beeinflussen können.[1]

Bis 1999 wurden in deutschen Atomkraftwerken 7.196 Tonnen Plutonium (PU-239) als Abfallstoff produziert. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren. Nach heutigem Kenntnisstand wird also noch in 789.471 Jahren ein Gramm aus heutiger Hinterlassenschaft übrig sein – und bereits ein Gramm bedroht die menschliche Gesundheit. Wenn man bedenkt, dass erst seit 10.000 Jahren Menschen ihre Geschichte aufschreiben, wird deutlich, für welch lange Zeit die heute lebenden Generationen kommenden Generationen ihre Hinterlassenschaften aufbürden. Zu keiner früheren Zeit hatte die herrschende

[1] Zur juristischen Bewertung des Problem des nuklearen Abfalls vgl. Hofmann 1981; Kloepfer 1996.

Generation eine so große Macht, die Zukunft zu prägen. Leider hat in den letzten Jahrzehnten die Weiterentwicklung der Moral und Weitsicht der Entscheidungsträger nicht mit dem enormen Zuwachs der technischen Möglichkeiten Schritt gehalten.[2]

Abb. 1: Relevante Zeitskalen für Entwicklungen für Menschen und die Umwelt



Quelle: eigene Darstellung

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht aus Erfahrung, wenn er sagt: „Allgemein gesagt ist jede parlamentarische Demokratie auf einem Strukturproblem aufgebaut, nämlich der Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft. Es ist nun einmal so, dass wir nicht anders regiert werden können und regiert werden wollen als durch auf Zeit gewählte Vertreter, die mit ihrem Angebot zur Lösung der Probleme gar keinen weiteren Dispositionsspielraum zur Verfügung gestellt bekommen als den ihrer Legislaturperiode. Damit will ich nicht behaupten, dass die gesamte politische Repräsentanz keinen Sinn für langfristige, zukünftige Aufgaben hätte.

[2] Dem steht nicht entgegen, dass Birnbacher in diesem Band die in zeitlicher Hinsicht wachsende Reichweite der moralischen Anforderungen beschreibt. Dies bedeutet vielmehr, dass das gegenwärtige Handeln der Entscheidungsträger immer unmoralischer in Bezug auf kommende Generationen wird.

Nur steht sie vor der Notwendigkeit, sich Mehrheiten zu beschaffen." (Friedrich/Mändler/Kimakowitz 1998, 53).

Bei der Beschaffung dieser Mehrheiten können die Individuen, die in Zukunft geboren werden, nicht mitwirken. Sie tauchen im Kalkül des Politikers, der seine Wiederwahl organisiert, nicht auf. Könnten sie ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess geltend machen, so wären die Mehrheitsverhältnisse bei wichtigen politischen Entscheidungen anders. Als Beispiel dafür mag die Energiepolitik dienen:[3] Die von den heutigen Generationen betriebene Form der Energiegewinnung mit dem Schwerpunkt auf fossilen Energieträgern ermöglicht derzeit einen einmalig hohen Lebensstandard, nimmt aber dafür gravierende Nachteile in der mittelfristigen Zukunft von fünfzig bis hundert Jahren in Kauf. Wir wissen heute schon – das ist sehr entscheidend – dass diese Energiepolitik zu einer Kohlendioxidanreicherung in der Atmosphäre führt mit der Folge, dass der natürliche Treibhauseffekt verstärkt wird und die Temperaturen weltweit ansteigen. Überschwemmungen, Flüchtlingsströme und neue Konflikte sind die in Zukunft anfallenden Folgen dieser kurzsichtigen Politik. Selbst wenn nur die zukünftigen Individuen, die in den nächsten 200 Jahren geboren werden, über die Energiepolitik mit abstimmen könnten, so gäbe es grundsätzlich andere Mehrheiten.

Dieses grundlegende Dilemma der Demokratie führt zu Gegenwartspräferenz – um nicht zu sagen: Zukunftsvergessenheit – und damit zu einer strukturellen Benachteiligung nachrückender Generationen (Tremmel 1996). Generationengerechtigkeit ist eine Form der Verteilungsgerechtigkeit, nämlich der Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen zwischen den Generationen (vgl. Kloepfer 1998). Und angesichts der Stimmenlosigkeit künftiger Generationen ist es nicht verwunderlich, dass bei den harten Verteilungskonflikten zwischen den die Gegenwart bestimmenden Partikular-Gruppen häufig nicht mehr genug übrig bleibt für künftige Generationen. Auch wenn nicht die Natur und auch nicht die Menschheit als Ganze gefährdet sind, sondern „nur" Teile der Menschheit und bestimmte Elemente der Natur (Renn/Knaus 1998, 18), so ist doch heute das Recht zukünftiger Generationen, ihr Leben auf einem ökologisch intakten, biologisch vielfältigen Planeten zu verbringen, gefährdet wie nie zuvor in der Geschichte der

[3] Vgl. den Beitrag von Gründinger in diesem Band.

Menschheit. Die „Futurisierung“ ökologischer Probleme bedeutet für zukünftige Generationen eine existenzielle Gefahr.

Dieses Problem weiter zu ignorieren, können wir uns im Angesicht der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme nicht länger leisten. Wir brauchen eine neue Zukunftsethik, um die Chancen kommender Generationen zu erhalten. Diese Ethik ist bereits im Entstehen,[4] aber die sich bei vielen Menschen vollziehende Bewusstseinsveränderung hat sich bisher noch nicht (ausreichend) im positiven Recht niedergeschlagen. Genau dies ist notwendig. Darauf zu hoffen, dass Politiker sich aus ethischen Gründen ebenso dem Willen der Wähler wie dem Willen der ungeborenen Nichtwähler annehmen, ist naiv. Aus verständlichen Gründen kann es nicht das Ziel des Politikers sein, sich abwählen zu lassen. Auch eine Rechenschaftspflicht ist aus strukturellen Gründen nicht möglich: Ein heute agierender Politiker wird aufgrund seiner begrenzten Lebenszeit die Folgen seines Tuns nicht mehr verantworten müssen und ist dafür dann auch nicht mehr haftbar zu machen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen verändert werden. Dies muss natürlich so geschehen, dass der Kern des Demokratieprinzips unverletzt bleibt. Die Schlussfolgerung, dass wir zur Lösung des beschriebenen Strukturproblems am besten die freiheitlich-liberale Demokratie selbst überwinden sollten, wäre absurd. Die Demokratie gehört zu den wichtigsten Elementen des sozialen Kapitals, das kommende Generationen erben können. Ihre Abschaffung ist aus vielen Gründen undenkbar – sie wäre aber auch im Rahmen des Prinzips „Generationengerechtigkeit“ selbst eine irreparable Schädigung kommender Generationen.

Die Umsetzung der neuen Zukunftsethik in positives Recht

Das deutsche Grundgesetz definiert ebenso wie die meisten anderen Verfassungen grundsätzlich nur die Rechte der bereits Geborenen. Zukünftige Generationen genießen nicht den Schutz des Grundgesetzes. Wie viele andere Länder auch sollte daher auch Deutschland die Initiative für eine Verfassungsänderung ergreifen, um die Rechte und Interessen der späteren Generationen besser zu schützen. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen hat in Deutschland eine Kampagne für eine Neufassung des Art. 20a GG gestartet, um das

[4] Vgl. den Beitrag von Russel/Kals/Montada in diesem Band.

Prinzip der „ökologischen Generationengerechtigkeit“ bzw. „ökologischen Nachhaltigkeit“[5] verbindlich für den jeweiligen Gesetzgeber in der Verfassung zu verankern. Um das oben dargestellte Strukturproblem der Demokratie zu lösen, haben unterschiedliche Länder ganz verschiedene Ansätze gewählt. Im letzten Teil dieses Artikels werden die schon erfolgten Rechtsänderungen bzw. der Stand der Umsetzungsansätze in Israel, Ungarn, der Schweiz und weiteren Ländern dargestellt. Wir werden sehen, dass in diesem Zusammenhang international (in den verschiedenen Ländern und auch auf UN-Ebene) vor allem diskutiert wurde bzw. wird, ob (1) der Nachweltschutz materiellrechtlich durch eine Konkretisierung in der Verfassung selbst oder aber durch eine neue Institution gewährleistet werden soll; und (2) ob sich der Nachweltschutz allein auf das ökologische Gebiet erstrecken oder alle Felder umfassen soll.
Zuvor muss jedoch untersucht werden, ob zukünftige Generationen überhaupt *Rechte* haben.

Haben zukünftige Menschen „Rechte“?

Verantwortung der Heutigen statt Rechten Zukünftiger

In diesem Kapitel müsste eigentlich von „Menschen“ und nicht von „Generationen“ die Rede sein, weil Generationen als Entitäten von nur wenigen Theoretikern *explizit* als Rechtsträger angesehen werden. Zukünftige Generationen setzen sich zusammen aus zukünftigen Menschen, von denen möglicherweise jeder Einzelne Rechte hat. In der Debatte seit den 1970er Jahren wird jedoch fast ausschließlich nur von „Rechten zukünftigen Generationen“ gesprochen, was auch selten kritisiert wird (Unnerstall 1999, 63 ff. und 117 ff.; vgl., aber mit abweichender Terminologie Acker-Widmaier 1999, 53). Da diese Debatte nun ansatzweise referiert wird, bleibt es bei dieser Terminologie, wobei der Leser sich vor Augen halten soll, dass es den meisten Autoren inhaltlich wohl eigentlich um „zukünftige Individuen“ ging.[6]

[5] Beide Begriffe werden im Folgenden synonym verwendet.

[6] Möglicherweise kann man auch Generationen als Entitäten Rechte verleihen, analog dem Sprechen von den Rechten der Natur, den Rechte der Tiere usw. Auch die Zuschreibung von Rechtsfähigkeit für juristische Personen ist in diesem Zusammenhang zu bedenken.

In der Debatte um zukünftige Generationen wurde anfangs häufig argumentiert, dass zukünftige Generationen keine Rechte haben, sondern dass stattdessen lediglich die heute lebenden Generationen ihnen gegenüber moralisch verpflichtet sind. Wegen einer in diese Richtung zielende Intervention von Edith Brown Weiss wurde die UNESCO-Resolution von dem ursprünglich vorgesehenen Titel „Declaration for the Rights of Future Generations" umgetauft in „Declaration on the Responsibilities of Present Generations Towards Future Generations". Auch Hans Jonas meinte, unseren Pflichten gegenüber kommenden Generationen entsprächen ihrerseits keine Rechte (Jonas 1979).

Die Figur ‚bedingter' Rechte

Die Grundrechtsfähigkeit des gezeugten, aber noch ungeborenen Nasciturus ist im Hinblick auf *bestimmte* Grundrechte (vgl. BverfGE 39,1 [41]) und seine einfachrechtliche Rechtsfähigkeit (vgl. etwa §§ 844 II,2 und 1923 II BGB) nach herrschender Mehrheitsmeinung anerkannt. Im Folgenden geht es aber ausschließlich um noch nicht gezeugte „potenzielle" Individuen.

Callahan argumentiert, dass unsere Pflichten in Bezug auf zukünftige Generationen schwächer seien als unsere Verpflichtungen in bezug auf die Gegenwart, weil die Ansprüche (‚claims') der Zukünftigen bedingte Ansprüche seien. „Während die Ansprüche der Späteren davon abhingen, dass sie zuallererst existierten, seien die Ansprüche der Gegenwärtigen aktuale Ansprüche, die nicht in derselben Weise von Existenzvoraussetzungen abhingen, da sie an die Bedingung geknüpft seien, dass die Zukünftigen zunächst einmal geboren werden müssen." (Callahan 1980, zitiert nach Birnbacher 1988, 96).

Hösle macht diese Priorisierung nicht. Ihm zufolge müssen zukünftigen Generationen Rechte zugesprochen werden, die an die Bedingung ihrer Existenz geknüpft sind, sie haben also „bedingte Rechte" (Hösle 1997, 808). Da das Eintreten der Bedingung aber höchst wahrscheinlich ist, müssen ihre Rechte heute schon berücksichtigt werden.

Semantische Untersuchung des Begriffs ‚Rechte haben'

„Der Grund aus dem ungeborene Menschen keine Rechte haben, ist, dass sie gar nichts haben. Sie haben keine Beine, kein Haar und keinen Musikgeschmack. Sie sind nicht hier; sie existieren nicht; Schluss.

Ungeborene Menschen sollten nicht als eine besondere Klasse, die auf ihren Bühnenauftritt wartet, betrachtet werden ... Und wer Rechte hat, muss auch auf sie verzichten können", schreibt Beckermann.[7]
Wie können nicht existierende Wesen etwas – in diesem Fall „Rechte" – haben? Zunächst wird bei dieser exemplarisch dargestellten Position argumentiert, dass eine wesentliche Eigenschaft des Begriffs „Recht" (sowohl bezogen auf kodifizierte als auch moralische Rechte) in der Möglichkeit des Verzichtes darauf besteht. Aus dieser Definition folgte in der Tat, dass zukünftige Generationen keine Rechte haben können, da sie nicht in der Lage sind, auf diese zu verzichten. Jedoch ist dieses Verständnis des Wortes „Recht" problematisch, da danach weder Tiere noch Kinder, noch alle anderen unmündigen Wesen Rechte hätten. „Der Umstand, dass die zukünftigen Subjekte aus logischen Gründen daran gehindert sind, etwaige Rechte gegen die Gegenwärtigen geltend zu machen, während zeitgenössische Subjekte aus kontingenten Gründen daran gehindert sind, kann kein triftiger Grund sein, den einen moralische Rechte vorzuenthalten und den anderen nicht." (Birnbacher 1988, 98).

Birnbacher ist auch der Meinung, dass Rechte immer Pflichten implizieren: „Ein Recht kann immer nur da bestehen, wo bei einem anderen eine Pflicht gegenüber dem Rechtssubjekt besteht." (Birnbacher 1988, 100) Dies gilt auch für Freiheitsrechte, die anderen zumindest die Pflicht der Duldung und des Gewährenlassens auferlegen. Wenn ich das aktive Recht habe, ein Schild für einen bestimmten Kanzlerkandidaten in meinem Vorgarten aufzustellen, so hat mein Nachbar die Pflicht, mich nicht daran zu hindern.

Folgt daraus zwingend der Umkehrschluss: Überall da, wo eine Partei A eine Pflicht gegenüber einer anderen Partei B hat, hat B ein Recht gegenüber A? Nach Birnbacher muss dazu noch die Bedingung erfüllt sein, dass die Erfüllung der Pflicht im Namen von A eingefordert wird. Wenn ein heute lebender Hungernder das Recht hat, nicht zu verhungern, braucht er nicht darauf zu warten, dass andere sich ihrer Pflicht erinnern. Er selbst kann von den anderen verlangen, dass sie ihn nicht

[7] Beckerman, Wilfried: „The Myth of Inter-generational Justice" by, http://www.project-syndicate.cz/docs/columns/Beckerman1999November.asp, Rev. 2001-03-21, vgl. auch Beckerman, Wilfred 1994, 101–209.

verhungern lassen. Wenn der Hungernde aber so schwach ist, dass er sich nicht mehr äußern kann, so hat er dennoch keineswegs deswegen seine Rechte verwirkt. Kann also jemand aus logischen oder situationsabhängigen Gründen ein Recht nicht selbst geltend machen, heißt, ihm das Recht zuzusprechen, andere dazu aufzufordern oder darin zu unterstützen, die entsprechende Pflicht zu erfüllen (Birnbacher 1995, 100).

Die Frage, die aus der Formulierung „zukünftige Menschen haben Rechte" resultiert, ist letztlich die nach der Bedeutung des *Ausdrucks* „Rechte haben".

Entscheidend ist dabei das *individuelle Empfinden einer hinreichenden Zahl von Menschen,* dass diesen potentiellen Wesen etwas zukommt, wofür der Ausdruck „Rechte" angemessen ist.

Ein Beispiel: Ein Terrorist versteckt eine Bombe während der Bauarbeiten zu einem Kindergarten. Nehmen wir an, die Bombe ist so eingestellt, dass sie genau 40 Jahre später explodiert. Nehmen wir weiter an, dass zu dieser Zeit nur Kinder und ihre jungen Lehrer in dem Gebäude sind. Würde der Plan des Terroristen heute aufgedeckt, wäre er zu bestrafen? Wie auch immer, er kann nur bestraft werden, wenn er die Rechte anderer verletzt hat. Wer empfindet, dass dieser Terrorist ein Verbrechen begangen hat, hat auch ein Empfinden für die „Rechte" zukünftiger Individuen (vgl. Birnbacher 1988, 59; Unnerstall 1999, 98).

Ein weiteres Beispiel: Man stelle sich vor, ein Fabrikant, der Brei für Babys unter zwei Monaten herstellt, hat in seiner Produktionslinie einen technischen Defekt, der dazu führt, dass die in drei Monaten in den Handel kommenden Produkte mit Glasscherben verunreinigt werden. So gut wie alle Menschen würden ihn verurteilen, obwohl die Opfer noch nicht geboren sind.

Die meisten Menschen würden in ihrem moralischen Empfinden auch z.B. von den Rechten Außerirdischer sprechen (obwohl unklar ist, ob diese existieren). Wenn man sich vorstellt, dass so ein „potenzielles Lebewesen" auf die Erde käme, so empfinden sie, dass es das Recht hat, nicht getötet zu werden, wenn es sich friedlich verhielte.[8]

[8] Es kann an dieser Stelle ruhig darauf hingewiesen werden, dass ein Wesen wie E.T. Millionen zu Tränen rührte.

Wir besitzen ein moralisches Empfinden für zukünftige Generationen. Auf Grund dieses Empfindens können wir den zukünftigen Generationen (moralische) Rechte verleihen. In diesem Sinne „haben" sie Rechte. Für das autonome Vernunftwesen Mensch gibt es keine transzendentale Instanz, die entscheidet, ob solche Zuschreibungen richtig oder falsch sind. Wenn eine große Zahl von Menschen Tieren Rechte zuschreiben – was in früheren Epochen als undenkbar galt – so „bekommen" die Tiere diese Rechte. Materiell hat sich nichts geändert, dennoch existieren diese „Rechte" dann im kollektiven Bewusstsein der Menschheit. Nach Kant kann und muss der Mensch allein entscheiden, was er für moralisch richtig und *gerecht* hält. Von der Zuschreibung zu (moralischen) Rechten ist es dann nur noch ein semantischer, kein inhaltlicher Schritt.

Der moralphilosophische Kontext

Es lassen sich drei moralphilosophische Denkschulen unterscheiden, die bei der Frage, ob zukünftige Generationen Rechte haben, zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

Die vertragstheoretische Moral (Hobbes)

Aus der Sicht der vertragstheoretischen „Moral" lassen sich kaum Rechte, ja nicht mal eine Schutzpflicht für künftige Generationen begründen. Die Rechtfertigung moralischer Normen ergibt sich hier aus der Berücksichtigung jeweiliger Interessen aus egoistischen Motiven. Als Vater dieser Konzeption kann Thomas Hobbes (1588–1679) gelten. In Hobbes Naturzustand werden die Menschen durch den in der menschlichen Natur gegründeten Trieb zur Selbsterhaltung und damit verbunden durch ein unersättliches Machtstreben bestimmt – ‚homo homini lupus' (‚der Mensch ist dem Menschen ein Wolf')! Dabei kommt es nicht auf die körperliche Kraft des Einzelnen an, sondern allein auf sein Bedrohungspotential: Auch ein körperlich Schwacher kann durch List oder durch Bündnisse mit anderen einen Starken besiegen. Man schützt sich vor Angriffen, indem man Verträge mit anderen, die das Potential haben, einen selbst zu schädigen, abschließt. Man ist nur verpflichtet, die Verträge zu erfüllen, die man abgeschlossen hat, d.h. gegenüber Parteien, mit denen man keine Verträge abgeschlossen hat, ist man zu keinerlei Rücksichtnahmen verpflichtet (siehe z.B. Höffe 1981; Bermbach 1982; Kersting 2002).

Da zukünftige Generationen noch nicht existieren, haben sie kein Bedrohungspotential und können folglich nicht Vertragspartner sein. Die Menschen in hundert Jahren können schwerlich Sanktionen verhängen für Schäden, die wir Ihnen heute zufügen.[9] Eine Ausnahme sind die unmittelbar nachrückenden Generationen, die wir in unserem eigenen Leben noch kennen lernen werden. Ein Kind hat natürlich die Möglichkeit, es seinen Eltern „heimzuzahlen", wenn es selbst erwachsen und diese alt sind.[10] Davon abgesehen „haben" nach dieser Denkschule zukünftige Generationen keine Rechte.[11]

Gegen die Hobbes'sche Moralphilosophie ist einzuwenden, dass die Frage erlaubt sein muss, ob rein egoistisches Verhalten überhaupt unter den Begriff des „moralischen" Handelns fällt. Auch wenn dies vor allem von angelsächsischen Moralphilosophen mehrheitlich bejaht wird, so würden doch zahlreiche Ethiker weltweit und auch die große Mehrheit der Bürger ein solches Verhalten als unmoralisch einstufen. Es gäbe dann z.B. auch keinen Grund, Verträge mit Behinderten abzuschließen, so dass diese quasi rechtlos wären.[12]

Moralische Gegenseitigkeit

Die zweite moralische Grundposition lässt sich so zusammenfassen:

> „Die zweite Interpretation ist eine liberale, kantianische Gesellschaftsvertragstheorie. Ihr zufolge ist moralische Gegenseitigkeit motiviert durch den Wunsch nach vernunftsbestimmter Integrität. Sie wird konstituiert durch eine Verpflichtung zur Unparteilichkeit, d.h. sie betrachtet die eigenen und die Interessen Anderer als gleichwertig." (Volkey 2001, 1)

[9] Vgl. Hösle in diesem Band.

[10] „Apparently, many people's unwillingness to assume responsibility to remote future generations can be attributed to self-interest. More specifically, we assume that, by fulfilling our moral responsibility to our immediate descendants, we will be paid back in our old age, whereas we will not be able to reap what we have contributed to remote future generations." Li, Huey-li: Environmental Education: Rethinking intergenerational relationship, Ontario Institute for Studies of Education, Philosophy of Education, http://www.ed.uiuc.edu/EPS/ PES-Yearbook/94_docs/LI.HTM#fn2; Rev.2002-02-05.

[11] Wer an Reinkarnation glaubt (immerhin die Mehrheit der Menschheit), für den ist dagegen die Besserstellung auch entfernter zukünftiger Generationen durchaus auch aus eigennützigen Motiven naheliegend.

[12] Den Begriff „Moral" abschließend zu definieren, würde allerdings den Umfang dieses Buchbeitrags sprengen.

Immanuel Kant (1724–1804) forderte, durch Selbstkritik der menschlichen Vernunft nachzuprüfen, von welchem Fundament jede menschliche Handlungsbegründung notwendigerweise auszugehen habe. Die Chancen kommender Generationen, in sittlich autonomer Freiheit ihre eigenen Urteile fällen zu können, müssen erhalten bleiben. Wie Dierksmeier ausführt,[13] kommt nach Kant dem Mensch, eben weil er Mensch, d.h. Vernunftwesen ist, das Recht auf gesicherte wechselseitig-allgemeine Freiheitsverträglichkeitsbedingungen zu, und zwar unabhängig von seiner jeweiligen Beschaffenheit (Hautfarbe, Herkunft, Religion, Geschlecht) oder dem Zeitpunkt seiner sinnlichen Existenz. Insofern „gibt" es für Kant Rechte sinnlich nicht-existenter Personen.

Selbstlosigkeit

Last not least gibt es den ethischen Standpunkt, dass das wechselseitige moralische Verhalten motiviert ist durch einfühlende Sorge für andere, d.h. durch den unverfälschten Wunsch, jemand anders Gutes zu tun.[14]

Auch nach dieser Denktradition lassen sich zukünftigen Generationen Rechte zuschreiben. Man kann ihre Position mit dem Umgang mit einem Asylbewerber vergleichen, dem man aus Mitleid helfen kann, dem man aber auch ein Recht (Entitlement) auf Asyl geben kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es für die Figur der Rechte zukünftiger Generationen Anknüpfungspunkte in mehreren philosophischen Denkschulen gibt, dass man mit Hinweis auf andere Denkschulen das Sprechen von den Rechten zukünftiger Generationen aber auch ablehnen kann.[15] Entscheidend bleibt – wie schon ausgeführt – das Empfinden, ob der Ausdruck „Rechte" angemessen ist. Die Zuschreibung von moralischen Rechten hängt also mit den vorherrschenden Werten zusammen. In den letzten Jahren nahm eine Zukunftsethik ihren

[13] Vgl. Dierksmeier im pdf-Ergänzungsband dieses Handbuchs.

[14] „Attention to the interests of others, whether presently existing or not, is motivated not by self-interest or a sense of obligation, but by caring and compassion. (Volkey 2001). Für die Frage, ob jedes altruistische Verhalten auch nichts anderes als eigennütziges Verhalten ist, siehe kritisch Tremmel 2003, 18–24.

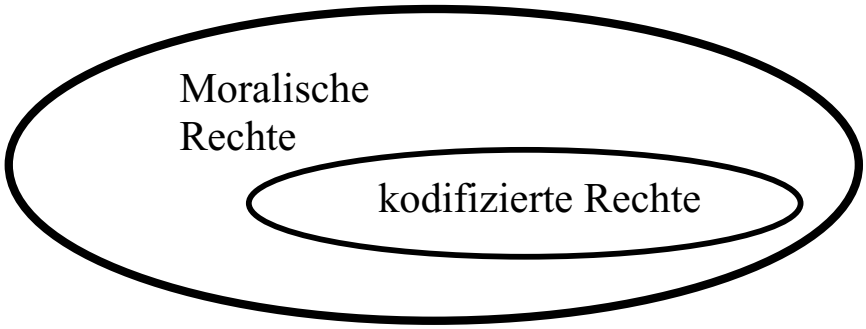
[15] Auf andere Metaethiken kann aus Platzgründen nicht eingegangen werden, ebensowenig wie auf die Frage der Letztbegründung; vgl. zum Problem der Letztbegründung von Moral z.B. Birnbacher/Hoerster 1976.

Aufschwung, einhergehend mit der Zuschreibung von Rechten für kommende Generationen (wie auch für Tiere und Pflanzen). Nachdem sogar die ehemalige Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin vorgeschlagen hat, in Artikel 20a die „Rechte künftiger Generationen" ausdrücklich zur Sprache zu bringen,[16] darf man wohl davon ausgehen, dass es herrschende Meinung ist, dass zukünftige Generationen zumindest moralische Rechte „haben".[17]

Moralische und kodifizierte Rechte

Es ist nun zwischen verbrieften (positiv-rechtlichen) und moralischen Rechten zu unterscheiden. Gegenwärtig ist die Lage weltweit so, dass in den meisten Verfassungen noch keine positiven Rechte zukünftiger Generationen formuliert sind, obwohl diesen in der Überzeugung vieler Mitmenschen Rechte, z.B. auf Leben und Gesundheit, zukommen.

Abb. 2: Moralische und kodifizierte Rechte



Quelle: eigene Darstellung

Auch wenn beide Sphären nie deckungsgleich wurden, so kam es zumindest aus der Vogelperspektive betrachtet in der Vergangenheit immer zu einer Anpassung des positiven Rechts an den Wandel moralischer Überzeugungen in der Gesellschaft. Die wachsende Akzeptanz der Zukunftsethik bringt es mit sich, dass weltweit v.a. die in den letzten Jahrzehnten verabschiedeten Verfassungen und Verfassungs-

[16] Vgl. S. 365

[17] Natürlich ist es für den Nachweltschutz in keiner Weise notwendig, den Terminus „Rechte zukünftiger Generationen" in Gesetzestexte aufzunehmen. Man kann z.B. auch schreiben: „Aus Gründen der Generationengerechtigkeit schützt der Staat die natürlichen Lebensgrundlagen etc."

entwürfe expressis verbis auf kommende Generationen Bezug nehmen. Beispielsweise findet sich in der Verfassung Südafrikas, angenommen 1994 nach dem Ende der Apartheid, folgende Passage:

> *Article 24: Environment*
>
> Everyone has the right
> a) to an environment that is not harmful to their health or well-being; and
> b) to have the environment protected, for the benefit of present and future generations, through reasonable legislature and other measures that
> – prevent pollution and ecological degradation
> – promote conservation; and
> – secure ecologically sustainable development and use of natural resources while promoting justifiable economic and social development

In der Debatte, die in so unterschiedlichen Ländern wie Israel, Ungarn, Frankreich, Uruguay, die Schweiz und Deutschland über die positivrechtliche Verankerung der Rechte künftiger Generationen geführt wird, sind zwei Kontroversen zentral:

Materiellrechtliche Verankerung oder Schaffung neuer Institutionen
Bei einer materiellrechtlichen Lösung wird der Schutz kommender Generationen direkt in die Verfassung geschrieben. Das Verfassungsgericht bzw. der Supreme Court des jeweiligen Landes wird zur Instanz, die über die Rechte kommender Generationen wacht bzw. diese gegen die Interessen heutiger Generationen abwägt.

Im zweiten Fall wird eine neue Institution geschaffen, die z.B. mit „Ökologischer Rat", „Dritte Kammer", „Ombudsmann", „Zukunftsrat" o.ä. bezeichnet wird. Ob dazu Verfassungsänderungen nötig sind, hängt vom Einzelfall der jeweiligen Verfassung und von den Kompetenzen ab, die die neue Institution bekommt. Solche neuen Institutionen machen dann Sinn, wenn sie die Interessen nachrückender Generationen auch wirklich wahrnehmen können, d.h. wenn sie z.B. ein wie auch immer geartetes Veto gegen Beschlüsse des Gesetzgebers bekämen oder selbst Gesetze vorschlagen können. Ohne diese Kompetenz weiten sie lediglich das Beiratswesen aus. (Die beiden Umwelträte der deutschen Bundesregierung und der 2001 berufene Nachhaltigkeits-Rat haben keine solchen Kompetenzen.)

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Frage, wie eine solche Kommission bzw. ein solcher Rat besetzt wird. Denkbar wäre es, dass die Mitglieder vom Parlament ernannt, von Verbänden und NGO's gestellt oder vom Volk gewählt werden. Diese Vorschläge – mit Ausnahme der Wahl durch das Volk – sind aus demokratietheoretischer Sicht problematisch. Aus ähnlichen Gründen wurde der Senat in Bayern abgeschafft, der als so genannte „Zweite Kammer" Gesetzesinitiativen starten konnte und eine Herberge für Verbandslobbyisten war (Tremmel/ Viehöver 2001, 21). Bei einer Wahl durch das Volk besteht die Gefahr, dass die Mitglieder der neuen Institution sich kaum von normalen Parlamentariern unterscheiden und so kein Fortschritt erreicht wird.

Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit oder eines allgemeinen Nachweltschutzes

Eine zweite Grundsatzentscheidung ist, ob man nur die wahrscheinlich schwerste Bürde für kommende Generationen, also die ökologische Frage, adressiert, oder aber die Heutigen allgemein dazu verpflichtet, auf die Bedürfnisse kommender Generationen Rücksicht zu nehmen. Ersteres ist eine Verankerung desjenigen Bedürfnisses zukünftiger Generationen, welches wir mit relativ großer Sicherheit vorhersagen können, bei letzterem muss dann das Verfassungsgericht oder die neue Institution fallweise entscheiden, welche Bedürfnisse künftiger Generationen als prioritär einzuschätzen sind.[18]

Die Verankerung der Rechte zukünftiger Generationen im Grundgesetz

Deutschland hat Mitte der 1990er Jahre, nachdem durch die Wiedervereinigung eine Debatte über eine Anpassung der Verfassung an die Gegenwart aufgekommen und Änderungen mehrheitsfähig geworden waren, Art. 20a neu ins Grundgesetz eingefügt.[19] Er lautete:

[18] Zur Frage, wie sich die Bedürfnisse zukünftiger Generationen begründet abschätzen lassen und wie bei Zielkonflikten vorzugehen ist, vgl. Tremmel im ersten Teil dieses Bandes.

[19] Gesetz vom 27.10.1994; BGBl I, 3146. Zur Geschichte des Art. 20a GG: Hofmann in Benda 1994, § 21 Rdnr. 3 ff.; Schulze-Fielitz in: Dreier: GG-Kommentar, Band II, Artikel 20a, Rdn. 1 ff.; Abschlußbericht der Gemeinsamen Verfassungskommission einschließlich Protokollen und Drucksachen vom 28.10.1994; BT-Dr. 12/6000; GesE der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP (B/-Dr 12/6633); Beschlußempfehlung und

> Art. 20a (Natürliche Lebensgrundlagen):
> Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Zur geltenden Fassung des Art. 20a GG

Art. 20a GG statuiert keine subjektiven Rechte des einzelnen Bürgers.[20] Als Staatszielbestimmung verpflichtet er vor allem die Gesetzgebung, aber auch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung und die Rechtsprechung, ihn bei jeder Staatstätigkeit zu beachten. Das *BVerfG* kann auf dem Wege der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. §§ 13 Nr. 6 und 76 ff.), der Richtervorlage (Art. 100 Abs. 1 GG i.V.m. §§ 13 Nr. 11 und 80 ff. BVerfGG), des Bund-Länder-Streits (Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG i.V.m. §§ 13 Nr. 7 und 68 ff. BVerfGG) und des Organstreits (Artikel 93 Abs. 1 Nr. 1 Nr. 3 GG i.V.m. §§ 13 Nr. 5 und 63 ff. BVerfGG) damit befasst werden. Der einzelne Bürger hat allerdings kein Recht, bei einem Nicht-Tätigwerden von Gesetzgeber, vollziehender Gewalt und Rechtsprechung bestimmte Umweltschutzentscheidungen einzuklagen.

Hat Art 20a GG den Zweck erfüllt, zu dem er ins Grundgesetz aufgenommen wurde? Art. 20a GG war bislang noch nicht Gegenstand eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Dies mag an der fehlenden Verfassungsbeschwerdemöglichkeit liegen. Das Kernproblem des Art 20a GG ist aber, dass eine konkrete Ausgestaltung der Verantwortung für zukünftige Generationen im Sinne von ökologischer Nachhaltigkeit nicht erfolgt ist. Art. 20a GG sagt nur, dass die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen sind, gibt jedoch das Ziel nicht genauer an und lässt damit die für den Umweltschutz rechtlich entscheidende Frage offen: „Welches Maß an Schutz ist geboten? Daher ist die Vorschrift nicht nur äußerst unbestimmt gefasst, sondern ihre Direktkraft insgesamt steht in Frage“ (Murswiek 1999). Entscheidend ist, dass die Kernforderungen ökologischer Nachhaltigkeit nicht explizit genannt

---

Bericht des Rechtsausschusses (BT-Dr. 12/8165); Beschlußempfehlung des Vermittlungsausschusses vom 2.9.1994 (Bt-Dr. 12/8423); BT-Prot 12/18087, 12/20947.

[20] Allgemeine Auffassung, vgl. B*VerwG*, NVwZ 1998, 1080; Kloepfer DVBl 1996, 73 (74); Schink DÖV 1997, 221, 222; Badura 1996, Rdnr. D 44

werden. Im Moment enthält Art 20a GG nur eine unbestimmte Forderung. Würde der Artikel nur oder auch die konkreten Managementregeln ökologische Nachhaltigkeit fordern, so wäre sein Rechtscharakter ein völlig anderer.

Aufgrund der dargestellten fehlenden Konkretisierung des Schutzniveaus konnte die Norm das Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen, nicht erfüllen. Diese bereits im aktuellen Text angelegte Wirkungslosigkeit von Art. 20a GG wird von der empirischen Wirklichkeit bestätigt. Deutschland ist durch diese Rechtsnorm *nicht* zu einem ökologisch nachhaltigen Staat geworden. Vielmehr besteht in allen sich damit befassenden Wissenschaftsdisziplinen Konsens, dass Deutschland derzeit gegen die Gebote der ökologischen Nachhaltigkeit verstößt und ein Land ist, das ökologisch auf Kosten seiner Kinder lebt. Dieser Missstand wird sich nicht ändern, solange der grundsätzliche Konstruktionsfehler des geltenden Art. 20a GG nicht behoben wird.

Gerichte können Legislative und Exekutive nur dort korrigieren, wo sie ihre Pflichten verletzen. Da diese Pflichten in Art. 20a GG nicht festgelegt sind, sind Klagen gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aufgrund von Art. 20a GG derzeit praktisch nicht justitiabel. Die Norm weckt Hoffnungen auf eine ökologisch nachhaltige Politik, die der Staat weder erfüllen mag noch muss. Art. 20a GG in seiner geltenden Fassung kaschiert, dass das Prinzip ökologischer Nachhaltigkeit bisher nicht ins Grundgesetz aufgenommen wurde und deshalb weiter auf Kosten nachrückender Generationen gelebt werden kann.

Vorschlag für eine Neufassung des Art. 20a GG

Folgende Formulierung zur Neufassung des Art. 20a GG würde ökologische Nachhaltigkeit und damit auch Generationengerechtigkeit im Grundgesetz wirksam verankern:

> Art. 20a (neu): Schutz nachrückender Generationen
> (1) Der Staat schützt die Rechte und Interessen nachrückender Generationen nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.
>
> (2) Er gewährleistet, dass schädlich wirkende Stoffe die Umweltmedien Luft, Wasser, Boden und Atmosphäre nur soweit belasten, als diese sie

aufgrund ihrer natürlichen Regenerationsfähigkeit im entsprechenden Zeitraum wieder abbauen können.

(3) Er gewährleistet, dass erneuerbare Ressourcen nicht stärker genutzt werden, als sie sich erneuern. Nicht-erneuerbare Rohstoffe und Energieressourcen müssen so sparsam wie mit vertretbarem Aufwand möglich genutzt werden.

(4) Er trägt Sorge dafür, dass keine Gefahrenquellen aufgebaut werden, die zu Schäden führen können, die nicht mehr oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand beseitigt werden können.

(5) Er gewährleistet, dass die bestehende Vielfalt sowohl von Tier- und Pflanzenarten als auch von Ökosystemen nicht durch menschliches Handeln verringert wird.

(6) Verstöße gegen die Absätze 2 bis 5 sollen bei grenzüberschreitenden Umweltproblemen ausgeglichen werden durch eine quantitativ und qualitativ vergleichbare Kompensation im Ausland.

Die SRzG übermittelte der ehe. Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin diesen Vorschlag unter dem Titel „Erklärung der Rechte nachrückender Generationen“. Die Ministerin lud daraufhin 15 Förder-Mitglieder der SRzG zu einer Diskussion ins Bundesjustizministerium ein, die am 14.5.1999 stattfand. Im diesem Gespräch zeigte die Ministerin Sympathie für das Anliegen der SRzG, nicht allerdings für den konkreten Formulierungsvorschlag. Sie sprach sich in einem Artikel in der Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP, 2000, S. 27 f.) für folgende Ergänzung des Art. 20a aus (neue Wörter kursiv): „Der Staat schützt auch in Verantwortung für *die Rechte* künftige*r* Generationen *die Tiere und* die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Tatsächlich wurde vom Bundestag wenig später 20a geändert – allerdings nicht wegen der Generationengerechtigkeit, sondern um aus Gründen des Tierschutzes das Schächten zu untersagen. Der zweite Teil des Vorschlags der Ministerin wurde umgesetzt, d.h. also die drei Worte *„die Tiere und“* wurden aufgenommen, wodurch der Nachweltschutz in 20a jetzt aber eher noch schwächer ist als vorher schon. Der

Tierschutz hätte an anderer Stelle gestärkt werden können, in 20a führt er zu einer Verwässerung des Konzeptes der Generationengerechtigkeit.[21]

Erläuterung von Absatz 6 des SRzG-Vorschlags für Art. 20a GG
Die Absätze 2 bis 5 sind an die Kriterien angelehnt, die Anfang der 1990er Jahre zur Operationalisierung von ökologischer Nachhaltigkeit entwickelt wurden (Pearce/Turner 1990; Daly 1991), schnell weltweite Zustimmung erfuhren und bis heute in nur geringfügig modifizierter Form von in nahezu allen Arbeiten verwendet werden (vgl. Enquete-Kommission des deutschen Bundestages 1998). Hervorgehoben werden soll deshalb an dieser Stelle nur der Kompensationsgedanke, der in Absatz 6 zum Ausdruck kommt. Dieser Absatz berücksichtigt die Tatsache, dass Umweltverschmutzung oft, jedoch nicht immer, ein grenzüberschreitendes Phänomen ist, der Wirkungsbereich des Grundgesetzes jedoch an den Landesgrenzen endet. Nicht nationale ökologische Nachhaltigkeit, sondern ökologische Nachhaltigkeit im weltweiten Maßstab ist letztlich das Ziel. Dies bedeutet jedoch nicht, dass dieses Ziel nicht weiterhin von jedem Land für sich angestrebt werden sollte. Wenn es auch sehr zu begrüßen wäre, dass konkrete Umweltschutzziele auf Kontinental- oder weltweiter Ebene festgelegt würden, so spricht doch wenig dafür, dass es auf diesen Ebenen in hinreichend kurzer Zeit zu solchen Vereinbarungen kommt.

Durch Absatz 6 wird die vorgeschlagene Grundgesetznorm so flexibel ausgestaltet, dass z.B. eine weltweite Lösung wie der Handel mit Emissionsrechten – der eine Abkehr von der Idee der nationalen ökologischen Nachhaltigkeit bedeutet –, oder eine vorrangig europäische Lösung als Option bestehen bleiben.

[21] Die SRzG hält daher ihren Vorschlag aufrecht und führt derzeit eine Unterschriftenkampagne durch, um eine Reform von 20a GG zu erreichen. Zusammen mit Lokalgruppen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (B.U.N.D.) und YOIS-Deutschland wurden bis Ende 2002 bereits ca. zweitausend Unterschriften gesammelt. Wer mitmachen will, wende sich an: SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Fon 06171-982367, Fax 06171-952566, www.srzg.de

‚Nachrückende' statt ‚zukünftige' Generationen
Ausgehend von der materiell gleichen Situation von zukünftigen Generationen und heutigen Kindern und Jugendlichen, die keine unterschiedliche Behandlung im neuen Art. 20a GG rechtfertigt, sollte man dort von „nachrückenden" statt von „zukünftigen" (oder „künftigen") Generationen sprechen. Die Bezeichnung „nachrückende Generationen" umfasst im Gegensatz zum Begriff „zukünftige Generationen" nicht nur die noch nicht geborenen Generationen, sondern darüber hinaus auch die heutigen Kinder und Jugendlichen. Mit dieser sprachlichen Neufassung werden sie bzw. ihre gesetzlichen Vertreter klageberechtigt. Nach der Neufassung dürfte Art. 20a GG durch die Konkretisierung des Schutzniveaus innerhalb dieser Verfahren justiziabel sein.

Welche Argumente sprechen gegen die vorgeschlagene Grundgesetz-Änderung?
Auf den ersten Blick lassen sich zahlreiche Einwände gegen die vorgeschlagene Neufassung des Art. 20a GG geltend machen. Die wichtigsten werden im folgenden diskutiert:

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist weniger eine Angelegenheit des Verfassungsvollzugs als vielmehr eine Sache politischer Ermessensentscheidungen
Die vorgeschlagene Neufassung des Art. 20a hat den Schutz der Rechte und Interessen nachrückender Generationen zum Ziel. Und dieser kann, wie ausführlich dargestellt, wegen des Strukturproblems der Demokratie nicht ins Ermessen der Politik gestellt werden. Der alltägliche Konkurrenzkampf der Parteien bzw. von Regierung und Opposition verhindert – wie die Praxis zeigt – aus strukturellen Gründen den wirksamen Nachweltschutz.

Die Verfassung muss stets entwicklungsoffen bleiben
Richtig ist, dass eine Verfassung grundsätzlich flexibel genug bleiben muss, um sich den Veränderungen der tatsächlichen Bedingungen anzupassen. Eine noch offenere Formulierung würde ökologische Nachhaltigkeit nicht mehr gewährleisten. Überdies: Die Vorschrift formuliert *das Ziel* zwar relativ konkret, hinsichtlich des Weges der Ziel*verwirklichung* bleiben dem Gesetzgeber, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt jedoch alle erdenklichen Spielräume.

Durch die vorgeschlagene Grundgesetzergänzung würde das Grundgesetz mit moralischen Forderungen überfrachtet
Richtig ist, dass nicht alles, was moralisch geboten ist, mit den Zwangsmitteln des Rechts durchgesetzt werden kann und darf. Aber umgekehrt gilt auch: Verrechtlichung ist nötig, wo aus strukturellen, politökonomisch erklärbaren Gründen, zentralen Forderungen der Moral ohne staatlichen Zwang massiv zuwidergehandelt wird. Eine Verfassung wird nicht „geschwätzig", wenn sie zu leisten versucht, was die Politik erwiesenermaßen nicht leistet.

Eine so weitgehende Veränderung des Grundgesetzes ist nicht dogmatisch aus den Normen des geltenden Rechts ableitbar
Das positive Recht muss sich den in der Gesellschaft herrschenden Moralvorstellungen anpassen. Die menschliche Geschichte zeugt von einer langsamen und keineswegs kontinuierlichen Annäherung des positiven Rechts an die Forderungen der Rechtsidee. Ein Schritt dahin war die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, die ebenfalls zum damaligen Zeitpunkt bahnbrechend war. In einer vergleichbaren Situation stehen wir heute. Der Gedanke der Generationenverantwortung hat immerhin schon in jüngerer Zeit Eingang in das Recht, ja mit Art. 20a GG und Art. 115 GG sogar in die Verfassung gefunden. Damit die Idee, die Rechte nachrückender Generationen zu schützen, jedoch politische Wirklichkeit wird, ist es notwendig, sie wirksamer in der Verfassung zu verankern.

Die Neufassung des Art. 20 GG ist zu lang für das Grundgesetz
Der neue Artikel 20a GG schützt nachrückende Generationen und ist daher in seiner Bedeutung kaum zu überschätzen. Er ist eine Ausweitung der Menschenrechte auf die Zukunft. Er kommt mit nur sechs Absätzen aus, eine sehr geringe Wörterzahl im Vergleich zu seiner Bedeutung wie auch zu anderen Deklarationen mit gleichem Zweck.[22] Bei einer Schaffung einer neuen, mit echten Kompetenzen ausgestatteten Institution – als Alternative zur Verankerung des Nachweltschutzes – müsste das Grundgesetz an weit mehr Stellen geändert werden.

[22] Etwa der „Declaration on the Responsibilities of the Present Generations Towards Future Generations" der UNESCO, auf die später noch eingegangen wird.

Auch die Verfassungsrichter sind dem heutigen Denkhorizont verhaftet
Natürlich sind auch die Verfassungsrichter Angehörige der heutigen Generationen. Da sie jedoch nicht dem Zwang der Wiederwahl unterliegen, ist von ihnen eher ein zukunftsorientiertes Handeln zu erwarten.

Wenn man den heutigen Art. 20a GG ‚richtig' interpretiert, ergeben sich daraus die gleichen Forderungen wie aus der geforderten Neufassung
In der Rechtswissenschaft herrscht Streit um die Auslegung des Art. 20a GG. Dabei ist man sich nicht einmal einig, ob der bisherige Art. 20a GG wenigstens in Zweifelsfällen weit auszulegen ist.[23] Umstritten ist auch, ob sich die Rechtswirkung im wesentlichen auf die Verpflichtung der Exekutive zur Anwendung einfachgesetzlicher Normen im Bereich Umweltschutz beschränkt oder ob die Verwaltung auch zusätzliche verfassungsrechtliche Pflichten zumindest dann beachten muss, wenn in einem Fall entweder keine entsprechenden umweltrechtlichen Regelungen greifen oder wenn von ihr auszuführende Normen des Umweltrechts unbestimmte Rechtsbegriffe oder Ermessensnormen enthalten.[24] Derzeit leitet die herrschende Rechtswissenschaft die Gebote der ökologischen Nachhaltigkeit im Ergebnis nicht aus dem geltenden Art. 20a GG ab.[25] Man könnte nun darauf vertrauen, dass Gebote ökologischer Nachhaltigkeit aus dem jetzigen Art. 20a GG entwickelt werden; ein sehr unsicheres Unterfangen, zumal die Gerichte überwiegend dem Grundsatz der richterlichen Zurückhaltung in politischen Fragen zu

[23] Bejahend Schütz JuS 1996, 503; Jarass / Pieroth GG, 4. Aufl. (1997), Art. 20a, Rdnr. 2; Schmidt-Bleibtreu/Klein, GG, 3. Aufl. (1995), Art. 20a, Rdnr. 10 ff.; a.A. Uhle JuS 1996, 102. Das B*Verw*G, in NVwZ 1998, 1080, spricht davon, dass Art. 20a GG lediglich eine Auslegungs- und Abwägungshilfe der vollziehenden Gewalt darstellt. Diese Degradierung des Art. 20a GG als „Auslegungsstütze" kann im Hinblick auf die zaghaften Ansätze einer ökologisch nachhaltigen Politik nicht befriedigen.

[24] Nach Ansicht von Murswiek (1995, 72 ff., 76 ff.) gibt die Staatszielbestimmung des Art. 20a GG der öffentlichen Verwaltung in beiden Fällen einen neuen Auslegungs- und Abwägungsmaßstab an die Hand, der sie dazu verpflichtet, dem Umweltschutz als Wert mit Verfassungsrang einen besonderen Vorrang einzuräumen. Dagegen: Schütz JuS 1996, 503; wonach der Grundsatz der Einheit der Verfassung eine einseitige Auflösung der entstehenden Zielkonflikte verschiedener verfassungskräftiger Zielvorgaben verbietet. Uhle JuS 1996, 98 spricht nur von Evidenzkontrolle durch die Gerichte.

[25] Vgl. bspw. Schink DÖV 1997, 226 f.; Kloepfer DVBl 1996, 77 f.; Scholz in Maunz/Düring/Herzog 1998, Art. 20a, Anm. 35 ff. Contra Murswiek NVwZ 1996, 222.

Recht beherzigen. Die ausdrückliche Regelung der Nachhaltigkeitsregeln hat deutliche Vorteile im Sinne der Rechtsklarheit und bietet eine größere Chance der Rechtsdurchsetzung.

Verankerung des Nachweltschutzes im internationalen Recht

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, inwieweit die Rechte zukünftiger Generationen (bzw. Generationengerechtigkeit) bereits im *internationalen* Recht verankert sind. Die internationale Debatte um die Rechte zukünftiger Generationen innerhalb der Vereinten Nationen begann 1967, als der Repräsentant Maltas, Arvid Pardo, in einer bemerkenswerten Drei-Stunden-Rede forderte, dass der Meeresboden zum „Gemeinsamen Erbe der Menschheit" (Common Heritage of Mankind) erklärt werden sollte.[26] Die Idee dieses gemeinsamen Erbes, die später auch auf die Antarktis, den Mond und den Weltraum, die Atmosphäre, die Artenvielfalt und die genetischen Ressourcen Anwendung fand, widersprach dem „First come first serve", welches bis dato unbestritten gewesen war.

Konzeptionell geht der Idee der Rechte zukünftiger bzw. nachrückender Generationen allerdings ein weiterer Gedanke voraus, der viel früher entstand. Und zwar ist dies die Entwicklung der Idee der Menschen- und Bürgerrechte. Wichtige Dokumente auf ihrem Weg waren die ‚Magna Charta' (1215), die britische ‚Bill of Rights' (1689), die ‚Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika' (1776), die ‚Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte' im Zuge der französischen Revolution (1789) und schließlich die ‚Allgemeine Erklärung der Menschenrechte' durch die Vereinten Nationen (1948), mit der die Menschenrechte, die anfangs nur gegen den eigenen Staat gerichtet waren, in das Völkerrecht Eingang fanden.

[26] Dem widerspricht nicht, dass es auch zu früheren Zeiten einzelne Stimmen gab, die sich für Nachweltschutz aussprechen, man denke nur an Thomas Jeffersons (1743 bis 1826) berühmten Vorschlag, dass der US-amerikanische Kongress keine Schulden machen sollten, die nicht innerhalb von 30 Jahren zurückgezahlt werden können, da andernfalls das Recht künftiger Generationen auf Selbstbestimmung verletzt würde. Auch die UN-Charta sprach bereits 1945 davon, kommenden Generationen die Geißel des Krieges zu ersparen.

Eine dritte Wurzel der positivrechtlichen Umsetzung von Generationengerechtigkeit war die aufkommende Umweltbewegung, die 1972 zu der ersten UN-Konferenz zu diesem Thema in Stockholm führte. In der Stockholm Declaration (Principle 1) heisst es:

> Man has the fundamenal right to freedom, equality and adequate conditions of life, in an environment of a quality that permits a life of dignity and well-being, and he bears a solemn responsibility *to protect and improve the environment for present and future generations (Hervorhebung J.T.).*

Ein solcher Bezug auf zukünftige Generationen gehört seitdem zum festen Bestand der Formulierungen in internationalen Deklarationen, inklusive der von Rio 1992 und Johannesburg 2002. Man muss aber hier zwischen der Nennung in Präambeln und anderen unverbindlichen Stellen in Erklärungen (soft law) und justiziablen Artikeln in internationalen Verträgen (hard law) unterscheiden. Ein Beispiel für letzteres ist die UN Convention on Biological Diversity (1992):

> Art. 2.: ‚Sustainable Use' means the use of components of biological diversity in a way and at a rate that does not lead to the long-term decline of biological diversity, thereby maintaining its potential to meet the needs and aspirations of present and future generations.

Während in den meisten UN-Dokumenten von den ‚Rechten zukünftiger Generationen' bzw. von unserer Verantwortung für diese die Rede ist, wird in jüngster Zeit auch das Prinzip der ‚Generationengerechtigkeit' erwähnt – vielleicht um sich nicht weiter mit der Frage aufhalten zu müssen, ob künftige Generationen Rechte besitzen. In dem *Berlin Commitment for Children*, dem Abschlussdokument der *Conference on Children in Europe and Central Asia preparing for the United Nations General Assembly Special Session on Children (Mai 2001)*, taucht der Begriff in der Übersetzung als ‚Intergenerational Justice' erstmals in einem völkerrechtlichen Dokument auf.[27]
Am 12.11.1997 nahm die UNESCO auf ihrer 29. Sitzung eine „Declaration on the Responsibilities of the Present Generations Towards Future Generations" an.[28] Sie behandelt vor allem das Thema Umwelt

[27] Veröffentlich als VN-Dokument A/AC.256/16. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/menschenrechte/kinder/indes_html; Rev. 2001-08-08.
[28] Die Deklaration ist bspw. zu beziehen über www.cousteau.org

(Art. 4 u. 5). Aber auch der Schutz des menschlichen Genoms (Art. 6), der Erhalt des Friedens (Art. 9) und Bildung (Art. 10) können als Ziele einer generationengerechten Politik daraus abgeleitet werden.

Vorausgegangen war eine Initiative des französischen Meeresbiologen und Ökologen Jacques-Yves Cousteau, der mehrere Millionen Unterschriften (inzwischen sind es neun Millionen) für eine ‚Bill of Rights for Future Generations' gesammelt hatte.[29] Die UNESCO wurde 1993 Partner dieser Initiative und der Text von Cousteaus Deklaration wurde von internationalen Juristen überarbeitet. Besonders die Arbeiten von Edith Brown Weiss spielten dabei eine zentrale Rolle. Sie stellen drei Prinzipien für Generationengerechtigkeit auf: Erhalt der Vielfalt, Erhalt der Zugangsmöglichkeiten und Erhalt der Qualität.[30] Generell wird das Thema im englischsprachigen Raum ab Mitte der 1970er Jahre unter Wissenschaftlern verstärkt debattiert: Zunächst spricht Rawls[31] das Thema ausführlich an, weiter sind hier Partridge, Bayles, Bandman, Delattre, Parfit, Barry und English zu nennen.[32] Nicht zu vergessen ist auch das bemerkenswerte Zentrum, welches von Agius in Malta aufgebaut wurde. 1987 hatte die UNESCO ihr Projekt „Our Responsibilities towards Future Generations" an das International Environment Institute der Foundation for International Studies, University of Malta, übertragen, damit es dort weitergeführt wird. In der Folge entstanden dort zahlreiche Bücher zu diesem Thema, außerdem gibt das Institut eine regelmäßige Zeitschrift namens „Future Generations Journal" heraus, veranstaltet Konferenzen und erreichte dadurch, dass Malta auf UN-Ebene immer wieder Initiativen für einen „Guardian" für zukünftige Generationen einbrachte.[33] Im französischen Sprachraum sind vor allem

[29] http://www.cousteau.org/en/cousteau_world/our_programs/future_generations.php

[30] vgl. Weiss, Edith Brown 1989; für einen aktuellen Artikel siehe: Weiss, Edith Brown: Intergenerational Fairness and Rights of Future Generations, in: Generationengerechtigkeit!, Nr.3/2002 (2. Jg.) (englische Ausgabe), S. 1.

[31] Rawls 1979, 319 ff.

[32] Jonas 1979; Partridge 1980; Partridge 1990, 40–66; Barry 1977, 204–248; Barry 1989; Barry/ Sikora 1978; Bayles, 1976; English 1977, 91–104; Bandman 1982, 95–102; Delattre 1972, 254–258; Parfit 1977/1978, 113–172.

[33] Kontakt: Future Generations Programme, Foundation for International Studies, University Building, St Paul's Street, Valetta VLT 07, Malta; im Internet unter http:// home.um.edu.mt/fgp/ Ausgewählte Bücher: Agius/Busuttil 1998; Agius/Busuttil 1990; Agius/Salvino 1994; Agius 1998; Agius/Chircop 1998.

die Arbeiten von Gosseries, Chaire Hoover d'éthique économique et social, zu nennen.[34]

Die Verabschiedung der UNESCO-Deklaration zeigt, dass die Idee der institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit nichts Neues ist und auch schon von der Staatengemeinschaft erkannt wurde. Der nächste Schritt ist nun, sie in nationalen Verfassungen zu verankern, damit sich wiederholen kann, was der philippinische Anwalt Antonio Oposa erreichte: Er verklagte seine Regierung wegen ihrer Untätigkeit gegenüber der Zerstörung der Regenwälder der Philippinen. 43 Kinder traten als Angehörige nachrückender Generationen als Kläger auf. Das höchste Gericht erkannte am 30.7.1993 den Anspruch der Kläger an:

> We find no difficulty in ruling that they (petitioners-children) can, for themselves, for others in their generation and for succeeding generations, file a class suit. Their personality to sue in behalf of succeeding generations can only be cased on the concept of inter-generational responsibility … (to make the natural resources) equitably accessible to the present as well as to future generations.[35]

Im Folgenden sollen die Ansätze einzelner Staaten vorgestellt werden:

Israel

Wohl eine der weitreichendesten positivrechtlichen Verankerungen des Nachweltschutzes hat Israel gewagt.[36] Das israelische Parlament, die Knesset, verabschiedete im März 2001 eine Ergänzung des Gesetzes, das die interne Arbeitsweise des Parlaments regelt:[37] Ein neuer parlamentarischer Ausschuss mit dem Namen ‚Commission for Future Generations' wurde geschaffen, um alle Gesetzesvorlagen auf für kommende Generationen negative Effekte – gleich welcher Art – zu überprüfen. Diese ‚Commission' hat auch das Recht, selbst Gesetze einzubringen. Ihr Zweck wird so formuliert:

---

[34] Übersicht unter www.etes.ucl.ac.be/Axel_Gosseries/publications.htm

[35] Oposa, 2002, 7

[36] The Knesset: Commission for Future Generations, Broschüre. Bezug von Informationen über Commission for Future Generations, The Knesset, Jerusalem 91950; www. knesset. gov.il; fon: (972-2)6496513; fax: (972-2)6496124; e-mail: nadav@ knesset. gov.il

[37] Knesset Law (Amendment no.14), 5761–2001

> „… to assure that the country's primary and secondary legislation takes account of the needs and rights of future generations."[38]

Der Vorsitzende der ‚Commission' wird von einem Ad-hoc-Ausschuss des Parlaments gewählt und vom Parlamentspräsidenten ernannt.
Es handelte sich bei der in Israel gefundenen Lösung für das Strukturproblem der Demokratie um eine einfachgesetzliche Regelung, keine Verfassungsänderung. Das Aufgabengebiet des Ausschusses ist nicht auf die Ökologie beschränkt, vielmehr kann bzw. soll er in folgenden Bereichen die Gesetze prüfen: Umwelt, natürliche Ressourcen, Wissenschaft, Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Nationalökonomie, Demografie, Plan- und Bauwesen, Lebensqualität, Technologie und Recht, sowie alle anderen Bereiche, von denen ein beträchtlicher Einfluss auf kommende Generationen angenommen wird. Als Beispiel für einen solchen Fall steht in der Gesetzesbegründung der „Millenium Bug", (also das Computerproblem zum Jahrtausendwechsel), der hätte verhindert werden können, wenn man weitsichtiger gehandelt hätte. Der Ausschuss wird sehr früh in das Gesetzgebungsverfahren eingeschaltet. Wenn das Gesetz zur ersten Lesung ins Parlament eingebracht wird, dann muss ihm bereits die Bewertung der ‚Commission' beigefügt sein. Über diese Stellungnahmen berichten die israelischen Medien regelmäßig und ausführlich.[39]

Ungarn

Ungarn könnte das erste postkommunistische Land werden, dass einen wirksamen Nachweltschutz rechtlich verankert. Ein Gesetzentwurf für die Einrichtung eines ‚Ombudsman für zukünftige Generationen' wurde Ende 2002 auf Initiative von László Sólyom, dem ehe. Verfassungsgerichtspräsidenten, ins Parlament eingebracht.[40]

> „The Ombudsman of Future Generations will examine and monitor the implementation and enforcement of provisions of the Constitution and

[38] Israel Environment Bulletin, Spring 2002–5762, Vol. 25, No. 2, S. 17 (www.sviva.gov.il)
[39] Vortrag von Nira Lamay, Head of Law and Legislations Dep. of the Commission, auf dem Workshop „Rights of Future Generations" am 31.1.2003 in Budapest.
[40] Der Gesetzentwurf ist abgedruckt in: Védegylet: Rights of Future Generations, Budapest 2001; Kontakt: Védegylet, Vörösmarty tér 1, 1051 Budapest, Fon: (0036) 1-317-6482, Fax: (0036) 1-317-78-45, E-mail: vedegyletiroda@zpok.hu

> other rules of law, relating to the preservation of natural foundations of life and health of present and future generations as well as to the maintenance of environmental conditions of same.“ (§2. Art. 1)

Der ungarische Vorschlag sieht also vor, dass die Ombudsperson sich auf den Bereich der Ökologie konzentriert. Jedermann kann sich an den Ombudsmann wenden, der umfassenden Zugang zu relevanten Daten bekommt und jährlich einen Bericht für das Parlament erstellen soll. Der Ombudsman wird vom Parlament gewählt, allerdings soll nur kandidieren können, wer einen Hochschulabschluss und mindestens 10 Jahre Erfahrung im Umweltschutzbereich gesammelt hat. Eine Verfassungsänderung scheint zur Umsetzung dieses Vorschlags, dessen unveränderte Annahme allerdings keineswegs gewiss ist, nicht nötig zu sein.

Schweiz

In der Schweiz wurden früh Überlegungen zur rechtlichen Verankerung des Nachweltschutzes angestellt. Nachdem Saladin/Zenger vorgeschlagen hatten, für die entfernten zukünftigen Menschen Advokaten oder Ombudsleute sprechen zu lassen (Saladin/Zenger 1988), schlug Posner 1990 die Einrichtung einer „Dritten Kammer“ vor (Posner 1990). Zur Umsetzung dieses Vorschlags gründete sich die ‚Stiftung Zukunftsrat‘, die mit Hilfe einer sog. Totalrevision – eine Eigenheit der schweizerischen Bundesverfassung – eine solche Zukunftskammer durchsetzen will.[41]

> In dem Statut der Stiftung heißt es: „Die Stiftung veranlasst Arbeiten und fördert alle Bestrebungen, die auf die Schaffung eines Zukunftsrates in der Schweiz ausgerichtet sind. Ein Zukunftsrat schützt die grundlegenden Ansprüche der künftigen Bürgerinnen und Bürger und die Lebensgrundlage der Tiere und Pflanzen. Aus dieser Perspektive heraus gestaltet er eine langfristige, weitsichtige Politik und setzt diese mit wirksamen Massnahmen frühzeitig, bereits heute, um.“ (Art. 3. Zweck)

Wie später das Staatsorganisationsrecht, also die Beziehungen der Dritten Kammer mit den bestehenden beiden Kammern (Volkskammer und der Ständekammer) exakt organisiert werden sollen, ist noch in der

[41] Kontakt: Stiftung Zukunftsrat, Bahnhofstr. 14, Postfach, 3400 Burgdorf, Schweiz, Fon: (+34)-4240205; Fax: (+34)-4240207, Web: www.zukunftsrat.ch, E-Mail: stiftung @zukunfts rat.ch

Diskussion. Durch sog. Verfassungsfenster soll die Langzeitorientierung gesichert werden.[42] Diskutiert werden auch Einflussmöglichkeiten mittels Beschleunigungsrecht für einzelne Geschäfte, qualifiziertem Veto, Recht auf frühzeitige und begleitende Stellungnahmen, Recht auf Anhörung und Initiativrecht.

Der Zukunftsrat soll demokratisch gewählt werden.[43] Dies könne mit Hilfe eines Vorschlagsgremiums geschehen, das zum Beispiel aus Vertretern der Regierung, des Parlaments, der Nichtregierungsorganisationen, der Kulturschaffenden und der Jugendorganisationen zusammengesetzt würde. Dieses Gremium schlägt ein Zukunftsrat-Team vor, das vom Parlament zu bestätigen ist.

Weitere Beispiele

Frankreich hat einen ‚Rat für zukünftige Generationen' (Conseil pour les droits des générations futures), der direkt vom Präsidenten ernannt wird. Durchsetzungskraft hat er aber nicht mehr als in Deutschland der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderungen, der Rat für Nachhaltige Entwicklung oder der Wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministers. Seit den 70er Jahren gibt es in den Niederlanden den Wissenschaftlichen Rat für (längerfristige) Regierungsstrategien (www.wrr.nl). Er ist ebenfalls mit geringfügigen Kompetenzen ausgestattet. In Finnland muss die Regierung regelmäßig eine prospektive Einschätzung der Lage in ca. 10 Jahren erstellen. Außerdem hat Finnland einen parlamentarischen Ausschuss namens ‚Committee for the Future', der auf den genannten Bericht antwortet. In Österreich machte die Anwaltskanzlei Greiter, Pegger, Kofler & Partner zum 100-jährigen Bestehen des Unternehmens einen Vorschlag für ein „Bundesverfassungsgesetz betreffend den Schutz der Rechte künftiger Generationen". Der Vorschlag wird vom Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, Dr. Ludwig Adamovich, unterstützt.

[42] Unteregger, Robert: Eine neue Institution für eine alte Aufgabe: Zukunftsräte. In: Baseler Zeitung, 2.1.2001, S. 21

[43] Vgl. o.V.: Umriß zu einem Zukunftsrat auf Bundesebene. Ein Einblick in die aktuelle Diskussion, in: Weiterarbeiten am Zukunftsrat. Das Bulletin der Stiftung Zukunftsrat, Nr. 4, Herbst 98, S. 8–10.

Fazit

Der Blick ins Ausland zeigt also, dass Deutschland keinesfalls alleine stände mit einer Verankerung von Generationengerechtigkeit in der Verfassung. Sie sollte auch für uns höchste Priorität haben. Gelingt die Umsetzung, so wird das Ergebnis den Weg ebnen zur Aufnahme des Prinzips der Generationengerechtigkeit in die kommende europäische Verfassung, eine weitere Aufgabe unserer Generation, die keinen Aufschub duldet.

Literatur

Acker-Widmaier, Gerald (1999): Intertemporale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften. Zur normativen Begründung eines Leitbildes. Marburg.

Agius, Emmanuel / Chircop, Lionel (1998) (Hg.): Caring for Future Generations. Jewish, Christian and Islamic Perspectives. London.

Agius, Emmanuel (1998) (Hg.): Germ-Line Intervention and Our Responsibilities to Future Generations, Dordrecht.

Agius, Emmanuel / Busuttil, Salvino (1998) (Hg.): Future Generations & International Law. London.

Agius, Emmanuel / Busuttil, Salvino (1994) (Hg.): What Future for Future Generations? Valetta.

Agius, Emmanuel / Busuttil, Salvino (1990) (Hg.): Our Responsibilities towards Future Generations. Valetta.

Badura, Peter (1996): Staatsrecht: systematische Erläuterung des Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. München (2. Aufl.).

Bandman, Bertram (1982): Do Future Generations have the Right to Breathe Clean Air?“ In: Political Theory 10. S. 95–102.

Barry, Brian (1989): Theories of Justice. London/Tokyo.

Barry, Brian (1977): Justice between Generations. In: P. Hacker / J. Raz.: Law, Morality and Society. Oxford. S.204–248.

Barry, Brian / Sikora, Richard (1978) (Hg.): Obligations to Future Generations. Philadelphia.

Bayles, Michael D. (1976) (Hg.): Ethics and population. Cambridge.

Beckermann, Wilfried (1999): “The Myth of Inter-generational Justice”, http:// www. project-syndicate.cz/docs/columns/Beckerman1999November.asp, Rev. 2001-03-21.

Beckerman, Wilfred (1994): Sustainable Development – Is it a useful concept? In: Environmental Values 1994. S. 101–209.

Bermbach, Udo / Kodalle, Klaus-M. (1982) (Hg.): Furcht und Freiheit: Leviathan – Diskussion 300 Jahre nach Thomas Hobbes. Opladen.

Birnbacher, Dieter / Hoerster, Norbert (1976): Texte zur Ethik. München (11. Ausgabe, 2000).

Birnbacher, Dieter (1988): Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart (bibliographisch ergänzte Ausgabe 1995).

Callahan, Daniel (1980): What Obligations do we have to Future Generations? In: Ernest Partridge (1980) (Hg.): Responsibilities to Guture Generations. Environmental Ethics. Buffalo N.Y., S.73–85.

Daly, Herman (1991): Elements of Environmental Macroeconomics. In: Constanza, Robert (Hg.): Ecological Economics: the Science and Management of Sustainability. New York.

Delattre, Edwin (1972): Rights, Responsibilities and Future Generations. In: Ethics 82. S. 254–258.

English, Jane (1977): Justice between Generations. In: Philosophical Studies 31/1977. S. 91–104.

Enquete-Kommission des deutschen Bundestages (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn.

Friedrich, Holger / Mändler, Max / Kimakowitz, Ernst von (1998): Die Herausforderung Zukunft: Deutschland im Dialog. Ein Appell der jungen Generation. Berlin.

Held, Virginia (1988): "Non-Contractual Society: A Feminist View". In: Science, Morality, and Feminist Theory. M. Hanen / K. Nielsen (Hg.). Calgary: University of Calgary Press.

Höffe, Otfried (1981) (Hg.): Thomas Hobbes. Anthropologie und Staatsphilosphie. Freiburg.

Hofmann, Hasso (1994).: § 21 Rdnr. 3. In: Ernst Benda (Hg.): Handbuch des Verfassungsrechts. (2. Aufl.).

Hofmann, Hasso (1981) Rechtsfragen der atomaren Entsorgung. Stuttgart

Hösle, Vittorio (1997): Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert. München.

Jarass, Hans D. / Pieroth, Bodo (1997): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar. München. (4. Aufl.).

Jonas, Hans (1979): Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main (12. Auflage, 1995)

Kersting, Wolfgang (2002): Thomas Hobbes zur Einführung. Hamburg.

Kloepfer, Michael (1998): Art. 20a, Rdn. 60. In: Bonner Kommentar zum Grundgesetz (Bd VI). Heidelberg.

Kloepfer, Michael (1996): Umweltschutz als Verfassungsrecht: Zum neuen Art. 20a GG. DVBI, 1996. S.73–74.

Li, Huey-li: Environmental Education: Rethinking intergenerational relationship, Ontario Institute for Sudies of Education, Philosophy of Education; http://www.ed.uiuc.edu/EPS/PES-Yearbook/94 docs/LI.HTM#fn2; Rev. 2002-05-02.

Murswiek, Dietrich (1999): Art. 20a, Rdn. 39. In: Sachs (Hg.): Grundgesetz-Kommentar. (2. Aufl.) München.

Murswiek, Dietrich (1996): Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG), NVwZ 1996. S. 222, 225 ff.

Murswiek, Dietrich (1995): Umweltschutz als Staatszweck. Die ökologischen Legitimitätsgrundlagen des Staates. Bonn.

Oposa, Antonio (2002): In Defence of Future Generations. In: Generationengerechtigkeit! Nr.3/2002 (2.Jg.) (englische Ausgabe). S. 7.

Parfit, Derek (1977/1978): Future Generations: further problems. In: Philosophy and Public Affairs 7. S. 113–172.

Partridge, Ernest (1990): On the Rights of Future Generations. In: Donald Scherer: Upstream-Downstream. Issues in Environmental Ethics. Philadelphia. S. 40–66.

Partridge, Ernest (1980) (Hg.): Responsibilities to Future Generations. Environmental Ethics. Buffalo N.Y.

Pearce, David / Turner, Kerry R. (1990): Economics of Natural Resources and the Environment. London.

Posner, Roland (1990): Das Drei-Kammer-System: Ein Weg zur demokratischen Organisation von kollektivem Wissen und Gewissen über Jahrtausende. In: Roland Posner (Hg.): Warnungen an eine ferne Zukunft. Atommüll als Kommunikationsproblem. München. S. 259–305.

Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main. S. 319 ff.

Renn, Ortwin / Knaus, Anja (1998): Den Gipfel vor Augen. Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg.

Saladin, Peter / Zenger, Christoph A. (1988): Rechte künftiger Generationen. Basel/ Frankfurt am Main.

Schink (1997): Umweltschutz als Staatsziel. DÖV 1997. S.221–223.

Scholz (1998): Art 20a GG, Rdnr. 5. In: Maunz / Dürig / Herzog: GG-Kommentar (Bd. III). München.

Schmidt-Bleibtreu, Bruno / Klein, Franz (1995): Grundgesetz. (3. Aufl.). Neuwied.

Schulze-Fielitz, Helmuth (1994): Art. 20a, Rdn. 1 ff. In: Dreier, Horst (Hg.): GG-Kommentar. (Bd II).

Tremmel, Jörg (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München.

Tremmel, Jörg / Viehöver, Martin (2001): Das Dilemma der Kurzfristigkeit der Politik. In: Generationengerechtigkeit! Nr.2/2001 (1.Jg.) S. 1 u. S. 20.

Tremmel, Jörg / Laukemann, Marc / Lux, Christina (1999): Die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz – Vorschlag für einen erneuerten Art. 20a GG. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 10/1999 (32. Jg.) S. 432–438.

Tremmel, Jörg (1996): Der Generationsbetrug. Frankfurt am Main.

Uhle (1996): Das Staatsziel „Umweltschutz“ und das Sozialstaatsprinzip im verfassungsrechtlichen Vergleich. In: JuS 1996, S. 102.

Unnerstall, Herwig (1999): Rechte zukünftiger „Generationen. Würzburg.

Unteregger, Robert: Eine neue Institution für eine alte Aufgabe: Zukunftsräte. In: Baseler Zeitung, 2.1.2001, S. 21.

Volkey, Daniel (2002): Education for Intergenerational Justice: Why should we car?, Ontario Institute for Studies of Education, Philosophy of Education; www.ed. uiuc.edu/EPS/PES-Yearbook/94_docs/VOKEY.HTM; Rev. 2001-03-19.

Weiss, Edith Brown (1989): In Fairness to Future Generations. Tokyo/New York.

Weiss, Edith Brown (2002): Intergenerational Fairness and Rights of Future Generations. In: Generationengerechtigkeit! Nr. 3/2002 (2. Jg.) (englische Ausgabe). S. 1–6.

Marco Buschmann, Christian Lindner

ORDNUNGSRAHMEN FÜR GENERATIONENGERECHTIGKEIT IN DER DEMOKRATIE? SPANNUNGSLAGEN ZWISCHEN ETHISCHEM ANSPRUCH UND POLITISCHER PRAXIS

Mit seiner Klage, „dass die Elterngenerationen nur scheinen um der Späteren willen ihr mühseliges Geschäft zu treiben [...] und dass doch nur die spätestens das Glück haben sollen, in dem Gebäude zu wohnen, woran eine lange Reihe ihrer Vorfahren (zwar freilich ohne ihre Absicht) gearbeitet hatten, ohne doch selbst an dem Glück, das sie vorbereiteten, Anteil nehmen zu können“ (Kant, 30, 37), hat *Immanuel Kant* eine Position markiert, die das Denken über das Verhältnis zwischen Generationen bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts bestimmt hat. Seitdem hat sich das Vorzeichen der intergenerativen Verantwortung vor dem Hintergrund eines gewandelten Bewusstseins für die natürlichen Lebensgrundlagen[1] und der befürchteten „Grenzen des Wachstums“ (Meadows / Meadows 1972) allerdings umgekehrt.

Obwohl politische Entscheidungen notwendigerweise häufig irreversible Auswirkungen auf die grundlegenden Rahmenbedingungen des Lebens der Nachkommen haben, ist die Diskussion über „Lebenssachverhalte mit generationenübergreifenden Gerechtigkeitsbezügen“ (Hebeler 2001, 23) vergleichsweise jung. In ihrem Zentrum stehen vor allem Fragen der Ökologie (z.B. Arten- und Klimaschutz, vgl. z.B. Caspar 1997, 338–342), der Nutzung von riskanten Großtechnologien (z.B. Kernenergie, vgl. z.B. Guggenberger 1984, 184 ff.), der Verteilung von Ressourcen (z.B. national: Rentensystem vgl. z.B. Hebeler 2001, international: Nahrung, Reichtum, vgl. z.B. Kleger 1986, 152, 174) oder der

[1] Zuerst wohl Rachel L. Carson: Der stumme Frühling, München 1982; Übersetzung des Originals von 1962.

Einschränkung zukünftiger Handlungsspielräume (z.B. Staatsverschuldung, vgl. z.B. Beermann 2001). Das Konzept der Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit[2] besitzt unter den Argumentationstopoi der politischen Auseinandersetzung unterdessen ein ähnliches Gewicht wie beispielsweise die Gemeinwohlorientierung. Es fordert, dass die Belastungen nachfolgender Generationen zu den kurzfristigen Auswirkungen, also insbesondere dem durch die Entscheidergeneration gezogenen Nutzen, in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Dieser Beitrag will nun erstens mittels einer summarischen Darstellung die historischen Spannungslagen von *Legitimität* und *Qualität* politischer Entscheidungen entfalten, um dann die besonderen Probleme dieser Begriffe in Bezug auf die intergenerative Gerechtigkeit herauszuarbeiten. Zweitens werden die institutionellen Bedingungen zur Herstellung von Generationengerechtigkeit im politischen Wettbewerb beleuchtet und drittens mögliche verfassungsmäßige Beschränkungen desselben diskutiert. Viertens schließt sich ein Plädoyer für die beiden Essentials einer für die heutige und alle zukünftigen Generationen tragbaren Politik an: Transparenz und Ethos.

Legitimität und Qualität

Die Staatslehre der Antike hielt diejenige Politik für legitim, die von den am besten ausgewiesenen Entscheidungsträgern formuliert wurde. In seinem ständischen Staatsmodell ist es bei *Platon* eine durch ihre Weisheit ausgewiesene Klasse, die nach langjähriger Ausbildung unter Verzicht auf eigenen Besitz die „Idee des Guten“ ins Werk setzen soll: „Denn es wird kein Ende des Unheils unter den Völkern sein, wenn nicht die Philosophen Könige oder die Könige Philosophen sind.“ (Hirschberger 2000, 133).

Im europäischen Mittelalter verschob sich der Schwerpunkt von der Qualität zur Legitimität. Auf Ebene des Reiches diente einerseits der in die „Zwei-Schwerter-Theorie“[3] gegossene Wille Gottes der Rechtferti-

[2] Einen Überblick über jüngste Beiträge gibt Tanja Busse: Reichtum ist giftig, in: DIE ZEIT vom 21.02.2002, S. 47.

[3] Danach verlieh Gott zwei Schwerter als Zeichen der Herrschaft über die Christenheit. Eines hält der Papst als geistiges Oberhaupt, das andere hielt der (deutsche) Kaiser als weltlicher Herrscher.

gung politischer Macht, andererseits wurde Grundherrschaft überwiegend durch Herkömmlichkeit legitimiert (vgl. Sprandel 1994, 47 ff.). Der Wunsch nach qualitativ hochwertigen Entscheidungsprozessen zur Gestaltung der politischen Verhältnisse kam so erst gar nicht auf, da die Welt als ein von Gott gewollter Kosmos begriffen wurde und Legitimität also *per se* Qualitätssicherung induzierte. Allerdings gewann schon in dieser Epoche das Mehrheitsprinzip als „allgemeines und formales politisches Formprinzip" (Scheuner 1973, 62) an Bedeutung. Seine Wirkungssphäre beschränkte sich jedoch noch weitgehend auf den genossenschaftlichen Rechtskreis, also den der rechtlich gleichrangigen Bürger und Freien, ohne in die Organisation des Staates eindringen zu können. Die Qualität als Faktor einer Entscheidung bliebt allerdings dort weiter von Bedeutung, wo der Wille Gottes weltlich zu konkretisieren war. So wurde in der kanonischen Rechtslehre der Gedanke des *pars sanior*, also einer besser ausgewiesenen Minderheit, seit dem 12. Jahrhundert an lange Zeit konserviert. Damit kann bei der Bestätigung einer Wahl durch die Kirchenoberen derjenige Teil den Vorzug erhalten, der, obwohl geringer an der Zahl, dank der höheren Qualität der für ihn abgegebenen Stimmen, oder der größeren Würdigkeit des von ihm Gewählten eine innere Überlegenheit besitzt.

Nach der Reformation pluralisierte sich zunehmend das religiöse Bekenntnis in Mitteleuropa, anders als in England oder den nordischen Staaten. Dadurch büßte es seine umfassende politische Legitimationsfunktion ein. Rational-ethische Konzepte sollten nun das „Problem" lösen, dass in den Grenzen des Reiches keine ganzheitliche Christenheit, sondern nur noch im quantitativen Verhältnis von Mehrheit zu Minderheit stehende Konfessionen vorzufinden waren.[4] Die Entwicklung eines entscheidenden Verfassungsprinzips war die Antwort: Die Abwendung von der alleinigen Orientierung an der Majorität wird da erforderlich, wo ständige Minoritäten existieren. Die Minderheit ist demnach unterlegen, aber nicht zwingend im Unrecht, da der Wille der Mehrheit nicht zwingend höhere Qualität besitzt.

Mit dem Aufstieg der Volkssouveränität wurde die Mehrheitsregel dann zum einzig legitimen Instrument politischer Willensbildung. Denn

[4] Einen Überblick geben Heinrich Mitteis / Heinz Lieberich (1992): Deutsche Rechtsgeschichte. München. S. 349 ff.

sie ist die notwendige Konsequenz aus der Einsicht, dass in ausdifferenzierten und pluralisierten Gesellschaften bei nahezu allen Entscheidungsgegenständen zu vertretbaren Kosten kein absoluter Konsens zu erzielen ist (Stern 1977, 458). In Verbindung mit der Idee konsequenter politischer Gleichheit ist zugleich der Gedanke an einen Vorzug der Qualität vor der Mehrheit abgeschnitten (vgl. Böckenförde 1982).

Der Idee der Toleranz gegenüber allen politischen Positionen rückte die Vorstellung einer „richtigen" und absolut gültigen Antwort in unerreichbare Ferne. Die parlamentarische Institutionalisierung des daraus unvermeidlich resultierenden Streites der Meinungsparteien machte es bisweilen leicht, eben diese Auseinandersetzung als „Parteiengezänk" zu diffamieren. Diese Kritiker setzten Toleranz mit einem Mangel an Überzeugung gleich, das „Richtige" zu vertreten. So ist denn auch die offene Parlamentarismuskritik *Carl Schmitts* zu verstehen, der den Mehrheitsentscheid mit dem Gedanken, lediglich ein „bloß praktisch-technisches Mittel" zu sein, stigmatisierte und seine Legitimität dann endgültig für beendet hielt, so denn „via facti" gezeigt werden könne, „dass es auch anders geht" (Schmitt 1996).

Die Erwartung politischer Entscheidungen mit Endgültigkeitscharakter gerät allerdings spätestens mit der Deklination des Kritischen Rationalismus nach *Karl R. Popper* von der Wissenschaftstheorie über die Wirtschaftswissenschaften bis in den Bereich des Politischen hinein in die Defensive. Kern seines Denkens ist der erkenntnistheoretische Imperativ, nichts zu dogmatisieren und sich keiner Wahrheit gewiss zu sein (vgl. Popper 1966). Auf eine *Annäherung* an diese durch einen beständigen diskursiven Prozess der Hypothesenbildung und Falsifikation in der „offenen Gesellschaft" (Popper 1992), dürfe man hoffen – auf mehr aber auch nicht. *Friedrich A. von Hayeks* Analogon in den Wirtschaftswissenschaften bestand in der Deutung der freien Preisbildung und des Wettbewerbs als eines Mechanismus zur Nutzbarmachung des in der Gesellschaft dezentral vorhandenen Wissens (vgl. Papke). Die expliziteste Übertragung in den Raum des Politischen *unternimmt Joseph A. Schumpeter*, für den Qualität und Legitimität des demokratischen Wettbewerbs untrennbar verbunden sind. „Demokratie als Methode" sei die politische Entsprechung des ökonomischen Wettbewerbs. Seine überragende Effektivität zeige sich in der Auswahl der politischen Entscheider und darüber wiederum in der hohen Qualität politischer Entscheidungen (vgl. Schumpeter 1993).

Vielfalt und Widerspruch emanzipieren sich also von einem Objekt der Duldung zur erwünschten Rahmenbedingung der Qualitätssicherung. Aus den widerstreitenden Meinungen in einem durch „Diskurs-Ethik" ausgestalteten, gesellschaftlichen Rahmen könne systematisch Annäherung an das erfolgen, was eine Mehrheit derzeit willens ist, als Wahrheit zu bezeichnen (so z.B. Apel 1988; Habermas 1992). Wenn nämlich niemand über eine absolute Vorstellung von der Wahrheit verfügt und diese auch erst im Wege politischer Prozesse situationsbezogen greifbar wird, wäre – mit den Worten der Kritischen Theorie – die Beseitigung von Freiheit und legitimer Vielfalt der „Abbruch des Verfahrens", das Ende der Korrespondenz zwischen Theoriebildung und Falsifikation auf staatlicher Ebene, mithin das Ende politischen Fortschritts. Das Mehrheitsprinzip trägt somit maßgeblich zu diesem Prozess bei, weil es zur eigentlichen Mehrheitsbildung partikulare Interessen zum Ausgleich, d.h. zur kommunikativen Koordination zwingt.

Legitimität erwächst dabei aus der Auftragserteilung der Regierten an die Regierenden durch allgemeine Wahl per Mehrheitsentscheid. Die Minderheit ordnet sich dabei aber nur unter der Voraussetzung ein, dass die jeweilige Mehrheit nicht berechtigt ist, der Minderheit die Chance zu nehmen, selbst Mehrheit zu werden. Dies erfordert eine gesellschaftliche Ordnung, die die Prinzipien legitimer Vielfalt und nichtdiskriminierender Konkurrenz respektiert und schützt. Sie muss dafür auch kontroversen und oppositionellen Kräften Wettbewerbs- und Mitwirkungschancen gewährleisten. Dieses pluralistische Demokratieverständnis steht „in schärfstem Gegensatz zu den Demokratielehren, die auf Bildung und Durchsetzung des Mehrheits- oder Volkswillens besonderen Wert legen, wie die Ökonomische Theorie der Demokratie, Rousseaus Volkssouveränitätslehre oder hierauf gegründete radikale Demokratie-, Partei und Staatstheorien" (Schmidt 2000, 228 f.). Eine *heteronom legitimierte* Demokratie sieht sich befähigt, ein „a-priori-Gemeinwohl" zu realisieren. Die *autonom legitimierte* Demokratie bescheidet sich damit, mittels regulativer Rahmensetzungen und des normativen Gebots des Pluralismus den Weg zu einem „a-posteriori-Gemeinwohl" zu ebnen (vgl. Fraenkel 1991, 326–359).

Im Folgenden soll das Verhältnis *von Mitwirkung an einer Entscheidung auf der einen Seite und Akzeptanz ihrer Verbindlichkeit auch für den Fall nachteilhafter Folgen* auf der anderen Seite näher betrachtet

werden. Der Anspruch der Demokratie, gleichsam nur Spielregeln für die Politikformulierung zu setzen, offenbart, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen beiden erst Legitimität erzeugt. Beide stehen gewisser Maßen in einem kompensatorischen Verhältnis zueinander: Die Möglichkeit zur Mitwirkung relativiert das Risiko, eine belastende Entscheidung hinnehmen zu müssen. *Giovanni Sartori* (Sartori, 1984) geht angesichts dieser Beziehung sogar so weit, das richtige Verhältnis beider Größen zueinander mit Methoden der neoklassischen Ökonomie zu bestimmen. Sein Gedankenexperiment beginnt mit dem Grad an Repräsentation bei der Willensbildung innerhalb einer Gruppe. Das ideale Verhältnis von Mitbestimmung und Akzeptanz von Entscheidungen mit negativer Wirkung bilde der Schnittpunkt zweier Funktionen. Die erste setzt die Menge der an einer Entscheidung zu beteiligenden Personen in ein direktes Verhältnis zu den daraus resultierenden Entscheidungskosten (z.B. interne Diskussionen, Zeitverlust etc.). Die zweite setzt das Risiko nachteilhafter Entscheidungen für eben diese beteiligten Personen in ein inverses Verhältnis zu ihrer Menge.

Im Hinblick auf diese Grundlagen heute wirksamer politischer Legitimationskonzepte stellt das Prinzip Generationengerechtigkeit einige Herausforderungen dar. Bereits Anfang der 1980er Jahre haben *Claus Offe* und *Bernd Guggenberger* vor dem Hintergrund der Friedens- und „Anti-AKW-Bewegung“ in Frage gestellt, ob sich die Mehrheitsregel für eine „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) eigne. An den von ihnen markierten „Grenzen der Mehrheitsdemokratie“ (vgl. Guggenberger 1984) eröffnet sich ungewisses Gelände, wenn die Entscheidungsmodalität auf sinnliche Wahrnehmung oder höheres Bewusstsein basieren sollten. Die höhere Bewertung von „hundert engagierten, leidenschaftlichen Neins“ gegenüber den „tausend matten Jas“ einer möglicherweise schlecht informierten oder gar völlig desinteressierten Mehrheit würde über die Grenzen der Demokratie hinaus zurückführen zur Idee des *pars sanior*.

Entscheidend ist zudem, dass im Zusammenhang von Atomkrieg und ökologischer Zerstörung viele Entscheidungen irreversibel sind. Durch irreversible Entscheidungen aber wird möglicherweise der Grundsatz verletzt, dass in der Demokratie nichts ein für allemal entschieden ist. Darin besteht aber – wie oben gesagt – gerade der Grund für die Minderheit, nicht die Übereinkunft der Allgemeinverbindlichkeit getroffe-

ner Entscheidungen aufzukündigen. Überdies könnte es sein, dass die aktuelle Mehrheit gegenüber den morgen und übermorgen „Betroffenen“ nur eine verschwindende Minderheit darstellt. Für diesen Fall haftet einer Entscheidung der aktuellen Majorität etwas Willkürliches und Illegitimes an (Guggenberger 1986). Das kompensatorische Angebot von Partizipation am Entscheidungsprozess muss an den Grenzen unserer physischen Existenz scheitern: Die Inkaufnahme eines Risiko für künftige Generationen kann angesichts ihrer Noch-Nicht-Existenz *eo ipso* unmöglich durch ihre Mitwirkung an der gegenwärtigen Entscheidung aufgewogen werden.

Aufgrund dieser Legitimationsdefizite gewinnen weit weniger populäre Erklärungsansätze an Bedeutung. *William H. Riker* etwa entkleidet den Begriff der demokratischen Mehrheit allen Glanzes und stutzt ihn auf ein Werkzeug zurück, das sich trotz „Inkonsistenz“ und „Manipulierbarkeit“ seiner Ergebnisse historisch als pragmatisch brauchbar erwiesen habe, um die eigentlich legitimierenden Werte, nämlich die individuellen Freiheitsrechte, durch ein Veto der Abstimmungsberechtigten zu schützen (Schmidt 2000, 271). *Niklas Luhmann* widerspricht den Kompensationsansätzen noch umfassender: „Die These verkennt das Wesentliche: die Komplexität der Vermittlung zwischen dem konzedierten Einfluss und der zu akzeptierenden Entscheidung. Diese Vermittlung ist so umweghaft und so uneinsehbar, dass ein Zusammenhang emotional nicht herstellbar und rational nicht kalkulierbar ist. Warum sollte ein vernünftiger Mensch seinen Wagen deswegen zum TÜV fahren, weswegen auf einen geplanten Hausbau verzichten, weswegen sich impfen lassen, Steuern zahlen usw., weil er hin und wieder einen Stimmzettel ankreuzen darf?“ (Luhmann 1993, 167). Politik sei vielmehr ein Planungsprozess, der sich u.a. der Planungsaufgabe der Konsensbeschaffung widmen müsse (Scharpf 1973). Wahlen sind nach *Luhmann* daher ohnehin nie präventiv im Sinne einer Besetzung von Ämtern mit den für die Fragen der Zukunft am besten ausgewiesenen Entscheidern. Vielmehr gehe es *ex post* um ein *feedback*[5] zur Erfolgskontrolle bei der Aufgabe der Konsensbeschaffung (Luhmann 1999, 636 f.).

[5] Siehe dazu auch den Begriff der „Rückkopplung“ bei Ekkehart Stein: Staatsrecht, Tübingen 1995, S. 80 ff.

Fehlanreize im politischen Wettbewerb

Das Prinzip Generationengerechtigkeit stellt nicht nur die Legitimität, sondern auch die Qualität demokratischer Institutionen in Frage. Den Rahmen für unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit qualitativ hochwertige Entscheidungen bildet der politische Wettbewerb, also der Kampf der aktuellen Mehrheiten und Minderheiten um das künftige Stimmenverhältnis. Je nachdem, welcher der vorgestellten demokratietheoretischen Legitimationsansätze zugrunde gelegt wird, soll der politische Wettbewerb entweder erstens für optimale Entscheiderauswahl, oder zweitens für ein Klima, in dem keine allzu großen Beschneidungen individueller Rechte möglich sind oder drittens für eine Erfolgskontrolle in Hinblick auf die Vermittlung der Entscheidungen beim Wahlvolk sorgen.

Wie bei *Schumpeter* sind auch bei *Anthony Downs* Parteienwettbewerb, Wahlen und die Präferenzen des Wahlvolks entscheidend für das Verständnis der Demokratie. Von seinem Vorgänger unterscheidet sich *Downs* allerdings durch die konsequente Orientierung am *homo oeconomicus* mit exogener Präferenz, während sein Vorgänger von einem endogenen – also einem im politischen Prozess hergestellten – Wählerwillen ausging (vgl. Schmidt 2000, 204). Für die Ökonomische Theorie der Politik stellt sich Demokratie nun als Markt für Nutzenmaximierer dar. Mithin ist der Wahlvorgang ein Markt für politische Entscheidungen. In diesem auf dem methodologischen Individualismus basierenden Modell handeln alle Akteure zweckrational an ihrer individuellen Nutzenbilanz orientiert. Wähler votieren für diejenige Partei, die das attraktivste Angebot an individueller Wohlfahrtsmaximierung unterbreitet, etwa in Form von Protektionen, staatlichen Leistungen oder spezifischen Steuervorteilen. Die Anbieter entwickeln diejenige Politik, von der sich eine Maximierung des Stimmenpotenzials erwarten lässt. Als Ergebnis steht das Primat des Machterhalts vor der inhaltlichen Gestaltung des übertragenen Amtes (Schmidt 2000, 215).

Nach dem heutigen Stand der politikwissenschaftlichen Forschung berücksichtigt die Ökonomische Theorie der Politik institutionelle, historische und soziokulturelle Bedingungen zu wenig. Die Grenzen des Rationalitätsprinzips werden zu sehr vernachlässigt. Gleichwohl kann sie immer noch zur vereinfachenden Darstellung von komplexen Sachverhalten dienen. Insofern ist es konsequent, die Qualität politischer

Entscheidungen unter den beschriebenen Wettbewerbsbedingungen mit ähnlichen Instrumenten zu untersuchen, wie sie ansonsten für ökonomische Prozesse üblich sind (Mueller 1989). Der Ansatz firmiert unter dem programmatischen Titel der „public choice“ in Anlehnung an *Kenneth J. Arrows* „social choice“ (Arrow 1951).

Demnach kommt es in der repräsentativen Mehrheitsdemokratie zu „Trittbrettfahrerproblemen“ (Posner 1977), durch die Nutznießer und Kostenträger auseinander fallen (Gruber / Kleber 1994, 134). Das klassische Modell von *Knut Wicksell* (Wicksell 1896, 76 ff.), das eine verteilungsneutrale Finanzierung öffentlicher Tätigkeiten vorsieht, indem es die Finanzierung einer Maßnahme proportional auf ihre Profiteure umlegt, bleibt als Grundmuster wohl Situationen vorbehalten, in denen alle Betroffenen nach dem Einstimmigkeitsprinzip beschließen. Denn in der Regel verspricht ein Anbieter politischer Entscheidungen Wohlfahrtsmehrungen für eine bestimmte Gruppe von Wählern. Dieses Angebot ist dann mehrheitsfähig, wenn auf der Seite der Profitierenden eine Mehrheit steht und sich auf der Seite der Kostenträger entweder sich die Minderheit wiederfindet oder aber die Finanzierungsmaßnahmen unterhalb der Wahrnehmungsgrenze liegen, so dass auch die Mehrheit finanziert, sich aber lediglich ihrer Wohlfahrtsmehrung, nicht aber ihres besonderen Finanzierungsbeitrags bewusst ist. Die Trittbrettfahrerproblematik ist nicht durch den Wettbewerb selbst zu begrenzen, da Mehrheiten kaum durch die öffentliche Erkenntnis globaler Ineffizienz ins Wanken gebracht werden, solange sie dabei profitieren. Der politische Wettbewerb programmiert daher anders als eine ideale Gütermarktsituation, die die Nachfrage und den dafür entstehenden Aufwand unmittelbar rückkoppelt, keine Allgemeinwohlorientierung und auch nicht „das größtmögliche Wohl der größtmöglichen Zahl“ (Bentham 1988), sondern das Wohl einer Mehrheit im Zweifel auf Kosten der Minderheit.

Für die Frage der Programmierung von intergenerativ hochwertigen Entscheidungen macht es überdies keinen Sinn, beispielsweise im Zusammenhang mit dem *Wicksell*‘schen Modell über Instrumente der Einstimmigkeit, sowie der direkten Demokratie zu diskutieren oder gar das Konzept des *pars sanior* reaktivieren zu wollen, da die Verteilung von Lasten und Nutzen hier nicht zwischen Minderheit und Mehrheit zu einem bestimmten Zeitpunkt geschieht, sondern intergenerativ. Nicht

die Mehrheit ist hier Trittbrettfahrer auf Kosten der Minderheit, sondern die Gegenwart auf Kosten der Zukunft. Einstimmigkeit in der Gegenwart lässt keinerlei Rückschlüsse auf die Akzeptanz bei einer Mehrheit oder gar allen Beteiligten in der Zukunft zu.

Diese Zeitbezogenheit des Problems mindert die oben beschriebenen Fehlanreize in keiner Weise, sondern verschärft sie nur, da sich die Tendenz zur Verschiebung von Lasten und Gunsten zwischen zwei Gruppen durch politische Entscheidungen unter rationalen Gesichtspunkten umso mehr verstärkt, je weniger die zu belastende Gruppe das Anbieterziel der Stimmenmaximierung zu gefährden in der Lage ist. Das gilt beispielsweise für Kinder und Jugendliche, denen noch kein aktives Wahlrecht eingeräumt ist, und es gilt umso mehr für künftige Generationen, die noch gar nicht geboren sind. Die konkrete politische Mehrheit muss eben innerhalb der aktuell Wahlberechtigten beschafft werden und führt daher zu einer Diskontierung von zeitlichen Fernwirkungen (Offe 1984).

Eine Ordnungspolitik für Generationengerechtigkeit?

Die im Gange der Untersuchung konsolidierte These, dass der politische Wettbewerb Fehlanreize für die Klasse der Entscheider zu Lasten zukünftiger Generationen setzt, könnte in Analogie zum ordnungspolitischen Programm der Sozialen Marktwirtschaft (Grosser 1988) eine Wettbewerbsbeschränkung für zukunftsbelastende Maßnahmen nahe legen: gleichsam eine Ordnungspolitik der Generationengerechtigkeit. Da es sich um eine Beschränkung auch von gesetzgeberischer Maßnahmen handelt, setzte sie verfassungsrechtliche Schranken voraus (vgl. Tremmel / Laukemann / Lux 1999, 436; Straubhaar 2001, 30).

Grundsätzlich ist eine Beschränkung des gewählten Gesetzgebers dem westlich-liberal geprägte Demokratiebegriff nicht fremd. Spätestens seit *Alexis de Tocquevilles* eindringlicher Beschreibungen und Warnungen vor einer „Tyrannei der Mehrheit“ (de Tocqueville 1994, 145) ist die Notwendigkeit einer Mäßigung des Souveräns Volk in modernen Demokratien deutlich vor Augen geführt worden. Diese reiht sich in die lange Tradition der Ochlokratie-Kritik, also der Herrschaft des Pöbels, ein. Die Beschränkungen des Gesetzgebers sind gleichsam das juristische Substrat der Freiheit der Bürger, um sich vor einer Diktatur der

Mehrheit zu schützen. Die Mehrheitsregel ist durch die verfassungsmäßige Ordnung eingehegt.

Das Grundgesetz sieht schon heute eine ganze Reihe solcher Beschränkungen des politischen Wettbewerbs zum Schutze künftiger Generationen vor. An erster Stelle stehen die Grundrechte. Durch sie wird dem Gesetzgeber für Eingriffe in bestimmte Lebensbereiche eine besondere und rechtlich überprüfbare Begründungslast auferlegt. Ihr Wesensgehalt allerdings stellt eine absolute Grenze dar, deren Antastung durch den Gesetzgeber die Verfassung *expressis verbis (*Art. 19 Abs. 2 GG) verbietet. Ursprünglich hatten die Grundrechte lediglich den Charakter eines subjektiven Abwehrrechtes gegen den Staat. Insofern sind sie kaum als effektiver Schutz künftiger Generationen fruchtbar zu machen. Denn zu dem Zeitpunkt, zu welchem ihnen die Berufung auf ihre eigenen subjektiven Rechte möglich wäre, ist es bereits zu spät. Allerdings haben die Grundrechte einen Funktionswandel, vielmehr eine Funktionsergänzung als Markierungen objektiver, den Staat unmittelbar bindender Wertentscheidungen erfahren (Pieroth / Schlink 1999, 20 f.). „Darin eingeschlossen ist der Geltungsanspruch für die Zukunft. Der Staat trägt auch Verantwortung für die kommenden Generationen. Er hat sie vor Gefahren zu schützen, die das heutige Handeln als Dauer- und Spätfolgen hinterlassen kann, und dafür Sorge zu tragen, dass die rechtlichen und realen Voraussetzungen des menschlichen Lebens, der Freiheit, der Würde erhalten bleiben.“ (Isensee, 199) Diese Wertentscheidungen sind, soweit sie grundsätzlich Ausprägungen der Menschenwürde repräsentieren, also soweit sie von der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG erfasst werden (Ipsen 1998), dem verfassungsändernden Gesetzgeber entzogen. Diese Grundsätze wirken als absolute Schranken auch zum Schutze kommender Generationen.

Dem konstitutionellen Haushaltsrecht lässt sich ebenfalls eine Schranke entnehmen. So stellt Art. 115 GG die Aufnahme von Krediten durch den Bund unter den grundsätzlichen Vorbehalt, dass sie der Höhe nach nicht die Ausgaben für Investitionen überschreiten dürfen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie im Rahmen einer Störungslage des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts taugliches Mittel sind, um eben diese Störung zu beseitigen. *Ratio legis* ist neben dem allgemeinen haushälterischen Grundsatz der Sparsamkeit der Schutz künftiger Generationen

und ihrer Entfaltungschancen durch Kreditbelastungen. „Die verfassungsrechtliche Schuldensperre erzieht das Parlament zum Prinzip Verantwortung über den beschränkten Horizont der laufenden Legislaturperiode hinaus und wehrt einer wahltaktischen Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität." (Isensee 1996, 706 f.).

Als jüngstes Institut fand 1994 der Art. 20a Eingang in die Verfassung. Er verpflichtet Gesetzgebung und vollziehende Gewalt auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei wird ausdrücklich Bezug darauf genommen, dass dies „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen" zu geschehen habe. Als Staatszielbestimmung (BverwG, DVBl. 1995, 1009; 1998, 586) ist die Regelung Teil des objektiven Verfassungsrechts. Seine Reich- und Tragweite bereitet insbesondere deswegen Probleme, weil Ziel und angestrebtes Schutzniveau der Norm zum derzeitigen Stand der verfassungswissenschaftlichen Forschung nicht geklärt sind (Höfling, 113; Tremmel / Laukemann / Lux, 434).

Transparenz und Ethos

„Recht setzt ein, wo Grenzen zu markieren sind", schreibt *Josef Isensee* (Isensee 1996, 377). Markierung aber muss schwer fallen, wo Unsicherheit über ihre Platzierung wie vorliegend aufgrund der Komplexität des Begriffs der Generationengerechtigkeit besteht. Dieses Ziel, jedenfalls was seine äußeren Grenzen angeht, verfassungsrechtlich mittels eines trennscharfen Ordnungsrahmens zu programmieren, ist eine wohl unlösbare Aufgabe. Eingangs wurde festgestellt, dass Generationengerechtigkeit mittels des Verhältnisses zwischen dem von der Entscheidergeneration gezogenen Nutzen und den daraus resultierenden Lasten für die folgenden Generationen erfassbar sei. Damit ist jedoch eine Doppelprognose vorausgesetzt: Zum einen sind die zu erwartenden Nutzen einer Maßnahme zu prognostizieren, zum anderen – und dies dürfte die bedeutend schwierigere Aufgabe sein – sind die Lasten der künftigen Generation vorauszusagen.

Die Prognose eines bestimmten Nutzens bereitet Probleme: Fraglich ist etwa, ob kreditfinanzierte Investitionen in die Verteidigung in ihrem Nutzen tatsächlich abschätzbar sind. Abwehrbereitschaft zur Verteidigung von staatlicher Ordnung, Freiheit und das Eigentum ihrer Bürger

vor Gefahren von außen hätte streng genommen nur dann einen tatsächlichen Wert, wenn der konkrete Verteidigungsfall eintritt. Dagegen könnte sprechen, dass Verteidigungsbereitschaft als abstraktes Gut gerade potentiell präventive Wirkung entfaltet, insoweit sie von vornherein den Verteidigungsfall durch Abschreckungswirkung unterbindet (Dixit / Nalebuff 1997, 125 ff.). Daher wäre gerade dann, wenn kein Verteidigungsfall eintritt, Nutzen vorhanden. Zugespitzt lässt sich sagen, dass es für die Aussage, dass Verteidigungsinvestitionen für die Allgemeinheit nutzbringend sind, scheinbar nicht darauf ankommt, ob ein Verteidigungsfall vorkommt oder nicht. Das denkbare Argument, dass sich die Rationalität von Verteidigungsinvestitionen *per se* zeige, läuft jedoch leer. Das Gleiche müsste dann nämlich bei allen Ausgaben gelten, die einem abstrakten Zweck dienen, um bestimmte Zustände wie beispielsweise Krieg zu verhindern, wenn der Wirkungszusammenhang wie oben nicht tatsächlich falsifizierbar ist, da unabhängig vom Erfolgseintritt eben ein Gewinn unterstellt werden kann. Als weiteres Beispiel sei hier nur der „soziale Friede“ genannt, der insbesondere in der katholischen Soziallehre als ökonomisch unschätzbar betrachtet und dementsprechend als Belastungslegitimation *par excellence* argumentativ genutzt wird. Er sichere nämlich Stabilität durch die Unterbindung sozialer Unruhen und mache daher erst erfolgreiches ökonomisches Planen und Handeln möglich. Wo denn aber die Konstruktionsfreudigkeit solcher abstrakter Zwecke und der daraus resultierenden ebenso abstrakten Nutzungen im Rahmen der anzustellenden Prognose an ihre Grenze stoßen soll, ist ein Problem, das nicht ohne weiteres zu klären ist.

Noch schwieriger gestaltet sich die Prognose einer künftigen Belastung. Eine Ausnahme ist etwa das klassische Beispiel einer monoton steigenden Staatsverschuldung. Als Beispiel für signifikante Prognosefehler in der Bewertung künftiger Entwicklungen aber kann der berühmte Bericht der *Meadows* an dem Club of Rome gelten (Meadows / Meadows 1972.), der in die methodische Form von Aggregation und Extrapolation der menschlichen Ressourcennutzung gegossene Endzeitbilder (Dahrendorf 1994, 174 ff.) an die Wand warf. Solche Fehler sind *a priori* unvermeidlich, da Prognosen unter dem Mangel leiden, dass sie auf der Annahme sich stetig, in gewisser Weise (natur)gesetzmäßig verlaufenden Entwicklungen basieren müssen.

Technischem Fortschritt, menschlichem Erfindungsgeist und der Vielgestaltigkeit der Entwicklung menschlichen Zusammenlebens können sie nicht berücksichtigen.

Das Problem ist in öffentlich-rechtlicher Hinsicht nicht unbekannt. Es gleicht der Prognosesituation im Recht der Gefahrenabwehr. Hier ist der Umfang der Gefahr einer Belastung kommender Generationen zu prognostizieren, dort die Wahrscheinlichkeit einer Gefahr, wie beispielsweise der Einsturz eines Hauses oder der Belastung von Grundwasser. Die rechtliche Zulässigkeit eines Einschreitens – hier durch die Erklärung der Nichtigkeit einer gesetzgeberischen, dort durch die Anordnung einer bau- oder umweltpolizeilichen Maßnahme – hängt also streng genommen vom Eintritt eines künftigen Ereignisses ab. Da dieses aber nicht abgewartet werden kann, da es ihn ja gerade zu verhindern gilt, wird ein gewisser Grad an Wahrscheinlichkeit hinreichend sein müssen (Friauf 1999, Rdn. 52 ff.). Diese erschließt sich nicht durch einen reinen Erkenntnisakt, sondern setzt immer eine wertende Betrachtung voraus (Friauf 1999, 51). Denn je größer sich die künftige Gefahr darstellt und desto geringer im Vergleich dazu das gegenwärtige Opfer erscheint, desto großzügiger wird die Frage beantwortet werden, ob eine Wahrscheinlichkeit hinreichend ist.

Diese Wertung, die das Recht der Gefahrenabwehr dem Verwaltungsrichter ohne weiteres zugestehen muss, kann dem Verfassungsrichter nicht uneingeschränkt durch einen umfassenden Verfassungsvorbehalt der Generationengerechtigkeit überlassen werden. Der Verwaltungsrichter nämlich wertet über Gegenstände, die zeitlich relativ nahe beieinander stehen. Der Verfassungsrichter hingegen müsste über Generationen hinweg entscheiden. Der Verwaltungsrichter kann für die Prognose, bei der Prognosezeitpunkt und das zu prognostizierende Ereignis relativ nahe beieinander liegen, regelmäßig auf das gesicherte Erfahrungswissen einschlägiger Fachwissenschaften zurückgreifen. Die langen Zeiträume, die Gegenstand der verfassungsrichterlichen Bewertung wären, steigerten die Komplexität der Prognose so sehr, dass sie auch fachwissenschaftlich kaum zu bewältigen wären. Der Verwaltungsrichter ist in seiner Bewertung eng begrenzt und auf die Entscheidung festgelegt, ob eine Ordnungsbehörde unrechtmäßig in die durch den Gesetzgeber konkretisierte Freiheitssphäre des Bürgers eingegriffen hat. Dem Verfassungsrichter aber täte sich ein enorm weiter Bewertungs-

spielraum auf, der tief in den Zuständigkeitsbereich des Gesetzgebers hinein reichte. Dagegen spricht bereits das Prinzip der Gewaltenteilung. Wird Generationengerechtigkeit als ein Ziel der Politik gesehen, so fällt die Aufgabe der Bestimmung seiner praktischen Konsequenzen vornehmlich dem Gesetzgeber zu (Isensee 1996, 380)

Daraus aber ist nicht zu folgern, dass der Begriff der Generationengerechtigkeit als spezifizierbares Maß und bestimmbare Grenze des Politischen an sich nicht taugt. Nur ist die Wirksamkeit einer Verfassung bei der finalen Programmierung von Generationengerechtigkeit begrenzt. Dies ist in erster Linie eine ethische Frage. Wie aber Recht Ethik an sich nicht ersetzen kann, so lässt sich auch die „Ethik der Zukunftsverantwortung nicht verrechtlichen“ (Höfling 2001, 113). Der Vergleich ergibt sich nicht nur zur Gemeinwohlorientierung, wie er bereits angestellt worden ist. Die Erfahrung mit dem Sozialstaatsgebot (Art. 20 Abs. 1 GG) durch das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit durchscheint, lehrt, dass – abgesehen von einigen Grundannahmen wie der Sicherung eines Existenzminimums – weitgehend ungeklärt ist, welche Reichweite es besitzt und wo es rechtliche Grenzen zieht (Seifert / Hömig 1999, Art. 20, 4).

In erster Linie gehören Gebote der Gerechtigkeit damit in die politische Auseinandersetzung. Gerechtigkeit offenbart sich nicht, um sie muss gerungen werden. Wird Legitimation nur in der Verbeugung der politischen Entscheider vor Tendenzen der öffentlichen Meinung erkannt, so mag die Situation hoffnungslos erscheinen, da sich das eigennützige Verhalten immer größerer Beliebtheit erfreuen wird, als die Preisgabe einer kurzfristigen Wohlfahrtsmehrung zu Lasten späterer Kostenträger.

Legitimierung kann aber auch in umgekehrter Richtung stattfinden. Für gerechtes Verhalten kann um Zustimmung geworben werden. Für die Entscheider in öffentlicher Funktion muss sich ein zwar nicht justiziabeles, aber dennoch wirksames Gemeinwohlethos einschließlich einer intergenerativen Dimension etablieren. An dieses müssen sich die Akteure gebunden fühlen, um sich um Generationengerechtigkeit, auch gegen die Logik der „rent seeking society“ (Buchanan / Tollison / Tullock 1980), zu bemühen. Sie müssen politische Führung im besten Sinne des Wortes unter Beweis stellen, indem sie der Öffentlichkeit vermitteln, wo ihrer Auffassung nach die Grenze zur Ungerechtigkeit

gegenüber kommenden Generationen überschritten wird – und dafür eintreten, dass dort halt zu machen ist.

Der Ruf nach Ethos als notwendige Rahmenbedingung für funktionsfähige politische Institutionen ist dabei keineswegs ein Novum. *Böckenförde* hält „demokratisches Ethos" für eine unabdingbare Voraussetzung für funktionierende demokratische Institutionen (Böckenförde 1982, Rdn. 74 ff.). *Schumpeter* formulierte fünf Bedingungen für einen gut funktionierenden politischen Wettbewerb (Schumpeter 1993). Dazu zählten u.a. die moralische Integrität der politisch Agierenden, starkes Verantwortungsgefühl im öffentlichen Dienst und große Meinungstoleranz. Was für den Anspruch eines demokratischen Staates gilt, gilt ebenso für den Anspruch an eine intergenerativ tragbaren Politik.

Fraglich bleibt, woraus sich ein Maßstab für ein Ethos der Generationengerechtigkeit gewinnen läßt. Orientiert man sich am Maßstab der Nachhaltigkeit, ist eine Politik generationengerecht, die *ceteris paribus* unbegrenzt fortzusetzen wäre. Diesem Anspruch würde etwa eine globale Ressourcenpolitik genügen, die sich auf erneuerbare Energiequellen und auch dort nur im Umfang ihrer Regenerationsfähigkeit stützt. Es leuchtet jedoch ein, dass diese Anforderungen in der Praxis nur in der Tendenz umsetzbar sind. Ein entscheidendes Manko ist die für die politisch Verantwortlichen und die Wähler gleichermaßen fehlende Transparenz, um überhaupt beurteilen zu können, wie nah die Politik diesem Ideal kommt.

Symptomatisch für dieses Defizit ist die Finanzpolitik. „Die geltende Haushaltsplanung bildet den sich abzeichnenden Problemdruck nur ansatzweise ab. Haushaltsdefizite und Schuldenstand weisen im wesentlichen nur auf den Umfang zukünftiger Zinsverpflichtungen aus öffentlichen Krediten hin. Über die Probleme der Sozialversicherung und anderer altersabhängiger Staatsleistungen vermögen sie nicht zu informieren, denn diese können auch bei ausgeglichenem, ja sogar bei Haushaltsüberschüssen auftreten." (Schumpeter 1993, 2). Instrumente zur Überprüfung der Vereinbarkeit der Finanzsituation des Fiskus mit dem Postulat intergenerativer Gerechtigkeit sind jedoch bekannt. Sie untersuchen die Einnahme- und Ausgabenseite öffentlicher Haushalte in einer langfristigen Perspektive und beziehen sowohl Ansprüche, als auch Entwicklungen mit ein, die erst in einigen Jahrzehnten haushaltswirksam werden. Eine Rechnungslegung dieser Art müsste nur in die politi-

sche Praxis (z.B. in Form eines obligatorischen Berichtswesens) Einzug halten, um Nachhaltigkeitslücken – mithin den Umfang der notwendigen Konsolidierung zur Wiederherstellung der Nachhaltigkeit – zu offenbaren. Dies könnte den Akteuren neue und nachvollziehbare Gründe zur Rechtfertigung unpopulärer Einschnitte gegenüber ihren Wählern geben.

Zugleich gewinnt das Problem an Komplexität, sobald es um mehr als eine negative Eingrenzung des politischen Entscheidungsspielraums, sondern darüber hinaus um die Einbeziehung positiver Handlungen geht. Nicht oder zu spät ergriffene Maßnahmen könnten schließlich negative externe Effekte für die nachwachsenden Generationen zur Folge haben, etwa bei der absehbar steigenden Beanspruchung der öffentlichen Haushalte durch den Kapitaldienst für Schulden bei zugleich steigendem Zuschussbedarf in den sozialen Sicherungssystemen. *Für Böckenförde* ist die Weigerung, Entscheidungen unter Inkaufnahme von Risiken zu treffen, von daher selbst eine Entscheidung – die für einen Status quo nämlich, der selbst wieder negative Auswirkungen auf die Zukunft zeitigen könnte (Böckenförde 1982, 925).

Komplexität zwingt aber nicht zur Kapitulation, wie das Beispiel der Währungspolitik zeigt. Die fatalen Konsequenzen zweier galoppierender Inflationen innerhalb eines halben Jahrhunderts haben in Deutschland einen zwar schmerzlichen, aber um so konsequenteren Lerneffekt bewirkt. Das Gefahrenpotential kurzfristiger Problembewältigung durch Politikfinanzierung mittels unverantwortlicher Geldmengensteigerungen und die daraus resultierenden Schäden wurden bereits für die aktive, aber auch die kommenden Generationen identifiziert. Diesem verführerischen Weg wurde lediglich durch ein einfaches Gesetz ein Riegel vorgeschoben. Das Bundesbankgesetz (Gesetz über die Deutsche Bundesbank BGBI I 1999, 2402) konstituiert das „vorrangige Ziel“ der „Preisstabilität“ (§ 3) und legt die Bewahrung dieses Gutes in die Hände unabhängiger Organe (§ 12). Jede Regierung, die sich in der parlamentarischen Realität der Bundesrepublik immer auf eine zur Gesetzgebung und -aufhebung befähigte Mehrheit von Abgeordneten stützt, wäre in der Lage, die Schleifung dieser einfachgesetzlichen Hürde zu initiieren[6] –

[6] Teile der Lehre verneinen dies, da sie diese Grundsätze in der Verfassung verankert sehen wollen. Die hier vertretene Auffassung entspricht der herrschenden Meinung in der Verfassungswissenschaft. Insbesondere auf BVerwG 41, 354 ff. sei verwiesen.

freilich um den Preis eines Empörungssturms in der Öffentlichkeit, die sich über die drohenden Konsequenzen im Klaren ist. Ohne sich auf eine Verfassungsschranke stützen zu müssen, hat die politische Kultur eine wirksame Bindung zustande gebracht, die Modell stehen könnte für eine Verpflichtung auf sich im politischen Diskurs herausbildende Grundsätze generationengerechter Politik.

Das Vertrauen in die Vernunft- und Lernfähigkeit unserer Gesellschaft vermag die Hoffnung zu nähren, dass dieser Prozess auch ohne vergleichbar schmerzliche Ereignisse wie die historischen Inflationen möglich sein wird. Nutzen wir sie nicht, stehen sie uns möglicherweise noch bevor. *Friedrich A. von Hayek* hat bereits vor Jahrzehnten die düstere Prognose gewagt, dass dann, wenn die Älteren dauerhaft die Belastungen für die Jüngeren türmen, sie es letztendlich als Polizisten und Soldaten sind, die über die revolutionären Mittel verfügen, sich dieser Lasten auch gewaltsam zu entledigen.

Literatur

Apel, Karl-Otto (1988): Diskurs und Verantwortung, Frankfurt am Main.

Arrow, Kenneth (1951): Social Choice and Individual Values. New York.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.

Beermann, Wilhelm (2001): Staatsverschuldung als Instrument intergenerationell gerechten Ausgleichs. In: Dieter Birnbacher / Gerd Brudermüller: Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität. Würzburg.

Bentham, Jeremia (1988): The Principles of morals and legislation. New York.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1982): Demokratie als Verfassungsprinzip. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Das Handbuch des Staatsrechts (Band X) Heidelberg. Rdn. 52.

Buchanan, James M. / Tollison, Robert D. / Tullock, Gordon (1980) (Hg.): Toward a Theory of the Rent-Seeking Society. Texas.

BVerwG, DVBl. (1995) 1009; (1998) 586.

Casper, Johannes (1997): Ökologische Verteilungsgerechtigkeit und moderner Rechtsstaat am Beispiel des Klimaschutzes. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 83. S. 338–342

de Tocqueville, Alexis (1994): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart.

Dahrendorf, Ralf (1994): Der moderne soziale Konflikt. München.

Dixit, Avinash K. / Nalebuff, Barry J. (1997): Spieltheorie. Stuttgart.

Fraenkel, Ernst (1991): Strukturanalyse der modernen Demokratie. In: Ders. (Hg.): Deutschland und die westlichen Demokratien. Frankfurt am Main. S. 326–359.

Friauf, Karl H. (1999): Polizei- und Ordnungsrecht. In: Eberhard Schmidt-Aßmann (Hg.): Besonderes Verwaltungsrecht. Berlin. Rdn. 52 ff.

Grosser, Dieter u.a. (1988) (Hg.): Soziale Marktwirtschaft. Stuttgart.Gruber, Uta / Kleber, Michaela (1994): Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. München.

Guggenberger, Bernd (1986): Die neue Macht der Minderheit. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): Wahrheit statt Mehrheit? An den Grenzen der parlamentarischen Demokratie. München.

Guggenberger, Bernd (1984): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. In: Bernd Guggenberger / Claus Offe (Hg.): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Opladen. S. 184 ff.

Habermas, Jürgen (1992): Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt am Main.

Hebeler, Timo (2001): Generationengerechtigkeit als verfassungsrechtliches Gebot in der sozialen Rentenversicherung. Baden-Baden.

Hirschberger, Johannes (2000): Geschichte der Philosophie. (Bd. 1) Freiburg i.Br.

Höfling, Wolfram (2001): Intergenerationelle Verantwortung und Verfassungsrecht. In: Birnbacher / Brudermüller (Hg.): Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität. Würzburg. S. 113.

Ipsen, Jörn (1998): Staatsrecht I. Neuwied. Rdn. 905.

Isensee, Josef (1996): Schuldenbarriere für Legislative und Exekutive: In: Rudolf Wendt u.a. (Hg.): Staat, Wirtschaft und Finanzen – Festschrift für Friauf. Heidelberg. S. 706 f.

Isensee, Josef: Das Grundrecht als Abwehrrecht und staatliche Schutzpflicht. In: Josef Isensee / P. Kunig (Hg.): Handbuch des Staatsrechts. (Band. V) § 111. S. 199.

Kant, Immanuel: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. V.W. Weichedel (Hg.). Bd. 11

Kleger, Heinz (1986): Gerechtigkeit zwischen Generationen. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie-Beiheft 26.

Luhmann, Niklas (1999): Soziale Systeme. Frankfurt am Main.

Luhmann, Niklas (1993): Legitimation durch Verfahren. Frankfurt am Main.

Meadows, Dennis H. / Meadows, Donella L. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart.

Mueller, Dennis C. (1989): Public Choice III. Cambridge.

Offe, Claus (1984): Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheidungen? In: Guggenberger/ Offe: An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Opladen.

Papke, Gerhard: Das Wissensproblem und seine Konsequenzen – Einleitung. In: Ders. (Hg.): Wissen. Freiheit. Ordnung, Veröffentlichung in Vorbereitung.

Pieroth, Bodo / Schlink, Bernhard (1999): Grundrechte. Heidelberg.

Popper, Karl (1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Stuttgart.

Popper, Karl (1966): Logik der Forschung. Wien.

Posner, Richard A. (1977): Economic Analysis of Law. Boston.

Sartori, Giovanni (1984): Selbstzerstörung der Demokratie? In: Guggenberger / Offe (Hg.): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Opladen.

Scharpf, Fritz W. (1973): Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie. Frankfurt am Main.

Scheuner, Ulrich (1973): Das Mehrheitsprinzip in der Demokratie. Opladen.

Schmidt, Manfred G. (2000): Demokratietheorien. Opladen.

Schmitt, Carl (1996): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin.

Schumpeter, Joseph A. (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Stuttgart.

Seifert, Karl-Heinz / Hömig, Dieter (1999): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden. Art. 20, Rdn. 4.

Sprandel, Rolf (1994): Verfassung und Gesellschaft im Mittelalter. Paderborn.

Stern, Klaus (1977): Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland (Band 1) München.

Straubhaar, Thomas (2001): Wertet die Zukunft auf. In: DIE ZEIT vom 27.12. 2001. S. 30.

Tremmel, Jörg / Laukemann, Marc / Lux, Christina (1999): Die Verankerung der Generationengerechtigkeit im Grundgesetz. ZRP. S. 436.

Wicksell, Knut (1896): Finanztheoretische Untersuchungen. Jena.

ZUR PERSON

Marco Buschmann
geb. 1977 in Gelsenkirchen. Studium der Rechtswissenschaft mit dem Schwerpunkt Staats- und Verwaltungsrecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Seit 1994 verschiedene Funktionen bei den Jungen Liberalen und der FDP, so u.a. als stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Liberalen NRW mit dem Geschäftsbereich Programmatik und Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2002.

Christian Lindner
geb. 1979 in Wuppertal. Seit Oktober 1999 Magisterstudium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Staatsrecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

1997 bis 1999 und seit 2002 Tätigkeit als freiberuflicher Unternehmensberater. 1999 bis 2002 Geschäftsführender Gesellschafter der knüppel, lindner communications GmbH, Köln. 2000 bis 2001 zusätzlich Geschäftsführer der moomax GmbH Köln, Ressort: Kommunikation und Vertrieb, Venture Capital. Kreisvorsitzender der FDP im Rheinisch-Bergischen Kreis und seit 2000 Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Veröffentlichungen: Die ’98er. Generation im Aufbruch, Oberursel 1998 (zusammen mit Georgios Chatzimarkakis und Dirk Otto). Die Aktie als Marke. Wie Unternehmen mit Investoren kommunizieren sollten, Frankfurt am Main 2001 (zusammen mit Hartmut Knüppel). Avatare. Digitale Sprecher für Business und Marketing, Heidelberg 2003. Diverse Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften zu sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.

Christina Lux-Wesener

GENERATIONENGERECHTIGKEIT IM GRUNDGESETZ? – EINE UNTERSUCHUNG DES GRUNDGESETZES AUF GEWÄHRLEISTUNGEN VON INTERGENERATIONELLER GERECHTIGKEIT

Einleitung

Eine gerechte Behandlung Angehöriger verschiedener Generationen wird derzeit vor allem im Hinblick auf eine langfristige Erhaltung des bestehenden Umweltstandards und auf die Situation in der gesetzlichen Rentenversicherung verlangt. In diesem Zusammenhang wird auch die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz (GG) gefordert (vgl. Tremmel / Laukemann / Lux 1999). Dabei kann jedoch noch nicht als abschließend geklärt angesehen werden, ob und inwieweit das Grundgesetz in seiner geltenden Fassung intergenerationelle Gerechtigkeit verbürgt.[1] Dem wird im folgenden nachgegangen.

Dabei beginnt die Untersuchung mit der Bestimmung unter des zeitlichen Geltungsbereichs des Grundgesetzes, welche für die verschiedenen Aspekte der Gesamtproblematik von Bedeutung und deshalb voranzustellen ist. Anschließend werden die speziell für das Verhältnis zwischen Generationen relevanten Aussagen der Finanzverfassung und des Art. 20a GG untersucht. Es folgt eine Analyse des Sozialstaatsprinzips

[1] Auseinandersetzungen mit verschiedenen Aspekten der Problematik verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten finden sich bei Unnerstall 1999, S. 422 ff. und bei Henseler 1983, S. 489 ff.; Saladin / Zenger 1988, kommen zu einigen grundlegenden Erkenntnissen. Rux 1999, S. 301 ff. beschränkt sich auf den Gesichtspunkt des Nachweltschutzes als einer Strukturschwäche der Demokratie. Zahlreiche juristische Arbeiten behandeln ausschließlich die Frage des Nachweltschutzes vor technischen Risiken, insb. der Kernenergie: so z.B. Lawrence 1989, S. 174 ff.; Hofmann 1981, S. 258 ff.; ders. 1986 S. 87 ff.; Kloepfer 1993, S. 22 ff.; vgl. auch Murswiek 1985, S. 206 ff. Ansonsten konzentriert sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung auf philosophische und soziologische Abhandlungen. Vgl. aus dem deutschsprachigen Raum etwa Jonas 1979; Birnbacher 1988; ders. 1980; Buchholz 1984; Renn / Knaus 1998; Ketelhodt 1993; überwiegend auch Unnerstall 1999.

und des Demokratieprinzips. Abschließend werden grundrechtliche Wirkungen zugunsten der Angehörigen verschiedener Generationen, insbesondere die Frage subjektiver Rechte, die grundrechtlichen Schutzpflichten, die Menschenwürde, das Menschenrechtsbekenntnis des Artikel 1 Abs. 2 GG, die Sozialbindung des Eigentums und der allgemeine Gleichheitssatz erörtert.

Der zeitliche Geltungsbereich des Grundgesetzes

Vorab ist zu klären, ob das Grundgesetz als positives Gesetz auch in Zukunft gelten wird und welche normativen Konsequenzen sich aus der Beantwortung dieser zunächst empirischen Frage ergeben. Zukünftige Menschen genießen jedenfalls dann grundgesetzlichen Schutz, wenn das Grundgesetz im Zeitpunkt ihrer Existenz noch gilt. Daher scheint die Antwort auf die Frage, ob und inwieweit der Staat auf diese möglichen zukünftigen Generationen Rücksicht nehmen muss, zumindest teilweise von der Einschätzung der empirischen Lage hinsichtlich der zeitlichen Dauer des Grundgesetzes abhängig zu sein (vgl. Murswiek 1985, S. 211 f.; Unnerstall 1999, S. 424). Nach der Änderung des Art. 146 GG kann man zwar nicht mehr vom Charakter des Grundgesetzes als einem Provisorium sprechen.[2] Gleichwohl ist die zukünftige Geltung des Grundgesetzes unsicher: Es kann nach einer politischen Revolution, einem Militärputsch o.ä. durch eine völlig neue Verfassung ersetzt werden (Murswiek 1985, S. 211 f.; Unnerstall 1999, S. 424; Wagner / Ziegler / Closs 1982, S. 167).

Das Grundgesetz selbst geht demgegenüber von zeitlicher Beständigkeit aus. Dies lässt sich mit der geschichtliche Kontinuität „des deutschen Volkes“, worauf sich die Verfassung mehrfach – und zwar namentlich in der Präambel, in Art. 1 Abs. 2, Art. 20 Abs. 2, Art. 56 und Art. 64 GG – beruft, ebenso begründen wie mit der in der Präambel postulierten „Verantwortung vor den Menschen“[3] oder dem Bekenntnis zu den Menschenrechten „als Grundlage jeder menschlichen Gemein-

[2] So noch Wagner / Ziegler / Closs 1982, S. 167. Art. 146 GG in seiner heute geltenden Fassung erlaubt nach h.M. lediglich die Verfassungsänderung unter Beachtung der Anforderungen des Art. 79 GG; vgl. Isensee 1992b Rdnr. 61 m.w.N.; Kirchof 1992, Rdnr. 21; Stern 1990, S. 49 f.; Jarass 2000d, Rdnr. 2; anders Huber 1999, Rdnr. 10 ff.

[3] Hofmann 1981, S. 272 ff.; Dreier 1996a, Rdnr. 22; Starck 1998a, Rdnr. 39; krit. zu dieser Begründung Unnerstall 1999, 433 f.; Murswiek 1985, S. 209, Fn. 7.

schaft“ in Art. 1 Abs. 2 GG (Hofmann 1981, S. 262 ff.; Murswiek 1985, S. 212). Der Gedanke des Generationenschutzes kommt ferner auch in Art. 6 GG zum Ausdruck. Mit aller Deutlichkeit zeigt vor allem aber die ausdrückliche Nennung künftiger Generationen in Art. 20a GG die Zukunftsoffenheit des Grundgesetzes (vgl. Brönneke 1999, S. 196 ff.). Da demgegenüber im Grundgesetz keine Vorschrift sein Außerkrafttreten bestimmt, ist normativ von der zeitlich unbegrenzten Geltung des Grundgesetzes auszugehen. Auch in weiter Zukunft liegende Auswirkungen aktueller Handlungen sind also an den jetzt gültigen Normen des Grundgesetzes zu messen.[4]

Die finanzverfassungsrechtlichen Grenzen der Staatsverschuldung

Die Idee intergenerationeller Gerechtigkeit hat im Finanzverfassungsrecht Tradition. Dort findet sie sich in der grundgesetzlichen Begrenzung der Staatsverschuldung durch Art. 109 Abs. 2 und 115 Abs. 1 S. 2 GG wieder.[5] Die grundgesetzliche Finanzverfassung, namentlich Art. 115 Abs. 1 S. 2 GG, geht von einer Lastenverschiebung durch staatliche Kreditaufnahme aus (Osterloh 1990, S. 145 f.; Henseler 1983, S. 508 ff.; Höfling 1993, S. 159; vgl. auch Siekmann 1999, Rdnr. 1 ff.). Ob und inwieweit die Staatsverschuldung tatsächlich eine Lastenverschiebung in die Zukunft bewirkt, ist demgegenüber in der modernen Finanzwissenschaft umstritten.[6] Überwiegend wird jedoch angenom-

[4] Saladin / Zenger 1988, S. 76 f.; Brönneke, 1999, S. 199.; Robbers 1987, S. 217 f.; Dietlein 1992, S. 126 f.; Hofmann 1981, S. 262 ff.; Roßnagel, Radioaktiver Zerfall der Grundrechte, 1984, S. 48; Näser / Oberpottkamp 1995, S. 137; übereinstimmend im Ergebnis auch Unnerstall 1999, S. 430 ff., insb. S. 433 ff.; mit Bezug auf Art. 20a GG Waechter 1996, S. 326; Wolf 1997, S. 290 ff.

[5] Art. 109 Abs. 2 GG bestimmt: „Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.“ Art. 115 Abs. 1 S. 2 GG lautet: „Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“

[6] Hier sind aus jüngerer Zeit vor allem der auf einem mikroökonomischen Ansatz beruhende „Utility Approach“ Buchanans 1958, S. 33 ff. und der makroökonomisch orientierte „Aggregate Investment Approach“ vgl. Modigliani 1961, S. 730 ff.; Vickrey 1961, S. 132 ff. zu nennen. Zu erwähnen ist ferner der auch heute noch vertretene Ansatz der sog. „Neuen Orthodoxie“, vgl. hierzu etwa Lerner 1961; S. 139 ff. Vgl. auch die ausführlichen Streitdarstellungen bei Höfling 1993, S. 161–166 und bei Heun 1985, S. 7–15.

men, dass es infolge der Verdrängung privater Investitionstätigkeit (sog. „crowding-out-Effekt“) zu einer mindestens partiellen Lastenverschiebungswirkung komme.[7] Unter dieser Prämisse dienen die finanzverfassungsrechtlichen Grenzen staatlicher Kreditaufnahme nicht nur ausweislich ihrer rechtlichen Zielsetzung, sondern auch de facto der intergenerationellen Verteilung von Ressourcen, sollen also „Generationengerechtigkeit“ herstellen (vgl. trotz anderen Ansatzes Henseler 1989, S. 511 f.).

Das Verhältnis der finanzverfassungsrechtlichen Vorschriften zueinander

Bei flüchtigem Hinsehen scheint Art. 115 Abs. 1 S. 2 GG die einzige kreditbegrenzende Vorschrift des Grundgesetzes und insofern allein maßgebliche Spezialvorschrift des Staatsschuldenrechts zu sein (in diesem Sinne Püttner 1980, S. 12 und S. 20). Eine solche Betrachtungsweise widerspricht jedoch dem erklärten Willen des Verfassungsgebers der Finanzreform, welcher als selbstverständlich davon ausging, dass Art. 109 Abs. 2 GG auch weiterhin für die Kreditaufnahme gilt.[8] Artikel 115 Abs. 1 S. 2 GG hat danach den Zweck, der Kreditfinanzierung zusätzliche Grenzen zu setzen, soll also die aus Art. 109 Abs. 2 GG ohnehin folgende Begrenzung keinesfalls beseitigen, sondern vielmehr ergänzen.[9]

[7] So die Vertreter des „Aggregate Investment Approach; vgl. Modigliani 1961, S. 730 ff.; Vickrey 1961, S. 132 ff. Auch das rechtswissenschaftliche Schrifttum folgt überwiegend diesem Ansatz: So etwa Höfling 1993, S. 169 ff.; Heun 1985, S. 13; ohne die verschiedenen Ansätze zu benennen auch v. Arnim 1981, S. 518; anders Henseler 1989, S. 518 ff. Anders der Ansatz der sog. Lehre der „Neuen Orthodoxie“ (so polemisch Buchanan 1958, S. 4), welche sowohl die Möglichkeit einer geld- als auch einer güterwirtschaftlichen Lastenverschiebung in die Zukunft leugnet; vgl. hierzu insb. Lerner 1961, S. 139 ff.

[8] Vgl. Regierungsbegründung zur Neufassung des Art. 115 GG, BT-Drucks. V/3040 v. 21.6.1968, S. 39, Tz. 60.

[9] BVerfGE 79, 311 (333 f.); Höfling 1993, S. 153 ff.; Siekmann 1999, Rdnr. 50; Birk 1984, S. 746; v. Arnim 1981, S. 516 f.; Patzig 1985, S. 307; Heun 1985, S. 24; Stern 1980, S. 1281 f.; Friauf 1990, Rdnr. 31 f.; Brockmeyer 1999b, Anm. 1; Fischer-Menshausen 1999b, Rdnr. 11.

Das Lastenverteilungskonzept des Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG

In der „Normallage“ ist die staatliche Kreditaufnahme grundsätzlich zulässig, darf aber zum einen gem. Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten und ist zum anderen gem. Art. 109 Abs. 2 GG nach Maßgabe dessen eingeschränkt, was in Wahrung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts geboten erscheint.

Berechnungsgrundlage des Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG sind die „Einnahmen aus Krediten“. Darunter ist nur die Nettokreditaufnahme zu verstehen, d.h. insbesondere nicht Kreditmittel, die zur Schuldentilgung vorgesehen sind, und sog. Kassenverstärkungskredite.[10]

Die Nettokreditaufnahme ist begrenzt durch die „veranschlagten Ausgaben für Investitionen“. Dem Investitionsbegriff kommt damit entscheidende Bedeutung für Inhalt und Wirksamkeit der Begrenzung der Kreditaufnahme in der wirtschaftlichen Normallage zu.[11]

Nach der Vorstellung des verfassungsändernden Gesetzgebers sind unter Investitionen solche Maßnahmen zu verstehen, „die bei makroökonomischer Betrachtung die Produktionsmittel der Volkswirtschaft erhalten, vermehren oder verbessern“.[12] Die Auslegung des Investitionsbegriffs hat sich dementsprechend auch auf den Sinn der Vorschrift als einer Regel zur intertemporalen Verteilung von Lasten zu besinnen: Gerade weil mit der Nettokreditaufnahme eine Lastverschiebung in die Zukunft verbunden ist, verpflichtet Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG den Bund als Verschuldenssubjekt, die zeitlich verschobene Last durch eine

[10] BVerfG a.a.O. (347); Höfling 1993, S. 172 ff.; Friauf 1990, Rdnr. 41; Maunz 1981, Rdnr. 41; Siekmann 1999, Rdnr. 32 f.; Jarass 2000c, Rdnr. 3; Birk 1984, S. 747; Osterloh 1990, S. 146; Patzig 1985, S. 301; Fischer-Menshausen, a.a.O., Rdnr. 12.

[11] BVerfG a.a.O. (334). Es lassen sich indessen kaum allgemein akzeptierte Konzepte zur Konkretisierung dieses Begriffs erkennen. Die Präzisierungsvorschläge reichen von der Anlehnung an den haushaltsrechtlichen Gruppierungsplan so Brockmeyer 1999b, Anm. 7 über die Zuerkennung eines legislativen Beurteilungsspielraums so Maunz 1981, Rdnr. 39; Osterloh 1990, S. 151; Birk, 1984, S. 747 f.; Stern 1980, S. 1279; vgl. auch Wiebel/Vogel 1978, Rdnr. 110 bis hin zur Forderung nach einer „engen“ Auslegung so etwa Vogel 1990, Rdnr. 81; Jarass 2000c, Rdnr. 3; Patzig 1985, S. 304; Wiebel/Vogel 1978, Rdnr. 108 f. oder im Gegensatz dazu nach einer „weiten“ Auslegung Heun 1985, S. 19 f.

[12] Regierungsbegründung zur Neufassung des Art. 115 GG, BT-Drucks. V/3040 v. 21.6. 1968, S. 47, Tz. 134.

entsprechend zukunftsbegünstigende Ausgabenpolitik zu kompensieren (vgl. BVerfGE 79, 311 [334]; Höfling 1993, S. 189 ff.; Henseler 1983, S. 516). D.h. eine Staatsausgabe ist investiv i.S.d. Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG, wenn sie die voraussichtlich eintretende staatskreditbedingte Wachstumseinbuße durch einen mit vergleichbarer Wahrscheinlichkeit eintretenden Wachstumsimpuls kompensiert (Höfling 1993, S. 191; ähnlich Henseler 1983, S. 526). Deshalb sind insbesondere Ausgaben zur Verbesserung der Infrastruktur als investiv einzustufen, dagegen mangels hinreichend sicherer Langzeitwirkung bspw. nicht „Investitionen" in das Humankapital (BVerfGE 79, 311 [339 f.]; ausführlich Höfling 1993, S. 202 ff.).

Die konsequente Fortführung dieses Gedankens gebietet zudem, trotz der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten (deshalb kritisch Patzig, DÖV 1985, S. 293 306), unter Investititionen i.S.d. Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG parallel zum Verständnis des Tatbestandsmerkmals „Einnahmen aus Krediten" lediglich Nettoinvestitionen zu verbuchen.[13]

Die staatliche Kreditaufnahme „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" gem. Art. 115 Abs. 1 S. 2, 2. Hs. GG

Eine Ausnahme von dem Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG zugrundeliegenden Grundsatz, dass die jeweils nutznießende Generation auch die Lasten zu tragen habe, macht Art. 115 Abs. 1 S. 2, 2. Hs. GG für den Fall einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Zur Abwehr einer solchen Störung ist eine Überschreitung der sich aus Artikel 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG ergebenden Kreditobergrenze zulässig. Aus Art. 109 Abs. 2 GG kann sich für diesen Fall sogar eine Verpflichtung zur Kreditaufnahme ergeben.

Voraussetzung für die Überschreitung der in Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG statuierten Kreditobergrenze ist, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht „ernsthaft und nachhaltig gestört ist oder eine solche Störung unmittelbar droht". Zur Konkretisierung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs kann nach verbreiteter Meinung auf die Teilziele des § 1 S. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums

[13] Höfling 1993, S. 191 ff.; Friauf 1990, Rdnr. 51; Siekmann 1999, Rdnr. 42; vgl. auch Osterloh 1990, S. 148; a.A. Fischer-Menshausen 1999b, Rdnr. 13.

der Wirtschaft (StWG) zurückgegriffen werden.[14] Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Verfassungsinterpretation nicht die Offenheit des grundgesetzlichen Gleichgewichtsbegriffs missachten darf. Vor diesem Hintergrund kann § 1 S. 2 StWG keinesfalls die Funktion einer authentischen Verfassungsinterpretation zukommen (Höfling 1993, S. 226; Fischer-Menshausen 1996a, Rdnr. 10).

Die erhöhte Kreditaufnahme muss nach Umfang und Verwendung zur Abwehr der bereits eingetretenen oder unmittelbar bevorstehenden Störung geeignet und – wie sich bereits unmittelbar aus dem Wortlaut des Art. 115 Abs. 1 S. 2, 2. Hs. GG ergibt – final auf die Abwehr der Störung gerichtet sein. Bei der Beurteilung der Störungslage und der Eignung der Kreditfinanzierung zu ihrer Beseitigung steht dem Haushaltsgesetzgeber nach bestrittener Meinung ein Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum zu, d.h. seine Entscheidung unterliegt einer verfassungsgerichtlichen Vertretbarkeitskontrolle.[15] Dabei soll den Haushaltsgesetzgeber im Gesetzgebungsverfahren eine Darlegungslast für die Erfüllung der Voraussetzungen treffen und so die Unbestimmtheit des materiellen Maßstabs durch formell-verfahrensmäßige Anforderungen ausgeglichen werden (BVerfGE 79, 311 [344 f.]; Friauf, 1990, Rdnr. 57; Siekmann 1999, Rdnr. 47).

Die allgemeinen Anforderungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gem. Art. 109 Abs. 2 GG

Die Staatschuldenpolitik muss schließlich noch den allgemeinen Anforderungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gem. Art. 109 Abs. 2 GG genügen. Danach kann zum einen eine höhere Kreditaufnahme als die veranschlagten Investitionen geboten sein. Dies ergibt sich bereits aus der Sonderregelung des Art. 115 Abs. 1 S. 2, 2. Hs. GG und wird insbesondere während einer Rezession der Fall sein (Siekmann 1999, Rdnr. 50). Die allgemeine Regelung des Art. 109 Abs. 2 GG erlangt aber vor allem auch Bedeutung in Phasen der Hochkonjunktur, für die Art. 115 Abs. 1 GG keine besondere Regelung enthält. Für diesen

[14] BVerfGE 79, 311 (338 f.); Fischer-Menshausen 1996a, Rdnr. 10; v. Arnim 1981, S. 518; Arndt 1990, S. 543; Maunz 1979, Rdnr. 25; krit. Höfling 1993, S. 225 ff.

[15] BVerfGE 79, 311 (343 f.); Friauf 1990, Rdnr. 56; Siekmann 1999, Rdnr. 47; Höfling 1993, S. 302; krit. Wiebel / Vogel 1978, Rdnr. 115.

Fall kann Art. 109 Abs. 2 GG eine Reduzierung der Staatsverschuldung gebieten, die die Kreditaufnahme über die Grenzen des Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG hinaus einschränkt (Heun 1985, S. 23 f.; Siekmann, a.a.O.). Im Extremfall kann dies sogar dazu führen, dass Nettotilgungen vorzunehmen sind (BVerfGE 79, 311 [334]; Kriszeleit / Meuthen 1995, S. 464 f.; Siekmann a.a.O.). Die Anforderungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erlauben also eine höhere Kreditaufnahme während einer Rezessionsphase, erfordern aber komplementär dazu auch eine Rückführung der Nettoneuverschuldung in der Hochkonjunktur.

Art. 109 Abs. 2 GG ist jedoch äußerst unbestimmt gefasst, sowohl hinsichtlich der tatbestandlichen Maßstabsgröße, den „Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts", als auch hinsichtlich der Rechtsfolge, dem Gebot, diesen „Rechnung zu tragen". Die Konkretisierung des Begriffs des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" kann sich – wie bereits erörtert – nicht in einer Konturierung des sog. „Magischen Vierecks" erschöpfen. Die Rechtsfolge des Art. 109 Abs. 2 GG erschöpft sich gleichsam in der Anordnung, dass die gesamte Einnahmen- und Ausgabenpolitik auf ihre gesamtwirtschaftlichen Bedingtheiten und Folgen zu prüfen ist bzw. diese zu berücksichtigen hat (Höfling 1993, S. 242). Es erscheint deshalb verfehlt, aus Art. 109 Abs. 2 GG die konkrete Forderung abzuleiten, gerechnet über einen ganzen Konjunkturzyklus müsse sich die Mehr- oder Minderaufnahme von Krediten aufheben, so dass mittelfristig die gesamte konjunkturell bedingte Neuverschuldung null sei.[16]

Kritische Würdigung

Trotz des anerkennenswerten Ansatzes einer gerechten Lastenverteilung zwischen den Generationen in Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG ist eine kritische Beurteilung der dargestellten finanzverfassungsrechtlichen Aussagen über die Staatsverschuldung geboten.

Durch die ausdrückliche Herstellung einer Verknüpfung zwischen Krediten und Investitionen erlaubt Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG für die gesamtwirtschaftliche Normallage eine Verlagerung von Lasten in die Zukunft insoweit als zukünftige Generationen auch Nutznießer

[16] So aber Siekmann 1999, Rdnr. 51; Jarass 2000c, Rdnr. 3; kritisch auch Höfling 1993, S. 227 Fn. 410; vgl. auch Tettinger 1975, S. 197 f.

sind.[17] Dies ist aber keinesfalls die einzig mögliche Lösung der intergenerationellen Lastenverteilung. Man käme nämlich zu einer ebenso gleichmäßigen Lastenverteilung, wenn jede Generation die Lasten der ihr nachfolgenden Generation tragen würde, ihrerseits dann aber auch Nutznießer der Vorgängergeneration wäre. Zumindest ist deshalb das Lastenverschiebungskonzept des Art. 115 Abs. 1 S. 2 GG nicht das einzig mögliche Lastenverteilungskonzept. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Übergang zur Kreditfinanzierung von Investitionen erst Anfang der 70er Jahre stattfand (vgl. Stern 1980, S. 1278; Ehrlicher 1985, S. 33 f. und S. 38, Tabelle 3; Friauf, 1990, Rdnr. 13), zuvor dagegen öffentliche Investitionen aus Steuermitteln finanziert wurden, ist sogar eine Privilegierung der derzeitigen „Elterngeneration" gegenüber früheren und gegenüber nachkommenden Generationen zu konstatieren (vgl. v. Arnim 1981, S. 518), so dass es hier zu einer ungleichmäßigen Lastenverteilung gekommen ist.

Der allgemeinen Regel des Art. 109 Abs. 2 GG lässt sich aufgrund des Rekurses auf den unbestimmten Rechtsbegriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ebensowenig wie Art. 115 Abs. 1 S. 2, 2. Hs. GG eine bestimmte Aussage über die Lastenverteilung zwischen Generationen entnehmen.

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gem. Art. 20a GG

Ein verfassungsrechtliches Gebot intergenerationeller Gerechtigkeit postuliert auch der 1994 in die Verfassung eingefügte Art. 20a GG.[18] Nach dieser Staatszielbestimmung[19] sollen die natürlichen Lebensgrundlagen so geschützt werden, dass sie auch zukünftigen Generationen erhalten bleiben. Der daneben seit dem Jahr 2002 in Art. 20a GG garantierte

[17] „Pay-as-you-use"-Gedanke; vgl. Friauf 1990, Rdnr. 20; v. Arnim 1981, S. 517 f.

[18] Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 34. – In seiner aktuellen Fassung lautet Art. 20a GG: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung."

[19] Vgl.: Scholz 1996, Anm. 5; Murswiek 1999, Rdnr. 12; ders. 1996, S. 222; Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 20; Tettinger 1997, S. 6; Bensdorff 1997, S. 329; Henneke 1995, S. 328; Schink 1997, S. 221; Uhle 1996, S. 96; Waechter 1996, S. 321; Kloepfer 1996, S. 73; Westphal 2000, S. 339.

Schutz der Tiere kann im Rahmen dieser Untersuchung demgegenüber außer Betracht bleiben.

Das Schutzgut

Der Begriff der natürlichen Lebensgrundlagen ist identisch mit dem Begriff der Umwelt i.S.d. Umweltrechts.[20] Geschützt sind die natürlichen Grundlagen der Vitalität insgesamt, die Gesamtheit der Ökosysteme, die sog. „Umweltmedien" Luft, Wasser und Boden ebenso wie z.B. Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen in ihren Lebensräumen.[21] Unter dem Gesichtpunkt der Generationenverantwortung von Bedeutung ist auch und vor allem der Klimaschutz, welchen Art. 20a GG ebenfalls einfordert (Wolf 1997, S. 290).

Ob hingegen alle Naturgüter schlechthin unter Art. 20a GG fallen, erscheint fraglich. Bei streng wortlautverhafteter Auslegung würde etwa Erdöl aus dem Schutzbereich herausfallen, da es lediglich eine Funktion als Grundlage des wissenschaftlich-technisch zivilisierten Lebens besitzt, dagegen nicht Grundlage des „natürlichen" Lebens ist.[22] Mit diesem Argument wären lediglich die Ressourcen der Natur geschützt, welche eine Funktion im Rahmen biosystemarer Lebenszusammenhänge besitzen, nicht jedoch jene, welche sich nur der zivilisierte Mensch nutzbar macht. Die bei diesem Verständnis des Begriffs notwendige Abgrenzung der „natürlichen Lebensgrundlagen" von den Grundlagen lediglich des gesellschaftlich entwickelten Lebens ist jedoch angesichts der Tatsache, dass über ökologische Zusammenhänge und die Auswirkungen menschlichen Tuns nur wenig bekannt ist, schwierig, wenn nicht gar unmöglich.[23] Zudem widerspräche eine derart enge Auslegung dem Ziel der Vorschrift, die gesamte natürliche Umwelt des Menschen zu schützen. Der Begriff soll demnach lediglich die Nichteinbeziehung der psycho-sozialen Umwelt des Menschen verdeutlichen (Scholz 1996, Anm. 36; Murswiek 1999, Rdnr. 27).

[20] Murswiek 1999, Rdnr. 27; ders. 1996, S. 224; Scholz 1996, Anm. 10; Bensdorff 1997, S. 331; a.A. Brockmeyer 1999a, Rdnr. 10.

[21] Kluth 1997, S. 107; Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 28; Murswiek 1999, Rdnr. 29 f.; ders. 1996, S. 224 f.; Scholz, a.a.O.; Jarass 2000c, Rdnr. 2; Bensdorff, 1997.

[22] So Wolf 1997, S. 287; tendenziell wohl auch Westphal 2000, S. 342.

[23] Ähnlich aber im Ergebnis anders Wolf 2000, S. 291; vgl. auch Schink 1997, S. 224.

Weiterhin streitig ist auch die Frage, ob Art. 20a GG anthropozentrisch – so das herrschende Schrifttum –[24] oder ökozentrisch (so Murswiek 1999, Rdnr. 22 ff.; ders. 1996, S. 224; Kuhlmann 1995, S. 2) angelegt sei, und damit zusammenhängend, ob die Natur als solche Schutzgut ist. Der Wortlaut erlaubt keine eindeutige Entscheidung. Die Forderung nach normativer Anerkennung eines Eigenrechts von Natur und Landschaft auf Existenz erscheint jedoch nachrangig vor dem Hintergrund der gebotenen weiten Auslegung des Begriffs der „natürlichen Lebensgrundlagen". Denn Art. 20a GG schützt all jene natürlichen Güter, ohne die ein physiologisch gesundes Leben nicht möglich ist. Natur und Landschaft kommt unter diesem Aspekt Erholungswert zu, so dass sie auch bei anthropozentrischem Verständnis der Norm Schutzgüter sind. Ferner spricht die Bezugnahme auf „künftige Generationen" für die anthroprozentrische Anlage des Art. 20a GG, denn damit sind offensichtlich nicht Generationen von Tieren und Pflanzen gemeint. Schließlich widerspräche die Verankerung eines Eigenrechts von Natur und Landschaft im Grundgesetz der dort statuierten Werteordnung, wäre mithin systemwidrig.[25] Hieran dürfte sich auch durch den im Jahre 2002 in der Vorschrift verankerten Tierschutz zumindest prinzipiell nichts geändert haben.

Das Schutzniveau

Relevant unter dem Gesichtspunkt der Gewährleistung intergenerationeller Gerechtigkeit ist vor allem das Gebot der Ressourcenschonung. Die bestehenden Lebensgrundlagen sind so zu nutzen, dass sie einer Nutzung durch nachfolgende Generationen nicht entzogen werden (Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 36; Scholz 1996, Anm. 36). Daraus wird überwiegend abgeleitet, dass die Nutzung erneuerbarer Ressourcen das Prinzip der Nachhaltigkeit zu beachten hat, d.h. ihre Regenerationsfähigkeit nicht überschreiten darf.[26] Meines Erachtens wird jedoch mit

[24] So Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 25 ff.; Brockmeyer 1999a, Rdnr. 10 ff.; Bernsdorff 1997, S. 331; Scholz 1996, Anm. 39 f.; Kloepfer 1996, S. 77; Uhle 1993, S. 953; Schink 1997, S. 224; Brohm 1994, S. 219; Meyer-Teschendorf 1994, S. 77; Kluth 1997, S. 108; Westphal 2000, S. 341.

[25] Henneke 1997, S. 329; Scholz 1996, Anm. 39 f.; Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 25; Bernsdorff 1997, S. 331; Kloepfer 1998, S. 953.

[26] Schulze-Fielitz, a.a.O.; Schink 1997, S. 225; Westphal 2000, S. 341; ähnlich Bernsdorff 1997, S. 332; Murswiek 1999, Rdnr. 37; ders. 1996, S. 225; Erbguth 1999, S. 1084 f.; Kluth 1997, S. 108.

dieser Auslegung der Wortlaut der Norm überstrapaziert und zudem eine Abwägung mit anderen Verfassungswerten erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht (krit. zu derartigen Tendenzen auch Tettinger 1997, S. 6; vgl. auch Kloepfer 1996, S. 75; Steinberg 1996, S. 1991).

Hinsichtlich nicht-erneuerbarer Ressourcen lässt sich Art. 20a GG das Gebot der Sparsamkeit entnehmen.[27] Ein bestimmtes Maß an Sparsamkeit formuliert er hingegen nicht. *Waechter* will dieses mit Hilfe einer Anleihe im Haushaltsrecht konkretisieren. Aus der Zukunftsverantwortung sei zu folgern, dass bei nicht erneuerbaren Ressourcen funktional adäquater Ersatz für verbrauchte Bestände gewährleistet sein müsse. Wie Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG es nur in dem Umfang erlaube, künftige Generationen mit Schulden zu belasten, in welchem ihnen entsprechende Werte in Form von Investitionen hinterlassen würden, müsse auch hinsichtlich des Natur-„haushalts“ Ressourcenverbrauch und Ressourcenerneuerung umfassend ausgeglichen sein (Waechter 1996, S. 326). Eine derartige Konkretisierung des Schutzniveaus des Art. 20a GG im Sinne des Nachweltschutzes ist der Verfassung meines Erachtens jedoch nicht zu entnehmen (vgl. Schulze-Fielitz 1998, Rdnrn. 32 und 36; Murswiek 1999, Rdnr. 51; ders. 1996, S. 226 f.). Art. 20a GG enthält also weder hinsichtlich der Nutzung regenerativer noch hinsichtlich des Umgangs mit nicht-erneuerbaren Ressourcen bestimmte Vorgaben.

Die Schutzdimensionen

Als Staatszielbestimmung beinhaltet Art. 20a GG eine objektive Verpflichtung des Staates, die natürlichen Lebensgrundlagen umfassend zu schützen. Zuallererst hat er eigene Eingriffe in die Umwelt zu unterlassen, soweit diese die natürlichen Lebensbedigungen verschlechtern (Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 46). „Schutz“ i.S.d. Art. 20a GG umfasst aber auch die Abwehr der Schädigung durch Dritte und positives Handeln zur Verhütung der Schädigung natürlicher Lebensgrundlagen und zur Beseitigung bereits eingetretener Schäden daran. Insbesondere die durch Art. 20a GG postulierte Verantwortung für künftige Generatio-

[27] Schulze-Fielitz 1998, Rdnr. 36; Schink, DÖV 1997, S. 221 225; ähnlich Bernsdorff 1997, S. 332; Murswiek 1999, Rdnr. 37; ders. 1996, S. 225; Erbguth 1999, S. 1084 f.; Kluth 1997, S. 108.

nen ist bei der Auslegung unbestimmter zukunftsbezogener Rechtsbegriffe zu berücksichtigen, z.B. des atomrechtlichen Sicherheitsstandards des § 7 Abs. 2 Nr. 3 Atomgesetz (AtG) oder des immissionsschutzrechtlichen Vorsorgegebots des § 5 Abs. 1 Nr. 2 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) (Murswiek 1996, S. 229). Wirksamkeit erlangt Art. 20a GG darüber hinaus als verfassungsimmanente Grundrechtsschranke: So kann er Einschränkungen der in Art. 4 Abs. 1 GG schrankenlos garantierten Religionsfreiheit oder der durch Art. 5 Abs. 3 GG vorbehaltlos gewährleisteten Kunst- und Wissenschaftsfreiheit zugunsten der Integrität der natürlichen Lebensgrundlagen und des Schutzes nachkommender Generationen rechtfertigen.[28]

Kritische Würdigung

Die Direktivkraft des Art. 20a GG ist jedoch insgeamt fragwürdig, weil er das Ziel und damit das gebotene Niveau des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen nicht angibt, das gebotene Maß an Schutz also offenlässt.[29] Da zudem die demokratische Legitimation der staatlichen Repräsentanten lediglich auf die (wählenden) Lebenden abstellt, so dass sich die Repräsentanten selbst primär an den kurzfristigen Bedürfnissen der sie wählenden Lebenden orientieren, besteht die Gefahr, dass die von Art. 20a GG eingeforderte Verantwortung für künftige Generationen ins Hintertreffen gerät (Kloepfer 1996, S. 78; Tremmel / Laukemann / Lux 1999, S. 433 f.). Danach vermag Art. 20a GG in seiner geltenden Fassung „intergenerationelle Gerechtigkeit“ nicht wirkungsvoll zu gewährleisten (Tremmel / Laukemann / Lux 1999, S. 434; vgl. auch Kloepfer, a.a.O.).

Das Sozialstaatsprinzip

Ähnlich dem Art. 20a GG fordert auch das in Art. 20 Abs. 1 GG verankerte Sozialstaatsprinzip unter anderem staatliches Handeln in Verantwortung für künftige Generationen. Denn die Verpflichtung zur Daseinsvorsorge schließt die Aufgabe ein, durch weitsichtige Entschei-

[28] So für die Kunstfreiheit BVerwG, NJW 1995, S. 2648 (2649); UPR 1996, S. 29 (30); für die Religionsfreiheit BVerwG, NuR 1997, S. 440; vgl. auch Murswiek. 1999, Rdnr. 72; ders. 1996, S. 230; Wolf 1997, S. 300 f.; Westphal 2000, S. 340.

[29] Murswiek 1999, Rdnr. 39; ders. 1996, S. 226; Tremmel / Laukemann / Lux 1999, S. 434; ähnlich Isensee 1993, S. 2585; Breuer 1995, Rdnr. 34; anders Kloepfer 1996, S. 80.

dungen in der Gegenwart für das Dasein in der Zukunft zu sorgen, ist damit auch Zukunftsvorsorge (Henseler 1983, S. 499; vgl. auch Herzog 1971, S. 117). Der Staat, insbesondere der Gesetzgeber, ist damit dazu aufgerufen, sein Handeln auch am Wohl zukünftiger Menschen auszurichten. Darüber hinaus dem Sozialstaatsprinzip konkrete staatliche Pflichten zum Schutz Künftiger zu entnehmen erscheint jedoch überaus schwierig, wenn nicht unmöglich.

Das Demokratieprinzip

Eine beschränkte Pflicht zur Rücksichtnahme auf nachfolgende Generationen könnte sich schließlich auch dem Demokratieprinzip entnehmen lassen. Die Verwirklichung des demokratischen Grundprinzips „Macht auf Zeit“ setzt nämlich voraus, dass den zukünftigen Gesetzgebern und Regierungen überhaupt noch Handlungsspielräume verbleiben.[30]

Dies kann unter Berücksichtigung des Sozialstaatsprinzips jedoch nicht bedeuten, dass jede Entscheidung mit langfristiger, über die Amtsperiode hinausreichender Perspektive schon allein deshalb als demokratie- und damit verfassungswidrig einzustufen wäre. Denn das Sozialstaatsprinzip verlangt gerade die Erfüllung der Aufgabe zukunftsgerichteter Daseinsvorsorge durch Entscheidungen der Gegenwart. Die divergierenden Forderungen des demokratischen und sozialstaatlichen Prinzips sind mit dem Ziel praktischer Konkordanz in Einklang zu bringen. Danach kann der demokratische Grundsatz der begrenzten Machtzuweisung nur den Sinn haben, über die Wahlentscheidung des Volkes die Korrektur auch langfristig ausgerichteter politischer Gestaltungskonzepte zu ermöglichen, nicht dagegen, sie als solche zu verhindern (Henseler 1983, S. 500). Ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip könnte demnach vorliegen, wenn dem künftigen Amtsinhaber die Möglichkeit alternativer Entscheidung genommen wird. Damit wäre das Postulat aufgestellt, dass die gegenwärtigen Machtinhaber keine Rechts- und Tatsachenlagen schaffen dürfen, die künftigen Machtinha-

[30] Vgl. BVerfGE 79, 311 (343); Püttner 1980, S. 11; Salzwedel 1972, S. 16; Henseler 1983, S. 497 ff.; Fischer-Menshausen 1996b, Rdnr. 1; v. Arnim 1981, S. 519; Mußgnug 1989, S.130 f.; ferner Kirchhof 1990, Rdnr. 293; Häberle 1977; S. 27 ff.

bern jede Möglichkeit andersgearteter Entscheidung nehmen (so Saladin / Zenger 1988, S. 32).

Selbst dieses Postulat aus dem Demokratieprinzip abzuleiten, scheint jedoch widersinnig vor dem Hintergrund, dass auch die gegenwärtigen Staatsorgane den Schutz des demokratischen Prinzips genießen. Es hieße ihre Macht in sinnwidriger Weise zu beschränken, wollte man ihnen eine demokratisch geforderte Rücksichtnahmepflicht gegenüber zukünftigen Staatsorganen auferlegen (vgl. Höfling 1993, S. 95 f.). Dies heißt selbstverständlich nicht, dass sie nicht dem Gemeinwohl auch nachrückender Generationen verpflichtet und insofern in den Möglichkeiten zu prädeterminierender Entscheidung beschränkt sind. Um ein Problem des Verhältnisses der Staatsorgane in ihrer zeitlichen Abfolge handelt es sich hingegen nicht.

Grundrechtliche Wirkungen zugunsten zukünftiger Generationen

Zum Abschluss wird nun der Grundrechtskatalog auf mögliche Gewährleistungen von „Generationengerechtigkeit“ untersucht.

Subjektive Rechte zukünftiger Menschen

Es stellt sich in diesem Zusammenhang zuallererst die Frage, ob zukünftige Menschen überhaupt Inhaber subjektiver Rechte und darüber hinausgehend Grundrechtsinhaber sind oder sein können. Diesbezüglich ist zu differenzieren zwischen noch nicht gezeugten Menschen und nascituri, da letztere bereits als Individuen existent sind, woran es ersteren fehlt.

Rechtssubjektivität von Nascituri

Das Bundesverfassungsgericht hat die Frage der subjektiven Rechtsträgerschaft des nasciturus ausdrücklich offengelassen (vgl. BVerfGE 39, 1 [41]). Es hat jedoch festgestellt, dass „die in Art. 1 Abs. 1 aller staatlichen Gewalt auferlegte Verpflichtung, dem Einzelnen Schutz gegen Angriffe auf seine Menschenwürde zu gewähren, nicht mit dem Tode“ endet (BVerfGE 30, 173 [194].), also gegenüber jeder, auch der aktuell nicht handlungsfähigen, Person besteht. Demgegenüber soll das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG die Existenz einer wenigstens potentiell oder zukünftig handlungsfähigen Person als unabdingbar voraussetzen (BverfGE, a.a.O.). Diese Differenzierung lässt sich dahingehend

verstehen, dass der primär dynamische Art. 2 Abs. 1 GG verankerte Verhaltensschutz auf lebende Personen beschränkt ist, während der eher statische Anteil des Bestandsschutzes eines Lebensbildes in Art. 1 Abs. 1 GG verankert ist und jedem auch nur potentiell handlungsfähigen Individuum zukommt, somit auch dem nasciturus (vgl. Höfling 1999, Rdnr. 53). Hinsichtlich der Grundrechte des geltenden Grundgesetzes lässt sich also konstatieren, dass die Feststellung der Grundrechtsberechtigung vor der Geburt durch Auslegung des einzelnen Grundrechts erforderlich ist.

Rechtssubjektiviät noch nicht gezeugter, zukünftiger Menschen

Die These von der gegenwärtigen Grundrechtssubjektivität zukünftiger, noch nicht gezeugter Menschen (so Saladin / Zenger 1988, S. 77) ist dagegen äußerst problematisch. Es erscheint bereits zweifelhaft, ob subjektive Rechte zugunsten nicht existenter Rechtssubjekte überhaupt rechtskonstruktiv denkbar sind, dies entweder als subjektlose subjektive Rechte oder als Rechte potentieller Rechtssubjekte, also als durch die Existenz des Rechtssubjekts bedingte Rechte.[31] Die darüber hinausgehende Begründung der Grundrechtssubjektivität zukünftiger Menschen aus der Zukunftsgerichtetheit der objektiven Schutzpflicht des Staates (so Saladin / Zenger 1988, S. 76 f.) erscheint als eigentümliche Verkehrung der Grundrechte. Diese sind nämlich in erster Linie gerade subjektive Rechte. Die These, zukünftige Menschen seien jetzt Grundrechtssubjekte, ist also meiner Meinung nach nicht haltbar.[32]

Objektive grundrechtliche Schutzpflichten

Zukunftswirkung staatlicher Schutzpflichten

Wenngleich kein gegenwärtiges subjektives Recht zukünftiger Menschen bestehen kann, so können die Grundrechte gleichwohl schon jetzt Schutznormen zu ihren Gunsten sein. Die Grundrechte erschöpfen sich nämlich nicht in ihrer Funktion als subjektive Abwehrrechte, sondern

[31] So Saladin / Zenger, 1988, S. 77; Hohner 1969, S. 42 ff.; Brönneke 1999, S. 199 f. Fn. 240; anders Unnerstall 1999, S. 115 ff.; Muswiek 1985, S. 207; Kloepfer 1993, S. 22 (26 f.).

[32] So auch Unnerstall 1999, S. 423; Näser / Oberpottkamp 1995, S. 136 137; Lawrence 1989, S. 183; Muswiek 1985, S. 207; Kloepfer 1993, S. 22 26 f.; vgl. auch Henseler 1983, S. 551.

verkörpern darüber hinaus eine objektive Wertordnung, die als verfassungsrechtliche Grundentscheidung für alle Bereiche des Rechts gilt (BVerfGE 7, 198 [205]; E 35, 79 [114] m.w.N.; E 39, 1 [41 f.]; E 49, 89 [141 f.]). Diese ist die Basis für Pflichten des Staates, die grundrechtlichen Schutzgüter zu achten und sie vor Eingriffen Dritter zu schützen.[33] Als objektive Pflichten bestehen sie unabhängig davon, ob ihnen im Augenblick ein subjektiver Anspruch gegenübersteht. Es kommt für ihr Bestehen nur darauf an, dass ein grundrechtlich geschütztes Gut überhaupt irgendeines Menschen gefährdet ist, nicht jedoch darauf, dass das gefährdete Grundrechtsgut einem bestimmten Menschen zuzuordnen ist (Murswiek 1985, S. 155 ff.; Hofmann 1986, S. 87 ff.; Näser / Oberpottkamp 1995, S. 136, 138). Die staatlichen Schutzpflichten erstrecken sich dementsprechend auch in die Zukunft.[34]

Die Schutzpflicht für Leben und körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs. 2 GG

In diesem Sinne verpflichtet Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG den Staat zum Schutz vor drittseitigen Gefahren von Leben und körperlicher Unversehrtheit.[35] Da die Konturen dieser Schutzgüter jenseits rechtlicher Begriffsbildung natürlich vorgeprägt und erfahrbar sind[36] und sie überdies als „vitale Basis“ für die Betätigung grundrechtlicher Freiheit eine zentrale Stellung einnehmen (BVerfGE 39, 1 [42]), erübrigt sich die gesetzliche Harmonisierung mit möglichen ihnen zuwiderlaufenden grundrechtlich geschützten Handlungen (Dietlein 1992, S. 76). Vielmehr folgt unmittelbar aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG die staatliche Pflicht, gegenwärtige wie zukünftige Menschen vor Gefahren und Risiken zu schützen, die ihr Überleben in Frage stellen.

[33] BVerfGE 39, 1 (41); vgl. auch Stern 1988, S. 948 f.; Pieroth / Schlink 2001, Rdnr. 82; Piertzak 1994, S. 749; Isensee 1983, S. 49; Dietlein 1992, S. 51 ff.; Klein 1994, S. 489 ff.; dagegen mit abwehrrechtlicher Begründung insb. Murswiek 1985, S. 57 ff.; ders. 1986, S. 611 ff.; Schwabe 1977, S. 211 ff.; ders., 1971, S. 65 f.

[34] Gramm 1990, S. 905; Isensee 1992a, 95; Murswiek 1985, S. 207 ff.; Hofmann 1981, S. 258 ff.; ders. 1986, S. 88; Wagner / Ziegler / Closs 1982, S. 166.

[35] Vgl. vor allem BVerfGE 32, 1 (42); E 49, 304 (319); E 88, 203 (251); Hermes 1987, passim; Dietlein 1992, S. 75 ff.

[36] Dietlein 1992, S. 75 f.; Hermes 1987, S. 241 f.; anders Degenhart 1981, S. 146 ff. und Schmidt-Assmann 1981, S. 214.

Aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG lassen sich deshalb, wenn auch in geringem Maße, konkrete staatliche Pflichten zum Schutz zukünftiger Generationen ableiten. So muss der Staat etwa dafür Sorge tragen, dass lebensnotwendige natürliche Ressourcen, wie z.B. das Trinkwasser, kommenden Generationen bis in unbestimmte Zukunft zur Verfügung stehen. Die Nutzung und Belastung der lebensnotwendigen Ressourcen durch die heute lebenden Menschen ist dementsprechend zu reglementieren. Der Staat hat konkret dafür Sorge zu tragen, dass lebensnotwendige erneuerbare Ressourcen nur im Rahmen ihrer Regenerationsfähigkeit verbraucht werden oder in entsprechendem Umfang Substitute bereitgestellt werden. Lebensnotwendige, nicht erneuerbare Ressourcen dürften nur mit größtmöglicher Sparsamkeit genutzt werden. Zu beachten ist jedoch, dass Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG diese Anforderungen nur im Hinblick auf existenznotwendige Ressourcen enthält.

Darüber hinaus muss der Staat der Schaffung von Lebens- oder Gesundheitsgefahren für zukünftige Generationen entgegenwirken. Vor diesem Hintergrund ist vor allem die Langzeitsicherheit von Endlagern radioaktiver Abfälle (grundlegend dazu Volkmer 1994, S. 86 ff.) diskutiert worden.[37] Da die Langzeitrisiken im Planfeststellungsverfahren nach § 9b AtG berücksichtigt werden, kann man das derzeitige Konzept der Endlagerung radioaktiver Abfälle jedoch für verfassungsgemäß erachten.[38]

Die Schutzpflicht für andere Freiheitsrechte

Die Zukunftsgerichtetheit staatlicher Schutzpflichten hat auch im Hinblick auf andere Freiheitsrechte Bedeutung. Im Prinzip gelten für diese zwar dieselben Grundsätze wie für die Schutzpflicht für Leben und körperliche Unversehrtheit. Dennoch scheint es nahezu unmöglich, hieraus konkrete Folgerungen zu entwickeln. Die Gefährdung grundrechtlicher Güter in der Zukunft geschieht nämlich in Ausübung von Grundrechten, zumindest der allgemeinen Handlungsfreiheit, durch Grundrechtsträger in der Gegenwart. Es geht also letztlich um die

[37] Vgl. Näser / Oberpottkamp 1995, S. 136 ff.; Wagner 1991, S. 24 ff.; Wagner / Ziegler / Closs 1982, passim; Rengeling 1990, passim; Hofmann 1981, passim.

[38] Aus Platzgründen kann hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden. Vgl. dazu Näser / Oberpottkamp 1995, S. 136 ff.; Wagner / Ziegler / Closs 1982, S. 95 ff.; Lawrence 1989, S. 191.

Abgrenzung verschiedener Freiheitssphären gegeneinander, über welche der Gesetzgeber im Rahmen seiner Schutzpflicht zu entscheiden hat. Damit muss der Versuch, das jeweils zu schützende Freiheitssubstrat unmittelbar aus der Verfassung zu gewinnen, fehlschlagen (ähnlich Dietlein 1992, S. 81 ff.).

Schutzpflichten zur Sicherung der Gleichheit aus Art. 3 Abs. 1 GG?
Im Hinblick auf die verfassungsrechtliche Gewährleistung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stellt sich mit besonderer Eindringlichkeit die Frage nach dem Bestehen objektiver Schutzpflichten zur Sicherung der Gleichheit. Solche gegebenenfalls aus Art. 3 Abs. 1 GG ableitbaren staatlichen Schutzpflichten könnten den Staat möglicherweise zur Herstellung nicht nur rechtlicher, sondern auch faktischer intergenerationeller Gleichheit verpflichten.

Der allgemeine Gleichheitssatz kann jedoch nur das abstrakte Schutzgut einer objektiven staatlichen Schutzpflicht darstellen, wenn sich ihm eine generalisierbare objektive Aussage entnehmen lässt. Art. 3 Abs. 1 GG statuiert die Gleichheit aller Menschen „vor dem Gesetz“. Über die durch den Wortlaut ausgesprochene Rechtsanwendungsgleichheit hinaus wird dem allgemeinen Gleichheitssatz das Gebot der Rechtsetzungsgleichheit, d.h. die Verpflichtung des Normgebers zum Erlass willkürfreier Gesetze, entnommen (statt vieler Pieroth / Schlink 2001, Rdnr. 428). Beide Gebote, das der Rechtsanwendungsgleichheit wie auch das der Rechtssetzungsgleichheit, sind ihrer Natur nach ausschließlich staatsbezogene Pflichten. Das Gleichbehandlungsgebot erlangt Bedeutung also überhaupt erst mit Blick auf die Ausübung staatlicher Macht. Aus diesem Grund ist der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG nicht geeignet, als allgemeines Prinzip im „Schutzpflichtendreieck“ zu gelten.[39]

Die Pflicht zum Schutz der Menschenwürde gem. Art. 1 Abs. 1 GG
Zukünftigenschutz gewährleistet auch der objektiv-rechtliche Gehalt der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG. Diese soll „jeden-

[39] Dietlein 1992, S. 84; Isensee 1992a, Rdnr. 96; Erichsen 1997, S. 87; kritisch auch Heun 1996, Rdnr. 58 ff.; a.A. Unruh 1996, S. 75; vgl. auch Vogel 1994, S. 500; Starck 1998c, Rdnr. 210.

falls die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein sichern“ (BVerfGE 40, 121 [133]; E 48, 346 [361]; NJW 1994, S. 991; Höfling 1999, Rdnr. 24). Danach verpflichtet Art. 1 Abs. 1 GG den Staat auch zur Gewährleistung eines ökologischen (vgl. Starck 1998b, Rdnr. 85; Höfling, a.a.O., Rdnr. 25a; Dreier 1996b, Rdnr. 66) und materiellen[40] Existenzminimums Zukünftiger. Diesbezüglich liegt jedoch der Schwerpunkt bei den grundrechtlichen Schutzpflichten aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG. Art. 1 Abs. 1 GG gewährleistet „Generationengerechtigkeit“ darüber hinaus nur insofern, als seine normativen Grundsätze und damit auch der Menschenwürdegehalt der einzelnen Grundrechte der „Ewigkeitsgarantie“ des Art. 79 Abs. 3 GG unterliegen. Die Menschenwürde auch zukünftiger Menschen darf demnach auch nach einer möglichen Verfassungsänderung nicht gefährdet werden.

Die Bindung an die Menschenrechte gem. Art. 1 Abs. 2 GG

Nach Auffassung *Hofmann*s ergibt sich aus dem in Art. 1 Abs. 2 GG enthaltenen Bekenntnis zu den unverletzlichen, unveräußerlichen Menschenrechten, dass es „unmöglich [ist], die für den Staat hier und heute sich ergebenden objektiven menschenrechtlichen Schutz-Verpflichtungen in einer zeitlichen Beschränkung zu denken.“ (Hofmann 1981, S. 270). Diese Argumentation übersieht jedoch, dass es keinem positiven Gesetz möglich ist, sich bloß durch seine Bezeichnung als „unverletzlich und unveräußerlich“ naturrechtliche Geltung zu verschaffen. Vor dem Hintergrund jedoch, dass – wie eingangs erörtert – alles staatliche Handeln von der zeitlich unbegrenzten Gültigkeit des Grundgesetzes auszugehen hat, ist es gleichgültig, ob man von einer überpositiven Geltung der Menschenrechte oder von ihrer positiven Verankerung im Grundgesetz auszugehen hat. Sie sind in beiden Fällen in zeitlich unbeschränkter Gültigkeit zu denken.

Zudem decken die Grundrechte des Grundgesetzes die Menschenrechte nach unbestrittener Auffassung ab und gehen in mancherlei Hinsicht über sie hinaus (Dreier 1996c, Rdnr. 14; Jarass 2000a, Rdnr. 12a). Die praktische Bedeutung des Art. 1 Abs. 2 GG ist also äußerst gering.

[40] Teilweise i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip; vgl. Neumann 1995, S. 426 ff.; Kunig 2000, Rdnr. 30; Höfling, 1999, Rdnr. 25; Dreier 1996b, Rdnr. 44, 87 und 94; aus der Rechtsprechung BVerwGE 1, 159 (161 f.); anders noch BVerfGE 1, 97 (104).

Schließlich sind die positiv-rechtlichen Menschenrechtsgehalte derart diffus, dass sie keinesfalls als unmittelbar geltende Normen die rechtsanwendenden Organe verpflichten könnten (Höfling 1999, Rdnr. 63). Im Hinblick auf intergenerationelle Gerechtigkeit kommt Art. 1 Abs. 2 GG also nur insofern Bedeutung zu, als über ihn der Menschenrechtsgehalt der Grundrechte an der „Ewigkeitsgarantie" des Art. 79 Abs. 3 GG partizipiert.

Die Sozialbindung des Eigentums

Die durch Art. 14 Abs. 2 GG konstituierte „Sozialpflichtigkeit" des Eigentums lässt sich ohne Überanstrengung des Wortlauts nicht nur als Pflicht gegenüber der heute lebenden „Allgemeinheit", sondern auch i.S. einer Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen deuten. Hinsichtlich des zukunftsbezogenen Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen kommt dies zudem in Art. 20a GG zum Ausdruck, der als kollidierendes Verfassungsrecht Grundrechtseinschränkungen auch des Eigentums rechtfertigen kann.

Unklar ist aber, wer Adressat dieser Pflicht ist. Mitunter wird angenommen, Art. 14 Abs. 2 GG postuliere eine unmittelbar geltende Grundpflicht des Eigentümers (so Bryde 2000, Rdnr. 67; Hofmann 1992, Rdnr. 18; Götz 1983, S. 30 f.). Hiergegen sprechen jedoch der systematische Zusammenhang zum Ausgestaltungsvorbehalt des Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG sowie das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot. Art. 14 Abs. 2 GG richtet sich demnach an den Staat – namentlich den Gesetzgeber – als eine Richtlinie für die legislative Ausformung der Pflichten des Eigentümers.[41] An diesen adressiert er sich jedoch nicht lediglich als Eingriffskompetenz, sondern als verbindlicher Regelungsauftrag, als Anweisung, wie er „Inhalt und Schranken des Eigentums" nach Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG konkretisieren soll (Stern 1994, S. 1045; Jarass 2000b, Rdnr. 27).

Demzufolge sind also auch gesetzliche Einschränkungen des Individualeigentums, welche nicht der heute lebenden Generation dienen, sondern welche ausnahmslos einer künftigen „Allgemeinheit" zugute kommen, gerechtfertigt. Darüber hinaus ist der Gesetzgeber sogar ver-

[41] So BVerfGE 56, 249 (260); Stober 1978, S. 47 ff.; Stern 1994, S. 1044; Wolf 1997, S. 300; Papier 1994, Anm. 250; Jarass 2000b, Rdnr. 38; Kube 1999, S. 44.

pflichtet, „Inhalt und Schranken des Eigentums“ so zu konkretisieren, dass dies auch dem Wohl künftiger Generationen dient. Aufgrund dessen lassen sich etwa Verbote einer auf Dauer umweltschädlichen Nutzung privaten Eigentums rechtfertigen.

Der allgemeine Gleichheitssatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG

Zum Abschluss soll nun der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit „Generationengerechtigkeit“ durch Art. 3 Abs. 1 GG verbürgt ist. Der allgemeine Gleichheitssatz spricht das Verbot willkürlicher Differenzierung (BVerfGE 1, 14 [52]; ausführlich Dürig 1973, insb. Rdnr. 7 ff.) bzw. – nach der seit 1980[42] verwendeten sog. „neuen“ Formel[43] – das Gebot verhältnismäßiger Gleichheit (vgl. BVerfGE 55, 72 [88]) aus. Im folgenden sei letzterer Ansatz wegen der inhaltlichen Konturierung und Konkretisierung des allgemeinen Gleichheitssatzes[44] zugrundegelegt (Einzelheiten bei Osterloh, 1999, Rdnr. 8 ff.; Huster 1993, S. 45 ff.).

Rechtfertigungsbedürftige Ungleichbehandlung

Zunächst einmal gilt der Gleichbehandlungssatz auch in der zeitlichen Dimension.[45] Verschiedene Generationen sind auch vergleichbare Gruppen, so dass eine Ungleichbehandlung ihrer Angehörigen durch ausreichende Gründe gerechtfertigt sein muss.

Dem Gleichbehandlungsgebot unterfallen zudem nicht nur Rechtsfolgeanordnungen als solche, sondern auch rein tatsächliche Wirkungen einer Regelung (Hofmann, 1981, S. 284). Damit sind selbst unterschiedliche Vollzugsfolgen ein und derselben Norm zu verschiedenen

[42] Durch den 1. Senat, BVerfGE 55, 72 (88); ab 1986 auch durch den 2. Senat, BVerfGE 75, 108 (157).

[43] Vgl. Osterloh 1999, Rdnr. 13; Hesse 1984, S. 188; Maaß 1988, S. 20; Schoch 1988, S. 875; Huster 1994, S. 542; Sachs 1997, S. 124; Jarass 1997, S. 2545; Krugmann 1998, S. 7 ff.; krit. Starck 1998c, Rdnr. 11.

[44] Vgl. Hesse 1984; S. 188; Maaß 1988, S. 20; Schoch 1998, S. 875; Huster 1994, S. 542; Sachs 1997, S. 124; Jarass 1997, S. 2545; Krugmann 1998, S. 7 ff. Dagegen vereinen einen materiellen Unterschied beider Ansätze Osterloh 1999, Rdnr. 33 ff.; Herzog 1994 Rndr. 8; Starck 1998c Rdnr. 11 f.; ausführlich Huster 1993, S. 45 ff.

[45] Dürig 1973, Rdnr. 194 ff.; Kriele 1963, S. 90 ff.; Hofmann 1981, S. 283 ff.; vgl. ferner Saladin / Zenger 1988, S. 32.

Zeiten prinzipiell begründungsbedürftig. Dies hat erhebliche Konsequenzen: Soweit bspw. der Zustand der Umwelt, in welcher nachfolgende Generationen leben werden, nicht dem entspricht, den die heute lebenden Generationen vorgefunden haben, ist dies an Art. 3 Abs. 1 GG zu messen. Vor diesem Hintergrund erscheint aber auch etwa die ungleiche Behandlung Angehöriger unterschiedlicher Generationen aufgrund des Umlageverfahrens in der gesetzlichen Rentenversicherung rechtfertigungsbedürftig.

Verfassungsrechtliche Rechtfertigung

Zunächst einmal kann nicht allein die zeitliche Verschiebung des Daseins eine Ungleichbehandlung verschiedener Generationen rechtfertigen. Denn damit wäre die intertemporale Geltung des Gleichheitssatzes obsolet (vgl. auch Dürig 1973, Rdnr. 204).

Die sachliche Rechtfertigung kann sich nach *Murswiek* aus technischen Gründen ergeben: So existiere etwa der fragliche Vorteil aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Atromstrom, schon aus technischen Gründen für eine kürzere Zeitspanne als der entsprechende Nachteil, bspw. der radioaktive Abfall (Murswiek 1985, S. 214 f.).

Diese Argumentation kann von ihrem Ansatz her nur für Fälle, in denen es etwa um die Nutzung endlicher Ressourcen geht, Geltung beanspruchen. Für diese Fälle aber bleibt sie die Antwort auf die sich stellende Folgefrage nach einem in Art. 3 Abs. 1 GG verankerten Gebot zur möglichst sparsamen Nutzung der in Frage stehenden Vorräte mit der Folge einer zumindest möglichst gleichmäßigen Verteilung auf verschiedene Generationen schuldig.

Allgemeingültige Regeln für die Rechtfertigung intertemporaler Ungleichbehandlungen sind in den grundgesetzlichen Wertungen selbst zu suchen.

Es findet sich im Grundgesetz eine Vorschrift, welche die intertemporale Lastenverteilung explizit regelt. Der bereits erörterte Art. 115 Abs. 1 S. 2, 1. Hs. GG stellt für die staatliche Kreditaufnahme das Prinzip der Identität von Nutznießer und Benachteiligtem auf. Dieser Grundsatz kann jedoch nicht zu einem allgemeinem Rechtsprinzip des Grundgesetzes hochstilisiert werden. Demnach ist die Belastung zukünftiger Generationen mit einem Nachteil, ohne dass ihnen der korres-

pondierende Vorteil zugute käme, nicht allein schon aufgrund dieser fehlenden Reziprozität willkürlich.[46]

Auszugehen ist vom obersten Konstitutionsprinzip der Verfassung, der in Art. 1 Abs. 1 GG gewährleisteten Menschenwürde. Bestandteil desselben sind Freiheit ebenso wie Gleichheit. Führt man dementsprechend die „Gleichheit" wie auch die „Freiheit" auf dieselbe „Wurzel", die durch Art. 1 Abs. 1 GG gewährleistete Menschenwürde, zurück, so löst sich die auf den ersten Blick bestehende Antinomie der Werte auf. Dem Gleichheitssatz kommt dann eine gegenüber dem obersten Konstitutionsprinzip der Verfassung „dienende" Aufgabe zu. Gleichheit ist demnach kein Wert an sich, sondern die Basis und Bedingung freier Entfaltung. Das Grundgesetz räumt in diesem Sinne der Freiheit den Vorrang vor der Gleichheit ein (Dürig 1973, Rdnrn. 3 ff., 134 ff. und 164).

Vor allem aber wird Ungleichbehandlung in der Zeit durch das Demokratieprinzip gerechtfertigt, ja sogar gefordert. Dieses steht für die freie Abänderbarkeit des Rechts (vgl. Hofmann 1981, S. 284). Art. 3 Abs. 1 GG dient lediglich dazu, das demokratische Prinzip von „trial & error" zu moderieren, jedoch nicht dazu, es zu konterkarieren. Anders formuliert: Ebensowenig wie es einen Anspruch auf Gleichbehandlung im Unrecht gibt, so kann es auch keinen Anspruch auf Gleichbehandlung im als unrichtig erkannten Recht geben.

Demnach indiziert Ungleichbehandlung verschiedener Generationen keinesfalls schon einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG (so aber Hofmann 1981, S. 284; Kriele, 1963, S. 91 ff.). Vielmehr steht die Verfassung für Freiheit der prinzipiellen Abänderung. Die Gleichheit hat in diesem Kontext wiederum die „dienende" Funktion, Freiheit zu sichern, nämlich Freiheit vor unberechenbaren Änderungen und unsachlicher Differenzierung in der Zeit. Deshalb sind selbst Stichtagsregelungen, d.h. Änderungen der Rechtslage von einem Tag zum anderen, unter der Voraussetzung zulässig, dass die Wahl des Zeitpunktes sachgerecht ist (Gubelt 2000, Rdnr. 33; Osterloh 1999, Rdnr. 113).

[46] So auch Murswiek 1985, S. 214; Henseler 1983, S. 544 f.; vgl. auch Kloepfer 1993, S. 33; Wagner / Ziegler / Closs 1982, S. 95, 139 ff.; anders aber Hofmann 1981, S. 278 f., 284 f. u. 289 f.

Im Ergebnis lässt sich daraus ableiten, dass Art. 3 Abs. 1 GG sicherlich verbietet, zukünftige mögliche Wirkungen ab einem gewissen Zeitpunkt für gänzlich irrelevant zu erklären (so auch Unnerstall 1999, S. 433). Dagegen wird man jedoch die meisten Fälle ungleicher Behandlung Angehöriger verschiedener Generationen aufgrund der grundgesetzlichen Entscheidung zugunsten der Freiheit und des durch das Demokratiprinzip legitimierten Prozesses von „trial & error" vor Art. 3 Abs. 1 GG rechtfertigen können, sofern die gesetzgeberische Entscheidung durch sachgerechte Gründe motiviert ist. Wenn zudem, wie gerade bei Entscheidungen mit generationenübergreifender Wirkung häufig, Prognosen über die Auswirkungen der Entscheidungen erforderlich sind, wird man dem Gesetzgeber überdies einen Beurteilungsspielraum über die Sachgerechtigkeit der Entscheidung einräumen müssen.

Fazit

Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich dem Grundgesetz lediglich vereinzelt und auch nur vage Aussagen hinsichtlich intergenerationeller „Gerechtigkeit" entnehmen lassen. Dies führt zumindest zu der Gefahr, wenn nicht sogar zu dem Faktum, dass jüngere und kommende Generationen aufgrund ihrer mangelnden Repräsentation im demokratischen Prozess gegenüber den jeweils lebenden und entscheidenden Generationen (d.h. der mittleren und der älteren Generation) benachteiligt werden. Dieser Umstand legt die eingangs angedeutete rechtspolitischen Forderung einer wirksameren Verankerung von „Generationengerechtigkeit" in der Tat nahe.

Literatur

Arndt, Hans-Wolfgang (1990): Staatshaushalt und Verfassungsrecht. JuS 1990. S. 343 ff.

Arnim, Hans Herbert von (1981): Grundprobleme der Staatsverschuldung. BayVBl. 1981. S. 514 ff.

Becker, Ulrich (1995): Die Berücksichtigung des Staatsziels Umweltschutz beim Gesetzesvollzug – Zum Erlaß abfallvermeidender Maßnahmen durch die Verwaltung. DVBl. 1995. S. 713 ff.

Bernsdorff, Norbert (1997): Positivierung des Umweltschutzes im Grundgesetz (Art. 20a GG). NuR 1997. S. 328 ff.

Birk, Dieter (1984): Die finanzverfassungsrechtlichen Vorgaben und Begrenzungen der Staatsverschuldung. DVBl. 1984. S. 745 ff.

Birnbacher, Dieter (1988): Verantwortung für zukünftige Generationen. Stuttgart.

Birnbacher, Dieter (1980): Ökologie und Ethik. Stuttgart.

Breuer, Rüdiger (1995): Umweltschutzrecht In: Schmidt-Aßmann, Eberhardt (Hg.): Besonderes Verwaltungsrecht (10. Aufl) Berlin/New York.

Brockmeyer, Bernhard (1999a), Art. 20a – Umweltschutz. In: Bruno Schmidt-Bleibtreu, / Franz Klein (Hg.): Kommentar zum Grundgesetz (9. Aufl.) Neuwied / Kriftel. S. 546 ff.

Brockmeyer, Bernhard (1999b): Art. 115 – Kreditwirtschaftsrecht. In: Bruno Schmidt-Bleibtreu, / Franz Klein (Hg.): Kommentar zum Grundgesetz (9. Aufl.) Neuwied / Kriftel. S. 1708 ff.

Brohm, Winfried (1994): Soziale Grundrechte und Staatszielbestimmungen in der Verfassung. JZ 1994. S. 213 ff.

Brönneke, Tobias (1999): Umweltverfassungsrecht. Baden Baden.

Bryde, Brun-Otto (2000): Art. 14. In: Ingo von Münch / Philip Kunig: Grundgesetz-Kommentar (Bd. 1) (Präambel bis Art. 19) (5. Aufl.) München. S. 883 ff.

Buchanan, James M. (1958): Public Principles of Public Debt – A defense and restatement. Homewood.

Buchholz, Wolfgang (1984): Intergenerationelle Gerechtigkeit und erschöpfbare Ressourcen. Berlin.

Degenhart, Christoph (1981): Kernenergierecht. Köln.

Dietlein, Johannes (1992): Zur Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten. Berlin.

Dreier, Horst (1996a): Präambel. In: Horst Dreier (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (Bd. I): Artikel 1–19. Tübingen. S. 5 ff.

Dreier, Horst (1996b): Art. 1 I GG (Menschenwürde). In: Horst Dreier (Hg.): Grundgesetz. Kommentar, (Bd. I): Artikel 1–19. Tübingen. S. 90 ff.

Dreier, Horst (1996c): Art. 1 II GG (Menschenrechte). In: Horst Dreier (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (Bd. I): Artikel 1–19. Tübingen. S. 130 ff.

Dürig, Günter (1973): Art. 3 – Gleichheit vor dem Gesetz, Absatz 1 (Bearbeitung 1973). In: Theodor Maunz / Günter Dürig u.a.: Grundgesetz. Kommentar. München.

Ehrlicher, Werner (1985): Aspekte der Staatsverschuldung. Der Staat 24. S. 31 ff.

Erbguth, Wilfried (1999): Konsequenzen der neueren Rechtsenwicklung im Zeichen nachhaltiger Raumentwicklung. DVBl. 1999. S. 1082 ff.

Erichsen, Hans-Uwe (1997): Grundrechtliche Schutzpflichten in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. JurA 1997. S. 85 ff.

Fischer-Menshausen, Herbert (1996a): Art. 109. In: Ingo von Münch / Philip Kunig (Hg.): Grundgesetz-Kommentar (Bd. 3) (Art. 70 bis Art. 146 und Gesamtregister) (3. Aufl.) München. S. 1065 ff.

Fischer-Menshausen, Herbert (1996b): Art. 115. In: Ingo von Münch / Philip Kunig (Hg.): Grundgesetz-Kommentar (Bd. 3) (Art. 70 bis Art. 146 und Gesamtregister) (3. Aufl.) München. S. 1209 ff.

Friauf, Karl Heinrich (1992): Staatskredit. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (Bd. IV): Finanzverfassung – Bundesstaatliche Ordnung. Heidelberg. § 91 (S. 321 ff.)

Führ, Martin (1998): Ökologische Grundpflichten als verfassungsrechtliche Dimension – Vom Grundrechtsindividualismus zur Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bürger und Staat? NuR 1998. S. 6 ff.

Götz, Volkmar (1983): Grundpflichten als verfassungsrechtliche Dimension. VVDStRL 41. S. 7 ff.

Gramm, Christof (1990): Nachweltschutz durch kooperative Rechtsstrukturen. JZ 1990. S. 905 ff.

Gubelt, Manfred (2000): Art. 3. In: Ingo von Münch / Philip Kunig (Hg.): Grundgesetz-Kommentar (Bd. 1) (Präambel bis Art. 19) (5. Aufl.) München. S. 193 ff.

Häberle, Peter (1977): Demokratische Verfassungstheorie im Lichte des Möglichkeitsdenkens. AöR 102. S. 27 ff.

Henneke, Hans-Günter (1995): Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Art. 20a GG – Inhalt und Wirkungen einer ausbalancierten Staatszielbestimmung. NuR 1995. S. 325 ff.

Henseler, Paul (1983): Verfassungsrechtliche Aspekte zukunftsbelastender Parlamentsentscheidungen, AöR 108. S. 489 ff.

Hermes, Georg (1987): Das Grundrecht auf Schutz von Leben und Gesundheit – Schutzpflicht und Schutzanspruch aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG. Heidelberg.

Herzog, Roman (1994): Art. 3 – Gleichheit vor dem Gesetz, Anhang (Bearbeitung 1994). In: Theodor Maunz / Günter Dürig u.a.: Grundgesetz. Kommentar. München.

Herzog, Roman (1971): Allgemeine Staatslehre (Bd. 1) Frankfurt.

Hesse, Konrad (1984): Der Gleichheitssatz in der neueren deutschen Verfassungsentwicklung. AöR 109. S. 174 ff.

Heun, Werner (1996): Art. 3 GG (Gleichheit). In: Horst Dreier (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (Bd. I): Artikel 1-19. Tübingen. S. 228 ff.

Heun, Walter (1985): Staatsverschuldung und Grundgesetz. Die Verwaltung 18. S. 1 ff.

Höfling, Wolfram (1999): Art. 1 GG – Schutz der Menschenwürde, Menschenrechte. Grundrechtsbindung. In: Michael Sachs (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (2. Aufl.) München. S. 120 ff.

Höfling, Wolfram (1993): Staatschuldenrecht – Rechtsgrundlagen und Rechtsmaßstäbe für die Staatsschuldenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Heidelberg.

Hofmann, Hasso (1992): § 114: Grundpflichten und Grundrechte, in: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (Bd. V): Allgemeine Grundrechtslehren. Heidelberg. S. 291 ff.

Hofmann, Hasso (1986): Nachweltschutz als Verfassungsfrage. ZRP 1986. S. 87 ff.

Hofmann, Hasso (1981): Rechtsfragen der atomaren Entsorgung. Stuttgart.

Hohner, Georg (1969): Subjektlose Rechte – Unter besonderer Berücksichtigung der Blankozession. Bielefeld.

Huber, Peter M. (1999): Art. 146 GG – Geltungsdauer des Grundgesetzes. In: Michael Sachs (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (2. Aufl.) München. S. 2259 ff.

Huster, Stefan (1993): Rechte und Ziele – Zur Dogmatik des allgemeinen Gleichheitssatzes. Berlin.

Huster, Stefan (1984): Gleichheit und Verhältnismäßigkeit – Der allgemeine Gleichheitssatz als Eingriffsrecht. JZ 1984. S. 541 ff.

Isensee, Josef (1993): Mit blauem Auge davongekommen – das Grundgesetz – Zu Arbeit und Resultaten der gemeinsamen Verfassungskommission. NJW 1993. S. 2583 ff.

Isensee, Josef (1992a): § 111: Das Grundrecht als Abwehrrecht und als staatliche Schutzpflicht. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (Bd. V): Allgemeine Grundrechtslehren. Heidelberg. S. 143 ff.

Isensee, Josef (1992b): § 166: Schlußbestimmung des Grundgesetzes: Artikel 146. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (Bd VII) Normativität und Schutz der Verfassung – Internationale Beziehungen. Heidelberg. S. 271 ff.

Isensee, Josef (1983): Sicherheit als Menschenrecht – Zu den Schutzpflichten des freiheitlichen Verfassungsstaates. Berlin.

Jarass, Hans D. (2000a): Art. 1 – Würde des Menschen, Grundrechtsbindung. In: Hans D. Jarass / Bodo Pieroth: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar (5. Aufl.) München. S. 36 ff.

Jarass, Hans D. (2000b): Art. 14 – Eigentumgsgarantie und Erbrecht. In: Hans D. Jarass, / Bodo Pieroth: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar (5. Aufl.) München. S. 326 ff.

Jarass, Hans D. (2000c): Art. 115 – Kreditaufnahme und Gewährleistungen des Bundes. In: Hans D. Jarass / Bodo Pieroth: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar (5. Aufl.) München. S. 1014 ff.

Jarass, Hans D. (2000d): Art. 146 – Geltungsdauer des Grundgesetzes, in: Hans D. Jarass / Bodo Pieroth: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar (5. Aufl.) München. S. 1099 ff.

Jarass, Hans D. (1997): Folgerungen aus der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für die Prüfung von Verstößen gegen Art. 3 Abs. 1 GG – Ein systematisches Konzept zur Feststellung unzulässiger Ungleichbehandlungen. NJW 1997. S. 2545 ff.

Jonas, Hans (1979): Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt am Main.

Kastenholz, Hans G. / Erdmann, Karl-Heinz (1996): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung – eine Einführung. In: Hans G. Kastenholz / Karl-Heinz Erdmann / Manfred Wolff (Hg.): Nachhaltige Entwicklung – Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Berlin u.a. S. 1 ff.

Ketelhodt, Friederike von (1993): Verantwortung für Natur und Nachkommen. Pfaffenweiler.

Kirchhof, Paul (1992): § 183: Der deutsche Staat im Prozeß der europäischen Integration. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (Bd. VII): Normativität und Schutz der Verfassung – Internationale Beziehungen. Heidelberg. S. 855 ff.

Kirchhof, Paul (1990): § 88: Staatliche Einnahmen. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts (Bd. IV): Finanzverfassung – Bundesstaatliche Ordnung. Heidelberg. S. 87 ff.

Klein, Hans. H. (1994): Die grundrechtliche Schutzpflicht. DVBl. 1994. S. 489 ff.

Kloepfer, Michael (1998): Umweltrecht (2. Aufl.) München.

Kloepfer, Michael (1996): Umweltschutz als Verfassungsrecht. DVBl. 1996 S. 73 ff.

Kloepfer, Michael (1993): Langzeitverantwortung im Umweltstaat. In: Carl Friedrich Gethmann / Michael Kloepfer / Hans G. Nutzinger: Langzeitverantwortung im Umweltstaat. Bonn.

Kluth, Winfried (1997): Verfassungs- und abgabenrechtliche Rahmenbedingungen der Ressourcenbewirtschaftung. NuR 1997. S. 105 ff.

Kriszeleit, Rudolf / Meuthen, Jörg (1995): Kredithöchstgrenze und Haushaltsvollzug. DÖV 1995. S. 461 ff.

Krugmann, Michael (1998): Gleichheit, Willkür und Evidenz. JuS 1998. S. 7 ff.

Kube, Hanno (1999): Eigentum an Naturgütern – Zuordnung und Unverfügbarkeit. Berlin.

Kuhlmann, Hartmut (1995): Der Mitweltschutz im gesamtdeutschen Grundgesetz. NuR 1995. S. 1 ff.

Kunig, Philip (2000): Art. 1. In: Ingo von Münch / Philip Kunig Grundgesetz-Kommentar (Bd. 1) (Präambel bis Art. 19) (5. Aufl.) München. S. 65 ff.

Lawrence, Christian (1989): Grundrechtsschutz, technischer Wandel und Generationenverantwortung. Berlin.

Lerner, Abba P. (1961): The Burden of Debt. The Review of Economics and Statistics. Vol. 43, No. 2 (May 1961). S. 139 ff.

Maaß, Rainald (1988): Die neue Rechtsprechung des BVerfG zum allgemeinen Gleichheitssatz – Ein Neuansatz. NVwZ 1988. S. 14 ff.

Maunz, Theodor (1981): Art. 115 – Kreditbeschaffung In: Theodor Maunz / Günter Dürig u.a.: Grundgesetz. Kommentar. München 2001

Maunz, Theodor (1979), Art. 109 – Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern In: Theodor Maunz / Günter Dürig u.a.: Grundgesetz. Kommentar. München.

Meyer-Teschendorf, Klaus (1994): Verfassungsmäßiger Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – Empfehlungen der gemeinsamen Verfassungskommission für einen neuen Art. 20a. ZRP 1994. S. 73 ff.

Modigliani, Franco (1961): Long-Run Implications of Alternative Fiscal Policies and the Burden of National Debt. The Economic Journal. Vol. 71, No. 284 (Dec. 1961). S. 730 ff.

Murswiek, Dietrich (1999): Art. 20a GG – Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. In: Michael Sachs (Hg.): Grundgesetz. Kommentar. (2. Aufl.) München. S. 800 ff.

Murswiek, Dietrich (1996): Staatsziel Umweltschutz (Art. 20a GG) – Bedeutung für Rechtsetzung und Rechtsanwendung. NVwZ 1996. S. 222 ff.

Murswiek, Dietrich (1986): Entschädigung für immissionsbedingte Waldschäden. NVwZ 1986. S. 611 ff.

Murswiek, Dietrich (1985): Die staatliche Verantwortung für die Risiken der Technik. Berlin.

Mussgnug, Reinhard (1989): Gesetzesgestaltung und Gesetzesanwendung im Leistungsrecht. VVDStRL 47. S. 113 ff.

Näser, Wolfgang / Oberpottkamp, Ulrike (1995): Zur Endlagerung radioaktiver Abfälle – Die Langzeitsicherheit – Gleichzeitig ein Beitrag zur Konkretisierung der Verantwortung für zukünftige Generationen. DVBl. 1995. S. 136 ff.

Neumann, Volker (1995): Menschenwürde und Existenzminimum. NVwZ 1995. S. 426 ff.

Osterloh, Lerke (1999): Art. 3 GG – Gleichheit vor dem Gesetz. In: Michael Sachs (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (2. Aufl.) München. S. 208 ff.

Osterloh, Lerke (1990): Staatsverschuldung als Rechtsproblem? – Kritisches zum Urteil des Zweiten Senats des BVerfG vom 18.4.1989. NJW 1990. S. 145 ff.

Papier, Hans-Jürgen (1994): Art. 14 – Eigentum, Erbrecht und Enteignung (Bearbeitung 1994). In: Theodor Maunz / Günter Dürig u.a.: Grundgesetz. Kommentar. München.

Patzig, Werner (1985): Zur Problematik der Kreditfinanzierung staatlicher Haushalte. DÖV 1985. S. 293 ff.

Pieroth, Bodo / Schlink, Bernhard (2001): Grundrechte – Staatsrecht II. (17. Aufl.) Heidelberg.

Piertzak, Alexandra (1994): Die Schutzpflicht im verfassungsrechtlichen Kontext – Überblick und neue Aspekte. JuS 1994. S. 748 ff.

Püttner, Günter (1980): Staatsverschuldung als Rechtsproblem. Berlin u.a.

Rengeling, Hans-Werner (1990): Rechtsfragen zu Bundesendlagern für radioaktive Abfälle – Grundlagen der Betriebsaufnahme, wesentliche Änderungen und Aufsicht – am Beispiel der Anlage Konrad. Köln u.a.

Renn, Ortwin / Knaus, Anja (1998): Den Gipfel vor Augen – Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft. Marburg.

Robbers, Gerhard (1987): Sicherheit als Menschenrecht – Aspekte der Geschichte. Begründung und Wirkung einer Grundrechtsfunktion. Baden-Baden.

Roßnagel, Alexander (1984): Radioaktiver Zerfall der Grundrechte? – Zur Verfassungsverträglichkeit der Kernenergie. München.

Rux, Johannes (1999): Intertemporale Strukturprobleme der Demokratie – Die Öko-Diktatur als Ausweg? In: Martin Bertschi / Thomas Gächter / Robert Hurst u.a. (Hg.): Demokratie und Freiheit – 39. Tagung der Wissenschaftlichen Mitarbeiterinen und Mitarbeiter der Fachrichtung ‚Öffentliches Recht'. Zürich/Stuttgart. S. 301 ff.

Sachs, Michael (1997): Die Maßstäbe des allgemeinen Gleichheitssatzes – Willkürverbot und sogenannte neue Formel. JuS 1997. S. 124 ff.

Saladin, Peter / Zenger, Andreas (1988): Rechte künftiger Generationen. Basel/ Frankfurt am Main.

Saladin, Peter (1984): Verantwortung als Staatsprinzip – Ein neuer Schlüssel zur Lehre vom modernen Rechtsstaat. Bern/Stuttgart.

Salzwedel, Jürgen (1972): Verfassungsrechtlich geschützte Besitzstände und ihre „Überleitung“ in neues Recht – Zur Theorie der gesetzesfesten Rechtspositionen. Die Verwaltung 5. S. 11 ff.

Schink, Alexander (1997): Umweltschutz als Staatsziel. DÖV 1997. S. 221 ff.

Schmidt-Aßmann, Eberhard (1981): Anwendungsprobleme des Art. 2 Abs. 2 GG im Immissionsschutzrecht, AöR 106. S. 205 ff.

Schoch, Friedrich (1988): Der Gleichheitssatz. DVBl. 1988. S. 863 ff.

Scholz, Rupert (1996): Art. 20a – Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. In: Theodor Maunz / Günter Dürig u.a.: Grundgesetz. Kommentar. München.

Schulze-Fielitz, Helmuth (1998): Art. 20a GG – Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. In: Horst Dreier (Hg.): Grundgesetz. Kommentar (Bd. II): Artikel 20–82. Tübingen. S. 219 ff.

Schwabe, Jürgen (1977): Probleme der Grundrechtsdogmatik. Darmstadt.

Schwabe, Jürgen (1971): Die sogenannte Drittwirkung der Grundrechte. München.

Siekmann, Helmut (1999): Art. 115 GG – Kreditaufnahme und Gewährleistungen des Bundes. In: Michael Sachs (Hg.): Grundgesetz. Kommentar. (2. Aufl.) München. S. 2045 ff.

Starck, Christian (1998a): Präambel. In: Hermann von Mangoldt / Friedrich Klein / Christian Starck (Hg.): Das Bonner Grundgesetz (Bd. 1): Präambel, Artikel 1 bis 19 (4. Aufl.) München. S. 8 ff.

Starck, Christian (1998b): Artikel 1 Absatz 1. In: Hermann von Mangoldt / Friedrich Klein / Christian Starck (Hg.): Das Bonner Grundgesetz (Bd. 1): Präambel, Artikel 1 bis 19 (4. Aufl.) München. S. 32 ff.

Starck, Christian (1998c): Artikel 3 Absatz 1. In: Hermann von Mangoldt / Friedrich Klein / Christian Starck (Hg.): Das Bonner Grundgesetz (Bd. 1): Präambel, Artikel 1 bis 19 (4. Aufl.) München. S. 313 ff.

Steinberg, Rudolf (1996): Verfassungsrechtlicher Umweltschutz durch Grundrechte und Staatszielbestimmung. NJW 1996. S. 1985 ff.

Stern, Klaus (1994): Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland (Bd. III/2): Allgemeine Lehren der Grundrechte. 2. Halbband. München.

Stern, Klaus (1990): Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit. In: Klaus Stern / Bruno Schmidt-Bleibtreu: Einigungsvertrag und Wahlvertrag. München. S. 3 ff.

Stern, Klaus (1988): Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland (Bd. III/1): Allgemeine Lehren der Grundrechte. 1. Halbband. München.

Stern, Klaus (1980): Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland (Bd. II): Staatsorgane, Staatsfunktionen, Finanz- und Haushaltsverfassung, Notstandsverfassung. München.

Stober, Rolf (1978): Grundpflichten und Grundgesetz. Berlin.

Tettinger, Peter J. (1975): Anmerkungen zu den rechtsstaatlichen Anforderungen nach § 6a Abs. 1 AWG, RIW 1975. S. 197 ff.

Tettinger, Peter J. (1997): Rechtsänderungen zur „Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ – Umweltschutz im Gegenwind? NuR 1997. S. 1 ff.

Tremmel, Jörg / Laukemann, Marc / Lux, Christina (1999): Die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz – Vorschlag für einen erneuerten Art. 20a GG. ZRP 1999. S. 432 ff.

Uhle, Arnd (1996): Das Staatsziel „Umweltschutz“ und das Sozialstaatsprinzip im verfassungsrechtlichen Vergleich. JuS 1996. S. 96 ff.

Unnerstall, Herwig (1999): Rechte zukünftiger Generationen. Würzburg 1999.

Unruh, Peter (1996): Zur Dogmatik der grundrechtlichen Schutzpflichten. Berlin.

Vickrey, William (1961): The Burden of Public Debt: Comment. The American Economic Review. Vol. 51, No. 1 (March 1961). S. 132 ff.

Vogel, Hans-Jochen (1994): Die Reform des Grundgesetzes nach der deutschen Einheit - Eine Zwischenbilanz. DVBl. 1994. S. 497 ff.

Vogel, Klaus (1990): § 87: Grundzüge des Finanzrechts des Grundgesetzes. In: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland (Bd. IV): Finanzverfassung – Bundesstaatliche Ordnung. Heidelberg. S. 3 ff.

Volkmer, Martin (1994): Basiswissen zum Thema Kernenergie – Die wichtigsten Erkenntnisse aus Kernphysik und Kerntechnik. Bonn.

Waechter, Kay (1996): Umweltschutz als Staatsziel. NuR 1996. S. 321 ff.

Wagner, Hellmut / Ziegler, Eberhard / Closs, Klaus-Detlef (1982): Risikoaspekte der nuklearen Entsorgung. Baden Baden.

Westphal, Simone (2000): Art. 20a GG – Staatsziel „Umweltschutz“, JuS 2000. S. 339 ff.

Wiebel, Markus / Vogel, Klaus (1978): Artikel 115: Gesetzesvorbehalt für Kreditaufnahmen und Gewährleistungen – Grenzen zulässiger Krediteinnahmen – Ausnahmen für Sondervermögen. In: Rudolf Dolzer / Klaus Vogel (Hg.): Bonner Kommentar zum Grundgesetz. Heidelberg 2001.

Wolf, Rainer (1997): Gehalt und Perspektiven des Art. 20a GG. KritV 1997. S. 280 ff.

ZUR PERSON

Dr. Christina Lux-Wesener
geb. 1974 in Köln. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität zu Köln. Erste juristische Staatsprüfung 1998. Von 1998 bis 2002 Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre der Universität zu Köln und Doktorandin der Rechtswissenschaften. Promotion 2002. 2001 bis 2003 juristischer Vorbereitungsdienst im Bezirk des Oberlandesgerichts Köln. Zweite juristische Staatsprüfung 2003. Seit 2003 wieder wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte Verfassungsrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht und Hochschulrecht. Veröffentlichungen:

Lux, Rechtsfragen der Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft – Ein Rechtsvergleich: Deutschland – USA, München 2002, zugl. Köln, Univ., Diss. 2002. Diverse rechtswissenschaftliche Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften.

Anemon Constanze Boelling

IST DIE ÖKOLOGISCHE GENERATIONENGERECHTIGKEIT IN GUTER VERFASSUNG? VORSCHLÄGE ZUR GRUNDGESETZLICHEN STÄRKUNG ÖKOLOGISCHER GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Die sich häufenden Umweltkatastrophen fügen sich zu einem Bild, das die Erde in keinem positiven ökologischen Zustand zeigt: Das ökologische System droht zu kollabieren, wir leben von dem ökologischen Erbe, das wir den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen verpflichtet sind. Das hierfür ursächliche Handeln, also die Verantwortlichkeit, und die desaströsen Folgen fallen zeitlich und personell auseinander, Handlungsalternativen zur positiven Beeinflussung ökologischer Entwicklungen werden also erforderlich. Das für den dahingehenden Handlungswillen der Entscheidungsträger erforderliche Verantwortungsbewusstsein könnte durch einen Paradigmenwechsel hin zu einem System der ökologischen Generationengerechtigkeit geschaffen werden.

Der folgende Beitrag[1] schlägt daher nach kurzer Klärung der Prämissen und Aufzeigen der Spannungsfelder ökologischer Generationengerechtigkeit mehrere konkrete Grundgesetzänderungen vor.[2] Grundgedanke war, bei jeweils nur kursorischer Betrachtung des internationalen, einfachgesetzlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Kontextes, mögliche Antworten auf die generationenrechtlichen Rechtsfragen zu finden und daraus denkbare grundgesetzliche Neuregelungen zu entwickeln, sie in ihrer rechtlichen und faktischen Reichweite zu disku-

[1] Der Artikel beruht auf meiner Themenarbeit zum Generationengerechtigkeitspreis 2001 / 2002 und ist Pia Escabache in Hoffnung und Bemühen um eine lebenswerte Zukunft gewidmet.

[2] Zur Begriffs- und Prämissenbestimmung wird auf den ersten Teil dieses Buches verwiesen. Hinsichtlich der zugrundeliegenden Themenarbeit kann mit der SRzG oder Anemon-Boelling@web.de Kontakt aufgenommen werden.

tieren und sie, wenn und soweit sie befürwortet werden, in konkrete Textvorschläge zu fassen. Favorisiert wird dabei die Einfügung eines Umweltgrundrechts, das sich über die Verpflichtung des Staates hinaus auch auf die Stärkung der Verantwortlichkeit der ökonomischen Entscheidungsträger und der Gesellschaft erstreckt.

Grundlagen (grundgesetzlicher) Verrechtlichung ökologischer Generationengerechtigkeit

Vorausgesetzt wird die doppelte Begriffseinschränkung des Diskussionsgegenstandes auf intergenerationale,[3] ökologische Generationengerechtigkeit. Das bedeutet, dass die heute Lebenden den künftigen Generationen die Umwelt *zumindest* in dem Zustand überlassen müssen, in dem sie diese vorgefunden haben, damit die nachfolgenden Generationen mindestens gleiche Lebens- und Entwicklungschancen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben.[4] Dieser Zustand einer verwirklichten Langzeitverantwortung ist das Ergebnis nachhaltiger Entwicklung, die sich als dauerhafte Stabilität der Zu- und Abflüsse (sog. Fließgleichgewicht) darstellt.

Bei heute getroffenen Entscheidungen, die (ökologisch nachteilige) Wirkungen für künftige Generationen zu zeugen geeignet sind, besteht daher nur so viel Spielraum für generationenungerechte Entscheidungen zur Bedürfnisbefriedigung der gegenwärtigen Generationen, als das ökologische System von sich aus auffangen kann, ohne unter den Status Quo (bzw. den ökologischen Mindeststandard) abzusinken. Angesichts des derzeitigen Ressourcenverbrauchs und des Ausmaßes der Umweltverschmutzung ist der Status Quo jedoch nicht geeignet, einen derartigen Minimalstandard zu gewährleisten.[5] Es bedarf also nicht nur der

[3] Generationengerechtigkeit hat zwei horizontale (nämlich die [interkulturelle] Gerechtigkeit innerhalb der lebenden Generationen, also der „jungen" gegenüber den „älteren" Generationen, und umgekehrt der „älteren" gegenüber den „jungen" Generationen) und zwei vertikale Richtungen (nämlich die Gerechtigkeit der lebenden gegenüber den künftigen Generationen und auch umgekehrt der künftigen gegenüber den lebenden Generationen).

[4] Zugrundegelegt wird also das Prinzip der Startchancengleichheit, nicht aber der Ergebnisgleichheit.

[5] Vgl. kompakt zur Klima-, Biodiversitäts-, Boden-, Wasser- und Abfallproblematik Simonis (1999, S. 78 ff).

Abwendung von Verschlechterungen, sondern des aktiven Bemühens um eine Verbesserung des Umweltzustandes, soll die ökologische Existenzgrundlage künftiger Generationen nicht gefährdet werden.

Erforderlichkeit der Verrechtlichung

Der Generationenvertrag, der die gegenseitige Langzeitverantwortung erfasst, folgt moraltheoretisch aus der Gleichwertigkeit aller Generationen, da jede Generation im Zuge der Verteilungsgerechtigkeit späteren Generationen zumindest zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet ist.[6] Dieser Gedanke findet sich in der konzeptionellen Zukunftsoffenheit des Grundgesetzes wieder, das durch die Grundrechte und Schutzpflichten eine Treuhänderstellung der Lebenden für die künftigen Generationen in Bezug auf eine menschenwürdige Umwelt konstituiert.[7] Ausfluss dieser moralischen Verpflichtung ist eine freiwillige Interessenvertretung der grundsätzlichen Lebens- und Entwicklungsrechte künftiger Generationen durch die Gesamtheit der lebenden Generationen bzw. deren Volksvertreter in Ausübung der Staatsgewalt.

Diese moralische Obliegenheit zur Umsetzung ökologischer Generationengerechtigkeit reicht angesichts des sowohl intra- als auch intergenerationenungerechten Zustandes der Umwelt augenscheinlich nicht aus, um die Einhaltung ökologischer Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Somit folgt aus der moralischen Langzeitverpflichtung diesbezüglich eine treuhänderische Schutzpflicht des Staates, da im Wege des staatlichen Gewaltmonopols vorrangig diesem die Sicherung eines überdauernden Gemeinwesens obliegt.

Diese Schutzpflicht konkretisiert sich in der Notwendigkeit lenkender staatlicher Einflussnahme zur Sicherstellung ökologischer Generationengerechtigkeit. Eine rechtliche Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit durch Normierung richtungsweisender Handlungsmaximen oder unmittelbar verbindlicher Anforderungen (etwa in Form von Ge- und Verboten) bedeutete demnach also keine Begründung dieser Berücksichtigungspflicht, sondern eine schriftgewordene Festschrei-

[6] Zum Einstieg in die Diskussion um die philosophische, religiöse und naturrechtliche Begründung dieser Rechte vgl. etwa Saladin / Zenger (1998, 25 ff).

[7] Bubnoff (2001, 47 ff) leitet dies aus Art. 1 Abs. 2 GG, der Präambel und Art. 6 GG her.

bung der bereits bestehenden moralischen Verpflichtung,[8] zu der der Staat mangels tragfähiger moralischer Selbstverpflichtung der Gesellschaft ermächtigt und verpflichtet ist. Die Wahrnehmung von Ordnungsmaßnahmen in Konkretisierung der staatlichen Schutzpflicht wäre auch ein wirkungsvoller Mechanismus zur tatsächlichen Berücksichtigung ökologischer Generationengerechtigkeit.[9]

Adressaten einer gesetzlich normierten Schutzpflicht

Die Adressaten einer entsprechenden Verpflichtungsregelung sind bedingt durch die Mehrdimensionalität der Missachtung ökologischer Generationengerechtigkeit.[10] Daher müssen diese Missstände auch auf entsprechend vielen Ebenen angegangen werden:

Die Gesellschaft als Träger eines moralischen Generalkonsenses steht dabei im Vordergrund. Denn für die Verständigung über eine neue Zukunftsethik in Form ökologischer Generationengerechtigkeit ist zunächst eine Bewusstseinsschaffung durch Umweltbildung, also das Anheben des Wissens- und dadurch Bewusstseinsstandes, anzustreben. Erst dann können diese Kenntnisse in entsprechend gewandelte Verhaltensweisen, Konsumgewohnheiten und Erziehungsmaximen umgesetzt werden.

Vorrangiges Bedürfnis auf ökonomischer Ebene ist die Erweiterung des Entscheidungshorizonts auf Dimensionen jenseits des shareholder value und damit die Einbeziehung der Umweltschäden als reale Kosten in die Kostenrechnung der Wirtschaftssubjekte und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Denn die Anwendung des Gemeinlastprinzips

[8] Eine Normierung wäre somit deklaratorisch, mithin gesetzgewordenes Spiegelbild der moralischen Verpflichtung.

[9] Auf internationaler Ebene wurde die Nachhaltigkeit bereits zum Leitziel für das 21. Jahrhundert erhoben und mit der Agenda21 ein weltweites Aktionsprogramm geschaffen. Zu weitergehenden Überlegungen Simonis (1999, 105). Einfachrechtliche Vorschläge in nationalen Grenzen bei Meyer-Abich (1999, 430) hinsichtlich der Vorteile eines zivilrechtlichen Umweltschutzes und Bubnoff (2001, 81 ff.) zu Schutzmöglichkeiten in den Umweltfachgesetzen.

[10] Die Vielschichtigkeit dieser Problematik zeigt sich etwa in der Umweltverschmutzung und -zerstörung, dem Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, der Lagerung atomarer Abfälle, aber auch der unterschiedlichen Vermögensentwicklung ganzer Gesellschaften und der zunehmenden Staatsverschuldung.

bei der Beseitigung der Fehlallokationen in Folge der negativen externen Effekte der Umweltnutzung stellt sich als massiver Verstoß gegen die ökologische Generationengerechtigkeit dar, dem mit einer konsequenten Verankerung des Verursacherprinzips[11] oder dem Aufbau eines Lizenzsystems für Emissionen begegnet werden kann. Zuständig für die Schaffung entsprechender Rahmen- und Ordnungsvorschriften ist der Gesetzgeber.

Eigene Rechte der Vertreter künftiger Generationen

Rechtstheoretisch umstritten ist, ob aus der moralischen Langzeitverantwortung der heute Handelnden für die in Zukunft Geborenen bereits heute eigene (subjektive und mithin individualisierte und durchsetzbare) *Rechte* der künftigen Generationen resultieren,[12] oder ob ihnen angesichts ihrer erst künftigen realen Existenz (und mithin tatsächlicher Rechtsfähigkeit iSd § 1 BGB) lediglich *Interessen* zuerkannt werden können.

Ein Recht künftiger Generationen auf zeitlich vorverlagerte Berücksichtigung ihrer Interessen kann dogmatisch mittels der Konstruktion einer aufschiebenden Bedingung hergeleitet werden: Die Rechte werden also wirksam, sobald entsprechende Rechtsträger auch tatsächlich geboren werden. Um nicht den (wegen der fortlaufenden Generationenfolge de facto nicht zu bestimmenden) Zeitpunkt der tatsächlichen Geburt dieser Rechtsträger abwarten zu müssen, wird der höchst-wahrscheinliche Bedingungseintritt, also die an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit der Nachfolge mit entsprechenden Rechten ausgestatteter Generationen, für ausreichend erachtet.[13]

Allerdings können künftige Generationen ihre Rechte weder selbst noch durch einen Rechtsvertreter geltend machen.[14] Mithin können

[11] Zu den nicht individuell zurechenbaren Summations- u. Distanzschäden u. der Möglichkeit verursacherbezogener Entschädigungsfonds Hippel (2001, 149), vgl. dazu auch die Kohäsionsfonds gem. Art. 174 Abs. 5 Spiegelstrich 2 iVm Art. 161 Unterabsatz 2 EGV.

[12] Vgl. Palandt, Heinrichs, § 1, Rdnr. 8 zur zivilrechtlichen Zuwendung von Rechten an den noch nicht Erzeugten (sog. nondum conceptus).

[13] Auch das für die Rechtssubjektivität erforderliche Gegenseitigkeitsverhältnis der Rechtsträger kann mittels der Konstruktion des höchstwahrscheinlichen Bedingungseintritts (der Gegenseitigkeit) überwunden werden.

[14] Gleich den nicht individualisierten Rechtsträgern sind auch die entsprechenden Rechtsvertreter nicht zu bestimmen.

diese subjektiven Rechte nur mittels einer Interessenvertretung durch einen Treuhänder der lebenden Generationen wahrgenommen werden.[15] Da es dabei um die Vertretung hinsichtlich grundsätzlicher Existenzgrundlagen geht, können diese nicht durch einzelne Mitglieder der lebenden Generationen, sondern nur durch das Volk als solches bzw. dessen Vertreter in Ausübung der Staatsgewalt übernommen werden. Dieser Pflicht kann der Gesetzgeber durch Verrechtlichung ökologischer Generationengerechtigkeit nachkommen, denn in diesem Falle sind die durch die jeweiligen Gesetze Gebundenen (etwa der Staat selbst, Gesellschaft und Ökonomie) zur Berücksichtigung ökologischer Generationengerechtigkeit verpflichtet.

Hürden einer Verrechtlichung

Bei einer Verrechtlichung ist vorrangig das Spannungsverhältnis zum Demokratieprinzip zu beachten, denn daraus folgt, dass künftige Generationen auf heute getroffene Entscheidungen nicht durch Übertragung zeitweiser Herrschaftsmacht auf politische Vertreter einwirken können;[16] sie finden in der Legitimationskette staatlicher Macht mithin keine Berücksichtigung. Dennoch sind sie es, die im Gegensatz zu den dafür Verantwortlichen die Folgen dieser Entscheidungen erleben und tragen müssen. Diese strukturelle Benachteiligung[17] kann faktisch durch eine rechtlich verbindliche Festschreibung des Ziels ökologischer Generationengerechtigkeit ausgeglichen werden, da so die Handlungspflicht der Volksvertreter zu zukunftsgerichteten (in der Regel heute unpopulären) Entscheidungen erzwungen werden kann.

[15] Dadurch läuft die subjektive Rechtsstellung künftiger Generationen jedoch nicht leer, da Rechten ein stärkeres Gewicht als bloßen Interessen zukommt.

[16] Zwar sind die Abgeordneten des deutschen Bundestages gem. Art. 38 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 GG „Vertreter des ganzen Volkes“, doch bedeutet auch dies die Repräsentation des (derzeitigen) Staatsvolkes und schließt mithin eine „pränatale Vertretung künftiger Generationen“ aus. Allerdings bezieht sich der Auftrag des Grundgesetzes, Chancengleichheit für alle Menschen zu verwirklichen, auch auf die Chancen *künftiger* Generationen.

[17] Ursächlich ist auch die Periodizität der Wahlen als Bestandteil des Demokratieprinzips, die zu einer Gegenwartsbezogenheit der Politik und personeller Diskontinuität führt.

Notwendigkeit der Herstellung praktischer Konkordanz

Heute getroffene Entscheidungen, deren (nach derzeitigem Kenntnisstand) irreversible Folgen erst zu Lebzeiten künftiger Generationen eintreten werden, stellen eine Einschränkung der Handlungsfreiheit künftiger Generationsangehöriger dar. Andererseits bedeutet die Berücksichtigung der Rechte künftiger Generationen bei heute getroffenen Entscheidungen aber auch eine Freiheitsbeschränkung der heute lebenden Generationen.[18]

Die Positionen verschiedener Generationen können also als eigenständige Rechtskreise verstanden werden, die nicht ohne gegenseitige Beeinträchtigung nebeneinander verwirklicht werden können. In Konsequenz dieser Janusköpfigkeit intergenerationaler Generationengerechtigkeit muss für jeden zu entscheidenden Einzelfall eine Lösung gefunden werden, die beiden Rechtsposition zur weitest möglichen Verwirklichung verhilft; im Endeffekt geht es also um die Frage der Ziehung der Freiheitsgrenzen zwischen den Generationen.

Für die grundgesetzlich gewährten Freiheitsrechte der zur Rücksichtnahme zu Verpflichtenden (etwa das Recht der lebenden Generationen auf Handlungsfreiheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit) bedeutet das, dass sie durch die zu normierende Berücksichtigungspflicht der Rechte künftiger Generationen eingeschränkt werden. Jedoch gewährt das Grundgesetz seine Bürgerfreiheiten auch nicht schrankenlos, sondern begrenzt sie etwa durch die Rechte anderer Grundrechtsträger: Gewährt man also künftigen Generationen eigene Rechte, wirken diese konsequenterweise (gleich den Rechten der lebenden Generationen) schon heute grundrechts- und mithin freiheitsbegrenzend. Diese gegenseitige Beschränkung führt zu einer Rechts- bzw. Interessenabwägung im konkreten Einzelfall unter Anerkennung der jeweiligen Werthaftigkeit, um die kollidierenden Rechte in einen gerechten (also beiden Rechten möglichst viel Raum gewährenden) Ausgleich zu bringen.[19]

---

[18] Zum Ausgleich ökologischer und nicht-ökologischer Rechte lebender und künftiger Generationen vgl. Däubler-Gmelin (2000, 28) und Menzel (2000, 308 mit Beispielen), der daraus die Untrennbarkeit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit folgert.

[19] Da dieser Interessenausgleich erst im Einzelfall und durch Abwägung erfolgen kann, ist bei der Festschreibung ökologischer Generationengerechtigkeit auf eine hinreichend offene Formulierung zu achten.

Dabei sind die Rechte lebender und künftiger Generationen grundsätzlich gleich stark zu bewerten; aus einer grundgesetzlichen Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit folgt also kein zwingender Vorrang dieser Rechte. Dadurch läuft der Schutz künftiger Generationen nicht leer,[20] denn deren Schutz wird nun als abwägungserheblicher Belang in die Ausgleichsfindung eingestellt – das war bisher nicht der Fall. Wenn in einzelnen Abwägungen der Schutz künftiger Generationen zu Gunsten der Freiheit der lebenden Generationen zurückgedrängt wird, obliegt dem Hoheitsträger dann zumindest die Darlegungspflicht, dass eine Abwägung stattgefunden hat und aus welchen (legitimen und nachvollziehbaren) Gründen eine Hintenanstellung zwingend war.

Festlegung des Schutzniveaus

Die Wahrnehmung der Rechte künftiger Generationen bedarf stets eines Treuhänders aus der lebenden und entscheidungsfähigen Generation. Daher verlangt die Berücksichtigung der Rechte künftiger Generationen denklogisch die Abschätzung künftiger Bedürfnisse nach heutigem Erkenntnis- (und Willens-)stand.[21] Würde man den heutigen Entscheidungsträgern diese Einschätzungsprärogative mit dem Argument absprechen, die konkreten Interessen künftiger Generationen und mithin der Schutzumfang ökologischer Generationengerechtigkeit sei aus heutiger Sicht nicht absehbar, ohne dass in das Recht künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse selbst zu definieren, eingegriffen würde, liefe das Ansinnen, Rechte künftiger Generationen heute zu berücksichtigen, leer:

Das Konzept der Generationengerechtigkeit zielt gerade darauf ab, künftigen Generationen die Freiheit zu ermöglichen, ihre Bedürfnisse selbst zu definieren und sie aus dem ihnen hinterlassenen (Umwelt-)Bestand zu befriedigen. Ausgehend von der Tatsache, dass Rechte künf-

[20] Zudem bedeutete eine grundgesetzliche Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit nicht lediglich die Schaffung eines neuen Abwägungskriteriums, sondern stellte für den Gesetzgeber auch einen Handlungsauftrag dar.

[21] Diese Abschätzung ist begrenzt durch Kenntnistand, Selbstverständnis und Regelungswillen der heute lebenden Generationen. Zur Formulierung des Schutzbereiches durch lebende Entscheidungsträger als Charakteristikum des demokratischen Systems vgl. Däubler-Gmelin (2000, 28).

tiger Generationen heute nicht hinreichend berücksichtigt werden, ist jede Verpflichtung der Lebenden zu derartiger Rücksichtnahme daher als ein „Plus“ im Rechtsschutz der künftigen Generationen zu werten. Zudem bleibt es den kommenden Rechtsträgern unbenommen, die für sie von uns heute bewahrten Aspekte außer Betracht zu lassen und entsprechende Ressourcen nicht zu nutzen. Das denklogisch bestehende Problem, dass die Rechte und Interessen künftiger Generationen stets von den lebenden Entscheidungsträgern formuliert und zugewiesen werden müssen, mithin de facto durch die menschliche Erkenntnis(-fähigkeit) beschränkt sind, lässt sich nicht vermeiden; der Gesetzgeber kann lediglich versuchen, diese Rechte nach Maßgabe seines Weitblicks Gesetz werden zu lassen.

Weiterhin ist fraglich, mit welchem anzustrebenden Umfang das Konzept ökologischer Generationengerechtigkeit normiert werden soll:[22] Je nachdem, inwieweit natürliche Güter als durch synthetische Güter substituierbar angesehen werden, ist zwischen der „starken Nachhaltigkeit“, die auf die Konstanz des Bestandes an natürlichem gerichtet ist, und der „schwachen Nachhaltigkeit“ zu unterscheiden, die auf eine Konservierung der Natur (auch) durch Substitution abzielt.

Gegen das Konzept schwacher Nachhaltigkeit spricht, dass einige natürliche Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden und Atmosphäre unverzichtbar, also nicht substituierbar, sind. Erst recht lassen sie sich nicht in Geldwerten ausdrücken, so dass eine andere Substitution als durch neu geschaffene, gleichgerichtete Güter[23] ausscheidet. Zudem führt die aus den Rechten künftiger Generationen folgende Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten der lebenden Generationen dazu, dass der Bestand der Natur der Disposition der Lebenden (auch im Blick auf mögliche Kompensation) weitgehend entzogen ist. Auch droht der Substitutionsgedanke die Notwendigkeit des eingeschränkten Naturumgangs dadurch zu verschleiern, dass der Eindruck entsteht, exzessiver Naturgebrauch könne quasi durch Schaffung künstlicher Kapazitäten

[22] Dahinter steht die Wertentscheidung zwischen anthropologischem und biozentrischem Weltbild, die sich in dem Anliegen treffen, die Belange künftiger Generationen zu schützen, also den Menschen und die Umwelt erfassen.

[23] Etwa durch das hinterlassene Nettoanlagevermögen und dens Wissensstand zur Lösung von Umweltproblemen.

gerechtfertigt bzw. „freigekauft“ werden.[24] Zu der in der Gesellschaft erforderlichen Einstellungsänderung wäre ein derartiger Ansatz kontraproduktiv.

Dennoch kann das Prinzip der starken Nachhaltigkeit nicht in aller Konsequenz als Leitbild für eine Stärkung der ökologischen Generationengerechtigkeit dienen: Denn im Bereich der nicht erneuerbaren Ressourcen[25] bedeutete diese Konservierung des Bestandes, dass sowohl die lebenden als auch die künftigen Generationen auf deren Nutzung verzichten müssten.[26]

Das Grundgesetz als geeignete, erforderliche und angemessene Regelungsebene

Das Konzept (ökologischer) Generationengerechtigkeit ist mehrdimensional; die Folgen generationenungerechten Handelns finden sich also in den verschiedensten inhaltlichen Bereichen,[27] so dass sich auch das Anliegen ökologischer Generationengerechtigkeit als Querschnittsmaterie darstellt. Daher ist eine wirksame Kodifizierung nicht einfachgesetzlich, sektorenbezogen, sondern nur auf einer für alle anderen Regelungsebenen verbindlichen Hierarchiestufe sinnvoll.

Das Grundgesetz, als an der Spitze nationaler Normenhierarchie stehendes Regelungswerk, kann eine derartige Grundsatzentscheidung treffen, da es als Fundament des deutschen Staates alle drei Staatsgewalten[28] bindet (Art. 1 Abs. 3 GG) und mithin alle anderen Regelungsebenen seinen Wertaussagen entsprechen müssen: Bei jeder Entscheidung in Ausübung der Staatsgewalt müssten im Falle einer entsprechenden

[24] Angesichts der technischen / medizinischen Möglichkeiten wäre ein Extremszenario, die Ausrottung einer Tierart im Hinblick auf die Möglichkeit des Klonens eben dieser Tierart hinzunehmen.

[25] Gemeint sind mineralische Ressourcen und fossile Energieressourcen.

[26] Tremmel / Laukemann / Lux (1999, 438) argumentieren mit Hinweis (in Fn. 47) auf Renn / Knaus, dass deren Verbrauch gerade auch in den Dienst künftiger Generationen gestellt werden kann.

[27] Beispiele sind die Bereiche Arbeit, Rente, Umwelt und Bildung. Innerhalb dieser Gebiete sind dann wieder verschiedene Regelungsebenen, etwa des Umweltrechts, des Gesellschaftsrechts, des Steuerrechts oder des Strafrechts denkbar.

[28] Also Legislative, Exekutive und Judikative. Über die den grundgesetzlichen Auftrag vollziehenden Regelungen ist dann auch eine Bindung der Bevölkerung bzw. der Ökonomie möglich (sog. mittelbare horizontale Drittwirkung).

Verfassungsänderung also die Anforderungen ökologischer Generationengerechtigkeit beachtet werden – unabhängig davon, in welchem Sektor die Regelung getroffen wird.[29] Diese Entsprechung der staatlichen Handlungen mit dem (dann verfassungsrechtlichen) Prinzip ökologischer Generationengerechtigkeit bezöge sich auch auf die Folgenabschätzung des jeweiligen Handelns.

Zudem ist das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland Ausdruck eines gesellschaftlichen Grundkonsenses: Als in Normen geronnene Wertvorstellung stellt es als geschriebene Verfassung eine Sollensordnung (gewissermaßen eine verfasste Zukunftsordnung) dar, die den anzustrebenden Status vorzeichnet. *Wie* dieses Ergebnis dann erreicht wird, bleibt den Grundgesetzverpflichteten überlassen. Bei konsequenter Erfüllung der verfassungsrechtlichen Anforderungen wird das Grundgesetz dann also zur Seiensordnung,[30] im Falle einer entsprechenden Neufassung also zur gelebten ökologischen Generationengerechtigkeit.

Dabei muss das Grundgesetz, soll es nicht als Anachronismus zu bloß symbolischer Bedeutung herabgewürdigt werden, den jeweils geltenden Wertekanon der Gesellschaft, also die als moralische Verpflichtung anerkannten Prinzipien, erfassen. Wenn die Verpflichtung zu ökologischer Generationengerechtigkeit in Form der moralischen Selbstverpflichtung also einer allgemeinen Überzeugung entspricht (repräsentiert durch die für eine Grundgesetzänderung mindestens erforderliche Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat gem. Art. 79 Abs. 2 GG), dann stellt eine entsprechende Neufassung des Grundgesetzes (im Rahmen der jeweiligen Systematik und Qualität der jeweiligen Regelungsebene) keine Aufweichung, sondern eine notwendige Neuanpassung des Grundgesetzes an herrschende Wertvorstellungen dar.

Die Aufnahme des Konzepts ökologischer Generationengerechtigkeit kann daher sowohl als Zeichen eines bereits erfolgten Paradigmen-

[29] Eine entsprechende Grundgesetzänderung stellte de facto also eine Vorstufe zu entsprechenden Regelungen etwa auf einfachgesetzlicher Ebene dar.

[30] Der sozialwissenschaftliche Verfassungsbegriff stellt auf diesen tatsächlichen Zustand des Staatslebens ab, gemeint ist also nicht die geschriebene Verfassung, sondern die Verfassungswirklichkeit.

wechsels als auch eines zu verwirklichenden Bewusstseinswandels (gerade auch in der Öffentlichkeit) gedeutet werden.

Das Grundgesetz ist daher sowohl geeignet, die mehrdimensionalen Folgen generationenungerechter Entscheidungen durch eine grundlegende (und bindende) Richtungsentscheidung aufzufangen, als auch, die auf diesen Wirkebenen maßgeblichen Entscheidungsträger als Adressaten zur Umsetzung ökologischer Generationengerechtigkeit (also Staat, Ökonomie und Gesellschaft) zu erfassen.

Dem Argument, angesichts grenzüberschreitender Umweltprobleme sei ein nationales Regelungswerk die falsche Normierungsebene, ist entgegenzuhalten, dass internationale Handlungsnotwendigkeit nicht von der nationalen Verantwortung entbindet.[31] Dies gilt umso mehr, als der absolute Umfang der Umweltzerstörung auch durch nationale Reduzierungen gesenkt werden kann. Zudem wird der Hoheitsträger durch eine entsprechende Grundgesetzänderung auch im internationalen Verhältnis an den Schutz künftiger Generationen gebunden.

Verfassungsrechtliche Normierungsvorschläge ökologischer Generationengerechtigkeit

Analog zur Variationsbreite des Grundgesetzes sind verschiedene Einfallstellen für die (unmittelbare oder mittelbare) Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit denkbar. Die jeweiligen Regelungsmöglichkeiten unterscheiden sich in Zielsetzung, Abstraktionsgrad, ihrer (rechtlichen und faktischen) Reichweite und Durchsetzbarkeit. Dem ist mit der jeweiligen Formulierung und mithin dem Verankerungsgrad ökologischer Generationengerechtigkeit zu entsprechen, ohne dass durch allzu offene Formulierungen die Vollziehbarkeit und mithin die Wirksamkeit der Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit gefährdet wird.[32] Nachfolgend sollen einige der denkbaren Kodifikationen vorgestellt werden:

[31] In Abwandlung des Agenda21-Leitsatzes muss vielmehr das Prinzip des Global-Denkens, National-Handelns gelten.

[32] Es ist zu bedenken, dass der allgemeine Generationengerechtigkeitsgedanke die ökologische Generationengerechtigkeit zwar einschließt, aber nicht zwingend gleichbedeutend mit einer entsprechenden Verpflichtung ist.

Generationengerechte Änderung der Präambel
Die Präambel ist der dem Grundgesetztext vorangestellte wortgewordene Willen des Verfassungsgebers; sie steht nicht jenseits der Verfassungswirklichkeit, sondern ist in deren geschichtliche und gesellschaftliche nationale Tradition eingebunden. Die Präambel drückt also die dem jeweiligen Stand des Grundgesetzes zugrundeliegende Regelungsabsicht des Verfassungsgebers aus. Würde diese einleitende Erklärung, aus der keine unmittelbare Durchsetzbarkeit folgt, um den Gedanken ökologischer Generationengerechtigkeit erweitert, wäre dies vorrangig ein symbolischer Akt zur Verdeutlichung eines erfolgten Bewusstseinswandels.[33]

> Textvorschlag[34] [Präambel]: Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den *lebenden und künftig lebenden* Menschen [...] hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. [...]

Generationengerechte Änderung der Gesetzgebungskompetenzen
Mittelbarer Schutz ökologischer Generationengerechtigkeit könnte durch eine entsprechend ausführliche Festschreibung im allgemeinen Teil eines Bundesumweltgesetzes[35] erreicht werden, um das wissenschaftlich anerkannte, umweltrechtliche Prinzip der Nachhaltigkeit zu einem verbindlichen Rechtssatz erstarken zu lassen und inhaltlich zu konkretisieren. Voraussetzung dafür wäre jedoch zunächst die Schaffung einheitlicher Gesetzgebungskompetenzen[36] auf grundgesetzlicher

[33] Jedoch stellt sie auch einen Appell an die Bürger dar und enthält durchaus rechtserhebliche Festlegungen, vgl. auch die Präambel der Grundrechtscharta auf europäischer Ebene. Da die Präambel ein „wegweisendes Eingangstor“ ins Grundgesetz darstellt, müsste auch das Grundgesetz in seinem Gehalt diesen Anforderungen entsprechen; zusätzlich wäre also eine Änderung des materiellen Grundgesetztextes nötig.
[34] Die jeweils vorgeschlagenen Textänderungen sind im Originalwortlaut der Vorschrift kursiv gedruckt.
[35] Die bestehende, verwirrende Vielzahl von einzelnen Fachgesetzen würde in einer Kodifikation zusammengefasst.
[36] Ein ausdrücklicher Kompetenztitel wäre zur Klarstellung selbst dann wünschenswert, wenn man mit einer Meinung in der Literatur die bisherige Kompetenzlage für ausreichend hält. Zu dieser umstrittenen Kompetenzfrage vgl. etwa Sanden (1999, 53).

Ebene. Nachteil dieser Regelungsvariante ist jedoch, dass sie in ihrer Konsequenz keine sektorenübergreifende Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit darstellt, sondern nur (aber immerhin) den Bereich des Umweltrechts erfasst.

> Textvorschlag [Art. 74 Abs. 1 GG]: Die konkurrierende Gesetzgebung erstreckt sich auf folgende Gebiete: [...] 24. *das Umweltrecht, insbesondere* die Abfallbeseitigung, die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung

Änderungen im Rahmen der bestehenden Institutionen
Im Rahmen der grundgesetzlichen Institutionen kommen folgende Anknüpfungspunkte in Betracht:

Verlängerung der Legislaturperiode des Bundestages
Um ein Gegengewicht zur (dem Demokratieprinzip immanenten) Gegenwartbezogenheit der Politik zu schaffen, könnte eine Verlängerung der Legislaturperiode des Bundestages (etwa auf sieben Jahre) erwogen werden. Allerdings geht angesichts der Dimensionen generationenungerechter Entscheidungen eine derartige Zurückdrängung der demokratischen Legitimation nicht mit einer adäquaten Stärkung ökologischer Generationengerechtigkeit einher.

Zulassung einer präventiven Normenkontrolle
durch das Bundesverfassungsgericht
Eine Ausweitung der Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts auf eine präventive Normenkontrolle (also die Überprüfung eines Gesetzes – etwa auf die Vereinbarkeit mit dem Prinzip ökologischer Generationengerechtigkeit – schon vor dessen In-Kraft-Treten) bedeutete angesichts der auf den Zeitpunkt des Erlasses des Gesetzes zurückwirkende Aufhebung im Rahmen der bestehenden Kontrollmechanismen keinen Zugewinn ökologischer Generationengerechtigkeit.

Erweiterung der Amtspflichten des Bundespräsidenten
Zielführend scheint es hingegen, den Bundespräsidenten als vorrangig repräsentativ und integrativ wirkendes Verfassungsorgan für die Umsetzung ökologischer Generationengerechtigkeit in die Pflicht zu nehmen:

Gewähren eines (eingeschränkten) materiellen Prüfungsrechts

Einerseits wäre es denkbar, dem Bundespräsidenten über sein formelles Prüfungsrecht (Überprüfung der verabschiedeten Gesetze auf ihr ordnungsgemäßes Zustandekommen) hinaus ein materielles Prüfungsrecht in evidenten Fällen einzuräumen. Das bedeutet, das Gebot der Wahrung der Verfassungsordnung der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers überzuordnen: Der Bundespräsident könnte (und müsste) die Gesetze dann auch ihrem Inhalt nach etwa darauf hin überprüfen, ob sie evident gegen den Gedanken ökologischer Generationengerechtigkeit verstoßen.

Allerdings ist dazu eine zusätzliche Änderung des materiellen Gehalts des Grundgesetzes im Sinne ökologischer Generationengerechtigkeit nötig, damit diese auch zum zulässigen Prüfungsumfang des Bundespräsidenten gehört. Diese weitreichende Änderung des materiellen Prüfungsrechts wäre dann aber nicht auf die Prüfung des Gesetzes anhand der Kriterien ökologischer Generationengerechtigkeit beschränkt, sondern schlösse den gesamten normativen Gehalt des Grundgesetzes als Prüfungsumfang ein. Der tatsächliche Schutz ökologischer Generationengerechtigkeit wäre also nur (aber immerhin) mittelbar bewirkt und fiele (im Vergleich mit der erforderlichen zusätzlichen materiellen Regelung, die ohnehin alle drei Staatsgewalten bände) recht schwach aus.

> Textvorschlag [Art. 82 Abs. 1 S. 1 GG]: Die nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes zustande gekommenen Gesetze werden vom Bundespräsidenten nach Gegenzeichnung ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet*; der Bundespräsident hat die Ausfertigung auch dann zu verweigern, wenn das Gesetz materiell evident nicht verfassungsgemäß ist.*

Erweiterung des Amtseids des Bundespräsidenten

Andererseits könnte der Amtseid des Staatsoberhaupts, der den Umfang seiner Pflichten widerspiegelt,[37] auf die Hinwirkung zur Schaffung von

[37] Konstituieren kann der Amtseid die Pflichten hingegen nicht; diese ergeben sich vielmehr aus der Staatsfunktion des Bundespräsidenten als vorrangig staatsnotarielles, repräsentatives, integratives, ausgleichendes oder auf Reserveaufgaben beschränktes Verfassungsorgan.

Generationengerechtigkeit ausgeweitet werden. Dadurch würde der Bundespräsident, der parteipolitischer Neutralität verpflichtet ist, gleichsam zum Schutzpatron ökologischer Generationengerechtigkeit, womit zumindest eine starke Öffentlichkeitswirkung einherginge.[38]

> Textvorschlag [Art. 56 GG]: Ich schwöre, dass ich meine Kraft *insbesondere in Verantwortung vor den nachrückenden Generationen* dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. [...]

Schaffung neuer Institutionen

Die Berücksichtigung ökologisch-generationengerechter Belange könnte aber auch über neu zu schaffende Institutionen erfolgen:

Bundesumweltgerichtshof

Die Einrichtung eines einheitlichen Bundesumweltgerichtshofs für Entscheidungen über generationenungerechte Vorgänge ist nicht denkbar, da generationenungerechte Vorgänge in verschiedenen Rechtsbereichen auftreten und sich mithin auf unterschiedlichen Gerichtszweigen bewegen.[39]

Vergabestelle für Emissionszertifikate

Auch die Einführung einer zentralen Zertifikatsvergabestelle im Rahmen der Umsetzung des Konzepts des Handels mit Emissionszertifika-

[38] Die Bedeutung des Bundespräsidenten für die Verfassungs*wirklichkeit* kann rechtlich allerdings nur bedingt beurteilt werden, da sie vorrangig mit seiner persönlichen Autorität und seinem Repräsentationsstil zusammenhängt.

[39] Es könnten allenfalls im bestehenden Gerichtssystem Änderungen zugunsten der Berücksichtigung und dogmatischen Weiterentwicklung ökologischer Generationengerechtigkeit vorgenommen werden. So könnte über die Einführung nicht-konfrontativer Vorverfahren oder die Schaffung einer (internationalen) Umwelt*straf*gerichtsbarkeit nachgedacht werden; vgl. zur Schaffung eines derartigen Gerichtshofs die Entscheidung des Europarats im Juni 2002 in Santorin.

ten[40] ist auf grundgesetzlicher Ebene nicht möglich, da sich eine derartige Regelung durch die (bewusste) Neutralität des Grundgesetzes hinsichtlich einer bestimmten Wirtschaftsverfassung verbietet.

Generationengerechtigkeitsrat

Denkbar wäre allerdings die Berücksichtigung der ökologischen Rechte künftiger Generationen durch einen zu schaffenden Generationengerechtigkeitsrat.

Wie bereits dargelegt, können künftige Generationen die ihnen zustehenden Rechte nicht selbst durchsetzen, eine Rechtsvertretung scheidet mangels Individualisierung der künftigen Rechtsträger ebenfalls aus. Jedoch kann eine treuhänderische *Interessen*vertretung durch die lebenden Generationen erfolgen. Eine Institutionalisierung dieser Interessenvertretung bedeutete, ein Gremium zu schaffen, das stellvertretend für die lebenden Generationen für die Berücksichtigung der Rechte künftiger Generationen bei heute getroffenen, diese Rechte möglicherweise tangierenden, Entscheidungen Gewähr trägt.

Problematisch ist dabei, dass ein derartiger Rat einerseits nur den Interessen künftiger Generationen verpflichtet sein soll, andererseits aber auch dem Demokratieprinzip entsprechen, mithin durch die lebenden Generationen legitimiert sein muss. Die Notwendigkeit der Unabhängigkeit des Rates vom Parlament (mithin die Loslösung von dessen Gegenwartspräferenz) und das Erfordernis demokratischer Legitimation durch die lebenden Generationen (etwa Benennung durch das Parlament) stehen sich konträr gegenüber und müssen dennoch beide erfüllt werden, soll der Rat seinen Zweck erfüllen können (die Rechte künftiger Generationen zu schützen) und zugleich demokratisch legitimiert sein (denn nur dann hat er verfassungsrechtlich Bestand).

Diese Kontroverse wird relevant bei der *Besetzung* des Rates: Sollen die Mitglieder allein der Generationengerechtigkeit verpflichtet sein,

[40] In Umsetzung des Verursacherprinzips wird zur Internalisierung externer Effekte ein bestimmtes Maximum an Emissionen (also ein konkretes Emissionsminderungsziel) für einen Bezugsrahmen (Land, Industriezweig, Unternehmen) definiert und entsprechende Verfügungsrechte („Verschmutzungsrechte“) für Umweltgüter werden ausgesprochen (sog. Zertifizierung), die in Form von Lizenzen verteilt und dann über den Markt international verkauft werden.

also aufgrund ihres Sachverstandes (etwa von non-governmental organizations) gestellt werden – oder sollen die Mitglieder parlamentarisch ernannt werden, also zwar demokratisch legitimiert sein, sich aber (gleich den parlamentarischen Volksvertretern) im Zwiespalt mit der politischen Mehrheitsbeschaffung befinden?

Dieser Diskrepanz zwischen der Benennung nach ökologischem Sachverstand und demokratischer Legitimation, kann durch einen Rat mit hälftiger Besetzung entgangen werden: Die Mitglieder könnten[41] zur Hälfte vom Bundestag und zur Hälfte von anerkannten (nur der ökologischen Generationengerechtigkeit verpflichteten) Organisationen berufen werden. Legt man bei Entscheidungen dann das Mehrheitsprinzip zugrunde, könnten die demokratisch legitimierten Mitglieder nicht überstimmt werden, so dass der Einfluss des Wählers (und mithin die demokratische Legitimation des Rates) nicht ungebührend zurückgedrängt wird[42].

Textvorschlag *[Abschnitt IV b. Umweltrat, Art. 53b. GG]: (1) Der Generationengerechtigkeitsrat dient der Verwirklichung des Konzepts ökologischer Generationengerechtigkeit.*

(2) [1]Der Generationengerechtigkeitsrat setzt sich aus 30 Mitgliedern zusammen. [2]Dabei werden 15 Mitglieder entsprechend der politischen Mehrheiten vom Bundestag benannt. [3] Die übrigen 15 Mitglieder werden von Organisationen entsandt, die einzig der ökologischen Generationengerechtigkeit verpflichtet sind. [4]Die Ratsmitglieder werden auf fünf Jahre bei zulässiger Wiederwahl gewählt.

(3) Dem Generationengerechtigkeitsrat obliegt das Recht zur gutachterlichen Stellungnahme bis zur abschließenden Lesung bei Gesetzesvorlagen, die die ökologische Generationengerechtigkeit zu beeinträchtigen geeignet sind.

[41] Der Bundestag könnte dieses Recht theoretisch also auch den (im Rahmen eines zuvor festgelegten Verfahrens anerkannten) NGOs übertragen.

[42] Dies wird noch dadurch unterstützt, dass die demokratische Schwäche (der hälftigen Besetzung mit nicht-demokratisch legitimierten Mitgliedern) im vorgelegten Vorschlag dadurch abgemildert wird, dass dem Rat kein Gesetzesinitiativrecht zugestanden wird. Gewissermaßen wird durch diese Kompetenzbeschränkung eine Schwäche der demokratischen Legitimation ausgeglichen.

(4) [1]Gegen vom Bundestag beschlossene Gesetze, die die ökologische Generationengerechtigkeit wesentlich zu beeinträchtigen geeignet sind, kann der Generationengerechtigkeitsrat binnen eines Monats Einwendungen erheben und sie dem Bundestag zuleiten. [2]Hat der Bundestag ein Gesetz für dringlich erklärt, so beschränkt sich diese Frist auf eine Woche. [3]Der Bundestag hat diesen Einwendungen Rechnung zu tragen.

(5) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Änderung der Staatszielbestimmung des Art. 20a GG

Während mit einer Aufnahme des Art. 20a GG in die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG nur der Status Quo einem verstärkten Abänderungsschutz unterworfen würde, könnte mittels einer generationengerechtigkeitsbezogenen inhaltlichen Änderung des Art. 20a GG eine unmittelbare Stärkung ökologischer Generationengerechtigkeit erreicht werden:[43]

Staatszielbestimmungen sind verbindliche, staatstragende Strukturprinzipien des Grundgesetzes. Im Gegensatz zu den Grundrechten verbürgen sie keine subjektiven Rechte einzelner Rechtsträger, vielmehr stellen Staatszielbestimmungen als objektive Verfassungsprinzipien eine an den Staat adressierte Schutzverpflichtung dar. Dieser Verpflichtung müssen alle drei Staatsgewalten in Ausübung ihrer Staatsmacht nachkommen – die in den Staatszielbestimmungen getroffenen Wertentscheidungen sind also bei jedem staatlichen Handeln zu beachten und zu verwirklichen.

Erweiterte man den geltenden Art. 20a GG (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen) um das Konzept ökologischer Generationengerechtigkeit, würden aber nicht nur Gesetzgebung, vollziehende und rechtsprechende den Gewalt daraus resultierenden Achtungs-, Erhaltungs-, Schutz-, Gefahrabwendungs- und Vorsorgepflichten unterworfen; es würden auch die Grundrechte (zu denken ist hier vor allem an die Handlungsfreiheit der lebenden Generationen) durch den Gedanken

[43] Zur ausführlichen Vorstellung eines neugefassten Art. 20a GG sei auf den Beitrag von Tremmel / Laukemann / Lux 1999 und abermals auf die zugrundeliegende Themenarbeit verwiesen (vgl. Fn. 2).

ökologischer Generationengerechtigkeit als Bestandteil des materiellen Verfassungsrechts beschränkt[44].

Der vorzuschlagende neugefasste Art. 20a GG umfasst ausdrücklich den Schutz der *Rechte* (und nicht bloß der Interessen) zukünftiger Generationen. Er folgt grundsätzlich dem Konzept starker Nachhaltigkeit, in Ausnahmefällen (nämlich bei Betreff nicht-erneuerbarer Energien) ist aber das Konzept schwacher Nachhaltigkeit zugelassen[45].

Zudem ist eine Bürgerpflicht (im Sinne einer „Bürgerzielbestimmung" mit Appellfunktion) zum Schutz künftiger Generationen eingeschlossen. Denn die Schutzpflicht einer Staatszielbestimmung richtet sich primär an die Staatsgewalten – erst wenn die Legislative (einfachgesetzliche) Regelungen zum Schutz der Rechte nachfolgender Generationen erlässt, sind auch Gesellschaft und Ökonomie in die Verantwortung genommen. Da jedoch generationenungerechte Handlungen auch (wenn nicht gar vorrangig) von diesen vorgenommen werden, bietet sich eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Schutzpflicht an, so dass alle Entscheidungsträger der verfassungsrechtlichen Pflicht zur Berücksichtigung ökologischer Generationengerechtigkeit unterliegen.

Textvorschlag [Art. 20a GG (*intergenerationaler Umweltschutz*)]:
(1) [1]Der Staat ist *insbesondere unter Berücksichtigung der* Verantwortung für die *Rechte nachrückender Generationen zum Schutz der* Tiere und *der* natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung *verpflichtet*. [2]*Dabei ist die grundsätzliche Nichtsubsituierbarkeit natürlicher Lebensgrundlagen zu achten.*

(2) Damit korrespondiert eine Schutzpflicht eines jeden Bürgers im Rahmen seiner persönlichen Verantwortlichkeit.

[44] Daher ist diese Lösung der Beschränkung eines jeden einzelnen Grundrechts vorzuziehen. Vgl. dazu etwa Art. 7 Abs. 2 Verfassung Mecklenburg-Vorpommern oder Art. 31 Abs. 2 der Sächsischen Verfassung.

[45] Dies resultiert – wie oben bereits ausgeführt – aus dem grundsätzlich vorzugswürdigen Prinzip starker Nachhaltigkeit, das in Bezug auf erneuerbare Ressourcen jedoch nicht zu sachgerechten Ergebnissen führt.

Generationengerechte Änderung subjektiver Rechte
Grundrechte sind die Ausübung staatlicher Gewalt verfassungskräftig verpflichtenden subjektiven, also justitiablen, Rechte des Einzelnen. Die staatlichen Entscheidungsträger sind also verpflichtet, diese Rechte nicht zu verletzen und sie darüber hinaus auch vor Verletzungen durch andere zu schützen. Die Grundrechte gewähren ihren Trägern also ein Abwehrrecht gegen den Staat, solche Handlungen zu unterlassen, die sie in ihrem durch das Grundrecht geschützten Bereich betreffen (sog. status negativus). Eine unmittelbare Wirkung der Grundrechte zwischen den Grundrechtsträgern scheidet daher aus.

Absenkung des aktiven/passiven Wahlalters
Es könnte über eine Absenkung des aktiven und / oder passiven Wahlalters nachgedacht werden, um so zumindest die Vertreter der *nachrückenden*[46] Generationen stärker an der Legitimation staatlicher Macht zu beteiligen. Ob damit allerdings der *inter*-generationalen ökologischen Gerechtigkeit gedient ist, mag aber bezweifelt werden.

Einführung eines Stellvertreterwahlrechts
Das System des Stellvertreterwahlrechts bedeutete, den lebenden, wahlberechtigten Bürgern quasi in antizipierter Vertretung der Rechtsträger künftiger Generationen eine (anteilige) Wahlstimme zuzugestehen. Im Falle eines elterlichen Stellvertreterwahlrechts bedeutete das, den Eltern (als gesetzlichen Vertretern ihrer Kinder, also der nachrückenden Generationen) ein Wahlrecht „für ihre Kinder“ zuzuerkennen. Schon der Grundgedanke eines stellvertretend[47] geltend gemachten Wahlrechts verstößt jedoch gegen den Grundsatz der Freiheit der Wahl (der insoweit die Höchstpersönlichkeit der Entscheidung und damit Entscheidungsfähigkeit voraussetzt) und gegen das Verbot der Ungleichheit im Zählwert der Stimmen.

[46] Im Gegensatz zu den künftigen Generationen sind die Vertreter der nachrückenden Generationen bereits geboren.
[47] Dies ist nicht zu verwechseln mit dem Fall der Wahlstimmenabgabe unter Einschaltung einer Hilfsperson (vgl. § 36 Abs. 2 BWahlG oder § 57 BWahlO), da in diesem Fall ein eigener Wille des Wahlberechtigten vorliegt, dem die Hilfsperson lediglich zur rechtmäßigen Berücksichtigung im Wahlverfahren verhilft. Im Falle des Stellvertreterwahlrechts setzt ein Stellvertreter hingegen seinen eigenen Willen an die Stelle des potentiellen Willens künftiger Rechtsträger.

Bei dem Ausschluss künftiger Generationen vom Wahlrecht im Zuge der repräsentativen Demokratie handelt es sich also um ein Strukturprinzip, das zugunsten ökologischer Generationengerechtigkeit wohl nicht durchbrochen werden kann.

Schaffung eines „Generationengerechtigkeits-Grundrechts"
Grundrechte stellen neben einem Abwehrrecht auch Anspruchs-, Forderungs-, Leistungs- Teilhabe- und Verfahrensrechte dar (sog. status positivus) und gewähren ihrem Inhaber ein Recht auf Betätigung der jeweiligen Freiheit im und für den Staat (sog. status activus). Darüber hinaus kommt den Grundrechten insoweit eine objektiv-rechtliche Funktion zu, als sie durch ihre Wertentscheidung einen Teil der objektiven Wertordnung des Staates bilden und damit als negative Kompetenznormen den staatlichen Handlungs- und Entscheidungsspielraum begrenzen. Ein „Generationengerechtigkeitsgrundrecht" gewährte dem jeweiligen Grundrechtsträger also die vorgenannten Rechte und wäre als Verfassungswert bei allem staatlichen Handeln zu beachten, vom Staat zu schützen und bei der Auslegung einfachen Rechts zu berücksichtigen.

Ein Grundrecht vermittelt seinem Träger also ein justitiables, subjektives Recht. Grundrechtsschutz ist daher vorrangig Individualgüterschutz, er setzt mithin eine zumindest *individualisierte* Existenz voraus, an die diese Rechtsmacht anknüpfen kann (die Durchsetzung kann dann hingegen einem Rechtsvertreter übertragen werden). Die *Wahrscheinlichkeit* der Existenz künftiger Rechtsträger und die Wahrnehmung dieser Rechte in Form einer antizipierten Rechts- bzw. Interessenvertretung durch die lebenden Generationen kann für die Gewährung eines subjektiven Rechtes, das als solches ja auch (gerichtlich) durchsetzbar ist, jedoch nicht ausreichen, da es auch dann an einem individualisierten Anknüpfungssubjekt fehlt.[48]

Der Zeitraum zwischen schädigender Handlung und eintretender Schädigung kann allerdings durch eine Vorverlagerung des Schutzes in

[48] Zur Begründung eigener Rechte künftiger Generationen über die Konstruktion einer aufschiebenden Bedingung und der Unterscheidung zwischen Rechts- und Interessenvertretung siehe oben. Zu weiteren Kritikpunkten an der vorgebrachten Lösung eingehend in der Themenarbeit (vgl. Fn. 2).

Verbindung mit dem Gedanken der treuhänderischen Interessenwahrnehmung überwunden werden. Die ökologischen Rechte künftiger Generationen können also dadurch geschützt werden, dass den lebenden Generationen ein Grundrecht auf Umweltschutz zuerkannt wird:

Die Grundrechtsträger der lebenden Generationen können die ihnen zustehenden Grundrechte unproblematisch gerichtlich durchsetzen.[49] Gewährt man den heute Lebenden entsprechende umweltbezogene Grundrechte,[50] können sie diese heute geltend machen, so dass in der Verfassungs*wirklichkeit* das Konzept ökologischer Generationengerechtigkeit zunehmend verwirklicht wird. So wird, indem diese Rechte bereits heute Berücksichtigung finden, langfristig eine Gewährleistung dieser Rechte erreicht, die dann mittelbar auch Schutz der ökologischen Rechte künftiger Generationen bedeuten.[51] Denn entscheidend für die Verwirklichung ökologischer Generationengerechtigkeit ist nicht die Frage, ob den künftigen Generationen bereits heute ein derartiges Recht zusteht, sondern, ob der tatsächliche Zustand der Welt, in die künftige Generationen geboren werden, diesen Grundsätzen entspricht. In Konsequenz dieser Unterscheidung zwischen Rechtslage und Lebenswirklichkeit und in Umsetzung des Gedankens der treuhänderischen Interessenwahrnehmung durch die lebenden (und somit rechtsstreitbereiten) Generationen können die Rechte künftiger Generationen wohl am ehesten in die Realität umgesetzt werden.

Dieser grundrechtlichen Lösung kommt gegenüber der eher symbolischen Absichtsdemonstration in Form einer Änderung der Präambel und der institutionalisierten Interessenvertretung in Form eines Genera-

[49] Zu nennen ist die Möglichkeit der Individualverfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gem. Art. 93 Abs. 1, Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG und die Geltendmachung von Grundrechtsverletzung in verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten.

[50] Hinzuweisen ist aber darauf, dass die bestehende Grundrechtsordnung umweltrechtliche Belange mittelbar etwa durch den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG) gewährleistet, da diese Grundrechte ihre Grundrechtsträger im jeweiligen Umfang unabhängig von der Herkunft der Störungen schützen (also sind davon auch Umweltschäden erfasst).

[51] Das gilt zumindest hinsichtlich der heute abschätzbaren (ökologischen) Grundbedürfnisse, siehe dazu schon oben.

tionengerechtigkeitsrates der Vorteil zu, dass die Vertreter der gesamten lebende Generation als individuelle Grundrechtsträger in die Position gebracht werden, die Rechte künftiger Generationen in die Wirklichkeit umzusetzen.[52] Auch wird durch diese Lösung nicht lediglich der Staat[53] bzw. ein bestimmtes Organ[54] in die Pflicht genommen, sondern auch der Einzelne.[55] Zudem steht dem Einzelnen ein justitiables Recht zu, so dass (mittelbar) die Verwirklichung ökologischer Generationengerechtigkeit nicht nur in staatlichen (und damit institutionalisierten und dem Druck der Mehrheitsbeschaffung unterliegenden)[56], sondern auch in persönlichen Händen liegt.

Als derartige Umweltgrundrechte lebender lebenden Generationen kommen in Betracht:

1. Recht auf Umweltinformation: Ein subjektives Recht auf Zugang zu umweltrelevanten Daten stellt die Bedeutung einer informierten Öffentlichkeit für die demokratische Ordnung auch in Bezug auf umweltrechtliche Belange heraus.[57] Diese Kenntnisse sind unabdingbare Voraussetzung für die Geltendmachung weitergehender (umweltbezogener) Rechte.
2. Recht auf Beteiligung an umweltrelevanten Verwaltungsentscheidungen: In Umsetzung des Kooperations- und Partizipationsgedankens sollten die Betroffenen bereits im Vorfeld staatlicher Entscheidungen stärker eingebunden werden, damit sie ihre ökologischen Individualinteressen nicht erst repressiv und damit justitiell geltend machen müssen.

[52] Dabei ist sicherlich förderlich, dass ihnen selbst Rechte entstehen, sie also nicht lediglich für andere (altruistisch), sondern auch egoistisch handeln – und damit die ökologische Generationengerechtigkeit im Heute *und* Morgen fördern.
[53] So etwa durch eine Staatszielbestimmung (ohne die vorgeschlagene Bürgerpflicht).
[54] Wie etwa im Falle einer entsprechenden Verpflichtung des Bundespräsidenten.
[55] Zum status positivus und activus schon oben. Verstärkt werden könnte dies durch die ausdrückliche Normierung einer Bürgerpflicht.
[56] Zu den Strukturdilemmata der Demokratie in Bezug auf die Generationengerechtigkeit vgl. dazu oben.
[57] Einen einfachgesetzlichen Anspruch gewährt das UmweltInfoG, verfassungsrechtliche Ansprüche enthalten etwa Art. 39 Abs. 7 S. 4 der Brandenburgischen Verfassung und Art. 6 Abs. 2 der Verfassung Sachsen-Anhalts.

3. Verbandsklagerecht: Das umweltrechtliche Vollzugsdefizit durch den weitgehenden Individualrechtsschutz wird durch Schaffung einer altruistischen Verbandsklage[58] ausgeglichen.

Die vorgenannten Rechte, aus denen dann konkrete, einfachgesetzliche Verfahrensrechte abzuleiten sind, vermögen allerdings erst in ihrer Kombination und in Konkretisierung eines Grundrechts auf eine ökologisch generationengerechte Umwelt mittelbar auch die ökologischen Rechte künftiger Generationen zu schützen:

Das Recht eines jeden auf eine Umwelt, die den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung[59] entspricht, wird durch die lückenlose Aufeinanderfolge von Individuen gewährleistet, die hinsichtlich verschiedener umweltbezogener Verfahrensgrundrechte (klage-)berechtigt sind. Dadurch kann langfristig eine Verbesserung des Umweltniveaus erreicht werden, das künftigen Generationen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse (mindestens) im gleichen Umfang wie den lebenden Generationen ermöglicht. Auch das aufgrund der prognostischen Einschätzung notwendig unbestimmte Schutzniveau wird durch diese Konkretisierung in Form spezieller Verfahrensrechte in eine justitiable Form gebracht. Denn das Schutzniveau wird durch den Zweck, das natürliche Funktionsgefüge langfristig in seiner Integrität zu bewahren bzw. wiederherzustellen, bestimmt, wobei die Konkretisierung der Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels dem Gesetzgeber obliegt.

Wird den lebenden Grundrechtsträgern also in Treuhänderstellung für die Interessen künftiger Generationen ein subjektives Recht auf Umweltinformation, auf Öffentlichkeitsbeteiligung und ein verfassungsrechtliches Verbandsklagerecht gewährt, werden durch die Umsetzung dieser „Umweltgrundrechte“ der lebenden Grundrechtsträger mittelbar nicht nur die Interessen, sondern auch die Rechte künftiger Generationen geschützt. Der Gedanke ökologischer Generationengerechtigkeit ist dann nicht nur konkretisiert in der Wahrnehmung ökologischer Verfah-

[58] Als Mittel der objektiven Rechtskontrolle können Umweltverbände dann die (umweltschutzbezogenen) Interessen der Allgemeinheit geltend machen, ohne dass es des verletzen Rechts eines lebenden Rechtsträgers bedarf. Zur Frage der Zulässigkeit eines Verbandsklagerechts vgl. statt vieler nur Sanden (1999, 281 ff.).

[59] Zur ökologischen Generationengerechtigkeit als Ergebnis nachhaltiger Entwicklung vgl. oben.

rensrechte, er ist zugleich Handlungsauftrag an den Staat und wirkt hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Rechte der lebenden Generationen beschränkend[60] und bedeutet für den Einzelnen zugleich nicht nur ein Grundrecht auf ökologische Generationengerechtigkeit, sondern legt ihm auch eine entsprechende Grundpflicht auf, die Verwirklichung dieses Grundrechtes im Rahmen seiner Möglichkeiten zu fördern:

> Textvorschlag[61] *[Art. 3a GG, Grundrecht auf ökologische Generationengerechtigkeit]: [1]Alle Menschen lebender und künftiger Generationen haben das Recht auf eine den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung entsprechende Umwelt. [2]Dieses Recht gewährleistet der Staat durch den Zugang zu umweltrelevanten Informationen, Öffentlichkeitsbeteiligung im Verwaltungsverfahren und effektiven Zugang zu den Gerichten. [3]Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.*

Fazit

Die Frage, *ob* ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz verankert werden sollte, kann angesichts der negativen ökologischen Bilanz unserer Zeit, der daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeit und der Vorzüge einer grundgesetzlichen gegenüber einer einfachgesetzlichen, sektoralen Regelung eindeutig bejaht werden. Da es zur Verwirklichung ökologischer Generationengerechtigkeit vorrangig eines Paradigmenwechsels in der Öffentlichkeit bedarf, wird der tatsächliche Schutz der ökologischen Rechte zukünftiger Generationen aber nicht erst durch eine tatsächliche Grundgesetzänderung, sondern bereits durch eine öffentliche Diskussion um deren Erforderlichkeit bzw. Notwendigkeit gestärkt. Bei diesem Diskurs über gewandelte Wertvorstellung dürfte sich kaum ein Entscheidungsträger einem gesellschaftlichen Grundkonsens, dass künftige Generationen des (ökologischen) Schutzes bedürfen, verschließen können. Gerade weil die Verpflichtung zur

[60] Der Variante, den einzelnen Grundrechten einen „Generationengerechtigkeitsvorbehalt“ als Grundrechtsschranke aufzuerlegen, bedarf es also nicht.

[61] Angesichts der internationalen Bestrebungen ist die Formulierung an Art. 1 der Århus-Konvention angelehnt. Eine Positionierung als Art. 3a GG bietet sich an, da ökologische Generationengerechtigkeit auf dem Gedanken der Chancengleichheit fußt, vgl. oben.

Schaffung ökologischer Generationengerechtigkeit eine moralische Verpflichtung darstellt, die auch ohne gesetzliche Kodifizierung besteht, ist ein derartiger Disput de facto von enormer Bedeutung, da er zur Bewusstseinswerdung und mithin einem Paradigmenwechsel beitragen kann.

Es könnte eingewandt werden, dass eine verfassungsrechtliche Normierung ökologischer Generationengerechtigkeit daher lediglich die deklaratorische Regelung einer ohnehin bestehenden moralischen Verpflichtung darstellt. Zwar ist dem zuzugeben, dass die Verpflichtung zu generationengerechtem Verhalten uns auch ohne Verrechtlichung moralisch aufgegeben ist, doch besteht selbst bei denen, die sich dieser Pflicht bewusst sind, oft genug eine Diskrepanz zwischen dem Wissen um die Notwendigkeit entsprechenden Handelns und dessen tatsächlicher Umsetzung. Gerade im Hinblick auf das insgesamt mangelnde ökologische Verantwortungsbewusstsein in der Gesellschaft ist die Normierung entsprechender Grundsätze daher mehr als die bloße Fixierung einer bestehenden Moralverpflichtung. Denn auch wenn eine verfassungsrechtliche Regelung keine *Begründung* der Rechte künftiger Generationen bedeutet, kann sie diese Rücksichtspflichten sichtbar machen und zu ihrer Erfüllung beitragen. Zudem ist aus der moralischen Pflicht allein keine konkrete Handlungsanforderung abzuleiten; mit einer verfassungsrechtlichen Regelung wären hingegen Adressat sowie Umfang der Pflicht und mögliche Instrumente zur Erfüllung vorgegeben.[62]

Nicht so leicht fällt hingegen die Antwort auf die Frage, *wie* eine verfassungsrechtliche Verankerung ökologischer Generationengerechtigkeit aussehen sollte; denn dabei sind die Mehrdimensionalität der Folgen generationenungerechter Entscheidungen, die Besonderheiten der grundgesetzlichen Regelungsebenen, juristische Dogmatik und politische Durchsetzbarkeit zu berücksichtigen:

[62] Diese richten sich (auch in ihrer Reichweite) nach der favorisierten Regelungsalternative. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass zur wirksamen Umsetzung ökologischer Generationengerechtigkeit eine Verfassungsänderung nur ein Anfang einer ganzen „Instrumentenoffensive“ auf verschiedenen (Rechts-)Ebenen mit verschiedenen Adressaten sein kann.

So erfordert eine wirksame Umsetzung des Konzepts ökologischer Generationengerechtigkeit ein Tätigwerden der Entscheidungsträger auf allen Eben, stellen sich gesellschaftliches und ökonomisches Verantwortungsbewusstsein als Voraussetzung und nicht als Ergebnis rechtspositivistischer Änderungen dar – es muss sich also jeder Einzelne (in seiner jeweiligen Position und im Rahmen seiner Möglichkeiten) für die ökologische Zukunft der Erde mitverantwortlich fühlen und sein Handeln danach ausrichten.

Der vorliegende Beitrag hat verschiedene Modelle zur möglichen Erzeugung dieses Bewusstseins auf verfassungsrechtlicher Ebene vorgestellt: Einige sind eher symbolischer Natur, andere gewähren konkrete subjektive Rechte, wieder andere sind auf die Personifizierung oder die Institutionalisierung des Bemühens um ökologische Generationengerechtigkeit gerichtet. Angesichts der fortschreitenden Bestrebungen um die Schaffung eines Umweltgesetzbuches und die internationalen Tendenzen zur Festschreibung des Strukturziels nachhaltiger Entwicklung erscheinen vor allem die Einfügung eines einheitlichen Kompetenztitels für das Umweltrecht und eine entsprechende Anpassung des Staatsziels in Art. 20a GG als durchsetzbar.

Gerade da es sich um ein mehrdimensionales Problem mit (zeitlich und in den faktischen Ausmaßen) weitreichenden Folgen handelt, ist es jedoch vorrangig erforderlich, die Öffentlichkeit zu informieren, zu mobilisieren und zu emotionalisieren. Erst dann kann ein eventueller Wertewandel erkennbar nach außen treten und die politischen Entscheidungsträger (moralisch und wahltaktisch) zu entsprechendem Handeln veranlassen.

Zwar besteht sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter den politischen Entscheidungsträgern eine grundsätzliche Skepsis und Zurückhaltung hinsichtlich verfassungsrechtlicher Änderungen, doch sind es gerade deswegen vor allem die juristisch gesehen „weitgehenden und waghalsigen“ Vorschläge einer Grundgesetzänderung zugunsten ökologischer Generationengerechtigkeit, die geeignet sind, eine derartig breite Diskussion loszutreten – also etwa die Schaffung eines demokratisch legitimierten und dennoch von ökologischem Sachverstand getragenen Umweltrats oder eines Grundrechts künftiger Generationen auf ökologische Gleichbehandlung, gewährleistet durch verfahrensrechtliche Umweltgrundrechte der lebenden Generationen.

Eine Initiative zur Stärkung ökologischer Generationengerechtigkeit in Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit müsste daher zunächst ein entsprechendes Bewusstsein der Handlungsnotwendigkeit sowohl in der Bevölkerung als auch bei den ökonomischen und politischen Entscheidungsträgern schaffen. Wichtig scheint daher vor allem, dass die Diskussion über dieses für alle lebenden und kommenden Generationen lebensnotwendige Thema sowohl wissenschaftlich als auch politisch eröffnet und leidenschaftlich geführt wird.

Literatur

Bubnoff (2001): Der Schutz der künftigen Generationen im deutschen Umweltrecht. Leitbilder, Grundsätze und Instrumente eines dauerhaften Umweltschutzes. Berlin.

Däubler-Gmelin (2000): Echo zu Tremmel / Laukemann / Lux, ZRP 1999, S. 432. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, S. 27 f.

Hippel (2001): Zur Notwendigkeit einer „Präventiven Jurisprudenz“. Vorbeugen ist besser als heilen. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, S. 145 ff.

Menzel (2000): Echo zu Tremmel / Laukemann / Lux, ZRP 1999, S. 432. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, S. 308.

Meyer-Abich (1999): Der Schutz der Natur – eine Aufgabe des Zivilrechts?, In: Zeitschrift für Rechtspolitik, S. 428 ff.

Palandt, Otto (Hg., 2003): Bürgerliches Gesetzbuch. 62. Auflage. München.

Saladin / Zenger (1998): Rechte künftiger Generationen. Basel.

Sanden (1999): Umweltrecht. Baden-Baden.

Simonis (1999): Globale Umweltprobleme lösen. In: Agenda21. Vision nachhaltige Entwicklung. Frankfurt am Main./New York.

Tremmel, Jörg / Laukemann, Marc / Lux, Christina (1999): Die Verankerung von Generationengerechtigkeit im Grundgesetz – Vorschlag für einen erneuerten Art. 20a GG. ZRP 1999. S. 432 ff.

ZUR PERSON

Anemon Constanze Boelling
geb. 1976 in Hamburg. Abitur 1996 in Berlin. Studium der Rechtswissenschaften in Bayreuth und München. 1999 Abschluss der wissenschaftlichen Zusatzausbildung (Wirtschaftsjurist Univ. Bayreuth) zum Thema „Ordnungspolitischer Reformbedarf in den Telekommunikationsmärkten“. 2002 Erstes Juristisches Staatesexamen, seither Rechtsreferendar, Erster Preis des Generationengerechtigkeitswettbewerbs 2001 / 2002. Aktivitäten in NGOs mit dem Schwerpunkt Umweltschutz und Kinderrechte seit 1992. Juristische Interessenschwerpunkte privates und öffentliches Wirtschaftsrecht, insbesondere Energie- und Umweltrecht.

Johannes Rux

DER ÖKOLOGISCHE RAT – EIN VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DES GRUNDGESETZES

Welches Gewicht dem Nachweltschutz im politischen Prozess zukommt,[1] hängt vor allem davon ab, dass die Bürger dazu in die Lage versetzt werden, (echte) Umweltrisiken zu erkennen und zu bewerten. Nur unter dieser Voraussetzung werden sie von sich aus bereit sein, Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit zu akzeptieren oder sich von den Organen des Staates davon überzeugen zu lassen, warum solche Einschränkungen erforderlich sind. Umgekehrt ist nur dann anzunehmen, dass die Organe des Staates ihrer Pflicht zur Aufklärung nachkommen, anstatt den bequemeren Weg zu gehen und auf jeden Versuch zu verzichten, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen.

Um dem Nachweltschutz das ihm gebührende Gewicht zu verschaffen, könnte ein „Ökologischer Rat“ eingerichtet werden,[2] der als Organ

[1] Im Rahmen meines Beitrags zum Generationengerechtigkeitspreis 2001/2002 habe ich ausführlich dargelegt, dass und warum m.E. dem Nachweltschutz und der Generationengerechtigkeit im Rahmen der geltenden Rechtsordnung nicht hinreichend Rechnung getragen wird. Um dieses Defizit auszugleichen, habe ich die Errichtung eines Ökologischen Rates vorgeschlagen. Leider ist es aus Platzgründen nicht möglich, den kompletten Text hier abzudrucken. Daher möchte ich mich auf die entscheidenden Passagen und den konkreten Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes einschließlich der Begründung beschränken. Im Übrigen, insbesondere in Bezug auf die Frage, ob und wie sich ein solcher „Ökologischer Rat“ mit dem demokratischen Prinzip des Grundgesetzes vereinbaren lässt, verweise ich auf meinen bereits früher veröffentlichten Text, (vgl. Rux 1999, passim), der Grundlage für meinen Wettbewerbsbeitrag war. Der komplette Wettbewerbsbeitrag ist unter http://pub.staatsrecht.info/srzg.htm. im Internet veröffentlicht.

[2] Die Beschränkung auf einen „Ökologischen Rat“ erscheint deshalb angemessen, weil der Verbrauch nicht regenerierbarer Ressourcen selbstverständlich auch ökonomische Bedeutung hat. Die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen im engeren Sinne wirken sich hingegen in der Regel kurzfristig aus, so dass es insofern keines spezifischen „Nachweltschutzes“ bedarf.

des Staates in vollständiger personeller und sachlicher Unabhängigkeit aufgrund der fachlichen Kompetenz seiner Mitglieder die Belange des Nachweltschutzes wahrzunehmen hätte.[3]

Zur Funktion des Ökologischen Rates im Prozess der politischen Willensbildung

Der politische Einfluss eines solchen Rates hängt in erster Linie von seiner Stellung im Prozess der politischen Willensbildung ab. Festzuhalten ist zunächst, dass die Errichtung einer „Öko-Diktatur" kein Ausweg aus dem hier beschriebenen Dilemma sein kann. Zwar hat schon Hans Jonas die Vermutung geäußert, dass nur eine autoritäre Regierung dazu in der Lage sein werde, die natürlichen Lebensgrundlagen gegen das Selbstentfaltungsstreben des modernen Menschen zu verteidigen (Jonas 1984, 262).[4] Dies setze jedoch eine „wohlmeinende, wohlinformierte und von der richtigen Einsicht beseelte Tyrannis" (Jonas ebd.) voraus – was letztendlich ein Widerspruch in sich ist. Einem Ökologischen Rat darf daher nicht das Recht eingeräumt werden, selbst verbindliche Entscheidungen zu treffen.[5] Andernfalls wäre nämlich zu be-

[3] Der unabhängige Umweltsenat nach Art. 11 Abs. 7 der österreichischen Bundesverfassung ist mit einem solchen Gremium nicht vergleichbar: Hierbei handelt es sich formal um die letzte Instanz beim Vollzug der Bestimmungen über Umweltverträglichkeitsprüfung innerhalb der Exekutive.

[4] Auch Kloepfer (1994, 22; 1999, Rn. 59) erkennt an, dass Entscheidungen über die Belange künftiger Generationen an konstruktive Grenzen des demokratischen Systems rührten. Es liege daher zumindest nahe, der „Demokratie insofern die ‚Kompetenz', oder doch jedenfalls die Legitimation zumindest für solche Entscheidungen [abzusprechen], deren Wirkungen ausschließlich in der Zukunft eintreten und diese existentiell und irreversibel verändern".

[5] Wehner (1992, 89 ff.) hat allerdings eine Art „mehrspuriger Demokratie" vorgeschlagen, in der eine Vielzahl von direkt gewählten Räten neben oder an die Stelle des allzuständigen Parlaments treten soll. Diese Räte wären jeweils für einen bestimmten Politikbereich zuständig, z.B. für die Umwelt, die Staatsfinanzen etc.; zustimmend H. H. Klein (1997, 582). Zum einen ändert auch dieses System jedoch nichts an der kurzfristigen Perspektive der Politik, denn die Mitglieder der Räte wären wiederum darauf angewiesen, sich die Zustimmung der Wahlberechtigten zu erhalten. Zum anderen und vor allem sind die Zuständigkeiten der Räte nicht trennscharf voneinander abgrenzbar. Und damit stellt sich die Frage, wie die zu erwartenden Konflikte zwischen einzelnen Räten gelöst werden sollen: Dass im Falle eines Konfliktes zwischen dem „Umweltrat" und dem „Wirtschaftsrat" dem Nachweltschutz das höhere Gewicht zukommen würde, kann durchaus bezweifelt werden.

fürchten, dass dem Nachweltschutz tendenziell ein zu großes Gewicht zukäme, so dass die Freiheit der gegenwärtigen Bürger dem Schutz der Natur um ihrer selbst Willen untergeordnet würde.

Auf der anderen Seite reicht es aber auch nicht aus, einem Ökologischen Rat nur eine beratende Funktion zuzugestehen. Schließlich gibt es bereits heute zahlreiche (unabhängige) Sachverständigengremien, die das Parlament und die Regierung in Umweltfragen kompetent beraten. Dennoch ist der „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen" außerhalb von Fachkreisen praktisch unbekannt geblieben, obwohl er bereits Ende 1971 ins Leben gerufen wurde[6] und seither alle zwei Jahre seine Umweltgutachten vorgelegt hat, in denen regelmäßig vor ökologischen Risiken gewarnt wurde und wird. Nicht anders erging es dem „Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen", der 1992 durch die Bundesregierung eingerichtet wurde.[7] Der Grund, warum diese und andere Sachverständigengremien bislang nur einen sehr geringen Einfluss auf die Politik hatten, ist wohl nicht zuletzt darin zu suchen, dass ihre Expertise allenfalls im Vorfeld der Entscheidungsfindung berücksichtigt wurde. Eine breite öffentliche Diskussion hat hingegen nicht stattgefunden.[8]

Um die Diskussion über den Stellenwert des Nachweltschutzes und über die intergenerativen Beschränkungen der individuellen Freiheit zu institutionalisieren, müsste dem Ökologischen Rat daher zumindest das Recht zugestanden werden, Gesetzentwürfe und andere Beschlussvorlagen einzubringen.

Zu einem ernstzunehmenden Faktor im Prozess der politischen Willensbildung würde der Rat allerdings wohl erst dann, wenn ihm auch das Recht eingeräumt würde, Entscheidungen der anderen Staatsorgane zu blockieren, sofern seine Mitglieder aufgrund ihrer Sachkunde zur Überzeugung kommen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen der

[6] Durch den Errichtungserlass des Bundesministers des Inneren vom 28. Dezember 1971 (GMBl. 1972, S. 27) im Rahmen des Umweltprogramms der Bundesregierung vom Oktober 1971.

[7] Dennoch setzt etwa Steinberg (1998, 341) seine Hoffnungen allein auf diese beratenden Gremien – allerdings ohne zu erläutern, wie er deren Einfluss in Zukunft stärken will.

[8] Genau aus diesem Grund ist auch zu erwarten, dass der „Rat für Nachhaltige Entwicklung", der Anfang 2001 von der Bundesregierung berufen worden ist, keine grundlegende Veränderung der Politik bewirken können wird.

künftigen Generationen infolge dieser Entscheidungen vernichtet würden oder zumindest massiv bedroht wären.[9]

Ein solches (suspensives) Vetorecht muss nicht auf die Sphäre der Gesetzgebung beschränkt bleiben. Vielmehr erscheint es angesichts der dominierenden Stellung der Regierung im Prozess der politischen Willensbildung angemessen, auch deren Entscheidungen der Kontrolle durch den Ökologischen Rat zu unterwerfen. Dies gilt auch und insbesondere für das Verhalten der Bundesregierung auf der Ebene der Europäischen Union und innerhalb internationaler Organisationen.

Schon die Möglichkeit, dass der Ökologische Rat sein Veto einlegen könnte, würde dazu führen, dass sich die anderen Staatsorgane mit seinen Argumenten auseinander setzen: Der entscheidende Unterschied zum Status Quo bestünde darin, dass das Parlament und die Regierung gegebenenfalls gezwungen wären, sich entweder öffentlich dafür zu rechtfertigen, warum sie bereit sind, ökologische Risiken einzugehen oder aber darzulegen, dass diese Risiken doch nicht so groß sind, wie vom Ökologischen Rat angenommen.[10]

Dies würde sich aber nicht nur auf die Beratungen der obersten Staatsorgane auswirken. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Diskussion um den Stellenwert des Nachweltschutzes in die Gesellschaft getragen

[9] Dies entspräche in etwa den Befugnissen des „Ökologischen Rates", der im Zusammenhang mit der Verfassungsdiskussion nach der Herstellung der deutschen Einheit vom „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder" vorgeschlagen worden war (vgl. Art. 53b des Entwurfes, abgedruckt in: Guggenberger et al. (1991); vgl. dazu Stein (1994, 258); strikt ablehnend hingegen Steinberg (1998, 339 ff.). Der Kuratoriumsentwurf war Grundlage für Anträge der Fraktion des Bündnis 90/Die Grünen in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat (GVK-Drs. Nr. 48). Nachdem der Abgeordnete Ullmann, auf den der Vorschlag letztendlich zurückzuführen ist, aus der Kommission ausgeschieden war, fand sich jedoch niemand, der sich den Antrag zu eigen machen wollte. Es kam daher zu keiner Abstimmung, vgl. BT-Drs. 12/6000, S. 96. Die Vorschläge des Kuratoriums fanden auch Eingang in die Verfassungsdiskussion in den neuen Bundesländern, vgl. etwa den (Minderheits-)Antrag für einen „ökologischen Senat" (Abschnitt X) im Entwurf für eine Verfassung des Landes Brandenburg vom 31.5.1991, BbgGVBl. S. 96 (113).

[10] Schließlich ist auch dieses Gremium nicht unfehlbar. Vielmehr besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, dass es den Interessen der künftigen Generationen ein zu großes Gewicht einräumen wird, so dass die Vorschläge des Rates selbst dann nicht mehrheitsfähig wären, wenn die Bürger aufgrund derselben Informationen entscheiden müssten, die auch dem Rat zur Verfügung stehen.

würde. Schließlich würde die Autorität eines Ökologischen Rates in erster Linie darauf beruhen, dass es ihm gelingt, den Bürgern die Gründe für seine Entscheidungen zu vermitteln. Ihm käme also nicht nur eine Kontrollfunktion zu, sondern er wäre auch und vor allem ein ständiger Mahner, der die Bürger darüber aufklärt, dass und warum eine Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit erforderlich ist – und der sie auf der anderen Seite über bloße Scheingefahren informiert.[11]

Auf diese Weise würde die Grundlage für einen allmählichen Wandel des politischen Selbstverständnisses der Bürger geschaffen, die immer deutlicher erkennen würden, dass ein pauschales Bekenntnis zum Nachweltschutz nicht ausreicht – oder die sich offen dazu bekennen müssten, dass es sich hierbei doch nur um ein Lippenbekenntnis handelt.[12] Da sich der Nachweltschutz nicht trennscharf vom Umweltschutz im engeren Sinne unterscheiden lässt, käme dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen insgesamt ein höherer Stellenwert im Prozess der politischen Willensbildung zu.

Zur Einbindung eines Ökologischen Rates in das Staatsorganisationsrecht

Ein Ökologischer Rat ließe sich relativ problemlos in das bisherige System des Staatsorganisationsrechts einbinden: Damit das Verfahren der Gesetzgebung nicht unnötig in die Länge gezogen wird, erscheint es sinnvoll, wenn Gesetzesvorlagen gleichzeitig von diesem Gremium und vom Bundesrat[13] bzw. von der Bundesregierung[14] beraten werden. Nach der Annahme eines Gesetzentwurfes durch den Bundestag könnte das weitere Verfahren entsprechend den Vorgaben des Art. 77 GG ausgestaltet werden. Will der Ökologische Rat von seinem Vetorecht Gebrauch machen, so müsste er begründen, dass und warum die betref-

[11] Hier zeigt sich erneut, dass der Rat in erster Linie ein Kommunikationsinstrument ist. Seine Einbindung in das Entscheidungsverfahren dient letztendlich nur dazu, ihm die gebührende Aufmerksamkeit zu verschaffen.

[12] Da der Nachweltschutz nach der hier vertretenen Auffassung nur deswegen Aufgabe des Staates ist, weil die Bürger dies so wollen, wäre es dann aber geboten, den Staat von dieser Aufgabe zu entbinden. Dies ist die notwendige Konsequenz daraus, dass der Staat als Instrument zur Sicherung der Freiheit seiner Bürger definiert wurde.

[13] Bei Vorlagen der Bundesregierung und Gesetzesbeschlüssen des Bundestages.

[14] Bei Vorlagen des Bundesrates.

fende Vorlage im Falle ihrer Annahme die natürlichen Lebensgrundlagen der künftigen Generationen zumindest massiv gefährden würde.[15]

Auf ganz ähnliche Weise ließe sich der Ökologische Rat auch in das Verfahren in Bezug auf die Angelegenheiten der Europäischen Union nach Art. 23 Abs. 2 und 3 GG integrieren: Hier wäre er neben dem Bundestag zu beteiligen. Anders als dieser sollte der Ökologische Rat allerdings auch insofern nicht nur auf eine lediglich beratende Funktion beschränkt werden, sondern wiederum ein echtes Vetorecht erhalten, da er ansonsten die Schaffung vollendeter Tatsachen nicht verhindern könnte.[16]

Um ihre persönliche Unabhängigkeit zu gewährleisten, ist die Amtsperiode der Mitglieder des Ökologischen Rates sehr großzügig zu bemessen: An sich entspräche es der Dimension der Probleme, wenn die Mitglieder auf Lebenszeit oder zumindest für eine sehr lange Amtsperiode ernannt würden.[17] Außerdem muss der Rat über die fachliche Kompetenz verfügen, die für die Beurteilung der langfristigen Folgen politischer Entscheidungen erforderlich ist. Ob eine Kandidatin oder ein Kandidat hinreichend qualifiziert ist, können die Mitglieder des Gremiums aber wahrscheinlich besser beurteilen als das Parlament, die Regierung oder ein anderes Staatsorgan.[18] Daher erscheint es sinnvoll, den Ökologischen Rat durch eine Art Kooptationsverfahren zu besetzen, bei dem neue Mitglieder nur auf Vorschlag oder jedenfalls mit Zustimmung der bisherigen Räte berufen werden können.

---

[15] Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen für die Ausübung des Vetorechtes tatsächlich vorliegen, könnte dem Bundesverfassungsgericht übertragen werden.

[16] Wobei zu beachten ist, dass innerhalb der EU immer mehr Entscheidungen nicht einstimmig verabschiedet werden müssen. Die Weigerung der Bundesrepublik, einem Rechtsakt zuzustimmen, muss daher nicht notwendigerweise zur Blockade der Gemeinschaftspolitik führen.

[17] vgl. in diesem Sinne Kloepfer (1994, 40). Das Beispiel des US-amerikanischen Supreme Courts zeigt, dass dies trotz der gestiegenen Lebenserwartung praktikabel ist.

[18] Zu beachten ist dabei, dass es keine Möglichkeit gibt, die Qualifikationsmerkmale abstrakt zu bestimmen. Während es z. B. bei Verfassungsrichtern möglich ist, auf die Befähigung zum Richteramt abzustellen, kommen für die Mitgliedschaft in einem Ökologischen Rat Hochschullehrer ebenso in Frage wie (frühere) Mitarbeiter von Unternehmen oder Verbänden, Naturwissenschaftler und Ingenieure ebenso wie Philosophen, Theologen oder Juristen etc.

Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes[19]

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates folgendes Gesetz beschlossen; Art. 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

Artikel 1

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 wird wie folgt geändert:

1. Änderung des Art. 14 GG

Art. 14 Abs. 2 wird folgendermaßen neu gefasst:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen *und darf die natürlichen Lebensgrundlagen nicht unumkehrbar schädigen.*"

2. Einführung eines neuen Art. 19a GG

Nach Art. 19 GG wird ein neuer Art. 19a GG eingefügt:

„Neben der Verantwortung für sich selbst trägt jede Person Verantwortung gegenüber den Mitmenschen sowie Mitverantwortung dafür, dass das Recht zur Selbstbestimmung auch künftiger Generationen gewahrt bleibt."

3. Änderung des Art. 20a GG

Art. 20a GG wird folgendermaßen neu gefasst:

„Die natürlichen Grundlagen des Lebens stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Die Lebensinteressen künftiger Generationen sind besonders zu achten."

4. Änderung des Art. 23 GG

a. Art. 23 Absatz 1 Satz 1 und 2 GG werden folgendermaßen neu gefasst:
„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen

[19] Änderungen gegenüber dem aktuellen Text des Grundgesetzes wurden *durch Kursivdruck* hervorgehoben. Dies gilt nicht für kleinere sprachliche Anpassungen. Z.B. Singular zu Plural, Versetzen eines „und".

Grundsätzen, dem Grundsatz der Subsidiarität *und dem Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens* verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates *und des Ökologischen Rates* Hoheitsrechte übertragen."

b. Art. 23 Abs. 2 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag, der *Ökologische Rat* und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag, *den Ökologischen Rat* und den Bundesrat umfassend zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten."

c. Nach Art. 23 Abs. 6 GG wird ein neuer Absatz 7 eingefügt:
„Der Ökologische Rat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte. Artikel 77 Abs. 5 und 6 gelten entsprechend."

d. Der bisherige Abs. 7 wird zu Abs. 8 und folgendermaßen neu gefasst:
„Das Nähere zu den Absätzen 4 bis *7* regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates *und des Ökologischen Rates* bedarf."

5. Änderung des Art. 24 GG

Art. 24 Abs. 1 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„Der Bund kann *unter den in Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG genannten Voraussetzungen* durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen."

6. Änderung des Art. 32 GG

a. Nach Art. 32 Abs. 2 GG wird ein neuer Abs. 3 eingefügt:
„Vor dem Abschluss eines Vertrages, der den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen betrifft oder infolge dessen Anwendung die natürlichen Lebensgrundlagen wesentlich berührt werden, ist der Ökologische Rat rechtzeitig zu hören."

b. Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

7. Änderung des Art. 43 GG

a. Nach dem bisherigen Abs. 1 wird ein neuer Abs. 2 eingefügt:

„Der Bundestag und seine Ausschüsse können die Anwesenheit eines Mitgliedes des Präsidiums des Ökologischen Rates verlangen."

b. Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3 und folgendermaßen neu gefasst:
„Die Mitglieder des Bundesrates, der Bundesregierung *1 Präsidiums des Ökologischen Rates* sowie ihre Beauftragten haben zu allen Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse Zutritt. Sie müssen jederzeit gehört werden."

8. Änderung des Art. 53 GG

Art. 53 S. 1 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„Die Mitglieder der Bundesregierung *und des Präsidiums des Ökologischen Rates* haben das Recht und auf Verlangen die Pflicht, an den Verhandlungen des Bundesrates und seiner Ausschüsse teilzunehmen."

9. Einfügung eines neuen Abschnitts Nr. VIa

Nach Art. 69 GG wird folgender neuer Abschnitt Nr. VIa in das Grundgesetz eingefügt:

„VIa. Der Ökologische Rat

Art. 69a. *(1) Der Ökologische Rat hat die Aufgabe, auch in Verantwortung für die künftigen Generationen auf einen nachhaltigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen hinzuwirken.*
(2) Der Ökologische Rat ist nach den Vorschriften des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung auf der Ebene des Bundes zu beteiligen. Er erstattet von sich aus oder auf Ersuchen eines Fünftels der Mitglieder des Bundestages oder Bundesrates Gutachten zu ökologischen Fragen.

Art. 69b. *(1) Der Ökologische Rat besteht aus 33 Mitgliedern, die von Bundestag und Bundesrat auf 15 Jahre gewählt werden. Die Wahl ist nur gültig, wenn ein Kandidat die Mehrheit der Stimmen des Bundestages und des Bundesrates erhalten hat und zwei Drittel der bisherigen Mitglieder des Ökologischen Rates der Wahl zustimmen. Eine anschließende oder spätere Wiederwahl ist ausgeschlossen.*
(2) Die Mitglieder des Ökologischen Rates dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung, dem Bundesverfassungsgericht noch entsprechenden Organen eines Landes angehö-

ren. Sie dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.

Art. 69c. *(1) Die Mitglieder des Ökologischen Rates sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.*
(2) Die Vorschriften der Artt. 46, 47, 48 Abs. 3 sowie 61 GG sind auf die Mitglieder des Ökologischen Rates sinngemäß anzuwenden.

Art. 69d. *(1) Der Ökologische Rat gibt sich eine Geschäftsordnung, die unter anderem die Wahl eines Präsidiums vorsehen muss, das aus mindestens 5 und höchstens 9 Mitgliedern besteht, die auf längstens 5 Jahre gewählt werden. Eine anschließende Wiederwahl ist ausgeschlossen.*
(2) Der Vorsitzende des Präsidiums übt das Hausrecht und die Polizeigewalt in den Räumen des Ökologischen Rates aus. Ohne seine Genehmigung darf in den Räumen des Ökologischen Rates und seiner Mitglieder keine Durchsuchung oder Beschlagnahme stattfinden.

Art. 69e. *(1) Der Ökologische Rat verhandelt öffentlich. Auf Antrag der Hälfte seiner Mitglieder oder auf Antrag der Bundesregierung kann mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.*
(2) Zu einem Beschluss des Ökologischen Rates ist die Zustimmung durch die Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt.
(3) Der Ökologische Rat hat die Rechte eines Untersuchungsausschusses des Bundestages.
(4) Die Mitglieder des Bundesrates, des Präsidiums des Bundestages und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten haben das Recht und auf Verlangen die Pflicht an allen Sitzungen des Ökologischen Rates und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Sie und ihre Beauftragten müssen jederzeit gehört werden. Der Ökologische Rat ist von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem laufenden zu halten.

Art. 69f. *Für Angelegenheiten der Europäischen Union kann der Ökologische Rat eine Europakammer bilden, deren Beschlüsse als Beschlüsse des Ökologischen Rates gelten. Die Rechte aus Art. 23 Abs. 7 S. 2 GG können nicht auf die Europakammer übertragen werden.“*

10. Änderung des Art. 76 GG

a. Art. 76 Abs. 1 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„Gesetzesvorlagen werden beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages, durch den *Bundesrat oder durch den Ökologischen Rat* eingebracht.“

b. Art. 76 Abs. 2 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„(2) Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrat *und dem Ökologischen Rat* zuzuleiten. Der *Bundesrat und der Ökologische Rat* sind berechtigt, innerhalb von sechs Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen. Verlangt *der Bundesrat oder der Ökologische Rat* aus wichtigem Grunde, insbesondere mit Rücksicht auf den Umfang einer Vorlage, eine Fristverlängerung, so beträgt die Frist neun Wochen. Die Bundesregierung kann eine Vorlage, die sie bei der Zuleitung an den Bundesrat *und den Ökologischen Rat* ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet hat, nach drei Wochen oder, wenn der Bundesrat *oder der Ökologische Rat* ein Verlangen nach Satz 3 geäußert hat, nach sechs Wochen dem Bundestag zuleiten, auch wenn die Stellungnahme*n* des *Bundesrates und des Ökologischen Rates* noch nicht bei ihr eingegangen sind; sie hat die Stellungnahme*n* des Bundesrates *und des Ökologischen Rates* unverzüglich nach Eingang dem Bundestage nachzureichen. Bei Vorlagen zur Änderung des Grundgesetzes und zur Übertragung von Hoheitsrechten nach Artikel 23 und Artikel 24 beträgt die Frist zur Stellungnahme neun Wochen; Satz 4 findet keine Anwendung.“

c. Art. 76 Abs. 3 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„(3) Vorlagen des Bundesrates sind dem *Bundestag und dem Ökologischen Rat* durch die Bundesregierung innerhalb von sechs Wochen zuzuleiten. Sie soll hierbei ihre Auffassung darlegen. Verlangt sie aus wichtigem Grunde, insbesondere mit Rücksicht auf den Umfang einer Vorlage, eine Fristverlängerung, so beträgt die Frist neun Wochen. Wenn der Bundesrat eine Vorlage ausnahmsweise als

besonders eilbedürftig bezeichnet hat, beträgt die Frist drei Wochen oder, wenn die Bundesregierung ein Verlangen nach Satz 3 geäußert hat, sechs Wochen. Bei Vorlagen zur Änderung des Grundgesetzes und zur Übertragung von Hoheitsrechten nach Artikel 23 und Artikel 24 beträgt die Frist neun Wochen; Satz 4 findet keine Anwendung. *Für die Stellungnahme des Ökologischen Rates gilt Abs. 2 S. 2 bis 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Ökologische Rat innerhalb von drei Wochen seine Absicht bekunden muss, zu den Vorlagen Stellung zu nehmen.* Der Bundestag hat über die Vorlagen in angemessener Frist zu beraten und Beschluss zu fassen."

d. Nach Art. 76 Abs. 3 GG wird ein neuer Abs. 4 angefügt:
„Vorlagen des Ökologischen Rates sind dem Bundestag und dem Bundesrat durch die Bundesregierung innerhalb von sechs Wochen zuzuleiten. Abs. 3 S. 2 bis 4 gilt entsprechend. Für die Stellungnahme des Bundesrates gilt Abs. 2 S. 2 bis 4 entsprechend. Der Bundestag hat über die Vorlagen in angemessener Frist zu beraten und Beschluss zu fassen."

11. Änderung des Art. 77 GG

a. Art. 77 Abs. 1 S. 2 GG wird folgendermaßen neu gefasst:
„Sie sind nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrate *und dem Ökologischen Rat* zuzuleiten."

b. Nach Art. 77 Abs. 4 GG werden die neuen Abs. 5 und 6 angefügt:
„(5) Kommt der Ökologische Rat nach Abschluss des Verfahrens nach Abs. 2 bis 4 zu dem Ergebnis, dass die natürlichen Lebensgrundlagen infolge des beschlossenen Gesetzes übermäßig gefährdet werden, kann er innerhalb einer Woche Einspruch gegen das Gesetz einlegen. Der Einspruch kann vom Bundestag überstimmt werden. Abs. 4 gilt entsprechend.
(6) Wurde der Einspruch des Ökologischen Rates überstimmt und kommt dieser zu dem Ergebnis, dass die natürlichen Lebensgrundlagen infolge des beschlossenen Gesetzes irreparabel und schwerwiegend geschädigt werden, kann er innerhalb einer Woche mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder sein Veto gegen das Gesetz einlegen."

12. Änderung des Art. 78 GG

Art. 78 GG wird folgendermaßen neu gefasst:

„Ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz kommt zustande, wenn der Bundesrat zustimmt, den Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 nicht stellt, innerhalb der Frist des Artikels 77 Abs. 3 keinen Einspruch einlegt oder ihn zurücknimmt oder wenn der Einspruch vom Bundestage überstimmt *wird und wenn der Ökologische Rat innerhalb der Frist des Artikels 77 Abs. 5 keinen Einspruch einlegt oder ihn zurücknimmt oder wenn der Einspruch vom Bundestag überstimmt wurde und wenn der Ökologische Rat nicht innerhalb der Frist des Artikels 77 Abs. 6 sein Veto einlegt.“*

13. Änderung des Art. 81 GG

Nach Art. 81 Abs. 4 GG wird ein neuer Abs. 5 angefügt:

„(5) Die Befugnisse des Ökologischen Rates nach Artikel 77 Abs. 5 ruhen während eines Gesetzgebungsnotstandes.“

14. Änderung des Art. 115d GG

Art. 115d Abs. 1 und 2 GG wird folgendermaßen neu gefasst:

„(1) Für die Gesetzgebung des Bundes gilt im Verteidigungsfalle abweichend von Artikel 76 Abs. 2, Artikel 77 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bis *6*, Artikel 78 und Artikel 82 Abs. 1 die Regelung der Absätze 2 und 3.

(2) Gesetzesvorlagen der Bundesregierung, die sie als dringlich bezeichnet, sind gleichzeitig mit der Einbringung beim Bundestage dem Bundesrate *und dem Ökologischen Rate* zuzuleiten. Bundestag, Bundesrat *und Ökologischer Rat* beraten diese Vorlagen unverzüglich gemeinsam. Soweit zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist, bedarf es zum Zustandekommen des Gesetzes der Zustimmung der Mehrheit seiner Stimmen. *Soweit der Ökologische Rat unter den Voraussetzungen des Art. 77 Abs. 6 berechtigt wäre, sein Veto einzulegen, bedarf es zum Zustandekommen des Gesetzes der Zustimmung der Mehrheit seiner Stimmen.* Das Nähere regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestage beschlossen wird und der Zustimmung des *Bundesrates und des Ökologischen Rates* bedarf.

15. Änderung des Art. 115e GG
Art. 115e Abs. 1 GG wird um folgenden Satz ergänzt:
„In diesem Fall ruhen die Befugnisse des Ökologischen Rates."

Artikel 2: Übergangsregelung
1. Verfahren für die erstmalige Besetzung des Ökologischen Rates
Abweichend von Abs. 1 Satz 2 werden die ersten 21 Mitglieder des Ökologischen Rates nur von Bundestag u. Bundesrat gewählt. Die Wahl ist nur gültig, wenn ein Kandidat zwei Drittel der Stimmen des Bundestages u. zwei Drittel der Stimmen des Bundesrates erhalten hat.

2. Mitwirkung des Ökologischen Rates an laufenden Gesetzgebungsverfahren
Der Ökologische Rat ist an sämtlichen Entscheidungsverfahren zu beteiligen, die zum Zeitpunkt seiner Konstituierung durch den Bundestag, den Bundesrat oder die Bundesregierung eingeleitet worden sind.

Artikel 3: Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am .... in Kraft.

Begründung
Zu Artikel 1
Zu Nummer 1:
Auf diese Weise bekommt der Staat die Möglichkeit, die Bürger in die Pflicht zu nehmen und bestimmte Nutzungen von Rohstoffen und Maschinen auch dann zu unterbinden, wenn sie auf kurze Sicht keine nachteiligen Folgen für die Allgemeinheit haben. Eine vergleichbare Beschränkung der Eigentumsfreiheit ist bereits in den Verfassungen von Sachsen und Sachsen-Anhalt vorgesehen.

Zu Nummer 2:
Durch diese Bestimmung wird es dem Gesetzgeber möglich, die Grundrechte der heute lebenden Bürger zu Gunsten der Freiheit der künftigen Generationen zu beschränken. Die Formulierung entspricht Art. 8 Abs. 2 der Verfassung des Schweizer Kantons Bern. Vergleichbare Bestimmungen finden sich im Zusammenhang mit dem Staatsziel Umweltschutz aber auch in einigen der neueren Landesverfassungen.

Zu Nummer 3:
Durch diese Neuformulierung des Staatszieles Umweltschutz soll sicher gestellt werden, dass die Gerichte und Behörden den Nachweltschutz und die ökologische Generationengerechtigkeit unabhängig davon berücksichtigen können, ob der Gesetzgeber zuvor bestimmt hat, dass und welche Ressourcen besonders schutzwürdig sind.

Die Formulierung entspricht einem Vorschlag, den das Land Hessen im Rahmen der Verhandlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat im Jahr 1992 eingebracht hatte.

Entgegen dem Vorschlag der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen für eine Neuformulierung des Art. 20a GG wird hier von einer weiteren Konkretisierung des Staatsziels abgesehen. Unabhängig davon, dass dieses Gebot nicht immer eingehalten wird, sollten in der Verfassung selbst nur die wesentlichen Grundlagen geregelt werden, damit späteren Veränderungen der Lebenswirklichkeit auch ohne eine Verfassungsänderung Rechnung getragen werden kann.

Zu Nummer 4:
Durch eine Änderung des Art. 23 GG soll sicher gestellt werden, dass die ökologische Generationengerechtigkeit auch bei der Mitwirkung an Entscheidungen auf der Ebene der Europäischen Union hinreichend berücksichtigt wird.

Zu Buchstabe a:
Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Bundesrepublik nur dann (weitere) Hoheitsrechte auf die Europäische Union überträgt, wenn diese sich im selben Masse wie die Bundesrepublik dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

Zu Buchstabe b:
Auf diese Weise wird sichergestellt, dass der Ökologische Rat über alle wichtigen Entwicklungen informiert wird.

Zu Buchstabe c:
Dem Ökologischen Rat wird eine noch stärkere Stellung als dem Bundesrat eingeräumt. Indem auf die neu einzufügenden Art. 77 Abs. 5 und 6 verwiesen wird, ist gewährleistet, dass der Ökologische Rat gegebenenfalls sein Veto einlegen und die Bundesregierung auf

diese Weise daran hindern kann, auf der Ebene der EU Maßnahmen zuzustimmen, durch die die natürlichen Lebensgrundlagen irreparabel geschädigt werden.

Zu Nummer 5:
Es ist kein nachvollziehbarer Grund dafür ersichtlich, wieso die Struktursicherungsklausel des Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG nur auf die Europäische Integration anwendbar sein soll. Vielmehr sollten für die Übertragung von Hoheitsrechten auf andere Institutionen dieselben Grundsätze gelten.

Zu Nummer 6:
Auch diese Regelung dient dazu, dem Ökologischen Rat die erforderlichen Informationen zu verschaffen.

Zu Nummern 7 und 8:
Nachdem der Ökologische Rat eine sehr große Bedeutung für den Prozess der politischen Willensbildung bekommen soll, ist es geboten, ihn möglichst eng in das Parlamentarische Verfahren einzubinden. Auf der anderen Seite müssen nicht immer alle Mitglieder des Rates dem Bundestag zur Verfügung stehen.

Zu Nummer 9:

Zu Art. 69a:
In dieser Bestimmung wurden die wesentlichen Aufgaben des Ökologischen Rates festgehalten. Neben der Mitwirkung an der Gesetzgebung und im Rahmen des Art. 23 GG hat er das Recht und gegebenenfalls die Pflicht, Gutachten zu erstellen.

Zu Art. 69b Abs. 1:
Durch das hier vorgeschlagene Wahlverfahren soll zum einen die Unabhängigkeit und Qualifikation der Mitglieder des Rates gesichert, zum anderen ein übermäßiger Einfluss der Parteien auf die Zusammensetzung des Gremiums verhindert werden. Es handelt sich letztendlich um ein modifiziertes Kooptationsverfahren. Man könnte ergänzend verlangen, dass die Mitglieder des Ökologischen Rates ihre Ablehnung eines Kandidaten begründen müssen, um sicher zu

stellen, dass wirklich nur die fachliche Qualifikation entscheidet. Alternativ zur Amtszeit von 15 Jahren wäre die Bestellung auf Lebenszeit möglich. Dies funktioniert beim Supreme Court der USA recht gut, wurde beim BVerfG jedoch mit guten Gründen sehr früh wieder aufgegeben.
Schließlich wäre es möglich, eine gewisse Mindestqualifikation zu verlangen. Dies führt allerdings nur dazu, dass bestimmte Personen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden, obwohl sich durchaus dazu in der Lage wären, dem Gedanken des Nachweltschutzes Gehör zu verschaffen.

Zu Art. 69b Abs. 2:
Eine weitgehende Inkompatibilitätsregelung ist erforderlich, um die Unabhängigkeit der Mitglieder des Rates zu sichern.

Zu Art. 69c:
Es erscheint angemessen, in Bezug auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Rates an die Stellung der Bundestagsabgeordneten anzuknüpfen. Um eine Amtsenthebung zu ermöglichen, ist ein Verfahren wie bei der so genannten Bundespräsidentenanklage sinnvoll.

Zu Art. 69d Abs. 1:
Durch die Beschränkung der Wahlperiode und das Verbot der anschließenden Wiederwahl soll eine übermäßige Machtkonzentration verhindert werden.

Zu Art. 69e:
In dieser Bestimmung werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Ökologische Rat seine kommunikative Funktion erfüllen kann. Dazu muss der Rat insbesondere die Möglichkeit haben, sich die erforderlichen Informationen zu verschaffen. Daher braucht er nicht nur ein normales Interpellationsrecht, sondern auch Auskunftsrechte gegenüber dem Parlament, dem Bundesrat und der Bundesregierung. Umgekehrt müssen diese Organe die Möglichkeit haben, sich an den Beratungen des Ökologischen Rates zu beteiligen.

Zu Art. 69f:
Auf der einen Seite ist es sinnvoll, dass auch der Rat eine Europakammer einrichtet. Auf der anderen Seite kann diese Kammer das Vetorecht des Rates unter keinen Umständen wahrnehmen.

Zu Nummer 10:
Der Ökologische Rat wird seine Aufgaben im wesentlichen im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren erfüllen.

Zu Buchstabe a:
Der Ökologische Rat braucht in jedem Fall ein Initiativrecht.

Zu Buchstabe b:
Durch die Regelung des Abs. 2 wird der Ökologische Rat im Regelverfahren der Gesetzgebung mit dem Bundesrat gleich gestellt. Die Beratungsverfahren laufen parallel. Damit besteht zwar die Gefahr, dass die Anregungen des Ökologischen Rates in den Beratungen des Bundesrates zu wenig Gewicht haben und umgekehrt. Auf der anderen Seite ist das Verfahren einigermaßen zügig durchführbar. Dabei ist zu beachten, dass es später noch hinreichend Gelegenheit gibt, einen Kompromiss zu finden.

Zu Buchstabe c:
Geht die Initiative vom Bundesrat aus, dann beraten Bundestag und Ökologischer Rat parallel. Um sicher zu stellen, dass der Bundestag einigermaßen rasch entscheiden kann, muss der Ökologische Rat deutlich machen, dass er Stellung beziehen will.

Zu Buchstabe d:
Wenn die Initiative vom Ökologischen Rat selbst ausgeht, soll zunächst die Bundesregierung Stellung nehmen, dann der Bundesrat und schließlich der Bundestag.

Zu Nummer 11:
Durch die Reform des Art. 78 GG wird gewährleistet, dass der Ökologische Rat jedenfalls dann maßgeblichen Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren hat, wenn das betreffende Gesetz Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen hat.

Zu Buchstabe b:
Grundsätzlich hat der Ökologische Rat nur ein Einspruchsrecht, mit dem er den Bundestag zu einer erneuten Entscheidung zwingen kann. Eine erneute Beschlussfassung im Bundesrat erscheint entbehrlich, da die Interessen der Länder bereits im vorherigen Verfahren angemessen berücksichtigt werden könnten und das Verfahren andernfalls zu sehr in die Länge gezogen würde.

Jedenfalls dann, wenn eine irreparable Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen zu befürchten ist, kann der Rat sein Veto einlegen. Angesichts dieser Möglichkeit, wird er schon im Vorfeld Gehör finden. Mit dem Veto ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

Ob die Voraussetzungen des Abs. 6 vorliegen, entscheidet der Rat selbst. Will er seine eigene Legitimation nicht in Frage stellen, muss er sich dabei Zurückhaltung auferlegen.

Zu Nummer 12:
Diese Änderung ist die notwendige Konsequenz aus der Änderung des Art. 77 GG.

Zu Nummer 13:
Im Falle des Gesetzgebungsnotstandes besteht keine Möglichkeit, den Ökologischen Rat zu beteiligen. Zwar wäre es wünschenswert, dass der Nachweltschutz auch dann berücksichtigt wird. Durch die formelle Beteiligung des Rates wäre das Verfahren aber nicht mehr praktikabel.

Zu Nummer 14:
Grundsätzlich soll der Ökologische Rat auch im Verteidigungsfall seinen Einfluss behalten.

Zu Nummer 15:
Dieser Einfluss muss aber zwangsläufig enden, wenn nicht einmal genügend Zeit bleibt, den Bundestag und Bundesrat einzuberufen.

Zu Artikel 2
Zu Nummer 1:
Für die erstmalige Besetzung des Rates ist eine Übergangsregelung erforderlich, da das Kooptationsverfahren vor Einrichtung des Gremiums selbstverständlich noch nicht funktioniert. Das in Art. 69b vorgesehene Verfahren kann jedoch durchgeführt werden, sobald eine gewisse Zahl der Mitglieder des Rates feststeht.

Zu Nummer 2:
Diese Übergangsregelung ist erforderlich, um einen fliessenden Übergang zum neuen Entscheidungsverfahren zu gewährleisten.

Literatur

Guggenberger, Bernd et al. (1991) (Hg.): Eine Verfassung für Deutschland. München/Wien.

Jonas, Hans (1984): Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt am Main.

Klein, Hans-Hugo (1997): Direktwahl der Ministerpräsidenten? In: Burkhardt Ziemske et al. (Hg.): Staatsphilosophie und Rechtspolitik – Festschrift für Martin Kriele. München. S. 573 ff.

Kloepfer, Michael (1994): Das Ladenburger Kolleg Umweltstaat: Resultate und Perspektiven. In: Michael Kloepfer (Hg.): Umweltstaat als Zukunft. Bonn. S. 22 ff.

Kloepfer, Michael (1999): Kommentierung zu Art. 20a GG. In: Rudolf Dolzer et al. (Hg.): Bonner Kommentar zum Grundgesetz. Heidelberg.

Rux, Johannes (1999): Intertemporale Strukturprobleme der Demokratie – Die Öko-Diktatur als Ausweg? In: Martin Bertschi et al. (Hg.): „Freiheit und Demokratie“. Stuttgart et al. S. 301 ff.

Stein, Tine (1994): Warum wir einen ökologischen Rat brauchen. In: Bernd Guggenberger et al. (Hg.): Der Souverän auf der Nebenbühne. Opladen. S. 255 ff.

Steinberg, Rudolf (1998): Der ökologische Verfassungsstaat. Frankfurt am Main.

Wehner, Burkhard (1992): Die Katastrophen der Demokratie. Darmstadt.

ZUR PERSON

Dr. Johannes Rux
geb. 1967 in Freiburg. Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, derzeit Habilitand an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen mit den Forschungsschwerpunkten Recht der politischen Willensbildung und Bildungsrecht. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Staats- und Verwaltungsrecht, u.a.: Die pädagogische Freiheit des Lehrers, Berlin 2002. Direkte Demokratie in der Weimarer Republik in: KritV 2002. Die Haushaltsvorbehalte in Bezug auf die direktdemokratische Verfahren in den Verfassungen der neuen Bundesländer; in: LKV 2002. Landesstaatsangehörigkeit und politische Willensbildung in: ZAR 2000. Intertemporale Strukturproblem des demokratischen Staates – Die Öko-Diktatur als Mittel zur Sicherung der Freiheit künftiger Generationen? in: Bertschi, Gächter, Hurst et al. (Hg.) „Freiheit und Demokratie“, Stuttgart et al. 1999. Beförderungsverbote und Grundrechtsschutz, in: ZAR 1999. Positive und negative Bekenntnisfreiheit in der Schule in: Der Staat 1996.

Sachregister

A
20a (Grundgesetzartikel) ..... 360; 362f.; 394; 405; 413ff.; 458f.
115 (Grundgesetzartikel) ..... 368; 393; 408ff.
Abwehrrechte zukünftiger Generationen 141
Allokation der Ressourcen 143
Alterung der Gesellschaft *s. Gesellschaft, alternde*
Altruismus *s. Selbstlosigkeit*
Arbeitslosigkeit 39; 147
Massen- 146
temporäre 147
Anthropozentrismus bzw. anthropozentrisch 28; 35; 90; 415
Arten, Auslöschung von, -schwund, -sterben 13; 130f.; 135f.; 365; 383
Atomare Abfälle, Atommüll 30; 178; 235; 334; 349
Auktionslösung 143
Axiologie, bedürfnisorientierte und ideal-orientierte 92

B
Bedürftigkeitsprinzip 18
Benefiziaruniversalismus ..... 18; 107f.
Benzinsteuer 13
Bevölkerung, Wachstum 11; 13; 36; 126; 149
Entwicklung 12; 21; 229; 315; 327
Bildungsaufgaben 14
Bildungspolitik 296; 299
Bildungssystem, deutsches ..... 20; 212ff.; 273ff.
Biozentrismus 91
Bodennutzung, intensive 10
Brennstoffzelle 339
„Brundtland-Bericht“ ..... 61; 63f.
Bürgergesellschaft ..... 203f.

C
CO_2-Emissionen 19; 125; 149; 154ff.; 334; 351

D
Demokratieprinzip 22; 349; 406; 418; 429; 446
Demokratie-Theorie ..... 22; 384ff.
Demografische Entwicklung *s. Bevölkerungsentwicklung*
Diskontierungsproblem 18; 97f.; 392

E

Effizienz 144; 145; 147; 148; 337
-prinzip ..... 18; 112f.
-revolution 146; 147
-steigerung 316
Egalitarismus 110
Egoismus ..... 144; 147; 357ff.
Eigentumsrechte ..... 143; 406; 425f.
Eigentumsverteilung 143
Einkommenstransfer 11
Energiepolitik; -wende, generationengerechte 21; 333; 344
Energiequellen bzw. -ressourcen, erneuerbare 223; 333; 342; 356
Energiequellen bzw. -ressourcen, nicht erneuerbare 10; 222; 340; 351; 356
Entitäten 133
Entwaldung s. *Wald*
Erbe bzw. Erbschaft 37; 295; 296; 297; 304; 306
Erhöhung der Meeresspiegel 125; 351
Erlebnisgesellschaft ..... 199f.
Erwärmung der Atmosphäre *s. Klimaveränderung*
Ethik 127; 129; 131; 132; 133; 138; 139; 352f.; 397
Ethos 176f.; 384; 398
Evolution 135; 136
biologische 131
Externalisierung von Umweltkosten 144

F

Fernethik 18; 81f.; 178
Finanzpolitik, ... 296; 303
generationengerechte ..... 20; 244ff.; 253ff.
Finanzierbarkeit der Sozialversicherung *s. Sozialsysteme*
Finanzverfassung 23
Freiheitsrechte zukünftiger Generationen 355; 421ff.; 447

G

‚Gemeinsames Erbe der Menschheit' 370
Generation
enge und weite Definition von ..... 30ff.
jüngere und ältere 20; 400
nachrückende statt zukünftige 31; 367; 373
Vergleiche, direkte und indirekte ..... 40ff.
Generationengerechtigkeit, Definition ..... 30ff.

Generationengerechtigkeit,
ökologische ..... 23; 140; 154; 221ff.; 352; 441ff.
temporale und intertemporale..... 32; 34; 38; 311
Generationengerechtigkeitsrat .....22; 456ff.
Generationenvertrag 297
Generationenwechsel.....295
Gentechnik 179
Gerechtigkeit,
inter- und intragenerationelle,.....43f.; 138f.
soziale 17; 147
und Gleichheit..... 33
zwischen Alt und Jung, *s. Generationengerechtigkeit* .....
zwischen Arm und Reich *s. soziale*
Geschlechtergerechtigkeit..... 64ff.
Gesellschaft,
alternde 21; 316
generationengerechte 140; 149
Gesetzgebungskompetenz..... 23
Gesundheit.....312ff.; 321; 326
positive und negative 313
Gesundheitspolitik, ...314; 315
generationengerechte 21; 311f.; 315; 317; 320
Gesundheitssystem 316; 320
Gesundheitsökonomie *s. Public Health*
Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage 145
Gleichgewicht, gesamtwirtschaftliches.....407ff.; 412
Gleichheitssatz, allgemeiner.....23; 406; 426f.
Globalisierung 14; 148
Globalität 13
Global Governance.....148; 207
Gouvernanz 20; 207
Grundbedürfnisse.....47; 107
Grundgüter 126; 139; 142
Grundrechte .....125; 126; 132; 147; 352; 354; 393; 460ff.
Grundwasserspiegel, fallende 126

H

Haftungsrecht.....144
Handel, internationaler.....148
Hedonismus, ...10, 20; 105; 201
ethischer..... 18
Hochkulturen 130

‚homo oeconomicus' 390
Humankapital 313; 315

I
Identität, kulturelle 298; 299; 300
Industrienationen, westliche 11; 149
Industriestaaten *siehe Industrienationen*
Innovation,
kulturelle 304; 306
technische 134; 142
Investitionen, staatliche ..... 246ff.; 253; 255f.; 262; 262; 267; 410f.
Irreversibilität 89; 388

K
Kammern, gesetzgebende 23; 375
Kapitalstock,
künstlicher 142
natürlicher 142
Kaufkraft 146; 148
Klimakatastrophen 143; 334
Klimaveränderung 12; 125; 130; 132; 157f.; 334; 345
Kohlendioxidbelastung *s. CO_2-Emissionen*
Konflikte, politische 127
Konsum 14
Konsumgesellschaft 10
Kooperationen, internationale 148
Krankheit 312; 316; 320; 321; 325
Krankheitskosten 313; 321
Kreislaufwirtschaft 143
Krise, ökologische 131; 149
Kultur, ... 295ff.
der Genügsamkeit 147
kofigurative ..... 301f.
postfigurative ..... 301f.
präfigurative ..... 301f.
und Generation 21; 296
Kulturen, archaische 130; 132
Kulturfertigkeit 296; 297; 300; 303; 306
Kulturpolitik 21; 295; 296; 297; 298; 301; 304; 306; 307
Kulturwandel 302; 303
Kurzfristigkeit ..... 20; 202f.

L

Langzeitverantwortung 10; 14; 15
Lebenserwartung..... 317; 320
Lebensmittelproduktion, Steigerung der 13
Lebensstile, individuelle..... 21
Legitimität..... 384ff.; 388; 390; 397
Leistungsrechte zukünftiger Generationen 141
Liberalisierung des Strommarktes 342

M

Markt, Selbstheilungskräfte 11
Marktwirtschaft 125; 127; 145
Materiellrechtliche Verankerung..... 353; 361
Meeresspiegel, Erhöhung 126
Mehrheitsprinzip..... 22; 148; 385; 387ff.
Menschenrechte, Menschenrechtsbekenntnis..... 23; 368; 424
Metabolismus..... 135
Metaphysik 128; 138
Moderne..... 129; 130; 133; 139; 144; 305
Morbidität..... 312; 317; 320; 326
Mortalität 312

N

Nachfrageelastizität..... 14
Nachhaltigkeit,
enge und weite Definition..... 58ff.
finanzielle..... 57; 65
ökologische..... 38; 56; 71; 222; 363f.; 366
politische Definition ..... 67f.
Nachweltschutz 22; 23; 353; 362; 366; 369
Nationalökonomie..... 145
Natur, Ausbeutung 9; 86
Naturgüter,..... 133; 143; 147; 296
knappe 13
Nullwachstum 11

O

Ökologischer Rat *s. Rat, ökologischer*
Ökosteuern; -zölle 148; 340
Ordnungsgefüge der Natur..... 130
Ordnungspolitik..... 321; 324; 392

P

Paradigmata 129
Pathogenese 312
Pathozentrismus 91
Pestizid 13
Pflichten, moralische 133
Philosophie 127
Photosynthese 135
Photovoltaik 336
„Prinzip des begrenzten Engagements“ ..... 18; 111f.
Prioritarismus 109
Präambel des Grundgesetzes 23
Prävention 315; 322
Preisbildungsprozess 146
Preis und Anreize 145; 146
Prinzipien, moralische 132
Problem, ökologisches 127
Profitstreben 144
Public Health 311; 313; 320
Public-Private-Partnerships 315

R

Rat, ökologischer 23; 471
Rationalismus, kritischer 386
Rationalitätskriterien 128
Raubbau 9
Realismus, moralischer 131
Recht,
moralisches 357; 360; 467
positives 349; 352; 360f.; 373; 425; 467
bedingtes 140; 354; 420; 445
Rechtsordnung 126; 138; 139; 143
Regenwald 10
Relativitätstheorie, spezielle 129
Religionen, monotheistische ..... 19; 176f.
Rentenversicherung *s.a. Sozialsysteme* 19; 27; 30; 38; 326; 383; 405
Ressourcen,
knapper werdende 146; 148; 395
nicht-erneuerbare 9; 20; 142; 365
Ressourcenverbrauch 142; 146; 148; 296
Revolution, industrielle 10

Risikogesellschaft 185; 388
Rohstoffe 9; 10; 333; 344

S
Salutogenese 312
Schadstoffe, Luft- und Wasser 12
Schadensersatz 356
Schöpfung, Schöpfungsethik, Schöpfungsverantwortung 175
Schulden, *s. Überschuldung*
Schutzpflichten, grundrechtliche 23; 444
Schwellenländer 134
Selbstlosigkeit 359
Selbstregulationsfähigkeit,
der Biosphäre 142
des Ökosystems 141
Selektionsprozesse 136
Solarenergie 336; 338; 344
Sozialpolitik 303
Sozialstaatsprinzip 397; 405; 417
Sozialsysteme 178; 296; 297; 320; 323
Sozialversicherungsbeiträge 316; 318
Spätmoderne 130
Staatsorganisationsrecht 23
Staatsverschuldung *s.a. Überschuldung* ..... 11; 383; 395; 407ff.
Staatsziel 23
Stadtplanung ..... 304f.
Stagnation der Wirtschaft 147
Steueraufkommen des Staates 146
Steuerlast 146
Stimmrecht 148
Strukturproblem der Demokratie 349f.; 367; 446; 461
Substitution 142
Subventionen 252; 263; 267; 341
Suffizienzrevolution 147; 338
Sustainability, sustainable development s.a. *Nachhaltigkeit* 61f.; 95
Superfekundität 136
Syllogismus 138

T
Teleonomie der Form 135
Think Tank 17
Totalitarismus, sowjetischer 125

Tragekapazität des Ökosystems 141
Tragfähigkeit, biologische 9
Transparenz 262; 384; 394
Treibhausgase 12; 86; 118f.; 155; 351

U
Überschuldung, öffentliche *s.a. Staatsverschuldung* 178; 296; 297
Umweltbelastung, anthropogene 130
Umweltbewegung 128; 131
Umweltbildung 137; 444
Umweltethik 133
Umweltgeschichte 130
Umweltgrundrecht ..... 23; 442; 461ff.
Umweltkatastrophen 127; 137
Umweltkrise 12
Umweltpolitik, ... 296; 303
generationengerechte 20
intelligente 145
Umweltprobleme ..... 128; 129; 133; 134; 135; 138; 149; 252f.
Umweltrat *s.a. Generationengerechtigkeitsrat* 149; 361; 376; 458; 473
Umweltraum 143; 149
Umweltschäden 131; 144; 145
Umweltstandards 148; 149
Umweltsteuern 146
Umweltstrafrecht 144
Umwelttechnologien 131
Umweltverbände 144
Umweltverhalten 131; 135; 137
Umweltzerstörung, ... 18; 125; 144
langfristige Folgen 9
Ungleichgewicht, ökologisches 136
Utilitarismus 92f.; 110; 131; 133

V
Verantwortung für zukünftige Generationen 19; 185ff.; 394
Verfassung, ... 148; 360ff.;
generationengerechte 22
„verhätschelte Erben“ 18
Verkehrswende 339
Vernunft, Grenzen der 185
Verschmutzung, Luft, Wasser 10
Verschuldung *s. Überschuldung*

Versteppung 10
Verteilung 19; 351; 383
Verursacherprinzip 143
Verwüstung 10

W

Wahlrecht 31; 39; 42; 392; 461
Wald, -rodung, -abholzung 10; 12; 48; 373
Wasserstofftechnologie 337
Weltbevölkerung, Wachstum *s. Bevölkerung*
Welthandel *siehe internationaler Handel*
Wohlfahrtstaat, moderner 134
Wohlstand 296
Wirtschaftsordnung 127; 138

Z

Zeitalter, postindustrielles 13
Zukunftsethik, ... 89; 99f.; 352; 360; 444
optimistisches und pessimistisches Paradigma 87

Personenregister

A
Agius, Emmanuel 372
Antonovsky, Aaron 312
Aristoteles 133
Arnim, Hans Herbert von 210
Arrows, Kenneth J. 391

B
Bandman, Bertram 372
Barry, Brian 372
Bayles, Michael 372
Becker, Andreas 20; 243
Beckerman, Wilfried 354
Bentham, Jeremy 99
Birnbacher, Dieter 18; 81; 350; 355
Blaxter, Mildred 313
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 399
Böhm-Bawerk, Eugen von 99
Boelling, Anemon 23; 441
Bulmahn, Edelgard 275
Burkes, Edmund 209
Buschmann, Marco 22; 383

C
Callahan, Daniel 354
Carlowitz, Hans Carl von 63f
Cousteau, Jacques-Yves 372

D
Darwin, Charles ..... 181f.
Dahrendorf, Ralf 208
Delattre, Edwin 372
Dettling, Warnfried 203
Ditfurth, Hoimar von 9
Downs, Anthony 390

E
Engels, Friedrich 88
English, Jane 372

F
Fukuyama, Francis 50

G
Gibran, Khalil Gibran 46
Gosseries, Axel 373
Gründinger, Wolfgang 21; 333
Guggenberger, Bernd 388

H
Habermas, Jürgen 387
Hampicke, Ulrich 141
Hare, Richard 98
Hayek, Friedrich A. 386; 400
Havel, Vàclav 290
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 127; 185
Held, Virginia 359
Henkel, Hans-Olaf 274
Heidegger, Martin 128; 129
Hobbes, Thomas 133; 136; 357
Hösle, Vittorio 18; 125; 354
Hume, John 99; 138

I
Illés, Zoltán 25
Isensee, Josef 394

J
Jonas, Hans 18; 51; 87; 132; 178; 354; 472

K
Kals, Elisabeth 18; 153
Kant, Immanuel 132; 133; 191; 358; 383
Kavka, Gregory 95
Kiesewetter, Benjamin 20
Kreibich, Rolf 20; 335; 221
Kuhn, Thomas 129

L
Lànyi, Andràs 36
Lepenies, Wolf 213
Lengerke, Thomas von 21; 311
Lindner, Christian 22; 383
Locke, John 142
Luhmann, Niklas 389
Lumer, Christoph 18; 105
Lux-Wesener, Christina 23; 405

M

Marx, Karl 87f.; 181
Mead, Margaret 301; 302
Meadows, Dennis 395
Memmert, Daniel 20; 273
Mill, John Stuart 1; 88
Mohr, Hans 10
Montada, Leo 18; 153

O

Offe, Claus 388
Opaschewski, Horst 28; 214
Oposa, Antonio 373

P

Pardo, Arvid 370
Parfit, Derek 372
Partridge, Ernest 372
Patzig, Günther 92
Platon 384
Popper, Karl R. 386
Posner, Roland 375

R

Rawls, John 87; 96; 100; 132; 372
Riker, Wiliam H. 389
Rohmoser, Günther 212
Rosenbrock, Rolf 315
Rousseau, Jean-Jacques 136
Russel, Yvonne 18; 153
Rux, Johannes 23; 471

S

Sartori, Giovanni 388
Schell, Adrian 25
Schellnhuber, Hans-Joachim 232
Scherbel, Andreas 19; 175
Schmidt, Hans-Martin 25
Schmidt-Bleek, Friedrich 335
Schmitt, Carl 386
Schumpeter, Joseph A. 146; 386; 398
Schwanitz, Dietrich 213
Simon, Julian 12

Smith, Adam 97
Sólyom, László 375
Spinoza, Baruch 99

T
Theisen, Heinz 20; 199
Tocquesville, Alexis de 392
Tremmel, Jörg 17; 27; 243; 275; 296; 349

V
Viehöver, Martin 32

W
Weiss, Christina 305
Weiss, Edith Brown 354; 372
Weizsäcker, Ernst Ulrich von 335
Weizsäcker, Richard von 350
Werner, Angelika 21; 311
Wicksell, Knut 391
Woestmeyer, Martin 21; 295

Y
Yunus, Muhammad 214

KURZINFORMATION ÜBER DIE STIFTUNG FÜR DIE RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN

Wer sind wir?
Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein gemeinnütziges Forschungsinstitut an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Durch ihre praxisnahe Forschung vertieft sie das Wissen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Junge Wissenschaftler aus verschiedenen Fachbereichen arbeiten in der SRzG an interdisziplinären Projekten. Als ‚advokatorische' Denkfabrik versucht die SRzG aber auch, in der Politik Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu schaffen. Die Veränderung der Gesellschaft, nicht ihre bloße Beschreibung, bleibt das Ziel. Mehrere Hundert Förder-Mitglieder, die bei der SRzG weit mehr Mitwirkungsmöglichkeiten haben als bei Förderkreisen deutscher Stiftungen üblich, sichern die finanzielle Basis der Stiftung und damit ihre Unabhängigkeit.

Was wollen wir?
In einer Zeit, in der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit als Schlagworte immer stärker aufgegriffen werden, ist eine seriöse, wissenschaftliche und handlungsorientierte Aufklärung wichtiger denn je. Generationengerechtigkeit ist für uns erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation. Dem Konzept liegt der Gedanke zugrunde, dass man nicht auf Kosten seiner Nachkommen leben sollte.

Was sind unsere Aktivitäten?
Die SRzG organisierte zahlreiche Symposien, Kongresse und Tagungen, darunter einen einwöchigen Kongress mit 300 jungen Entscheidungsträgern aus ganz Europa auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Sie gibt allgemeinverständlich geschriebene Bücher (z.B. das „Handbuch Generationengerechtigkeit") und Positionspapiere heraus, die mit klaren Empfehlungen und möglichen Zukunftsszenarien abschließen. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören u.a. Ökologiepolitik, Finanzpolitik, Rentenpolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheits- und Biopolitik, Jugendpolitik und Friedenspolitik.

Außerdem veröffentlicht die SRzG eine Zeitschrift namens „Generationengerechtigkeit!", die mehrere tausend Entscheidungsträger von heute und morgen erreicht (alle Bundestagsabgeordnete, zahlreiche Manager, Journalisten und Professoren, 3.000 Studenten aus verschiedenen Fachgebieten, darunter viele Stipendiaten).

Durch einen Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von 8.000 Euro werden junge Wissenschaftler angeregt, sich mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. Die bisherigen Preisfragen lauteten: „Wie kann ökologische Generationengerechtig-

keit stärker im Grundgesetz verankert werden?“ (2001/2002) und „Inwieweit ist Generationengerechtigkeit eine Aufgabe von Unternehmen?“ (2003/2004).

Zahlreiche Politiker ließen sich von der SRzG in Fragen der Generationengerechtigkeit beraten, darunter Walter Riester (Rentenreformgesetz), Herta Däubler-Gmelin (Aufnahme von Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz), Johannes Rau, Guido Westerwelle, Horst Seehofer, Rita Süssmuth und Rezzo Schlauch.

Wer unterstützt uns?

Unterstützt wird der Vorstand der SRzG durch ein Kuratorium, dem Prof. Dr. Rolf Kreibich, Prof. Dr. Ortwin Renn, Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Dr. Martin Thunert und Dr. Jürgen Borchert angehören.

Außerdem existiert ein wissenschaftlicher Beirat, der weltweit einflussreiche Wissenschaftler vereint, sowie ein Unternehmerbeirat, der sich aus Unternehmerpersönlichkeiten mit ökologischem und sozialem Gewissen zusammensetzt. Die SRzG ist aber noch dringend auf der Suche nach Persönlichkeiten, die das Stiftungskapital durch Zustiftungen aufstocken.

Ehrung

Für Ihre Arbeit wurde die SRzG im Mai 2000 mit der Theodor-Heuss-Medaille und im November 2001 mit der Bürgermedaille der Stadt Oberursel ausgezeichnet.

Wir brauchen Sie!

Wir suchen Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die mit uns vernünftige Lösungsansätze entwickeln und durchsetzen. Gerne senden wir Ihnen ein Infopaket zu oder die letzten Ausgaben der Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ Sie finden kompakte Informationen über uns in deutsch und englisch auch auf unserer Webseite www.srzg.de

Werden Sie Förder-Mitglied der SRzG und machen Sie mit uns die Welt ein bisschen generationengerechter!

Anschrift

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
(Foundation for the Rights of Future Generations)
Postfach 5115
D – 61422 Oberursel
Germany
Tel: (49)-6171-982367
Fax: (49)-6171-952566
E-Mail: info@srzg.de
Web: www.srzg.de

GENERATIONENGERECHTIGKEITS-PREIS 2003/2004

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) vergibt, unterstützt durch die Stiftung Apfelbaum – Lernprojekt für Ko-Evolution und Integration, den zweiten Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von insgesamt 8.000 Euro. Die Verteilung des Preisgeldes auf die ersten drei Plätze erfolgt durch Entscheidung der Jury.

Fragestellung__Das Thema des Wettbewerbs lautet:
„Generationengerechtigkeit und Unternehmen“
und enthält dabei folgende Fragen:
1.) Inwieweit ist Generationengerechtigkeit eine Aufgabe von Unternehmen?
2.) Welche Instrumente und Modelle zur Implementierung von Generationengerechtigkeit in Unternehmen gibt es (z.B. Initiativen in Unternehmen und Wirtschaft, staatliche Steuerungsinstrumente, Einflussmöglichkeiten weiterer Akteure)?
3.) Inwieweit haben sie sich bewährt?
4.) Welche Alternativen schlagen sie vor?

Teilnehmerkreis__Die Ausschreibung des Preises richtet sich in erster Linie an junge Wissenschaftler (Studierende, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler bis 35 Jahre).
Preisverleihung__Die Preisverleihung findet am 11. September 2004 im Rahmen eines Symposiums, dass die SRzG zusammen mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain veranstaltet, statt.
Einsendeschluss ist der 15. März 2004__Um am Wettbewerb teilnehmen zu können, fordern Sie bitte die kompletten Ausschreibungsunterlagen bei der SRzG an. Sie enthalten Hinweise zu den formalen Anforderungen an die Arbeiten, Literaturhinweise, Namen der Juroren usw.

Weitere Bücher und Schriften der SRzG (im Buchhandel)

Jörg Tremmel (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure. Ökom Verlag: München.

„Das Buch von Tremmel bietet einen Fundus an Material, das systematisch aufbereitet und analysiert wurde. Ich kenne kein anderes Buch über Nachhaltigkeit im deutschen Sprachraum, das so akribisch und umfassend den Diskurs über Nachhaltigkeit nachzeichnet und die vielfältigen Positionen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft beschreibt.“

Ortwin Renn, Leiter der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (1999):
Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust. Berlin: C. H. Links.
„What do you think about Hitler?“ Mit dieser Frage sehen sich manche junge Deutsche im Ausland konfrontiert. Angeregt durch Roman Herzog, der das Band einleitet, hat sich nun die junge Generation zu Wort gemeldet. Vielstimmig und unvoreingenommen macht sie Vorschläge zu einem anderen Umgang mit der Vergangenheit. (Umschlag)

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (1998):
Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen.
Kore Verlag: Freiburg i. Br. (direkt zu beziehen bei der SRzG für 10 Euro).
Die demographischen Prognosen sind eindeutig, und setzen sich um in politische Machtverhältnisse, da Flakhelfer und 68er nicht nur numerisch in der Mehrheit sind, sondern über ihre noch in der alten Arbeitsgesellschaft verankerten Lobbies über mehr Druckmittel und Einfluss im politischen Zentrum verfügen. Aus dem Nachwort von Claus Leggewie

Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (1997):
Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt. Rasch und Röhring: Hamburg.
(direkt zu beziehen bei der SRzG für 10 Euro)
Erstmals findet sich hier eine überparteiliche Allianz junger Autoren zusammen, um die drängenden Zukunftspläne zu erörtern und aktiv für die Rechte der jungen und kommenden Generationen einzutreten. (Umschlag)

Tremmel, Jörg (1996): Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft. Eichborn: Frankfurt.
Jörg Tremmel hat gut recherchiert und hält der Elterngeneration den Spiegel vor, in deutlichen und scharfen Worten, aber nicht, ohne gemeinsame Strategien für die ökologische Wende zu formulieren. (Umschlag)

YOIS-Europe (Hg.): Montag Dienstag Zukunft. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2001

Lieferbare Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit!
(über die SRzG-Adresse anfordern, jeweils 7,50 Euro):
Weltbevölkerungswachstum (Jg. 1, Heft 2)___Global Governance (Jg. 1, Heft 3)___Biotechnologie (Jg. 1, Heft 4)___Finanzielle Generationengerechtigkeit (Jg. 2, Heft 1)__Ressourcenproduktivität (Jg. 2, Heft 2)___What is Generational Justice? (Jg. 2, Heft 3, 1. englische Ausgabe)

Videokassetten über die „Rally der Jugend“ von YOIS
Rally of Youth 2001 (deutsch)___Rally of Youth 2001 (englisch)
(zu beziehen bei Videart 21, Magnus Pechel, Tel: 06421-63101 oder 0177-4146743, E-Mail: videart21@web.de)

Einfach ausfüllen und aufs FAX legen: Fax-Nr. 06171/ 952566

Oder per Brief:

SRzG
Postfach 5115
61422 Oberursel

	Antrag auf Fördermitgliedschaft bei der SRzG (je nach Alter 25 oder 50 Euro p.a.) Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“
	Antrag auf Fördermitgliedschaft bei der SRzG für Organisationen (75 Euro p.a.) Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“
	Jahresabonnement für der Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ (25 Euro p.a.)
	Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS (je nach Alter 40, 50 oder 75 Euro p.a.) Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe“.

Name _____ Vorname _____

Straße_____ PLZ/Ort _____

Telefon_____ Fax _____

E-Mail _____ Geb. _____

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV oder von YOIS werden? _____

_____

Wie haben Sie von der SRzG bzw. YOIS erfahren?_____

_____

Förder-Mitglieder der SRzG erhalten die Zeitschrift automatisch, außerdem einen Rabatt auf alle SRzG-Publikationen (für das Handbuch 10 Euro) und auf alle Eintritte zu SRzG-Tagungen. Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Für die SRzG gilt ein Mindesbeitrag von 25 Euro für Unterdreissigjährige und von 50 Euro für Ältere. Juristische Personen können ebenfalls Förder-Mitglied der SRzG werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von 75 Euro jährlich je Mitgliedschaft. Für die Jugendorganisation YOIS gilt ein Mindestbeitrag von 10 Euro für Unterzwanzigjährige, von 15 Euro für Unterdreißigjährige und 25 Euro für Ältere. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen.

_____ _____

Ort und Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die SRzG und/oder YOIS, meinen Förderbeitrag bzw. Mitgliedsbeitrag (in beiden Fällen ist dies eine abzugsfähige Spende) in Höhe von _____ Euro jährlich bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres (bei Gemeinschaftskonten) Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Name_____

Vorname_____

Straße _____

PLZ_____

Ort_____

Konto-Nummer des Mitglieds_____

bei der (Name der Bank)_____

Bankleitzahl_____

_____ _____

Ort und Datum Unterschrift

Die Arbeitskreise der SRzG

Die Arbeitskreise finden weitgehend im Internet (Mailinglisten und Diskussionsforum) statt. Wenn Sie SRzG-Fördermitglied oder YOIS-Mitglied sind, so können Sie sich selbst problemlos in die Arbeitskreise einschreiben, indem Sie eine leere Mail an folgende E-Mail-Adresse(n) senden:

Für den AK „Grundlagen der Generationengerechtigkeit“:	ak_generationengerechtigkeit-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Ökologie“:	ak_oekologie-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Rentenversicherung“:	ak_rente-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Staatsfinanzen“:	ak_staatsfinanzen-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Arbeitsgesellschaft“:	ak_arbeitsgesellschaft-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Bildung“:	ak_bildung-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Kinderrechte“:	ak_kinderrechte-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Weltbevölkerungsentwicklung“:	ak_weltbevoelkerung-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Globalisierung/Global Governance“	ak_global_governance-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Energie“	ak_energie-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Biotechnologie/ Medizin/Gesundheit“	ak_biotechnologie-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Methoden der Zukunftsforschung“	ak_zukunftsforschung-subscribe@yahoogroups.com
Für den AK „Stadt- und Raumplanung“	ak_stadtplanung-subscribe@yahoogroups.com

Die Moderatoren der Arbeitskreise halten die AK-Mitglieder durch Rundmail regelmäßig auf dem Laufenden.